

Jahrbuch für Antisemitismusforschung

24

Herausgegeben von Stefanie Schüler-Springorum

Metropol

Jahrbuch für Antisemitismusforschung 24

Herausgegeben von Stefanie Schüler-Springorum
für das Zentrum für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin

Redaktion:

Werner Bergmann, Marcus Funck, Dilek Güven
Geschäftsführende Redakteurin: Juliane Wetzel

Redaktionsanschrift: Zentrum für Antisemitismusforschung
Technische Universität Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7
D-10587 Berlin

ISBN: 978-3-86331-274-9

ISBN: 978-3-86331-710-2 (E-Book)

ISSN: 0941-8563

© 2015 Metropol Verlag
Ansbacher Straße 70 · D-10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: Arta-Druck, Berlin

Inhalt

STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM	
Vorwort	7
ANTISEMITISMUS IM 18. UND 19. JAHRHUNDERT	
MANFRED JEHLE	
Juden unter Generalverdacht	
Heinrich Schnee, Karl Heinrich Ritter von Lang und die Konstruktion von Quellen zur Geschichte eines frankischen „Hofjuden“	13
REGINA GRUNDMANN	
„Christlicher Antisemitismus“	
August Rohlings Hetzschrift <i>Der Talmudjude</i>	33
DIE RADIKALISIERUNG DES ANTISEMITISMUS IM ERSTEN WELTKRIEG UND IN DER WEIMARER REPUBLIK	
GERALD LAMPRECHT	
Juden in Zentraleuropa und die Transformationen des Antisemitismus im und nach dem Ersten Weltkrieg	63
THOMAS GRÄFE	
„Mit herzlichen Wandergrüßen des Ewigen Juden ...“	
Die Beziehung zwischen Walther Rathenau und dem völkischen Schriftsteller Hermann Burte 1912–1918	89
BJÖRN HOFMEISTER	
Weltanschauung, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen	
Antisemitische Radikalisierung des Alldeutschen Verbandes als Prozess 1912–1920	119
SEBASTIAN ELSBACH	
Völkischer Bolschewismus und der „ewige Jude“	
Antisemitismus bei Ernst Niekisch	155

STEFAN VOGT

- Den Antisemitismus als Juden bekämpfen
Zionistische Antworten auf die Judenfeindschaft
in der Weimarer Republik 183

ANTISEMITISMUS UND HOLOCAUST IN GRIECHENLAND

RENA MOLHO

- The Close Ties between Nationalism and Antisemitism
The Hellenization of Salonika, 1917–1948 217

LEON SALTIEL

- Professional Solidarity and the Holocaust
The Case of Thessaloniki 229

GIORGOS ANTONIOU

- Holocaust Remembrance in Greece, 1945–2004 249

KONZEPTUELLE ÜBERLEGUNGEN ZUM ANTISEMITISMUS

DANA IONESCU

- Die Figur der Antisemitin 273

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER

- Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische
Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik 293

ANTISEMITISMUS IN RECHTSEXTREMEN MEDIEN

SAMUEL SALZBORN · RUBEN BÖGEHOLZ · STEFAN EISEN ·
SILKE HANSMANN · JULIA KOPP · BENJAMIN SÖCHTIG

- Verschwörung, Apokalypse, Systemzerfall
Antisemitische Szenarien in rechtsextremen Medien
während der Finanzkrise 2007 319

- Die Autorinnen und Autoren 345

Vorwort

Es kommt zum Glück nicht sehr häufig vor, dass das Vorwort eines Jahrbuchs auch dazu dienen muss, eine Leerstelle zu markieren. Für das Jahr 2015, in dem eine der Publikationen aus unserem Haus – die von Michael Kohlstruck und Peter Ullrich erarbeitete Untersuchung zu „Antisemitismus als Problem und Symbol“ – im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik stand, ist dies leider der Fall. Unsere intensiven Bemühungen, einige der Kritiker für eine schriftliche Stellungnahme in unserem Jahrbuch zu gewinnen und damit einer wissenschaftlichen Debatte über die Kernthesen der Studie einen angemessenen Raum zu eröffnen, sind leider gescheitert. Auf den Abdruck anderer, uns bereits vorliegender und die Analyse von Kohlstruck und Ullrich tendenziell stützender Interventionen haben wir daher verzichten müssen, da wir der Überzeugung sind, dass sich erkenntnisfördernde Auseinandersetzungen nur in dialogischer Form führen lassen. Wo dies nicht möglich ist, wird auf einen vielleicht produktiven und manchmal tatsächlich auch weiterführenden Impact von Streit und Dissens verzichtet, zum Schaden aller.

Dieses Jahrbuch enthält dennoch gleich mehrere Beiträge, die zur Auseinandersetzung geradezu auffordern: Zum einen sei der Vorschlag Armin Pfahl-Traughbers genannt, der sich einmal mehr um trennscharfe Definitionen zwischen antizionistischem Antisemitismus, antiimperialistischer Israelfeindlichkeit und menschenrechtlicher Israelkritik bemüht. Auch Dana Ionescus Überlegungen zur „Figur der Antisemitin“ laden zum Weiterdenken ein, konstatiert sie doch, nach einer Re-Lektüre der sehr wenigen Ansätze, die es überhaupt zum Thema gibt, dass sie alle Gefahr laufen, in ihren Interpretationen bestimmte Geschlechterstereotype zu reproduzieren anstatt sie zu dekonstruieren – man darf also auf die weiteren Arbeiten dieser jungen Göttinger Wissenschaftlerin gespannt sein. Ebenfalls aus Göttingen stammt der Kollektivbeitrag einer Gruppe von Studierenden, die in einem Seminar von Samuel Salzborn antisemitische Szenarien in ausgewählten rechtsextremen Zeitschriften während der Finanzkrise 2007 untersucht haben und dabei auch mit dem Interpretament des strukturellen Antisemitismus arbeiten. Liegen hier die aktuellen Bezüge auf der Hand, so ist dies bei drei weiteren Beiträgen eher indirekt der Fall:

Regina Grundmann geht in ihrem Aufsatz der Frage nach, inwieweit August Rohlings *Der Talmudjude* von 1871 Ideologeme des christlichen Antijudaismus und des biologisch-rassistisch argumentierenden Antisemitismus zusammenführt, und liefert damit ein weiteres Argument in der Debatte um die Persistenz und Virulenz religiöser Einflüsse in der sogenannten Moderne. Um die Virulenz ideologischer Einflüsse bei der Sammlung und Auswahl historischer Quellen wiederum geht es Manfred Jehle, der an einem konkreten Beispiel nachweist, dass die vielbenutzten, antisemitisch grundierten Werke Heinrich Schnees zur Geschichte der Hofjuden selbst als „sachliche Materialbasis“ schlichtweg untauglich, weil vielfach verfälschend sind. Stefan Vogts postkolonialistisch inspirierte Analyse der zionistischen Reaktionen auf den Antisemitismus schließlich untersucht die Folgen zionistischer Identitätspolitik und fragt danach, ob es nicht gerade das essentialistische Verständnis von Differenz war, das es den Zionisten einerseits ermöglichte, sich mit antisemitischen Denkern auseinanderzusetzen, andererseits aber ihren Abwehraktivitäten deutliche Grenzen setzte.

Mit eben diesem Denken in der Zeit um den Ersten Weltkrieg befassen sich gleich mehrere Aufsätze in diesem Jahrbuch, die alle auf recht unterschiedliche Weise das Thema „Radikalisierung“ bearbeiten: Björn Hofmeister verfolgt die Diskussionen innerhalb des Alldeutschen Verbandes, der sich erst in der politischen Krise am Ende des Ersten Weltkrieges dazu entschloss, Antisemitismus bewusst zur Massenmobilisierung einzusetzen – eine politische Taktik, die vielen „alten Konservativen“ des Kaiserreichs zutiefst suspekt war, und dies zurecht, wie sich 1933 herausstellen sollte. Problemlos durch die politischen Umbrüche ihrer Zeit gelangten dagegen zwei Vordenker der jungen Generation der Weimarer Rechten, Ernst Niekisch und Hermann Burte, die im Zentrum der Beiträge von Sebastian Elsbach und Thomas Gräfe stehen. Während der Antisemitismus bei Niekisch antikapitalistische und rassistische Elemente vereinte und so auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der neuen deutschen Rechten anschlussfähig blieb, ohne dass man das A-Wort benutzen musste, sah sich der völkische Dichter Hermann Burte nach 1945 genötigt, seine auf gemeinsamer Zivilisationskritik beruhende Freundschaft mit Walther Rathenau quasi posthum zu instrumentalisieren, um sich vom Vorwurf des Nationalsozialismus reinzuwaschen.

Gerald Lamprecht schließlich weitet unseren Blick nach Zentraleuropa und beschreibt die Folgen, die der Zerfall des Habsburger Imperiums durch bzw. nach

dem Ersten Weltkrieg für die jüdische Bevölkerung in den nun entstehenden Nationalstaaten hatte, die sich allerorten nicht nur antisemitisch intonierter Debatten über ihre Position im jeweiligen neuen Staat, sondern häufig auch massiver Gewalt ausgesetzt sah.

Wie sich dies an einem spezifischen Ort des ebenfalls zerfallenden Osmanischen Reiches entwickelte, darüber geben drei Beiträge Auskunft, die auf eine internationale Konferenz des ZfA im Sommer 2014 zurückgehen, die sich mit Antisemitismus und Holocaust in Griechenland beschäftigte. Die Geschichte von Salonika/Saloniki/Thessaloniki steht im Zentrum aller drei Aufsätze: Vom dramatischen Umbruch im Zuge des türkisch-griechischen Bevölkerungsaustausches 1923, der, so Rena Molho, aus einer mehrheitlich jüdischen eine griechische Stadt mit einer angefeindeten jüdischen Minderheit machte, bis hin zu den von Leon Saltiel analysierten Handlungsspielräumen verschiedener Berufsverbände unter deutscher Besatzung im Angesicht der Deportationen. Die Erinnerung an diese war, so schließlich das Fazit Giorgos Antonious, in so dramatischer Weise von Bürgerkrieg und Militärdiktatur überschattet, dass man erst sehr spät Anschluss finden konnte an die Entwicklung in anderen europäischen Ländern.

Holocaust und Erinnerungskultur waren die großen Themen unserer Kollegin Dr. Marion Neiss, die im August dieses Jahres verstorben ist. Sie war dem Zentrum für Antisemitismusforschung seit 1987 in unterschiedlichen Funktionen verbunden, die meisten Leser aber kennen sie als Leiterin unserer Bibliothek, wo sie die Besucher über viele Jahre stets hochkompetent und engagiert beraten hat. Diese Leerstelle ist, anders als die eingangs erwähnte, nicht zu füllen.

Stefanie Schüler-Springorum

ANTISEMITISMUS IM 18. UND 19. JAHRHUNDERT

Juden unter Generalverdacht

Heinrich Schnee, Karl Heinrich Ritter von Lang und die Konstruktion von Quellen zur Geschichte eines fränkischen „Hofjuden“

Antisemitisch geprägte historische Literatur dient nach wie vor noch als Grundlage neuer Forschungen. Häufig lautet dafür die Begründung, sie liefere unentbehrliche Informationen, auch wenn deren Schlussfolgerungen untauglich seien. Besonders Heinrich Schnees Veröffentlichungen über Hofjuden („Die Hoffinanz und der moderne Staat“) gelten als brauchbare Materialsammlungen. Noch die neuen, sehr detaillierten aufschlussreichen Analysen über Heinrich Schnee bescheinigen ihm „beste faktische Kenntnisse“ und verwerfen nur seine antisemitischen Ergebnisse: „Während der Gebrauchswert von Schnees Hoffinanz für die wirtschafts- und finanzgeschichtliche Forschung heute nicht zu leugnen ist, liegt ihre Wertlosigkeit offen zu Tage, wo sich Schnee über die Geschichte der so genannten Judenemanzipation äußert.“¹ Francis L. Carsten hat diese ambivalente Beurteilung des Werks von Schnee eingeführt, als er 1958 dessen damals erst dreibändiges Opus und Selma Sterns Bücher über Hofjuden besprach:² Es sei schade,

- 1 Stephan Laux, „Ich bin der Historiker der Hoffaktoren“ – Zur antisemitischen Forschung von Heinrich Schnee (1895–1968), in: Simon Dubnow Institute Yearbook 5 (2006), S. 501, S. 503. Besonders aufschlussreich ist auch der Abschnitt über die Rezeption von Schnees „Hoffinanz“, S. 505–511. Zur Biografie Schnees siehe: Stephan Laux, Heinrich Schnee (1895–1968). Leben und Werk eines Historikers auf „gesamtdeutsch-christlichem Boden“, in: Gisela Fleckenstein/Michael Klöcker/Norbert Schlossmacher (Hrsg.), Kirchengeschichte. Alte und neue Wege. Festschrift für Christoph Weber, Bd. 2, Frankfurt a. M. 2008, S. 829–854.
- 2 Selma Stern, *The Court Jew: A Contribution to the History of the Period of Absolutism in Central Europe*, Philadelphia 1950; dies., *Der preußische Staat und die Juden*, Teil 1: *Die Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrichs I.*, 2 Bde., Berlin 1925 (Neudruck 1962);

„dass Dr. Schnees sorgfältige und ausführliche Forschungen in zahlreichen Archiven durch eine antijüdische Tendenz beeinträchtigt werden“.³

In den sechs Jahrzehnten zwischen Francis L. Carstens Besprechung und Stephan Laux' Arbeiten ist diese Unterscheidung zwischen sachlichen und ideologischen Segmenten in Schnees Werk wiederholt worden. Im Folgenden soll daran erinnert werden, dass die Hermeneutik nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die Voraussetzungen interesegeleiteter Forschungen kritisch befragt. Es geht darum herauszufinden, ob die sachliche Materialbasis einer historischen Darstellung einen Gebrauchswert haben kann, wenn schon die Sammlung und Auswahl der Quellen ideologisch motiviert sind.

Schon in den letzten Jahren wuchs die Skepsis gegenüber dem Material, das Schnee aus den Archiven exzerpiert hat. In sorgfältigen Einzelstudien zu historischen Landschaften des 17. und 18. Jahrhunderts wurde erkennbar, dass auch den Sachinformationen Schnees nicht zu trauen ist. Zur Skepsis veranlasst bereits der Titel seiner sechsbändigen Reihe, die eine Darstellung von „Hoffinanz“ und „modernem Staat“ verspricht, dabei aber nur von Juden handelt. Die historisch unhaltbare Beschränkung auf jüdische Hoffaktoren und deren Nachfahren im 17. bis 19. Jahrhundert und ebenso sein Unverständnis für die Wirtschafts- und Finanzgeschichte des modernen Staates machen nicht nur seine Ergebnisse, sondern auch seine Materialsammlungen fragwürdig, weil er offenbar grundlegende historische Nachrichten über Hoffinanz und modernen Staat übersehen oder ignoriert hat.⁴ Für eine brauchbare Darstellung der Hoffinanz im Zeitalter des „Absolutismus“ wären solide Beschreibungen der Staats- und Hoffinzen notwendig, wie sie etwa Dieter Werzinger für das Fürstentum Brandenburg-Ansbach, um das es hier geht, vorgelegt hat.⁵

weitere Bände dieser herausragenden Darstellung und Quellenedition erschienen erst nach Carstens Aufsatz: Teil 2: Die Zeit Friedrich Wilhelms I., 2 Bde., Tübingen 1962; Teil 3: Die Zeit Friedrichs des Großen, 3 Bde., Tübingen 1971; Heinrich Schnee, Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus. Nach archivalischen Quellen, 6 Bde., Berlin 1953–1967.

- 3 Francis L. Carsten, The Court Jew. A Prelude to Emancipation, in: Leo Baeck Institute Year Book 3 (1958), S. 140–156, hier S. 155.
- 4 Laux, „Ich bin der Historiker der Hoffaktoren“, S. 499.
- 5 Dieter R. Werzinger, Die zollerischen Markgrafen von Ansbach. Ihr Staat, ihre Finanzen und ihre Politik zur Zeit des Absolutismus, Neustadt an der Aisch 1993.

Aus der landesgeschichtlichen Forschung, die mit archivalischen Quellen arbeitet, gibt es Hinweise auf falsche Angaben Heinrich Schnees, seine oberflächliche Auswertung, sein mangelndes Verständnis für Quellen und historische Vorgänge. Einen Fall von Unkenntnis und Missverständnis schilderte Werner Meiners in seiner Arbeit über das Oldenburger Land.⁶ Schnee behauptete, die Einwohner der Grafschaft Oldenburg-Delmenhorst seien als Schuldner von Jacob Mussaphia, Hoffaktor am Hof von Schleswig-Gottorf, in den Ruin getrieben worden. Schnee verwechselte Cismar und Oldenburg in Holstein mit Dithmarschen und der Grafschaft Oldenburg im heutigen Niedersachsen. „Die Art und Weise, wie er die Finanzgeschäfte der Familie Mussaphia und anderer Hofjuden beschreibt, ist Ausdruck der unterschwellig-antisemitischen Grundtendenz seines Werkes“, kommentierte Meiners die falsche Wiedergabe.⁷ Bernd Schedlitz sprach schon 1984 von den „zwar sehr faktenreichen, im Detail dann aber häufig wieder ungenauen“ Angaben Schnees.⁸ Den „Holzweg“, auf den sich Schnee in seinem antisemitischen Eifer begab, bemerkte auch Haasis in seiner Geschichte Joseph Süß Oppenheimers.⁹ Im Folgenden soll die Arbeitsweise Heinrich Schnees, auch im Vergleich mit dem älteren Landeshistoriker Karl Heinrich Ritter von Lang, an einem Beispiel aus dem Fürstentum Brandenburg-Ansbach exemplarisch untersucht werden.

Der Brandenburg-Ansbacher Resident und Hoffaktor Isaak Nathan

Der Hoffaktor Isaak Nathan war in den 1730er-Jahren einer der führenden Unternehmer im süddeutschen Salzhandel. Aufstieg und Fall Isaak Nathans lieferten den Stoff, aus dem die Historiografie des 19. und 20. Jahrhunderts die Legende zu stützen versuchte, dass jüdische Hoffaktoren nur dann Erfolg haben

- 6 Werner Meiners, *Nordwestdeutsche Juden zwischen Umbruch und Beharrung. Judenpolitik und jüdisches Leben im Oldenburger Land bis 1827*, Hannover 2001, S. 33 ff.
- 7 Meiners, *Nordwestdeutsche Juden*, S. 34.
- 8 Bernd Schedlitz, *Leffmann Behrens. Untersuchungen zum Hofjudentum im Zeitalter des Absolutismus*, Hildesheim 1984, S. 6.
- 9 Hellmut G. Haasis, *Joseph Süß Oppenheimer, genannt Jud Süß. Finanzier, Freidenker, Justizopfer*, Reinbek bei Hamburg 1998, S. 17, S. 20, S. 100 f., S. 377.

konnten, wenn sie unlauter handelten. Ähnlich wie sein Zeitgenosse Joseph Süß Oppenheimer in Stuttgart soll auch Isaak Nathan das Hofwesen eines absolutistischen Kleinstaats unter seine Kontrolle gebracht haben. Tatsächlich wurde er am Ende der 1730er-Jahre, offensichtlich angeregt durch die Hinrichtung Joseph Süß Oppenheimers 1738, mit diesem oder auch mit dem 1712 zu lebenslanger Isolationshaft verurteilten Ansbacher Hofjuden Elkan Fränkel verglichen.¹⁰ Auf einer Schießscheibe zum Ansbacher Festschießen 1740 wurde Isaak Nathan im Gala-Kleid dargestellt, im Hintergrund Galgen und Rad, mit der Umschrift: „Wär’s die letzte Kält – Ja es fügt sich vielleicht, daß dich der Winter fällt.“ Die Scheibe wurde von der Obrigkeit beschlagnahmt, bevor sie aufgesteckt werden konnte.¹¹

Die Historiker, die Legenden über Isaak Nathan in die Welt gesetzt haben, beanspruchten für sich, objektiv und auf der Grundlage der Akten zu berichten – „nur meinem Gewissen verpflichtet“, wie Heinrich Schnee in einem Vorwort schrieb.¹² Neben Heinrich Schnee steht Karl Heinrich Ritter von Lang (1764–1835) im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Lang war Regierungspräsident in Ansbach, Gründer des Historischen Vereins für Mittelfranken und Historiker des zollerischen Fürstentums Brandenburg-Ansbach. Im 19. Jahrhundert gehörte er zu den wichtigsten Historikern der Landesgeschichte Mittelfrankens und wird bis heute geschätzt und zitiert.

- 10 Isak Nethanel Gath, *Der Hexenmeister von Schwabach. Der Prozess gegen den Ansbachischen Landesrabbiner Hirsch Fränkel*, Ansbach 2011, S. 109–120; Rotraud Ries, *Bilder über einen Grenzgänger – Der Prozeß gegen den Ansbacher Hofjuden Elkan Fränkel 1712*, in: Mark Häberlein/Martin Zürn (Hrsg.), *Minderheiten, Obrigkeit und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit. Integrations- und Abgrenzungsprozesse im süddeutschen Raum*, St. Katharinen 2001; Manfred Jehle, *Der Hofrat und der Hofjude. Eine Justizfarce im frühen 18. Jahrhundert*, in: Michael Kohlstruck/Stefanie Schüler-Springorum/Ulrich Wyrwa (Hrsg.), *Bilder kollektiver Gewalt – Kollektive Gewalt im Bild. Annäherungen an eine Ikonographie der Gewalt. Festschrift für Werner Bergmann zum 65. Geburtstag*, Berlin 2015, S. 281–292.
- 11 Siegfried Haenle, *Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstenthum Ansbach. Mit Urkunden und Regesten*, Ansbach 1867 (Neudruck Hainsfarth 1990), S. 94. Die Beschreibung entnahm Haenle den Ansbacher Magistratsakten „Schießhaus“; zum Verbleib der Scheibe machte Haenle keine Angaben. Archiv- und Museumsleiter Dr. Wolfgang Reddig hat sich freundlicherweise bereit erklärt, in den Beständen des Stadtmuseums und des Stadtarchivs Ansbach nach dieser Scheibe zu suchen (Mitteilung 3. November 2014/4. Mai 2015).
- 12 Heinrich Schnee, *Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hof-faktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus*, Bd. 3, Berlin 1955, S. 7.

Isaak Nathan stammte aus Schwabach, wo schon sein Großvater Nathan Moyses und sein Vater Nathan Simon als Kaufleute gewirkt hatten. Als er 1729 erstmals in Ansbach genannt wurde, hatte er bereits Frau und Kinder. Er dürfte daher um 1700 geboren sein. Gewöhnlich wird er in den Quellen „Resident“ genannt. Dieser Titel gebührte nach Zedlers Lexikon denjenigen, „welche mit einer solchen Gewalt geschickt werden, daß sie lange an dem Hof eines Potentaten verbleiben, und ohne Unterschied daselbst verschiedene Angelegenheiten ihres Principals [...] beobachten [...]. Man nimmt zu solchen Chargen [...] meistens nur in den Handels-Städten reiche Kaufleute, oder auch wohl gar Juden, die sich mit dem bloßen Titul ohne Besoldung begnügen lassen.“¹³ Isaak Nathan diente dem Markgrafen in den 1730er-Jahren an verschiedenen süddeutschen Höfen, vor allem in München, wo er für die Salzlieferungen aus den Salinen in Reichenhall sorgte. Als Factor oder Hof-Factor, der „Potentaten, Fürsten und Herren, in Anschaffung desjenigen, was sie zu ihrer Hofhaltung an Victualien, Kleidern und andern Dingen nöthig haben“,¹⁴ unterstützte, wurde er in herrschaftlichen Dokumenten zwar nicht bezeichnet; eine solche Funktion für den Ansbacher Hof hatte er wohl trotzdem, indem er etwa Pferde aus Böhmen heranschaffte.¹⁵ 1734 wird er als Barnoss der Judenschaft bezeichnet.¹⁶ Im Sinne der Definition von Nathan Israel kann Isaak Nathan deshalb auch als „Hofjude“ bezeichnet werden.¹⁷

Karl Heinrich Ritter von Lang begann 1832 seine fast durchgehend legendenhafte Darstellung damit, Isaak Nathan habe zu Beginn seiner Karriere 1730 einige Tausend Gulden (fl) Vermögen gehabt und sie, wie „die Welt sagte“, binnen weniger Jahre auf 200 000 Gulden (fl) vermehrt. Allein 100 000 fl habe er aus einem bayerischen Anlehen gewonnen. Zur Finanzierung dieses Kredits an

13 Johann Heinrich Zedler, *Grosses vollständiges Universal Lexicon aller Wissenschaften und Künste, welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden*, Bd. 31, Leipzig/Halle 1742, S. 715 f., <http://www.zedler-lexikon.de/index.html?c=blaettern&seitenzahl=371&bandnummer=31&view=100&l=de> (15. 10. 2014).

14 Zedler, *Grosses vollständiges Universal Lexicon*, Bd. 9, Halle/Leipzig 1735, S. 64.

15 Staatsarchiv Nürnberg (StAN), Rep. 103 a II Geheimregistratur, Brandenburger Literalien 88.

16 Haenle, *Geschichte der Juden*, S. 91.

17 Nathan I. Israel, *European Jewry in the Age of Mercantilism 1550–1750*, 2. Aufl., Oxford 1989, S. 243 ff.; ebenso: Mordechai Breuer, *Frühe Neuzeit und Beginn der Moderne*, in: Michael A. Meyer/Michael Brenner (Hrsg.), *Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit 1*, München 1996, S. 107.

Bayern habe er in den Jahren 1733 bis 1737 aus der Ansbacher Landschaftskasse 35 000 fl zu sechs Prozent Zins erhalten. Als Sicherheit habe Isaak Nathan der Landschaftskasse Juwelen hinterlegt, die aber nicht ihm selbst gehörten, sondern einem Amsterdamer Juden mit Namen Ischerlein, dem sie wiederum ein Fürther Jude Namens Gumbert versetzt habe.¹⁸ Die Angaben zum Kredit der Landschaftskasse an Isaak Nathan und zur Hinterlegung von Juwelen treffen zu, der Rest ist frei erfunden.

Siegfried Haenle konnte bereits nachweisen, dass es keinen zweiten Juden mit Namen „Ischerlein“ gegeben hat, sondern dass es sich dabei um eine Namensvariante Isaak Nathans gehandelt hat. 1729 wird „Isaac Nathan vulgo Ischerlein“ mit Frau und Kindern erstmals in der Tabelle der Juden in Ansbach genannt.¹⁹ Auch in einem Bericht Johann Sigmund Strebels aus dem Jahr 1737 und in einem Vernehmungsprotokoll vom 22. Dezember 1740 heißt er „Ischerlein“.²⁰ Langs Angabe, ein Fürther Jude mit Namen Gumbert habe Isaak Nathan Juwelen versetzt, stimmt ebenfalls nicht: Umgekehrt und erst 1746 wurden beschlagnahmte Juwelen aus dem Besitz von Isaak Nathan an Witwe und Erben des Salomon Levi Gumperth in Fürth versetzt, um einen Kredit für die fürstliche Schatulle aufzunehmen.²¹

Isaak Nathan genoss in den ersten Ansbacher Jahren hohes Ansehen. Den Grund dafür nannte Gottfried Stieber in den Annalen des Fürstentums zum Jahr 1730: „Von Jud Isaak Nathan an die hochfürstliche Herrschaft cedirtes Schlößlein,

18 Karl Heinrich von Lang, Ansbachs Jubeljahr oder wie hat Ansbach, Stadt und Land, vor etwa hundert Jahren ausgesehen?, in: Dritter Jahresbericht des historischen Vereins im Rezatkreis für das Jahr 1832, Nürnberg 1833, S. 46 ff. (Neudruck unter dem Titel: Geschichte des vorletzten Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Mit dem Bildnis des Verfassers und einem Vorbericht über denselben, Ansbach 1848). Zu Karl Heinrich Ritter von Lang siehe Allgemeine Deutsche Biographie (ADB) 17, Leipzig 1883, S. 606–613, <http://www.deutsche-biographie.de/sfz47851.html> (16. 5. 2014); Rolf Straubel, Biographisches Handbuch der preußischen Verwaltungs- und Justizbeamten 1740–1806/15, Teil 1, München 2009, S. 551 (mit Quellen- und Literaturhinweisen).

19 Haenle, Geschichte der Juden, S. 93 ff. „Ischerlein“ ist ein Diminutiv von „Isaak“.

20 StAN, Rep. 110 Ansbacher Historika 108; StAN, Rep. 103aI Ansbacher Generalakten 106a; hier lautet der Titel der Akte sogar explizit: „[...] der sub Inquisitione stehende Jude Isaak Nathan gen[annt] Ischerlein [...]“.

21 StAN, Rep. 110 Ansbacher Historika 108.

Hof- und andere Güter zu Kleinlangheim“.²² Offensichtlich verdankte die markgräfliche Regierung der Hilfe Isaak Nathans, dass eine Grundherrschaft mit mehreren Anwesen im herrschaftlich sehr zersplitterten Marktort Kleinlangheim bei Kitzingen erworben werden konnte. Brandenburg-Ansbach hatte seit dem Kauf Castellscher Güter 1330 in Kleinlangheim die Dorf- und Gemeindeherrschaft und richtete dort im 16. Jahrhundert den Amtssitz ein. Ansbach konnte aber keine Landeshoheit ausüben, weil es hier weniger als die Hälfte der Anwesen besaß und das Hochstift Würzburg die Hochgerichtsbarkeit beanspruchte. Durch die Erwerbung der meisten Anwesen anderer Grundherrschaften konnte Ansbach faktisch das Hochgericht und endlich auch die landesherrliche Obrigkeit gegen Würzburg durchsetzen. Die Hilfe Isaak Nathans war also von außerordentlicher Bedeutung, um Kleinlangheim dauerhaft unter markgräfliche Herrschaft zu bringen.²³

Die Gütertransaktion Isaak Nathans in Kleinlangheim hat Heinrich Schnee gründlich missverstanden. Sie sei „eines der wenigen Beispiele, daß einem Hofjuden für vorgestreckte Kapitalien Grundbesitz überlassen wurde“. Damit kehrte Schnee, für den ein Jude immer ein Geldverleiher sein musste, den tatsächlichen Vorgang in sein Gegenteil.²⁴ Sein Antisemitismus stand ihm offensichtlich im Wege, sodass er einen für die Geschichte der fränkischen ungeschlossenen Landesherrschaften (*territoria non clausa*) außerordentlich wichtigen Vorgang nicht bemerken konnte.

Seine gegen feinsinnigen Humor resistente Voreingenommenheit hinderte Schnee auch daran, die von Selma Stern zitierte scherzhafte Unterhaltung zwischen einem kultivierten Christen und einem Juden richtig wiederzugeben: „When a cultured Christian doctor jestingly chided a Jew that his people was too proud considering that it had no princes in its ranks, the Jew replied: ‚We are

22 Gottfried Stieber, *Annales der Regierung Serenissimi Caroli Guilelmi Friderici, Marchionis Brandenburgici, ab anno 1729 usque 1757*, in: *Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelfranken* 49 (1902), S. 11.

23 Heinrich Weber, *Kitzingen (Historischer Atlas von Bayern, Franken I/16)*, München 1967, S. 96, 166: 1534 gab es in Kleinlangheim neben 57 markgräflichen auch 90 Untertanen anderer Herrschaften; am Ende des Alten Reichs gab es nur noch fünf Untertanen des Klosters St. Marx in Würzburg, die nicht Ansbach mit der Grundherrschaft und Niedergerichtsbarkeit zustanden.

24 Heinrich Schnee, *Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus*, Bd. 4, Berlin 1963, S. 28 f.

not princes but we control them.“²⁵ Daraus machte Schnee: „[...] ,Wir sind keine Fürsten, aber wir kontrollieren sie‘, konnte ein Jude auf den Vorwurf eines christlichen Arztes antworten, daß sie wohl zu stolz wären, um Fürsten in ihren Reihen zu dulden.“²⁶

Ungenauigkeiten und ein Mangel an historischen Grundkenntnissen zeigen sich in Schnees viertem Band bereits in der Überschrift des ersten Kapitels: „Das Hoffaktorentum in den fränkischen Fürstentümern Oberpfalz, Ansbach und Bayreuth, Bamberg, Würzburg und Mainz“. Es gab nie ein „Fürstentum Oberpfalz“, und die altbairische Oberpfalz gehörte ebenso wie das Hochstift Mainz niemals zur historischen Region oder zum Reichskreis Franken. Die Darstellungen Schnees gleichen über weite Strecken den verständnislosen Aufzählungen überforderter Heimatforscher. Den Hoffaktor Jakob Moses ließ er „nach Altmühl“ reisen, das es nicht gibt; es gibt nur einen Nebenfluss der Donau, der so heißt. Dann fährt er fort: „1747 reiste er auf Befehl des Herzogs von Sulzbach nach Schwäbisch Hall um Abholung und Abführung ,der an deren Termins Anspachischen Kapitals ad 250000 fl‘, dann verfügte er sich nach Düsseldorf.“²⁷ Solche wirren Paraphrasen wecken den Eindruck, Schnee zitiere korrekt, was konfuse Schreiber des 18. Jahrhunderts zu Papier gebracht hatten. Tatsächlich hat Schnee bei seiner eiligen Lektüre den Inhalt der Akten nicht verstanden und deshalb verständnislos wiedergegeben.

Auffallend ist die wiederholte Leseschwäche Schnees. Ähnlich wie bei der Lesung „Dithmarschen“ statt Cismar lässt sich auch an den fränkischen Quellen sein Problem mit den Handschriften beobachten. Von Marx Model heißt es etwa, er habe 1680 „Schlossfelder zu [...] Sohlen, Goven und Wittelshoven“ gekauft.²⁸ „Sohlen“ und „Goven“ hat Schnee falsch gelesen für „Solenhoven“, also Solnhofen an der Altmühl, heute bekannt als der Ort, wo die lithografischen Platten hergestellt wurden. In einem Vernehmungssprotokoll entzifferte Schnee die brandenburgische Landesfestung Wülzburg bei Gunzenhausen als „Sulzburg“.²⁹

Schnee hielt Ludwig Geiger, „von seinen Glaubensgenossen gefeiert als der Historiker der Juden in Berlin“, mangelnde Kenntnisse vor, weil er „nur einen Bruchteil

25 Stern, *The Court Jew*, S. 236.

26 Schnee, *Hoffinanz*, Bd. 3, S. 225.

27 Schnee, *Hoffinanz*, Bd. 4, S. 16 f.

28 Ebenda, S. 27.

29 Ebenda, S. 30.

der Berliner Akten verarbeitet hat“.³⁰ Den Vorwurf mangelnder Quellenkenntnis wiederholte er gegen Selma Stern, der „die Quellen in Deutschland nicht mehr zugänglich waren“, nachdem ihr 1941 mit Not die Flucht gelungen war.³¹ Schnee selbst tat stets so, als habe er alle relevanten Akten, die er in seinen Quellenverzeichnissen über Seiten hinweg aufgezählt hat, auch sorgfältig studiert. Seine Angaben sind bisher ernst genommen worden, sodass vermutet wurde, dass er die meisten Archivstudien schon in der NS-Zeit durchgeführt haben musste. Das mag zutreffen. Es lässt sich aber auch am Beispiel des Staatsarchivs Nürnberg zeigen, dass Schnee sich nur wenige Tage Zeit genommen hat, um sehr umfangreiche Aktenbestände durchzusehen. Zumindest hier dürften die Flüchtigkeits- und Lesefehler Schnees auch auf die große Eile, in der er seinen Archivbesuch absolvierte, zurückzuführen sein. An insgesamt nur fünf Tagen ließ er sich Ende Oktober/Anfang November 1959 im Staatsarchiv Nürnberg 42 teils umfangreiche Aktenkonvolute vorlegen, aus denen er im Anmerkungsteil des vierten Bandes 27 Akten zitierte.³²

Die unvollständigen, oberflächlichen und teils falschen Angaben waren das Ergebnis einer Auswahl von zufälligen Lesefunden, die er dennoch so ausbreitete, als habe er eine schlüssige Geschichte vorzulegen. Den Anteil der landesherrlichen Kammer an einem großen Kredit für die bayerische Landschaft, den auch Isaak Nathan mitfinanzierte, gab Schnee einmal als Kredit des Juden an die Landschaft („Kapital nebst Zinsen, das Nathan der Landschaft vorgeschossen hatte“), wenig später jedoch so wieder: „1739 schoß die Rentei dem Residenten 60 000 fl auf eine Assekuranz der kurbayerischen Landschaft zu 6 % vor, deren Einlösung 1741 in München fällig wurde; die Zinsen waren vierteljährlich abzurechnen von Nathans ‚partizipierend habenden drei Viertel der 200.00 [sic] fl des kurfürstlich bayerischen Kapitals‘. Es waren jedenfalls umfangreiche Geld- und Juwelengeschäfte, die der Resident in Ansbach betrieb.“³³ Dass es hier um einen der seit Jahrzehnten üblichen Kredite an Bayern ging, die dann später durch Salzlieferungen zurückgezahlt wurden, hat Schnee bei seinem kurzen Archivaufenthalt übersehen. Es reichte ihm aber zur falschen Schlussfolgerung, dass der Jude Isaak Nathan „jedenfalls umfangreiche Geld- und Juwelengeschäfte [...] betrieb“.

30 Schnee, Hofffinanz, Bd. 3, S. 218.

31 Laux, „Ich bin der Historiker der Hoffaktoren“, S. 500.

32 StAN, Benutzerregistratur V/1030 II. Geschichte der Juden in Deutschland 1947–1960.

33 Schnee, Hofffinanz, Bd. 4, S. 29.

Die Juwelen Isaak Nathans und der Orden des Königs von Großbritannien

Ritter von Lang schilderte die Geschichte von den Juwelen Isaak Nathans und vom angeblich zweiten Juden Ischerlein höchst dramatisch:

„Zu gleicher Zeit erhielt aber der izt nach Gunzenhausen gezogene Jude Ischerlein vom Markgrafen den Auftrag, den für den König von England bestimmten rothen Adlerorden mit Brillanten besetzen zu lassen, was er mit denen vom Residenten Isaak Nathan zurückgenommenen Juwelen alsbald bewerkstelligte und dafür 40 000 fl. berechnete und empfing. Der Markgraf, empfindlich darüber, daß er für solch ein kostbares Geschenk auch nicht einmal ein Wort des Dankes aus London zurück empfing, erfuhr endlich aus den Nachfragen seines Beauftragten daselbst, daß die angeblichen Brillanten lauter Böhmisches Steine gewesen, und daß der König, wenn auch den Markgrafen über ein solches Geschenk nicht beschämen, doch auch dafür nicht habe danken wollen. Es läßt sich denken, mit welcher Zornwuth der Markgraf den in das Versteck sich geflüchteten Rüb Ischerlein hervorziehen ließ. Er wurde alsbald nach Wülzburg geschleppt, und nach kurzen Verhören und Umständen in einen großen Saal gebracht und dem Scharfrichter übergeben, der ihn auf den nächsten besten Stuhl fest band und dann eben das Schwert über ihn schwingen wollte, als der Gefangene mitsamt dem angebundenen Stuhl sich aufraffte, und, um eine lange Tafel laufend, und um Gotteswillen nur um eine Minute Gehör beim Markgrafen hilfeschreiend, dem Todesstreich entrinnen wollte, der ihm aber doch vom Scharfrichter über die Tafel hinüber beigebracht wurde.“³⁴

Lang erzählte den tödlichen Slapstick so, als sei er selbst dabei gewesen. Tatsächlich ist diese Geschichte von Anfang bis Ende erfunden. Die Erzählung, Markgraf Carl Wilhelm Friedrich habe dem englischen König George II. einen Roten Adlerorden verliehen, kann nur eine viel später entstandene Legende gewesen sein. Der Rote Adlerorden war eine Stiftung des Markgrafen Georg Friedrich

34 Lang, Ansbachs Jubeljahr, S. 46 f.

Karl von Brandenburg-Bayreuth (1688–1735) im Jahre 1734. Carl Wilhelm Friedrich konnte keinen Roten Adlerorden verleihen. Erst mit der Vereinigung der Fürstentümer Brandenburg-Bayreuth und Ansbach 1769 wurde der Ansbacher Markgraf Ordensoberhaupt.³⁵ Darauf hat bereits der Ansbacher Historiker und Landgerichtsdirektor Julius Meyer (1835–1913) hingewiesen, der dann aber, ohne dafür einen Nachweis liefern zu können, behauptete, es müsse wohl etwas Wahres an der Legende sein: „Es wird, wenn auch kein Orden, eben ein anderes kostbares Geschenk, etwa ein Bild mit Brillanten gewesen sein, das der Markgraf von Ansbach an den englischen Hof schickte und hiebei ist allerdings vorgekommen, daß der Resident und Hofjude Ischerlein einen Unterschleif hinsichtlich der Brillanten begangen hat.“³⁶ Der königlich-bayerische Landgerichtsdirektor setzte also die haltlosen Spekulationen unbekümmert fort. Das Vorurteil, dass ein Hofjude ein Betrüger sein musste, zeigt einmal mehr, dass er noch im 20. Jahrhundert weder in der Geschichtsschreibung noch vor dem Landgericht mit einem fairen Prozess rechnen durfte.

Die Geschichte von der Ordensverleihung ging vermutlich aus der Umdeutung und Übertragung eines außerordentlich peinlichen Vorgangs hervor, dessen Höhepunkt aber erst nach Carl Wilhelm Friedrichs Tod erreicht wurde. Der Markgraf verlieh keinen Orden an den König von Großbritannien, sondern erhielt selbst den Orden des Blauen Hosenbandes von König George II., der mit der Tante des Markgrafen, Caroline von Brandenburg-Ansbach, verheiratet war. Carl Wilhelm Friedrich erhielt den Orden am 24. August 1749 durch den britischen Gesandten am sächsischen Hof, Charles Hanbury Williams, feierlich überreicht. Anlässlich der Übergabe eines der bedeutendsten Orden in Europa war Ansbach zwei Tage lang festlich illuminiert, mit Trompeten, Pauken und Kanonen wurde gefeiert. Zu den Ordensinsignien gehörten das „mit Jubelen reich garnirte“ Strumpfband, das Brustkreuz, ein Degen mit rotsamtenem Koppel und ein Surcoat aus rotem Samt.³⁷ Nach dem Tod des Markgrafen am 3. August 1757 mussten die Ordens-

35 Felix Lorenz Benjamin Lehmann, *Der Rote Adlerorden. Entstehung und rechtliche Grundlagen (1705–1918)*, Frankfurt a. M. 2002, bes. S. 61 ff.

36 Julius Meyer, *Ein Höflichkeitsaustausch der Cabinette von Ansbach und London*, in: ders., *Beiträge zur Geschichte der Ansbacher und Bayreuther Lande*, Ansbach 1885, S. 162.

37 StAN, Rep. 110 *Ansbacher Historika* 49; hier sind die Zeremonien und das weitere Schicksal der Insignien in allen Einzelheiten beschrieben.

insignien entsprechend den Statuten nach London zurückgegeben werden. Vor der Rücksendung wurden die Edelsteine im Dezember 1757 ausgebrochen und der Witwe des Markgrafen, Friederike Luise geborene Prinzessin von Preußen, übergeben. Der Wert der Steine und der goldenen Fassungen wurde im Protokoll mit mehr als 10 000 Gulden angegeben. Das Protokoll vermerkte lapidar die Rücksendung an das englische Königshaus: „1) die große Ordenskette, 2) der St. George am blauen Bande, ein Medaillon ohne Jubelen, dann 3) die Jarretièrre mit goldener Schrift, ohne Garnitur von Steinen.“

1760 ließ der junge Markgraf Carl Alexander (reg. 1757–1791) den Oberhofmarschall wissen, dass der königliche Hof in London nach wie vor die Rückerstattung der Edelsteine erwarte. Am 26. April 1763 wurde dem Hofmarschallamt mitgeteilt, der Markgraf wolle sie auf seine bevorstehende Reise nach London mitnehmen. Sie sollten daher „ohnverlängt“ der Geheimen Kanzlei übergeben werden. Damit endet die Akte, ohne dass das Auffinden der Steine und deren Rückgabe vermerkt sind. Julius Beyer hat diesen in der Geschichte Brandenburg-Ansbachs so überaus unehrenhaften Vorgang ebenfalls gekannt. Er hat die Ordensverleihung und die damit in Ansbach verbundenen Feierlichkeiten in aller Breite geschildert, die in derselben Akte beschriebene Entfernung der Juwelen und die Unterschlagung durch die preußische Königstochter jedoch verschwiegen.³⁸

Es gab also weder einen roten Adlerorden aus Ansbach für den britischen König noch eine Fälschung von Juwelen durch den Hofjuden, wohl aber einen äußerst peinlichen Skandal, der unverfroren umgedeutet wurde, sodass sich am Ende sogar der Verlust der englischen Juwelen einem Juden unterschieben ließ.

Isaak Nathan und die bayerischen Salzkontrakte

Die Bemerkung des Ritters von Lang über ein „bayerisches Anlehen“, für das Isaak Nathan in den Jahren 1733 bis 1737 aus der Ansbacher Landschaftskasse 35 000 fl zu sechs Prozent Zins erhalten und das ihm dann 100 000 fl eingebracht haben soll, bezieht sich auf ein Darlehen von insgesamt 315 000 Pfund, das Brandenburg-

38 Meyer, Ein Höflichkeitsaustausch, S. 171 f.

Ansbach 1736 den Landständen von Kurbayern einräumte.³⁹ An die bayerische Landschaft ging der Kredit deshalb, weil dadurch das ganze Land – und nicht nur der kurfürstliche Hof – Bürgschaft leistete. Empfänger des Geldes war letztlich Kurfürst Karl Albrecht (reg. 1726–1745), seit 1742 Kaiser des Heiligen Römischen Reichs. Mehr als die Hälfte dieses Betrages brachten die Ansbacher Kastenämter auf, die ihre vermögenden Untertanen nötigten, Geld gegen Schuldurkunden herauszugeben. 150 000 fl beschaffte Isaak Nathan, der seinerseits ein Darlehen in Höhe von 35 000 fl von der Ansbacher Landschaftskasse (Obereinnemerei) aufnehmen musste. 1739 wird ein weiteres Darlehen in Höhe von 60 000 fl genannt, das die landschaftliche Obereinnemerei an Isaak Nathan gegen sechs Prozent Zinsen ausgab.⁴⁰ Isaak Nathan hatte wegen seiner Beteiligung am Salzgeschäft mit Bayern ein erhebliches Interesse daran, dass die Kreditsumme zusammengebracht wurde. Dafür zahlte er aber selbst Zinsen in der üblichen Höhe und machte im Kreditgeschäft keinen Gewinn. Werzinger vermutete, der Gewinn des Hoffaktors habe „in einem Disagio und einer Provision“ bestanden, ohne dies aber belegen zu können.⁴¹ Dass daraus ein angeblicher Gewinn von 100 000 fl hätte entstehen sollen, ist mehr als unwahrscheinlich; auch Werzinger betont, dass „die Verdienstmöglichkeiten des Hoffaktors [...] beschränkt“ gewesen seien.⁴² Sicher und durch das Privileg für Isaak Nathan am 15. Juni 1739 belegt ist vielmehr, dass durch Isaaks „eifrige Application Unserm Fürstl. Aerario merklicher Nutzen zugewachsen sey“.⁴³ Der Vorteil lag also unzweifelhaft aufseiten der markgräflichen Regierung.

Wenn Isaak Nathan tatsächlich ein beträchtliches Vermögen erworben hat, dann nicht durch seine unmittelbare Beteiligung an der Finanzierung des Kredits für Bayern. Der Kredit stand in Zusammenhang mit den Salzlieferungen aus Bayern, und es werden die Salzkontrakte gewesen sein, die großen Gewinn brachten. Schon Isaak Nathans Großvater Nathan Moyses hatte seine Geschäftsbeziehungen mit Bayern 1710 damit aufgenommen, dass er einen Kredit über 45 000 fl zustande

39 Werzinger, Markgrafen, S. 279. Werzinger setzt die Währungseinheit „Pfund“ in diesem Falle gleich mit „Gulden rheinisch“: Es sei „ein Ausdruck der Zeit“, die Bezeichnungen „Pfund“ und „Gulden“ synonym zu verwenden.

40 StAN, Rep. 108 Fürstentum Ansbach Geheimes Archiv, Geheimer Behälter 59.

41 Werzinger, Markgrafen, S. 477.

42 Ebenda.

43 Haenle, Geschichte der Juden, S. 239.

brachte und ihn mit Salz zurückzahlen ließ. Verluste im Kreditgeschäft, die sich vermuten lassen, wurden im Salzhandel wieder ausgeglichen.⁴⁴ Isaak Nathan war wie sein Vater Nathan Simon auch kurpfälzischer und kurbayerischer Hoffaktor, in Bayern war er außerdem Salzfaktor.⁴⁵

Die 1799 verfassten Aufstellungen des Direktors der bayerischen Salinen-, Berg- und Münz-Administration Mathias Flurl (1756–1823) enthalten eine tabellarische Übersicht, die mit einem „Kontrakt mit dem Juden Nathan Moses et Cons. zu Schwabach“ beginnt.⁴⁶ Paul Sundheimer hat bereits darauf hingewiesen, dass unter „Nathan Moyses et consortes“ die Angehörigen der Familie in mehreren Generationen zu verstehen sind.⁴⁷ Der 1739 genannte „Jude Nathan“ kann nur Isaak Nathan gewesen sein. Zwei weitere Kontrakte mit ihm, die 1746 und 1751 abgeschlossen wurden, fallen bereits in die Zeit, als Isaak Nathan sich aus Ansbach nach Schwabach zurückgezogen hatte.⁴⁸ Von 1734 bis 1751 zahlte Isaak Nathan nach Flurls Aufstellungen insgesamt 729 600 fl für die bayerischen Salzlieferungen. Im Rahmen dieser umfangreichen Geschäfte dürfte Isaak Nathan seine Gewinne gemacht haben.

- 44 Erwin Probst, *Baierisches Salz für Franken – ein Beitrag zur fränkischen Wirtschafts- geschichte des 18. Jahrhunderts*, in: *Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst* 10 (1958), S. 165.
- 45 Daniel J. Cohen, *Die Landjudenschaften in Deutschland als Organe jüdischer Selbstverwaltung von der frühen Neuzeit bis ins neunzehnte Jahrhundert. Eine Quellensammlung*, Bd. 2, Jerusalem 1997, S. 1074, Anm. 15; Claudia Prestel, *Jüdische Hoffaktoren in Bayern*, in: *Manfred Treml/Josef Kirmeier/Evamaria Brockhoff (Hrsg.), Geschichte und Kultur der Juden in Bayern*, München 1988, S. 204; Peter Kuhn, *Jüdischer Friedhof Georgensgmünd*, München/Berlin 2006, S. 17, S. 493; zu den Familienverhältnissen siehe ebenda, S. 84.
- 46 Mathias Flurl, *Der Handel Bayerns mit Halleiner Salz, 1799*, in: *Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium der Finanzen 14139*; gedruckt in: Eckart Schremmer in Zusammenarbeit mit Wolf-Rüdiger Ott und Hans Loreth (Hrsg.), *Handelsstrategie und betriebswirtschaftliche Kalkulation im ausgehenden 18. Jahrhundert. Der süddeutsche Salzmarkt. Zeitgenössische quantitative Untersuchungen u. a. von Mathias Flurl und Joseph Ludwig Wolf*, Wiesbaden 1971, S. 110 f.
- 47 Paul Sundheimer, *Die jüdische Hochfinanz und der bayerische Staat im 18. Jahrhundert*, in: *Finanz-Archiv* 41 (1924), S. 259. Die Angabe von Sundheimer, *Die jüdische Hochfinanz*, S. 7, dass ein Kredit zu sechs Prozent verzinst wurde und nur im Fall des Verzuges der Zinszahlungen 12 Prozent zu leisten waren, missverstand Probst, *Baierisches Salz*, S. 163, und bezeichnete „zehn bis zwölf Prozent“ als die „damals üblichen jüdischen Wucherzinsen“.
- 48 Flurl, *Der Handel Bayerns*, S. 110 f.

Nach dem Tod Isaak Nathans im Jahr 1753 gelangte die Salzversorgung Frankens 1755 in die Hände des Regensburger christlichen Kaufmanns Friedrich (von) Dittmer (1727–1811).⁴⁹ Dittmer handelte außerdem mit Metallen aus österreichischen Bergwerken, Sensenblättern, Quecksilber, Farbstoffen, russischem Juchtenleder und ungarischer Wolle – Waren, die auch von jüdischen Großhändlern vertrieben wurden. In den Koalitionskriegen am Ende des 18. Jahrhunderts musste er im Rahmen seiner Geschäfte Österreich einen Kredit über 500 000 fl, Bayern einen Kredit über 700 000 fl einräumen.⁵⁰ Dittmer übernahm demnach Funktionen, die auch Juden ausübten, ohne dass seine Geschäftstätigkeit deshalb als „Geldverleih“ bezeichnet worden wäre. Die falsche Überbetonung der Kredite, die bei großen Lieferungen von Juden und Christen immer zum Geschäft gehörten, ist von Stereotypen der Historiografie geleitet, sobald es um die Geschäfte von Juden geht.⁵¹ Dabei gehörte der Salzhandel immer zu den größten Unternehmungen, die im 18. Jahrhundert im Fürstentum Brandenburg-Ansbach betrieben werden konnten. Das Ende dieses Geschäfts nach Isaak Nathans Tod bedeutete auch, dass dessen Familie in Schwabach keine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben des Markgraftums mehr spielen konnte. Alles was danach noch zu hören ist, betrifft vor allem die Forderungen der Erben gegen Schuldner des verstorbenen Vaters.

Schnee schenkte diesen Schicksalen, die seinem Bild von den jüdischen Hofaktoren nicht entsprachen, keine Beachtung. Den Aufstieg des Hauses Dittmer (Thon-Dittmer) in Bayern übersah er und konstatierte stattdessen: „Die Hofjuden strebten immer nach Alleinherrschaft, nach einer monopolartigen Stellung am Hofe [...]. In Österreich und Bayern hat man wiederholt versucht, die Heereslieferungen an christliche Unternehmer zu vergeben; aber beim öffentlichen Aufgebot wurden sie stets von den jüdischen Faktoren unterboten [...]. Bayern und Österreich bieten das Beispiel dafür, daß man die Hoffaktoren als

49 Lorenz Maier, Georg Friedrich von Dittmer, in: Manfred Tremml/Rainhard Riepertinger/Evamaria Brockhoff (Hrsg.), Salz macht Geschichte, Augsburg 1995, S. 254 f.

50 Albrecht A. Gribl, Das Handelshaus Dittmer in Regensburg, in: Hubert Glaser (Hrsg.), Wittelsbach und Bayern, III/2, Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat, München 1980, S. 486.

51 Dieses von ideologischen, antisemitischen Stereotypen bestimmte Zerrbild findet sich vor allem bei: Wilhelm Paulus, Markgraf Carl Wilhelm Friedrich (1712–1757). Ein Zeitbild des fränkischen Absolutismus, Erlangen 1932, S. 87 ff.

Heeres- und Kriegslieferanten gar nicht ausschalten konnte, selbst wenn man dies erstrebte.“⁵²

Isaak Nathan stand 1739 auf dem Höhepunkt seines Ansehens. Gerade jetzt veranlassten persönliche Enttäuschungen den jüdischen Landschreiber Abraham Wolff in Gunzenhausen zu schweren Beschuldigungen, die Wolff im Januar 1739 persönlich gegenüber dem Markgrafen erheben durfte. Später sagte Wolff aus, Isaak Nathan sei früher sein „Dauz-Bruder“ gewesen, jedoch sein Feind geworden, als er sich geweigert habe, seinem Sohn aus einer Notlage zu helfen.⁵³ Mit seinen Anschuldigungen übertrieb Wolff maßlos und unterstellte Isaak Nathan, er habe damit geprahlt, beim Fürsten alle Minister verdrängt zu haben, „was er sage, das müsse gethan seyn“, es werde sogar gesagt, „der Resident seye mehr als der Herr Marggraff“. Juden und Christen presse er das Geld ab, mit dem er die „Cavaliers“ am Hofe bestochen habe, jetzt plane er aber, sein Geld in die kurpfälzische Residenzstadt Mannheim in Sicherheit zu bringen. Der Landschreiber wiederholte offensichtlich Vorwürfe, die im Jahr zuvor zur Hinrichtung Joseph Süß Oppenheimers in Stuttgart geführt hatten. Allerdings sei der Ansbacher Resident „seit des Juden Süßen Fall“ vorsichtiger geworden. Dass den Landschreiber das Schicksal Oppenheimers in Stuttgart beschäftigte, belegt eine Zeichnung, die sich in dessen beschlagnahmten Unterlagen findet: Sie zeigt Süß Oppenheimer in elegantem Rock im Hinrichtungskäfig, mit der Beschriftung: „Ein hebräisch süß und angenehm singender Vogel“.⁵⁴

Eine Gleichsetzung des Ansbacher Hofjuden mit Süß Oppenheimer ist überzogen. Isaak Nathan ging seinen Geschäften zum Nutzen des Fürstentums Brandenburg-Ansbach nach, hielt sich aber aus allen Staatsgeschäften heraus und hatte nie so weitreichende Kompetenzen in der Verwaltung wie Joseph Süß Oppenheimer. Die Vorwürfe des Landschreibers diskreditierten 1739 nicht Isaak Nathan, sondern fielen auf ihn selbst zurück. Er wurde sogleich festgenommen und verhört. Allerdings dürfte es dem Markgrafen und seinen Beamten weniger darum

52 Schnee, Hoffinanz, Bd. 3, S. 186.

53 StAN, Rep. 110 Ansbacher Historika 109 I, S. 10.

54 Ebenda, 109 II. Die Zeichnung findet sich am Schluss der unpaginierten Sammlung von Schriftstücken Abraham Wolffs. Ähnliche Zeichnungen mit anderen Beschriftungen veröffentlichte Barbara Gerber, *Jud Süß. Aufstieg und Fall im frühen 18. Jahrhundert*. Ein Beitrag zur Historischen Antisemitismus- und Rezeptionsforschung, Hamburg 1990, nach 574.

gegangen sein, den Residenten zu entlasten, als vielmehr der Kritik am markgräflichen Hof, der sich angeblich von einem Juden bestechen ließ, zu begegnen. Am Landschreiber und seiner ganzen Familie wurde dann ein Exempel statuiert, das eine deutliche Warnung vor Nachahmungen enthielt: Das Vermögen wurde eingezogen und Wolf schon im April 1739 „als ein unruhiger Mensch“ des Landes verwiesen.⁵⁵

Für Isaak Nathan hatten die Angriffe des Landschreibers noch keine Folgen. Im Juni 1739 erhielt er sein Privileg, durch das sein „Hof-Schutz“ bestätigt und auf seine Söhne, Töchter und Schwiegersöhne ausgedehnt wurde. Für Häuser im Besitz der Familie wurde die Befreiung von Steuern und Abgaben an die Landesherrschaft verfügt, auch der Warenhandel blieb von Steuern und Zöllen befreit. Zivilklagen von Christen und Juden gegen die Angehörigen der Familie waren ausschließlich vor der markgräflichen Hofdeputation zu verhandeln. Die Familie sollte außerdem das Recht haben, sich eine eigene Synagoge mit einem Vorsänger einzurichten. Es waren weitreichende Privilegien, durch die der Resident christlichen Kaufleuten gleichgestellt und ihnen gegenüber durch die Abgabefreiheit sogar bevorzugt wurde.⁵⁶

Untersuchungshaft und Rückzug Isaak Nathans nach Schwabach

Die Gründe für den Verlust der markgräflichen Gnade und für die Verhaftung sind nirgends explizit festgehalten. Der Anlass soll, wie Siegfried Haenle vermutet hat, „eine Serailgeschichte“ gewesen sein: „Die jüngere Tochter einer verwitweten Hofmalerin Zwierlein in Ansbach hatte nämlich ihre Gunst zwischen dem Markgrafen und dem Hofjuden (und freilich noch einer Reihe anderer Personen, Cavalieren, Bürgern, Soldaten) geteilt, und es waren hieraus Inconvenienzen für die Gesundheit des Markgrafen entstanden.“⁵⁷ Gemeint war die erst fünfzehnjährige Tochter des Hofmalers Johann Baptist Zierl (1685–1738), Anna Elisabeth Martha Zierl (1725–1742), von der sich der Markgraf eine Geschlechtskrankheit

55 StAN, Rep. 110 Ansbacher Historika 109 I.

56 Haenle, Geschichte der Juden, S. 238 ff.

57 Ebenda, S. 94.

zugezogen haben soll. In den Verhören, die am 8. September 1740 begannen, sagte sie aus, sie habe auch mit Isaak Nathan Beziehungen unterhalten.⁵⁸ Ein Nachweis dafür konnte nicht erbracht werden. Nach zwei Jahren Haft auf der Landesfestung Wülzburg starb die missbrauchte Jugendliche 1742 an Diphtherie.⁵⁹

Die Festnahme Isaak Nathans fand im selben Jahr 1740 statt. Wenigstens zeitlich gab es den Zusammenhang mit der Verhaftung des Mädchens. Im weiteren Verlauf spielte seine Affäre, die er angeblich mit Anna Zierl hatte, keine Rolle. Vielmehr wurden ihm pauschal Unterschlagungen vorgeworfen. Schnee datierte Isaak Nathans Festnahme in das Jahr 1745, drei Jahre nach dem Tod des Mädchens. Auch die Beschreibung dieses Vorgangs durch Schnee zeigt, dass er mangelnde Kenntnisse und antisemitische Stereotypen zu vereinen wusste. Schnee bezeichnete Isaak Nathan, scheinbar nach den Akten, als „Inquisiten“.⁶⁰ Den Begriff gibt es nicht. Der Untersuchungsbeamte wurde im 18. Jahrhundert „Inquirent“, der zum Verhör Geladene „Inquisit“ genannt.⁶¹ Den Vorwurf der sexuellen Beziehungen zur Mätresse des Markgrafen, der in den Untersuchungen nicht bestätigt wurde, erklärte Schnee zur Tatsache und belegte damit an anderer Stelle, unter der Überschrift „Die gesellschaftliche und politische Machtstellung der Hoffinanziers“, die einflussreiche Stellung des Hoffaktors: „Der Resident Isaak Nathan hatte mit dem Markgrafen Carl Wilhelm Ferdinand [sic!] (1729–1757) die gleiche Maitresse.“⁶²

Der markgräfliche Archivar Johann Sigmund Strebel legte eine Akte zur angeblichen Unterschlagung von 25 000 fl „hochfürstl. Chatoul Gelder“ an.⁶³ Dies war die Begründung für die Beschlagnahmung der Edelsteine, die Isaak Nathan 1737 beim Geheimen Rat als Sicherheit für die Kredite der Obereinnehmerei hinterlegt hatte. Die Juwelen waren damals schon dem Fürsten persönlich präsentiert worden, der Gefallen an ihnen gefunden und die Verwahrung in seinem Geheimen Archiv angeordnet hatte.⁶⁴ 1739 gab Strebel die Steine an Isaak Nathan heraus,

58 Martin Krieger, *Die Ansbacher Hofmaler des 17. und 18. Jahrhunderts*, Ansbach 1966, S. 205 f.

59 Krieger, *Hofmaler*, S. 207.

60 Schnee, *Hoffinanz*, Bd. 4, S. 30.

61 Ebenda, S. 30.

62 Schnee, *Hoffinanz*, Bd. 3, S. 228.

63 StAN, Rep. 110 *Ansbacher Historika* 108 (unpaginierte Seiten).

64 Ebenda; zwei Ohrgehänge mit großen Diamanten aus dem Besitz Isaak Nathans waren schon seit 1733 im Geheimen Archiv verwahrt worden.

nachdem ein großer Teil des Kredits zurückgezahlt worden war. 1740 wurden sie dann beschlagnahmt und gelangten 1742 wiederum in das Geheime Archiv. 1745 ordnete Carl Wilhelm Friedrich an, sie als Pfand zu verwenden, um bei der Witwe des Salomon Levi Gumperth in Fürth einen Kredit über 25 000 Gulden für die fürstliche Schatulle aufzunehmen.⁶⁵ Nach Rückzahlung dieses Darlehens kamen die Pretiosen 1746 zurück in das Geheime Archiv, das sie 1747 wiederum herausgab, ohne dass der Empfänger noch genannt wird. Wenn sie an Isaak Nathan gelangt wären, hätte Strebel das sicher vermerkt. Die formlose Auslieferung ohne eine Quittung kann deshalb wohl nur an den Markgrafen erfolgt sein.

1745 ging es nicht um die Verhaftung, wie Schnee missverstanden hat, sondern um die Bezahlung der Verpflegungskosten während der Untersuchungshaft. Das dürfte bedeuten, dass Isaak Nathan in diesem Jahr entlassen wurde. Er verlor zusammen mit den Juwelen noch weitere „Pretiosa und Effecten“, Obligationen, Wechselbriefe und Schuldscheine, deren Wert nicht angegeben ist.⁶⁶ Sein Besitz scheint jedoch nicht auf Dauer vollständig verloren gegangen zu sein; denn später verfügten seine Erben noch über Immobilien und machten Ansprüche gegenüber Schuldnern geltend. Isaak Nathan zog sich nach seiner Entlassung nach Schwabach zurück, wo er die Geschäfte als bayerischer Salzfaktor fortsetzte. Anlässlich der Anstellung eines Wächters und Totengräbers auf dem Friedhof in Georgensgmünd 1748 wird R. (Rabbi) Eisik ben R. Nathan Simon (Isaak Nathan) als Pfleger des Friedhofs und (unmittelbar nach dem Landesrabbiner Meier Klef) als Landesvorsteher genannt, dessen Amtsrechnung kein Defizit, sondern einen Überschuss auswies. Isaak Nathan genoss offensichtlich nach der Untersuchungshaft in der jüdischen Gemeinde höheres Ansehen als je zuvor.⁶⁷ Er ist 1753 in Schwabach verstorben und auf dem Jüdischen Friedhof Georgensgmünd bestattet worden.⁶⁸

Selbst die markgräfliche Untersuchung gegen Isaak Nathan ergab offenbar nichts, was dem Hoffaktor vorzuwerfen und zur Rechtfertigung einer Bestrafung

65 Ebenda.

66 Ebenda; Angaben am 15. Februar 1746.

67 Cohen, Landjudenschaften, S. 1073.

68 Kuhn, Jüdischer Friedhof Georgensgmünd, S. 17, S. 493, hier auch weitere Angaben zum Leben Isaak Nathans. Das richtige Todesjahr haben auch Daniel J. Cohen und schon 1799 der Direktor der bayerischen Salinen-, Berg- und Münz-Administration Mathias Flurl genannt; Cohen, Landjudenschaften, S. 1074, Anm. 15; Flurl, Der Handel Bayerns, S. 35.

zu verwenden gewesen wäre. Man begnügte sich damit, ihm seine Wertsachen abzunehmen und dem Markgrafen zu überlassen. Umso mehr beschäftigte sich die Nachwelt mit seinen sagenhaften Juwelen und seiner politischen Rolle, die kaum nach der Wirklichkeit und desto mehr nach dem Bild des Stuttgarters Süß Oppenheimer ausgemalt wurde.

In dieser Tradition stehen auch die unbrauchbaren Angaben Heinrich Schnees. Er bezeichnete Isaak Nathan als eine der „interessantesten Gestalten unter den deutschen Hoffaktoren; in vielem ähnelte er seinem Zeitgenossen Jud Süß, mit dem Unterschied jedoch, daß er sich in erster Linie den Haß seiner Glaubensgenossen zuzog, während Jud Süß dem Haß der Bevölkerung zum Opfer fiel“.⁶⁹ Aus der singulären (und noch folgenlosen) Denunziation des Landschreibers Abraham Wolff machte Schnee „den Haß seiner Glaubensgenossen“, die ihm in Wirklichkeit auch nach seiner Untersuchungshaft das Amt des Landesvorstehers anvertrauten. Karl Heinrich von Langs und Heinrich Schnees falsche Darstellungen führten dazu, Isaak Nathan als Geldverleiher, Juwelensammler und den korrupten Hof als aus dem Hintergrund manipulierenden Verderber darzustellen. Dessen Rolle als bedeutender Unternehmer im süddeutschen Handel mit Salz, Pferden und wahrscheinlich auch anderen Waren geriet dabei aus dem Blickfeld. Stattdessen konstruierte Schnee die Legende vom Sturz eines Betrügers, der nur durch ein „gnädiges Schicksal“ der Strafe entgangen sei, „während Jud Süß am Galgen büßen mußte, weil er es gewagt hatte, große Politik zu machen“.⁷⁰ Die antisemitischen Stereotype haben nicht nur tendenziöse, sondern selbst in den Fakten falsche Darstellungen hervorgebracht. Sie engen den Blick ein und verhindern, die Dimensionen der Tätigkeit jüdischer und ebenso auch christlicher Unternehmer zu erkennen. Die Konsequenz daraus kann nur sein, den Materialsammlungen Heinrich Schnees nicht mehr unbesehen Glauben zu schenken und zu den archivalischen Quellen zurückzukehren.

69 Schnee, Hoffinanz, Bd. 4, S. 31.

70 Ebenda.

„Christlicher Antisemitismus“

August Rohlings Hetzschrift *Der Talmudjude*

Durch seine 1871 veröffentlichte Hetzschrift *Der Talmudjude* wurde der ultramontane Theologe August Rohling (1839–1931) zum führenden Ideologen des katholischen Antitalmudismus im Kaiserreich. Rohling, 1863 in Münster zum Priester geweiht, war von 1871–1874 außerordentlicher Professor für Exegese an der Königlichen Akademie zu Münster und von 1877–1885 Professor des Bibelstudiums und der Exegese des Alten Bundes an der Deutschen Universität in Prag. Welche starke Resonanz der *Talmudjude* fand, zeigt sich daran, dass noch im Jahr der Veröffentlichung zwei weitere Auflagen gedruckt wurden¹ und bis 1933 das Pamphlet insgesamt 22 Neuauflagen erschien. Zudem wurde *Der Talmudjude* ins Englische, Französische, Ungarische, Tschechische, Polnische und Arabische übersetzt.²

Rohlings erfolgreiche Wiederbelebung des Antitalmudismus fällt in die Zeit des Kulturkampfes, als dessen Anstifter auf katholischer Seite die Juden verantwortlich gemacht wurden.³ Den gegen den Katholizismus erhobenen Vorwurf einer jesuitischen Kasuisterei versuchte Rohling auf den Talmud zu lenken: „[E]s ist eine große Finesse des Juden, stets den Jesuiten an seiner eigenen Statt zu nennen und ihn zum Sündenbock seiner Verbrechen zu machen. Man spricht noch von jesuitischer Spitzfindigkeit, von jesuitischer Kasuistik u. s. w., als ob es noch

- 1 Hermann Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, Darmstadt 1983, S. 53.
- 2 Michael Langer, *Zwischen Vorurteil und Aggression. Zum Judenbild in der deutschsprachigen Volksbildung des 19. Jahrhunderts*, Freiburg u. a. 1994, S. 103.
- 3 Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, S. 55, 67; Olaf Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, 2. Aufl., Göttingen 1999, S. 60 f., 340–349.

schlimmere durchtriebener Moralisten, noch gerissener Kasuisten und noch gewissenlosere Wortverdreher als die Talmudisten und Rabbiner gäbe. Jüdisch soll man sagen und nicht jesuitisch, wenn man das Ding beim rechten Namen nennen und bei der Wahrheit bleiben will.“⁴

Die im Talmud zu vernehmende „Stimme des Rabbinismus selbst“ sei, so Rohling, ein „dringlicher Mahnruf an die Christen, [...] mit Entschlossenheit zum Schutz ihrer heiligen Interessen zusammen zu treten“.⁵ Alle Christen sollten sich „unitis viribus an’s Werk begeben, den gemeinsamen Feind durch legale Mittel unschädlich zu machen“.⁶

Trotz seiner Anknüpfung an traditionelle Argumentationsmuster ist Rohlings Antitalmudismus keineswegs nur als eine Reproduktion tradierter religiöser Stereotype und damit als ein ausschließlich religiös und theologisch begründeter Antijudaismus zu sehen. Vielmehr adaptierte Rohling die religiösen Stereotype und Topoi des christlichen Antijudaismus an die Bedingungen der Moderne und die politische Situation des Kulturkampfes und machte den christlichen Antitalmudismus dadurch anschlussfähig für den biologisch-rassistischen Antisemitismus. Rohlings *Talmudjude* bildet damit ein ideologisches Bindeglied zwischen dem christlichen Antijudaismus und den verschiedensten antisemitischen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Im Folgenden soll daher detailliert gezeigt werden, in welchem Ausmaß Rohling auf die christliche Polemik gegen den Talmud zurückgreift und diese mit verbreiteten säkularen Mythen und Verschwörungstheorien sowie biologisch-rassistischen Metaphern und Argumentationsmustern in einen Agitationszusammenhang stellt, in dem sich die jeweiligen Ideologien gegenseitig verstärken. Insbesondere wird dargestellt, wie Rohling Ideologeme des christlichen Antijudaismus und des modernen Antisemitismus in dem von ihm selbst etablierten Stereotyp des „Talmudjuden“ zusammenführt und darauf das politische Programm eines

4 Prof. Dr. Aug. Rohling’s Talmud-Jude. Mit einem Vorworte von Edouard Drumont aus der auch anderweitig vermehrten französischen Ausgabe von A. Pontigny in das Deutsche zurückübertragen von Carl Paasch, 9. Aufl., Stuttgart 1924, S. 115.

5 August Rohling, Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus. Eine wissenschaftliche Antwort ohne Polemik für die Rabbiner und ihre Genossen, Paderborn 1883, S. 64.

6 Ebenda, S. 65.

„christlichen Antisemitismus“ aufbaut, mit dem er das katholische Milieu gegen die rechtliche Emanzipation der Juden in Mittel- und Westeuropa zu mobilisieren versuchte. Wie sich dabei zeigen wird, konstruierte Rohling das Stereotyp des „Talmudjuden“ als Erklärung aller vermeintlichen Übel der Moderne.

Im Einzelnen werden zunächst die Ursprünge der christlichen Talmud-Polemik im Mittelalter skizziert. Im Anschluss daran werden Rohlings Thematisierung der Mythen des jüdischen Strebens nach „Weltherrschaft“⁷ und der „jüdischen Geldmacht“, seine Agitation gegen Freimaurertum, Liberalismus, die Sozialistische Internationale und die „Zeitungsjudenschaft“⁸ sowie seine Ritualmordpropaganda und seine Forderung nach einer Zurücknahme der Emanzipation analysiert. Dabei wird gezeigt, welche Vorwürfe, Stereotype und Topoi aus der christlichen Enthüllungsliteratur über den Talmud Rohling aufgreift, wie er diese mit den zeitgenössischen antisemitischen Stereotypen, Topoi und Mythen verknüpft und welche Quellen er dabei benutzt. Abschließend wird ein Überblick über die breite Rezeption von Rohlings Antitalmudismus bis zur NS-Propaganda gegeben.⁹

Rohlings Antitalmudismus im Kontext christlicher Talmud-Polemik

Rohlings vorgebliche Enthüllungen stehen in der langen Tradition der christlichen Talmud-Polemik und haben ihren Ursprung im 13. Jahrhundert. Nachdem der Konvertit und Franziskaner Nikolaus Donin 1238 den Talmud bei Gregor IX. denunziert hatte, versandte der Papst im Juni 1239 Schreiben an die Erzbischöfe und Könige von Frankreich, England und an die Königreiche der iberischen Halbinsel, in denen er dazu aufforderte, „universos libros Judeorum“¹⁰ zu konfiszieren. Der

7 August Rohling, *Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände*, 6. Aufl., Münster 1877, S. 61.

8 Ebenda, S. 5.

9 Als Hauptquelle dient die sechste Auflage des *Talmudjuden* von 1877. Ergänzend werden punktuell auch andere Auflagen dieser Hetzschrift sowie Rohlings 1883 veröffentlichte Pamphlete *Meine Antworten an die Rabbiner* und *Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus* herangezogen.

10 Solomon Grayzel, *The Church and the Jews in the XIIIth Century. A Study of Their Relation during the Years 1198–1254, based on the Papal Letters and the Conciliar Decrees of the Period*, New York 1966, S. 240 (Nr. 96).

Papst führte u. a. in seinem Schreiben an die französischen Erzbischöfe aus, dass der Talmud „abusiones et nefaria“¹¹ enthalte und die Ursache für den Unglauben der Juden sei.¹² Seinem Schreiben legte Gregor IX. 35 von Donin formulierte Anklagepunkte gegen den Talmud bei, zu denen gehörte, dass dem Talmud eine größere Autorität als der Bibel beigemessen werde, dass er Blasphemien, Polemiken gegen Jesus und Maria und lächerliche Anthropomorphismen enthalte und Feindschaft gegen die Christen lehre.

Auf der Grundlage dieser Anklagepunkte fand im Juni 1240 in Paris die erste der vier großen Talmuddisputationen statt, die im 13. und 15. Jahrhundert in Frankreich und Spanien durchgeführt wurden. Im Sommer 1242 wurden mehrere Wagenladungen mit konfiszierten hebräischen Handschriften öffentlich in Paris verbrannt.¹³ Nachdem die Juden sich mit der Bitte um die Rückgabe ihrer Bücher an Gregors Nachfolger Innozenz IV. gewandt hatten, beauftragte der Papst 1247 Odo von Châteauroux, den päpstlichen Legaten in Frankreich und Bischof von Tusculum, mit einer erneuten Untersuchung des Talmud und weiterer vorliegender hebräischer Handschriften im Hinblick auf Schmähungen des christlichen Glaubens.¹⁴ Nach Odos Stellungnahme¹⁵ erfolgte am 15. Mai 1248 die endgültige Verurteilung des Talmud durch Odo von Châteauroux und zahlreiche Theologen,¹⁶ und es kam zu einer zweiten Verbrennung hebräischer Handschriften in Paris.¹⁷

Im Zusammenhang mit der Pariser Verurteilung waren Auszüge aus dem Talmud in lateinischer Übersetzung (*Extractiones de Talmut*) angefertigt

11 Ebenda. Vgl. auch ebenda, S. 238–243 (Nr. 95–98).

12 Ebenda, S. 240 (Nr. 96).

13 Die jüdischen Teilnehmer der Disputation hatten eine Verbrennung des Talmud im Anschluss an die Disputation zunächst verhindern können. Kurt Schubert, *Der christlich-jüdische und der jüdisch-christliche Antagonismus im Mittelalter*, in: *Judentum im Mittelalter* (Ausstellungskatalog), Eisenstadt 1978, S. 112–147, hier S. 122.

14 Grayzel, *The Church and the Jews in the XIIIth Century*, S. 274–281 (Nr. 119).

15 Chenmelech Merchavia, *The Church versus Talmudic and Midrashic Literature [500–1248]*, Jerusalem 1970, S. 450 f. [hebr.].

16 Ebenda, S. 451 f.

17 Zum Verlauf der Untersuchung und Verurteilung des Talmud zwischen 1240 und 1248 vgl. im Einzelnen: André Tuilier, *La condamnation du Talmud par les maîtres universitaires parisiens, ses causes et ses conséquences politiques et idéologiques*, in: Gilbert Dahan (Hrsg.), *Le brûlement du Talmud à Paris 1242–1244*, Paris 1999, S. 59–78, insb. S. 60–75.

worden.¹⁸ Ausgehend von den *Extractiones de Talmut* setzte im Anschluss an die Pariser Verurteilung eine Überlieferung lateinischer Talmud-Exzerpte ein.¹⁹ Die *Pharetra fidei contra Iudeos* sind mit über 100 Handschriften die meistverbreitete Version dieser Übersetzungen.²⁰ Die *Extractiones de Talmut* bildeten die Grundlage für eine antijüdische Literatur, die, fast immer anhand der gleichen Stellen, eine christenfeindliche Lehre im Talmud zu enthüllen versuchte.²¹

Diese Intention verfolgt auch Johann Andreas Eisenmengers 1711 erschienenes *Entdecktes Judenthum*, das die seit dem Mittelalter gängigen Vorwürfe gegen den Talmud aufgreift. Eisenmengers mehr als 2000 Seiten umfassendes, stark rezipiertes Werk, das Antisemiten des 19. und 20. Jahrhunderts als Vorlage diente, markiert einen historisch folgenreichen Schritt in der Ausbildung antisemitischer Ideologeme. Rohlings *Talmudjude* reiht sich ebenfalls in diese Linie antijüdischer Enthüllungsliteratur ein²² und wurde von seinen Zeitgenossen auch so verstanden. In der Einleitung zu der französischen Ausgabe des *Talmudjuden* von 1889 preist der Herausgeber A. Pontigny Rohling als den erfolgreichsten Vertreter dieser

18 Zu den *Extractiones de Talmut* vgl. Gilbert Dahan, Les traductions latines de Thibaud de Sézanne, in: ders. (Hrsg.), *Le brûlement du Talmud à Paris*, S. 95–117.

19 Alexander Patschovsky, Der „Talmudjude“. Vom mittelalterlichen Ursprung eines neuzeitlichen Themas, in: Alfred Haverkamp/Franz-Josef Ziwes (Hrsg.), *Juden in der christlichen Umwelt während des späten Mittelalters* (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 13), Berlin 1992, S. 13–27, hier S. 16.

20 Ebenda; Carmen Cardelle de Hartmann, Drei Schriften mit dem Titel *Pharetra fidei*, in: *Aschkenas* 11 (2001), S. 327–349.

21 Heinz Schreckenberg, *Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte und ihr literarisches und historisches Umfeld* (13.–20. Jh.), Frankfurt a. M. u. a. 1994, S. 103.

22 Zu Rohlings direkten Vorläufern gehören der Bonner Moral- und Pastoraltheologe und spätere Bischof von Paderborn Konrad Martin sowie der katholische Adelige Konstatin Pawlikowski. Konrad Martin hatte 1848 unter dem Titel *Blicke in's Talmud'sche Judenthum* eine scharf polemisierende Aufsatzsammlung in der *Katholischen Vierteljahresschrift für Wissenschaft und Kunst* herausgegeben, deren Grundlage Eisenmengers *Entdecktes Judenthum* bildet. Diese Aufsatzsammlung wurde 1876 von Joseph Rebbert, einem Paderborner Theologieprofessor und Verfasser antisemitischer Artikel in der *Sonntagszeitung Leo*, in erweiterter Form neu aufgelegt. Pawlikowski, der sich ebenfalls auf Eisenmengers Werk stützt, veröffentlichte 1859 das antitalmudische Kompilat *Hundert Bogen aus mehr als fünfhundert alten und neuen Büchern über die Juden neben den Christen* und 1866 die Hetzschrift *Der Talmud in der Theorie und Praxis*, in der er 73 „Menschenopfer“, die Juden aus rituellen Gründen begangen hätten, auflistet.

von ihm als traditionsreich wahrgenommenen Enthüllungsliteratur: „Seit mehr als sechs Jahrhunderten bemühen sich zahlreiche Gelehrte aller Länder Europas um die Wette, ihre Zeitgenossen über die geheimnisvollen Theorien und Gesetze des Talmud aufzuklären. Aber wohl nie ist ein Buch geschrieben worden, welches diese wichtige Frage so vollständig beleuchtet hat, wie der ‚Talmudjude‘ [...]“. ²³

Für Rohlings vermeintliche Enthüllungen ist Eisenmengers *Entdecktes Judenthum* die Hauptquelle. ²⁴ Bei den von Rohling angeführten vorgeblichen Zitaten aus dem Talmud und anderen hebräischen Quellen handelt es sich entweder um aus dem Kontext gelöste Aussagen, die er im Sinne seines Weltbildes interpretiert, um tendenziöse bis hin zu falschen Übersetzungen der entsprechenden Textpassagen oder um Fälschungen. Die Verwendung von Fußnoten soll dabei Wissenschaftlichkeit und Überprüfbarkeit suggerieren. Darüber hinaus zitiert Rohling ausführlich aus einer Vielzahl verschiedener Quellen, die nicht mit dem Talmud in Verbindung stehen. Diese reichen von Werken aus der Feder von Philosophen des Deutschen Idealismus über obskure antisemitische Pamphlete bis hin zu den einschlägig bekannten programmatischen Hetzschriften des modernen Antisemitismus.

„Alle Mittel erlaubt“: Der Mythos des Strebens nach „Weltherrschaft“

Rohlings gesamte Argumentation in Bezug auf das Verhältnis des „Talmudjuden“ zu Nichtjuden baut auf der Behauptung auf, dass nach dem Talmud „die Juden allein Menschen sind, die übrigen Nationen aber die Art eines Thieres haben“. ²⁵ Daher spreche der „Talmudjude“ Nichtjuden letztlich das Menschsein ab: „Nach

23 Prof. Dr. Aug. Rohling's Talmud-Jude, 9. Aufl., S. 12.

24 Ab der sechsten Auflage nennt Rohling Eisenmenger unter seinen Quellen. Vgl. Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 20. Zu Rohlings Eisenmenger-Rezeption vgl. Isak Arie Hellwing, *Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich*, Wien u. a. 1972, S. 118–134; Stefan Rohrbacher, „Gründlicher und Wahrhafter Bericht“. Des Orientalisten Johann Andreas Eisenmengers *Entdecktes Judenthum* (1700) als Klassiker des „wissenschaftlichen“ Antisemitismus, in: Peter Schäfer/Irina Wandrey (Hrsg.), *Reuchlin und seine Erben. Forscher, Denker, Ideologen und Spinner*, Ostfildern 2005, S. 171–188, hier S. 185 ff.

25 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 58. Vgl. auch Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 10, wo es in noch schärferem demagogischen Ton heißt, dass im Talmud „Christen nicht als Menschen, sondern als Bestien betrachtet werden“.

diesen Prinzipien müssen die Menschen, welche nicht Juden sind, [...] darauf verzichten, daß der Jude sie als einen Nächsten anerkenne. Gegen das Thier übt man keine Nächstenliebe.“²⁶ Da der „Talmudjude“ Nichtjuden nicht als Menschen betrachte, sei auch ein von ihm geleisteter Eid bedeutungslos: „Denn, was soll der Eid gegen ein Thier?“²⁷ Zudem entbinde das *Kol Nidre* (Alle Gelübde) die Juden am Versöhnungstag von allen gegenüber Nichtjuden geleisteten Eiden,²⁸ sodass die Aussage eines Juden vor Gericht keinerlei Wert habe.²⁹ Mit der Behauptung der Unverbindlichkeit der von Juden geleisteten Eide greift Rohling einen gängigen antijüdischen Topos auf, der sich als 13. und 14. Artikel bereits in der Anklageschrift Gregors IX. gegen den Talmud findet³⁰ und auch ausführlich in der Disputation von Paris behandelt wurde.³¹

Zum Umgang des „Talmudjuden“ mit Nichtjuden führt Rohling weiter aus, dass sich der „Talmudjude“ gegenüber Nichtjuden berechnend, heimtückisch, heuchlerisch und listig verhalten dürfe.³² Er dürfe ihnen Unrecht tun, sie betrügen und bestehlen;³³ ein Nichtjuden verloren gegangener Gegenstand müsse ihnen nicht zurückgegeben werden.³⁴ Zudem verbiete der Talmud, das Leben von Nichtjuden zu retten.³⁵ Auch diese Behauptungen Rohlings sind keineswegs neu. Der 12. Anklagepunkt Gregors IX. gegen den Talmud lautet: „Et Christianorum quilibet arte qualibet vel ingenio potest decipi sine peccato.“³⁶

Seine auf gängige antijüdische Topoi rekurrierende Argumentation verknüpft Rohling mit dem verbreiteten zeitgenössischen Mythos des jüdischen Strebens

26 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 59.

27 Ebenda, S. 80.

28 Ebenda, S. 83 f.

29 Ebenda, S. 81 f.

30 Isidore Loeb, *La controverse de 1240 sur le Talmud*, in: *Revue des Études Juives* 2 (1881), S. 248–270, hier S. 267–270.

31 Schubert, *Der christlich-jüdische und der jüdisch-christliche Antagonismus im Mittelalter*, S. 125 f.

32 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 60 f.

33 Ebenda, S. 60, 62–65, 80 f.

34 Ebenda, S. 65 f.

35 Ebenda, S. 71 f.

36 Loeb, *La controverse de 1240 sur le Talmud*, S. 265. Im 12. Anklageartikel wird u. a. ausgeführt, dass man einen Gegenstand, der einem Nichtjuden verloren gegangen ist, nicht zurückgeben müsse. Ebenda, S. 266.

nach der „Weltherrschaft“,³⁷ der von Antisemiten jeder Couleur propagiert wurde. Diesen Mythos versucht Rohling mit einem spezifischen Argument des Antital-mudismus zu legitimieren: Der „Talmudjude“ beanspruche, sich des Eigentums der Nichtjuden bemächtigen zu dürfen, da „der Talmud [sagt], alle Völker, die Erde und was sie füllt, gehören Israel“. ³⁸ Zu dem Streben des „Talmudjuden“ nach der Verfügungsmacht über das nichtjüdische Eigentum gehört für Rohling nicht nur der Besitz von Nichtjuden, sondern auch ihr Leben, denn der Talmud erkläre „Gut und Blut des Nichtjuden als Eigentum des Juden“. ³⁹ Der Talmud halte, so Rohling, sogar dazu an, Christen zu töten: „Weil [...] von dem besten der Gojim unter Anderem gesagt ist, man solle selbst ihn todschlagen (wenn man könne), so wissen wir, daß die Christen ganz und gar dazu gehören [...].“ ⁴⁰ Erneut wird hier ein gängiger antijüdischer Topos aufgegriffen, der sich gleichfalls bereits in der Anklageschrift Gregors IX. gegen den Talmud findet: „Optimum Christianorum occide.“ ⁴¹

Rohlings Ausführungen zum Mythos der jüdischen „Weltherrschaft“ zeigen deutlich, dass er die behaupteten Wesensmerkmale des „Talmudjuden“, die er anhand des Talmud konstruiert und zu denen der Talmud seiner Meinung nach erziehe, letztlich als anthropologische Konstante aller Juden darstellt, unabhängig von ihrer jeweiligen Haltung zur jüdischen Religion: „Wenn [...] auch der

37 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 61.

38 Ebenda, S. 110.

39 Ebenda, S. 80. Vgl. auch ebenda, S. 62, 68.

40 Ebenda, S. 87. Vgl. auch ebenda, S. 65, 83 f.

41 Loeb, *La controverse de 1240 sur le Talmud*, S. 263 f. In der Anklageschrift wird dann Raschi zu Ex 14,7 angeführt: „[P]er hoc dicebat Rby Symeon: Optimum goym occide [...].“ Ebenda, S. 264. Dieses Argumentationsmuster hat sich über die Jahrhunderte tradiert, denn auch Rohling belegt die Behauptung, dass man den Besten der *Gojim* totschlagen solle, mit Raschi: „Raschi nennt auch ohne Umschweife das Kind beim Namen: ‚den Besten unter den Christen muß man erwürgen.‘“ Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 87 f. In der Disputation von Paris korrigierte einer der jüdischen Disputanten, Rabbi Jechiel, diese Behauptung nach Sopherim 15,7, wonach der Beste unter den *Gojim* (von Donin mit ‚Christiani‘ übersetzt) im Kriegsfall erschlagen werden solle: „Der Sinn des Ausspruchs ist [...] nach Rabbi Jechiel nur der: Wenn einer dich umbringen will, dann komm ihm zuvor. Da sich diese Stelle nur auf den Kriegsfall bezieht, kann sie nicht auf private Verhältnisse angewendet werden.“ Schubert, *Der christlich-jüdische und der jüdisch-christliche Antagonismus im Mittelalter*, S. 126. Vgl. zu der Stelle auch Johann Maier, *Die religiös motivierte Judenfeindschaft I. Aus Mißdeutung des jüdischen Selbstverständnisses*, in: Karl Thieme (Hrsg.), *Judenfeindschaft. Darstellung und Analysen*, Frankfurt a. M. 1963, S. 40.

„Neujude‘ à la Cremieux [sic] und Consorten von den Märchen und Albernheiten des Talmud nichts wissen will, so begreift man doch ohne Mühe, daß die Idee der Weltherrschaft selbst in seinem Kopfe haftet. In diesem Streben, für dessen Erreichung nach dem Talmud alle Mittel erlaubt sind, kann der Talmudjude dem Neujuden allerdings die Hand reichen.“⁴² Rohling führt die von ihm behaupteten Wesensmerkmale des „Talmudjuden“ daher auf „das Bewußtsein, vom Blute des auserwählten Volkes zu sein“⁴³ zurück und argumentiert damit biologistisch.

„Die Könige des Kapitals“: Der Mythos „jüdischer Geldmacht“

Der Mythos „jüdischer Geldmacht“ wird in Rohlings Agitation aus dem Stereotyp des „jüdischen Wuchers“ begründet, der für Rohling auf einer „wesentlichen Verdrehung der h[eiligen] Schrift“⁴⁴ im Talmud beruht, die zu einer „widerrechtlichen Emporschraubung des Zinsfußes“⁴⁵ und zu einer „erlaubten Gleißnerei“⁴⁶ geführt habe. Der Talmud selbst enthalte eine „perfid berechnete Erziehung zum Wuchern“⁴⁷ die dem „Rabbinismus [...] in’s Fleisch“⁴⁸ gedungen sei. Für die christliche Gesellschaft gebe es keinerlei juristische Handhabe gegen den „jüdischen Wucher“, sodass sie ihm vollkommen schutzlos ausgeliefert sei.⁴⁹

Anhand von Zitaten aus verschiedenen Hetzschriften versucht Rohling, bei seinen Lesern – insbesondere beim Kleinbürgertum und bei den Bauern – Angst vor der „Eroberung“⁵⁰ des gesamten christlichen Eigentums durch die „Könige des Kapitals“⁵¹ und vor den „Keime[n] der Zerstörung und Auflösung“⁵² zu

42 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 113.

43 Ebenda, S. 79.

44 Ebenda, S. 68.

45 Ebenda.

46 Ebenda, S. 70.

47 Ebenda, S. 69.

48 Ebenda, S. 70.

49 Vgl. ebenda, S. 70, S. 71, Anm. 1.

50 Ebenda, S. 104.

51 August Rohling, *Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Christen und Juden aller Stände*, 4. Aufl., Münster 1873, S. 3.

52 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 105.

schüren. Rohling beruft sich u. a. auf Alphonse Cerfberr, der erklärt, dass das „halbe Elsaß“ bereits in jüdischer Hand sei: „Der kleine Besitz ist verschlungen von diesem Krebs, der Alles zernagt. Ein ganzes Buch wäre nöthig, die schädlichen und perfiden Mittel zu beschreiben, wodurch die Juden Grund und Boden an sich reißen; sie betreiben auf dem Lande den Wucher ebenso unverschämt als ungestraft und die Bauern vor Allen sind es, welche unter den Verbrechen Israels seufzen.“⁵³

Der gesamte Handel und die Kleinindustrie in Rumänien seien einem „rumänischen Kammerbericht“ zufolge durch die Juden bereits zerstört worden: „Die Kapitalien, welche sonst in rumänischen Händen Frucht trugen, sind der Nation entzogen. Ohne die geringste Zurückhaltung ergaben sich die Juden dem Wucher, so daß sie Tausende von reichen Familien ausgeraubt und ins Elend gestürzt haben. Der Wucher und die Monopolisirung der Kapitalien haben die Geldkrise herbeigeführt, welche seit so vielen Jahren das Land drückt. Selbst das Elend des Volkes wird durch zahllose Mittel von der unersättlichen Habsucht der Juden ausgenutzt; denn die Noth ist einträglich für jene, welche die Grausamkeit besitzen, sie auszubeuten.“⁵⁴

Auch in Preußen seien die Folgen der jüdischen Geldmacht bereits deutlich sichtbar, wofür Rohling als Beleg einen Auszug aus einer Rede Otto von Bismarcks vor dem Vereinigten Preußischen Landtag in der im April 1847 geführten Debatte über den Entwurf des „Gesetzes über die Juden“ anführt: „Ich kenne eine Gegend, wo die jüdische Bevölkerung auf dem Lande zahlreich ist, wo es Bauern gibt, die nichts ihr Eigenthum nennen auf ihrem ganzen Grundstück; von dem Bett bis zur Ofengabel gehört alles Mobiliar dem Juden; das Vieh im Stalle gehört dem Juden, und der Jude verkauft dem Bauern das Brod-, Saat- und Futterkorn metzenweise.“⁵⁵

53 Ebenda, S. 100 f. Es handelt sich hierbei um Zitate aus Cerfberr's Schrift *Les juifs, leur histoire, leurs mœurs* von 1847.

54 Ebenda, S. 104 f. Als Quelle für diesen Bericht gibt Rohling die *Archives Israélites* von 1868 an. In dieser Nummer wird über das offen antisemitische Klima in Rumänien zu diesem Zeitpunkt berichtet.

55 Ebenda, S. 101. Vgl. auch ebenda, S. 12.

Freimaurerei, Liberalismus und Sozialistische Internationale: Rohlings Verschwörungstheorie

Das Instrument des „Neujuden“ zur Durchsetzung der „Weltherrschaft“ sei, so Rohling, die Freimaurerei, die Gottlosigkeit, Antireligiosität und Umsturz propagiere.⁵⁶ Die „Eintracht“ zwischen „Juda“ und „der Loge“ lasse sich dadurch erklären, dass „das wahre Christenthum und der christliche Staat [...] beiden gleich verhaßt“⁵⁷ seien. Welche Macht das Judentum bereits durch die Freimaurerei erlangt habe, malt Rohling anhand der angeblichen Entdeckungen eines „Berliner Freimaurers“ aus, der einen „Blick hinter die Coulissen“ des „jüdischen Geheimbundes“ getan haben wollte: „Die Macht, [...] welche Juda durch die Freimaurerei erlangt hat, steht auf dem Zenith; sie ist gleich gewaltig gegen den Thron und den Altar. Obgleich ausgeschlossen aus bestimmten Logen sitzen die Juden in allen Logen der Welt. Zu London sind zwei jüdische Logen, welche die Fäden aller revolutionären Elemente, die in den christlichen Logen leben, zusammenhalten. Die Spitze der Loge bildet Juda, die christlichen Logen sind blinde Puppen, welche von Juda in Bewegung gesetzt werden, ohne es selber größtentheils zu wissen. Eine dirigirende Loge, ganz von Juden gebildet, besteht auch zu Rom; auch sie ist eins der obersten Tribunale der Revolution, das durch unbekannte Häupter die übrigen Logen regiert. [...] Möchten die Großen doch begreifen, daß die Loge nur arbeitet, die Völker zu revolutioniren im Interesse des Judenthums!“⁵⁸

Die von der „jüdischen“ Freimaurerei ausgehende Umsturzgefahr zeigten, so Rohling, die Revolutionen von 1789, 1830 und 1848, die von „der Loge [...] geschaffen“⁵⁹ worden seien und von denen die „jüdische“ Freimaurerei profitiert habe.⁶⁰ Judentum, Freimaurertum, Revolution und Modernismus, die die

56 Diese Argumentation findet sich auch bei anderen zeitgenössischen Katholiken, unter ihnen der Jesuit Georg Michael Pachtler. Vgl. Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, S. 66, 72.

57 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 111.

58 Ebenda, S. 111 f. Bei diesen Ausführungen handelt es sich um eine durch eigene Zusätze ergänzte Zusammenstellung von Versatzstücken des Artikels *Alban Stolz und der Freimaurer-Orden* sowie der *Klagschrift des „Berliner Freimaurers“*, die 1862 in den *Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland* veröffentlicht wurden.

59 Ebenda, S. 113.

60 Ebenda.

katholische Kirche in gleicher Weise in ihren Grundfesten bedrohen würden, sind damit in Rohlings Weltbild identisch und austauschbar: „Wenn [...] der Christ aus jüdischem Munde das Lob moderner Ideen hört, so weiß er, daß er das Lob der Revolution hört, die den Thron und den Altar zumal bedroht.“⁶¹

Rohlings Agitation richtet sich insbesondere gegen die *Alliance Israélite Universelle*, die 1860 in Frankreich von verschiedenen jüdischen, der Orthodoxie fernstehenden Intellektuellen, unter ihnen Adolphe Crémieux, als eine, angesichts des zunehmenden Antisemitismus, die Interessen der Juden weltweit vertretende Hilfsorganisation gegründet worden war. Die *Alliance Israélite Universelle* und die „jüdische“ Freimaurerei sind für Rohling ein und dasselbe.⁶² Erklärtes Ziel dieser „den Erdball umschlingenden“⁶³ jüdischen Organisation sei, wie das Ziel der Freimaurerei, der Sturz von Kaisern und Päpsten⁶⁴ und damit die Zerstörung des gesamten Christentums.

Es überrascht nicht, dass in Rohlings Weltbild die Sozialistische Internationale ebenfalls Teil der jüdischen Weltverschwörung ist. Die „jüdische“ Freimaurerei und die Internationale, die „der Jude Marx in London“⁶⁵ anführe, predigen die „Gleichheit aller Menschen, gleiches Recht für Alle“.⁶⁶ Worauf diese „schöne Parole“ jedoch hinauslaufe sei, so Rohling, die Revolution, bei der die „Beute unter d[en] Räuber[n]“ verteilt würde, während die „Geplünderten das Zusehen“⁶⁷ hätten.

Nicht zuletzt agitiert Rohling auch gegen den „jüdischen“ Liberalismus, durch den er den Katholizismus ebenfalls massiv bedroht sieht. In der vierten Auflage des *Talmudjuden* von 1874 hebt er hervor, dass das Judentum durch den Liberalismus protegiert werde,⁶⁸ während er in der sechsten Auflage von 1878 Judentum und Liberalismus bereits gleichsetzt.⁶⁹ Auch Christen ließen sich nach Rohlings Behauptung von dem jüdisch-freiheitlich-modernistischen Gedankengut

61 Ebenda, S. 114.

62 Ebenda, S. 110.

63 Ebenda.

64 Ebenda.

65 Ebenda, S. 114.

66 Ebenda, S. 111. Vgl. auch ebenda, S. 114.

67 Ebenda, S. 111.

68 Rohling, *Der Talmudjude*, 4. Aufl., S. 5.

69 Vgl. z. B. Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 91.

vereinnahmen, wodurch sie die „sittlichen Grundsätze [des Talmud] ganz oder theilweise adoptiren“ würden: „Diese Gleichheit der Revolution mit ihren großen Mitteln Betrug und Raub und Mord und mit ihrem klingenden Aushängeschild ‚gleiches Recht für Alle‘ nennt man auch unter Christen wohl die große moderne Idee; nicht, als ob nicht schon der Talmud die Ueberlistung, Ausraubung und Abschlachtung des Nichtjuden als erlaubt und tugendsam bezeichnet hätte, sondern weil ganze Schaaren von Nichtjuden diese Idee seit 1789 mit glühendem Eifer allen Reichen, sowie allen redlichen und wahren Christen gegenüber vertheidigten, predigten und in grauerregender Weise zur That machten.“⁷⁰ Das revolutionäre Gedankengut, mit der die Juden die Gesellschaft indoktrinieren würden, sei daher nichts anderes als die „verderbte Sittenlehre“⁷¹ des Talmud. In den gesellschaftlichen Entwicklungen, für die die Juden die Verantwortung trügen, sieht Rohling im Umkehrschluss eine Bestätigung seiner Ansichten über den Talmud.

„Zeitungsjudenschaft“: Rohlings Angriffe auf die Presse

Ein weiteres Mittel zur Durchsetzung der „Weltherrschaft“ sei, so Rohling, die „jüdische Presse, die alle christlichen Grundsätze proscribirt“.⁷² Wie die Revolution die Umsetzung der „verderbten Sittenlehre“ des Talmud sei, so sei „die Schmach, welche die sog[enannte] öffentliche Meinung, die Zeitungsjudenschaft mit ihren Trabanten, der katholischen Kirche unter dem Namen des Jesuitismus anhängte, nicht anderes [...] als der Talmudismus des Judenthums“.⁷³ Die Juden hätten sich der Presse bedient, um „die Entchristlichung der Völker, den Haß gegen die Kirche des Erlösers, den Kultus des Fleisches zur Herrschaft“⁷⁴ zu bringen.

Mit langen Zitaten aus Alphonse Toussenels antisemitischer Hetzschrift *Les Juifs rois de l'époque* von 1847 versucht Rohling am Beispiel des *Journal des Débats*, die „Herrschaft“ der „jüdischen Presse“ darzustellen: Die gesamte Politik

70 Ebenda, S. 114 f.

71 Ebenda, S. 57.

72 Ebenda, S. 103. Vgl. auch Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 18.

73 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 5.

74 Ebenda, S. 6.

und Justiz sowie das gesamte öffentliche Leben würden durch das international agierende *Journal des Débats* kontrolliert.⁷⁵ Zugleich schürt Rohling die Angst vor ähnlichen Zuständen im Deutschen Reich, denn auch hier würden die „Beherrscher der Presse“⁷⁶ bereits die öffentliche Meinung zensieren, sodass sich ein Christ nicht frei über das Judentum äußern könne.⁷⁷

„Eine Thatsache der Weltgeschichte“: Ritualmordpropaganda

Von den gängigen Stereotypen des christlichen Antijudaismus greift Rohling im *Talmudjuden* den Vorwurf des Gottesmordes und den des Ritualmordes auf, wobei die Ritualmordbeschuldigung ins Zentrum seiner Agitation rückt. In der ersten Auflage des *Talmudjuden* nimmt Rohling auf die Ritualmordbeschuldigung am Beispiel der Damaskus-Affäre von 1840 Bezug. Nach dem Verschwinden des Damaszener Kapuzinermönchs Pater Thomas und seines Dieners im Februar 1840 verbreiteten die Mönche des Klosters das Gerücht, dass der Pater und sein Diener Opfer eines von den Damaszener Juden ausgeübten Ritualmordes geworden seien. Die daraufhin inhaftierten Mitglieder der jüdischen Gemeinde wurden unter Folter zu „Geständnissen“ gezwungen.⁷⁸ Rohling überlässt die Darstellung des angeblichen Ritualmordes an Pater Thomas einem „Achille Laurent“,⁷⁹ der in seiner *Relation Historique des Affaires de Syrie depuis 1840 à 1842* ausführt, dass sieben der inhaftierten Damaszener Juden den Mord an Pater Thomas „gestanden“ und ausgesagt hätten, dass „der Großrabbiner einige Tage zuvor erklärt habe,

75 Vgl. ebenda, S. 109 f.

76 Rohling, *Der Talmudjude*, 4. Aufl., S. 3.

77 Vgl. Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 124 f.

78 Zur Damaskus-Affäre vgl. Roland Florence, *Blood Libel. The Damascus Affair of 1840*, Madison 2004; Jonathan Frankel, *The Damascus Affair: „Ritual Murder“, Politics, and the Jews in 1840*, Cambridge 1997.

79 Bei „Achille Laurent“ handelt es sich wahrscheinlich um das kollektive Pseudonym des französischen Konsuls Ratti-Menton, der den Ritualmordvorwurf gegenüber den Damaszener Juden wohl primär aus machtpolitischen Gründen geschürt hatte, sowie seines Beraters Sibli Ayub und Jean-Baptiste Beaudins vom französischen Konsulat in Damaskus. Vgl. Frankel, *The Damascus Affair*, S. 416.

man sollte sich Christenblut für die nahen Ostern [sic] verschaffen“.⁸⁰ Einflussreiche europäische Juden hätten versucht, mit Bestechungsgeldern Einfluss auf den Prozess zu nehmen, was für Laurent die Schuld der Angeklagten beweist.⁸¹ Während Rohling damit den angeblichen Ritualmord der Damaszener Juden für erwiesen hält, äußert er sich zu in Europa vorgebrachten Ritualmordvorwürfen vordergründig zurückhaltend: „Ueber den Gebrauch des Christenblutes in alter Zeit ist viel geschrieben und gelogen worden; aus unverdächtiger Feder findet man darüber zu Ungunsten der Juden nähere Belehrung in Illgen’s Zeitschrift für historische Theologie [...]. Ich will den Punkt nicht des Weiteren erörtern, weil der Occident meines Wissens keine sicher beglaubigten Belege für die Sache in der Gegenwart aufweisen kann.“⁸²

Zu dem St. Petersburger Ritualmordprozess von 1831, bei dem die angeklagten Juden freigesprochen wurden, äußert er sich entsprechend ambivalent-suggestiv: „Es ist ein Verbrechen, ohne strenge Beweise, auch nur den Verdacht solcher Dinge zu äußern, und wir halten daran ,trotz der sehr beträchtlichen Zahl von Männern, Weibern und Kindern, die in gewissen großen Städten Europa’s zum größten Entsetzen ihrer Umgebung auf immer verschwinden, ohne auch nur eine Spur zu hinterlassen.“⁸³

Rohlings eher unterschwellig beschuldigende Formulierungen in Bezug auf den Ritualmordvorwurf weichen jedoch mit jeder Neuauflage des *Talmudjuden* einer zunehmend demagogischen Darstellung des „Blutritual[s] der Juden“⁸⁴ als einer unzweifelhaften historischen Tatsache. Rohlings angeführte Kommentierung der Damaszener Ritualmordbeschuldigung lautet in der 6. Auflage von 1877 wie folgt: „Ueber den Gebrauch des Christenblutes in alter Zeit ist viel geschrieben worden; historisch liegen so viele Actenstücke vor, daß nur Unverstand die Sache bezweifeln kann; Pawlikowski, Eisenmenger und die Jahrbücher der christlichen

80 August Rohling, *Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände*, 1. Aufl., Münster 1871, S. 48.

81 Ebenda, S. 49.

82 Ebenda.

83 Ebenda, S. 50. Das Zitat hat Rohling Roger Gougenot des Mousseaux’ antisemitischem Werk *Le Juif, le judaïsme et la judaïsation des peuples chrétiens* von 1869 entnommen.

84 August Rohling, *Meine Antworten an die Rabbiner. Oder: Fünf Briefe über den Talmudismus und das Blut-Ritual der Juden*, 4. Aufl., Prag 1883, S. 49.

Kirchengeschichte bringen zahlreiche Belege aus allen Jahrhunderten. Juridisch wissen sich die Juden oft der Anklage zu entziehen. Aber was will das bedeuten für denjenigen, der die Corruption kennt?⁸⁵

Jede Zurückhaltung aufgebend, nimmt Rohling auch in seinem Kommentar zu dem St. Petersburger Ritualmordprozess signifikante und weitreichende Änderungen vor. So lautet diese Passage in der 6. Auflage: „Es ist ein Verbrechen, ohne strenge Beweise auch nur den Verdacht solcher Dinge zu äußern; aber man beachte wohl, daß ein Beweis nicht erst durch den Spruch eines Gerichtes kräftig ist. Gibt es nicht zahllose Verbrechen, welche das Urtheil der Geschichte enthüllte, während zeitgenössische Gerichte sie frei ausgehen ließen? Wer dies erwägt und weiß, wie ehrenhafte Männer aller Zeiten die kannibalische Blutgier des Rabbinismus brandmarken, kann nur mit Schrecken denken an ‚die sehr beträchtliche Zahl von Männern, Weibern und Kindern, die in gewissen großen Städten Europa’s zum größten Entsetzen ihrer Umgebung auf immer verschwinden, ohne auch nur eine Spur zu hinterlassen.‘ Der Prozeß des P[ater] Thomas, die Mittheilungen bei Eisenmenger und die Bekenntnisse bekehrter Juden zeugen einmüthig, daß die ‚Frommen‘, die besonders Eifrigen, obenan Rabbiner, nach dem österlichen Genuß von Christenblut wahrhaft lechzen, und ich kann daher nur rathen, sich unter Juden nie zu isolieren [...].“⁸⁶

Rohlings Hetze gegen das „Blutritual der Juden“ erreicht ihren Höhepunkt in seinen zwei späteren, 1883 veröffentlichten Pamphleten *Meine Antworten an die Rabbiner. Oder: Fünf Briefe über den Talmudismus und das Blut-Ritual der Juden*⁸⁷ sowie *Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus*. Während Rohling in dem fünften der Briefe versucht, die Ritualmord-Beschuldigung durch die Schilderung „historischer“ Fälle zu belegen, konstruiert er in der Hetzschrift *Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus* eine Verpflichtung der Juden zum Ritualmord durch den Talmud und den Sohar. Beide Vorgehensweisen zielen darauf ab, den „blutdürstige[n] Charakter des Rabbinismus“ als eine „Thatsache der Weltgeschichte“ zu erweisen.⁸⁸

85 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 98.

86 Ebenda, S. 99.

87 Vgl. hierzu den Abschnitt dieses Beitrags zu Reaktionen und Wirkungen.

88 Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 21.

Im Zentrum des fünften Briefes mit dem Titel *Das Blutritual der Juden* steht der Trienter Judenprozess von 1475, in Rohlings Worten „das Factum von Trient“.⁸⁹ Die Prozessakten beweisen für Rohling „nicht blos, was Niemand leugnet, dass die Hebräer den Knaben Simon tödteten, sondern, dass sie es thaten, um einem rabbinischen Religionsgesetz zu gehorchen, aus dem Motiv einer ruchlosen Frömmigkeit und Devotion, die sie verpflichtet, sich des Christenblutes zur Feier des Paschafestes zu bedienen“.⁹⁰

Rohling gibt zu, dass das „Geständnis“ der sechs Angeklagten durch Folter zustande gekommen sei, was jedoch seiner Meinung nach keineswegs gegen die Authentizität der Aussagen spricht.⁹¹ Ergänzend schildert Rohling den 1840 in Damaskus geführten Prozess mit dem Ziel, die Angst vor Ritualmorden, die jederzeit und überall begangen werden könnten, zu verbreiten, da sie eine überzeitliche Konstante in der jüdischen Geschichte seien.⁹²

In dem Pamphlet *Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus* nimmt Rohling eine erhebliche Erweiterung des Begriffes „Ritualmord“ vor, indem er ihn aus den Deutungsmustern des christlichen Antijudaismus mit dessen rituellen Fiktionen löst: „Es ist der nackte religiöse Fanatismus, der ihn [den „Rabbinismus“] zum Blutvergiessen und zum Zerstören treibt, das heisst, der Wahn, dadurch Gott angenehm zu werden, Vergebung der Sünden zu erlangen, die Ankunft des vermeintlich noch kommenden Messias zu beschleunigen und sich das Paradies, die ewige Seligkeit zu sichern. Insofern sind die Morde, welche in den jüdischen Büchern als heilig gepriesen werden, sämmtlich rituelle Morde, auch in den Fällen, wo das Blut der Gemordeten nicht gerade in die Mazzen gegeben wird. [...] Wer glaubt, der Begriff des Rituellen sei durch den Genuss des Blutes bedingt, ist im Irrthum.“⁹³

Diese seine Hetze weiter verschärfende Deutung des Ritualmordes ermöglicht Rohling, alle von ihm bereits im *Talmudjuden* angeführten Stellen aus dem Talmud, die zu der Tötung von Nichtjuden anhalten würden,⁹⁴ als Belege für eine

89 Rohling, *Meine Antworten an die Rabbiner*, S. 58.

90 Ebenda.

91 Ebenda, S. 59.

92 Ebenda, S. 58.

93 Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 28.

94 Vgl. den Abschnitt dieses Beitrags zum Mythos des Strebens nach Weltherrschaft.

vermeintliche religiöse Verpflichtung zum Ritualmord auszugeben. In Rohlings Weltbild zielt der so gedeutete Ritualmord auf ein „Vertilgungsgericht“,⁹⁵ das die Juden fortwährend über die Christenheit abhalten würden.⁹⁶ Auf mehr als 13 Seiten führt Rohling aus, dass für die Juden das Kommen des Messias „durch die blutige Opferung nichtjüdischer Jungfrauen beschleunigt“⁹⁷ werde. Mit der Anklage des „Jungfrauenmordes“⁹⁸ greift er auch den Vorwurf der sexuellen Perversion und Obsession auf, den er bereits im *Talmudjuden* erhoben hatte. In dem Kapitel „Das Weib“, in dem Rohling sexuellen Gewaltfantasien freien Lauf lässt,⁹⁹ behauptet er u. a., dass der Talmud die Schändung von nichtjüdischen Jungfrauen und Nichtjüdinnen allgemein erlaube.¹⁰⁰ Es darf vermutet werden, dass Rohlings Gewaltpornografie der Verbreitung seiner Pamphlete eher förderlich als abträglich war.

Der „Jungfrauenmord“ selbst werde, so Rohling, als „Opferhandlung“¹⁰¹ von einem Schächter vorgenommen, der gelobe, dass „alltäglich sein soll sein Töden“.¹⁰² Rohling löst sich damit von den Anschuldigungsmustern des christlichen Antijudaismus und reproduziert die Stereotype des modernen Antisemitismus: „Der moderne Antisemitismus des 19. Jahrhunderts [...] erfindet neue Behauptungen, die sich als Variation des überkommenen Musters und so als neuerliche Bestätigung des Wahngebildes zu erkennen geben. Jetzt sind die Opfer primär nicht mehr Knaben und junge Männer, sondern Christenmädchen und Jungfrauen. Die Anschuldigung lautet: sexuelle Perversion, Blutschande und Schächtmord.“¹⁰³

95 Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 51.

96 Ebenda.

97 Ebenda, S. 34.

98 Ebenda.

99 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Auflage, S. 73–80. Im Vergleich zur ersten Auflage wird das Kapitel „Das Weib“ in den jeweiligen Neuauflagen deutlich erweitert, wobei sich der demagogische Ton zunehmend verschärft und die sexuellen Gewaltfantasien immer offener zutage treten.

100 Ebenda, S. 75, 77.

101 Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 61.

102 Ebenda.

103 Rainer Erb, *Ritualmordbeschuldigung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3, Berlin/New York 2010, S. 293 f., hier S. 294.

Zu der öffentlichen Wirksamkeit der Ritualmordpropaganda Rohlings trug auch bei, dass er Flugblätter – „Eine Talmudstelle für rituelles Schächten“¹⁰⁴ – verteilen ließ und nicht zuletzt, dass sich der selbsternannte Talmud-Experte als Gutachter in Ritualmordprozessen anbot. 1882 wollte er in dem Ritualmordprozess im ungarischen Tiszaeszlár aussagen, der europaweit für Aufsehen sorgte, 1892 in dem Prozess gegen Adolf Buschoff, den Schächter der Xantener jüdischen Gemeinde, der des Ritualmordes an dem fünfjährigen Johann Hegemann beschuldigt wurde.¹⁰⁵

„Endurtheil“: Die Forderung nach der Zurücknahme der Emanzipation

Bezeichnenderweise verlässt Rohling mit seinem „Endurtheil“¹⁰⁶ den antitalmudischen Argumentationsrahmen seiner Hetzschrift. Da der Talmud für ihn letztlich nur der äußere Ausdruck der grundlegenden feindlichen Gesinnung der Juden gegenüber den Christen ist und das unveränderliche Wesen des Judentums in eine Lehre fasst, ist die Folgerung, die Rohling aus seinen zahlreichen vorgeblichen Belegen aus dem Talmud zieht, nicht die aus dem christlichen Antijudaismus des Mittelalters bekannte Forderung nach einer Konfiszierung, Zensur oder Verbrennung des Talmud. Vielmehr fordert er die Zurücknahme der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung. Zur Legitimation seiner Forderung führt Rohling zahlreiche Zitate aus unterschiedlichen zeitgenössischen, äußerst disparaten Quellen an, denen allen aber gemeinsam ist, dass sie sich unzweideutig, mit eindringlichen und einprägsamen Metaphern gegen eine gesellschaftliche Integration der Juden aussprechen.

Um zu zeigen, dass die Juden einen „Staat im Staat“ bildeten, lässt Rohling Philosophen des Deutschen Idealismus ausführlich mit einschlägigen, in der antisemitischen Literatur häufig angeführten Äußerungen zu Wort kommen. So zitiert Rohling z. B. Fichte, der sich in dem *Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publikums über die Französische Revolution* von 1793 gegen die Verleihung

104 Zit. nach Langer, Zwischen Vorurteil und Aggression. Zum Judenbild in der deutschsprachigen Volksbildung des 19. Jahrhunderts, S. 112.

105 Stefan Rohrbacher/Michael Schmidt, Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 344 f.

106 Rohling, Der Talmudjude, 6. Aufl., S. 116.

von Bürgerrechten an Juden ausgesprochen hatte: „Fast durch alle Länder von Europa verbreitet sich ein mächtiger, feindseliger Staat, der mit allen andern im beständigen Kriege lebt und fürchterlich schwer auf die Bürger drückt; es ist das Judenthum. [...] Den Juden Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich kein anderes Mittel, als das, ihnen in einer Nacht die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht Eine jüdische Idee ist; und um uns vor ihnen zu schützen, dazu sehe ich kein anderes Mittel als ihnen ihr gelobtes Land wieder zu erobern und sie alle dahin zu schicken.“¹⁰⁷

Ausführlich zitiert Rohling auch den Juristen und Diplomaten Johann Ludwig Klüber, der dem Judentum einen – auch physisch bedingten – „Kastengeist“ zuschreibt und Juden daher für gesellschaftlich nicht integrierbar erklärt: „Die Vernunft beweiset und die Erfahrung bestätigt es, daß Kastengeist [...] unverträglich sei mit Staats- und Gemeinwohl. Nun begründet aber das Judenthum bis zur Stunde in politischer, religiöser und physischer Hinsicht einen Kastengeist, dessen Gleichen im ganzen christlichen Europa nicht gefunden wird. Dieses Verhältniß macht einen fortwährenden Antagonismus zwischen Staat und Judenthum unvermeidlich.“¹⁰⁸

Hier ist im Hinblick auf die Unmöglichkeit einer gesellschaftlichen Integration der Juden bereits das rassistische Argument präfiguriert, das Rohling anhand des „rumänischen Kammerberichts“ ausführt: Die Juden seien eine „feindselig gesinnte[...] Sonderrasse, die den Eingeborenen fremd und ihren Interessen entgegen ist. [...] Sie können aus ihrem Geist die Idee des jüdischen Staates nicht verbannen. Deshalb wird der Jude nie Pole, nie Franzose, nie Engländer, er bleibt ewig Jude, wie seine Vorfahren des biblischen Zeitalters. Sie können keine Gemeinschaft mit den christlichen Völkern haben, da sie in Allem deren Gegenteil sind. [...] Dankbarkeit gegen die Völker, welche sie gastlich aufnahmen, kennen sie nicht, denn sie betrachten jene als Usurpatoren.“¹⁰⁹

Nicht allein, dass die Juden, die zu Loyalität und Patriotismus gegenüber einer anderen Nation als der „jüdischen“ nicht fähig seien, gegenüber der Nation, die

107 Ebenda, S. 117 f.

108 Ebenda, S. 120 f. Originalquelle: Johann Ludwig Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses überhaupt, und insonderheit über wichtige Angelegenheiten des teutschen Bundes, Frankfurt a. M. 1816, S. 392 f.

109 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 104 f.

sie aufgenommen hat, keinerlei Dankbarkeit zeigten, sondern, so Rohling weiter, sie würden diese Nation, ganz im Gegenteil, schamlos ausnutzen und als ihre „Knechte“¹¹⁰ betrachten. „Das Volk Gottes ist“, so zitiert Rohling Herder, „eine parasitische Pflanze auf den Stämmen anderer Nationen, ein Geschlecht schlauer Unterhändler beinahe auf der ganzen Erde, das nirgends sich nach einem Vaterlande sehnt.“¹¹¹ Wegen der demagogischen Macht des gängigen, leicht verständlichen Bildes der parasitären Nutznießung führt Rohling dieses Bild in verschiedenen Varianten an. Neben anderen lässt er damit den Literaturkritiker Wolfgang Menzel zu Wort kommen: Die Juden würden sich an dem „so bequem und üppig unter ihnen ausgestreckten Christenleibe [...] als Blutegel dick und rund saugen“.¹¹²

Rohlings „Endurtheil“ läuft auf eine einzige, klare politische Forderung hinaus. Der Emanzipationsprozess müsse rückgängig gemacht werden, die der jüdischen Bevölkerung verliehenen staatsbürgerlichen Rechte müssten aberkannt und die voremanzipatorische gesellschaftliche Absonderung und Ghettoisierung müsse wiederhergestellt werden.¹¹³ Von der erneuten gesellschaftlichen Absonderung und Ghettoisierung der Juden verspricht sich Rohling eine „Wiedergeburt der zerfahrenen Gesellschaft“¹¹⁴ und damit die Beseitigung aller „Übel“ der Moderne, die auf die Zerstörung des Christentums zielen würden: Liberalismus, Kapitalismus, Sozialismus und Freimaurertum. In einem gleichsam eschatologischen Ton kündigt Rohling diese Wiederherstellung des vormodernen Zustandes als den Tag an, „wo das sich bäumende semitische Roß zu Boden geworfen, wo die Preßlümmelei und der Geldschwindel im morgenländischen Kaftan zur Abrechnung herangezogen werden“.¹¹⁵

110 Ebenda, S. 107.

111 Ebenda, S. 119. Das von Rohling leicht gekürzte Herder-Zitat stammt aus dem Artikel *Hebräer der Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* von 1787.

112 Ebenda, S. 124. Vgl. auch das von Rohling angeführte Schopenhauer-Zitat, ebenda, S. 121–124, insb. S. 123.

113 Ebenda, S. 6. Vgl. auch Rohling, *Die Polemik und das Menschenopfer*, S. 29. In *Franz Delitzsch und die Judenfrage* führt Rohling ein Sieben-Punkte-Programm zur Umsetzung der Zurücknahme der Emanzipation aus, wobei die ersten vier Punkte der sog. Antisemitenpetition von 1880 entnommen sind. Vgl. August Rohling, *Franz Delitzsch und die Judenfrage*. Antwortlich beleuchtet, 3. Aufl., Prag 1881, S. 17.

114 Ebenda, S. 7.

115 Rohling, *Der Talmudjude*, 4. Aufl., S. 5.

Rohlings „christlicher Antisemitismus“

Der *Talmudjude* steht in der Tradition einer Enthüllungsliteratur über den Talmud, deren Anfänge im Pariser Talmudprozess des 13. Jahrhunderts liegen. Zahlreiche der damals gegen den Talmud erhobenen Vorwürfe und angeführten Talmudstellen sind zum festen Bestandteil und nichthinterfragten Gemeinplatz der antitalmudischen Polemik geworden. Auch Rohling wiederholt viele der Vorwürfe, die sich bis zu der Anklageschrift Gregors IX. gegen den Talmud zurückverfolgen lassen.¹¹⁶ Im *Talmudjuden* werden allerdings nicht nur die tradierten religiös begründeten Stereotype reproduziert. Vielmehr kommt es in Rohlings Antitalmudismus zu einer Verbindung von Stereotypen und Mythen des religiösen, theologisch begründeten Antijudaismus mit den etablierten säkularen Stereotypen des modernen Antisemitismus, wodurch die religiösen Stereotype des christlichen Antijudaismus den Bedingungen der Moderne und der politischen Situation des Kulturkampfes angepasst werden.

In Rohlings Weltbild strebt „der Jude“ nach der Weltherrschaft, regiert über das Kapital, treibt die Bauern und Kleinbürger in den finanziellen Ruin und beherrscht die Presse und damit die öffentliche Meinung, die Politik und die Justiz, gerade weil der Talmud als „verderbte Sittenlehre“ auf die Zerstörung des Christentums ziele. Das von Rohling etablierte Stereotyp des „Talmudjuden“ schließt all diese anderen Topoi ein und wird damit gleichermaßen religiös und theologisch wie säkular begründet. Zugleich liegt in Rohlings Weltbild – wie auch in dem anderer katholischer Antisemiten – die Erklärung aller vermeintlichen „Übel“ der Moderne im Talmud, da diese Übel ihrem Wesen nach jüdisch seien, also antichristlich. Für Rohling sind Freimaurertum, Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus nichts anderes als die Konsequenz und der Ausdruck der sittlichen Inferiorität, die auf dem Talmud beruhe. Zugleich dienen die „Übel“ der

116 Neben den im Abschnitt zum Mythos des Strebens nach „Weltherrschaft“ angeführten Vorwürfen finden sich im *Talmudjuden* zudem die folgenden Anklagen: zu Artikel 1–3 vgl. insb. Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 35–37, zu Artikel 5 vgl. ebenda, S. 37–38, zu Artikel 7 vgl. ebenda, S. 38, zu Artikel 8 vgl. ebenda, S. 36, zu Artikel 11 vgl. ebenda, S. 88, zu Artikel 15 vgl. ebenda, S. 42, zu Artikel 16–17 vgl. ebenda, S. 43, zu Artikel 18 vgl. ebenda, zu Artikel 19 vgl. ebenda, S. 44, zu Artikel 21 vgl. ebenda, S. 42, zu Artikel 31 vgl. ebenda, S. 53.

Moderne Rohling als Beweis für seine Ansichten über den Talmud und für die Legitimität des Kampfes der Christen gegen den „Talmudjuden“.

Rohlings Anpassung des Antitalmudismus an die Bedingungen der Moderne zeigt sich gerade auch in seiner explizit nicht theologischen, sondern politischen Forderung nach der Zurücknahme der Emanzipation der Juden, die er mit allen Antisemiten des 19. Jahrhunderts teilt, jedoch wiederum an den Talmud rückkoppelt: Seine im Kapitel „Unser Jahrhundert“ gestellte Frage: „Hat der Fortschritt die bestialische Natur des Talmudjuden begraben?“¹¹⁷ ist nur eine rhetorische. Die Emanzipation habe die „bestialische Natur“ des „Talmudjuden“ nicht begraben können, eben weil die „verderbte Sittenlehre“ des Talmud für Rohling zum Wesen des Juden gehört und damit für ihn eine anthropologische Konstante darstellt.

Rohling bekennt sich zwar nicht offen zum Rassenantisemitismus, verwendet bzw. zitiert aber zahlreiche biologistische Metaphern. Dazu gehören u. a. die Bezeichnungen der Juden als „Blutegel“,¹¹⁸ „parasitisch“,¹¹⁹ „Krebs, der Alles zernagt“,¹²⁰ und „Keime der Zerstörung und Auflösung“.¹²¹ Zudem lässt sich Rohlings Ausführungen entnehmen, dass er in rassistischen Kategorien gedacht hat. Dies zeigt sich zum einen in Formulierungen wie „vom Blute des auserwählten Volkes“¹²² und „die Semiten“,¹²³ zum anderen in seinem Versuch, die auf der Grundlage des Talmud legitimierten Stereotype auch als die „Natur“ der Juden zu erweisen, für die der Talmud seine Verbindlichkeit verloren hat.¹²⁴ „Viele Juden wie Bail, Cremieux [sic] u. A.“, so Rohling, „haben von einer jüdischen Idee geredet. Die Philanthropie, die reine Menschenliebe, die Humanität, hieß es, das ist die jüdische Idee.“¹²⁵ Philanthropie und Humanität können für Rohling jedoch keine „jüdische Idee“ sein, weil selbst die dem orthodoxen Judentum fernstehenden,

117 Ebenda, S. 95.

118 Ebenda, S. 124.

119 Ebenda, S. 123.

120 Ebenda, S. 100.

121 Ebenda, S. 105. Derartige Zuschreibungen finden sich auch schon im frühen 19. Jahrhundert, siehe Rainer Erb/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989.

122 Ebenda, S. 79.

123 Ebenda, S. 4.

124 Vgl. den Abschnitt zum Mythos des Strebens nach „Weltherrschaft“.

125 Rohling, *Der Talmudjude*, 6. Aufl., S. 95.

säkular gebildeten Juden ihrem Wesen nach Juden seien und daher nur die „verderbte Sittenlehre“ des Talmud praktizieren könnten. Ihre angebliche Aufgeklärtheit sei nichts anderes als der Versuch, die Gesellschaft listig zu täuschen. Dieser Argumentation Rohlings liegt latent ein rassistisches Argument zugrunde, das z. B. der katholische Theologe Joseph Rebbert ohne Scheu ausspricht: „Der einzelne [Jude] kann wohl seine Confession, nicht aber die Eigenthümlichkeit seiner Rasse aufgeben; auch der humanistische Reformjude ist und bleibt Jude.“¹²⁶ Nicht zuletzt scheut Rohling sich auch nicht, zur Legitimation seiner Ansichten ausführlich aus rassistisch argumentierenden antisemitischen Pamphleten zu zitieren.

Dass Rohling sich bewusst war, mit seinem *Talmudjuden* ein Programm vorgelegt zu haben, das sich vom religiösen Antijudaismus vergangener Epochen unterscheidet, zeigt seine Verwendung der populären Formel „christlicher Antisemitismus“, den er vom „antichristlichen“ Radauantisemitismus, der den Juden nach dem Leben trachte, abgrenzt. Die Juden zu vernichten komme für „christliche Antisemiten“ aus theologisch-heilsgeschichtlichen Gründen nicht infrage. Daher fordert Rohling eine rechtliche Regelung der „Judenfrage“ – nicht ohne dabei seine viel weitergehenden Gewalt- und Vernichtungsfantasien durchblicken zu lassen: „Wir unserteils erklären feierlich, dass jener Antisemitismus, welcher den Juden die Fenster einwirft, ihr Eigenthum und Leben schädigt, antichristlich ist [...]. Der christliche Antisemitismus, welchem wir das Wort reden, verlangt für die Juden wohlwollende Duldung und kräftigen Schutz wider jede Ungebühr, hält es aber für nothwendig, zum Wohl der Christenheit gewisse Schranken wieder herzustellen, welche unsere Vorfahren in grosser Weisheit aufgerichtet haben. Man könnte freilich denken, dass ein Volk, welches eine Religion hat, wie sie der Talmudismus bietet, überhaupt zu vernichten oder zu verjagen, auf St. Helena oder in Cayenne einzuschliessen wäre. Freilich aber der christliche Glaube kann diese an und für sich nicht unvernünftige Idee [!] nicht approbiren, weil Gottes positiver Wille, wie er in den Weissagungen der Bibel ausgedrückt ist, die Zerstreung jenes Volkes über die ganze Welt bestimmt hat, damit es ein stetes Zeugniß der Offenbarung sei Allen, die sehen – wollen.“¹²⁷

126 Joseph Rebbert, *Blicke in's talmudische Judenthum*. Nach den Forschungen von Dr. Konrad Martin, Bischof von Paderborn, dem christlichen Volk enthüllt. Nebst einer Beleuchtung der neuesten Judenvertheidigung, Paderborn 1876, S. 186.

127 Rohling, *Meine Antworten an die Rabbiner*, S. 10 f.

Als Parole des „christlichen Antisemitismus“, der in seinen Augen der politisch richtige Antisemitismus ist, gibt Rohling aus: „Christenschutz, nicht Judenhatz“.¹²⁸ Auf diese Weise versucht er, Antisemitismus als politisches Programm im katholischen Milieu mehrheitsfähig zu machen.

Reaktionen und Wirkungen

Die zahlreichen Auflagen des *Talmudjuden* zeugen von der großen Bereitwilligkeit, mit der Rohlings Pamphlet von Anfang an aufgenommen wurde. Zu der breiten Öffentlichkeitswirkung, die der von ihm vertretene Antitalmudismus erzielte, haben nicht unwesentlich auch der Abdruck von Auszügen aus seinem Pamphlet in deutschen und österreichischen Zeitungen beigetragen, die Verbreitung von Flugblättern mit einzelnen Stellen des Pamphlets sowie Kompilationen aus dem *Talmudjuden* wie das 1876 veröffentlichte und ebenfalls breit rezipierte Heft *Was lehrt der Talmud?* des *Broschüren-Cyklus für das katholische Deutschland*.

Rohlings Pamphlet bediente sehr heterogene Leserkreise und wurde entsprechend auch in ganz unterschiedlichen Kontexten rezipiert und instrumentalisiert. Die Hetzschrift war „bis in die kleinste Bauernhütte und Arbeiterwohnung“¹²⁹ verbreitet; in Wiener Wirtshäusern las man aus ihr vor.¹³⁰ Zugleich wurden Rohlings agitatorische Behauptungen in den Berliner Volksversammlungen angeführt¹³¹ und dienten in den 1880er-Jahren bei Gerichtsverfahren zur Entlastung der wegen Volksverhetzung angeklagten Antisemiten.¹³² So wurde der Schönerer-Anhänger

128 Ebenda, S. 5. Zu der apologetischen Parole *Christenschutz, nicht Judenhatz* vgl. das 1875 im Bonifacius-Verlag anonym erschienene Pamphlet *Nicht Judenhatz – aber Christenschutz! Ein Beitrag zur „Judenfrage“*, das sich auf Rohlings *Talmudjuden* stützt, sowie die 1876 veröffentlichte Broschüre *Christenschutz – nicht Judenhatz. Ein Volksbüchlein* des Paderborner Theologen Joseph Rebbert.

129 Acten und Gutachten im Prozesse Rohling contra Bloch, Wien 1890, S. 3. Zit. nach Greive, *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, S. 53.

130 Joseph S. Bloch, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Wien/Leipzig 1922, S. 63.

131 Franz Delitzsch, *Rohling's Talmudjude*, Leipzig 1881, S. 79.

132 Peter Pulzer, *Die Wiederkehr des alten Hasses*, in: Steven M. Lowenstein u. a. (Hrsg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. III, München 2000, S. 193–248, hier S. 215.

Franz Holubek 1882 wegen „Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung“ angeklagt, nachdem er bei einer Versammlung der christlichen Gewerbetreibenden in Wien u. a. erklärt hatte: „Ich will Euch nicht aufreizen, aber hört und fühlt! Dieses Buch, der Talmud! Wißt Ihr, was in diesem Buch steht? Die Wahrheit! Und wißt Ihr, wie Ihr in diesem Buche bezeichnet seid? Als eine Horde von Schweinen, Hunden und Eseln!“¹³³ Holubek erreichte seinen Freispruch, indem er sich auf den *Talmudjuden* und Rohlings Amtsautorität berief.¹³⁴

Weitreichende Folgen hatte auch Rohlings Ritualmordpropaganda: „Rohlings mit geistlicher und akademischer Autorität vorgetragene Agitation führte die Ritualmord-Beschuldigung aus der Obskurität des Volksaberglaubens hinaus und ließ sie zunächst im Katholizismus auf ein breites Echo stoßen [...]. Mit der Popularisierung dieser Beschuldigung wurde auch ihre Aufnahme durch den protestantisch bestimmten Antisemitismus vorbereitet, dem sie ursprünglich fremd war, der sie aber nun instrumentalisieren konnte.“¹³⁵ Zwischen 1873 und 1900 kam es europaweit zu mindestens 128 öffentlichen Verhandlungen wegen Ritualmordbeschuldigungen, von denen 13 in Deutschland stattfanden.¹³⁶

Der Verbreitung seiner Hetze tat es keinen Abbruch, dass Rohling von verschiedenen Seiten Unkenntnis der rabbinischen Literatur, Fälschungen und Plagiat nachgewiesen wurden. Der evangelische Theologe und Judenmissionar Franz Delitzsch veröffentlichte 1881 eine Replik auf den *Talmudjuden*, in der er Rohlings Inkompetenz in Bezug auf den Talmud nachwies und zeigte, dass Rohling Eisenmengers *Entdecktes Judenthum* plagiiert hatte.¹³⁷ Rohling reagierte noch im selben Jahr mit der Broschüre *Franz Delitzsch und die Judenfrage*, in der er zugleich einen ultramontanen Rundumschlag gegen den Zeitgeist der Moderne unternimmt.

133 Bloch, *Erinnerungen aus meinem Leben*, S. 59 f.

134 Ebenda, S. 61.

135 Rohrbacher/Schmidt, *Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile*, S. 344 f.

136 Vgl. Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, S. 90. Vgl. auch Rohrbacher/Schmidt, *Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile*, S. 347 f.

137 Es folgten zwei weitere Schriften Delitzsch', mit denen er der Ritualmordpropaganda den Boden zu entziehen versuchte: *Was D. Aug. Rohling beschworen hat und beschwören will. Zweite Streitschrift in Sachen des Antisemitismus* (1883) und *Schachmatt den Blutlügen Rohling & Justus* (1883).

1882 publizierten die Rabbiner Moritz Güdemann und Adolf Jellinek nach dem Freispruch Holubeks in den Wiener Tageszeitungen eine Erklärung, dass „der Talmud überhaupt nichts Feindseliges gegen Christen“¹³⁸ enthalte und dass Rohling von Eisenmenger abgeschrieben habe. Rohling antwortete in der *Tribüne* mit scharfen Polemiken gegen Güdemann und Jellinek, die er 1883 in hoher Auflagenzahl auch als Broschüre unter dem Titel *Meine Antworten an die Rabbiner. Oder: Fünf Briefe über den Talmudismus und das Blutritual der Juden* herausgab. Joseph Bloch, Oberrabbiner des 22. Wiener Gemeindebezirks und Reichsratsabgeordneter, hatte Rohling 1882 in einem Artikel in der *Wiener Allgemeinen Zeitung* jegliche wissenschaftliche Qualifikation in Bezug auf den Talmud abgesprochen und ihn aufgefordert, öffentlich eine beliebig ausgewählte Stelle aus dem Talmud zu übersetzen.¹³⁹ Im Zusammenhang mit dem Prozess von Tiszaeszlár beschuldigte Bloch in einer Artikelserie in der *Wiener Morgenpost* 1883 Rohling, sein Amt für antijüdische Meineide zu missbrauchen. Rohling erhob daraufhin eine Ehrenbeleidigungsklage, die er allerdings kurz vor der Schlussverhandlung, als er die Aussichtslosigkeit erkannte, zurückzog. Später begründete er diesen Schritt damit, dass das Gericht unter jüdischem Einfluss gestanden habe.¹⁴⁰ Rohling hatte sich durch die Zurücknahme seiner Klage selbst disqualifiziert und war damit als Person diskreditiert. Die öffentliche Debatte um Rohling führte 1885 zu seiner Suspendierung von der Professur in Prag.¹⁴¹

Der durch Rohling wiederbelebte und aktualisierte Antitalmudismus und seine Ritualmordagitation wurden indes zum festen Bestandteil antisemitischer

138 Zit. nach Hellwing, *Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich*, S. 92.

139 Bloch, *Erinnerungen aus meinem Leben*, S. 65 ff.

140 Chaim Blochs 1931 geführtes Interview mit Rohling, abgedruckt in: Hellwing, *Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich*, S. 110–115, hier S. 114.

141 Rainer Kampling, *Der Talmudjude (August Rohling, 1871)*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 6, Berlin/Boston 2013, S. 686 f., hier S. 687; Elke Kimmel, *Rohling, August*, in: ebenda, Bd. 2/2, Berlin/Boston 2009, S. 692 f., hier S. 693. Rohling verfasste noch drei weitere antisemitische Schriften, die allerdings nur wenig Beachtung fanden: *Die Wirthschaft der guten Juden und die Weltnoth der Gegenwart* (1892), *Auf nach Zion oder Die grosse Hoffnung Israels und aller Menschen* (1901) und *Das Judentum nach neurabbinischer Darstellung der Hochfinanz Israels betrachtet* (1903).

Hetze. Rohlings antitalmudische Stereotype und Topoi sowie seine Ritualmordlüge boten der völkischen Bewegung und der NS-Propaganda folgenschwere Anschlussmöglichkeiten. So finden sich antitalmudische Argumentationsmuster in Schriften der evangelischen Theologen Gerhard Kittel und Karl Georg Kuhn von der „Forschungsabteilung Judenfrage“ des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ ebenso wie in dem von Julius Streicher herausgegebenen *Stürmer*. Die Hetzparole des *Stürmers* „Der Jude ist der verkörperte Talmud“¹⁴² schließt sich nahtlos an das von Rohling geschaffene Stereotyp des „Talmudjuden“ an.

142 Der *Stürmer*, Sondernr. 7, September 1937, S. 3.

DIE RADIKALISIERUNG DES ANTISEMITISMUS
IM ERSTEN WELTKRIEG UND IN DER
WEIMARER REPUBLIK

Juden in Zentraleuropa und die Transformationen des Antisemitismus im und nach dem Ersten Weltkrieg

Im Sommer 1940 schrieb Jacob Kellmann, nachdem er im August 1938¹ mit seiner Familie (seiner Ehefrau Paula und den Kindern Hedwig und Richard) vor den Nationalsozialisten aus Wien nach Colón, der amerikanisch kontrollierten Stadt in der Panamakanalzone, geflohen war, seine Lebenserinnerungen nieder.² Er tat dies vor allem, wie viele weitere den Nationalsozialisten entkommene Jüdinnen und Juden, um für die nachfolgende Generation Zeugnis über ein wechselvolles und gewaltsam zerstörtes Leben abzulegen.³ Doch diese Erinnerungen sind nicht nur Zeugnisse der Verfolgung und Zerstörung durch die Nationalsozialisten, sondern sie geben auch tiefe Einblicke in die Transformationsprozesse der zentral-europäischen jüdischen Bevölkerung ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Dabei fällt auf, dass in vielen dieser Erzählungen vor allem dem Ersten Weltkrieg und damit eng verbunden dem Antisemitismus eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Auch Jacob Kellmann räumt seinen Erlebnissen während des Ersten Weltkrieges großen Raum ein, und der Antisemitismus ist meist unausgesprochen, doch trotzdem stets präsent. Sei es in Form ganz konkreter antisemitischer Erfahrungen oder auch nur durch die Annahme oder die Befürchtung potenzieller antisemitischer Anfeindungen.

- 1 Jacob und Paula Kellmann fahren mit ihren Kindern Richard und Hedwig mit dem Schiff „Schwaben“ am 22. August 1938 von Bremen nach Cristóbal in der Kanalzone. Vgl. <http://www.bremer-passagierlisten.de> (8. 9. 2015).
- 2 Vielen Dank an Helmut Konrad, der mich auf die Lebenserinnerungen von Jacob Kellmann im Leo Baeck Institute (LBI), ME 1639 aufmerksam gemacht hat. Kellmanns Erinnerungen wurden 2014 gemeinsam mit den Erinnerungen seiner Ehefrau Paula editiert. Martin Moll/Herbert-Ernst Neusiedler (Hrsg.), *Woher du kommst. Die wahre Geschichte ihres Lebens, die Jacob und Paula Kellmann für ihre Tochter aufgeschrieben haben*, Wien 2014.
- 3 Kellmann widmet seine Erinnerungen seiner Tochter Hedwig.

Kellmanns Erinnerungen verdeutlichen zum einen den Stellenwert des Weltkrieges für seinen Lebensweg, und zum anderen kann man daraus einen Wandel hinsichtlich der Bedeutung des Antisemitismus in seinem Leben während dieser Jahre ablesen. Denn dieser rückte, bedingt durch die Ereignisse des Krieges und dessen Folgen, nicht nur für Kellmann, sondern für große Teile der zentraleuropäischen jüdischen Bevölkerung vom Rande ins Zentrum. Ulrich Sieg konstatiert diesbezüglich in seiner Studie über jüdische Intellektuelle, dass „antisemitische Werturteile [...] im Ersten Weltkrieg nicht nur eine höhere Plausibilität, sondern eine geradezu ubiquitäre intellektuelle Wirkung“⁴ erhielten. Der Erste Weltkrieg, so Sieg weiter, „führte zu einer Brutalisierung des Verhaltens, welche die Propagierung antisemitischer Stereotype nachhaltig begünstigte“.⁵

Mit seinen vielfältigen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Folgeerscheinungen brachte der Erste Weltkrieg jedoch nicht nur einen Wandel des Antisemitismus, sondern ist generell als eine weitreichende Zäsur für die jüdische Bevölkerung Zentraleuropas und darüber hinaus zu sehen. Diese Bedeutung als Zäsur für die jüdische Geschichte blieb jedoch lange Zeit in der Forschung unterbeleuchtet. Denn die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg wurde einerseits von der Shoah überlagert. Andererseits bildete gerade das Wissen um den industriellen Massenmord durch die Nationalsozialisten häufig den Rahmen für die Interpretation einer wie auch immer gelagerten jüdischen Kriegserfahrung.⁶ Demzufolge wurde der Erste Weltkrieg in der historischen Forschung mit wenigen Ausnahmen lange Zeit auch nur als Nebenschauplatz bei der Aushandlung jüdischer Identitäten betrachtet. Für Deutschland und Österreich waren es die Arbeiten von Ulrich Sieg,⁷ Marsha

4 Ulrich Sieg, *Jüdische Intellektuelle im Ersten Weltkrieg. Kriegserfahrungen, weltanschauliche Debatten und kulturelle Neuentwürfe*, 2. Aufl., Berlin 2008, S. 191.

5 Sieg, *Jüdische Intellektuelle*, S. 193.

6 Exemplarisch sei hier auf das Geleitwort des damaligen Verteidigungsministers der Bundesrepublik Franz Josef Strauß zur Neuauflage der erstmals 1935 publizierten „Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden“ hingewiesen. Diese Neuauflage, so Strauß, solle zuallererst mithelfen, „das von den Nationalsozialisten geschändete Bild des jüdischen Mitbürgers und Soldaten in Deutschland wieder in das rechte Licht zu rücken“. *Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden*. Mit einem Geleitwort von Franz Josef Strauß, Stuttgart-Degerloch 1961, S. 5–13, hier S. 5.

7 Sieg, *Jüdische Intellektuelle*.

Rozenblit,⁸ David Rechter⁹ oder aktuell Sarah Panther¹⁰ sowie einzelne durch das Erinnerungsjahr 2014 angestoßene Ausstellungs-¹¹ und Forschungsprojekte,¹² die hier einen ersten Wandel brachten, auch wenn dieser bislang nur wenig Eingang in die „großen Erzählungen“ gefunden hat. Kaum eine der anlässlich des Gedenkjahres 2014 in großer Zahl publizierten Gesamtdarstellungen des Ersten Weltkrieges thematisiert die Situation der jüdischen Bevölkerung Zentraleuropas und die Folgewirkungen des Weltkrieges sowie des sich verschärfenden und radikalisierenden Antisemitismus.¹³

Worin nun die Bedeutung des Ersten Weltkrieges als Zäsur für die jüdische Geschichte liegt und welche Rolle dabei dem Wandel des Antisemitismus zukommt, soll im Folgenden entlang der Lebenserzählung von Jacob Kellmann in drei zeitlichen Schritten (Kriegsbeginn, Kriegszeit, Umbruchsjahre) diskutiert werden. Dabei wird sich zeigen, dass sich im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit Prozesse verdichten, die maßgeblich für Fragen einer jüdischen Selbst- und Fremdverortung in den verschiedenen Staaten und Gesellschaften verantwortlich waren.

- 8 Marsha Rozenblit, *Reconstructing a National Identity. The Jews of Habsburg Austria during World War I*, Oxford 2001.
- 9 David Rechter, *The Jews of Vienna and the First World War*, London 2001.
- 10 Sarah Panter, *Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2014.
- 11 Exemplarisch möchte ich hier die Ausstellungen der jüdischen Museen München und Wien und deren Ausstellungskataloge nennen. Ulrike Heikus/Julia B. Köhne (Hrsg.), *Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914–1918*, München 2014; Marcus G. Patka (Hrsg.), *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg*, Wien/Graz/Klagenfurt 2014.
- 12 Im Erinnerungsjahr widmeten einzelne Zeitschriften und Jahrbücher der jüdischen Geschichte im Ersten Weltkrieg und im Militär Schwerpunkte; u. a.: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts XII* (2013): Schwerpunkt: Juden im Militär. Verheißung und Erfahrung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Christhardt Henschel, S. 95–262; *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts XIII* (2014): Schwerpunkt: Der Erste Weltkrieg, S. 169–434; *zeitgeschichte 41* (2014) 4: Der Erste Weltkrieg aus jüdischer Perspektive. Erwartungen – Erfahrungen – Erinnerungen; Petra Ernst (Hrsg.), *European-Jewish Literatures and World War One* (*Yearbook for European Jewish Literature Studies* 1) (2014).
- 13 Ausnahmen sind: Oliver Janz, *14 – Der große Krieg*, Frankfurt a. M./New York 2014; Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges*, München 2014; Ernst Piper, *Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges*, Berlin 2013.

Jacob Kellmann – Jugendjahre

Jacob Kellmann wurde 1895 in Jagielnica, einer galizischen Kleinstadt in der Nähe von Stanislau (heute Ivano-Frankivsk), als Jacob Ochshorn in eine chassidische Familie geboren. Der Vater, ein Gemischtwarenhändler, sah für ihn eine Laufbahn als Rabbiner oder Schächter vor und ließ seinen Sohn in den traditionellen religiösen Einrichtungen erziehen und ausbilden. Doch der junge Jacob wollte die Welt des Stetl verlassen und sah seine Zukunft außerhalb der ihm bekannten Lebenswelt: „Geweckt und unterstützt wurde dieser Wunsch durch einen Reisenden eines Wiener Handelshauses, der zweimal jährlich zu uns kam. Er führte mit sich 5–6 Kollektionskoffer, die er bei uns einstellte und oft einen ganzen Tag zur Vorzeigung benötigte. Wochenlang vorher habe ich mich schon auf seine Ankunft gefreut, die er brieflich avisierte. [...] So reifte in mir immer fester der Entschluss, wenn ich grösser werde, in einem Geschäftshaus als Praktikant einzutreten, und dass ich es bis zum Reisenden bringen werde, stand bei mir fest.“¹⁴

Seinen Wunsch verfolgend, lief er im Alter von 13 Jahren von zu Hause weg und fuhr mit Geld, das er von seinem Vater gestohlen hatte, nach Wien zu einem Onkel. Zwar wurde er umgehend zurückgeschickt, doch der Traum von Wien, der modernen, fortschrittlichen Stadt, blieb aufrecht. Und so konnte er seinen Vater schließlich doch davon überzeugen, ihn zum Onkel in Wien in die Lehre zu schicken. Jacob Kellmann übersiedelte einige Jahre vor dem Krieg nach Wien, begann eine Kaufmannslehre, eignete sich die deutsche Sprache und Kultur (vor allem deutsche Literatur) an und unternahm alles, um in seiner geliebten Stadt ein Wiener zu werden, was ihm – glaubt man seiner Selbstdarstellung – auch zu gelingen schien. Antisemitismus oder Ausgrenzungserfahrungen schildert er für diesen Lebensabschnitt an keiner Stelle, und so zog er mit dem Selbstverständnis des jüdischen Wieners und patriotischen Österreicherers im Jahr 1915 in den Krieg. Er kämpfte in den folgenden Jahren an unterschiedlichen Schauplätzen an der Ostfront, wurde verwundet und auch mehrfach ausgezeichnet.

Welche Bedeutung diese Kriegsjahre, seine Kriegserinnerung, allgemein sein Kriegsdienst für ihn hatten, lässt sich an dem Umfang, den diese Jahre in seinen Lebenserinnerungen einnehmen (rund 50 Prozent), ebenso ablesen wie am

14 Jacob Kellmann, Lebenserinnerungen, S. 12 ff., LBI New York, ME 1639.

Vorwort, in dem er schreibt: „[...] und viele Generationen werden von ihrem Ur-Ur-Großvater erzählen, der im Großen Krieg 1914–1918 als Österreicher gekämpft und geblutet hat, sein Vaterland aber verlassen musste, wie ein ehemaliger Kamerad in diesem Lande zur Macht gekommen ist, und entschied, dass für Menschen, die dem jüdischen Volksstamm angehören, kein Platz im eigenen Vaterlande mehr vorhanden ist, ohne Rücksicht auf ihre Verdienste um dasselbe.“¹⁵

Kriegsdienst und Emanzipation

Jacob Kellmann spricht in seinem Vorwort einen zentralen Aspekt an, wenn es um die Frage der jüdischen Kriegsdienstleistung im Ersten Weltkrieg geht: die jüdischen Loyalitätsbeziehungen zum Staat und die Verortung innerhalb der Gesellschaft. Kellmann greift dabei eine wesentliche Argumentationslinie des Emanzipationsdiskurses auf, wonach die Kriegsdienstleistung in den modernen, nationalen Gesellschaften letztlich Teil eines Vertrages sei, der besagt, dass dem Einzelnen im Austausch für die Bereitschaft, für sein *Vaterland*, sein *Volk* oder seine *Nation* ins Schlachtfeld zu ziehen und auch zu sterben, die Partizipation am Gemeinwesen, die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft zugesichert wird. In diesem Sinne sind der „Heldentod“ oder die Bereitschaft, diesen zu erleiden, auch der unhintergehbare Beweis des Staatsbürgers für seine Loyalität gegenüber dem staatlichen Gemeinwesen.¹⁶

Militärdienst und allgemeine Wehrpflicht sowie gesellschaftliche und politische Partizipation stellten seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert eine eng miteinander verwobene Einheit dar, die auch im Kontext der Emanzipationsgeschichte der Jüdinnen und Juden von zentraler Bedeutung ist. So stand mit Bezug zur Habsburgermonarchie letztlich die Einführung der Militärpflicht für Juden im Jahr 1788 neben anderen Maßnahmen wie den Toleranzgesetzen auch am Beginn des Emanzipationsprozesses.¹⁷ Dieser wurde mit dem Staatsgrundgesetz von 1867

15 Ebenda, S. 5.

16 Nikolaus Buschmann, Vom „Untertanensoldaten“ zum „Bürgersoldaten“? Zur Transformation militärischer Loyalitätsvorstellungen um 1800, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts XII (2013), S. 105–126, hier S. 105.

17 Erwin A. Schmidl, Habsburgs jüdische Soldaten, Wien/Köln/Weimar 2014, S. 29–32.

zwar rechtlich in die Tat umgesetzt, doch er sollte, wenn es nach den jüdischen Gemeinschaften in Österreich-Ungarn ginge, im August 1914 mit dem Kriegsdienst seine endgültige, gesellschaftliche Vollendung finden.¹⁸ Viele erhofften sich, dass durch den gemeinsamen Kampf mit ihren nichtjüdischen Kameraden im Schützengraben ganz im Sinne des „Burgfriedens“ ein geeintes Vaterland ohne soziale, nationale, politische oder religiöse Gegensätze entstehen würde.

Der Konnex von Militärdienst, Emanzipation und gesellschaftlicher Anerkennung galt jedoch nicht nur für die jüdische Bevölkerung der Habsburgermonarchie, sondern lässt sich in allen kriegführenden Ländern, selbst im zaristischen Russland, beobachten. Denn auch in Russland, wo es seit den 1880er-Jahren immer wieder zu blutigen Pogromen gekommen und 1914 die Emanzipation noch nicht umgesetzt war, erhofften sich zunächst viele Jüdinnen und Juden durch ihren unbedingten Patriotismus und ihren Kriegsdienst eben jene Realisierung der rechtlichen Gleichstellung.¹⁹ Eine Erwartung, die jedoch rasch enttäuscht wurde, da mit den ersten Kriegshandlungen an der Ostfront Verfolgungen und Pogrome gegen die ansässige jüdische Bevölkerung durch die russischen Truppen einhergingen.²⁰

Mit dieser patriotischen Euphorie und Hoffnung zogen – mit wenigen kritischen oder pazifistischen Gegenstimmen – viele jüdische Soldaten in allen kriegführenden Ländern in den Kampf. Im Fall von Österreich war diese patriotische Euphorie stets auch mit Loyalitätsbekundungen gegenüber dem greisen Kaiser, Franz Joseph I., verbunden. Denn er, in dessen Regierungszeit seit 1848 die Emanzipation der österreichischen Jüdinnen und Juden gefallen war, wurde als Garant für die rechtliche Gleichstellung gesehen und erfuhr auch über seinen Tod 1916 hinaus in weiten Teilen der jüdischen Bevölkerung hohe Verehrung. Der Grazer Rabbiner David Herzog brachte diese Verehrung beispielsweise in einem eigens verfassten und an jedem Sabbat und Feiertage vor geöffneter Bundeslade vorgetragenen „Kriegsgebet“ zum Ausdruck.

18 Rozenblit, *Reconstructing a National Identity*, S. 39.

19 S. Ansky, *The Enemy at his Pleasure. A Journey Through the Jewish Pale of Settlement During World War I*, ed. v. Joachim Neugroschel, New York 2002, S. 3.

20 Joachim Neugroschel, Introduction, in: Ansky, *The Enemy at his Pleasure*, S. X; Jonas Kreppel, *Juden und Judentum von Heute. Ein Handbuch*, Zürich/Wien/Leipzig 1925, S. 169–180.

Darin heißt es: „[...] und darum sind wir alle freudig dem Rufe unseres heißgeliebten Kaisers gefolgt und wollen ihm mit unserem besten Können und unserem ganzen Sein zur Seite stehen. Uns ist kein Opfer zu groß, denn wir fühlen, ja wir wissen es, daß es eine von Dir geforderte Pflicht ist, mit unserem ganzen Sein dem Frieden zum Siege zu verhelfen. Darum stehen wir zu Dir voll Inbrunst und Tiefe, segne unseren allergnädigsten Kaiser Franz Josef [sic] I., der bis an die äußerste Grenze gegangen, um seinen Völkern den Frieden zu erhalten, und erst, als er sich überzeugen mußte, daß wir nicht mehr frohen Genusses Deiner Segnungen kommen können, das Schwert aus der Scheide hat ziehen lassen. Segne ihn, allgütiger Vater, daß er trotz seines hohen Alters uns leiten und lenken könne.“²¹

Wie groß der Glaube an diesen „Vertrag“ – Kriegsdienst für staatsbürgerliche Rechte und gesellschaftliche Anerkennung – auch über die Zeit des Ersten Weltkrieges hinaus war, zeigt sich beispielsweise nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als diese alles daransetzten, die Emanzipation rückgängig zu machen, Jüdinnen und Juden zu Bürgerinnen und Bürgern zweiter Klasse zu degradieren und schließlich zu verfolgen. In vielen Bittgesuchen an die Nazi-Obrigkeit in den Jahren ab 1933, resp. 1938 sowie in zahlreichen nach 1945 verfassten oder aufgezeichneten Lebenserinnerungen findet man den steten Verweis auf den Kriegsdienst, den Einsatz für das Vaterland, die Heimat.²² Viele der ehemaligen jüdischen Soldaten heben darin ihren unverbrüchlichen Patriotismus, der durch den Kriegsdienst mit Verwundungen und Auszeichnungen belegt wird, hervor und rekurrieren damit teils direkt, teils auch nur indirekt auf das durch die Emanzipation gegebene Versprechen.

Exemplarisch zeigt sich die Tragweite dieses Vertragsbruches an einer in Österreich häufig erzählten Begebenheit – ähnliche Erzählungen finden sich auch in Deutschland – im Kontext von NS-Verfolgung und Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg. Als Generalmajor Emil Sommer, der erste Bundesführer des Bundes jüdischer Frontsoldaten Österreichs und spätere Leiter der Legitimistischen jüdischen Frontkämpfer,²³ im Zuge des Anschlusspogroms im März 1938 von jungen

21 Kriegspredigt, in: David Herzog, *Kriegspredigten*, Frankfurt a. M. 1915, S. 9 ff., hier S. 9 f.

22 Vgl. u. a. Gerald Lamprecht, „Hochverehrter Herr Reichskommissar!“ Aspekte nationalsozialistischer Herrschaftspraxis am Beispiel persönlicher Eingaben an Reichskommissar Bürckel, in: *zeitgeschichte* 36 (2009) 3, S. 148–164.

23 Zu Emil Sommer vgl. Martin Senekowitsch, Emil Sommer, in: Patka (Hrsg.), *Weltuntergang*, S. 225.

SA-Männern zu einer „Reibpartie“ aus seiner Wohnung in Wien geschleppt wurde, so die Erzählung, habe dieser darum gebeten, noch kurz in seine Wohnung gehen und sich etwas Passendes anziehen zu dürfen. Nach kurzer Zeit sei er dann in voller Uniform mit all seinen Kriegsdekorationen erschienen, woraufhin die SA-Männer „beschämt“ von ihm abgelaufen hätten, da, wie es Thomas Chaimowicz in seinen Erinnerungen formulierte, „es in Wien eben nicht nur und bei weitem nicht so viele Nazis gab, wie die aus deutschem Besitz stammenden Wochen-schauen glauben machen. Ein k. u. k. General, der, auf dem Boden kniend, die Straßen aufwäscht, das könnte zu einer Beunruhigung der Passanten führen, von denen schon viele wenige Tage nach dem Einmarsch merkten, wohin die Entwicklung ging.“²⁴ Einer anderen Quelle vom Mai 1938 folgend, wurde Emil Sommer jedoch nicht freigelassen, sondern musste in seiner Uniform in einer uneinsehbaren Seitengasse die Demütigungen über sich ergehen lassen.²⁵

Auch wenn Generalmajor Emil Sommer diese Begebenheit aus dem März 1938 im Oktober 1946 in Abrede stellte und darauf aufmerksam machte, zu dieser Zeit bereits inhaftiert gewesen zu sein,²⁶ so verweist der Umstand, dass diese Geschichte bis in die Gegenwart immer wieder vorgebracht und zitiert wird, doch auf die fundamentale Bedeutung des Vertragsbruches durch die Nationalsozialisten: nämlich selbst jene zu verfolgen und aus der Gesellschaft auszustoßen, die im Krieg für ihr Vaterland gekämpft hatten und dafür in vielen Fällen auch ausgezeichnet wurden.

Dieses Beispiel verweist aber auch auf eine Leerstelle in der Forschung. Nämlich auf die Frage, inwieweit letztlich jene vielfach beschworenen Bindungen und Freundschaften, die jüdische Soldaten während ihres Kriegsdienstes mit nicht-jüdischen Kameraden eingingen, auch über das Kriegsende hinaus Bestand hatten und der Krieg somit nicht nur zu einer durch den Antisemitismus beförderten Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung geführt hat, sondern in manchen

24 U. a. Thomas Chaimowicz, „Lacht nicht, ich wasche Gottes Erde“. Als Jude und Legitimist im Wien von 1938, in: Thomas Chorherr (Hrsg.), 1938 – Anatomie eines Jahres, Wien 1987, S. 292–299, hier S. 293.

25 Organized Nazi Terrorism Goes On Secretly in Vienna, in: New York Times vom 23. 5. 1918, S. 12.

26 Austrian General Disclaims Role in Jewish Street-Sweeping „Epic“, in: New York Times vom 15. 10. 1946.

Bereichen, vor allem im Privaten, nicht doch auch dauerhafte Freundschaften entstehen ließ? Auch wenn diese Frage bislang nur wenig untersucht wurde, so kann man zumindest anhand der Kriegserinnerungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges feststellen, dass es trotz zahlreicher antisemitischer Angriffe auf jüdische Soldaten und den Versuchen, diese aus dem Erinnerungskollektiv auszuschließen,²⁷ doch auch Platz für gemeinschaftliche jüdisch-nichtjüdische Erinnerungsaktivitäten und ein gemeinschaftliches jüdisch-nichtjüdisches Kriegserinnern gab.²⁸

Als weiterer Beleg für im Krieg entstandene Bindungen kann ein im Oktober 1935 von Reichspropagandaminister Goebbels herausgegebener Erlass herangezogen werden, wonach bei der Errichtung neuer Kriegerdenkmäler für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges die Namen jüdischer Soldaten nicht mehr angeführt werden dürfen.²⁹ Dies stellte einen Tabubruch in der Kultur des politischen Totenkults dar und wurde 1933 von dem aus Deutschland nach Wien geflohenen Herrmann Mostar künstlerisch verarbeitet.³⁰ In seinem 1935 verfassten Stück „Die Legende vom namenlosen Soldaten“ lässt er einen gefallenen jüdischen Soldaten fragen: „Will dir die Hand noch reichen / Ich starb für deinen Staat / Darfst mir die Hand nicht geben? / Wie trägst du dieses Leben? / Mein armer Kamerad“.³¹

27 Viele Veteranenvereine waren nationalistisch und antisemitisch ausgerichtet und zählten zu den zentralen Akteuren des Antisemitismus der Zwischenkriegszeit. In Österreich ist hier beispielsweise die 1920 ins Leben gerufene „Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs“ zu nennen. Gerald Lamprecht, *Geteilte Erinnerung? Der Bund jüdischer Frontsoldaten*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Zonen der Begrenzung. Aspekte kultureller und räumlicher Grenzen in der Moderne*, Bielefeld 2012, S. 87–104, hier S. 92.

28 Z. B. Gerald Lamprecht, *Erinnern an den Ersten Weltkrieg aus jüdischer Perspektive 1914–1938*, in: *zeitgeschichte* 41 (2014) 4, S. 242–266, hier S. 260.

29 „Bei der Errichtung neuer Denkmäler für die Gefallenen des Weltkrieges sollen die Namen jüdischer Frontkämpfer nicht mehr aufgeführt werden. Dagegen brauchen ihre Namen, wenn sie auf früher errichteten Denkmälern stehen, nicht entfernt zu werden.“ Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, 2. Aufl., Heidelberg 1996, S. 137.

30 Eigentlich Gerhart Herrmann.

31 Volkmar Kühn (Hrsg.), *Kleinkunststücke. Eine Kabarett-Bibliothek in fünf Bänden. Bd. 3: Deutschlands Erwachen. Kabarett unterm Hakenkreuz 1933–1945*, Hamburg 2001, S. 129 f., hier S. 130.

Jüdische Solidarität – staatsbürgerliche Loyalität

Der Kriegsbeginn 1914 war von einer patriotischen Euphorie der jüdischen Bevölkerung geprägt. Und entgegen den Ausführungen von Ulrich Sieg, wonach in Deutschland die Antisemiten ab 1914 die „Gunst der Stunde“ nutzten und das Thema „Judentum und Nation“ auf die politische Tagesordnung setzten,³² lässt sich bei einer Analyse der deutschsprachigen jüdischen Presse in Wien dieser Befund zunächst nicht auf Österreich übertragen. Für die in Bezug auf antisemitische Anfeindungen äußerst sensiblen Zeitschriften ist Antisemitismus in diesen ersten Kriegsmonaten kein Thema. Ein Befund, der damit erklärt werden kann, dass es entweder tatsächlich keine antisemitischen Aktivitäten gab oder dass man im Sinne des „Burgfriedens“ bewusst von einer Thematisierung des Antisemitismus Abstand nahm.

Auch Jacob Kellmann berichtet gleichsam euphorisch über seine ersten Erfahrungen als Soldat im März 1915. „Wie ich am Südbahnhof einstieg, herrschte im Waggon die tollste Stimmung, einer pickte an den anderen. Sitz und Gepäckplätze alle besetzt. [...] Die Fahrt ging über den schönen Semmering und bei Morgengrauen befanden wir uns in der noch mit viel Schnee bedeckten Steiermark. An den Stationen auf der Weiterfahrt über Knittelfeld warfen Mädels und Frauen Blumen nach uns und Kaffee, Zigaretten sowie Aufmerksamkeiten wurden uns zuteil. Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, es tat einem wohl so betreut zu werden und auch mich riss es da mit und [ich] wurde lustiger.“³³

Aus Sicht der jüdischen Zeitgenossen schienen sich ihre Erwartungen an den Krieg im Spätsommer 1914 tatsächlich zu erfüllen, was jedoch keineswegs bedeuten konnte, dass der Antisemitismus bereits überwunden worden wäre. Er schien in diesen Wochen lediglich in den Hintergrund zu treten, womit der Glaube an seine baldige Überwindung durch den Krieg gestärkt wurde. In diese Richtung geht auch eine Episode in Jacob Kellmanns Erzählung, in der er den Antisemitismus erstmals thematisiert. Dabei handelt es sich um einen Zwischenfall während seiner militärischen Ausbildung mit einem polnischen Soldaten, der einen jüdischen Soldaten als „Du stinkiger Jude“ beschimpft hatte und daraufhin von

32 Sieg, *Jüdische Intellektuelle*, S. 174.

33 Jacob Kellmann, *Lebenserinnerungen*, S. 47 f., LBI New York, ME 1639.

Jacob Kellmann geohrfeigt wurde. Kellmann leitete diesen Zwischenfall in seiner Erzählung wie folgt ein: „Damals [waren] Studenten, die später Offiziere werden konnten, noch mit uns beisammen gewesen, und unter diesen befanden sich einige Polen, die von zu Hause gewöhnt waren über Juden zu schimpfen.“³⁴

Nachdem Kellmann den polnischen Soldaten geohrfeigt hatte, wurde er zum Rapport bestellt. Dort wurde ihm von seinem Vorgesetzten klargemacht, dass jede Form der Selbstjustiz nicht gestattet sei und ihm bei ähnlichen Beschimpfungen doch der Weg einer Beschwerde offenstehe. Konsequenzen hatte er allerdings keine zu erleiden, worin er dann auch eine gewisse Bestätigung für sein aktives Vorgehen und eine Inschutznahme durch seinen Vorgesetzten vor Antisemitismus sah.³⁵ Weiter beschreibt er, dass sein Verhalten bei den Kameraden als mutig und gerechtfertigt wahrgenommen wurde, womit sich diese Episode auch in das vorherrschende Bild der K.-u.-k.-Armee einfügt, demzufolge es zwar durch aus Antisemiten in der Armee gegeben hat, doch dieser so gut es ging von der Armeeführung und den jeweiligen Vorgesetzten unterbunden wurde. So war es beispielsweise im Gegensatz zur Armee des Deutschen Kaiserreiches³⁶ Juden in der Habsburger Armee seit dem 19. Jahrhundert auch möglich, in den Offiziersrang erhoben zu werden und innerhalb des Militärs Karriere zu machen.³⁷ Generell achtete die Habsburger Armee, als eine der drei Säulen (Herrscherhaus, Bürokratie, Armee) des supranationalen Staates, darauf, dass es innerhalb des Militärs zu einem weitgehenden Ausgleich zwischen den unterschiedlichen nationalen und ethnischen Gruppen kam. Demzufolge gab es offiziell auch keinen Platz für eine systematische antisemitische Diskriminierung der jüdischen Soldaten, und Jacob Kellmann konnte, wie viele weitere jüdische Soldaten, während des Krieges einen Aufstieg erleben, der sich in Beförderungen und vor allem Auszeichnungen mit Orden niederschlug. Besonders Letzteren misst er in seiner Erzählung große

34 Ebenda, S. 49 f.

35 Ebenda.

36 Zur Situation im deutschen Kaiserreich vgl. u. a. Anna Ullrich, „Nun sind wir gezeichnet“ – Jüdische Soldaten und die „Juden zählen“ im Ersten Weltkrieg, in: Ulrike Heikaus/Julia B. Köhne (Hrsg.), *Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914–1918*, München 2014, S. 215–238, hier S. 219 f.

37 István Deák, *Der k. (u.) k. Offizier 1848–1918*, 2. Aufl., Wien/Köln/Weimar 1995, S. 207–215.

Bedeutung bei, ebenso wie der Betonung, dass er durch seinen Einsatz und Mut selbstverständlicher Bestandteil der soldatischen Gemeinschaft ohne religiöse oder nationale Differenzen geworden sei.³⁸

Seine Erzählung und sein Selbstverständnis als Jude und Österreicher decken sich weitgehend mit Diskursen in den deutschsprachigen jüdischen Zeitungen Wiens. Demnach verfolgten die hegemonialen und ideengebenden jüdischen Eliten Wiens und der deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie eine offene Konzeption der Gemeinschaft der Staatsbürger. Der zufolge existierte kein Widerspruch zwischen der jüdischen Identität und der Loyalität zum Kaiserhaus, zum staatlichen Gemeinwesen ebenso wie zur Zugehörigkeit zur deutschen Kultur, was Marsha Rozenblit mit dem Modell einer dreiteiligen jüdischen Identität zu beschreiben versucht. Diese setzte sich Rozenblit zufolge aus der staatsbürgerlichen Loyalität gegenüber dem Herrscherhaus, einer „ethnischen“ Zugehörigkeit zum Judentum und einer Zugehörigkeit zur „deutschen, tschechischen, polnischen, [...] Kultur“ zusammen.³⁹

Aufbauend auf einer derartigen Identitätskonzeption stellte es weder für die deutschsprachige jüdische Presse noch für Jacob Kellmann ein Problem dar, Situationen zu schildern, die auf eine spezifische jüdische Kriegserfahrung verwiesen. Kellmann beschreibt ebenso wie die Presse immer wieder jüdische Feste in der Kriegssituation, sei es Purim, Pessach oder Jom Kippur. Jüdische Soldaten feierten diese Feste im Kreis von Kameraden oder waren Gäste bei einer im Bereich der Ostfront gelegenen jüdischen Gemeinde ebenso wie in einzelnen Familien. Kellmann schildert dabei teils die ärmlichen Lebensumstände der örtlichen jüdischen Bevölkerung, betont aber stets auch die freundliche Aufnahme, wobei er selbst manchmal in der Rolle des Empfängers von Gaben (meist geht es um Essen) und manchmal in der Rolle des Gebers in Erscheinung tritt. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass in seinem Text das Festhalten an und das Praktizieren jüdischer religiöser Identität als Selbstverständlichkeit beschrieben und an keiner Stelle Widerstände oder Probleme thematisiert werden. Vielmehr förderte

38 Die Auszeichnung jüdischer Soldaten mit Orden spielte auch in der jüdischen Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. So wurden die Namen der militärisch dekorierten Soldaten in den deutschsprachig-jüdischen Zeitungen über die ganze Kriegsdauer hinweg publiziert. Auch in den Nachkriegsdiskursen nahmen die Kriegsdekorationen eine zentrale Stellung ein.

39 Rozenblit, *Reconstructing a National Identity*, S. 23 ff.

die Armeeführung das Ausüben jüdischer Religiosität durch die Ernennung von Feldrabbinern ebenso wie durch die Bereitstellung von koscheren Lebensmitteln.⁴⁰ Unterstützung erfuhr sie dabei immer wieder von den örtlichen jüdischen Gemeinden.

Kellmann beschreibt hier eine Form jüdischer Solidarität, die während des Krieges in vielen weiteren Facetten Thema sein sollte. So bezog sie sich zunächst auf die verschiedenen jüdischen Opfergruppen des Krieges, zu denen nicht nur die gefallenen und verwundeten Soldaten gezählt wurden, sondern ebenso die von der zaristischen Armee aus Galizien und der Bukowina vertriebenen Flüchtlinge sowie Witwen und Waisen. Denn „auch das ist ein Opfer für das Vaterland“,⁴¹ kann man in *Dr. Bloch's Österreichischer Wochenschrift* lesen. Und die Opfer, mit denen man sich solidarisierte, wurden in den Zeitungen regelmäßig den Kriegshelden gleichgesetzt, was letztlich erneut auf den uneingeschränkten Patriotismus und die Opferwilligkeit der jüdischen Bevölkerung verweisen sollte. Die Betonung der Solidarität, der Opferwilligkeit und des Heldentums richtete sich aber nicht nur an die nichtjüdische Umgebungsgesellschaft, sondern ebenso an die jüdische Bevölkerung, in dem Sinne, dass damit eine Stärkung jüdischen Selbstbewusstseins angestrebt wurde. Und es war zugleich eine Aufforderung, den jüdischen Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina, die zu den ersten Opfern der Kriegshandlungen zählten, hilfreich zur Seite zu stehen.

Diese vielfach zutage tretende Solidarität mit den jüdischen Kriegsflüchtlingen an der „Heimatfront“ ebenso wie die soldatischen Begegnungen mit den „ostjüdischen“ Lebenswelten hatten eine tief greifende Auseinandersetzung mit jüdischem Selbstverständnis in den deutschen und österreichischen Gemeinden zu Folge, die nach Michael Brenner in Deutschland wiederum zu einer Festigung der jüdischen Solidarität geführt habe.⁴²

Das Festhalten an jüdischer Identität ebenso wie eine grenzüberschreitende, transnationale Solidarität mit der österreichischen und der russischen jüdischen Bevölkerung wurden Jüdinnen und Juden von antisemitischen Gruppen jedoch

40 Dieter J. Hecht, Feldrabbiner in der k. u. k. Armee während des Ersten Weltkrieges, in: Patka (Hrsg.), *Weltuntergang*, S. 67–73.

41 Das jüdische Opfer des Krieges, in: *Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift* vom 4. 9. 1914, S. 609.

42 Vgl. Michael Brenner, *Jüdische Kultur in der Weimarer Republik*, München 2000, S. 43.

immer wieder als Illoyalität gegenüber dem Vaterland oder ungerechtfertigte Bevorzugung, wenn es um koschere Lebensmittel ging, ausgelegt.⁴³ Vor allem an den jüdischen Kriegsflüchtlingen aus den östlichen Kriegsschauplätzen entzündeten sich heftigste antisemitische Diskurse. Die Flüchtlinge, die zu Hunderttausenden – so brachte die russische Invasion in den ersten Kriegsmonaten eine Flüchtlingswelle von schätzungsweise 400 000 Jüdinnen und Juden Richtung Westen mit sich⁴⁴ – in das Hinterland flohen, wurden nicht nur der „Russophilie“ und Spionage beschuldigt, sondern man machte sie auch für die vielen kriegsbedingten Versorgungsengpässe und Spannungen jeglicher Art verantwortlich. Für Antisemiten wurde aus der Flüchtlingsproblematik rasch eine „Ostjudenfrage“, in der sie vordergründig auf eine „Andersartigkeit“ der jüdischen Flüchtlinge rekurrten. Zumeist wurden in diesen Diskursen jedoch vor allem Verteilungsfragen der immer knapper werdenden Ressourcen verhandelt.⁴⁵ Die „fremden“ Kriegsflüchtlinge dienten den Antisemiten, wie Robert Nemes exemplarisch an der ungarischen Kleinstadt Nagyvárad (Großwardein) zeigt, zunächst als Projektionsfläche für die kriegsbedingten Missstände. Mit der Fortdauer des Krieges wurden diese Projektionen jedoch auch auf die örtlichen jüdischen Gemeinden erweitert und damit die gesamte jüdische Bevölkerung gleichsam als „fremd“ und nicht zugehörig denunziert.⁴⁶

Da half es letztlich auch nichts, dass eben diese Solidarität vonseiten der jüdischen Bevölkerung kriegslegitimierend in den Kriegsdiskurs eingebracht wurde. Denn sie unterstrich in diesem Kontext immer wieder, dass die Kriegsziele der Habsburgermonarchie mit denen der jüdischen Bevölkerung übereinstimmten. So kann man beispielsweise auf der Titelseite der orthodox-konservativen

43 Zu den Konzepten von Solidarität und Loyalität vgl. Panter, *Jüdische Erfahrungen*, S. 357–381.

44 David Rechter, *Die große Katastrophe: die österreichischen Juden und der Krieg*, in: Patka (Hrsg.), *Weltuntergang*, S. 12–25, hier S. 21.

45 Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“ Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923, Wien/Köln/Weimar 1995; Ines Koeltzsch, *Antijüdische Straßengewalt und die semantische Konstruktion des „Anderen“ im Prag der Ersten Republik*, in: *Judaica Bohemiae* 46 (2011) 1, S. 73–99, hier S. 81 ff.

46 Vgl. Robert Nemes, *Refugees and Antisemitism in Hungary during the First World War*, in: ders./Daniel Unowsky (Hrsg.), *Sites of European Antisemitism in the Age of Mass Politics, 1880–1918*, Waltham/Massachusetts 2014, S. 236–254, hier 253 f.

Oesterreichischen Wochenschrift vom 14. August 1914 lesen: „Die Söhne des jüdischen Volkes haben das lebendige Bewußtsein, daß für sie der Krieg gegen Rußland ein heiliger Krieg ist, und sie erinnern sich an all die Leiden und Drangsale namenloser Grausamkeit, welche ihre Brüder in Rußland zu erdulden hatten.“⁴⁷

Im öffentlichen jüdischen Diskurs wurde somit das Bild des gerechten, ja des „heiligen“ Krieges bemüht, den die Habsburger und ihre Verbündeten gegen das antisemitische, zaristische Russland zu führen gezwungen seien. Ein Bild, das sich während und nach dem Krieg auch in vielen weiteren Darstellungen findet. So beispielsweise auch in der 1915 von Jonas Kreppels verfassten Schrift „Der Weltkrieg und die Judenfrage“. Dort schreibt er: Denn das „unschuldig vergossene Blut der Märtyrer von Kischinew, Homel, Zytomir, Bialystok, Siedlec, Odessa und Kiew, die Tränen der Witwen und Waisen, deren Ernährer und Erhalter bei diesen Pogroms [sic] in grausamster Weise hingeschlachtet wurden, werden [vor Gott] als Ankläger gegen den russischen Barbarismus auftreten, Rache und Sühne fordern“.⁴⁸

Im Zusammenhang mit der transnationalen jüdischen Solidarität wurde in innerjüdischen Debatten jedoch auch ein Problem virulent, das daraus resultierte, dass sich in diesem Krieg plötzlich auch Juden als Soldaten feindlicher Armeen gegenüberstanden. Trotz der in der Literatur genannten, bislang unsicheren Zahlen ist heute davon auszugehen, dass in allen kriegführenden Armeen rund zwei Millionen jüdische Soldaten kämpften und an die 170 000 von ihnen fielen. So geht man für die K.-u.-k.-Armee von rund 300 000 bis 350 000 Soldaten und zwischen 30 000 und 40 000 Gefallenen aus. In der russischen Armee wird eine halbe Million jüdischer Soldaten mit rund 90 000 Gefallenen angegeben, im deutschen Kaiserreich sind ca. 100 000 mit 12 000 Gefallenen, im gesamten Empire in der britischen Armee 41 500 Soldaten und 8000 Gefallene und in der französischen Armee 35 000 und 7000 Gefallene anzunehmen.⁴⁹ Die Mehrheit der jüdischen Soldaten stammte aus Osteuropa und stand sich auch im Bereich der Ostfront feindlich gegenüber.

47 Der Kaiser Franz Josef I., in: Dr. Blochs *Oesterreichische Wochenschrift* vom 14. 8. 1914, S. 1.

48 Jonas Kreppel, *Der Weltkrieg und die Judenfrage*, Wien 1915, S. 23.

49 Jay Winter, *Jüdische Erinnerung und Erster Weltkrieg – Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts XIII* (2014), S. 111–129, hier S. 117 f.

Staatsbürgerliche Loyalität – jüdischer Partikularismus

Die vielgestaltige jüdische Solidarität fand auch in Jacob Kellmanns Erinnerungen Eingang, doch stand sie für ihn zu keinem Zeitpunkt im Widerspruch zu seiner staatsbürgerlichen Loyalität. Basis dafür war jene offene, Mehrfachidentitäten zulassende Konzeption staatlicher und nationaler Zugehörigkeit, die es mit Kriegsbeginn und dem immer stärker werdenden Anpassungs- und Inklusionsdruck nun zu verteidigen galt, wie man beispielsweise im Kontext der Errichtung von Heldenfriedhöfen sehen kann.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und vor allem während des Ersten Weltkrieges kam es zu einer gewissen Form der Demokratisierung, aber auch Egalisierung des Heldengedenkens. Dieser Prozess war eingebettet in die Entwicklung des modernen Nationalismus und verlief je nach der Nationskonzeption unterschiedlich. Der Tod des einzelnen Soldaten, des Bürgers auf dem Schlachtfeld wurde hierbei als das ultimative Opfer für das Vaterland, die Nation hochstilisiert, und es sollte seine Entsprechung in der Konzeption der Heldenfriedhöfe und -denkmäler finden. Nicht mehr nur die Feldherren und hochrangigen Militärs sollten fortan erinnerungswürdig sein, jeder einzelne Soldat wurde als Opfer für die Nation und gleichzeitig als deren Held in die öffentlichen Erinnerungsrituale und -zeichen einbezogen. Er wurde somit Teil einer nationalen Erinnerungsgemeinschaft, während eine Nichtaufnahme in diese der Exklusion aus der staatlichen Gemeinschaft gleichkam.

Dementsprechend wurden im Ersten Weltkrieg in allen Armeen die Namen der Gefallenen von eigens eingerichteten Kommissionen gesammelt, um sie später ohne Unterschied auf den Heldendenkmälern in den Städten und Gemeinden zu verewigen.⁵⁰ Darüber hinaus wurden seit Kriegsbeginn Heldenfriedhöfe angelegt,

50 Im März 1915 wurde in der *Neuen Freien Presse* ein Aufruf des ehemaligen Kriegsministers Freiherr von Schönau veröffentlicht, der die einzelnen Gemeinden und Ortschaften aufrief, die Namen ihrer Gefallenen zu sammeln, um diese später auf Heldendenkmälern zu verewigen. „Wenn auch die dankbare Bevölkerung nach Eintritt friedlicher Verhältnisse auf den Schlachtfeldern Prunkdenkmäler errichten wird, wenn auch die Führer, deren Geist und Tatkraft die Truppen zum Siege führt, für immer in Erinnerung bleiben, die Namen der Helden der Masse werden selbst in ihrer engeren Heimat bald in Vergessenheit geraten, da die zugängliche Begräbnisstätte fehlt, zu welcher Verwandte, Freunde, Landsleute pietätvoll pilgern können. [...] Die Namen der auf dem Schlachtfelde Gefallenen

deren zentrales Merkmal gleichförmige Grabreihen waren, und die rudimentären Grabinschriften sollten alle sozialen und im Kontext der Habsburgermonarchie auch ethnisch/nationalen Unterschiede nivellieren.⁵¹ Einzige Ausnahme war das Religionsbekenntnis der Gefallenen. So erhielten jüdische Soldaten einen Grabstein mit Davidstern und muslimische Soldaten einen solchen mit Halbmond oder Fes.

Diese zunächst als Erfüllung aller Emanzipationsversprechen verstandene Egalisierung wurde letztlich in Österreich jedoch vonseiten der jüdischen Bevölkerung kritisch betrachtet. Welche Rolle dabei der Antisemitismus spielte, sieht man beispielsweise an der Errichtung des Wiener gemischtkonfessionellen Heldenfriedhofes 1914/15. Im September 1914 wandte sich die Stadt Wien mit dem Ansinnen an die Israelitische Kultusgemeinde, diesen Heldenfriedhof für alle in Wien verstorbenen Soldaten zu errichten. Man lud die Kultusgemeinde ein, dort auch die verstorbenen jüdischen Soldaten zu beerdigen. Zunächst sprach sich die Gemeindeleitung unter der Bedingung, dass die religiösen Vorschriften eingehalten werden, grundsätzlich dafür aus.⁵² Doch bereits nach wenigen Wochen nahm man von dieser Zusage wieder Abstand und begründete dies, wie in einem Leserbrief zu lesen, wie folgt: „Es ist gewiß hoch zu schätzen, daß die Gemeinde Wien zwischen den Helden, die ihr Leben fürs Vaterland geopfert haben, keinen Unterschied machen und die alle gleichmäßig ehren will. Trotzdem würde ich mir gestatten, die Anregung zu geben, eine Anzahl jüdischer Gefallener, möglichst in eine Gruppe geordnet, auf der jüdischen Abteilung zu beerdigen, schon aus

müssen, in unvergänglichem Stein verewigt, weiterleben, um der Nachwelt Zeugnis abzugeben, daß Oesterreich-Ungarn in diesem Kriege Helden hatte, deren Andenken auch spätere Generationen nach Jahrhunderten anspornen wird, ihrer würdig zu sein und sie in fortschreitender Entwicklung wenn möglich zu übertreffen an Liebe, Treue und Opfermut für Kaiser und Vaterland.“ Ehre dem Andenken unserer Gefallenen!, in: Neue Freie Presse vom 10. 3. 1915, S. 2.

51 Vgl. u. a. George L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993, S. 118.

52 Noch im September 1914 wurde ein Antrag des Friedhofsamtes der IKG, innerhalb der jüdischen Abteilung am Wiener Zentralfriedhof ein eigenes Gräberfeld für die Soldaten zu errichten, mit Hinweis auf die Absichten des Magistrates abgelehnt. Vertretersitzung, 22. 9. 1914, Central Archive for the History of Jewish People (CAHJP), Archiv der IKG Wien, A/W 1477.

dem Grunde, daß es uns ermöglicht werde, in ruhigen Zeiten auch die jüdische Friedhofsabteilung durch ein Kriegerdenkmal zu ehren, damit der Mangel eines solchen bei der nächsten und nächstnächsten Generation nicht unliebsam auffalle und ein späterer Knabe nicht etwa seinen Vater fragen müßte: ‚Haben die Juden im Jahre 1914 nicht mitgekämpft, weil auf dem jüdischen Friedhofe kein Kriegerdenkmal steht?!‘⁵³

Neben prinzipiellen religiösen Bedenken, die gegen die Beerdigung von jüdischen Soldaten auf einem nichtjüdischen Friedhof sprachen, war es vor allem die Befürchtung, dass der jüdische Patriotismus, der jüdische Anteil am Weltkrieg künftig von antisemitischen Gruppen infrage gestellt werden könnte. Es war die Sorge – bzw. 1915 noch die Vorahnung –, dass die mit dem Krieg verbundenen Erwartungen sich nicht erfüllen würden. Für diesen Fall wollte man gewappnet sein, und so beschlossen die jüdischen Gemeinden in Österreich, die verstorbenen jüdischen Soldaten, wenn möglich, auf jüdischen Friedhöfen zu beerdigen. Das galt für die Heimatfront ebenso wie für die Frontgebiete. Letztlich waren es dann diese Abteilungen auf den jüdischen Friedhöfen, die nach dem Krieg meist zum Ausgangspunkt für Denkmalsetzungen jüdischer Heldendenkmäler wurden. Diese Denkmäler galten als Beweis für die jüdische Beteiligung am Krieg, und in ritualisierten Gedenkveranstaltungen wurde der aus dem Kriegsdienst abgeleitete Anspruch auf Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte beschworen. Zugleich waren sie trotz erheblichen nationalen Anpassungsdrucks aber auch Ausdruck eines Festhaltens an jenem offenen Identitätskonzept, demzufolge staatsbürgerliche Loyalität und jüdische Solidarität kein Widerspruch sein sollten.

Antisemitismus im Krieg

Im August und September 1914 beschworen die Autoren in den deutschsprachigen jüdischen Zeitungen noch die Erfüllung aller mit dem Kriegsdienst verbundenen Erwartungen, doch am Beispiel der Errichtung der Heldenfriedhöfe gegen Jahresende und ab 1915 kann man erste Zweifel daran erkennen. Obwohl noch

53 Hermann Stern, Ein jüdisches Kriegerdenkmal, in: Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift vom 8. 1. 1915, S. 24 f.

über keine konkreten antisemitischen Angriffe berichtet wurde, wollte man für künftige antisemitische Verleumdungen einer vermeintlichen „Drückebergerei“ gewappnet sein. Im selben Kontext stehen ein Aufruf des Verbands deutscher Juden und des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vom August 1914⁵⁴ sowie ein Beitrag von Moritz Frühling vom Dezember 1914 mit dem Titel „Der Anteil der jüdischen Soldaten an den Kämpfen unserer Armee“.⁵⁵ Beide Texte fordern dazu auf, die Anzahl der kämpfenden jüdischen Soldaten zu dokumentieren, um antisemitischen Angriffen entgegenwirken zu können. Wie nötig dies war, zeigte sich in Deutschland spätestens 1916 mit der sogenannten Judenzählung⁵⁶ und in Österreich etwas zeitversetzt seit dem Jahr 1917 und vor allem nach dem Krieg, als der jüdischen Bevölkerung kollektiv Illoyalität und im wirkmächtigen Bild der „Dolchstoßlegende“ die Mitschuld an der Kriegsniederlage zugewiesen wurde. Dagegen konnten weder die Heldenabteilungen und -denkmäler auf den jüdischen Friedhöfen noch die schier unendlichen Veröffentlichungen der Namen ausgezeichnete jüdischer Soldaten, der Gefallenen und anderer jüdischer Kriegshelden in den deutschsprachigen jüdischen Zeitungen, noch die Publikation von Gedenkbüchern und das ritualisierte Bekenntnis der jüdischen Veteranenverbände zur Gemeinschaft der Kriegsteilnehmer und Frontkämpfer nach 1918 in allen europäischen Staaten etwas ausrichten.

Vielmehr kann man mit Fortdauer des Krieges sowohl in Deutschland als auch in Österreich-Ungarn eine Zunahme und Radikalisierung des Antisemitismus erkennen, auch wenn dieser in beiden Ländern in unterschiedlichen Konstellationen in Erscheinung trat. War es in Deutschland die staatlich angeordnete „Judenzählung“ mit ihrer prinzipiellen Infragestellung der jüdischen Kriegsdienstleistung, so entzündete sich der Antisemitismus in der Habsburgermonarchie während des Krieges vor allem an der immer schlechter werdenden Versorgungslage der Bevölkerung.

54 Vgl. Verband der deutschen Juden. Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift vom 14. 8. 1914, S. 566.

55 Moritz Frühling, Der Anteil der jüdischen Soldaten an den Kämpfen unserer Armee, in: Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift vom 11. 12. 1914, S. 855 f.

56 Zur Judenzählung vgl. Ullrich, „Nun sind wir gezeichnet“; Jacob Rosenthal, „Die Ehre des jüdischen Soldaten“. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt a. M./New York 2007 und mit einer etwas konträren Sichtweise aktuell David J. Fine, Jewish Integration in the German Army in the First World War, Berlin/Boston 2012.

Für die Nahrungsmittelengpässe und die Teuerung sowie den Schwarzmarkt wurden die jüdischen Kriegsflüchtlinge verantwortlich gemacht. Zunächst versuchte die österreichische Staatsführung, den Antisemitismus noch mit einer rigiden Zensur und behördlichem Einschreiten so gut es ging zu unterbinden. Doch spätestens ab 1917 ist eine Lockerung der Zensur feststellbar, und das Zusammentreten des Reichsrates ab Mai 1917 brachte neben einem Hochkochen der nationalen Gegensätze zugleich einen merklichen Anstieg des antisemitischen Diskurses.⁵⁷

Lässt sich für diese Jahre ein Anstieg antisemitischer Agitationen feststellen, so kann man jedoch noch keinen Wandel in der Zusammenstellung der antisemitischen Stereotype und Diskursfiguren konstatieren. Und mit Blick auf Österreich zeigt sich, dass das Stereotyp des jüdischen Bolschewisten und Revolutionärs erst im Zuge des Zusammenbruchs und der revolutionären Umbruchphase ab 1918 wirkmächtig wurde.⁵⁸

Mit der Fortdauer des Krieges ernüchert, beobachtete die jüdische Gemeinde diese Entwicklung mit zunehmender Sorge und ahnte bereits, dass das Ende des Krieges keineswegs das Ende antisemitischer Angriffe bedeuten werde. Im Leitartikel der ersten Ausgabe von *Dr. Bloch's Österreichischer Wochenschrift* im Jahr 1917 liest man: „Die Antisemiten werden jedoch gleich nach Friedensschluß mit ihrer Demagogie hervortreten. Sie sind mit einem Vulkan zu vergleichen, dessen Grollen man jetzt schon hört, und dessen Ausbruch sicherlich bevorsteht. Es wäre schlimm, wenn man ihnen nicht tatkräftig und bald entgegentritt. Denn man verwendet jetzt gegen die Juden ein russisches Rezept. Alle Kriegsgewinner, an der Spitze die Agrarier, geben die Parole aus, die unzufriedenen Massen gegen die Juden zu hetzen, obwohl die Juden nur einen verschwindenden Bruchteil der Kriegsgewinner ausmachen. Man wird so tun, als ob keine Agrarier, Großgrundbesitzer, Industrielle, Greißler, Wirte usw. auf der Welt wären, sondern alles auf

57 Dieser beobachtbare Wandel ist eines der ersten Ergebnisse eines in Graz am Centrum für Jüdische Studien durchgeführten Forschungsprojektes zur Radikalisierung des Antisemitismus zwischen 1914 und 1923.

58 Vgl. Eleonore Lappin-Eppel, Die Russische Revolution in der Wiener jüdischen Presse – Hintergründe und Reflexionen, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert*, Innsbruck/Vienna/Bozen 2013, S. 59–82.

die Juden wälzen wollen. Da wird es wohl harte Kämpfe geben, die Bevölkerung davon zu überzeugen, wo sich die Ausbeuter befinden. Trotz allem Burgfriedens läßt man jetzt schon der antisemitischen Presse die Zügel schießen.“⁵⁹

Der Zusammenbruch und die Neuordnung Europas

Während also für die jüdischen Gemeinden an der sogenannten Heimatfront bereits ab der Mitte des Krieges die Zunahme des Antisemitismus immer bedrohlicher wurde, finden sich entsprechende Hinweise bei Jacob Kellmanns Erzählung vorerst nicht. Für ihn trat der Antisemitismus erst mit dem Zusammenbruch im Oktober/November 1918 massiv in Erscheinung. Kellmann befand sich zu diesem Zeitpunkt an der Ostfront im Raum Stanislau in Galizien, und er versuchte nun, über Lemberg nach Wien zu gelangen. Auf seinem Weg, der ihn quer durch die bewaffneten Auseinandersetzungen im ausbrechenden polnisch-ukrainischen Krieg führte, wurde er Zeuge des Pogroms von Lemberg vom 21. bis 23. November 1918. Er entkam und schlug sich zu Fuß über die in Gründung befindliche tschechoslowakische Republik Richtung Wien durch. Während dieser Reise wurde er immer wieder mit gewalttätigen antisemitischen Ausschreitungen konfrontiert. Über seine Ankunft in Wien berichtet er im Kapitel „Unrühmliche-Heimkehr“: „Die Massen marschierten über die Straßen, warfen Steine nach den Geschäfts- und Kaffeehausfenstern, drohten und schimpften. ‚Jud!‘ war das beliebteste Schimpfwort. Wenn ein Jude nur das kleinste Geschäftehl hatte, galt er bei den Massen als Kapitalist u. Kriegsverdiener. Bei den anderen waren die Juden ohne Ausnahme Bolschwiken u. Drückeberger, aber die eigenen Bäcker, Milchpantscher oder Fleischhauer, die alle wirkliche Kriegsverdiener waren und oft um entwertetes Geld ganze Häuserblocks erwarben, die sah man nicht, bei denen machte es gar nichts, aber Juden! Ja, die sah man. Obzwar es genug jüdische Kriegsinvalide, Witwen u. Waisen gab, galt es doch als feste Tatsache, dass Juden Drückeberger waren, aber diese Verleumdung wurde nicht nur von den legitimen Antisemiten gefördert, sondern auch Arbeiter stimmten gerne in diesen Chor mit.“⁶⁰

59 1917, in: Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift vom 5. 1. 1917, S. 2.

60 Jacob Kellmann, Lebenserinnerungen, S. 171 f., LBI New York, ME 1639.

Mit dem Zusammenbruch kam es, wie von Kellmann beschrieben und erlebt, zu einer Radikalisierung und Brutalisierung des Antisemitismus, der in den folgenden Jahren direkt und indirekt maßgebliche Auswirkungen auch auf die Lebensmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung Zentraleuropas hatte. In einer Vielzahl von Pogromen, die die Staatenbildung im östlichen Zentraleuropa begleiteten,⁶¹ kamen Schätzungen zufolge in den Jahren 1918 bis 1920 an die 60 000 Menschen ums Leben, und es wird vermutet, dass 1921 in eben dieser Region noch an die 200 000 Jüdinnen und Juden heimatlos waren.⁶² Berücksichtigt man auch die umfassenden Zerstörungen der jüdischen Stetlwelt in Osteuropa durch Kriegshandlungen wie auch durch während des Krieges begangene Pogrome – man schätzt, dass 1915 dem Rückzug der russländischen Truppen bis zu 250 000 Jüdinnen und Juden zum Opfer fielen⁶³ – und bezieht man zudem die vielen jüdischen Opfer im Zuge des russischen Bürgerkrieges, in dem die Pogrome einen Höhepunkt erreichten,⁶⁴ ein, so ist als eine unmittelbare Auswirkung des Krieges von einer weitgehenden Zerstörung der „ostjüdischen“ Lebenswelten zu sprechen.

Doch auch abseits der mörderischen Gewalt während des Krieges und im Zuge des Umbruchs stellten die jeweiligen Nationskonzeptionen der neuen Nationalstaaten die Position der jüdischen Bevölkerungen infrage. Denn die von den neuen Nationalstaaten forcierte Homogenisierung in einer Region struktureller Heterogenität traf zuallererst nationale und religiöse Minderheiten. „Der Erste Weltkrieg spielte“, so Jan M. Piskorski, dabei „die Rolle eines Katalysators bei der allgemeinen Radikalisierung Europas im 20. Jahrhundert und war eher eine Konsequenz früherer Prozesse, insbesondere von Kolonialismus und Imperialismus, als der Beginn einer neuen Epoche.“⁶⁵ Er verhalf auch in Zentraleuropa dem Prinzip des

61 Ezra Mendelsohn, Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen: Das Ende der multinationalen Reiche in Ostmitteleuropa aus jüdischer Perspektive, in: Dittmar Dahlmann/Anke Hilbrenner (Hrsg.), Zwischen großen Erwartungen und bösem Erwachen. Juden, Politik und Antisemitismus in Ost- und Südosteuropa 1918–1945, Paderborn u. a. 2007, S. 13–30, hier S. 16.

62 Rechter, Die große Katastrophe, S. 14.

63 Zeitgenossen sprachen angesichts dieser Tragödie vom „Dritten Churban“, eine Bezeichnung, die später für die Shoah Verwendung fand. Vgl. Winter, Jüdische Erinnerung, S. 118.

64 Mendelsohn, Zwischen großen Erwartungen, S. 16.

65 Jan M. Piskorski, Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, München 2013, S. 51.

Nationalstaates zum Durchbruch, und einer seiner „wichtigsten Konsequenzen [war], dass ethnischen Säuberungen in Europa gängige Praxis wurden“.⁶⁶ Neben anderen Gruppen wurden auch Jüdinnen und Juden zu Hunderttausenden aus ihrer Heimat vertrieben, und in den sich anstelle der supranationalen Imperien etablierenden Staaten ging es für sie nun vor allem darum zu klären, wie denn ihre Stellung als Minderheit aussehen solle. Die Basis all dieser Überlegungen waren die jeweiligen Nationskonzeptionen, die auch dafür ausschlaggebend waren, ob man die Jüdinnen und Juden als religiöse oder nationale Minderheit akzeptierte. In Österreich wurde ihnen wie in der Habsburgermonarchie in der Verfassung der Status einer religiösen Minderheit zugestanden, während sie in der Tschechoslowakei, die auch in anderen Punkten eine Ausnahme darstellte, als nationale Minderheit anerkannt wurden.⁶⁷

All die Debatten um Fragen der Zugehörigkeit der Jüdinnen und Juden zu den sich neu formierenden Staaten hatten in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie ganz konkrete Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen. Denn die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft war an die sogenannte Heimatberechtigung gebunden, die man in der Regel am jeweiligen Geburtsort hatte. Unzählige Jüdinnen und Juden, die seit vielen Jahren auf dem Gebiet des nunmehrigen „Restösterreichs“ lebten, standen nach 1918 plötzlich vor der Situation, dass ihnen die österreichische Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt wurde. Als Ungarn, Tschechen oder Polen sollten sie in ihre Geburtsländer ausgewiesen werden. Diese Frage, die zwar nicht nur die jüdische Bevölkerung betraf, aber öffentlich nur in Bezug auf diese, vor allem mit Blick auf die Zuwanderer aus den östlichen Landesteilen und die jüdischen Flüchtlinge, diskutiert wurde, war auch Gegenstand in den Pariser Friedensverhandlungen. Und so sah der Artikel 80 des Vertrages von St. Germain mit Österreich vor, dass „Personen, die in einem zur ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Gebiet heimat-

66 Piskorski, *Die Verjagten*, S. 60.

67 Martin Schulze-Wessel, *Entwürfe und Wirklichkeiten: Die Politik gegenüber den Juden in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 bis 1938*, in: Dahlmann/Hilbrenner (Hrsg.), *Zwischen großen Erwartungen*, S. 121–136, hier S. 121 f.; Kateřina Čapková/Michal Frankl, *Diskussionen über die „Judenfrage“ in den böhmischen Ländern*, in: Andreas Reinke u. a., *Die „Judenfrage“ in Ostmitteleuropa. Historische Pfade und politisch-soziale Konstellationen*, Berlin 2015, S. 183–248, hier S. 228–242.

berechtigt und dort nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden sind“ für einen Nachfolgestaat optieren können, „je nachdem [ob] die Mehrheit der Bevölkerung dort aus Personen besteht, welche die gleiche Sprache sprechen und derselben Rasse zugehören wie sie“. ⁶⁸ Die Zugehörigkeit zur Nation und die Verleihung der Staatsbürgerschaft waren somit künftig an die Begriffe *Rasse* und *Sprache* gebunden – ein Umstand, der Tür und Tor für eine Vielzahl von antisemitischen Diskussionen öffnete, die stets darauf hinausliefen, dass die jüdische Bevölkerung – oder große Teile von ihr – eben nicht Teil des neuen Nationalstaates sein könnten.

Resümee

Die Debatten um die Positionierung der jüdischen Bevölkerung innerhalb der sich nun hegemonial national verstehenden Gesellschaften Zentraleuropas ebenso wie die massive antisemitische Gewalt der Umbruchjahre waren Folgen des Ersten Weltkrieges. Sie hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Jüdinnen und Juden, die in Ländern mit struktureller Heterogenität die ersten Opfer der nationalen Homogenisierungsbestrebungen waren. Sie hatten im Fall der Habsburgermonarchie aber auch Folgen für das jüdische Selbstverständnis als „imperiale“ Bevölkerung, wonach „die Juden allein Österreicher [seien] *sans phrase*, d. h. ohne ein zweites nationales Adjektiv, welches das erste einschränkt“. ⁶⁹ Zudem hatten sie Konsequenzen für die weitere Organisation der jüdischen Gemeinschaften, die nach dem Krieg mit Forderungen nach einer Demokratisierung der Gemeindestrukturen konfrontiert waren. Wortführer waren dabei vor allem zionistische Gruppen, die nicht zuletzt durch die kriegs- und antisemitismusbedingte Erosion eingeübter Identitätsnarrative vermehrt Zulauf erfuhren.

68 Vgl. Bernhard Mussak, Staatsbürgerrecht und Optionsfrage in der Republik (Deutsch-) Österreich zwischen 1918 und 1925, Diss. Wien 1995, S. 376–400; Oskar Besenböck, Die Frage der jüdischen Option in Österreich 1918–1921, Diss. Wien 1992; Rudolf Thienel, Österreichische Staatsbürgerschaft I, Wien 1989, S. 51–58; Hoffmann-Holter, „Abreisendmachen“, S. 226 ff.

69 Joseph Samuel Bloch, Der nationale Zwist und die Juden in Oesterreich, Wien 1886, S. 41.

All diese Aspekte der Transformationen der jüdischen Lebenswelten und des jüdischen Selbstverständnisses standen direkt oder indirekt in Verbindung mit dem Antisemitismus. Dieser änderte mit dem Krieg nicht nur seine Erscheinungsformen, sondern auch seine Bedeutung in den jeweiligen Gesellschaften, den einzelnen Staaten wie auch für die jüdischen Minderheiten.

Zwar war der Antisemitismus auch 1914 in allen zentraleuropäischen Gesellschaften präsent und mehr oder weniger gut organisiert. Für die meisten Staaten war er jedoch nicht bestimmend bei der Konstitution des staatlichen Gemeinwesens und der Frage von Zugehörigkeit und Ausschluss aus der staatlichen Gemeinschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden in allen zentraleuropäischen Staaten die Staatsbildungsprozesse von einer Welle antisemitischer Gewalt begleitet, ihre Ursachen hatte sie sicherlich u. a. in den ökonomischen Rahmenbedingungen und sozialen Krisen des kriegsmüden Europas. Gleichzeitig spielte der Antisemitismus manchmal offener, manchmal versteckter in den Debatten um die Verfasstheit des nationalen Gemeinwesens eine zentrale Rolle. Darüber hinaus kam auch den gescheiterten Räterepubliken in Ungarn und Bayern sowie der Oktoberrevolution eine besondere Bedeutung zu,⁷⁰ und in den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich ein an Wirkmächtigkeit immer mehr zunehmendes Stereotyp – das des jüdischen Bolschewisten.

Aus der Perspektive eines Großteils der jüdischen Bevölkerung stellten sich die Jahre von 1914 bis in die Nachkriegszeit wie folgt dar: Hatte man 1914 noch gehofft, durch den Krieg den Antisemitismus endgültig zu überwinden, so war man 1918 damit konfrontiert, dass er plötzlich im Zentrum aller Überlegungen über die weitere Zukunft stand. Ein Befund, der letztlich auch auf das Leben von Jacob Kellmann zutraf. Er trat 1915 als Wiener Jude, der sich eine Existenz aufgebaut hatte, in den Dienst der Armee der Habsburger ein. Als er Ende 1918 mit militärischen Auszeichnungen versehen und der antisemitischen Gewalt des Zusammenbruchs entkommen, wieder nach Wien zurückgekehrt war, wollte ihn der Staat Deutsch-Österreich/Österreich als Bürger nicht aufnehmen. Mit der Ausweisung konfrontiert, gelang es ihm nur durch die Bestechung eines

70 Zum Verhältnis von Antisemitismus und ungarischer Räterepublik vgl. András Kovács, Terror und Pogrom, rot und weiß. Ungarn im August 1919, in: Michael Kohlstruck/Stefanie Schüler-Springorum/Ulrich Wyrwa (Hrsg.), Bilder kollektiver Gewalt. Kollektive Gewalt im Bild. Annäherungen an eine Ikonographie der Gewalt, Berlin 2015, S. 181–194.

christlich-sozialen Politikern im Roten Wien, das Bleiberecht zu erlangen.⁷¹ In der ersten Zeit verdiente er sein Geld durch Schmuggel und Schleichhandel mit der Räterepublik in Ungarn, bei deren Zusammenbruch er mit Mühe die antisemitischen Ausschreitungen in Budapest überlebte. Zurück in Wien konnte er sich in den folgenden Jahrzehnten bis 1938 eine neue Existenz aufbauen. Er heiratete ein Mädchen aus seinem Heimatort, sie bekamen zwei Kinder. Das Ende seines Lebens in Österreich kam für ihn, wie auch für alle anderen Jüdinnen und Juden, mit dem Jahr 1938 und der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Auch dies kann letztlich als eine Folge des Ersten Weltkriegs interpretiert werden.

71 Jacob Kellmann, *Lebenserinnerungen*. S. 186–192, LBI New York, ME 1639.

„Mit herzlichen Wandergrüßen des Ewigen Juden ...“

Die Beziehung zwischen Walther Rathenau und dem völkischen Schriftsteller Hermann Burte 1912–1918

Als jüdischer Industrieller und Politiker verkörperte Walther Rathenau in den Anfangsjahren der Weimarer Republik für die extreme Rechte alles, was sie am „Weimarer System“ verachtete und was sie in ihren Augen zu einer „Judenrepublik“ machte. Rathenau habe sich als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung bereichert, die Kriegsniederlage bewusst in Kauf genommen, als „Erfüllungspolitiker“ Deutschland den Kriegsgegnern ausgeliefert und plane im Inneren die Errichtung einer „Judenherrschaft“, so der Tenor der Hetzschriften Theodor Fritschs und Alfred Roths.¹ Die rechtsgerichtete Presse und deutschnationale Reichstagsabgeordnete äußerten sich kaum gemäßigter. In Freikorpskreisen kursierten die Verse: „Auch Rathenau, der Walther / erreicht kein hohes Alter. / Knallt ab den Walther Rathenau / die gottverdammte Judensau.“² Am 24. Juni 1922 setzte die Organisation Consul, der rechtsterroristische Ableger der Marinebrigade Erhardt, diese unverhohlene Morddrohung in die Tat um. Auf dem Weg ins Auswärtige Amt wurde Rathenaus Wagen aus einem anderen Fahrzeug beschossen und der Reichsaußenminister tödlich getroffen.³

Zwar war die Steigerung der antisemitischen Hasskampagne bis hin zum politisch motivierten Mord in spätwilhelminischer Zeit noch nicht absehbar. Dennoch ist es erstaunlich, dass ausgerechnet Rathenau seit 1912 in Form von Briefwechseln

- 1 Theodor Fritsch, *Anti-Rathenau*, 3. Aufl., Leipzig 1921; Alfred Roth, *Rathenau. Der Kandidat des Auslands*, Hamburg 1922.
- 2 Zit. nach Gotthard Jasper, *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930*, Tübingen 1963, S. 57, Anm. 5.
- 3 Martin Sabrow, *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt a. M. 1999.

und persönlichen Treffen ein freundschaftliches Verhältnis mit einzelnen Exponenten der völkischen Bewegung wie Wilhelm Schwaner, Gustav Frenssen, Hermann Stehr und Hermann Burte pflegte. Die Rathenau-Forschung hat diesen Befund eher beiläufig zur Kenntnis genommen und tut sich mit Erklärungen schwer.⁴ Eine umfassende wissenschaftliche Auswertung liegt bis jetzt nur für die Korrespondenz zwischen Rathenau und Schwaner, dem Autor der „Germanenbibel“ (1904) und Mentor der völkischen Jugendbewegung, vor.⁵ Dieser Beitrag widmet sich dem Verhältnis zwischen Rathenau und Burte unter besonderer Berücksichtigung ihrer modernisierungs- und zivilisationskritischen Schriften sowie des Briefwechsels. Um die Beziehung zwischen Rathenau und Burte besser einordnen zu können, soll der Briefwechsel mit Schwaner vergleichend herangezogen werden.

Hermann Burte (1879–1960) war ein Maler, Dichter und Schriftsteller im Umfeld der alemannischen Heimatkunstabewegung. Überregional bekannt wurde er durch seinen Roman „Wiltfeber“ (1912), der völkisches, zivilisationskritisches und antisemitisches Gedankengut verarbeitete. Obwohl Burte auch außerhalb völkischer Kreise eine breite Resonanz fand, ist es kein Zufall, dass die Nationalsozialisten in ihm einen „Ahnherren“ ihrer Bewegung erblickten und ihn nach 1933 mit Literaturpreisen überhäuften.⁶

- 4 Dieter Heimböckel, *Walther Rathenau und die Literatur seiner Zeit. Studien zu Werk und Wirkung*, Würzburg 1996; ders., *Walther Rathenau – Schriftsteller im Zwielflicht der Literatur*, Leipzig 1999; Christian Schölzel, *Walther Rathenau. Eine Biographie*, Paderborn 2006; Lothar Gall, *Walther Rathenau. Portrait einer Epoche*, München 2009; Walter Delabar/Dieter Heimböckel (Hrsg.), *Walther Rathenau. Der Phänotyp der Moderne*, Bielefeld 2009; Shulamit Volkov, *Walther Rathenau. Ein jüdisches Leben in Deutschland 1867–1922*, München 2012; Sven Brömsel/Patrick Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.), *Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne*, Berlin 2014.
- 5 Gregor Hufenreuter/Christoph Knüppel, *Walther Rathenau und Wilhelm Schwaner. Eine Freundschaft im Widerspruch. Der Briefwechsel 1913–1922*, Berlin 2008; Alexandra Gerstner/Gregor Hufenreuter, „Zukunftslehrer der Deutschen“ oder „gottverdammte Judensau“? Die Freundschaft zwischen Walther Rathenau und Wilhelm Schwaner aus Sicht der völkischen Bewegung, in: Irene A. Diekmann/Elke-Vera Kotowski (Hrsg.), *Geliebter Feind – gehasster Freund. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2009, S. 541–556.
- 6 Erich Will, Hermann Burte, in: Bernd Otnad (Hrsg.), *Badische Lebensbilder*, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 53–57; Kathrin Peters, Hermann Burte – Der Alemanne, in: Rolf Düsterberg (Hrsg.), *Dichter für das Dritte Reich. Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie*, Bd. 1, Bielefeld 2009, S. 19–47.

Rathenaus „jüdischer Selbsthass“

Eine simple Erklärung für die freundschaftliche Beziehung zwischen dem Juden Rathenau und dem Antisemiten Burte hält der alemannische Heimatkundler Harald Noth bereit. Er verwendet den Briefwechsel und die persönlichen Begegnungen der beiden als Beleg, dass Burte gar kein Antesemit gewesen sei bzw. von den Zeitgenossen nicht als solcher wahrgenommen wurde.⁷ Ein oberflächlicher Blick in Burtes „Wiltfeber“ oder in seine Zeitschrift „Der Markgräfler“ (1924–1932) sollte genügen, um diese These als plumpen Versuch zu entlarven, den „Heimatsdichter“ Burte, der in Südbaden bis heute ein hohes Ansehen genießt, zu rehabilitieren. Ernst zu nehmen ist hingegen die Annahme, dass Rathenaus problematisches Verhältnis zum Judentum ihn dazu motivierte, Kontakt zu völkischen Kreisen aufzunehmen.

Im März 1897 hatte Rathenau in Maximilian Hardens Zeitschrift „Die Zukunft“ einen provokanten Essay mit dem Titel „Höre Israel“ veröffentlicht. Darin kritisierte er den angeblich mangelnden Assimilationseifer der deutschen Juden, die immer noch „kein lebendes Glied des Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe“⁸ seien. Hieraus hat die Forschung auf einen „jüdischen Selbsthass“ Rathenaus geschlossen. Ursprünglich stammt die Denkfigur des „jüdischen Selbsthasses“ von dem Journalisten und Philosophen Theodor Lessing. Dieser führte zahlreiche Zeitgenossen Rathenaus als Beispiele auf, so unter anderem Maximilian Harden, nicht allerdings Rathenau selbst. Dieser habe in seinem Essay lediglich die „unausgesprochene Überzeugung der westjüdischen Mehrheit“ vor dem Aufkommen des Zionismus zum Ausdruck gebracht.⁹ Peter Loewenberg, Hans Dieter Hellige und Sander L. Gilman haben den „jüdischen Selbsthass“ zu einem sozialpsychologischen Modell ausgebaut. Die hohen Assimilationserwartungen und der Antisemitismus hätten vor allem auf bildungs- und wirtschaftsbürgerliche Juden einen starken Druck ausgeübt, sich von ihrer jüdischen Herkunft zu distanzieren, was sich als übertriebene Anpassung oder gar als Identifikation mit dem antisemitischen Aggressor äußern konnte.

7 <http://www.noth.net/hermann-burte/anfang.htm> (1. 4. 2015).

8 Walther Rathenau, Höre Israel, in: Die Zukunft 5 (1897), S. 454–62, hier S. 454.

9 Theodor Lessing, Der jüdische Selbsthass, Berlin 1930, S. 89.

Walther Rathenau wird in diesem Zusammenhang als paradigmatisches Beispiel angeführt.¹⁰

Einerseits liest sich der Essay „Höre Israel“ in der Tat so, als sei er von einem Antisemiten geschrieben. Andererseits reflektiert seine inhaltliche Aussage lediglich die von der Mehrheitsgesellschaft bis in den politischen Liberalismus hinein artikulierte Forderung nach völliger Assimilation. Mit der Ablehnung der Taufe blieb Rathenau sogar noch dahinter zurück. Steffi Bahro behauptet gar, Rathenau habe lediglich versucht, in der Tradition von Aufklärung und Reformjudentum auf die Überwindung von integrationshemmenden ethnischen und religiösen Partikularismen hinzuwirken.¹¹ Während diese Lesart aufgrund des Publikationsortes und der explizit judenfeindlichen Sprache wenig plausibel erscheint, überschätzen die Anhänger der Selbsthassthese den programmatischen Geltungsanspruch von „Höre Israel“. So haben Loewenberg, Hellige und Gilman unberücksichtigt gelassen, dass sich Rathenau noch vor seiner Bekanntschaft mit Schwaner und Burte von seinem Essay distanziert und sein Verhältnis zum Judentum neu bestimmt hatte.¹² Gegenüber Schwaner machte Rathenau unmissverständlich klar, dass er an den Aussagen seines „Judenaufsatzes“ nicht festhielt: „Der Judenaufsatz war als Mahnung gedacht; in der unglücklichen Stimmung meiner trübsten Zeit wurde er zur Anklage. Anklagen aber ist im Ursinn des Wortes diabolisch; aus Bitterkeit wird niemals das Gute kommen, sondern aus Kraft. Heute verstehe ich die Anklage kaum mehr.“¹³

- 10 Peter Loewenberg, Antisemitismus und jüdischer Selbsthass. Eine wechselseitig verstärkende sozialpsychologische Doppelbeziehung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5 (1979), S. 455–475; Hans Dieter Hellige, Generationenkonflikt, Selbsthass und die Entstehung antikapitalistischer Positionen im Judentum. Der Einfluss des Antisemitismus auf das Sozialverhalten jüdischer Kaufmanns- und Unternehmersöhne im Deutschen Kaiserreich und in der K. u. K.-Monarchie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5 (1979), S. 476–518; Sander L. Gilman, Jüdischer Selbsthaß. Antisemitismus und die verborgene Sprache der Juden, Frankfurt a. M. 1993.
- 11 Andreas Reinke, Der deutsche Liberalismus und die „Judenfrage“, in: Manfred Hettling (Hrsg.), *Die „Judenfrage“ – ein europäisches Phänomen?*, Berlin 2013, S. 54–84; Steffi Bahro, „Höre Israel!“ im Netzwerk der Moderne, in: Brömsel u. a. (Hrsg.), *Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne*, S. 111–135.
- 12 Walther Rathenau, *Staat und Judentum* (1911), in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, Berlin 1918, S. 183–208.
- 13 Brief Rathenau an Schwaner, 17. 7. 1914, Hans Dieter Hellige/Ernst Schulin (Hrsg.), *Walther-Rathenau-Gesamtausgabe (GA)*, V.1: *Briefe 1871–1913*, Düsseldorf 2006, S. 1336.

Christliche und jüdische Bildungsbürger im Zeitalter von Modernisierung und Modernisierungskritik

Leider arbeiten die Alternativen zur Selbsthasstheorie bislang eher mit Plausibilitäten als mit den Quellen. Das gilt für die Vermutung, Rathenau habe auf die völkische Bewegung einwirken wollen oder nach Gesprächspartnern gesucht, denen er geistig überlegen war. Auch Spekulationen über Rathenaus Gemütszustand und angebliche homoerotische Neigungen helfen nicht weiter, zumal sie den engen Rahmen eines biografischen Ansatzes nicht verlassen.¹⁴ Ein vielschichtigeres Bild ergibt sich, wenn man die sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt, unter denen die Interaktion jüdischer und nichtjüdischer Bildungsbürger in spätwilhelminischer Zeit stattfand.

Christlich-jüdische Interaktion war allein aufgrund der demografischen Verhältnisse ein regional und sozial begrenztes Phänomen. Schließlich machten die Juden lediglich ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus, und 1905 lebten in 95 Prozent aller Orte des Reiches gar keine Juden.¹⁵ Innerhalb des städtischen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums stellten sie hingegen eine Kerngruppe, die in Städten wie Königsberg, Breslau und Frankfurt am Main ein Viertel bis ein Drittel dieser gesellschaftlichen Schichten ausmachte.¹⁶ In wirtschafts- und bildungsbürgerlichen Kreisen waren berufliche und private Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden an der Tagesordnung. Freundschaften entwickelten sich daraus aber nur selten und blieben aufgrund des gerade in gebildeten Kreisen kursierenden Antisemitismus prekär.

Die Zunahme judenfeindlicher Haltungen erklärt sich laut Uffa Jensen nicht aus sozialer Distanz, sondern aus sozialer Nähe. Die Juden seien im Laufe ihrer Verbürgerlichung zu „unheimlichen Doppelgängern“ der protestantischen

14 Ernst Schulin, *Der Lehrer. Zur Wirkung der Schriften und Briefe Rathenaus*, in: Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.), *Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau*, Berlin 2003, S. 65; Wolfgang Brenner, *Walther Rathenau. Deutscher und Jude*, München 2006, S. 341; Knüppel/Hufenreuter, *Walther Rathenau und Wilhelm Schwaner*, S. 7–66.

15 Shulamit Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code*, 2. Aufl., München 2000, S. 135.

16 Stefanie Schüler-Springorum, *Die jüdische Minderheit in Königsberg 1871–1945*, Göttingen 1996; Till van Rahden, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt 1860–1925*, Göttingen 2000.

Bildungsbürger geworden, die sich in Reaktion darauf durch verstärkte Abgrenzungsbemühungen der Überlegenheit des protestantischen Bildungsideals zu verewissern suchten.¹⁷ Zu den Schwächen von Jensens grundsätzlich innovativer Doppelgängerthese gehört, dass sie die Beziehungsgeschichte und die gegenseitigen Wahrnehmungen von jüdischen und protestantischen Bildungsbürgern als Entstehungsursachen antisemitischer Diskurse privilegiert. Ein Blick in die völkische und antisemitische Literatur der Wilhelminischen Zeit lehrt jedoch, dass sich der Antisemitismus mit einer Fülle aktueller zeitkritischer Themen amalgamierte, die Juden und Nichtjuden gleichermaßen bewegten, aber im Kern nichts mit der „Judenfrage“ oder christlich-jüdischen Beziehungen zu tun hatten.

In diesem Zusammenhang bildete die Modernisierungs- und Zivilisationskritik das bedeutendste Themenfeld. Auch die in parteipolitischer Hinsicht gespaltenen und mäßig erfolgreichen Antisemiten schwammen auf dieser Welle mit. Sie formierten sich seit den 1890er-Jahren in der völkischen Bewegung neu. Diese lastete die „Entartungen“ der modernen Zivilisation den Juden an und wollte sie durch rassische Regenerations- und Purifizierungsprogramme überwinden.¹⁸ So gelang es den Antisemiten, sich an einen viel breiter angelegten modernisierungskritischen Diskurs anzudocken, denn das „Unbehagen in der Moderne“ war in gebildeten Kreisen weit verbreitet. Die Wilhelminische Zeit war eine Epoche des rasanten industriellen und technologischen Wandels. Auch wenn man seine Annehmlichkeiten gerne genoss, so wurde der „Fortschritt“ von den Zeitgenossen keineswegs einhellig begrüßt. Vielmehr rückten die Kosten von Modernisierungsprozessen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein und wurden nicht nur von faktischen Modernisierungsverlierern, sondern von namhaften bildungsbürgerlichen Intellektuellen vorgetragen.

In historischer Unkenntnis wird Modernisierungs- und Zivilisationskritik heute häufig als ein „linkes“ Projekt eingestuft. Vor allem in Philosophie und

17 Uffa Jensen, *Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005.

18 Uwe Puschner, *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich*. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001; Stefan Breuer, *Von der antisemitischen zur völkischen Bewegung*, in: *Aschkenas* 15 (2005), S. 499–534; ders., *Die Völkischen in Deutschland: Kaiserreich und Weimarer Republik*, Darmstadt 2008; Gregor Hufenreuter, *Völkische Bewegung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5, Berlin 2012, S. 637 f.

Geistesgeschichte hat es sich eingebürgert, politisch nivellierend von der „Aufklärung über die Aufklärung“ zu sprechen.¹⁹ In Bezug auf das späte 19. und das frühe 20. Jahrhundert sind die Begriffe „links“ und „aufklärerisch“ zutiefst irreführend, und das nicht nur, weil sich die Völkischen anschickten, die Diskurshoheit in diesem Feld zu erobern. Demokratiefeindlichkeit war damals ein integraler Bestandteil fast aller modernisierungskritischen Diskurse. Viele bürgerliche Zeitgenossen erblickten in der Demokratie nichts anderes als die Meinungsdiktatur der ungebildeten und mittellosen Massen bzw. die Herrschaft der ultramontanen und sozialdemokratischen „Reichsfeinde“. Zwar gab es im Wilhelminischen Kaiserreich keine schleichende Demokratisierung der Institutionen, wohl aber eine durch Parteien, Vereine, Verbände und die Medien vermittelte Steigerung der politischen Partizipation.²⁰ Als Menetekel wurde die Reichstagswahl von 1912 empfunden, aus der die SPD als mit Abstand stärkste Partei hervorgegangen war. Neben der befürchteten „Tyrannei der Massen“ wurde auch die Bildungsexpansion mit Sorge betrachtet. Sie befördere Halbbildung und eine minderwertige Massenkultur sowie die Entstehung eines gebildeten Prekariats, das sich nur mit größter Mühe durch den Eintauch von kulturellem in ökonomisches Kapital über Wasser halten konnte.²¹

Ironischerweise gehörten zahlreiche Modernisierungs- und Zivilisationskritiker selbst dem aus freien Schriftstellern, Journalisten, Redakteuren und kleinen Verlegern bestehenden Prekariat an. Um sich von Demokratie, Halbbildung und Massenkultur abzusetzen, entwickelten sie einen elitären Habitus in Form eines übertriebenen Geniekults und esoterischer Weltanschauungsentwürfe. Die

19 So u. a. Georg Bollenbeck, *Eine Geschichte der Kulturkritik. Von Rousseau bis Günther Anders*, München 2007. Besser: Gilbert Merlio/Gérard Rault (Hrsg.), *Linke und rechte Kulturkritik. Interdiskursivit t als Krisenbewusstsein*, Frankfurt a. M. 2005.

20 Thomas K hne, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur*, in: *Neue Politische Literatur* 43 (1998), S. 206–263; ders., *Demokratisierung und Parlamentarisierung. Neue Forschungen zur politischen Entwicklungsfähigkeit Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), S. 293–316; James Retallack, *Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt*, in: Sven Oliver M ller/Cornelius Torp (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 121–135.

21 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Von der deutschen „Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849–1914*, München 1995, S. 417–434, 730–750.

Münchener Kosmiker um Ludwig Klages, Alfred Schuler, Karl Wolfskehl und Stefan George sind hier das bekannteste Exempel.²² Auch Hermann Burte und Walther Rathenau suchten den Anschluss an derartige Zirkel. Während Burte Schwaners Volkserzieherbewegung nahestand, fand Rathenau 1914 kurzzeitig im Forte-Kreis um Martin Buber, Gustav Landauer und Theodor Däubler ein Betätigungsfeld. Die Wirkungsmacht elitärer Intellektuellengruppen veranschlagten Rathenau und Burte allerdings deutlich geringer als andere zeitgenössische Modernisierungs- und Zivilisationskritiker.²³

Dem heutigen Verständnis von Modernisierungs- und Zivilisationskritik vertrauter ist die Geißelung der Folgen von Industrialisierung, Technisierung und Urbanisierung. Die Transformation Deutschlands von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft schritt zur Wilhelminischen Zeit immer schneller voran. Während 1871 noch rund 64 Prozent der Bevölkerung auf dem Land lebte, wohnten 1910 schon 60 Prozent in Gemeinden mit über 2000 Einwohnern. 1880 war noch eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten im Agrarsektor tätig, während 1907 schon 40 Prozent in der Industrie beschäftigt waren. Bei den deutschen Juden verlief die Urbanisierung noch deutlich schneller, allerdings blieb ihre Konzentration im Handels- und Dienstleistungssektor unverändert.²⁴ Moderne Technik hielt in die Lebens- und Arbeitswelt von immer mehr Menschen Einzug, zum Beispiel in Form von Dampfmaschine, Eisenbahn, Telefon und elektrischem Licht. Viele Industriezweige erzielten durch vermehrten Maschineneinsatz seit den 1890er-Jahren gigantische Produktionssteigerungen innerhalb kürzester Zeit.²⁵ Technisierung, Industrialisierung und Urbanisierung verbesserten aber nicht nur die

- 22 Elke-Vera Kotowski, Verkünder eines „heidnischen“ Antisemitismus. Die Kosmiker Ludwig Klages und Alfred Schuler, in: Gert Mattenklott/Michael Philipp/Julius H. Schoeps (Hrsg.), „Verkannte Brüder“? Stefan George und das deutsch-jüdische Bürgertum zwischen Jahrhundertwende und Emigration, Hildesheim 2001, S. 201–218.
- 23 Dieter Heimböckel, „Es werden keine esoterischen Gemeinden die Führung ergreifen“. Walther Rathenau und der Forte-Kreis, in: Richard Faber/Christine Holste (Hrsg.), Der Potsdamer Forte-Kreis. Eine utopische Intellektuellenassoziation zur europäischen Friedenssicherung, Würzburg 2001, S. 163–184.
- 24 Monika Richarz, Berufliche und soziale Struktur, in: Steven M. Lowenstein (Hrsg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 3: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, S. 41; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 512, 566, 774.
- 25 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 610–620.

Lebens- und Erwerbschancen der Menschen, sondern waren auch mit spürbaren Modernisierungskosten verbunden. Der immer schnellere Wandel der Lebens- und Arbeitswelt wurde als Entfremdung des Menschen von seiner inneren und äußeren Natur empfunden. Man sprach vom „Zeitalter der Nervosität“ und spielte damit auf die psychischen Kosten einer beschleunigten Zeiterfahrung an.²⁶

Zur zeitlichen Beschleunigung gesellte sich die Steigerung der geografischen Mobilität. Einen Globalisierungsschub erlebte im späten 19. Jahrhundert nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Kultur – eine Entwicklung, die viele Zeitgenossen als identitäts- und heimatlosen Kosmopolitismus geißelten. Migration und Urbanisierung brachen regionale Milieus auf und führten, so die damals nicht nur in völkischen Kreisen populäre Interpretation, zu Identitätsverlust durch Rassenmischung bzw. durch die „Auszehrung des arischen Rassenkerns“. Anthropologische Studien, beispielsweise von Rudolf Virchow und Otto Ammon, schienen die drohende „Entgermanisierung“ zu bestätigen.²⁷ Spürbar wurde der „Heimatverlust“ aber auch in Form der unwiederbringlichen Zerstörung von Natur- und Kulturlandschaften durch die Expansion von Industrie, Verkehrswegen und Städten. Mit Unbehagen blickte man zudem auf die anonymen Strukturen von Wirtschaft und Bürokratie, hinter denen das in der deutschen Bildungskultur propagierte geniale Individuum verschwinde.

Verarbeitet wurden diese Entfremdungserfahrungen im literarischen Motiv der Heimatlosigkeit des modernen Menschen sowie im Germanenmythos als antimoderne Fluchtbewegung. Beides ist bei Burte und Rathenau gleichermaßen zu finden.²⁸ Allerdings blieben die Modernisierungs- und Zivilisationskritiker durchaus nicht bei kulturpessimistischer Larmoyanz stehen, sondern diskutierten über alternative Wohn- und Arbeitskonzepte, wie zum Beispiel die Gartencstadtidee, und engagierten sich in Vereinen für den Umwelt- und Tierschutz.²⁹ Die

26 Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München 1998.

27 Rolf Peter Sieferle/Clemens Zimmermann, *Die Stadt als Rassengrab*, in: Manfred Smuda (Hrsg.), *Die Großstadt als „Text“*, München 1992, S. 53–71.

28 Hermann Burte, *Wiltfeber, der ewige Deutsche. Die Geschichte eines Heimatsuchers* (1912), Leipzig (26.–35. Aufl.) 1921, S. 88, 125f, 214–238; Walther Rathenau, *Zur Kritik der Zeit*, Berlin 1912, S. 89f, 127–148.

29 Friedemann Schmoll, *Bedrohliche und bedrohte Natur. Anmerkungen zur Geschichte des Natur- und Heimatschutzes im Kaiserreich*, in: Detlev Mares/Dieter Schott (Hrsg.), *Das*

Jugendbewegung ermöglichte mit ihren Wanderfahrten eine ganz neue Naturerfahrung. Gleichzeitig entwickelte sie sich zum wirkungsvollen Multiplikator der Gleichsetzung des Judentums mit der abgelehnten industriellen Moderne und den verachteten liberalen Werten der Elterngeneration.³⁰ Als Alternative zur kosmopolitischen Moderne in Kunst und Kultur erlebte die Heimatkunstbewegung einen fulminanten Aufschwung. Das Muster der ethnischen Identitätsvergewisserung als Reaktion auf Entfremdungserfahrungen lässt sich auch im deutschen Judentum beobachten. Hier vor allem in der Jüdischen Renaissancebewegung um die Zeitschrift „Ost und West“ (1901–1923).³¹

Industrialisierung, Technisierung und Urbanisierung gingen mit der Aufwertung der modernen Naturwissenschaften einher bzw. wurden durch ihre Erkenntnisse erst möglich gemacht. Die wissenschaftliche „Entzauberung der Welt“ (Max Weber) beendete nicht nur das Welt- und Sinndeutungsmonopol der Religion, sondern stellte auch eine Herausforderung für die idealistisch-humanistischen Bildungsschichten Deutschlands dar. Vielfach wurde die empirische und mathematisierte Methodik der Naturwissenschaften als kalter Rationalismus ohne Sinnstiftungspotenzial empfunden. Insbesondere in Künstler- und Intellektuellenkreisen lassen sich um die Jahrhundertwende unzählige Projekte beobachten, die an einer mystischen „Wiederverzauberung“ der Welt arbeiteten. Auch Rathenau und Burte erhoben den Anspruch, mit ihren Werken ein Gegengewicht zur Vorherrschaft der zweckgerichteten Vernunft zu bieten.

Während des Ersten Weltkriegs wurde die Modernisierungs- und Zivilisationskritik in die deutsche Kriegspropaganda integriert. Sie stellte der als abstrakt, rational und massendemokratisch beschriebenen westlichen Zivilisation die als

Jahr 1913. Aufbrüche und Krisenwahrnehmungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Bielefeld 2014, S. 47–70.

30 Andreas Greiert, Reflex oder Reflexion? Zivilisationskritik und Antisemitismus in der deutschen Jugendbewegung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011), S. 897–919.

31 Edeltraud Klüeting (Hrsg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991; Gavriel D. Rosenfeld, Defining „Jewish Art“ in „Ost und West“, 1901–1908. A Study in the Nationalisation of Jewish Culture, in: Leo Baeck Institute Year Book 39 (1994), S. 83–110; Andrea Hopp, Zwischen Kulturpessimismus und Avantgarde. Die Kulturzeitschrift als Indikator für die Krise des Fin de Siècle, in: Michael Graetz/Aram Mattioli (Hrsg.), Krisenwahrnehmungen im Fin de siècle. Jüdische und katholische Bildungseliten in Deutschland und der Schweiz, Zürich 1997, S. 303–321.

historisch gewachsen, emotional und hierarchisch beschriebene deutsche Kultur entgegen.³² Interessanterweise haben Rathenau und Burte diese Wendung nicht mitvollzogen, obwohl sie sich intensiv über den Kriegsverlauf austauschten und zwischen Siegeszuversicht und Skepsis schwankten.

Waren die Juden aufgrund paradoxer Auswirkungen ihrer voremanzipatorischen Diskriminierung die Gewinner der genannten Modernisierungsprozesse, während sich die nichtjüdischen Deutschen als Verlierer fühlten? Reagierten sie, anders als die Juden, auf die Herausforderungen der Moderne mit Kulturpessimismus und richteten diesen aus Sozialneid in Form des Antisemitismus gegen die Juden als vermeintliche Agenten und Profiteure von unverständenen Modernisierungsprozessen?³³ Zutreffend ist an dieser von Götz Aly formulierten These, dass es tatsächlich ein sozialstrukturelles Modernisierungsgefälle, festzumachen an den Faktoren Urbanisierungsgrad, Kinderzahl, Breite der Mittelschicht, sektorale Verteilung der Beschäftigung und Bildung, zwischen Juden und Nichtjuden gab. Zutreffend ist außerdem, dass sich die modernisierungs- und zivilisationskritischen Diskurse seit den 1890er-Jahren zunehmend mit antisemitischem Gedankengut verbanden. Das eine Viertelmillion Mal verkaufte „Kultbuch“ der Modernisierungskritiker und „Jugendbewegten“, Julius Langbehn's „Rembrandt als Erzieher“ (1890), ist das populärste von unzähligen ähnlicher Werke, die auch außerhalb der völkischen Bewegung eine Massenresonanz fanden.³⁴

Trotz des faktischen jüdischen Modernisierungsvorsprungs und der Verflechtung von Kulturpessimismus und Antisemitismus wird die Gegenüberstellung von jüdischer Modernisierungsbejahung und nichtjüdischer Modernisierungsabwehr den historischen Fakten nicht gerecht. Auch viele jüdische Bildungsbürger sahen allen Grund dazu, auf die Kosten von Modernisierungs-

32 Tanja Mruck, *Propaganda und Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg*, Aachen 2004.

33 Götz Aly, *Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933*, Frankfurt a. M. 2011. Aly spricht hier verkürzend und sachlich falsch von „Deutschen“ und „Juden“ und gleitet mit seiner Sozialneidthese in primitive völkerpsychologische Argumentationsmuster ab.

34 Thomas Gräfe, *Rembrandt als Erzieher*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 6, Berlin 2013, S. 595 f. Einen untauglichen Versuch, die Modernisierungs- und Zivilisationskritik vom Antisemitismusvorwurf freizusprechen, unternimmt Thomas Rohkrämer, *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880–1933*, Paderborn 1999.

prozessen zu verweisen. Dies betraf nicht nur innerjüdische Themen wie die Befürchtung, dass sich das deutsche Judentum durch die Zunahme von Mischehen im urbanen Raum langfristig auflösen werde,³⁵ sondern das gesamte Spektrum modernisierungskritischer Diskurse von der Technikkritik über die Umweltzerstörung bis hin zur Angst vor der Massendemokratie. Die Modernisierungs- und Zivilisationskritik konnte, zumindest in einigen Fällen, eine diskursive Schnittstelle zwischen Juden und völkischen Antisemiten bilden und wird deshalb hier als entscheidender sozial- und mentalitätsgeschichtlicher Kontext angenommen, der die ungewöhnliche Beziehung zwischen Rathenau und Burte möglich machte.

Burtes „Wiltfeber“ und Rathenaus „Zur Kritik der Zeit“

Burte und Rathenau arbeiteten unabhängig voneinander gleichzeitig an Werken, die der zeitgenössischen „Moderne“ in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in drastischen Worten den Spiegel vorhalten sollten. Im Januar 1912 veröffentlichte Burte den Roman „Wiltfeber, der ewige Deutsche. Die Geschichte eines Heimat-suchers“ im Leipziger Verlag Gideon Karl Sarasin. Ihm gelang mit diesem Werk der Durchbruch als überregional bekannter Schriftsteller. Bis 1940 erschien „Wiltfeber“ in einer Gesamtauflage von 74 000 Exemplaren. Die Sonderdrucke eines Kapitels erreichten zwischen 1922 und 1942 zusätzlich eine Auflage von 140 000 Exemplaren.

Burte formte in der Romanhandlung des „Wiltfeber“ zahlreiche „Klassiker“ des zeitgenössischen völkischen Denkens zu einer synkretischen Weltanschauung. So kombinierte er den geistesaristokratischen Elitismus Friedrich Nietzsches mit der Rassentheorie Arthur de Gobineaus, dem kirchenfeindlichen Antisemitismus Theodor Fritschs und dem Kulturpessimismus Julius Langbehns. Seine Vision vom Untergang der „blonden Rasse“ entnahm Burte aus Otto Ammons Studie über die „Anthropologie der Badener“.³⁶

35 Felix Theilhaber, *Der Untergang der deutschen Juden*, München 1911.

36 Otto Ammon, *Zur Anthropologie der Badener. Bericht über die von der anthropologischen Kommission des Karlsruher Altertumsvereins an Wehrpflichtigen und Mittelschülern vorgenommenen Untersuchungen*, Jena 1899.

Die Romanhandlung schildert die Rückkehr des Pfarrerssohns Martin Wiltfeber aus der Stadt in sein Heimatdorf am Oberrhein. Enttäuscht stellt er fest, dass die Dorfgesellschaft im Verfall begriffen sei. Die „blonde Rasse“ habe sich zu sehr mit fremden und minderwertigen Elementen vermischt, um noch erfassen zu können, was deutschem und heimatlichem Wesen entspricht. Mittelmäßigkeit und Gleichmacherei triumphieren über die schöpferische Kraft des „herrischen“ Individuums. Überall, wo sich Wiltfeber umsieht, vermag er nur Überfremdungs- und Degenerationserscheinungen zu erkennen. Auf dem Gottesacker haben individuell gestaltete Grabsteine den heimatlichen Kunststil abgelöst.³⁷ In der Kirche beklagen sich die Besucher über den „Judenwucher“, um dann im Gottesdienst den „Stammesgott einer Wüstensippe“ zu verehren, ohne die angebliche Verjudung des Christentums zu bemerken.³⁸ Auf einem Sportfest schleudert Wiltfeber den Speer am weitesten. Doch der Siegerkranz wird ihm aus fadenscheinigen Gründen vorenthalten, da man einen „auflehnerischen“ Bohemien nicht ehren will.³⁹ Das Schulfest nutzt Wiltfeber für eine flammenden Rede, für die er von den Teilnehmern nur Hohn und Spott erntet.⁴⁰ Auf dem Jahrmarkt wird ein patriotisches Heldenstück als Posse aufgeführt. Von dem Dichter erfährt Wiltfeber später, dass das Drama ernst gemeint war, allerdings habe es kein Theater zur Aufführung bringen wollen. Daher habe er es als „Hanswurstiade“ auf dem Jahrmarkt aufführen lassen müssen.⁴¹ Die in Geist und Rasse echten Deutschen können sich unter diesen Bedingungen nicht mehr entfalten und haben sich in die „Blondenhöhle“ zurückgezogen.⁴²

Den Überfremdungs- und Degenerationserscheinungen der Moderne setzt Wiltfeber, der Mann aus dem „Blondenviertel“, die Lehre vom „reinen Krist“ entgegen. Dabei handelt es sich um eine germanisierte und „entjudete“ Variante des Christentums mit gnostischen und neopaganen Elementen. Christus wird als arische Heldengestalt gedeutet und in Widerspruch zum semitischen „Wüstengott“ gesetzt, dem das gegenwärtige Christentum huldige. In Absetzung vom Kirchenchristentum verwendet Wiltfeber den „germanischen“ Anfangsbuchstaben

37 Burte, Wiltfeber, S. 30–59.

38 Ebenda, S. 113–137, hier S. 127.

39 Ebenda, S. 85–112, 292–318.

40 Ebenda, S. 187–213.

41 Ebenda, S. 325–329.

42 Ebenda, S. 214–291.

„K“ für Christus und das Hakenkreuz anstelle des Kreuzes.⁴³ Die Propagierung seiner neuen Religion verknüpft Wiltfeber mit Ideologemen wie Großstadtfeindschaft, Antimodernismus, Antisozialismus, Führerprinzip und Rassismus. Er trifft vereinzelt auf Geistesverwandte wie Freiherr von Susenhard und die Eremiten in der „Blondenhöhle“, seine „Kristreligion“ wird von der Dorfbevölkerung aber abgelehnt. Mit seiner Gefährtin Ursula von Brittluppen wird der Gescheiterte am Ende der Romanhandlung vom Blitz erschlagen.⁴⁴

Im „Wiltfeber“ treten keine negativen Judenfiguren an exponierter Stelle in Erscheinung. Dennoch kommt dem Antisemitismus im Roman eine Schlüsselrolle zu. Die Judenfeindschaft verbirgt sich im Angriff auf das Christentum der Gegenwart, das in seiner Substanz „verjudet“ sei und durch eine „arteigene“ Religion abgelöst werden müsse. Außerdem wird im „Wiltfeber“ die moderne Zivilisation, in der es „mehr echte Juden [...] als echte Blonde gibt“,⁴⁵ als jüdisch konnotiert abgelehnt. Waren die Juden im Mittelalter eine heimatlose Rasse, so falle dieses Schicksal in der Moderne den „Blonden“ zu. Darauf verweist bereits der Untertitel „der ewige Deutsche“, der auf die Ahasver-Legende anspielt. Damit spiegelt „Wiltfeber“ den zeitgenössischen Trend in der modernisierungs- und zivilisationskritischen Literatur, die Erfahrung der Entfremdung in der Moderne auf eine jüdische Überfremdung von Gesellschaft und Kultur zurückzuführen.⁴⁶

Obwohl „Wiltfeber“ in Sachen Landschaftsbeschreibungen und Mundartgebrauch Überscheidungen mit der Heimatliteratur aufweist, lässt sich der Roman nicht ohne Weiteres in diesem Genre verorten. Im Vordergrund der Heimatsuche Martin Wiltfebers steht nicht der Schauplatz der Handlung als äußere Heimat, sondern das Rassenbewusstsein als innere Heimat. Als Vertreter der aussterbenden

43 Ebenda, S. 89.

44 Zu Inhalt und Rezeption: Sandra Franz, *Die Religion des Grals. Entwürfe arteigener Religiosität im Spektrum von völkischer Bewegung, Lebensreform, Okkultismus, Neuheidentum und Jugendbewegung (1871–1945)*, Schwalbach 2009, S. 183–198; Marta Nurczynska, „Wiltfeber, der ewige Deutsche“ von Hermann Burte, in: *Studia niemcoznawcze* 47 (2011), S. 415–428; Thomas Gräfe, *Wiltfeber*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 7, Berlin 2014, S. 544–547.

45 Burte, *Wiltfeber*, S. 88.

46 Gilbert Merlio, *Kulturkritik um 1900*, in: Michel Grunewald/Uwe Puschner (Hrsg.), *Krisenwahrnehmung in Deutschland um 1900. Zeitschriften als Foren der Umbruchszeit im wilhelminischen Reich*, Bern 2010, S. 25–52.

blonden Herrenrasse fühlt sich der Protagonist sogar in seiner äußeren Heimat überfremdet. Daher urteilt Wiltfeber über sein Heimatdorf: „Ich suchte ein Dorf, da lag es im Sterben; ich suchte den Gott der Leute in der Heimat, da war es ein Stammesgott, das vergottete Rassenbild einer Wüstensippe; ich suchte die Macht, da war sie geteilt unter alle, so dass keiner sie hatte und nichts getan werden konnte; ich suchte den Geist, da faulte er in Amt und Gehalt; ich suchte das Reich, da war es eine Herde Enten, welche den Aar lahmschwatzten; ich suchte meine Rassebrüder, da waren es Mischlinge siebenten Grades, bei denen jedes Blut das andere entartete; ich sah nach ihrer Lebensfürsorge, da war es ein gegenseitiges Verhindern; und als ich endlich nach den Geistigen sah, nach denen, deren Arbeit allein mit Sinn begabt das Werkeln der Menschen, da waren sie in das Blondenviertel gebannt und totgeschwiegen.“⁴⁷

Obwohl „Wiltfeber“ bis hin zur platten Parole „deutsch heißt völkisch und arisch heißt herrisch“⁴⁸ auf völkisches Denken zugeschnitten war, wurde der Roman auch außerhalb völkischer Kreise gelesen. Die großen Tageszeitungen im deutschsprachigen Raum fanden für „Wiltfeber“ überwiegend lobende Worte, ohne sich mit dem weltanschaulichen Gehalt des Werks eingehend zu befassen. Besonders positiv wurde „Wiltfeber“ in der Jugendbewegung aufgenommen. Die Mischung aus Antiurbanismus, Antimodernismus, Antirationismus und religiöser Sinnsuche traf den Nerv einer Generation, die sich von der industriellen Moderne und vom bürgerlichen „Wertehimmel“ ihrer Elternhäuser absetzen wollte. Auch Rathenau hatte das Buch sofort nach dessen Erscheinen gelesen. Er erkannte im „Wiltfeber“ viele zivilisationskritische und rassentheoretische Gedanken aus seinem kurze Zeit später veröffentlichten Buch „Zur Kritik der Zeit“ wieder. Im März 1912 nahm Rathenau Kontakt zu Burte auf und übersandte ihm zusammen mit dem zweiten Brief ein Exemplar von „Zur Kritik der Zeit“. Dieses hatte er mit der ironischen Widmung versehen: „Mit herzlichen Wandergrüßen / des Ewigen Juden / Martin Wiltfeber / dem Ewigen Deutschen / freundschaftlich überreicht / durch Walther Rathenau 30. 3. 12.“⁴⁹

Im Unterschied zu Burtes „Wiltfeber“ war Rathenaus „Zur Kritik der Zeit“ kein literarischer, sondern ein philosophischer Versuch der Modernisierungs- und

47 Burte, Wiltfeber, S. 334; Kay Dohnke, *Völkische Literatur und Heimatliteratur*, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch zur „völkischen Bewegung“ 1871–1918*, München 1996, S. 651–684.

48 Burte, Wiltfeber, S. 75.

49 Dieses Exemplar befindet sich im Hermann-Burte-Archiv (HBA), Maulburg.

Zivilisationskritik. Als zeitkritischer Publizist hatte sich Rathenau bereits durch seine Mitgliedschaft im Pan-Club und die Beiträge für Hardens „Zukunft“ einen Namen gemacht. Der Durchbruch gelang ihm mit der Aufsatzsammlung „Reflexionen“ (1908). „Zur Kritik der Zeit“ beinhaltet wenig neue Gedanken, sondern basiert auf älteren Texten des Autors, insbesondere auf dem „Zukunft“-Aufsatz „Von Schwachheit, Furcht und Zweck“ (1904).⁵⁰

In „Von Schwachheit, Furcht und Zweck“ und „Zur Kritik der Zeit“ unterteilt Rathenau die europäische Menschheit in zwei Menschentypen, die sich in ihren Überlebensstrategien unterscheiden. Während die „Mutmenschen“ auf Machtentfaltung setzen, haben die unterdrückten „Furchtmenschen“ die Zweckrationalität als Überlebensstrategie entdeckt. Rathenau konkretisiert diese Typologie, indem er den beiden Typen Rassen und Klassen zuordnet. Die „Mutmenschen“ identifiziert er mit Germanen, Adel, freien Bauern bzw. der Oberschicht, die „Furchtmenschen“ mit Slawen, Juden, Bürgern, Arbeitern bzw. der Unterschicht.⁵¹ Historisch-anthropologische Belege sucht man in „Zur Kritik der Zeit“ vergebens. Stattdessen gibt sich der Text ganz im Stil der zeitgenössischen Lebensphilosophie mit apodiktischen und antonymischen Aussagen zufrieden. Die „hellen“ Germanen seien „froh in Kraft und Freiheit des Leibes, nichts verehrend als das Mutvolle, das Unberührte und Überirdische, ein Volk von heiterem Ernst, von kindlicher Männlichkeit, unschlauer Klugheit, träumender Wahrheitsliebe“. Sie seien „ihrem alten Wesen treu geblieben, der Mechanisierung nicht oder widerstrebend gefolgt, nirgends ihre Förderer gewesen“.⁵² Demgegenüber zeichne sich die „dunkle“ Unterschicht durch „Neugierde, Wissensdurst, geistige Beweglichkeit, Zähigkeit des Willens und die Lust am Besitz“ aus. Sie sei „in den Lebensansprüchen gemäßigt, in Genüssen nicht wählerisch, ohne Transzendenz, in Leidenschaften heiß, nicht tief, ohne Bösartigkeit, aber rachsüchtig und des Hasses kundig: so trug sie den Marschallstab des mechanistischen Menschen im Tornister.“⁵³

50 Gesammelte Schriften, Bd. 4, Berlin 1918, S. 9–32.

51 Rathenau, *Zur Kritik der Zeit*, S. 31–37. Die Parallelisierung von Rassen und Klassen dürfte Rathenau von Gobineau übernommen haben. Vgl. Michael D. Biddis, *Father of Racist Ideology. The Social and Political Thought of Count Gobineau*, London 1970.

52 Rathenau, *Zur Kritik der Zeit*, S. 89 f.

53 Ebenda, S. 91.

Bevölkerungswachstum und „Entgermanisierung“ durch Rassenvermischung hätten dazu geführt, dass sich die Überlebensstrategie der „Furchtmenschen“ als überlegen herausgestellt habe.⁵⁴ Sie hätte die Mechanisierung aller Lebensbereiche vorangetrieben und eine anonyme Massengesellschaft entstehen lassen, in der die Tugenden der „Mutmenschen“ wirkungslos geworden seien. Einhergegangen sei dies mit dem Verlust an kulturschöpferischer Kraft, für die soziale Ungleichheit und die Rassenverschiedenheit der Oberschicht in der Vormoderne die materiellen und geistigen Ressourcen gestellt hätten. Im Unterschied zu Burte beurteilte Rathenau den Umbruch zur Moderne allerdings nicht einseitig negativ. Die Mechanisierung der Gesellschaft sei zur Steigerung der Lebenschancen und des Wohlstands erforderlich und könne nicht zurückgedreht werden.⁵⁵ Er lehnt es außerdem ab, einseitig die Juden als Agenten und Profiteure des gesellschaftlichen Wandels zu brandmarken. Die Juden seien nur Merkmalsträger abstrakter historischer Prozesse: „Dass ungermanischer Geist für die Gestaltung der Moderne verantwortlich ist, hat mancher unwillige Denker dem Volksgewissen ins Ohr geraunt, doch stets in der Meinung, zu entarteten Germanen zu sprechen. So suchte man nach einem Ferment und entdeckte es im Judentum. Der Antisemitismus ist die falsche Schlussfolgerung aus einer höchst wahrhaften Prämisse: der europäischen Entgermanisierung.“⁵⁶

Preußen betreibe eine anachronistische Politik, wenn es die Junker privilegiere und die Juden vom Staatsdienst fernhalte. Die Zurückweisung des Antisemitismus ändert allerdings nichts daran, dass „Zur Kritik der Zeit“ Modernisierungsprozesse rassentheoretisch erklärt und hierfür auf viele Gedanken der Völkischen von Gobineau bis Chamberlain zurückgreift. Außerdem blieb Rathenau die Antwort auf die Frage schuldig, wie die Sinnkrise der „Mutmenschen“ in der modernen Welt überwunden werden könne.⁵⁷

54 Ebenda, S. 21, 37, 89–148.

55 Ebenda, S. 42–88.

56 Ebenda, S. 91 f. Rathenau spielt hier auf Werner Sombarts „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ (1911) an.

57 Gelungene Inhaltsanalysen mit unterschiedlichen Schwerpunkten bieten Thomas Rohkrämer, Politische Religion, Civic Religion oder ein neuer Glaube. Walther Rathenaus Vision einer anderen Moderne, in: Delabar u. a. (Hrsg.), Rathenau, S. 195–214; Walter Delabar, Die Herrschaft der Mechanisierung. Eine Anamnese von Walther Rathenaus Konzept der Moderne, in: ebenda, S. 215–236; Clemens Reichhold, Walther Rathenau über

Diese Leerstellen aus „Zur Kritik der Zeit“ füllte Rathenau kurze Zeit später in seinem Buch „Zur Mechanik der Seele“ (1913). Die Mechanisierung privilegiere einseitig den Geist gegenüber der Seele. Deshalb müsse sich in der Moderne das „Reich der Seele“ neu entfalten. Da die Seelenhaftigkeit jedem Menschen eigen sei, könne sie Rassen- und Klassenschranken überwinden. Ganz in der Tradition des deutschen Idealismus führt Rathenau „germanische Geistesheroen“ wie Shakespeare, Bach, Rembrandt und Goethe an. Im Kulturschöpfertum liege der bleibende Wert der „Mutmenschen“, weshalb sie als Kern eines neuen Seelenadels in die Moderne integriert werden könnten.⁵⁸ Diese Vorstellungen erinnern stark an Friedrich Nietzsches „Geistesaristokratie“ und Hermann Cohens Vision von einer deutsch-jüdischen Symbiose. „Zur Mechanik der Seele“ spiegelt die zeitgenössische Sehnsucht nach einer vorrationalen kollektiven Identität, setzt aber im Gegensatz zum Volksgemeinschaftsdiskurs nicht Nation, Volk oder Rasse als unhintergehbare Bezugsgrößen ein. Mit der kulturalistischen Wende seiner Rassentheorie gelang es Rathenau zwar, sich vom primitiven Pseudobiologismus eines Houston Stewart Chamberlain sowie von Gobineaus Degenerationstheorie abzusetzen. Allerdings verlässt auch „Zur Mechanik der Seele“ nicht die Logik des zeitgenössischen Rassendiskurses, in dem kulturalistische Positionen zur Wilhelminischen Zeit ohnehin verbreiteter waren als streng biologistische.⁵⁹ Wenn Rathenau später Rassentheorien als „Zeitspielerei“⁶⁰ abtat, so gilt dies noch nicht für seine ersten beiden philosophischen Monografien.

„Zur Kritik der Zeit“ und „Zur Mechanik der Seele“ erschienen im renommierten Samuel-Fischer-Verlag. Während von „Zur Kritik der Zeit“ innerhalb kürzester Zeit 20 000 Exemplare verkauft wurden, konnte das Fortsetzungsbuch „Zur Mechanik der Seele“ diesen Erfolg nicht wiederholen. Beide Bücher stießen in der Öffentlichkeit auf ein geteiltes Echo. Während die Feuilletonisten der

Entfremdung und Regierung der Massen, in: Brömsel u. a. (Hrsg.), Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne, S. 29–52.

58 Walther Rathenau, *Zur Mechanik des Geistes*, Berlin 1913, S. 327 f.

59 Das übersieht Rohkrämer, *Eine andere Moderne*, S. 71–111. Dagegen: Schölzel, Rathenau, S. 137–141; ders., *Walther Rathenau (1867–1922). Ein Suchender! – Ein Liberaler?* in: Angelika Schaser/Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2010, S. 144.

60 Brief Rathenau an Scheffler, 10. 10. 1917, GA, V.2, S. 1777.

meisten Zeitungen Rathenaus Beitrag zur Modernisierungs- und Zivilisationskritik für geistreich hielten, stuften viele Literaten aus Rathenaus Umfeld die beiden philosophischen Werke als dilettantisch ein. Alfred Kerr verspottete Rathenau als „Diogenes der Großindustrie“. Franz Oppenheimer kritisierte Rathenaus Ausflüge ins Reich der Mystik und seine spekulativen Rassentheorien. Dies stehe im krassen Widerspruch zu Rathenaus eigenem Beitrag, den er als Großindustrieller zur Mechanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft geleistet habe.⁶¹

Burtes und Rathenaus Modernisierungs- und Zivilisationskritik sind durchaus nicht deckungsgleich. Der in Burtes „Wiltfeber“ in den Topos einer „Verjudung“ des Christentums gehüllte Antisemitismus ist in Rathenaus Werken nicht präsent. Umgekehrt fehlt bei Burte die für Rathenau charakteristische Bereitschaft, Modernisierungsprozesse nicht nur zu bejammern, sondern sie durch die Entfaltung des „Reichs der Seele“ konstruktiv zu gestalten. Die Schnittmengen von „Wiltfeber“ und „Zur Kritik der Zeit“ liegen darin, dass beide Bücher die Gegenwart als Epoche kulturellen Verfalls auffassen, Modernisierungsprozesse rassentheoretisch als „Entgermanisierung“ deuten und die Angst vor den nivellierenden Tendenzen der herausziehenden demokratischen Massengesellschaft zum Ausdruck bringen.⁶² Für Rathenau genügten diese Gemeinsamkeiten, um in Burte einen Seelenverwandten zu entdecken. „Wir beide haben etwas Ähnliches geträumt, und erzählen, wie wir müssen, unsere Träume verschieden“,⁶³ offenbarte Rathenau in einem seiner ersten Briefe und vereinbarte mit seinem Briefpartner, sich wechselseitig Ausgaben ihrer Werke zukommen zu lassen und sich baldmöglichst persönlich zu treffen.

Der Briefwechsel 1912 bis 1918

Der Briefwechsel zwischen Walther Rathenau und Hermann Burte erstreckt sich zwischen März 1912 und Oktober 1918 und umfasst mindestens 62 wechselseitige Schreiben. Die Briefe sind im Hermann-Burte-Archiv (HBA) in Maulburg

61 Heimböckel, Rathenau, S. 175–286; Schölzel, Rathenau, S. 125–141; Gall, Rathenau, S. 69–142; Volkov, Rathenau, S. 107, 120–128.

62 Heimböckel, Rathenau, S. 312 erkennt nur in der Germanenverehrung eine Parallele und übersieht weitere Gemeinsamkeiten, die Rathenaus Interesse an Burte erklären könnten.

63 Brief Rathenau an Burte, 30. 3. 1912, GA, V.1, S. 1076.

und im Nachlass Walther Rathenaus überliefert. Da Rathenaus Privatsekretär Hugo Geitner 1927 Burte fast alle Schreiben zurückübersandte, befindet sich der umfangreichste Bestand in Maulburg. Alle Briefe Rathenaus an Burte sind in der neuen Walther-Rathenau-Gesamtausgabe (GA) enthalten. Burtes Briefe wurden hingegen, abgesehen von einer wohl exemplarisch zu verstehenden Ausnahme, nicht aufgenommen.⁶⁴ Deshalb wäre eine kritische Gesamtedition, wie sie Gregor Hufenreuter und Christoph Knüppel für den Briefwechsel zwischen Rathenau und Schwaner vorgelegt haben, wünschenswert.

Den Briefkontakt zu Burte vermittelte der Dichter Richard Dehmel, der Rathenau die Lektüre von „Wiltfeber“ empfahl. Rathenau antwortete Dehmel, dass er Burtes Buch bereits kenne und beabsichtige, den Schriftsteller zu fördern.⁶⁵ Bei der Durchsicht des Briefwechsels zwischen Rathenau und Burte fällt auf, dass sich der Kontakt zu Burte von demjenigen zu Schwaner deutlich unterschied. Entscheidend dürfte hierfür die ungleiche Ausgangssituation gewesen sein. Wilhelm Schwaner gehörte 1913 bereits zu den führenden völkischen „Weltanschauungsproduzenten“ und gab mit seiner Zeitschrift „Der Volkserzieher“ (1897–1936) ein Leitmedium heraus, das starken Einfluss auf die deutsche Jugendbewegung und die Volksschullehrerschaft ausübte. Demgegenüber war Burte noch ein überregional wenig bekannter und mäßig erfolgreicher Schriftsteller, als Rathenau zu ihm den Kontakt suchte. Während sich Rathenau mit Schwaner auch über persönliche Angelegenheiten austauschte, zeichnen sich die Briefe an Burte eher durch eine nüchterne und sachliche Sprache aus. Obwohl beide ihr Verhältnis wechselseitig als Freundschaft definierten, blieb man auch nach den ersten persönlichen Treffen beim förmlichen „Sie“.⁶⁶

Die Lektüre der Briefe vermittelt nicht den Eindruck einer Freundschaft auf Augenhöhe, sondern lässt eher auf eine Beziehung zwischen Mäzen und Bittsteller schließen. Burte befand sich in finanziellen Schwierigkeiten, klagte über seinen geizigen Verleger und bat Rathenau um Vermittlung an einen wohlhabenden Förderer. Rathenau machte deutlich, dass er selbst die Rolle des Mäzens zu

64 GA, V.1, S. 13–66.

65 Briefe Dehmel an Rathenau, 21. 3. 1912; Rathenau an Dehmel, 22. 3. 1912, GA, V.1, S. 1073.

66 Briefe Burte an Rathenau, 14. 7. 1913; Rathenau an Burte, 19. 11. 1913, GA, V.1, S. 1196, 1224.

übernehmen gedenke. Er überwies mehrfach hohe Geldsummen an Burte und verbat sich Rückzahlungen. Rathenau zeigte sich von einer zukünftigen Karriere Burtes überzeugt.⁶⁷ Auf Initiative Dehmels wurde Burte für seinen „Wiltfeber“ im November 1912 mit dem Kleist-Preis ausgezeichnet. Als Mitglied des Stiftungsrates dürfte Rathenau maßgeblich auf diese Auszeichnung hingewirkt haben.⁶⁸ Aber auch in der Folgezeit scheint Burte von Rathenau finanziell abhängig geblieben zu sein. Dieser Umstand hat Dieter Heimböckel zu der Vermutung veranlasst, dass Burte die Werke seines Briefpartners nur so überschwänglich lobte, um seinen großzügigen Förderer bei Laune zu halten.⁶⁹

Diese Einschätzung missachtet jedoch die tatsächlichen Parallelen zwischen Burtes „Wiltfeber“ und Rathenaus modernisierungs- und zivilisationskritischen Werken. Zudem zeigt der Briefwechsel, dass beide ein ernsthaftes Interesse an den Werken des anderen bekundeten. Gemeinsamkeiten entdeckten Rathenau und Burte aber eher im ästhetischen als im weltanschaulichen Bereich. Burte lobte Rathenaus Rhetorik in „Reflexionen“ und „Zur Kritik der Zeit“, die ihm „wie eine Episode aus dem Wiltfeber“ erscheine.⁷⁰ Im Gegenzug pries Rathenau Burtes „herbe und männliche Sprache“.⁷¹ Einig waren sich beide in der Ablehnung alles Künstlichen und Oberflächlichen. Die Kunst habe die Aufgabe, das Tiefe, Eigentliche und Ursprüngliche zu erwecken, um über Unterhaltung und Zerstreung hinaus zur Entfaltung der Seelenkräfte beizutragen. Burte zufolge habe Rathenau dies in „Zur Mechanik des Geistes“ meisterhaft dargelegt, weshalb das Buch auf ihn einen „starken Eindruck“ gemacht habe. Er verteidigte es gegen die Rezension eines befreundeten Dichters, der es für zu rationalistisch hielt.⁷²

Im Rahmen von Geschäftsreisen Rathenaus nach Südbaden und in die Schweiz kam es zwischen Mai 1912 und März 1913 zu drei Treffen mit Burte in Laufenburg und Basel. Mit Ausnahme kurzer Notizen in Rathenaus Tagebuch sind Informationen darüber ausschließlich aus der Feder Burtes überliefert. Er veröffentlichte

67 Briefe Burte an Rathenau, 14. 7. 1913; Rathenau an Burte, 17. 7. 1913, GA, V.1, S. 1196.

68 Briefe Engel an Burte, 11. 11. 1912; Rathenau an Burte, 11. 12. 1912, HBA, Briefe.

69 Heimböckel, Rathenau, S. 311 f.

70 Brief Burte an Rathenau, 1. 5. 1912, GA, V.1, S. 1090.

71 Brief Rathenau an Burte, 20. 9. 1913, GA, V.1, S. 1207.

72 Briefe Burte an Rathenau, 14. 10. 1913; 4. 2. 1914; Rathenau an Burte, 5. 2. 1914, GA, V.2, S. 1274.

seine Eindrücke von den Begegnungen 1925 in der Broschüre „Mit Rathenau am Oberrhein“.⁷³ Dieser Text ist nicht als Tatsachenbericht zu lesen, sondern als vorsichtiger Versuch, das Rathenau-Bild in rechtsradikalen Kreisen zu korrigieren. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine Anekdote, die sich im Briefwechsel nicht wiederfindet. Burte schildert seine zufällige Begegnung mit Geheimrat G. und dessen Gattin, die in der Broschüre als „hebräische Leute, großes Gemüse“ eingeführt werden. G. stellt sich als ein Onkel Rathenaus vor und lästert über die philosophischen und politischen Schriften seines Neffen, in denen er „furchtbar posiere“.⁷⁴ Während der nächsten Begegnung mit Burte in Basel habe Rathenau G. als „widerlichen Juden“ und „Fettfleck, der immer obenauf schwimmt“, bezeichnet.⁷⁵

Unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt zeigt die Anekdote, dass Burte Rathenau als positiven „Ausnahmejuden“ darstellen wollte, der sich von den übrigen Juden, ja sogar von den eigenen Familienmitgliedern, abhebe. Auf diese Weise konnte der Schriftsteller Rathenau als Genius akzeptabel machen, ohne die antisemitischen Stereotype und Feindbilder seiner Leserschaft infrage stellen zu müssen. Dazu passt, dass Burte Rathenau bei ihrem zweiten Treffen vorgeschlagen haben will, als „deutscher Disraeli“ Reichskanzler zu werden und „von rechts her auf das Pferd zu steigen“.⁷⁶ Benjamin Disraeli, konservativer Politiker und britischer Premierminister von 1874 bis 1880, bot sich nicht nur aufgrund seiner jüdischen Herkunft als Vergleichsobjekt an, sondern auch wegen seiner erfolgreichen Schriftstellerkarriere. Burtes Vergleich zwischen Rathenau und Disraeli zeigt aber auch deutlich, was im Gegensatz zu Großbritannien in der politischen Kultur des deutschen Kaiserreichs nicht miteinander vereinbar war: jüdische Herkunft und hohe Staatsämter sowie Konservatismus und parlamentarische Demokratie.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs vermieden Rathenau und Burte in ihren Briefen allerdings die Themen Politik und Weltanschauung und diskutierten stattdessen künstlerische und ästhetische Fragen. Dagegen bildete von Beginn an die

73 Hermann Burte, *Mit Rathenau am Oberrhein* (1925), Heidelberg 1948. Auszugsweise abgedruckt in: *Heidelberger Tageblatt* vom 12. 11. 1927.

74 Burte, *Mit Rathenau am Oberrhein*, S. 29 f.

75 Ebenda, S. 33. Bei G. dürfte es sich um Ludwig Max Goldberger (1848–1913) handeln. Vgl. GA, V.2, S. 2740.

76 Burte, *Mit Rathenau am Oberrhein*, S. 42.

Verhältnisbestimmung von Antisemitismus und Rassenfrage zu Modernisierungs- und Zivilisationskritik ein wichtiges Thema des Briefwechsels zwischen Rathenau und Schwaner. Nach der Lektüre von „Zur Kritik der Zeit“ nahm Schwaner im Dezember 1913 Kontakt zu Rathenau auf, um sich für antisemitische Anfeindungen in der Vergangenheit zu entschuldigen. Er habe nunmehr erkannt, dass ihn mit Rathenau eine Seelenverwandtschaft auf dem Weg zur „Gottmenschheit“ verbinde: „Schuld an diesem Elend [= kultureller Verfall in der Moderne] hatten m. E. doch nur die Juden. [...] Da drückte mir ein lieber Mensch Ihre ‚Kritik‘ in die Hand: ich las und las und – wie Schuppen fiel mirs von den Augen. Ich muß es Ihnen sagen: Der ‚dunkle‘ Jude hat den blaublonden Germanen erlöst. [...] Wir sind Brüder auf dem Wege zur Menschheit, zur Gottmenschheit!“⁷⁷

Schwaner spielte hier auf die Übereinstimmung in der Diagnose eines kulturellen Verfalls durch negative Auswirkungen von Modernisierungsprozessen an, deren Ursache er ebenso wie Rathenau in der „Entgermanisierung“ lokalisierte. Allerdings hielt Rathenau den regressiven Germanenkult seines Freundes nicht für zukunftsfähig und widersprach der Verwandlung Christi in einen „blaublonden“ Germanen.⁷⁸ Da die Germanisierung und „Entjudung“ des Christentums eine zentrale Rolle im „Wiltfeber“ spielen und angesichts der auf das Verhältnis von Germanentum und Judentum anspielenden Widmung in „Zur Kritik der Zeit“, verwundert es, dass Rathenau und Burte dieses Thema nicht vertieften. Aus einem Brief an den Schriftsteller Fritz von Unruh geht hervor, dass Rathenau an dem Roman weniger die weltanschaulichen Aussagen als die pathetische und jugendbewegte Sprache faszinierte.⁷⁹ Dasselbe gilt für Burtes Drama „Herzog Utz“, über das sich Rathenau und Burte seit September 1913 austauschten. Im Februar 1914 intervenierte Rathenau beim Intendanten des Hof- und Nationaltheaters Mannheim zugunsten der Uraufführung des Dramas, die dann im April auch tatsächlich stattfand.⁸⁰

Unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs veränderten sich die Themen des Briefwechsels. Nun tauschten sich Rathenau und Burte intensiv über

77 Brief Schwaner an Rathenau, 3. 12. 1913, GA, V.1, S. 1235.

78 Briefe Schwaner an Rathenau, 2. 4. 1914; Rathenau an Schwaner, 4. 4. 1914, GA, V.2, S. 1292.

79 Brief Rathenau an Unruh, 28. 2. 1917, GA, V.2, S. 1623.

80 Briefe Burte an Rathenau, 7. 2. 1914; Rathenau an Bernau, 9. 2. 1914; Rathenau an Burte, 9. 2. 1914; 7. 4. 1914, GA, V.2, S. 1277, 1296 f.

die politische und militärische Lage aus. Rathenau informierte Burte über seine Tätigkeit im Kriegsministerium und bewertete die Vorgänge an der Front und in der Heimat mit einer Mischung aus patriotischer Hoffnung und schwerwiegenden Bedenken. In einem Brief an Burte vom Dezember 1914 klagte er über die vermeintliche Unfähigkeit der politischen und militärischen Führung: „Die Staatskunst hat versagt, nun versagt die Feldkunst.“⁸¹ Den Grund dafür erkannte Rathenau in der mangelnden politischen Reife und den beschränkten Partizipationsmöglichkeiten des Volks, weshalb das Reservoir an qualifiziertem Führungspersonal eng begrenzt sei: „Wir tragen die Schuld, dass dieses herrliche Volk nur Leib, nicht Kopf ist, dass es sich von Willkür, dem Zufall, den Fehlern des Einen, der wenigen der Abgestammten, willenlos leiten lässt.“⁸²

In seinem Antwortschreiben vom Januar 1915 gestand auch Burte, dass er „des Krieges noch nie [...] froh geworden“ sei. Die politische und militärische Führung stellte er hingegen nicht infrage. Vielmehr beklagte er die Einseitigkeit der Kriegspropaganda, an der er sich eingestandenermaßen mit Reden und Gedichten selbst beteilige. Es liege in „der menschlichen, unveränderlichen Natur“, in Kriegszeiten in eine „zeit- und landesübliche Kritiklosigkeit“ zu verfallen. „Wir jammern über Belgiens Franc-tireurs-Krieg, vergessen aber, dass der treffliche Ernst Moritz Arndt die rücksichtslosesten Anleitungen und Aufforderungen zum Kleinkrieg gegeben hat.“⁸³ Als Beispiele für die Kritiklosigkeit und Überheblichkeit der Kriegspropaganda führte Burte das „Manifest der 93“ vom Oktober 1914 und Ernst Lissauers „Hassgesang gegen England“ auf. Selbst die Sozialdemokraten hätten ihre marxistischen Prinzipien über Bord geworfen und sich dem Hurratriotismus angeschlossen. Das von Rathenau beklagte Defizit an kompetenten Führungskräften lasse sich nicht durch eine Demokratisierung der Institutionen ausgleichen. „Neun Zehntel aller Menschen haben keine Lust an der Verantwortung: Sie wollen befehligt werden und wollen geführt sein.“⁸⁴

Rathenau hatte inzwischen nicht nur das rassistische, sondern auch das elitäre Denken der zeitgenössischen Modernisierungskritik überwunden. Er vermutete, dass die Tendenz zu Planung und Bürokratisierung der Wirtschaft sich auch in

81 Brief Rathenau an Burte, 14. 12. 1914, GA, V.2, S. 1402.

82 Ebenda

83 Brief Burte an Rathenau, 3. 1. 1915, HBA, Briefe.

84 Ebenda

Friedenszeiten gegenüber dem klassischen Unternehmerkapitalismus durchsetzen werde.⁸⁵ Diesen Eindruck gewann Rathenau während seiner Tätigkeit als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung, über die er Burte ausführlich berichtete. Zwar sei die Organisation der Kriegswirtschaft gelungen, doch spüre er nun die in „Zur Kritik der Zeit“ geschilderte Mechanisierung am eigenen Leibe. Dem bürokratischen Apparat stehe er mit „Ohnmacht und Entfremdung“ gegenüber. Entsprechend erleichtert zeigte sich Rathenau, als er sein Amt Ende März 1915 niederlegen konnte.⁸⁶ 1916 versuchte der untauglich gemusterte Burte, über Rathenau für sich und seinen Bruder eine kriegsrelevante Beschäftigung in der Zentralstelle für Auslandsdienst zu finden.⁸⁷ Danach scheint zwei Jahre lang kein Briefkontakt bestanden zu haben. Nachdem Rathenau die Forderung der Obersten Heeresleitung nach einem sofortigen Waffenstillstandsgesuch Anfang Oktober 1918 in der „Vossischen Zeitung“ scharf kritisiert und die Ausrufung eines „Volkskriegs“ gefordert hatte,⁸⁸ übersandte Burte mehrere patriotische Gedichte. Darunter auch ein Sonett, das Rathenaus Zurückweisung des Waffenstillstandsgesuchs wie folgt kommentiert: „Die Hand her, Rathenau! Das war ein Wort!, / Du willst, Du Mann, daß unser Volk sich wehre, / Schon ziehn vor Deinem Seherauge Heere, / Nach Westen hin, zu halten Paß und Port. / O peinlich klare reinlich wahre Lehre: / Nun den Germanen Mut und Wille dorrt, / Wahrt ein Jude jenen deutschen Hort, / Den Bismarck hob, in fleckenloser Ehre.“⁸⁹

Diese Zeilen geben Aufschluss darüber, wie Burte seine völkische Weltanschauung und die Freundschaft mit Rathenau in Einklang zu bringen versuchte. Ähnlich wie Schwaner hielt er an der Gegenüberstellung der rassischen Antipoden „Germanen“ und „Juden“ fest, hob aber Rathenau als positiven „Ausnahmejuden“ hervor, der mit seiner Tatkraft und edlen Gesinnung das Versagen der „Germanen“ kompensiere. Dies ist als weiteres Indiz zu werten, dass die völkischen

85 Walther Rathenau, *Von den kommenden Dingen*, Berlin 1917; ders., *Die neue Wirtschaft*, Berlin 1918; Wolfgang Michalka, *Kriegsrohstoffbewirtschaftung*, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“, in: ders. (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, Weyarn 1997, S. 485–505.

86 Briefe Rathenau an Burte, 24. 1. 1915; 31. 3. 1915, GA, V.2, S. 1413, 1427.

87 Briefe Rathenau an Mumm von Schwarzenstein, 10. 2. 1916; Burte an Rathenau, 21. 10. 1916; Rathenau an Burte, 23. 10. 1916, GA, V.2, S. 1515, 1573.

88 *Vossische Zeitung* vom 7. 10. 1918.

89 Brief Burte an Rathenau, 8. 10. 1918, GA, V.2, S. 1995.

Schriftsteller, die mit Rathenau oder anderen „Ausnahmejuden“ in Berührung kamen, zwar ihr negatives Judenbild im Einzelfall korrigierten, nicht aber das völkische Rassendenken komplett aufgaben.⁹⁰

Mit dem Dankeschreiben Rathenaus für den Erhalt der Gedichte endet die Korrespondenz mit Burte. Über die Ursachen für den abrupten Abbruch der Beziehung kann man nur spekulieren. Möglicherweise hat sich Rathenau aufgrund der zunehmenden rechtsradikalen Polemik gegen seine Person von Burte abgewandt. Er musste sich in den letzten Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit zahlreicher antisemitischer Angriffe der Presse erwehren, über die er von Schwaner informiert wurde.⁹¹ Von Dora Nichtenhauser, einer Pazifistin aus dem Kreis um Friedrich Naumann, erfuhr Rathenau im Januar 1919, dass sich Burte an „antisemitischen Hetzereien“ in Baden beteiligt haben soll.⁹² Burte könnte zu Rathenau auf Distanz gegangen sein, weil er sich an seiner Wandlung vom Gegner des Waffenstillstandsgesuchs zum Republikaner und „Erfüllungspolitiker“ störte.⁹³ Belege für ein Zerwürfnis gibt es aber nicht.

Am Ende des Wanderweges – Ein Fazit

Die Beziehungen Rathenaus zu einzelnen Exponenten der völkischen Bewegung muteten aus der unmittelbaren Nach-Holocaust-Perspektive wie ein kurioser Einzelfall an. Deshalb hat die Forschung lange Zeit Zuflucht zu psychologischen Erklärungsversuchen wie der Denkfigur des „jüdischen Selbsthasses“ genommen. Die Quellen stützen diesen Ansatz allerdings nicht, denn Rathenau hatte seine Einstellung zum Judentum bereits vor der Bekanntschaft mit Wilhelm Schwaner und Hermann Burte positiv verändert und sich von seinem Essay „Höre Israel“

- 90 Ein weiterer positiver „Ausnahmejude“, über den in der völkischen Bewegung diskutiert wurde, war Kolonialminister Bernhard Dernburg. Vgl. Christian S. Davis, *Colonialism and Antisemitism during the Kaiserreich*. Bernhard Dernburg and the Antisemites, in: Leo Baeck Institute Year Book 53 (2008), S. 31–56.
- 91 Briefe Schwaner an Rathenau, 24. 1. 1916; Rathenau an Chamberlain, 17. 7. 1916; Rathenau an Mumm, 20. 5. 1919; 27. 5. 1919, GA, V.2, S. 1422, 1549, 1552, 1848, 1851, 2561, 2181, 2193, 2234.
- 92 Rathenau an Nichtenhauser, 31. 1. 1919, GA, V.2, S. 2098.
- 93 Volkov, Rathenau, S. 189–227.

distanziert. Die überlieferte Korrespondenz zeigt, dass Rathenau einen deutlich stärkeren Einfluss auf seine völkischen Gesprächspartner ausübte als umgekehrt und ihren rassentheoretischen Vorstellungen, sofern sie diskutiert wurden, widersprach. Auch dies passt nicht zur These des „jüdischen Selbsthasses“.

Untersucht man die sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Rahmenbedingungen, unter denen christlich-jüdische Interaktion in bildungsbürgerlichen Kreisen zur Wilhelminischen Zeit stattfand, stößt man auf den von Intellektuellen verschiedenster Herkunft geführten modernisierungs- und zivilisationskritischen Diskurs. Über ihre jeweiligen Deutungsangebote von Modernisierungsprozessen fanden auch Rathenau und Burte zusammen. Burtes „Wiltfeber“ und Rathenaus „Zur Kritik der Zeit“ weisen viele Übereinstimmungen auf, die das Interesse der beiden ungleichen Schriftsteller aneinander erklären. Eine Freundschaft auf Augenhöhe, wie sie Rathenau mit Schwaner pflegte, entstand mit Burte allerdings nicht. Vielmehr verstand sich Rathenau als Mäzen des alemannischen Schriftstellers, unterstützte ihn finanziell, knüpfte für ihn Kontakte und tauschte sich mit ihm über literarische und ästhetische Fragen aus. Die weltanschaulichen Diskussionen um Rasse, Judentum und Germanentum, die den kompletten Briefwechsel mit Schwaner durchziehen, fanden in der Korrespondenz mit Burte nicht statt. Andeutungen finden sich lediglich in Rathenaus Widmung in „Zur Kritik der Zeit“ sowie in einem Gedicht aus Burtes letztem Brief. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs intensivierte sich das Verhältnis kurzzeitig, und die Briefpartner begannen nun, auch einen politischen Meinungsaustausch zu führen. Obwohl Rathenau und Burte auf einen „Siegfrieden“ hofften, zeigten sie sich mit vielen Aspekten des Weltkriegs unzufrieden. Während Rathenau die politische und militärische Führung des Reiches für dilettantisch hielt, beklagte sich Burte über die Einseitigkeit und Kritiklosigkeit der Kriegspropaganda unter den Bedingungen des „Burgfriedens“.

Da Rathenau zu einem der prominentesten Repräsentanten der jungen Weimarer Republik avancierte und sich Burte bei den Deutschnationalen einreihete, die Rathenau und die Republik unnachgiebig bekämpften, ist es kaum verwunderlich, dass sich die „Wanderwege“ der beiden im Gefolge der Novemberrevolution trennten. Die genaue Ursache für den abrupten Abriss des Briefkontakts im Oktober 1918 bleibt jedoch unbekannt.

Eine Schwierigkeit, das Verhältnis Rathenaus zu Burte und anderen Völkischen zu bestimmen, ergibt sich daraus, dass die Rathenau-Forschung den aktuellen

Forschungsstand zur völkischen Bewegung noch kaum rezipiert hat. So wird die völkische Bewegung in ihrer weltanschaulichen Homogenität überschätzt und in ihrer Breitenwirkung unterschätzt. Häufig wird sie nur als Vorläufer und Ideenreservoir des Nationalsozialismus begriffen. In der Tat entstand die NSDAP selbst als ein Ausläufer der völkischen Bewegung, bevor sie sich nach ihrem Aufstieg zur Massenpartei Anfang der 1930er-Jahre von diesen Wurzeln emanzipierte.⁹⁴

Ihren Anfang nahm die völkische Bewegung jedoch zur Wilhelminischen Zeit als eine heterogene Such- und Sammlungsbewegung, deren Anhänger alles andere als weltanschaulich gefestigt waren.⁹⁵ Das wird an Burtes Äußerungen zum Ersten Weltkrieg oder an Schwaners Einschwenken auf einen geistig-kulturellen Rassebegriff besonders deutlich. Zudem lässt sich völkisches Denken nicht auf einen kleinen Kreis halbgebildeter Fanatiker und isolierter „Weltanschauungsproduzenten“ reduzieren, die nur für ihre eigene Gefolgschaft schrieben. Diese Fehlwahrnehmung stützt sich auf die sektiererische Organisationsstruktur der Völkischen und die primitiv-fanatichen Adepten der „zweiten Reihe“.⁹⁶ Die Hauptwerke der völkischen Prominenz wie Arthur de Gobineau, Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Ludwig Schemann und Houston Stewart Chamberlain erzielten jedoch Massenauflagen und gehörten zum Literaturkanon etablierter Bildungsbürger. „Zur Kritik der Zeit“ zeigt, dass auch Rathenau mit den Inhalten dieser und ähnlicher Werke zumindest rudimentär vertraut war und sie nicht als unwissenschaftlich abtat. Berücksichtigt man außerdem die enge Verflechtung des zivilisations- und modernisierungskritischen Diskurses mit völkischem Gedankengut,

94 Derek Hastings, *Catholicism and the roots of Nazism. Religious Identity and National Socialism*, Oxford 2010. Hastings beschreibt die frühe NSDAP zutreffend als völkisch-katholische Regionalpartei.

95 Einen guten Eindruck von der weltanschaulichen Vielfalt und Wandlungsfähigkeit der völkischen Bewegung gibt: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch zur Völkischen Bewegung 1871- 1918*, München 1996. Entsprechend schwierig gestaltet es sich, „völkisch“ überhaupt konsensfähig zu definieren. Vgl. Stefan Breuer, *Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte*, Stuttgart 2010, S. 24, S. 111–140; Uwe Puschner, *Völkisch. Plädoyer für einen engen Begriff*, in: Paul Ciupke/Klaus Heuer/Franz-Josef Jelic/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), *„Erziehung zum deutschen Menschen“. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik*, Essen 2007, S. 53–66.

96 Gregor Hufenreuter, *Philipp Stauff. Ideologe, Agitator und Organisator im völkischen Netzwerk des Wilhelminischen Kaiserreichs*, Frankfurt a. M. 2011.

wird deutlich, warum es für Rathenau plausibel erschien, auch den Gedankenaustausch mit völkischen Gesprächspartnern zu suchen.

Bei den völkischen Schriftstellern, zu denen er Kontakt pflegte, hinterließ Rathenau einen nachhaltigen Eindruck. Dass ausgerechnet ein jüdischer Wirtschaftsführer und Intellektueller ihre Modernisierungs- und Zivilisationskritik teilte und sie anfänglich auch noch rassentheoretisch fundierte, erschütterte das Weltbild der Völkischen, in dem die Juden zuvor nur als Repräsentanten der verhassten Moderne in Erscheinung getreten waren. Zu einem kompletten Bruch mit völkischem Denken führte es aber bei keinem von ihnen. Hermann Stehr trat als Wahlkampfredner für Rathenaus Deutsche Demokratische Partei auf, bevor er im Dritten Reich als Blut-und-Boden-Dichter Karriere machte.⁹⁷ Wilhelm Schwaner versuchte über seinen „Volkserzieher“, Rathenau als „Zukunftslehrer der Deutschen“ in völkischen Kreisen zu popularisieren. Vom Antisemitismus der Völkischen wandte er sich nach dem Attentat auf Rathenau endgültig ab, ohne allerdings jemals auf einen geistig-kulturellen Rassismus zu verzichten.⁹⁸ Auch Hermann Burte nahm Rathenau als positiven „Ausnahmejuden“, als „deutschen Disraeli“, wahr, der zu Unrecht ins Visier der völkischen Bewegung geraten sei. Burtes Rathenaubild passte zu den Themen seiner Dramen, in denen er vorzugsweise das Schicksal heroischer und unverstandener Einzelgänger thematisierte. Das Drama „Warbeck“ wollte er sogar Rathenau widmen.⁹⁹ Obwohl Burte auch nach 1918 noch Bewunderung für seinen Mäzen hegte, blieb er als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und Herausgeber des „Markgräfler“ dem völkischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus treu. Im Gegensatz zu Schwaner, der aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen wurde, brachte Burte seine enge Bekanntschaft mit Rathenau im Dritten Reich keine Nachteile ein. Nach 1933 ließ sich Burte von den Nationalsozialisten vereinnahmen, trat 1936 in

97 Ulrich Erdmann, *Vom Naturalismus zum Nationalsozialismus? Zeitgeschichtlich-biographische Studien zu Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Johannes Schlaf und Hermann Stehr*, Frankfurt a. M. 1997, S. 275–329.

98 Deshalb etwas zu Schwaner-freundlich: Alfred Ehrentreich, Wilhelm Schwaner (1863–1944) und die Volkserzieherbewegung, in: *Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung* 7 (1975), S. 75–97; Hufenreuter/Knüppel, Wilhelm Schwaner und Walther Rathenau, S. 44 ff.

99 Brief Burte an Rathenau, 29. 3. 1915, HBA, Briefe.

die NSDAP ein und entwickelte sich zu einem der gefragtesten Dichter und Dramatiker des Dritten Reiches.¹⁰⁰ Im Juli 1945 wurde Burte von der französischen Besatzungsmacht für neun Monate interniert. Zu seiner Verteidigungsstrategie in dem gegen ihn eingeleiteten Spruchkammerverfahren gehörte unter anderem die Neuveröffentlichung von „Mit Rathenau am Oberrhein“ 1948 im Heidelberger Verlag Pfeffer in einer Auflage von 3000 Exemplaren. Die Absicht dürfte gewesen sein zu suggerieren, dass er als enger Freund Rathenaus später kein überzeugter Nationalsozialist gewesen sein könne. Burtes Kalkül ging auf. Die Spruchkammer stufte ihn 1949 als „minderbelastet“ ein und verzichtete auf Sühnemaßnahmen oder ein Publikationsverbot.

100 Peters, Hermann Burte, S. 34–40.

Weltanschauung, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen

Antisemitische Radikalisierung des Alldeutschen Verbandes als Prozess 1912–1920

Der Alldeutsche Verband (ADV, 1891–1939) wirkte vornehmlich aus den national-liberalen und deutschkonservativen Milieus des protestantischen Bildungsbürgertums und des Mittelstandes als bedeutende außerparlamentarische Organisation der „alten“ radikalen Rechten im wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Die Forderungen der Alldeutschen nach kolonialer Expansion, kontinentaler Reichserweiterung und einer forcierten Bevölkerungs- und Siedlungspolitik für die Realisierung einer umfassenden ethnischen Homogenisierung waren eng verbunden mit Forderungen nach gesellschaftlicher Unterdrückung von ethnischen, kulturellen und religiösen Minderheiten.¹ Krieg wurde in diesen imperialen Planungen als selektionistisches Mittel im sozialdarwinistischen Kampf zwischen „Rassen“ und Völkern propagiert.² Der ADV gilt mit seinen rassistischen und auto-

- 1 Vgl. Mildred Wertheimer, *The Pan-German League 1890–1914*, New York 1924; Roger Chickering, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League 1884–1914*, Boston 1984; Michael Peters, *Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1890–1914*, Frankfurt a. M. 1992; Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Hamburg 2003; Peter Walkenhorst, *Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*, Göttingen 2007; Dennis Sweeney, *Pan-German Conceptions of Colonial Empire*, in Bradley Naranch/Geoff Eley (Hrsg.), *German Colonialism in a Global Age*, Durham/London 2014, S. 265–282.
- 2 Vgl. Roger Chickering, *Die Alldeutschen erwarten den Krieg*, in: ders., *Krieg, Frieden und Geschichte*, Stuttgart 2007, S. 84–92; Hans-Günter Zmarzlik, *Der Sozialdarwinismus als geschichtliches Problem*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 11 (1963), S. 246–273;

ritären Ordnungskonzepten in der Forschung oft als „missing link“ zwischen den „alten“ Honoratiorenverbänden des radikalen Nationalismus im Kaiserreich und der paramilitärischen Rechten in der Weimarer Republik.³ Gerade die antisemitischen Forderungen von Heinrich Claß, der den ADV von 1908 bis 1939 leitete, sowie von Konstantin von Gebattel, der 1915 zu Claß' Stellvertreter ernannt wurde, sind zusammen mit der „Bamberger Erklärung“ des Verbandes vom Februar 1919 in der Forschung als zentrale Kontinuitätslinien alldeutscher Weltanschauung und Politik zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik interpretiert worden.⁴

Eine solche Perspektive nimmt jedoch die langen und kontrovers geführten Auseinandersetzungen um die politische Stellung des Antisemitismus innerhalb der Propaganda für eine rassistische Biopolitik des ADV gegenüber sogenannten Fremdvölkischen nicht ausreichend in den Blick. Dieser Beitrag plädiert für eine Perspektivenerweiterung, die die ambivalenten Spannungsverhältnisse zwischen alldeutscher Weltanschauung und politischen Mobilisierungsstrategien des Verbandes während der Übergangsphase vom „alten“ zum „neuen“ radikalen Nationalismus zwischen 1912 und 1920 einbezieht. Radikalisierung antisemitischer Politik verweist beim ADV vor allem auf eine Brutalisierung der antisemitischen Sprache, die Konkretisierung von ethnischen Siedlungsplänen in den alldeutschen Kriegszielforderungen, Forderungen zur gesellschaftlichen Exklusion von Juden sowie die Durchsetzung des Antisemitismus als mögliche politische Mobilisierungsstrategie. Die verbindliche Festlegung auf den Antisemitismus

Uwe Puschner, Sozialdarwinismus als wissenschaftliches Konzept und politisches Programm, in: Gangolf Hübinger (Hrsg.), Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne 1890–1970, München 2013, S. 99–121.

- 3 Vgl. Edgar Hartwig, Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes von seiner Gründung bis zum Ersten Weltkrieg, Diss. Univ. Jena 1966; Willi Krebs, Der Alldeutsche Verband in den Jahren 1918 bis 1939. Ein politisches Instrument des deutschen Imperialismus, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1970; Joachim Petzold, Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den Alldeutschen Verband und dessen Einfluss auf die nazistische Ideologie, in: Jahrbuch für Geschichte 21 (1980), S. 247–288; Dirk Stegmann, Bismarcks Erben. Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897–1918, Berlin/Köln 1970.
- 4 Vgl. Heinrich Claß (Pseud. Daniel Frymann), Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912; Konstantin von Gebattel, Denkschrift. Gedanken über den notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands, Oktober 1913, Bundesarchiv Berlin (BArch) R 8048, Bd. 355, Bl. 47–53; Alldeutsche Blätter vom 1. 3. 1919.

als konstitutives Element alldeutscher Weltanschauung sowie eine Entscheidung für eine dezidiert antisemitische Massenmobilisierung wurden in der Verbandsführung erst am Ende des Ersten Weltkrieges in stetiger Abwägung des antisemitischen Mobilisierungspotenzials sowie der Möglichkeit einer erfolgreichen antisemitischen Durchdringung des Verbandes insgesamt möglich. Daher wird die prozesshafte Radikalisierung antisemitischer Verbandspolitik im Zusammenhang von krisenhaften Verhandlungen um politische Macht mit staatlichen Institutionen, Militär, Parteien, anderen Organisationen der Rechten und öffentlichen Medien sowie den Herausforderungen der modernen Massenmobilisierung mit dem Ersten Weltkrieg als Umbruchphase betont.⁵

Die Begriffe „radikal“ und „Radikalisierung“ sind in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung seit Langem gängige Interpretationsrahmen zur Analyse von politischer Gewalt, von Ideologien zur physischen Vernichtung und weltanschaulichen Ausgrenzung ethnischer, sozialer oder politischer Gruppen.⁶ Während „radikal“ auf die weltanschaulichen Grundbedingungen und normativen Werthaltungen einzelner Akteure oder Gruppen verweist, wird im

- 5 Vgl. die neuere Forschung zum ADV: Johannes Leicht, *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn 2012; Björn Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League 1914–1939*, Ph. D. Georgetown 2012; Larry E. Jones, *The German Right in the Weimar Republic. New Directions, New Insights, New Challenges*, in: ders. (Hrsg.), *The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism*, New York/Oxford 2013, S. 1–24; Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945*, Darmstadt 2001; James Retallack, *The German Right 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination*, Toronto 2006; Barry Jackisch, *The Pan-German League and Radical Nationalist Politics in the Weimar Republic 1918–1939*, Farnham 2012. Zum Antisemitismus des Alldeutschen Verbandes vgl. Hering, *Konstruierte Nation*, S. 187–219; Michel Korinman, *Deutschland über alles. Le Pangermanisme 1890–1945*, Paris 1999; Werner Jochmann, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft 1871–1945*, Hamburg 1988, S. 99–170; Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Hamburg 1970, S. 15–88.
- 6 Stephan Malinowski hat darauf hingewiesen, dass Analysen langfristiger Radikalisierungsprozesse von Gruppen, Milieus, Parteien und Verbänden die weiterhin notwendige methodische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Radikalisierung ermöglichen, ders., *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, 2. Aufl., Berlin 2003, S. 18 f.

folgenden Beitrag „Radikalisierung“ als ein relationaler Prozess verstanden, der eine Untersuchung der Dynamisierung von Weltanschauung und politischem Handeln in Phasen fundamentaler politischer, sozialer und kultureller Umbrüche ermöglicht.⁷ Betont werden soll, dass die Einbeziehung von konkreten Radikalisierungsmomenten und von sich durch Lernprozesse verändernden Interessen die weltanschauliche Analyse des alldeutschen Antisemitismus um die politische Dimension von Mobilisierungsstrategien des Verbandes wesentlich erweitert.

„Reichsfeinde“ und „Fremdvölkische“ – Antisemitismus in der alldeutschen Verbandsleitung 1912–1914

Antisemitismus ist im ADV seit seiner Gründung 1891 mit variierender Intensität diskutiert worden.⁸ Nach anfänglichen Versuchen der Ortsgruppen Hamburg und Berlin, Antisemitismus zur offiziellen Politik des Verbandes zu erheben, gelang es durch Interventionen führender Verbandsmitglieder, Forderungen nach der gesellschaftlichen Exklusion von Juden und somit eine konsequente Umsetzung alldeutscher Ordnungskonzepte zurückzustellen. Auch Konflikte um den Ausschluss von Juden aus dem ADV brachen in einzelnen Ortsgruppen um die Jahrhundertwende immer wieder auf. Derartige Vorstöße wehrte Ernst Hasse, Claß' Vorgänger als Verbandsvorsitzender, zunächst ab, um den Verband für gemäßigte Mitglieder offenzuhalten. Hasse wollte – so geht es aus seinen umfassenden Schriften zur Siedlungs- und Bevölkerungspolitik hervor – keine radikale „Ausreibung aller Menschen jüdischer Abstammung“, sondern stattdessen eine Beendigung der Einwanderung von Juden vor allem aus Russland bei gleichzeitiger forciertem Assimilationspolitik.⁹

Der Einfluss von antisemitischen Mitgliedern wie Fritz Bley, Paul Dehn und Erich Stolte reichte zunächst nicht aus, um vereinzelt Forderungen nach einem Verbot jüdischer Mitglieder, wie sie erneut in der Ortsgruppe Hamburg 1901

7 Vgl. Eitan Alimi/Chares Demetriou/Lorenzo Bosi, *Radicalization. A Relational and Comparative Perspective*, Oxford 2015, S. VII–VIII, S. 9, S. 11, S. 25 f.

8 Peter Pulzer, *Jews and the German State. The Political History of a Minority 1848–1933*, Detroit 2003 [1992], S. 175.

9 Ernst Hasse, *Die Zukunft des deutschen Volkstums*, München 1907, S. 67 f.

erhoben wurden, durchzusetzen. Weitere Verbandsmitglieder wie der Übersetzer des Rassetheoretikers Arthur de Gobineau, Ludwig Schemann, oder der österreichische Redakteur der *Alldeutschen Blätter*, Paul Samassa, popularisierten Antisemitismus und Rassismus weiterhin im Verband, bis Claß mit der Übernahme des Verbandsvorsitzes die breitere Diskussion um Antisemitismus im Verband öffnete.¹⁰

Claß' frühe weltanschauliche Sozialisation im Umfeld des völkischen Deutschbundes sowie seine Fortführung der Überlegungen für eine völkische Germanisierungs- und Expansionspolitik seines Vorgängers Hasse und der Siedlungsgedanken des alldeutschen Gründungsmitgliedes Alfred Hugenberg waren Grundlagen für antisemitische Grundüberzeugungen und imperiale Planungen, die der Verbandsvorsitzende seit der Jahrhundertwende zunehmend in Konzepten der Unterdrückung von kulturellen und ethnischen „Fremdvölkischen“ im Deutschen Reich sowie deren Ausweisung in zukünftig zu erobernden „Lebensraum“ auf dem europäischen Kontinent zusammendachte.¹¹ Sein Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ markierte 1912 eine umfassende Darlegung seiner Forderungen nach autoritären Reformen auf Reichsebene, imperialer Expansion und ethnischer Homogenisierung. Claß' Autorenschaft war nur wenigen Vertrauten bekannt, weshalb die Publikation nicht als programmatische Schrift des Verbandes wahrgenommen werden konnte.

Zentrale Forderungen des *Kaiserbuchs* waren die Rücknahme der rechtlichen Gleichstellung der Juden, die mit der Verfassung von 1871 für das gesamte Deutsche Reich garantiert wurde, der Ausschluss von Juden aus öffentlichen Ämtern und von entscheidenden Stellungen des kulturellen Lebens sowie die Schließung

10 Vgl. Chickering, *We Men Who Feel Most German*, S. 230–245; Julian Köck, „Die Geschichte hat immer Recht“. Die völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder, Göttingen 2015, S. 184–201; Arne Perras, *Carl Peters and German Imperialism 1856–1918. A Political Biography*, Oxford 2004, S. 181–184.

11 Anonym [Ernst Hasse], *Großdeutschland und Mitteleuropa um 1950*. Von einem Alldeutschen, Berlin 1895; ders., *Deutsche Weltpolitik*, München 1897; ders., *Die Besiedlung des deutschen Volksbodens*, München 1905; ders., *Deutsche Grenzpolitik*, München 1906; ders., *Heimatpolitik*, München 1907; ders., *Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik*, München 1908; Alfred Hugenberg, *Innere Colonisation im Nordwesten Deutschlands*, Straßburg 1891; ders., *Die Besiedlung der norddeutschen Moore*, Hannover 1888; Leicht, Heinrich Claß, S. 70–151.

der Grenzen gegen die Einwanderung von sogenannten Ostjuden.¹² Claß forderte darüber hinaus die Stellung von Juden unter Fremdenrecht, die bereits seit den 1880er-Jahren in den Programmen der Antisemitenparteien zu finden war.¹³ Das Postulat nach Ausweisung von Juden als „Fremdvölkische“ bezog sich bei Claß auch auf andere „Reichsfeinde“ wie die Sozialdemokraten oder „Volksfremde“ wie Polen oder Dänen in Nordschleswig, die durch forcierte Germanisierungspolitik in ihrer Ausdehnung gehindert und im Fall der politischen Opposition ebenfalls ausgewiesen werden sollten.¹⁴

Claß schrieb das *Kaiserbuch* als umfassendes innen- und außenpolitisches Reformprogramm wenige Monate nach den Reichstagswahlen im Januar 1912, bei denen die Sozialdemokratische Partei mit 34,8 Prozent die meisten Stimmen vor den folgenden Stichwahlen erhielt. Das *Kaiserbuch* war somit als Kampfschrift zunächst Ausdruck von Claß' politischer Krisenwahrnehmung, die eine jahrelange Diskrepanz zwischen weltanschaulichen Erwartungen und sich verstärkenden politischen Machtverschiebungen reflektierte und mit Diktaturforderungen bis zum Rassenantisemitismus eine neue Qualität radikaler Politik anzeigte.¹⁵

Zu dem Zirkel von Vertrauten um Claß gehörte auch Gebattel, der das *Kaiserbuch* begeistert gelesen hatte und danach mit ihm in Kontakt trat. Gebattel stimmte mit Claß insbesondere bei den Forderungen wie dem Verbot von Mischehen und dem Vermögenseinzug bei jüdischer Auswanderung aus Deutschland überein. Er kam 1913 zum ADV, nachdem er eine eigene antisemitische Denkschrift ausgearbeitet hatte, die u. a. Mischehen verbot (ausgenommen drei von vier Großeltern waren „arisch“), Juden zur Auswanderung bei Konfiskation von vier Fünfteln bis neun Zehnteln des Vermögens unter Deklarationszwang und Haftpflicht der Banken zwingen und ihre Steuerlast gegenüber anderen deutschen Staatsbürgern verdoppeln sollte, nachdem sie unter Fremdenstatus gestellt waren.¹⁶ 1913 trat Gebattel der Verbandsführung bei und verstärkte die Gruppe

12 Claß, Wenn ich der Kaiser wär', S. 30–39, S. 74–78.

13 Vgl. Uwe Puschner, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001, S. 62 f.

14 Claß, Wenn ich der Kaiser wär', S. 79–90.

15 Leicht, Heinrich Claß, S. 151–164.

16 Gebattel, Denkschrift, S. 47–53; Gebattel an Claß (Daniel Frymann), 28. Mai 1913, BArch N 2089, Bd. 1, Bl. 5.

der Befürworter des Antisemitismus. Auch weitere Mitglieder, die in den folgenden Jahren wesentlich die antisemitische Ausrichtung des ADV fordern sollten, besetzten zentrale Stellen in der Verbandsleitung. Leopold von Vietinghoff-Scheel beispielsweise wurde 1913 Hauptgeschäftsführer, Karl Lohmann kam im selben Jahr in den Geschäftsführenden Ausschuss.

Claß hatte im Juli 1913 erste Aussprachen über die Stellung des Antisemitismus im Geschäftsführenden Ausschuss gefordert, und im Oktober 1913 kuriierten im Ausschuss Vorschläge zur Gründung einer Geheimgesellschaft gegen „jüdischen Einfluss“ in Deutschland und Österreich.¹⁷ Diese scheiterten jedoch, da nicht zuletzt Claß gesetzliche Restriktionen wie gegen die Sozialdemokraten während der „Sozialistengesetze“ nach § 128 des Reichsstrafgesetzbuches befürchtete, der eine Gründung von geheimen Gesellschaften verbot.¹⁸ Diejenigen Mitglieder, die man in den letzten Jahren auch aus der antisemitischen Bewegung für den Verband gewonnen habe, würden bei der Übernahme des Antisemitismus in die alldeutsche Politik den Verlust an liberalen Mitgliedern, die Gebattel auf ein Drittel der knapp 20 000 Mitglieder um 1914 schätzte, nicht aufwiegen.¹⁹ Man sollte daher die „Judenfrage“ nur in den vertraulichen Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses weiter diskutieren. Diskussionen um „Rasse“ nahmen dafür weiterhin großen Raum ein, sie wurden durch die korporative Mitgliedschaft des Verbandes seit 1902 und vor allem durch die Mitgliedschaft zahlreicher Führungspersonen in der Gobineau-Vereinigung wie Claß, Lohmann, dem Essener Generalsuperintendent Karl Klingemann, dem Gründer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie Eduard von Liebert forciert.²⁰ Die Verbindung des ADV zum antisemitischen Bund der Landwirte und zum Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine lose Kooperation für eine nationalistische Sammlungsbewegung von Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft mit dem „Kartell der schaffenden

17 Vgl. Leicht, Heinrich Claß, S. 166 f.; Gröling auf der Sitzung des GA des ADV, 17. Oktober 1913, BArch R 8048, Bd. 661, Bl. 30–38.

18 Sitzung des GA des ADV, 17. Oktober 1913, BArch R 8048, Bd. 661, Bl. 30–38.

19 Gebattel an Claß, 29. Januar 1914, BArch N 2089, Bd. 1, Bl. 99; Gebattel an von Liebert, 26. Juni 1914, ebenda, Bl. 147.

20 Gobineau-Vereinigung. September 1912 – Dezember 1914. Verzeichnis der Mitglieder, Gönner und Förderer, Bayreuth o. D., BArch R 8048, Bd. 458, Bl. 7–12.

Stände“ ermöglichen sollte, führte zu einer Verlagerung des Themas Antisemitismus, die eine antisemitische Mobilisierung eher anderen nationalistischen Interessenverbänden überließ.²¹

Imperiale Expansion, politische und ethnische Homogenisierung: Alldeutsche Kriegsziele 1914

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges war für die Alldeutschen die Grundvoraussetzung, um die seit Jahren geforderte territoriale Expansion des Deutschen Reiches und eine anschließende umfassende Bevölkerungs- und Siedlungspolitik samt ethnischer Homogenisierung umsetzen zu können. Entsprechend umfassend fielen auch die Kriegszielforderungen aus. Claß' Kriegszielprogramm, das er stellvertretend für den ADV im September 1914 nach enger Rücksprache mit Hugenberg, Gebtsattel und Vietinghoff-Scheel fertigte und nach Aussprache im Geschäftsführenden Ausschuss am 28. August 1914 beim Verlag des Alldeutschen Julius F. Lehmann in den Druck gab, stand in auffälliger Kontinuität zum *Kaiserbuch*.²² Claß ließ die Denkschrift gegen die Zensurbestimmungen sowie gegen das Reichsgesetz zur Ausrufung des Belagerungszustandes vom Juni und Juli 1914 im Dezember an 1900 ausgewählte Empfänger und innerhalb der Ortsgruppen des ADV verteilen. Die in der Denkschrift formulierten Forderungen waren weitgehend. Sie umfassten u. a. die Einverleibung Belgiens, die Erweiterung deutschen Kolonialbesitzes durch Gewinn von kolonialem Territorium Frankreichs und Großbritanniens, das Deutschlands Autarkiebestrebungen unterstützen sollte, die Annexion der baltischen Provinzen, die Besetzung Kongress-Polens sowie die Loslösung der Ukraine und Finnlands mit dem Ziel der Schwächung Russlands.

21 Vgl. Axel Griesmer, *Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912*, Düsseldorf 2000, S. 278–292; Geoff Eley, *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, Ann Arbor 1991, S. 316–334.

22 Heinrich Claß, *Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes* [Mainz 1914], BArch R 8048, Bd. 633.

Die ebenfalls postulierte Politik gradueller „Verdrängung“ von „Fremdvölkischen“, etwa den Wallonen in einem zukünftig deutsch-dominierten Belgien bei gleichzeitiger „Eindeutschung“ von Flamen, sowie der millionenfachen Ausweisung von Einheimischen, wie im zu annektierenden Nordfrankreich, entwarf Claß bereits im Zuge der Ersten und Zweiten Marokkokrise von 1904 und 1911.²³ Die Claß'sche Formel „Land frei von Menschen“ war eine radikale Weiterentwicklung alldeutscher Kritik an der preußischen Germanisierungs- und Kolonialisierungspolitik. Die Forderung nach einer klaren Trennung zwischen ethnischen Gruppen in den besetzten Gebieten hatte auch Rückwirkungen auf die alldeutschen Kriegszielforderungen nach einem Ausschluss von Juden aus dem Deutschen Reich sowie aus den zu erobernden Gebieten, als der Zionismus und die Ansiedlung von Europas Juden in Palästina als Lösung für die „Judenfrage“ galt, nicht zuletzt da Palästina unter türkischer Hoheit stand und das Osmanische Reich als verbündete Macht der Mittelmächte agierte.²⁴

Da sich die Alldeutschen bewusst waren, dass eine Kriegsniederlage zu Bürgerkrieg, Revolution und Untergang des Kaiserreichs führen würde, wurden all diese Kriegsziele in der Verbandsführung unter der Voraussetzung eines schnellen Waffenganges, von dem man ausging, postuliert. Man machte sich bei Kriegsbeginn vor allem Gedanken um die praktische Durchführbarkeit von Claß' Ausiedlungsplänen sowie um die Ausgestaltung einer Nachkriegsordnung in Bezug auf die Entschädigungsfrage enteigneter und vertriebener einheimischer Bevölkerungsgruppen in den annektierten Gebieten.²⁵ Nachdem die deutschen Militäroffensiven an der Westfront im Herbst 1914 zum Stehen kamen, wurde Claß aus dem Preußischen Kriegsministerium davor gewarnt, öffentlich Gebrauch von seiner Kriegszieldenkschrift zu machen.²⁶ Die Zensurmaßnahmen der Reichs-

23 Heinrich Claß, *Die Besitzergreifung West-Marokkos, der Anfang und die Voraussetzung praktischer deutscher Weltpolitik*, Leipzig 1904; ders., *Marokko verloren? Ein Mahnruf in letzter Stunde*, München 1904; ders., *West-Marokko deutsch!*, München 1911; Claß, *Denkschrift*, Bl. 182b; Claß, *Erklärung zur Denkschrift über die Kriegsziele*, 22. Dezember 1914, *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes IA Deutschland 169*, R 2558, Bd. 16375; Leicht, *Heinrich Claß*, S. 141–151.

24 Heinrich Claß, *Zum deutschen Kriegsziel*, München 1917, S. 48–52.

25 Vgl. Sitzung des GA des ADV, 28. August 1914, *BArch R 8048*, Bd. 96, Bl. 17–37.

26 Wandel an Claß, 31. Dezember 1914, *BArch R 8048*, Bd. 634, Bl. 221; Ludendorff an Claß, 2. Januar 1915, ebenda, Bl. 230.

regierung richteten sich nach Versand der Denkschrift mit Hausdurchsuchungen auch gegen Claß selbst. Gebtsattel protestierte gegen solche staatlichen Maßnahmen und überreichte dem Reichskanzler im Mai 1915 Richtlinien des ADV für zukünftige Friedensbedingungen, die sich am ausgreifenden Kriegszielprogramm von Claß orientierten.²⁷

Die vorsichtige Haltung der Reichsregierung unter Bethmann Hollweg gegenüber den alldeutschen Kriegsforderungen und vor allem gegenüber deren Veröffentlichung verstärkte die jahrelange Entfremdung zwischen ADV und Reichsregierung. Die Regierung Bethmann Hollweg wurde von den Alldeutschen als zu schwach kritisiert und als „System B“ der innenpolitischen Nachgiebigkeit und der diplomatischen Vorsicht gegenüber den Entente-Mächten bekämpft.²⁸ Der grundlegende Bruch zwischen „Gemäßigten“ und „Annexionisten“ in der deutschen Gesellschaft zeichnete sich mit der „Intellektuelleneingabe“ des Theologen Reinhold Seeberg vom 8. Juni 1915 ab, die unter anderem Claß und Hugenberg mit Blick auf alldeutsche Kriegsziele initiierten.²⁹ Die politischen und konfessionellen Fragmentierungen der Vorkriegszeit, die sozialen Konflikte, die regionalen Unterschiede bei der deutschen Kriegsbegeisterung sowie die kulturellen und ethnischen Trennlinien des Deutschen Kaiserreichs ließen sich durch die alldeutsche Kriegszielbewegung nicht überdecken, die Integrationsideologie sein wollte, jedoch im Zusammenspiel mit den Forderungen des Verbandes nach autoritären innenpolitischen Reformen letztlich vor allem für nationalistische Milieus des Bürgertums und des Mittelstandes attraktiv blieb.

27 Vgl. zum Schriftwechsel zwischen Gebtsattel und Bethmann Hollweg Heinrich Claß, *Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932, S. 400–415.

28 Hans von Liebig, *Die Politik von Bethmann Hollweg*, München 1916; ders., *Das B-System als Sieger*, München 1917.

29 Klaus Schwabe, *Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 105–138; Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003, S. 76 f., S. 94.

Siedlungspolitik, Schließung der Grenzen gegen „Ostjuden“ und „Juden zählen“ im Heer: Außen- und innenpolitische Krisen 1915–1916

Die unbedingte Hoffnung auf die Umsetzung einer umfassenden Germanisierungs- und Siedlungspolitik in den zu besetzenden Gebieten wurde auch in Hugenbergs Kriegszielenkschrift vom März 1915 deutlich. Darin forderte er eine „völkische Flurbereinigung“ durch die Aussiedlung vor allem in den polnischen, litauischen, lettischen, estländischen und weißrussischen Gebieten, zu denen auch Gruppen „des jüdischen Proletariats“ gehören sollten.³⁰ Solche Überlegungen einer umfassenden Aussiedlung von einheimischen Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitiger Ansiedlung von deutschen Siedlern aus dem Deutschen Reich und Umsiedlung von deutschen Siedlern aus dem Russischen Reich wurden bei den Planungen für die Nachkriegsordnung auch in der Reichsregierung und vor allem bei der Heeresleitung erwogen. In der Reichskanzlei wurden dahingehend Gutachten zur Annexion eines „polnischen Grenzstreifens“ zur Aussiedlung der polnischen Bevölkerung eingeholt, was vor allem Friedrich von Schwerin, Regierungspräsident von Frankfurt/Oder und Mitglied des „Posener Freundeskreises“ der Preußischen Ansiedlungskommission um Hugenberg, vertrat.³¹ In der im April 1916 eingesetzten dritten Obersten Heeresleitung (OHL) forderte insbesondere Erich Ludendorff mit Plänen zur „Räumung“ polnischer Gebiete und der Ansiedlung von Deutschen die Nutzung eines Grenzstreifens als Siedlungsland.³²

30 Alfred Hugenberg, Denkschrift, 13. März 1915, Geheimes Staatsarchiv Berlin, I HA, Rep. 89, Geheimes Zivilkabinett, Militaria 11c, Bd. 32425, Bl. 69 ff.

31 Friedrich von Schwerin, Die Besiedlung der an Deutschland angrenzenden jetzt russischen Gebiete mit Deutschen, Januar 1916, BArch R 43, Bd. 2447d, Bl. 1–124; Denkschrift Paul von Hindenburg zur Besiedlung. Abschrift, 6. September 1915, BArch N 2089, Bd. 2, Bl. 242. Zur Preußischen Ansiedlungskommission vgl. Scott M. Eddie, *The Prussian Settlement Commission and Its Activities in the Land Market 1886–1918*, in: Robert L. Nelson (Hrsg.), *Germans, Poland, and the Colonial Expansion to the East. 1850 Through the Present*, New York 2009, S. 39–63.

32 Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*, Berlin 1919, S. 371–372, S. 417, S. 428 f.; Imanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen 1914–1918*, Lübeck/Hamburg 1960, S. 115–144; Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1994 (1961), S. 230–239; Michael Schwarz, *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalsozialistischer und*

Während einerseits die Reichsregierung unter Bethmann Hollweg auch den wechselnden Kriegsverlauf in den Blick nahm und andererseits die Heeresleitung für die eroberten Gebiete im Osten umfassende Siedlungsplanungen in die militärische Besatzungspolitik einbezog,³³ vermittelte die Führung des ADV aktiv zwischen einer Vielzahl von Verbänden, die die Siedlungspolitik konkret organisieren wollten. Der ADV schloss sich im Sommer 1916 der Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung an und unterstützte die Auskunftsstelle Vereinigter Verbände sowie die Hauptvermittlungsstelle Vaterländischer Vereine, die unter anderem die Gesellschaft für innere Kolonisation und den Deutschen Ostmarkenverein für die Diskussion um Reterritorialisierung und Besiedelung der deutsch besetzten Gebiete zusammenbrachte. Die Verbandsführung forderte schließlich in einer Eingabe an den Reichskanzler im Februar 1916 erneut eine „Umwanderungsbewegung grossen Umfanges“,³⁴ während die organisierte Rückkehr von ausgewanderten deutschen Siedlern zur Ansiedlung in besetzten deutschen Gebieten bei gleichzeitiger Aussiedlung „Fremdvölkischer“ von einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und der Schließung der Grenzen gegen ostjüdische Einwanderung begleitet werden sollte.³⁵

Die Schließung der Grenze entwickelte sich neben der Diskussion um die Aussiedlung von „Fremdvölkischen“ in den besetzten Gebieten, zu denen auch

rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, S. 157–183; Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007, S. 207–211.

- 33 Vgl. Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity, and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000.
- 34 Eingabe Alldeutscher Verband an den Reichskanzler, 10. Februar 1916, zit. in Dieter Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik*, 2. Aufl., Göttingen 2003, S. 333.
- 35 1913 war, nicht zuletzt auch nach stetigen Interventionen der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Hasse und Adolf Lehr um die Jahrhundertwende, das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Grundsatz des *ius sanguinis* geändert worden. Stefan Manz, *Constructing a German Diaspora. The „Greater German Empire“ 1871–1914*, New York/London 2014, S. 82–87. Vietinghoff-Scheel ging im August 1914 bereits darüber hinaus und unterschied zwischen „Staatsbürger“ einerseits und „Vollbürger“ andererseits, der Zugang zu allen Staatsbürgerrechten erhalten sollte. Vgl. Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des GA des ADV, 28. August 1914, BAArch R 8048, Bd. 96, Bl. 33 f. Claß vertrat ebenfalls die Überzeugung, ethnische Deutsche hätten als „Kulturträger“ andere zivile Rechte als Polen, Russen oder auch Wallonen in Belgien, denen der Status eines „Untertanenrechtes“ zugesprochen werden sollte. Vgl. ders., *Denkschrift*, Bl. 144.

Juden gezählt wurden, in der alldeutschen Kriegszieldiskussion zur zentralen Forderung. Die aufgrund des Arbeitskräftemangels in der Kriegsindustrie und Landwirtschaft forcierte Arbeiterrekrutierung brachte zusätzlich zu den in Deutschland lebenden 80 000 Ostjuden und 35 000 Kriegsgefangenen sowie den bei Kriegsausbruch inhaftierten ausländischen Ostjuden weitere 35 000 Juden als Arbeiter aus Polen nach Deutschland.³⁶ Die Befürchtungen einer Zuwanderung von osteuropäischen Juden ähnlich einem „Heuschreckenschwarm“ veranlasste Gebattel, in dieser Angelegenheit 1915 bei der bayerischen Regierung für einen Grenzschluss zu intervenieren, um so eine umfassende „Umwanderungsbewegung“ während des Krieges zu steuern.³⁷ Gebattel hatte bereits bei Kriegsausbruch gefordert, dass ein aus dem Russischen Reich herauszulösendes Königreich Polen auch als koloniales Umsiedlungsland für ausweisende Polen aus dem Deutschen Reich fungieren sollte.³⁸

Am 12. Februar 1916 reichte der ADV eine Petition beim Reichskanzler ein, in der die Schließung der Ostgrenze angemahnt wurde, während Claß, Gebattel sowie Emil Kirdorf von der Ruhrindustrie bereits ein Reichseinwanderungsamt forderten, das nach dem Krieg eine umfassende „Volkstumspolitik“ verwalten sowie die befürchtete Einwanderung von bis zu sechs Millionen „Rassefremden“ verhindern sollte.³⁹ Georg Fritz, der im August 1914 dem ADV beitrug und 1915 für den Verband eine Denkschrift zur „Ostjudenfrage“ ausarbeitete, sprach von einem „Völkerchaos“ in Mitteleuropa und einer befürchteten Einwanderung von fünf bis sechs Millionen „jüdischen Mongolen“, wenn die Grenze im Osten nicht geschlossen würde.⁴⁰ Zunächst hatten die Versuche des 1916 beschlossenen „Hindenburg-Programms“ zur totalen Mobilisierung des Arbeitsmarktes für den Krieg

36 Vgl. Jack Wertheimer, *Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany*, New York/Oxford 1987, S. 79–84; Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986, S. 34 ff.

37 Zitat Gebattel, Werner Jochmann, *Die Ausbreitung des Antisemitismus*, in: Werner E. Mosse/Arnold Pauker (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 415. Vgl. auch Sitzung des GA des ADV, 28. August 1914, BArch R 8048, Bd. 96, S. 16.

38 Gebattel an Claß, 4. August 1914, BArch N 2089, Bd. 1, Bl. 179.

39 Alldeutscher Verband, *Betr. Schliessung der Reichsgrenzen gegen unerwünschte Einwanderung*, 12. Februar 1916, BArch R 8048, Bd. 596, Bl. 3–6, Bl. 8–11.

40 Georg Fritz, *Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß*, München 1915, S. 4–44.

Vorrang vor ethnischen Ordnungskonzepten. Auch die Alldeutschen verlagerten einen Grenzschluss in die Zeit nach Kriegsende, und tatsächlich wurde im April 1918 mit dem Frieden mit Russland die preußische Ostgrenze geschlossen.⁴¹

Die alldeutsche Kriegspropaganda hatte Rückwirkungen auf die Verbandsmobilisierung und ließ die Mitgliederzahlen von 18 000 bei Kriegsausbruch auf über 22 000 im Jahr 1916 ansteigen. Jedoch konnte der Zuwachs an Anhängern nicht die Unzufriedenheit der Verbandsführung über den schleppenden Kriegsverlauf nach den ersten Materialschlachten in Verdun Anfang 1916 und dem misslungenen uneingeschränkten U-Boot-Krieg der deutschen Marine gegen die Entente verdecken. Auch die Restriktionen der staatlichen Zensur gegen die *Alldeutschen Blätter*, die nach einem Artikel des Bonner Professors Moritz Trautmann zur Aussiedlung der Bevölkerung in die besetzten französischen Gebieten im Januar 1915 verhängt und erst im November 1916 mit der Freigabe der Kriegszieldiskussion aufgehoben wurden, brachten den Verband weiter gegen die Regierung Bethmann Hollweg auf.⁴² Nun wurde in der Verbandsführung verstärkt eine breitere Sammlung der nationalistischen Anhängermilieus diskutiert. Antisemitismus sollte diese Sammlungsbewegung verbinden. Im April 1916 äußerte Gebattel den Gedanken eines Zusammenschlusses aller „judengegnerischen“ Verbände und Organisationen unter Führung des ADV, der Antisemitismus zur offiziellen Ideologie erheben sollte.⁴³ Ambivalenzen blieben jedoch bestehen, denn Gebattel wollte den Verband weiter öffentlich von „antisemitischen Tendenzen“ fernhalten, da die Basis immer noch nicht bereit für einen solchen Schritt sei.⁴⁴

Stattdessen agierte der ADV über den alldeutschen Abgeordneten Ferdinand Werner, der im Juni 1916 im Reichstag eine antisemitische Petition zu einer „Judenählung“ im Heer einbrachte. Diese sollte – so der Hintergedanke – ergeben, dass die Juden in Deutschland sich vor dem aktiven Militärdienst drücken

41 Alldeutsche Blätter vom 13. 10. 1917.

42 Vgl. Alldeutsche Blätter vom 25. 1. 1915; Gebattel an Hauptleitung, Geschäftsführender Ausschuss, Gesamtausschuss, und Ortsgruppenvorstände, 27. Januar 1915, BArch R 8048, Bd. 98, Bl. 3.

43 Gebattel an Claß, 20. April 1916, BArch R 8048, Bd. 356, Bl. 299 f.

44 Gebattel an Fritsch, 3. April 1916, BArch N 2089, Bd. 3, Bl. 115; Gebattel an Claß, 23. Dezember 1916, ebenda, R 8048, Bd. 661, Bl. 44.

würden.⁴⁵ Claß befürchtete bereits 1914, dass Juden über den Offiziersrang die deutsche Armee zunehmend unterwandern würden.⁴⁶ Auch Gebattel hatte schon früh im Herbst 1915 über eine „Judenstatistik“ nachgedacht, die Rekrutierung und Anzahl der Gefallenen von Juden im deutschen Heer aufschlüsseln sollte, nicht nur um einen Eintritt von Juden in das Offizierskorps nach dem Krieg zu verhindern, sondern vor allem um Juden in Deutschland generell zu diskriminieren, indem man ihnen vorwarf, dass sie im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung zu wenig an der Front gekämpft und Dienst vor allem in der Etappe getan hätten.⁴⁷

Die Alldeutschen sahen sich hingegen als Patrioten im Kriegsdienst. In den *Alldeutschen Blättern* wurde ab November 1914 stolz eine eigene „Ehrentafel“ mit gemeldeten gefallenen Verbandsmitgliedern und der Verleihung von Eisernen Kreuzen geführt. In der Tat hatten zahlreiche Verbandsmitglieder Tote in ihren eigenen Familien zu beklagen, und viele Ortsgruppen „verfielen“ auch wegen der Rekrutierung zum Militärdienst und dem Tod von Mitgliedern an der Front. Mit zunehmender Dauer des Krieges ließen die Rückmeldungen über solche Auflistungen auch aufgrund des vermehrten Zerfalls zahlreicher Ortsgruppen nach. Den Nachweis alldeutscher Heldenhaftigkeit in den eigenen Reihen konnte der Verband nach der zuletzt erschienen „Ehrentafel“ im April 1916 selbst nicht mehr führen.

1916 fand die Propaganda gegen Juden im Militär sowie in staatlichen Institutionen verstärkt politische Resonanz, während gleichzeitig die politische Stimmung im Reichstag von den Nationalliberalen bis hin zu den Deutschkonservativen und einzelnen Vertretern des Zentrums umschlug. Führende Vertreter des antisemitischen Reichshammerbundes wie Theodor Fritsch, der 1916 eine antisemitische Dachorganisation unter Führung des ADV propagiert hatte, und der

45 Egmont Zechlin, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969, S. 525–541; Werner T. Angress, *Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 19 (1976) 1, S. 77–146; ders., *The German Army's „Juden-zählung“ of 1916. Genesis – Consequences – Significance*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), S. 117–138; Jacob Rosenthal, „Die Ehre des jüdischen Soldaten“. Die Juden-zählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen, Frankfurt a. M. 2007.

46 Sitzung des GA des ADV, 28. August 1914, BArch R 8048, Bd. 96, Bl. 7–11.

47 Gebattel an Claß, 3. Oktober 1915, BArch N 2089, Bd. 2, Bl. 253 f.; Gebattel an Claß, 31. Oktober 1915, ebenda Bl. 267 f.

Bundeswart des Reichshammerbundes, Alfred Roth, sandten nun entsprechende Petitionen an die Regierung zum Ausschluss von Juden aus den Steuerungsgremien der zentralisierten Kriegswirtschaft wie der Zentral-Einkaufsgesellschaft unter der Leitung von Albert Ballin sowie dem Kriegsrohstoffamt, das von Kriegsbeginn bis zum Frühjahr 1915 von dem Industriellen Walther Rathenau geleitet wurde. Gebattel versuchte, seinen Schwager Philipp von Hellingrath, der bayerischer Kriegsminister war, dahingehend zu beeinflussen.⁴⁸ Nach der Anordnung der „Judenählung“ im Heer erwog Gebattel schließlich einen erneuten Vorstoß bei Claß, jedoch nahm Gebattel zum Jahresende weiterhin Abstand von einer offiziellen antisemitischen Verbandspolitik.⁴⁹

Politische Polarisierung und gesellschaftliche Revolutionierung: Antisemitismus als Krisen- und Deutungsstrategie 1917–1918

Die Diskussionen in den Führungsgremien zur öffentlichen Positionierung des ADV zur antisemitischen Politik nahmen 1917 zu. Innenpolitische Zuspitzungen zwischen Anhängern eines Friedensschlusses und denen eines „Siegfriedens“ erhöhten den Druck auf den Verband. Die forcierten Diskussionen um antisemitische Politik waren auch Ausdruck einer Mobilisierung emotionaler Ressourcen angesichts zunehmender Kriegsmüdigkeit in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft sowie zunehmender Kriegsernüchterung bei der Verbandsführung.

Die Verdichtung von Entscheidungsprozessen im Verband verstärkte die Gruppenbindung innerhalb der Verbandsführung und führte zudem zu einer welt-

48 Gebattel an Hellingrath, 9. März 1917, BArch N 2089, Bd. 4, Bl. 98 f. Die Ergebnisse der Judenstatistik im Heer wurden nach dem Krieg mit manipulierten Daten unter anderem durch Roth veröffentlicht, während die Heeresverwaltung die offiziellen Zahlen nie vorlegte. Otto Arnim [Pseud. = Alfred Roth], *Die Juden im Heere. Eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen*, München 1919; ders., *Die Juden in den Kriegsgesellschaften*, München 1921. Zur Veröffentlichung aus den Kriegstatistiken, die eine entsprechend dem Bevölkerungsanteil und zuweilen darüber hinausgehende jüdische Teilnahme an der Front bestätigte, vgl. Jacob Segall, *Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914–1918*, Berlin 1922.

49 Gebattel an Claß, 23. Dezember 1916, BArch R 8048, Bd. 661, Bl. 44.

anschaulichen Homogenisierung des Führungspersonals.⁵⁰ Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Machtstruktur im Verband zentralisiert. Der Vorstand und der Geschäftsführende Ausschuss entwickelten sich zu den zentralen Orten politischer Strategieplanung und weltanschaulicher Deutung. Die Hauptleitung bestand während des Weltkrieges nur aus mindestens drei (1916) und höchstens bis zu acht (1918) Mitgliedern vor allem um den engen Führungskreis um Claß, Gebtsattel und Vietinghoff-Scheel, ab 1917 auch um Liebert und Theodor Thomsen, der ab 1919 zum fünfköpfigen Vorstand mit den dezidiert antisemitischen Funktionären Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, Paul Bang und Alfred Krauß erweitert wurde. Der Geschäftsführende Ausschuss wurde zwar von 20 (1914) auf 37 (1919) Mitglieder vergrößert, häufig aber nahmen nur ein Dutzend Mitglieder an den Sitzungen teil.

Auch die Erweiterung des Vorstandes von 99 (1914) auf 146 (1921) Mitglieder stärkte die nationale Führungsebene des Verbandes während des Krieges. Ortsgruppenführer konnten so leichter lokale Interessen in den Führungsgremien einbringen. Zahlreiche Verbindungen zu anderen Verbänden, Parteien und Propagandaorganisationen wie dem Unabhängigen Ausschuss für einen Deutschen Frieden bildeten auch weiterhin die Grundlage alldeutscher Politik auf lokaler Ebene. Jedoch verringerte sich für die Zeit des Weltkrieges der Einfluss der Ortsgruppen auf die Verbandsführung: Personalmangel in zahlreichen Ortsgruppenführungen und ein wegen hoher Mitgliederfluktuation unübersichtlicher Mitgliederbestand bei gleichzeitig zahlreichen Ortsgruppenneugründungen und geringen Personalressourcen begünstigten den Strukturverlust des Verbandes vor Ort.⁵¹ Die Ausdifferenzierung von aktiven Ortsgruppen und solchen mit zahlreichen „Karteileichen“ wurde durch den Weltkrieg vorangetrieben.⁵² Zusätzlich wurden Ausschlussverfahren gegen einzelne Mitglieder ab Herbst 1917 häufiger durch den Geschäftsführenden Ausschuss und nicht mehr durch die einzelnen Ortsgruppen geführt.⁵³

Eine solche Verbandsstruktur vereinfachte Entscheidungsstrukturen, machte den Verband aber auch abhängiger von der Führungsgruppe um Claß. Dieser musste sich wegen Überlastung zunehmend aus dem politischen Geschäft zurück-

50 Vgl. auch Irving L. Janis, *Groupthink*, 2. Aufl., New York 1977, S. 2–13, S. 174 f.

51 Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 508–513.

52 Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des GA des ADV, 26. November 1921, BArch R 8048, Bd. 133, Bl. 20.

53 Sitzung des GA des ADV, 3. Oktober 1917, BArch R 8048, Bd. 115, Bl. 19.

ziehen, ab Frühjahr 1916 häuften sich Nervenzusammenbrüche und anschließende Kuraufenthalte zur Rekonvaleszenz.⁵⁴ Die *Staatsbürger-Zeitung* unterstellte bereits 1917, dass Claß amtsmüde sei.⁵⁵ Auch Gebtsattel und Admiral Max von Grapow, die Claß während seiner Kuraufenthalte vertraten, waren bereits zu Kriegsbeginn über 60 Jahre alt. Zugleich mangelte es an jüngerem Personal in der Verbandsführung.

Der Umstand, dass die Verbandsführung in den Händen weniger zentralisiert war, beeinträchtigte nun eine aktive Mobilisierung von Anhängern angesichts zunehmender Dauer und Komplexität des Kriegsverlaufs. Das Scheitern des U-Boot-Krieges im Frühjahr 1917, der Kriegseintritt der USA im April 1917, nachdem bereits Italien, Rumänien und Bulgarien von den Mittelmächten abgefallen waren, machten deutlich, dass die alldeutschen Forderungen nach einem „Siegfrieden“ immer unrealistischer wurden. Die Bemühungen von Reichskanzler Bethmann Hollweg und der Mehrheitsparteien der SPD, des Zentrums und der Linksliberalen im Reichstag für eine innenpolitische Friedens- und Wahlrechtsreform stellten die Politik eines alldeutschen „Siegfriedens“ grundsätzlich infrage. Gleichzeitig stärkte die Erosion des „Burgfriedens“ vom August 1914 die Macht der Parteien im Parlament wie auch der außerparlamentarischen Interessenvertretungen. Diese Entwicklung begann bereits mit der Einrichtung eines Hauptausschusses, in dem die Mehrheitsparteien über die Kriegspolitik berieten. Die Kooperation zwischen Sozialdemokraten, Liberalen und Zentrum wurde 1916 mit dem Interfraktionellen Ausschuss noch gefestigt und beeinflusste den Gesetzgebungsprozess schließlich wesentlich.⁵⁶ Die Revolutionierung der deutschen Kriegsgesellschaft wurde mit der Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokraten von der SPD im April 1917 nur allzu deutlich. Die „Osterbotschaft“ des Kaisers vom April 1917, die die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Einführung eines geheimen und direkten (nicht gleichen) Wahlrechts für die Zeit nach dem Krieg ankündigte, stand den alldeutschen Bemühungen um eine soziale Verschärfung des Wahlrechts durch eine Verfeinerung des ungleichen Steuerklassenwahlsystems zusätzlich entgegen.

54 Gebtsattel to Mathilde Claß, 3. Mai 1916, BArch R 8048, Bd. 356, Bl. 306 f.

55 *Staatsbürger-Zeitung* vom 10. 6. 1917.

56 Wolfgang Kruse, *Der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2009, S. 34 f.

Für Claß war die neue „demokratische Bewegung“, zu der er auch den Kaiser und den Reichskanzler zählte, von Juden initiiert, und er befürchtete, dass die „größten Gefahren“ jetzt auf dem „Gebiet der inneren Politik“ lägen.⁵⁷ Statt der Durchsetzung der „demokratischen Bewegung“ sollte eine Expertenaristokratie eine echte Demokratie sicherstellen, in der nach dem Vorbild des Ständestaates ein exklusiver „Volksrat“ regieren sollte, so Claß. Auch Gebtsattel sah den Adel und die nationalistischen Kreise des Bürgertums in der Pflicht, jetzt den „Kampf gegen Juden“ aufzunehmen.⁵⁸ Man wollte aber weiterhin „den Puls der öffentlichen Meinung“ messen, um den Verband nicht zu gefährden.⁵⁹

Im Fragmentierungsprozess der deutschen Kriegsgesellschaft waren Juden in der Wahrnehmung der Alldeutschen ernsthafte Konkurrenten um politischen und weltanschaulichen Einfluss.⁶⁰ Liberale Zeitungen wie die auflagenstarke *Frankfurter Zeitung* oder das *Berliner Tageblatt* wurden als Meinungsblätter für Pazifismus und „alljüdische“ Verschwörungen gegen einen „Siegfrieden“, wie ihn Claß seit dem Vorabend des Weltkrieges angedacht hatte, bekämpft.⁶¹ Die Alldeutschen fühlten sich in den Diskussionen um einen Friedensschluss aufgrund verstärkter öffentlicher Angriffe zunehmend selbst „im Mittelpunkt einer nachgerade hysterisch anmutenden Hetze“; man fühle sich „für jeden Schreiber vogelfrei“.⁶² Die Erfahrung der Isolation, in weiten Teilen der Öffentlichkeit als kompromisslose „phantastische“⁶³ Kriegsverlängerer bekämpft zu werden, intensivierte nicht nur die alldeutsche Propaganda gegen „Flaumacher“, sondern brachte Claß auch in Rechtfertigungsnot in Bezug auf seine radikalen Kriegsziele.⁶⁴

Das Jahr 1917 markierte daraufhin den Beginn einer Medien-Offensive des ADV. Nachdem bereits die *Alldeutschen Blätter* als Meinungsblatt des Verbandes 1915/16 mit einem verbindlichen Abonnement nun an alle Mitglieder ausgeliefert

57 Claß an Gebtsattel, 7. April 1917, BArch N 2089, Bd. 4, Bl. 144.

58 Gebtsattel an Baumann, 12. Juni 1917, BArch N 2089, Bd. 4, Bl. 329; Claß auf der Sitzung des GA des ADV, 14. April 1917, BArch R 8048, Bd. 113, Bl. 4.

59 Claß an Gebtsattel, 4. Juli 1917, BArch R 8048, Bd. 661, Bl. 47.

60 Alldeutsche Blätter vom 29. 6. 1918.

61 Vgl. auch Alldeutsche Blätter vom 19. 1. 1918.

62 Alldeutsche Blätter vom 10. 3. 1917.

63 Leopold von Vietinghoff-Scheel, Zum deutschen Kriegsziel, in: Alldeutsche Blätter vom 21. 7. 1917.

64 Alldeutsche Blätter vom 6. 1. 1917.

wurden, wurde im selben Jahr auch die Zeitschrift *Deutschlands Erneuerung* vornehmlich für ein bürgerliches Publikum gegründet, während die *Deutsche Zeitung* breitere nationalistische und völkische Leserschaften gewinnen sollte.⁶⁵ Die Alldeutschen waren an der Gründung beider Zeitungsunternehmungen beteiligt, Claß fungierte dabei zugleich als Herausgeber und Vorsitzender der Treuhandgesellschaft. Zur Folge hatten diese medialen Unternehmungen jedoch, dass antisemitische Propaganda erneut aus dem Verband ausgelagert wurde. Nicht die *Alldeutschen Blätter*, sondern die *Deutsche Zeitung* wurde seit dem Sommer 1917 zum Hauptorgan antisemitischer Aufsätze. Claß publizierte im Juni 1917 einen ersten öffentlichen Angriff in der *Deutschen Zeitung*, und er bat Gebattel, diesen offiziell zu zeichnen. Zentraler Punkt des Artikels war die Behauptung, alle demokratischen Parteien stünden unter Einfluss von Juden.⁶⁶ Der Angriff verfiel jedoch nicht, die Resonanz blieb weitgehend aus. Auch im Gesamtvorstand des Verbandes war man sich deshalb einig, dass man nichts übereilen sollte.⁶⁷ Die Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Reichstages vom Juli 1917 diffamierte Claß in der *Deutschen Zeitung* – erneut unter dem Namen von Gebattel – als Bestreben nach einem „Judenfrieden“.⁶⁸ Während Claß und Gebattel auf diese Weise die Mobilisierungspotenziale des Antisemitismus ausloteten, wurde außerhalb des ADV auf breiterer Basis eine nationalistische Sammlungsbewegung organisiert, die nicht vornehmlich auf den Antisemitismus setzte.

Die Polarisierung zwischen radikaler Linker und Rechter führte zu organisatorischen Neuordnungen, die durch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei als großer Sammlungsversuch der nationalen Rechten im September 1917 eine neuerliche Verschärfung erfuhr. Die Planungen zur Parteigründung vor allem

65 *Deutschlands Erneuerung* zählte im Sommer 1917 bereits 3500 Abonnenten. Die *Deutsche Zeitung* hatte eine Auflage von 37 000 im Januar 1918. Lehmann an Gebattel, 31. Juli 1917, BArch N 2089, Bd. 4, Bl. 413; Liebert an Gebattel, 23. Januar 1918, ebenda, Bd. 5, Bl. 55.

66 Konstantin von Gebattel [Heinrich Claß], Alldeutsch – vielleicht alljüdisch, in: *Deutsche Zeitung* vom 18. 6. 1917. Vgl. auch Johannes Leicht, „Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?“ Rassistische und antisemitische Gedanken in der Agitation des Alldeutschen Verbandes in den Jahren 1891–1919, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 13 (2004), S. 111–137.

67 Gebattel an Hauptmann Lüders, 3. Juli 1917, BArch N 2089, Bd. 4, Bl. 360; Gebattel an Bodelschwingh, 5. Juli 1917, ebenda, Bl. 365.

68 Konstantin von Gebattel [Heinrich Claß], Judenwahlen – Judenfrieden?, in: *Deutsche Zeitung* vom 21. 9. 1917. Vgl. auch Leicht, Heinrich Claß, S. 243–248.

durch Wolfgang Kapp und Alfred von Tirpitz unterstrichen jedoch die Trennlinien der verschiedenen Bewegungen der Rechten, und bei der Besetzung von zentralen Parteiämtern brachen personelle Konkurrenzen offen aus. Vom ADV hielten sich die führenden Politiker der Vaterlandspartei um Kapp und Tirpitz weitgehend fern, sie suchten vor allem eine strategische Kooperation.⁶⁹ Die Verbandsführung begleitete die Sammlungspolitik der Deutschen Vaterlandspartei, die mit über 2500 Ortsgruppen schätzungsweise bis 800 000 auch korporativ angeschlossene Mitglieder organisierte,⁷⁰ mit großer Sympathie. In vielen alldeutschen Ortsgruppen waren die Verbindungen zwischen Verband und Partei äußerst eng – vor allem in Brandenburg, Bayern, Schlesien, Berlin, der Provinz Westfalen, Sachsen und Thüringen.

Die Alldeutschen richteten ihre Hoffnung nun nicht mehr so sehr auf einen „Siegfrieden“ mit weitreichenden Annexionen sowie auf die Realisierung einer homogenen und von Klassegegensätzen befriedeten „Volksgemeinschaft“, sondern zunehmend auf eine innenpolitisch durchgreifende Militärdiktatur durch die OHL unter Paul von Hindenburg und Ludendorff sowie auf die Entlassung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg.⁷¹ Planspiele für eine zivil-militärische Diktatur hatte die Verbandsführung bereits am Vorabend des Ersten Weltkrieges diskutiert.⁷² Die lange geforderte Entlassung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg im Juli 1917 war für die Alldeutschen aber auch ein weiteres Zeichen grundsätzlicher Labilität der Führung der Reichsregierung, die auch Bethmann Hollwegs Nachfolger Georg Michaelis, Georg von Hertling und Prinz Max von Baden nicht stabilisieren konnten.

Außenpolitische Erfolge konnten aus Sicht der Alldeutschen die Führungsschwäche der Regierung nur bedingt überdecken. Mit der Russischen Revolution schienen überraschend alldeutsche Expansionsplanungen im Osten mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu gelingen, als dem Deutschen Reich große

69 Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997, S. 352–362; Raffael Scheck, *Alfred von Tirpitz and German Right-Wing Politics, 1914–1930*, Atlantic Highlands 1998, S. 65–81.

70 Vgl. Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei*, S. 180–183.

71 *Alldeutsche Blätter* vom 27. 1. 1917.

72 Hartmut Pogge von Strandmann, *Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg*, in: ders./Immanuel Geiss, *Die Erforderlichkeit des Unmöglichen*, Frankfurt a. M. 1965, S. 5–45.

Zugewinne an Land garantiert wurden, das zur Ansiedlung von Deutschen eine umfassende Germanisierungspolitik der „freie[n] Hand“ ermöglichen sollte.⁷³ Auch der Separatfrieden mit der Ukraine beflügelte weitergehende alldeutsche Kriegszielfantasien nach einem „volle[n] Sieg im Osten vom Weißmeer bis zum Schwarzmeer“.⁷⁴

Umso mehr wurden die alldeutschen Hoffnungen auf eine umfassende imperiale Erweiterung durch die Realitäten an der Westfront begrenzt. Die gescheiterten deutschen Westoffensiven zwischen März und Juli 1918 sowie der Durchbruch der Alliierten bei Amiens im August 1918 nährten weiter die Befürchtung einer deutschen Kriegsniederlage, zumal die führende Rolle des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und dessen „14-Punkte“ für einen Friedensschluss und eine Nachkriegsordnung, die auf Annexionen verzichtete, das Szenario einer Niederlage im Zweifrontenkrieg immer wahrscheinlicher machte. Gebattel sprach jetzt vom „Kampf zwischen Heldentum und Händlertum, zwischen Germanen und Juden“ und erklärte die Auseinandersetzung mit den Entente-Mächten zum weltanschaulichem „Existenzkampf“.⁷⁵ Die Sammlungsbewegung der Deutschen Vaterlandspartei erschien ihm längst nicht mehr geeignet für die Mobilisierung breiterer Schichten für einen „Siegfrieden“.⁷⁶ Auch Claß blieb zunächst vorsichtig und verwies im Sommer 1918 erneut darauf, dass der Verband „Schaden leiden“ würde, wenn er den Antisemitismus „auf seine Fahne schriebe“.⁷⁷ Die Zusammenfassung aller nationalistischen und völkischen Verbände, so Gebattel, sollte aber weiter die Grundlage für den zukünftigen „Kampf mit dem gesamten Judentum“ sein.⁷⁸

Die Verschärfung der innenpolitischen Situation durch die Friedensgespräche des Reichstages mit dem amerikanischen Präsidenten und der Rückzug von Hindenburg und Ludendorff aus der politischen Verantwortung mit der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand im Oktober 1918 ließen Claß' Hoffnungen

73 Alldeutsche Blätter vom 16. 2. 1918.

74 Alldeutsche Blätter vom 16. 3. 1918.

75 Gebattel an Pezoldt, 11. Juli 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 168 f.; Gebattel an Pezoldt, 13. August 1918, ebenda, Bl. 238.

76 Gebattel an den Bayerischen König Ludwig III., 14. August 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 249.

77 Gebattel an Pezoldt, 11. Juli 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 168 f.

78 Gebattel an Claß, 9. Juli 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 174.

auf eine starke Regierung der „nationalen Verteidigung“ endgültig schwinden.⁷⁹ In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes im September 1918 wurde die Einrichtung eines gesonderten „Judenausschusses“ unter der Leitung von Gebattel und unter Mitwirkung von antisemitischen Aktivisten wie Fritsch beschlossen.⁸⁰ Gebattel wollte, dass der Verband nun entschieden die Führungsrolle innerhalb der „außerparlamentarischen Opposition“ anstreben solle, denn das was „an Mitgliedern auf der einen Seite verloren“ ginge, könnte jetzt „auf der anderen Seite zehnfach“ dazugewonnen werden.⁸¹ Er verwies auf die Demokratisierungsbewegung und die zunehmende Zahl von Befürwortern eines Friedensschlusses ohne Annexionen, als er die Beeinflussung der Volksmassen durch „Aufklärung“ anmahnte, damit „das Judentum in uns selber“ durch „Ausmerzungen aller undeutschen auf Gewinn und Wohlleben gerichteten Regungen“ bekämpft werden könne.⁸² Hier überschlug sich politischer Aktivismus. Man orientierte sich nicht an den Ressourcen der Verbandsführung, die weder Personal noch konkrete Konzeptionen für eine praktische Politik des „Judenausschusses“ vorweisen konnte, sodass die Aktivitäten auch noch über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses im Oktober 1918 hinaus zunächst ruhten, als schließlich mit klarer Mehrheit Antisemitismus als offizielle Politik des Verbandes beschlossen wurde.

Antisemitische Mobilisierung durch ausgelagerte Organisation 1918–1920

Für die Alldeutschen offenbarte die Revolution das weltanschauliche und politische Scheitern des ADV. Besonders erstaunt war man in der Verbandsleitung über den umfassenden Umsturz von Millionen von „Volksgenossen“, an dem der Verband

79 Claß Sitzung des GA des ADV, 19./20. Oktober 1918, BArch Bd. 121, Bl. 67; Entschließung der Hauptleitung und des GA des ADV, 20. Oktober 1918, in: Alldeutsche Blätter vom 26. 10. 1918.

80 Sitzung des GA des ADV, 13. September 1918, BArch R 8048, Bd. 120, Bl. 22b; Sitzung des GA des ADV, 19./20. Oktober 1918, ebenda, Bd. 121, Bl. 75 f..

81 Gebattel an den GA des ADV, 16. Oktober 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 298.

82 Gebattel an Claß, 20. Oktober 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 303.

beinahe zerbrochen wäre.⁸³ Die fundamentale Erschütterung der politischen Verhältnisse stellte den Verband vor die grundsätzliche Herausforderung, sowohl die Kriegsniederlage zu deuten als auch die weitere Existenz des ADV zu rechtfertigen. Als der Reichskanzler Prinz Max von Baden am 9. November 1918 nach fast einem Monat Amtszeit die Regierungsgewalt an den Parteivorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, übergab und der Kaiser abdankte, rief Claß dazu auf, sich in dieser Situation mit einer antisemitischen Mobilisierungsoffensive weiter zurückzuhalten, sich „bei der jetzigen Sachlage rein abwartend zu verhalten“ und seine „Kräfte in den Dienst der Ordnung zu stellen“.⁸⁴ Auch Gebattel sah die fundamentalen Wirkungen der Revolution und bedauerte, dass man die in völkischen Kreisen weitverbreitete Judenfeindschaft jetzt „nicht ausnutzen kann“ und man „bei dem entsetzlichen Überstürzen der Ereignisse“ die „Leute gar nicht zusammen“ bekomme.⁸⁵ Claß formulierte stattdessen erste Versatzstücke der Dolchstoßlegende. Das Deutsche Reich hätte demnach militärisch weiter standhalten können, wenn durch jüdische Beeinflussung die „Heimat der Front nicht in den Rücken gefallen wäre. Dass dies geschehen, ist kein Zufall!“⁸⁶ In der 1919 erschienenen Neuauflage seiner *Deutschen Geschichte* unterstellte er jüdische Verbindungen zur Novemberrevolution und den damit verbundenen „Hochverrat am deutschen Staat“.⁸⁷

Der antisemitische Angriff des ADV auf die Juden sollte auch noch zur Jahreswende 1918/19 auf die Zeit nach einem Friedensschluss und nach den Wahlen zur ersten Nationalversammlung im Januar 1919 verschoben werden.⁸⁸ Erst mit dem Verbandstag in Bamberg im Februar 1919 trat der ADV erneut an die

83 Aufruf des ADV an seine Mitglieder, 15. November 1918, BArch R 8048, Bd. 601, Bl. 46.

84 Claß an Gebattel, 9. November 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 345.

85 Gebattel an Claß, 10. November 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 346.

86 Claß an Gebattel, 17. Dezember 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 369.

87 Claß dazu, „Diese Juden sind und bleiben letzten Endes die Urheber des Umsturzes. Die unabhängige Sozialdemokratie ist eine jüdische Gründung, ihre Führer waren Juden, ihre Verschwörer- und Zerstörerarbeit jüdisch – und als der Umsturz selbst kam tauchten Juden überall als örtliche Treiber auf, wurden die Wortführer in den Arbeiter- und Soldatenräten, nahmen die Posten von ‚Volksbeauftragten‘, von Staatssekretären und Ministern in Anspruch, ließen durch ihre Presse die Massen weiter aufpeitschen, wühlten und hetzen zu neuem Aufruhr, zu steten Aufständen.“ Einhart [Pseud. = Heinrich Claß], *Deutsche Geschichte*, 8. neu bearb. und erw. Aufl., Leipzig 1919, S. 740.

88 Gebattel an Major Baumann, 30. Dezember 1918, BArch N 2089, Bd. 5, Bl. 376 f.

Öffentlichkeit – begleitet von Diskussionen um eine Umbenennung in „Bismarck Verband“ und einem möglichen Umzug der Hauptgeschäftsstelle von den erst 1916 in Berlin bezogenen Büroräumen ins überschaubare Eisenach, um politischen Anfeindungen in der unübersichtlichen Reichshauptstadt aus dem Weg gehen zu können.⁸⁹ Die „Bamberger Erklärung“ bettete die alldeutschen Angriffe auf Juden in den größeren Zusammenhang von Kriegsniederlage, Revolution, Demokratisierung und Bekämpfung der Weimarer Republik ein. Die zukünftige Politik habe sich danach zu richten, so die Erklärung, dass „Deutschland den Deutschen gehört und dass es demgemäß in allen inneren, äußeren, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen geleitet werde“. Die Juden seien ein „volksfremder Bestandteil der Reichsbevölkerung“, die „Zurückweisung ihrer Machtansprüche“ habe daher nichts mit Glaubensfragen zu tun.⁹⁰ Die Änderung der Verbandssatzung im Oktober 1919 verengte dann das Verbandsziel auf die „Bekämpfung aller Kräfte, welche die völkische Entwicklung des deutschen Volkes hemmen oder schädigen, insbesondere der Fremdsucht und der auf fast allen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten bestehenden jüdischen Vorherrschaft“.⁹¹

Prominente jüdische Vertreter in der Revolutionsregierung des Rates der Volksbeauftragten wie auch im neuen preußischen Kabinett verstärkten sowohl die antisemitische Propaganda der Alldeutschen gegenüber der Weimarer Republik wie auch konkretere Planungen für die Institutionalisierung antisemitischer Politik.⁹² Die halbstaatliche Privatisierung nationaler Sicherheit durch Heimwehren und Freikorpsverbände verwies auf die innenpolitische Fortdauer des Kriegszustandes, wobei paramilitärische Verbände zur „Säuberung“ von linken Gegenutopien und zur Niederschlagung kommunistischer Aufstände wie dem Spartakus-Aufstand in Berlin im Januar 1919, der „Blutwoche“ in Berlin und den Räterepubliken in Bremen und Bayern im Frühjahr 1919 eingesetzt wurden.⁹³

89 Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 160 ff.

90 Erklärung des ADV, 16. Februar 1919, BArch R 8048, Bd. 123, Bl. 48 f.

91 Sitzung des ADV, Oktober 1919, BArch R 8048, Bd. 4, Bl. 60.

92 Vgl. auch Pulzer, *Jews and the German State*, S. 208 f., S. 271–286.

93 Heinrich August Winkler, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 19942, S. 69–86; S. 109–142; Wolfgang Hardtwig, *Gewalt in der Stadt 1917–1933. Erfahrung – Emotion – Deutung*, in: Friedrich Lenger (Hrsg.), *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, München 2013, S. 1–24; Robert Gerwarth, *Bolshevism as Fantasy. Fear of Revolution and Counterrevolutionary Violence in Europe*

Die Gründung des antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DSTB, 1919–1922/23) auf Initiative von Claß, Gebtsattel und Fritz im Februar 1919 erfolgte in dieser Atmosphäre umkämpfter staatlicher Legitimität. Der „Judenausschuss“ vom Herbst 1918 wurde zum vorbereitenden Gremium für die Gründung des neuen antisemitischen Bundes. Gebtsattel übernahm formal die Geschäftsleitung, während Roth die Organisation als Hauptgeschäftsführer weitgehend unabhängig führte.

Die Propaganda des DSTB brachte der zersplitterten antisemitischen Bewegung bis zum Verbot des Bundes 1922/23 großen Zulauf. Der DSTB fungierte als wichtigste frühe weltanschauliche Sozialisations- und politische Mobilisierungsinstanz der antisemitischen Rechten. Die Ausdifferenzierung und organisatorische Verzweigung des Alldeutschen Verbandes schienen dem Anspruch der Verbandsführung auf exklusivere Mitgliedschaft im ADV zu entsprechen. Die Organisation des DSTB stand in einem größeren Zusammenhang alldeutscher Mobilisierung zu Beginn der Weimarer Republik. Erfolgreich verlief zunächst auch die Mobilisierung des ADV in Österreich. Dort wurde am 1. April 1919 der Alldeutsche Verband mit Sitz in Graz gegründet. Der Niedergang der alldeutschen Bewegung des Habsburgerreiches bis zum Tod seines Führers, Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), beförderte jetzt zusammen mit der parteiübergreifenden großdeutschen Anschlussbewegung in Deutschland und Österreich nach dem Weltkrieg den rapiden Anstieg an Mitgliedern. Während der ADV bis 1922/23 seinen höchsten Mobilisierungserfolg mit 39 000 Mitgliedern in Deutschland und 1923 über 17 000 Mitgliedern in Österreich verzeichnen konnte, lagen die Mitgliederzahlen beim DSTB bei 160–180 000 Mitgliedern in Deutschland und Österreich.⁹⁴

Das Jahr 1923 war der Höhepunkt alldeutscher Mobilisierung. Der ADV konnte jedoch seinen Mitgliedern über die Gründung des DSTB hinaus nicht auf breiter Basis die Straße als „politischen Aktionsraum“⁹⁵ als neue Form der politischen Gewalt innerhalb der völkischen und radikalen Rechten der Nachkriegs-

1917–1923, in: ders./John Horne (Hrsg.), *War and Peace. Paramilitary Violence in Europe after the Great War*, Oxford 2012, S. 40–51.

94 Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 495; Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 89 f., S. 361.

95 Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen, 2001, S. 363.

zeit erschließen. Bücher, Zeitschriften und Zeitungen sowie die bildungsbürgerliche Form des gelehrten Vortrages waren weiterhin die Hauptarenen alldeutscher Selbstdarstellung. Auch die Verbandsstruktur des DSTB blieb, Stefan Breuer zufolge, ganz von der Honoratiorenhaftigkeit seiner Führungsgremien gekennzeichnet, die sich im ADV zunehmend verfestigte und die Konkurrenz mit radikaleren und jüngeren Bewegungen der paramilitärischen Rechten erschwerte.⁹⁶

Antisemitische Radikalisierung des Alldeutschen Verbandes – Deutungen

Der Erste Weltkrieg ist in der historischen Forschung als entscheidende Umbruchphase für weltanschauliche und politische Radikalisierungen der Rechten und der Linken verstanden worden. Zuletzt ist auf die „strukturbildende Dynamik“ des Ersten Weltkrieges hingewiesen und die radikalisierende Kraft solcher „großen Kriege“ für die Verstärkung von Feindbildern betont worden.⁹⁷ Der Beitrag hat versucht zu zeigen, dass auch antisemitische Radikalisierungen im ADV nicht nur in der autoritären, rassistischen und imperialen Weltanschauung, sondern in konkreten Kontexten von sich verändernden politischen Konstellationen, Mobilisierungsstrukturen und Krisenerfahrungen verortet werden müssen. Radikalisierungsprozesse erscheinen dann nicht nur als praktische Manifestationen von Weltanschauung. Werte und Normen werden vielmehr als sich über längere Zeiträume veränderbare sowie in Zeiten fundamentalen gesellschaftlichen Umbruchs verdichtende Überzeugungen verstanden, die auch abhängig von sich verändernden *political opportunity structures* in den Machtbeziehungen zwischen Militär, Bürokratie, Monarchie, Parteien und Verbänden sowie der Öffentlichkeit Radikalisierungsprozesse ermöglichen.⁹⁸

96 Stefan Breuer, *Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945*, Stuttgart 2010, S. 249 f.

97 Volker Kruse, *Kriegsgesellschaftliche Moderne. Zur strukturbildenden Dynamik großer Kriege*, Konstanz 2015; Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.

98 Vgl. William A. Gamson, *Talking Politics*, Cambridge 1992; Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge 1996; Doug

Mit der zunehmenden Fragilität des „Burgfriedens“ und dem Scheitern der umfassenden Kriegsziele wurde Antisemitismus als politische Strategie in der Verbandsführung seit 1917 verstärkt diskutiert, mit der Revolutionierung der deutschen Gesellschaft und der Kriegsniederlage gelang dieser Strategie zwischen Oktober 1918 und Februar 1919 schließlich der Durchbruch. Die Erfahrung von Kriegsniederlage, Revolution und Demokratisierung zeigte die zerbrechliche Kohärenz der alldeutschen Weltanschauung und das Versagen alldeutscher Politik, nicht zuletzt da der Weltkrieg die sozialen und politischen Fragmentierungen nur verstärkte. Der ADV war im November 1918 mit seinem innenpolitischen Reformprogramm und seinen Plänen für Gebietserweiterungen und eine umfassende Bevölkerungspolitik zunächst grundsätzlich gescheitert. Die Weimarer Republik repräsentierte darüber hinaus einen kleineren Nationalstaat als das von den Alldeutschen geforderte um die 20 Millionen außerhalb der Reichsgrenzen in Europa lebenden ethnischen Deutschen zu erweiternde kleindeutsche Reich von 1871. Auch die Forderung nach einem Anschluss „Deutsch-Österreichs“ nach 1918 konnte für die einstigen imperialen Mitteleuropapläne des Verbandes mit dem Bündnispartner Österreich-Ungarn nur bedingt Kompensation sein. Antisemitismus als Emotionalisierung von Freund-Feind-Kategorien⁹⁹ traf daher vor allem in fundamentalen Krisensituationen der alldeutschen Kriegszielbewegung als „kultureller Code“,¹⁰⁰ die sich in der Befürchtung um politische Verschiebungen hin zu Mehrheiten der Parteien der „Reichsfeinde“ um 1912/13 und 1918/19 am deutlichsten zeigten, verstärkt auf Resonanz innerhalb der Verbandsführung.

Antisemitische Radikalisierung war auch eine Strategie zur Abwälzung eigener politischer Unfähigkeit und weltanschaulicher Überdehnungen in den

McAdam/Sidney Tarrow/Charles Tilly (Hrsg.), *Dynamics of Contention*, Cambridge 2001; Doug McAdam, *Beyond Structural Analysis. Toward a More Dynamic Understanding of Social Movements*, in: Mario Diani/ders. (Hrsg.), *Social Movements and Networks. Relational Approaches to Collective Action*, Oxford 2003, S. 281–298; Sidney Tarrow, *Strangers at the Gates. Movements and States in Contentious Politics*, Cambridge 2012, S. 1–26.

99 Vgl. Ron Eyerman, *How Social Movements Move. Emotions and Social Movements*, in: Helena Flam/Debra King (Hrsg.), *Emotions and Social Movements*, Milton Park 2005, S. 41–56; Ron Aminzade/Doug McAdam, *Emotions and Contentious Politics*, in: Ronald Aminzade u. a. (Hrsg.), *Silence and Voice in the Study of Social Movements*, Cambridge 2001, S. 14–50.

100 Vgl. Shulamit Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code*, München 2000.

Ersatzdiskurs der Unterwanderung der deutschen Kriegsgesellschaft durch „undeutsche“ Gruppen wie die Juden. Im Oktober 1918 diskutierte man im Geschäftsführenden Ausschuss offen die „praktisch-demagogische“ Nutzung der „Judenfrage“, wie Claß es formulierte.¹⁰¹ Man wollte zudem die „Eigenbrödelei“ des Verbandes aufbrechen, auf die Arbeiterschaft wirken und sogar auf die Linke zugehen, und man hoffte, mit Antisemitismus als Integrationsideologie bis weit in die Gewerkschaften die Arbeiter „einzufangen“, so Stolte.¹⁰² Die elitäre Ausgrenzung der unteren sozialen Schichten aus der politischen Partizipation sollte durch semantische Radikalisierungen konstruierter klassenübergreifender Gegner wie den Juden überdeckt werden und den Weg für einen Konsens über hierarchisch gestufte politische Teilhabe durch ein verschärftes Klassenwahlrecht (nur für Männer) ebnen.¹⁰³

Die antisemitische Erzählung wurde wahlweise mit verschiedenen Stereotypen des jüdischen Finanzkapitalisten oder des jüdisch-bolschewistischen Revolutionärs ausgefüllt. Aufgrund der Beeinflussung durch diese beiden Erklärungsmuster sei es der nach politischer Teilhabe strebenden Arbeiterschaft nicht möglich gewesen, den Krieg bis zu einem „Siegfrieden“ zu unterstützen und einen natürlichen Führungsanspruch des nationalistischen Bürgertums auch zum Wohlstand der Arbeiterschaft zu erkennen.¹⁰⁴ Der erneut große Wählerzuspruch für die SPD (37,9 %) und die USPD (7,6 %) bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919

101 Claß auf der Sitzung des GA des ADV, 19./20. Oktober 1918, BArch R 8048, Bd. 121, Bl. 75.

102 Stolte auf der Sitzung des GA des ADV, 19./20. Oktober 1918, BArch R 8048, Bd. 121, Bl. 76.

103 Leopold von Vietinghoff-Scheel, *Vom Wesen und Aufbau des völkischen Staates*, Berlin 1933, S. 100–125. Claß dazu, „Denn dies demokratische Wahlrecht ist nur möglich, wenn die Gesamtheit der Wähler erfüllt ist von der gleichen National- und Staatsgesinnung, wenn alle einig sind über die Grundlagen des staatlichen Lebens wie Volkstum, Monarchie, Eigentum, und wenn die Auffassungen nur auseinandergehen in Fragen der Abstufung des Maßes der Rechtsverteilung zwischen der Gesamtheit [dem Staate] und dem einzelnen, sowie in Fragen der staatlichen Zweckmäßigkeiten. Sobald eine stärkere Wählergruppe die Grundlagen des staatlichen und nationalen Lebens verwirft, ist das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt, und es wird unmöglich, wo Wählermassen dasselbe tun.“ Daniel Frymann [Pseud. = Heinrich Claß], *Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, 7. Aufl., Leipzig 1925, S. 37.

104 Vgl. *Alldeutsche Blätter* vom 12. 5. 1917.

schien Claß' Befürchtungen eines weiteren Bedeutungsverlustes ehemals konservativer und nationalliberaler Parteimilieus von 1912 noch zu übertreffen.

Die Umwandlung der Angst vor Bürgerkrieg, Kriegsniederlage sowie vor dem politischen Bedeutungsverlust des ADV in antisemitische Radikalisierungen kann mit ihrer komplexitätsreduzierenden Binnenrationalität auch als „Krisentechnik“ verstanden werden, die in einer umfassenderen Theorie „jüdischer Weltverschwörung“ als flexible Erklärung von Gegenwart und als Prognose für zukünftige Freund-Feind Dichotomien genutzt werden konnte.¹⁰⁵ Gerade die Dolchstoßlegende hatte nicht nur symbolische und semantische Anziehungskraft, sondern konnte in ihrer kontextualisierenden Erzählung kausale Zusammenhänge zwischen Kriegsmüdigkeit und Annexionismus sowie der Zunahme politischer und sozialer Fragmentierung der deutschen Gesellschaft im Schatten des „Burgfriedens“ umkehren und somit die Chronologie des Scheiterns der nationalistischen Rechten einer überzeitlichen Erzählung unterstellen.¹⁰⁶ Die Demokratisierung und die Nachgiebigkeit gegenüber den Massen hatten für die Alldeutschen daher „systemischen“ Charakter, die den „politischen Dilettantismus“ der Regierung seit dem Vorabend des Krieges schließlich in der Weimarer Republik nur verstetigt sahen.¹⁰⁷

Alldeutsche Befürchtungen von deutscher „Rassendegeneration“, die in der völkischen Bewegung weit verbreitet waren, begründeten bei den Alldeutschen auch Befürchtungen von Demokratisierung und politischer Massenpartizipation. Die alldeutsche Forderung nach „Rassereinheit“ korrespondierte mit der

105 Vgl. Niklas Luhmann, *Macht*, 3. Aufl., Stuttgart 2003, S. 74–89; Ludolf Herbst, *Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte*, München 2004, S. 99–125, S. 211–249; David A. Snow/E. Burke Rochford/Steven K. Worden/Robert D. Benford, *Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation*, in: *American Sociological Review* 51 (1986), S. 464–481; Rhys H. Williams, *The Cultural Contexts of Collective Action. Constraints, Opportunities, and the Symbolic Life of Social Movements*, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford 2004, S. 91–115; Charles Tilly, *Contentious Performances*, Cambridge 2008, S. 62–87; Sidney Tarrow, *The Language of Contention. Revolution in Words 1789–2012*, Cambridge 2013, S. 17–22.

106 Vgl. MacGregor Knox, *To the Threshold of Power 1922/23. Origins and Dynamics of the Fascist and National Socialist Dictatorships*, Bd. 1, Cambridge 2007, S. 198 ff.; Boris Barth, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003.

107 *Alldeutsche Blätter* vom 12. 10. 1918 und 9. 11. 1918.

Forderung nach politischer Homogenisierung und klarer ständestaatlicher Herrschaftsstruktur durch Arbeitsteilung zwischen den sozialen Schichten und Klassen. Ethnische Bevölkerungspolitik und Ausgrenzung von Juden waren somit Ausdruck einer ganzheitlichen Sehnsucht nach „radikalem Ordnungsdenken“, das auch innenpolitisch nach klaren Abgrenzungen und Exklusionen von „reichsfeindlichen“ Parteien bei bildungsbürgerlicher Führungsauslese und paternalistischer Führung der Massen strebte.¹⁰⁸ „Auslesepolitik“ für einen „rassereinen Volkskörper“ wurde bereits von Hasse, Claß, Ernst Haeckel und Otto Schmidt-Gibichenfels um die Jahrhundertwende im ADV diskutiert und sollte statt sozial integrativer Modelle von „Volksgemeinschaft“ eine ständestaatliche Regierungsform sicherstellen. Seit den frühen 1920er-Jahren wurden dann vor allem von Vietinghoff-Scheel Konzepte von Neuadelsvorstellungen und forcierter biopolitischer Auslese für die Rekrutierung von politischem Führungspersonal eines kommenden „völkischen Staates“ ausformuliert.¹⁰⁹

Die Radikalisierung des Antisemitismus im ADV reflektierte auch organisatorische Umbrüche im Verband. Der rege Zustrom von Mitgliedern zwischen 1914 und 1923 erweiterte die Mobilisierungsbasis des Verbandes, blieb jedoch langfristige Episode. Das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, August Gebhard, der auch als alldeutscher Vertreter im Beirat des DSTB agierte, musste 1927 feststellen, dass der Verband für viele neue Anhänger nur ein beliebtes Vehikel allgemeiner nationalistischer „Konjunkturpolitik“ zwischen Weltkrieg und der frühen Weimarer Republik war.¹¹⁰ Bis zu ein Drittel der Mitglieder wurde allein im Revolutionsjahr 1918/1919 durch Aus- und Eintritte ausgetauscht, sodass die Mitgliedschaft auch in ihrer antisemitischen Grundstruktur in den folgenden Jahren immer kohärenter wurde und auch die Ortsgruppen an Bedeutung gewannen.¹¹¹

108 Lutz Raphael, *Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 5–40.

109 Vgl. Leopold von Vietinghoff-Scheel, *Die Grundzüge des völkischen Staates*, Berlin 1924; ders., *Vom Wesen und Aufbau des völkischen Staates*. Vgl. auch Alexandra Gerstner, *Rassenadel und Sozialaristokratie. Adelsvorstellungen in der völkischen Bewegung 1890–1914*, Berlin 2003; dies., *Neuer Adel. Aristokratische Elitekonzeptionen zwischen Jahrhundertwende und Nationalsozialismus*, Darmstadt 2008.

110 August Gebhard auf der Sitzung des GA des ADV, 12./13. Februar 1927, BArch R 8048, Bd. 149, Bl. 60.

111 Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 492.

Die antisemitische Radikalisierung des ADV verlief in Phasen. Es gab ein Weniger wie auch ein Mehr an Entschiedenheit ebenso wie längerfristige Auseinandersetzungen in der Verbandsführung um die Radikalisierung der antisemitischen Rhetorik, die Claß in Abwandlung eines Zitates von Heinrich von Kleist dann im Oktober 1918 auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses zuspitzte: „Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht!“¹¹² Im *Kaiserbuch* waren noch keine Aufrufe zu physischer Gewalt gegen Juden enthalten, und auch 1918 reflektierten Claß' Äußerungen in erster Linie eine angstvolle Reaktion auf die befürchtete Revolution. Wurde sein Ausspruch auch nicht in die Endfassung des Sitzungsberichtes zur weiteren Verteilung innerhalb des Verbandes übernommen, zeigte sich hier dennoch ein Durchbruch zur Sprache der Gewalt, mit der Claß bei Kriegsende eine führende Position einnahm.¹¹³

Die Diskussionen um die strategische Nutzung des Antisemitismus verdeutlichte das Grunddilemma nahezu aller „alten“ Bewegungen der nationalen Rechten des Kaiserreichs: die ambivalente Haltung zur organisierten Mobilisierung von Massenanhängerschaften, die im ADV in Kontinuität zur Auslagerung spezifischer politischer Forderungen stand. Die alldeutsche Gründung des Wehrvereins 1912 verwies bereits auf die Technik der Zweiggründung und Mehrfachmitgliedschaft von Anhängern in einem ohnehin dicht verwobenen Netzwerk nationalistischer und völkischer Interessenverbände, um spezifische Mitglieder und korporativ angeschlossene Verbände und Vereine zusammenzufassen, während der ADV

112 Claß auf der Sitzung des GA des ADV, 19./20. Oktober 1918 (erste Protokollfassung), BArch R 8048, Bd. 121, Bl. 44. Bereits um die Jahrhundertwende wurden in völkisch-antisemitischen Organisationen wie der Deutsch-Sozialen Reformpartei, deren Abgeordneter auch das alldeutsche Gründungsmitglied des DSTB Alfred Jacobsen war, vereinzelt Vernichtungsgedanken gegen Juden formuliert. Vgl. Programm der Deutsch-Sozialen Reformpartei, 1899, in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1899, München 1900, S. 142.

113 Claß auf der Sitzung des GA des ADV, 19./20. Oktober 1918 (mit Auslassung in der Endfassung), BArch R 8048, Bd. 121, Bl. 75. Vgl. auch Johannes Leicht, Biopolitik, Germanisierung und Kolonisation. Alldeutsche Ordnungsutopien einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 19 (2010), S. 176; Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 41; Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 165–178.

ein exklusiver Ort elitärer Vergemeinschaftung bleiben sollte.¹¹⁴ Der „Vermasung“ von politischer Teilhabe innerhalb des Verbandes wurde durch Zentralisierung der Verbandsführung sowie durch Auslagerung auch des antisemitischen Mobilisierungsthemas in die Zweigorganisation des DSTB entgegengewirkt. Eine Sammlungspolitik der „nationalen Opposition“ konnte somit grundsätzlich nicht im ADV, sondern im besten Fall mit dessen Hilfe realisiert werden. Claß selbst wollte die eigentliche Leitung einer rechten Sammlungsbewegung auch stets anderen charismatischen Führern überlassen, die aktive Massenpolitik zu betreiben imstande waren.

Der Durchbruch des radikalen Antisemitismus im ADV zwischen 1918 und 1919 korrespondierte letztlich mit dem „Konjunkturverlauf“ des Antisemitismus der radikalen Rechten insgesamt, der bis 1923 eine Hochphase hatte.¹¹⁵ Führende Verbandsmitglieder wie der Schriftleiter der *Alldeutschen Blätter*, Otto Bonhard, der als enger Vertrauter von Claß 1920 in die Verbandsführung kam und alldeutscher Vertreter im Beirat des DSTB war, Bang, sowie Vietinghoff-Scheel publizierten in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre systematisch antisemitische Schriften zum völkischen Staat und zur „Judenfrage“.¹¹⁶ Auch der antisemitische Abgeordnete im Preußischen Herrenhaus und Mitglied des ADV, Otto zu Salm-Horstmar, verstärkte seine antisemitische Propaganda und half 1920 bei der Finanzierung der Übersetzung der konstruierten „Protokolle der Weisen von Zion“, die eine „jüdische Weltverschwörung“ als weitere antisemitische Erklärung der deutschen Kriegsniederlage popularisierte.¹¹⁷ Die organisatorische Institutionalisierung des Antisemitismus stellte dann mit der Auflösung des DSTB 1922/23 auch einen

114 Marilyn Shevin Coetzee, *The German Army League. Popular Nationalism in Wilhelmine Germany*, New York/Oxford 1990.

115 Eva-Maria Ziege, *Mythische Kohärenz. Diskursanalyse des völkischen Antisemitismus*, Konstanz 2002, S. 31.

116 Vgl. u. a. Otto Kernholt [Pseud. = Otto Bonhard], *Vom Ghetto zur Macht. Die Geschichte des Aufstiegs der Juden auf deutschem Boden*, Leipzig/Berlin 1921; ders., *Deutschlands Schuld und Sühne. Geschichtliche Betrachtung zur Entstehung und Lösung der Judenfrage*, Leipzig 1923; ders., *Jüdische Geld- und Weltherrschaft?*, Berlin 1926; Wilhelm Meister [Pseud. = Paul Bang], *Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung*, München 1919; Vietinghoff-Scheel, *Die Grundzüge des völkischen Staates*.

117 Vgl. Wolfgang Benz, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung*, München 2007, S. 70 f.

vorläufigen Endpunkt antisemitischer Radikalisierung des ADV dar, der mit der Einführung des „Arierparagraphen“ in die Verbandssatzung 1924 unterstrichen wurde. Die Radikalisierungsphase hatte im Oktober 1917 begonnen, als Claß im Zuge verstärkter antisemitischer Interventionen im Geschäftsführenden Ausschuss erstmals die Diskussion über die strategische Änderung der Verbandssatzungen anregte und eine Konfessionsgliederung zur Abschreckung jüdischer Mitglieder vorschlug.¹¹⁸

Antisemitismus, Alldeutscher Verband und die radikale Rechte in der Weimarer Republik. Wirkungen und Begrenzungen

Die Aufnahme und weitergehende Radikalisierung des Antisemitismus durch „neue“ Bewegungen der radikalen Rechten nach 1918 führten schließlich zum Bedeutungsverlust des ADV innerhalb der Rechten. Als Mobilisierungsmoment war der Antisemitismus daher für den ADV selbst kein entscheidender Zugewinn. Antisemitismus verlor in den „Jahren relativer Stabilität“ nach 1923 auch im ADV an Bedeutung, als vor allem die Parteien der Rechten konsequentere Lehren aus der Attraktivität des Antisemitismus für die Massenmobilisierung von Anhängern zogen.¹¹⁹ In der NSDAP, der antisemitischen Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich 1922 von der DNVP abspaltete, sowie im Deutschvölkischen Reichsausschuss der DNVP, der auch führende Mitglieder des ADV und des DSTB wie Vietinghoff-Scheel und Axel Freytagh von Loringhoven zu den Organisatoren zählte, wurde seit Anfang der 1920er-Jahre antisemitische Politik und Propaganda weiterentwickelt.¹²⁰ Die Arenen antisemitischer Politik verschoben sich insgesamt weiter weg vom ADV. Dafür plädierte letztlich auch die Verbandsführung. Hertzberg-Lottin forderte 1920 alle Mitglieder des Verbandes auf, die „Judenfrage“ jetzt über ihre zusätzlichen Mitgliedschaften in die Parteien zu bringen und in

118 Claß an den GA des ADV, 3. Oktober 1917, BArch R 8048, Bd. 115, S. 5.

119 Vgl. Heinrich August Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus – Juden als „Blitzableiter“, in: Wolfgang Benz/Werner Bergmann (Hrsg.), Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1997, S. 341–362.

120 Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 245–304, S. 341–411; Jackisch, *The Pan-German League*, S. 133–179.

diesen für eine eindeutig antisemitische Position zu wirken.¹²¹ Claß konnte zwar noch 1920 feststellen, dass der ADV durch die klare Propaganda der „Judenfrage“ zur „treibenden Kraft der völkischen Bewegung“ geworden sei.¹²² Nach der Auflösung des DSTB sanken jedoch die Mitgliederzahlen des Verbandes beständig auf 15 500 im Jahr 1928 und lagen damit unter dem Vorkriegsniveau von 1912 mit 17 000 Mitgliedern.¹²³

Ab 1928 hat vor allem die NSDAP Antisemitismus in ihrem Kampf um mittelständische und bildungsbürgerliche Milieus der konservativen und nationalistischen Rechten als Mobilisierungsstrategie verwendet. Aus der Erfahrung der Brüchigkeit des „Burgfriedens“ zogen die Nationalsozialisten den Schluss, dass eine breite Volksgemeinschaftsvision unter kompromisslosem Ausschluss der Juden aus der deutschen Gesellschaft die Erfahrung der politischen Unentschlossenheit des nationalistischen Bürgertums im Kaiserreich überwinden helfen sollte.¹²⁴ Die radikale Umsetzung antisemitischer „Volkstumspolitik“ war für die NS-Bewegung schließlich eine der zentralen Programmpunkte für die nächste totale Kriegsplanung.¹²⁵

121 Hertzberg-Lottin auf der Sitzung des GA des ADV, 19./20. Juni 1920, BArch R 8048, Bd. 128, Bl. 33 f.

122 Zit. in: Leicht, Heinrich Claß, S. 276.

123 Hofmeister, *Between Monarchy and Dictatorship*, S. 485.

124 Martina Steber/Bernhard Gotto (Hrsg.), *Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives*, Oxford 2014; Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2009.

125 Ulrich Herbert, *Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt?*, in: Gerd Krumeich (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010, S. 21–32.

Völkischer Bolschewismus und der „ewige Jude“

Antisemitismus bei Ernst Niekisch

Die Schriften von Ernst Niekisch (1889–1967) gehören sicher nicht zum Standardkanon der deutschen Ideengeschichte.¹ Doch haben sich, vielleicht gerade weil ihr Inhalt heutzutage weitgehend unbekannt zu sein scheint, um ihren Autor gewisse Legenden gebildet. Kern der „Niekisch-Legende“² ist der Widerstand Niekischs gegen den Nationalsozialismus. Tatsächlich boten seine schriftstellerischen und publizistischen Tätigkeiten dem NS-Regime Anlass, ihn von 1937 bis 1945 zu inhaftieren. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs trat Niekisch der SED bei und war Professor an der Humboldt-Universität Berlin. Nach der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 legte er alle politischen Ämter nieder; später trat er aus der SED aus und siedelte in die Bundesrepublik über. Hier wurde er 1966 als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung anerkannt. Aufgrund seiner Erfahrungen in der NS-Zeit haben verschiedene Publizisten der Bundesrepublik, allen voran Sebastian Haffner, versucht, Niekisch zum couragierten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu stilisieren.

Ungewöhnlich an Niekischs publizistischer Agitation gegen die NSDAP war, dass er seine Opposition mithilfe eines antisemitischen Geschichtsbildes begründete. Als Rassist und völkischer Antisemit³ war Niekisch Gegner Hitlers. Zwar ist seine

- 1 Der Autor dieses Beitrages ist derzeit Doktorand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Dieser Artikel basiert auf seiner Masterarbeit, die er im Wintersemester 2013/14 an der FSU eingereicht hat.
- 2 Diesen Begriff verwendet bereits der Vordenker der Neuen Rechten Armin Mohler, vgl. ders., *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, Graz 2005.
- 3 Zum Begriff „Völkischer Antisemitismus“ vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3, Berlin [u. a.] 2010,

antidemokratische Grundhaltung, die als „Nationalbolschewismus“⁴ charakterisiert wird, bestens dokumentiert.⁵ So liegen Arbeiten vor, die sich auf die von Niekisch herausgegebene Zeitschrift *Widerstand. Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik* konzentrieren, was zur Folge hat, dass sie seine schriftstellerische und publizistische Tätigkeit nach deren Verbot 1934 weniger berücksichtigen⁶ und die Entwicklung in Niekischs Antisemitismus nicht ausreichend darstellen.

Um Niekischs Antisemitismus genauer zu untersuchen, wird hier zunächst auf seine Interpretation des Nationalsozialismus als politische Religion „jüdischen Ursprungs“ eingegangen, danach die Gleichsetzung des „jüdischen Geistes“ mit dem Kapitalismus und schließlich Niekischs Verherrlichung der Sowjetunion als „antijüdische“ Vormacht genauer betrachtet. Im abschließenden Kommentar werden ausgewählte Reaktionen aus der Bundesrepublik und der DDR auf Niekischs Schriften thematisiert.

Adolf Hitler: Ein „römischer Diener“ des „ewigen Juden“?

Das Buch *Die dritte imperiale Figur* schrieb Niekisch 1934 mit der expliziten Absicht, eine Handlungsanleitung für politisch Interessierte zu bieten. In gewisser Weise kann das Buch als Niekischs zentrale Programmschrift der 1930er-Jahre verstanden werden, die zwar keine expliziten politischen Forderungen enthält,

S. 341 ff. Bei Niekisch finden sich sowohl Elemente eines biologistischen Rassenbegriffs als auch Aussagen, die einem sozialen bzw. kulturellen Verständnis der „deutschen Rasse“ im völkischen Sinne entspringen können. Breuer sieht bei Niekisch ebenfalls eine Vermischung von völkischen und biologistisch-rassistischen Positionen, wobei Niekisch unter dem Einfluss Ernst Jüngers ab 1933 weniger biologistisch argumentiert habe. Vgl. Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1993, S. 92 f.

4 Vgl. Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1992 [1962], S. 127 ff.

5 Den aktuellsten Überblick zur wissenschaftlichen Literatur über Niekisch liefert: Michael Pittwald, *Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium*, Köln 2002, S. 22–31. Es gibt eine Reihe von älteren, akademischen Texten über Niekisch, die in apologetischer Absicht geschrieben wurden: Armin Mohler, Uwe Saueremann, Friedrich Kabermann, Joseph Drexel, Karl O. Paetel, Bodo Scheurig, Jürgen Rühle.

6 Vgl. Pittwald, *Ernst Niekisch*; Reinhard Opitz, *Faschismus und Neofaschismus. Der deutsche Faschismus bis 1945*, Köln 1988.

in der der Autor aber in den im Wesentlichen geschichtsphilosophischen Ausführungen zwischen den Zeilen Kritik am frühen NS-Regime und speziell an der Person Adolf Hitlers äußert.

Niekischs Beschreibung der europäischen Geschichte beginnt im Mittelmeerraum mit der „Geburt“ der ersten „imperialen Figur“: der „ewige Römer“. Im Zuge der Ausdehnung des römischen Staates nach dem endgültigen Sieg von Scipio über die Karthager habe der „Römer“ die „Scholle“⁷ verlassen und sich „entbauert“ (nicht von ungefähr vergleicht Niekisch an dieser Stelle Scipio mit Bismarck). Nun müsse der „ewige Römer“ neue Völker unterwerfen, sie „verzehren, einschmelzen“, quasi um die innere metaphysische Leere nach dem Verlust der „Scholle“ zu vergessen. Der „ewige Römer“ repräsentiert somit bei Niekisch die Uridee des weltlichen Imperiums. Seine Herrschaftsinstrumente seien demgemäß ebenfalls weltlicher Natur: das Gesetz und das Schwert. Der „Römer“ könne bei der Legitimation seiner Macht auf keine außerweltlichen Quellen zurückgreifen. Nur mit der Gewalt des Rechts- oder Kirchendogmas, also nach Niekisch der bloßen Erklärung eines Gesetzes, könne der „Römer“ regieren. Damit dieses leere Schauspiel von den Unterworfenen nicht durchschaut werde, sei es notwendig, dass diese Dogmen von einem charismatischen Führer, einem „Cäsar“, verkündet würden, der mit seinem „Charisma“⁸ die Massen blende.⁹

Unschwer ist zu erkennen, dass mit dieser Beschreibung des „römischen Cäsar“ Adolf Hitler gemeint ist. Niekisch nennt Hitler an vielen Stellen seines Werkes einen „(massen-demokratischen) Cäsar“, der mit seinem „Charisma“ die Massen verführt.¹⁰ An anderer Stelle bezeichnet er Hitler als die oberste Rechtsquelle des

7 Dieser Begriff wird von Niekisch synonym zum Begriff „Heimat(-erde)“ verwendet und ist positiv besetzt.

8 Niekisch sucht mit diesem Begriff den Anschluss an Max Weber. An dieser Stelle der *Dritten Imperialen Figur* ist dieser Bezug allerdings nicht explizit, während sich Niekisch im weiteren Verlauf seiner Ausführungen über den „jüdischen Geist“ des Kapitalismus explizit an Weber orientiert. Vgl. Ernst Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, Toppenstedt 2005 [Berlin 1935], S. 34 f. Im Folgenden wird die Neuauflage von 2005 zitiert.

9 Vgl. ebenda, 4 ff., 17 ff.

10 Vgl. z. B. Ernst Niekisch, *Das Reich der niederen Dämonen*, Hamburg 1953 [1936], S. 191. Dieses Buch verfasste Niekisch unter dem Titel *Geheimnis des Reichs* bereits 1936, es war der Anlass für seine Verhaftung durch die Gestapo. Zitiert wird die Ausgabe von 1953.

NS-Staates, der „durch seinen Akt“ das Gesetz aus dem Nichts schaffe.¹¹ Die Kritik an Hitler lautet folglich, dass dieser ebenso wenig wie der „ewige Römer“ über eine Verbindung zur „Scholle“ verfüge. Hitlers Rechtsdogmen sind somit für Niekisch leer und „ungermanisch“. Niekisch vermennt in seiner Kritik Hitlers allerdings die eigenen Begriffe miteinander. In der Broschüre *Hitler – Ein deutsches Verhängnis* beschrieb er diesem im selben Atemzug als „römischen Cäsar“¹² und als „jüdischen Messias“: „Der Nationalsozialismus ist eine Form des nationalen Messianismus; der Messias ist Hitler. Nationaler Messianismus ist jüdischen Ursprungs; seine Ableger treiben im Frankreich von 1789 und im englischen Imperium herrliche Blüten; im Italien Mussolinis schoß er aufs neue kräftig empor. Er ist ein Gewächs des Mittelmeergestades [...] Für deutsche Menschen ist er Gift [...] Der nationale Messias, der sein Gottesreich auf irdische Bedürfnisse einrichtet, wird zum Cäsar [...] Der Ort, an dem der Cäsar geboren wurde, war Rom. Cäsarismus ist immer römisch.“¹³

Die folgende Beschreibung der historischen Ursprünge des „jüdischen“ Messianismus ist somit als eine Beschreibung und zugleich als Kritik Hitlers und des Dritten Reiches zu verstehen. Niekisch stellt in *Die Dritte imperiale Figur* fest, dass dem historischen Judentum keine staatliche Imperiumsgründung gelungen ist, stattdessen habe es, um die babylonische Gefangenschaft zu überstehen, eine Priesterschaft hervorgebracht, die bestens in der Lage sei, dem jüdischen Volk einzuflüstern, es sei von Gott auserwählt und zur Weltherrschaft vorbestimmt. Die übrige Menschheit zähle aus der Sicht des Judentums nichts, deshalb seien „Gebote rassischer Reinheit“ erlassen worden, um die „biologische Substanz“ des „auserwählten Volkes“ zu erhalten.¹⁴ Der Messias ist in diesem Bild ein geistiger

11 Vgl. ebenda, S. 91.

12 Bei Oswald Spengler steht der Begriff „Cäsarismus“ für die positive Überwindung der negativ empfundenen „demokratischen Massengesellschaft“ durch eine „preußische Elitenherrschaft“. Vgl. Rolf Peter Sieferle, *Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen*, Frankfurt a. M. 1995, S. 114 ff. Niekisch kritisiert Spengler hierfür und vertritt die Position, dass der tatsächliche „Cäsar“, der österreichische Katholik Hitler, nichts Preußisches an sich habe und selbst ein Ausfluss der „Massendemokratie“ sei. Vgl. Niekisch, *Das Reich*, S. 19.

13 Ernst Niekisch, *Hitler. Ein deutsches Verhängnis*, in: ders. (Hrsg.), *Politische Schriften*, Köln [u. a.] 1965 [Berlin 1932], S. 15–62, hier S. 28 f.

14 Bis zu diesem Punkt findet sich eine ähnliche Argumentation auch bei anderen völkischen Autoren. Vgl. z. B. Houston Stewart Chamberlain, *Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts*, München 1899, S. 323 ff.

Führer, der es Kraft seines „Charismas“ verstehe, seine Gefolgschaft über ihre Träume und ihr Verlangen zu steuern. Fremde Völker überlasse der Messias seinen Auserwählten als „Diener und Knechte“ zur Ausbeutung.¹⁵

Auf das Dritte Reich übertragen bedeutet dies, dass Niekisch den „nationalen Messias“ Hitler als eine auf das deutsche Volk zugeschnittene Kopie eines „jüdischen Erlösers“ interpretiert. In dieser Perspektive wird die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches zu einer Kopie der „jüdischen Rassengebote“ und die nationalsozialistische Propaganda zu einer Kopie der „jüdischen Führungsmethoden“. Den Nationalsozialisten wird unterstellt, die Deutschen zu einer Kopie der Juden, dem „auserwählten Volk“, machen zu wollen.

Ein einzelner Jude habe laut Niekisch keinen Spielraum, sich diesem „ewigen“ Konflikt zwischen Deutschen und Juden zu widersetzen: „Durch [die Diaspora] wurde der Jude als Energieelement in alle Welt hinausgeschleudert; dort konnte er nunmehr ungeahnte und unberechenbare Wirkungen entfalten. Die Einheit seiner biologischen Grundsubstanz, die Verbundenheit im Hochgefühl seiner Auserwähltheit und in der Leidenschaftlichkeit seiner Messias Hoffnung brachten eine Gemeinsamkeit der Werthaltung hervor, die beide auch den vereinsamtesten Juden nicht mehr aus ihrem Bann entließen [...] Auch wenn er ausschließlich auf sich selbst gestellt war und sich ganz allein aus sich selbst heraus bewegte, diente er doch dem jüdischen Gemeininteresse; seine Eigenbewegung fiel immer mit der Gesamtbewegung des Judentums zusammen. Wo ein Jude auftrat, da kam sogleich natürlicherweise auch der besondere Standpunkt des Judentums überhaupt zu Worte. So war der Jude zur imperialen Figur, war er zum ‚ewigen‘ Juden geworden.“¹⁶

Aus diesem Antisemitismus entwickelt Niekisch in wenigen Gedankenschritten eine antichristliche Haltung: „Als Rom den Juden völkisch einebnen und ‚verdauen‘ wollte, sonderte dieser das Gift des Christentums ab; damit war die Welt mit der Seuche des antistaatlichen Prinzips angesteckt. Daran ist das antike Rom schließlich auch verendet. [...] Durch die Christianisierung wurden die Völker jüdisch anfällig; sie gewöhnten sich daran, die Dinge mit ‚jüdischen‘ Augen zu betrachten. Sie wurden instinktverwirrt [...]. Die Stärke Judas gegenüber den christlichen Völkern beruht darauf, dass es selbst das Christentum ausschied,

15 Vgl. Niekisch, Die dritte imperiale Figur, S. 7 ff.

16 Ebenda, S. 9 f.

niemals aber christlich wurde. Es kostete nicht seine eigenen Exkreme, von denen sich nun die anderen Völker nähren. [...] Der Jude läuft nicht ins christliche Garn; er hat aber dessen Fäden in der Hand.“¹⁷

Breuer vermutet, dass dieser Antisemitismus ein Grund dafür sein könnte, dass das Buch *Die dritte imperiale Figur* zumindest für ein paar Monate der Zensur entging und in einer kleinen Auflage von 500 Stück gedruckt werden konnte.¹⁸ Ferner wird klarer, warum Niekisch nicht versuchte, das Buch weiter zu verbreiten, sondern es nur persönlich an „Bücherfreunde“¹⁹ ausgehändigt wurde. Denn ein weiterer Gedanke ist bei Niekisch zentral, den die Nationalsozialisten sicher nicht teilten, sondern als Angriff auf sich selbst begriffen. Niekisch hat behauptet, die NSDAP bzw. das Dritte Reich sei eine Version des „römischen“ Katholizismus: „Der Faschismus ist in jedem seiner Züge katholisch. Es ist nicht Zufall, dass Hitler Katholik ist. [...] Man spürt die katholische Atmosphäre, sobald man eine nationalsozialistische Massenversammlung betritt. Keine politischen Losungen werden ausgegeben, Heilswahrheiten werden verkündet. Der Redner legt nicht Rechenschaft ab und überschlägt nicht die politischen Möglichkeiten, sondern er predigt.“²⁰

Eine solche Darstellung des Nationalsozialismus als „römisch-katholisch“ war in völkischen Kreisen nicht ungewöhnlich.²¹ „Katholizismus“ wird hierbei als eine irrationale, für die Massen geeignete Form der Religiosität definiert. Wie schon bei Niekischs Interpretation des Judentums zeigt sich hier sein äußerst reduziertes Verständnis von Religion. Für Niekisch ist „Religion“ lediglich ein Herrschaftsinstrument der jeweiligen Priesterschaft. Folgerichtig interpretiert Niekisch auch

17 Ebenda, S. 13 f. In diesem Kontext stützt sich Niekisch sehr stark auf die Schrift *Zur Genealogie der Moral* von Friedrich Nietzsche, die er hier teilweise über mehrere Seiten direkt zitiert. Besonders Nietzsches Darstellung des Christentums als jüdische „Sklavenmoral“, die die römische „Herrenmoral“ unterwandert habe, hat für Niekisch große Bedeutung. Wie bereits bei Niekischs Weber-Rezeption gehen hier allerdings wesentliche Differenzierungen des Originals verloren.

18 Vgl. Stefan Breuer, *Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945*, Stuttgart 2010, S. 218.

19 Hiermit sind die Mitglieder des von Niekisch geleiteten „Widerstands-Kreises“ gemeint, der sich um Niekischs Zeitschrift gebildet hatte. Das Buch *Die dritte imperiale Figur* war wohl ein Versuch, diesen Kreis nach dem Verbot der Zeitschrift zusammenzuhalten.

20 Niekisch, Hitler, S. 29.

21 Laut Breuer vertraten z. B. führende Vertreter der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung wie Reinhold Wulle solche Gedanken, um die NSDAP bei deren Klientel zu diskreditieren. Vgl. Stefan Breuer, *Die Völkischen in Deutschland*, Darmstadt 2008, S. 205.

den Nationalsozialismus als säkulare Adaption des Katholizismus – und somit als politische Religion²² – und als solche als reines Instrument seiner Führung (Hitler), um die Masse der Bevölkerung lenken zu können. Wenn Niekischs Verknüpfungen zwischen Judentum und Christentum („die Juden halten das Garn der christianisierten Völker“) sowie zwischen Nationalsozialismus und Christentum („Faschismus ist immer katholisch“) ihrerseits verbunden werden, wird deutlich, dass Niekisch den Nationalsozialisten in *Die dritte imperiale Figur* vorhielt, dass sie als Teil des jüdisch-christlichen Abendlandes nicht „wirklich“ antisemitisch sein können. Niekischs eigene Position ist demgemäß, dass der Konflikt mit den Juden nur gewonnen werden könne, wenn es den Deutschen gelänge, sich von allen „jüdischen Elementen“ zu befreien.

So preist Niekisch ein Bündnis mit Stalin gerade deswegen an, weil diesem die „Reinigung“ geglückt sei, d. h. die völlige Trennung vom jüdisch-christlichen Erbe des Abendlandes. Von den „säkularen Römern“, den Nationalsozialisten, dagegen könne dies nicht erwartet werden. Die „plumpe“ Judenverfolgung im Dritten Reich habe praktisch nur folgendes Ergebnis: „[Das Weltjudentum] organisierte die weltwirtschaftliche Isolierung des Dritten Reiches, die Wirtschafts- und Kreditsperre, um dieses in den Zusammenbruch hineinzutreiben. Hitlers Sturmangriffen wich es elastisch aus, es rechnete mit der Zeit und legte es darauf an, das Dritte Reich langsam zum Verbluten zu bringen. [...] Indem sich das Dritte Reich mit dem Weltjudentum zu messen begann, hob es dieses erst wieder auf die Höhe einer Weltmacht empor; den Juden brachte es in Ansehen, dass sich die ganze Dynamik des Dritten Reiches gegen ihn kehrte. [...] Das Dritte Reich beantwortete jeden überlegenen Zug des Judentums mit einem plumpen Gegenzug, der ein erpresserisches Ultimatum war. Das Dritte Reich war jenes Deutschland, das so bescheiden geworden war, dass es nur noch ein Antijudäa sein wollte.“²³

Das NS-Regime ist demnach für Niekisch nur die neueste Dummheit des deutschen „ewigen Barbaren“, die dem „ewigen Juden“ in die Hände spiele. Es sei typisch für den „Germanen“, so fährt Niekisch in *Die dritte imperiale Figur*

22 Mehr zu diesem Begriff bei: Eric Voegelin, *Die politische Religion*, Stockholm 1939. Voegelin verortet die erste politische Religion anders als Niekisch nicht im antiken Judentum, sondern im antiken Ägypten. Vgl. ebenda, S. 19 ff.

23 Niekisch, *Das Reich*, S. 130 f.

fort, dass er aus Eifersucht und Ehrgeiz nach einem weltweiten Imperium strebe und die imperialen Figuren in diesem Sinne nachäffe. Die von ihm im Verlauf der Geschichte erschaffenen Gewaltreiche seien freilich kurzlebig; ihnen fehle der imperiale „lange Atem“. Dem „Juden“ falle es ebenso leicht wie dem „Römer“, den „Germanen“ für eigene Zwecke in ihrem „ewigen“ Konflikt zu missbrauchen.²⁴

In seiner Analyse des Dritten Reiches von 1936 geht Niekisch genauer auf das Verhältnis zwischen den christlichen Kirchen und der NS-Bewegung ein. Er behauptet, dass die katholische Kirche ihre von Niekisch postulierte Wesensgemeinschaft mit dem Nationalsozialismus bestens erkannt und deshalb ein Bündnis mit Hitler gesucht habe. Sie sei sehr bereit gewesen, ihre Dogmen um völkisches Gedankengut zu erweitern, und Ähnliches sei bei der Mehrzahl der deutschen Protestanten zu beobachten gewesen. Die Konflikte zwischen Nationalsozialisten und den christlichen Kirchen werden als „Familienzwiste“ banalisiert.²⁵

Demgegenüber habe laut Niekisch nur eine Gruppe versucht, die „germanische“ Religiosität gegenüber der „römischen Überfremdung“ (erst durch die Christen und später die Nationalsozialisten) zu bewahren: die Deutschgläubigen,²⁶ deren Ziel es war, das Christentum abzuschaffen und durch neuheidnische, völkische Glaubensformen zu ersetzen. Aber gerade dieses Ziel hatten laut Niekisch ja auch die Nationalsozialisten und die katholische Kirche. Wie kann er dies bei ihnen kritisieren? „[Der] völkische Einschlag [der Deutschgläubigen] ist nicht eine Art weltlicher Dogmatik, sondern unmittelbare Entfesselung des Barbarisch-Elementaren. Ludendorff steht neben Hitler wie Luther neben dem Papst.“²⁷

Die Nationalsozialisten würden also nur so tun, als seien sie „wahre“ Gläubige. Folglich kann vermutet werden, dass Niekisch die nationalsozialistische Durchdringung der Deutschgläubigen (unter der Regie der SS)²⁸ als das Ende dieser Bewegung verstanden haben wird. Denn nur eine „ursprüngliche“ Religion des Blutes war Niekisch bereit zu akzeptieren. Die abrahamitischen Religionen

24 Vgl. Niekisch, Die dritte imperiale Figur, S. 25 ff., 38 f., 153 ff.

25 Vgl. Niekisch, Das Reich, S. 216 ff.

26 Niekisch hat bereits in der Weimarer Republik regelmäßig für das zentrale Presseorgan der Deutschgläubigen – *Die Deutschkirche* – Artikel verfasst. Vgl. Breuer, Die Völkischen, S. 159.

27 Niekisch, Das Reich, S. 233 f.

28 Vgl. Ulrich Nanko, Die deutsche Glaubensbewegung, Marburg 1993, S. 286 ff.

verschmolzen in seiner Weltanschauung zu einem homogenen Block, der letztlich den Nationalsozialismus hervorgebracht habe. Diese Sichtweise ist belegt in Sätzen wie: „Der nationalsozialistische Cäsaropapismus trägt Züge der jüdischen Theokratie und der islamischen Reichsgründungen; der Schatten Mohammeds [...] schwebt über dem Dritten Reich“²⁹ oder „[Hitlers] Heere bestehen nicht eigentlich aus Soldaten, denen die Befehle des Feldherrn genügen, sondern aus besessenen Derwischen, die die Botschaft ihres Propheten in der Welt verkünden und dabei auch Waffen tragen.“³⁰

Diese Kritik des Nationalsozialismus entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Kopie der nationalsozialistischen Kritik am Katholizismus. Auch nationalsozialistische Autoren waren bemüht zu belegen, dass der Katholizismus eine „ungermanische“, „orientalische“ Religion und somit für Deutsche unangemessen sei.³¹ Niekisch teilt diese Auffassung und erweitert sie auf den Nationalsozialismus. Auch dessen Vereinnahmung von Jesus Christus als „ersten Arier“ (Alfred Rosenberg) lehnt Niekisch ab, doch wohlgerne aus antisemitischen Gründen. Es sei offensichtlich, dass nicht nur Jesus, sondern auch seine Eltern und alle seine Apostel Juden gewesen seien. Jeder Christ, der sich vor einer Jesusfigur verneige, akzeptiere in Wahrheit die Vorherrschaft des „ewigen Juden“.³² Niekisch hält das Christentum für „ungermanisch“ und nicht lediglich für „jüdisch verfälscht“. Phasenweise war Niekisch zwar bereit, neuheidnische (also „vorjüdische“) Religiosität zu akzeptieren.³³ Insgesamt hat Religion in seinem Weltbild aber keinen zentralen Platz. Niekisch reduziert seinen Religionsbegriff auf die Schlagwörter „Fanatismus“, „Wunderglauben“ und „jenseitige Erlösung“ und schreibt dem Judentum die historische Verantwortung für das religiöse Übel zu. So wird bei Niekisch „Religion“ der Gegenbegriff zur „technischen Ratio“³⁴ und das Dritte Reich zu einem „römischen“ Imperium mit stark „jüdischem“ Einschlag.

29 Niekisch, *Das Reich*, S. 104.

30 Ebenda, S. 56.

31 Näheres hierzu in: Chamberlain, *Die Grundlagen*; Alfred Rosenberg, *Der Mythus des 20. Jahrhunderts*, München 1944 [1930], S. 175 ff., 604 ff., 622 ff.

32 Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 12 ff.

33 Vgl. Ernst Niekisch, *Entscheidung*, Berlin 1930, S. 152 ff.

34 Niekisch widmet den zweiten Teil seines Buches *Die dritte imperiale Figur* diesem Konzept.

Dies ist jedoch nicht das ganze Bild, das Niekisch vom „jüdischen Geist“ zeichnet. Die der jüdischen Religion entlehnten Herrschaftselemente des Dritten Reiches würden sich nämlich bestens mit der in der westlichen Welt etablierten „jüdischen“ Wirtschaftsverfassung zusammenfügen. Erneut greift Niekisch auf Max Webers Konzepte zurück, wenn er anschließend an die These vom „protestantischen Geist des Kapitalismus“ dem Judentum unterstellt, die geistigen Grundlagen des Kapitalismus und der „bürgerlichen“ Werte gelegt zu haben.

Der „jüdische Geist“ des Kapitalismus

Die Reformation als trennendes Ereignis zwischen Mittelalter und Neuzeit nimmt in Niekischs Geschichtsbild einen zentralen Platz ein. Mit der Neuzeit beginne der „ewige Jude“, erneut die Oberhand über den „ewigen Römer“ zu gewinnen.³⁵ Entsprechend stark sei die Moderne von „jüdischem Geist“ durchsetzt. Niekisch wird hierunter im Verlauf des Buches *Die dritte imperiale Figur* den Humanismus, den Liberalismus, die Demokratie, den Kapitalismus, den „unechten“ Konservatismus³⁶ und den Sozialismus (mit der großen Ausnahme des Bolschewismus) zusammenfassen. Der Nationalsozialismus entstamme laut Niekisch ebenfalls einer jüdisch-christlichen Traditionslinie. Hinter diesen Varianten des „jüdischen Geistes“ stehe immer die „ökonomische Ratio“ als Grundprinzip des „ewigen Juden“:

„Die ökonomische Vernunft revolutioniert die Welt der Dinge; diese [...] ändern vom Kern her ihren Sinn. [...] Sie löst das Ding aus jeder Art übergreifender Bindung los [...]. Es wird Ware deren einzige Qualität ihr Preis, ihr Geldwert ist und die in jede Hand gelangen kann und in jede Tauschaktion eingesetzt werden kann. Das Individuum, das der ökonomischen Vernunft als Instrument verfiel, beansprucht die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das Ding; dieses

35 Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 38 f., 153 ff.

36 Dieser sei zwar ursprünglich nicht „jüdisch“ gewesen, wurde mit der Zeit aber „verjudet“. Niekisch behauptet an einer anderen Stelle, dass der „Jude“ Julius Stahl den „preußischen Konservatismus“ verdorben habe. Auch hier wird deutlich, dass Niekisch den „Konservatismus“ in einem völkischen Sinne versteht. So definierte er „Konservatismus“ als „im Einklang mit dem eigenen Blute lebend“. Niekisch, *Entscheidung*, S. 149 ff.

wird Privatsache, ‚Privateigentum‘ [...]. Es ist eine ‚unheilige Ehrfurchtlosigkeit‘ vor dem Ding es zu einer Privatsache zu ‚erniedrigen‘.³⁷

Letztlich könne diese Loslösung des „Dings“ nur dem Judentum nützen, da dieses aufgrund seiner Lösung von der „Scholle“ ohnehin keine Bindung zum „Ding“ haben könne. Alle anderen verlören durch diesen Bindungsverlust automatisch ihre metaphysische Verbindung zur Welt, zu „den Dingen“. In diesem Sinne ist „das Ding“ bei Niekisch als völkischer Begriff zu verstehen. Zu Beginn seines Buchs *Entscheidung* differenziert er zwischen dem „ländlichen“ und dem „verstädterten Menschen“. Ersterer „lebe als ein Teil der Dinge, in den Dingen“. Er müsse daher nicht wie der Städter „den Dingen sinnverloren hinterher hasten“, sondern trage in sich „das Gefühl des Geborgenseins, das Glück der Heimat, die Würde der unerschöpflichen Innerlichkeit“.³⁸ Man könnte diese Problembeschreibung auch mit dem Schlagwort „Verdinglichung“³⁹ fassen. Niekischs Lösungsvorschlag ist allerdings nicht (wie man vielleicht vermuten könnte), ein Zurück zu den völkischen Wurzeln. Der wesentliche Wert der Bindung zur „Scholle“ war in Niekischs Augen ja gerade die hiermit verknüpfte Ursprünglichkeit des Daseins. Ist aber diese Ursprünglichkeit einmal zerstört (wofür Niekisch „Juden“ und „Römer“ verantwortlich macht), so kann sie nicht künstlich wiederhergestellt werden. Es gelte, mit allen europäischen, jüdisch-christlichen Traditionen zu brechen, um eine „konservative“, d. h. blutsgebundene, statische Gesellschaftsordnung zu errichten.

Diese Haltung der revolutionären Überwindung der Moderne zum Zwecke der Errichtung statischer Gesellschaftsstrukturen ist der Kern des Denkens der

37 Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 46 f. Man beachte die Anführungszeichen im letzten Satz. Hier bereitet Niekisch sein späteres Abrücken von offen völkischen Positionen vor.

38 Vgl. Niekisch, *Entscheidung*, S. 12. Eine vergleichbare Verherrlichung des bäuerlichen Lebens gab es laut Siefertle auch in Teilen der nationalsozialistischen Bewegung. Hitler oder Rosenberg seien aber keine Vertreter solcher „utopischen Agrarromantik“ gewesen. Siefertle, *Die Konservative Revolution*, S. 208 ff.

39 Vgl. Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewusstsein*, Berlin 1923. Der Begriff „Verdinglichung“ beschreibt ein in der kapitalistischen Gesellschaft verortetes Entfremdungsphänomen. Niekisch verweist nicht explizit auf Lukács. Seine obige Beschreibung des Warencharakters allen gesellschaftlichen Lebens im Kapitalismus kann jedoch in diesem Sinne verstanden werden.

„Konservativen Revolution“.⁴⁰ „Die Juden“ stünden einem solchen politischen Programm eindeutig im Weg. In dem Buch *Entscheidung* behandelt Niekisch das Thema „Juden“ zwar nur beiläufig. Wo es ihm passt, streut er persönliche Angriffe auf „Juden“ ein. Klar wird aber, dass „die Juden“ der Urtypus des von ihm im gesamten Buch verurteilten „städtischen Menschen“ sind.⁴¹ Niekischs Ablehnung abstrakter „jüdischer“ Werte richtet sich auf konkrete Personen, etwa Walther Rathenau: „Das jüdische Problem vergegenständlichte sich in [Rathenau]: nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer des andersgearteten Volkes sein; er ist nicht Fleisch und Blut von dessen Fleisch und Blut; für dessen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein fehlt ihm das Organ: einem anderen, ihm eingeborenen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein gehorcht er; wo er führt, unterwirft er das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit; er vergewaltigt es. [...] Freilich kam es doch weniger auf die unmittelbaren konkreten Maßnahmen der Rathenauschen Politik an; wichtiger war die Tendenz dieser Politik. Unleugbar steuerte sie bereits auf der Bahn, an deren Ende die Aufrichtung der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals über Deutschland drohte. [...] im Attentat gegen Rathenau, suchte [der deutsche Mensch] sich dem blutsaugerisch zapackenden Schockgriff des internationalen Finanzkapitals zu entwinden.“⁴²

Der Ausgangspunkt in Niekischs völkischem Weltbild ist die Unterscheidung von „Stadt“ und „Land“, begleitet von einer Verherrlichung des „Bauern“. Diesen Dualismus hat Niekisch nach dem Zweiten Weltkrieg weiter ausgebaut.⁴³ So beginnt er sein Buch *Europäische Bilanz* mit folgenden Ausführungen: Die „Natur“ sei das „Gegebene“. Ihr Gegensatz sei die „Gesellschaft“, die der Mensch kraft seiner Arbeitsleistung als eine „gemachte Übernatur“ errichte. Da „Arbeit“ demgemäß an einen „Zweck“ gebunden sein müsse, werde der „Geist“ erforderlich. Der

40 Hier wird der Annahme Siefertles gefolgt, wonach mit dem Begriff „Konservative Revolution“ die gesamte extreme Rechte der Weimarer Republik gemeint ist, was auch Niekisch einschließt. Vgl. Siefertle, *Die Konservative Revolution*, S. 19 ff.

41 So bezeichnet er Walther Rathenau in abwertender Weise als typischen „städtischen Menschen“. Niekisch, *Entscheidung*, S. 48. Im Übrigen sind die Passagen über „die Stadt“ in *Entscheidung* und über den „Bürger“ in *Die dritte imperiale Figur* vom Sinn her deckungsgleich. Vgl. ebenda, S. 6–19 u. Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 46–57.

42 Ernst Niekisch, *Gedanken über deutsche Politik*, Dresden 1929, S. 99 ff.

43 Wobei er zahlreiche stilistische Elemente und Begriffe aus Spenglers *Untergang des Abendlandes* entnahm.

Ursprung des Geistes sei die Stadt. Im Gegensatz zu ihr komme das Land auch ohne „Geist“ aus – hier funktioniere nämlich alles im Einklang mit der „Natur“. So aber sei das Land im historischen Prozess zwangsläufig der Stadt unterlegen, woraus die Herrschaft der Stadt über das Land resultiere. Das „gegebene“ Land werde zum „Hinterland“ und verliere dabei unwiederbringlich seine „Ursprünglichkeit“. Mit der Herrschaft der Stadt beginne sich infolge der Zentralisierung und der „egoistischen Naturtriebe“ des Menschen eine „Elite“ herauszukristallisieren. Eliten sind für Niekisch die eigentlichen Subjekte des historischen Prozesses – und nicht etwa Klassen oder „Völker“. Diese Herrschaft der Wenigen über die Vielen könne nur bestehen, wenn das Machtverhältnis vom „Geist“ legitimiert werde, was Niekisch mit einer absichtlichen Täuschung der Massen („Verwahnung“) gleichsetzt. Der Geist übe gegenüber den eigentlichen Herrscherelementen („Schwert“ oder „Geldaristokratie“) somit immer eine dienende Funktion aus und herrsche nicht selbst.⁴⁴

Diesen Zusammenhang beschreibt Niekisch am Beispiel der Wirkung des „Geldes“ auf den „Geist“: „Das Geld hingegen zieht durch seine Verlockungen zu sich herüber, wo der Geist durch seine Argumente überzeugt. Im Bunde mit dem Geist gewinnt das Geld fast die Kraft der Unwiderstehlichkeit. Wo Geld und Ideen zusammenarbeiten, kommen sie beide auf ihre Rechnung. [...] Indem die Geldaristokratie die Geistesaristokratie an ihrem Reichtum teilnehmen lässt [...] fördert sie in ihm einen Bundesgenossen, dem es in dem Verhältnis so wohl ist, dass er gar nicht fühlt, wie er im Grunde Lakai des Geldes ist, wo er wähnt, sich im geistigen Flug zu bewegen.“⁴⁵

Den Kapitalismus versteht Niekisch als die Herrschaftsweise der „Geldaristokratie“, die sich den „Geist“ erfolgreich dienstbar gemacht habe. Gemeint sind die Werte der Französischen Revolution, die von Niekisch sogenannten städtischen Werte.⁴⁶ Niekisch hält sie allesamt für bloße Illusionen, die – wie er an verschiedenen Stellen verdeutlicht – die eigentliche Herrschaft des Geldes verdecken würden.⁴⁷ In diesem Bild sind unverkennbar antisemitische Denkmuster enthalten, was umso deutlicher wird, wenn man bedenkt, dass Niekisch unter dem

44 Ernst Niekisch, *Europäische Bilanz*, Potsdam 1951, S. 11 ff., 27 ff.

45 Ebenda, S. 31.

46 Vgl. Niekisch, *Entscheidung*, S. 9 ff.

47 So z. B. Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 49 ff.

Druck der DDR-Zensur die Passagen über die „jüdische (Geld-)Elite“ aus seinem Buch herausstreichen musste. Diese Stellen, die er 1946 schrieb, sind vom Sinn her identisch mit Niekischs Antisemitismus der 1930er-Jahre.⁴⁸

So hat Niekisch 1946 erneut ausgeführt, dass das „jüdische Volk“ als biologisch einheitlich geschlossener Körper (sprich „Elite“) stets vereint agiere, selbst wenn dies den einzelnen Juden nicht bewusst sei. Durch dieses jahrhundertalte gemeinsame Streben nach Macht und Einfluss habe es die „jüdische Elite“ im Gegensatz zu anderen, heterogeneren „Eliten“ geschafft, sich entscheidende Vorteile zu verschaffen und sich weltweit in wirtschaftlichen und politischen Schlüsselpositionen festzusetzen. Erneut vertritt Niekisch die Ansicht, dass das Christentum eine „abenteuerliche List“ des Judentums gewesen sei, um die nicht-jüdischen „Völker“ gegenüber „jüdischen Werten“ empfänglich zu machen.⁴⁹ Doch auch ohne dieses zensierte, explizit antisemitische Unterkapitel bleibt Niekischs geschichtsphilosophischer Ansatz in der *Europäischen Bilanz* von der Struktur her antisemitisch. Die oben zitierte Stelle über den westlichen „Geist“ als „Lakaian des Geldes“ mag dies bereits gezeigt haben.

Die „jüdischen Werte“ Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind also für Niekisch allein die geistigen Werkzeuge des „Geldes“, selbst dann (oder vielleicht erst recht), wenn sich der „Geist“ für unabhängig vom „Geld“ erkläre und meine, nur sich selbst zu dienen. Wenn demnach so gut wie alle progressiven geistigen Kräfte der Neuzeit auf der Seite des „Geldes“ stehen, wird der preußische „Schwertadel“ zwangsläufig in eine defensive, reaktionäre Position gedrängt. Niekisch geht in diesem Zusammenhang auch auf den deutschen Antisemitismus ein. Er entwickelt jedoch einen sehr begrenzten Begriff des „Antisemitismus“, da er ihn allein als die reaktionäre Geisteshaltung eines ökonomisch schwachen Kleinbürgers gegen erfolgreiche jüdische Großbürger beschreibt. Der Kleinbürger sei „Antisemit“ aus Neid auf das Geld des Juden und sogar bereit, ihn zu berauben und zu ermorden, so wie es im Dritten Reich vom Staat organisiert wurde.⁵⁰

48 Wie bereits Pittwald feststellte, Pittwald, Ernst Niekisch, S. 94.

49 Vgl. Bundesarchiv Berlin (BArch) N 1280/3e. In Niekischs Nachlass gibt es zwei Versionen der zensierten Passagen: BArch N 1280/2h mit einem Umfang von vier Seiten und BArch N 1280/3e mit einem Umfang von dreizehn Seiten.

50 Niekisch, *Europäische Bilanz*, S. 117 ff.

Niekisch verkürzt somit den Antisemitismus auf einen reinen „Wirtschafts-antisemitismus“.⁵¹

Problematisch an dieser Reduktion Niekischs ist, dass den Juden ein Teil der Verantwortung für ihre eigene Verfolgung und Ermordung zugeschoben wird. Wären sie schließlich ökonomisch nicht so erfolgreich, müssten sie auch nicht den Neid der anderen fürchten.⁵² Die zensierten Ausführungen über die „jüdische Elite“ passen in dieses Bild bestens hinein. Würden „die Juden“ schließlich aufhören, sich als „Elite“ zu begreifen, und sich der bolschewistischen Masse einordnen, so wie Niekisch es fordert, müssten sie nach seiner Logik keine Verfolgung fürchten. Niekisch blendet in seinem Antisemitismusbegriff aus, dass es auch in der frühen DDR Antisemitismus gab.⁵³ Implizit rechtfertigt er die Verfolgung und Diskriminierung von Juden in der Sowjetunion und in der DDR gerade damit, dass diese schließlich „von ihrem Blute her“ nicht bereit seien, sich dem bolschewistischen Kollektiv unterzuordnen, während er gleichzeitig den Nationalsozialisten ihre Bestialität gegenüber Juden vorwerfen kann. Doch anscheinend nehmen laut Niekisch „die Juden“ die millionenfache Ermordung von Juden nicht allzu schwer. Wie sonst hätte der kapitalistische (und das heißt bei Niekisch „jüdische“) Westen nach dem Krieg ein Bündnis mit der „faschistischen“ Bundesrepublik schließen können? Niekischs Ausführungen über den „jüdischen Einfluss“ auf die USA erhellen obige Behauptung, die er in mehreren Propagandaschriften für die Nationale Front publiziert hat.⁵⁴

In seinem Essay *Der Clerk*⁵⁵ greift Niekisch seine Begriffe aus der *Europäischen Bilanz* wieder auf. Wir erfahren, dass die „Geldaristokratie“ die USA insgeheim beherrsche. Dabei habe sie es nötig, ihre bloße Existenz zu „tarnen“,

51 Hier wird der Definition in Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus, Bd. 3, S. 346 ff. gefolgt.

52 Allerdings soll darauf verwiesen werden, dass es seriösere Vertreter dieser Theorie des Antisemitismus gibt.

53 Genauerer bei: Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

54 Vgl. z. B. Ernst Niekisch, Ost-West-Gespräch, Berlin 1950.

55 Diesen Essay widmete Niekisch dem fränkischen Medienunternehmer Joseph Drexel. Dies unterstreicht Niekischs neuerliche Annäherung an westdeutsche, rechtsextreme Kreise nach seiner Emeritierung in der DDR. Zu Drexel hatte Niekisch bereits in der Weimarer Republik engste Kontakte.

da andernfalls ihre Machtstellung durch ein klassenbewusstes Proletariat schnell beendet werden könne. Die „Geldaristokratie“ betreibe bewusst die Umwandlung der Gesellschaft in eine klassenlose „Massengesellschaft“. Hitler habe mit Terror versucht, das Proletariat in der „Volksgemeinschaft“ aufzulösen. Durch das restlose Vertrauen auf Gewalt („das Schwert“) war aber letztlich Hitlers Untergang schon vorprogrammiert. Die amerikanische „Geldaristokratie“ habe dies begriffen und vertraue innenpolitisch vorwiegend nicht auf Gewalt, sondern mit Erfolg auf finanzielle Bestechung („Komfort“). Die „Komfortgesellschaft“ als amerikanische Variante der „Volksgemeinschaft“ sei denn auch der endgültige Tod der Arbeiterbewegung in der westlichen Welt.⁵⁶

Diese Ausführungen über die „amerikanische Geldaristokratie“, die „aus dem Dunkeln“ herrsche, tragen antisemitische Züge, ohne das Thema „Juden“ mit nur einem Wort zu streifen. In den 1930er-Jahren war Niekisch mit derselben Verbindung von Judenhass und Antiamerikanismus wesentlich direkter. Den „Yankee“ versteht er als den im „jüdischen“ Sinne reinsten Typus des „Bürgers“. Daher dominiere Amerika den „jüdisch-bürgerlichen“ Westen.⁵⁷ Die Amerikaner seien hierfür prädestiniert, da ihnen jede Bindung zur „Scholle“ fehle. Selbst die „amerikanischen Bauern“ seien keine echten „Bauern“, sondern immer „Farmer“ gewesen, d. h. sie bestellen den Boden lediglich, um damit Gewinn zu erwirtschaften.⁵⁸ Die christliche Religion, vor allem der Puritanismus als „typische“ Religion der USA, wird dabei zum Hauptinstrument der geistigen Vorbereitung dieser im völkischen Sinne „unheiligen“ Auflösungsprozesse.⁵⁹ Diese Form des Glaubens habe folgende Funktion: „Die Geldmacherei enthüllte sich [auf amerikanischem Boden] als wahrer Sinn des bürgerlichen Daseins. [...] Gott war der einzige Ballast, den der ausgewanderte Puritaner nach Amerika mit ausgeführt hatte, aber er wurde sogleich gründlich amerikanisiert. Er wurde zum ideologischen Zeichen, an dem man die bürgerliche Gesinnungszuverlässigkeit erkannte [...]. Die Tieferblickenden erkannten, was dieser Gott wirklich bedeutete [...]: das Gold ist

56 Ernst Niekisch, *Der Clerk*, in: ders., *Politische Schriften*, Köln [u. a.] 1965 [1956], S. 287–347, hier S. 291 ff.

57 Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 46.

58 Niekisch, *Entscheidung*, S. 17 f. Hier beklagt Niekisch die „Verstädterung“ des „deutschen Bauern“ zum „Farmer“. Ebenso Niekisch, *Der Clerk*, S. 338.

59 Vgl. Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 43 f.

der amerikanische Gott; Gold ist der Gott in Dinggestalt, Gott ist das Gold in geistiger Sinnbildlichkeit.“⁶⁰

Die „jüdische“ Anbetung des Geldes ist demnach laut Niekisch der Kern des (amerikanischen) Kapitalismus. Davon ist es nur ein kleiner Schritt bis zur Behauptung, die USA würden, wie der gesamte Westen, insgeheim von „unbeschnittenen Juden“⁶¹ regiert. Niekisch spricht im Verlauf seiner *Europäischen Bilanz*, anders als in *Die dritte imperiale Figur*, aber nicht vom „jüdischen Geist“ oder dem „ewigen Juden“. Es dürfte jedoch klar geworden sein, dass Niekisch die Begriffe „Bürger“, „Kapitalist“, „Geldaristokratie“ und „Jude“ in verschiedenen Kontexten synonym verwendet. Niekischs *Europäische Bilanz* kann demnach als eine überarbeitete Neuauflage seiner *Dritten imperialen Figur* gesehen werden, bei der die explizit antisemitischen, völkisch-rassistischen durch strukturell antisemitische, kulturgeschichtliche⁶² Ausführungen ersetzt wurden. Die Botschaft des Geschichtsbildes ist gleich: „Die Juden“ beherrschen die Welt, und als einzige Hoffnung bleibt allein der Bolschewismus.

Niekisch schafft es, sich zwischen zwei ideologischen Extrempositionen zu bewegen, und legt sich hierbei mit dem „Mainstream“ beider Seiten an (und es ist zu vermuten, dass dieser Konflikt unvermeidbar ist). Schließlich war der „Anti-Antisemitismus“ in der DDR offiziell Staatsdoktrin. Niekischs antisemitische Begründung der Propagandathese „USA und BRD sind kapitalistische und damit faschistische Staaten“ musste ihm Probleme mit der Zensur einbringen. Aus Sicht Niekischs waren seine Schriften für die Nationale Front jedoch eine Fortsetzung seiner völkischen Agitation der 1930er-Jahre, wobei er seine Sprache an die politische Kultur der frühen DDR anpasste. Ein fundamentaler Gesinnungswechsel geht mit diesem Sprachwandel nicht einher. Niekisch hat bereits in den 1930er-Jahren seine völkische Diagnose vom „verjudeten

60 Niekisch, *Europäische Bilanz*, S. 291. Ebenso argumentierten völkische Autoren wie Ernst zu Reventlow, wenn sie von der „goldenen Internationale“ sprachen. Vgl. Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 3, S. 111 ff.

61 Der Genauigkeit halber sei gesagt, dass Niekisch diesen Schritt nicht wortwörtlich geht. Seine Ausführungen über die Freimaurer als „Weltorganisation des ewigen Juden“ (vgl. Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 56 f.) sind aber in diesem Sinne zu verstehen.

62 Streng genommen besteht hierin kein grundsätzlicher Unterschied. Auch völkische Autoren wie Niekisch haben sich ja als „Kulturhistoriker“ verstanden.

Angelsachsen“⁶³ mit einer bolschewistischen Lösung der Judenfrage verknüpft. Nach dem Krieg wiederholte er lediglich sein Plädoyer für eine deutsche Ostorientierung aus kapitalismuskritischen Gründen.

Bolschewismus als Instrument einer antijüdischen Rassenpolitik

Niekisch besaß keine besonderen Kenntnisse über die Geschichte oder die zeitgenössische Politik Russlands. Rühmte er „Russland“, so lobte er stets nur ein lose mit der Realität verbundenes Fantasieprodukt: seine Interpretation der russischen Verhältnisse. „Russland“ war für Niekisch ein exotischer Fluchtpunkt,⁶⁴ ein Ausweg aus seinem von Rückschlägen bestimmten deutschen Alltag. Daher ist es nur konsequent, dass das Element „Russland“ in Niekischs Ideologie als Folge seines politischen Scheiterns in der Weimarer Republik und dem Dritten Reich immer wichtiger wurde.⁶⁵ Je mehr das „deutsche Volk“ Niekisch enttäuschte, desto schriller wurde sein Lob für das „russische Volk“ und dessen vermeintliche „welt-historische Mission“.

In der Sekundärliteratur wurde vielfach auf die besonders starke Ostorientierung Niekischs hingewiesen, womit gemeint ist, dass Niekisch ein enges außenpolitisches Bündnis zwischen Russland und Deutschland befürwortete. Festzuhalten ist jedoch, dass Niekisch diese Ostorientierung rassistisch begründet. Er bezieht sich bei seinen Ausführungen über das „rassische“ Verhältnis zwischen Germanen und Slawen (implizit) auf Gedanken, die in völkischen Kreisen breit diskutiert wurden, vor allem die These vom „passiven Rassecharakter“ der Slawen sowie die These der „jüdischen“ Führungsschicht Russlands. Folge-

63 Vgl. Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 43 f. Niekisch hält den englischen „Gentlemen“ für eine „Maske des Juden“ und den amerikanischen „Yankee“ für dessen von allen „germanischen Blutresten“ gereinigte Steigerungsform.

64 In ähnlicher Weise war „Afrika“ für Ernst Jünger ein exotischer Fluchtpunkt. Jünger versuchte sogar als Schüler, nach Nordafrika zu fliehen, um sich der Fremdenlegion anzuschließen. Vgl. Siefert, *Die Konservative Revolution*, S. 133.

65 Vgl. für eine ausführliche Darstellung der chronologischen Entwicklung dieses Sachverhalts: Sylvia Taschka, *Das Rußlandbild von Ernst Niekisch*, Erlangen [u. a.] 1999 (Erlanger Studien zur Geschichte, Bd. 5).

richtig wurde ein enges Bündnis mit Russland in weiten Teilen der völkischen Bewegung und gerade von den Nationalsozialisten aus ideologischen Gründen abgelehnt.⁶⁶

Niekisch vertritt diese Thesen über Russland in seinem Buch *Entscheidung*, doch sie führen ihn zu gegenteiligen Schlussfolgerungen. So seien die Slawen zwar natürlich eine „passive“ und keine „staatsbildende Rasse“. Doch genau hier sieht Niekisch die Aufgabe des „Germanen“. Niekisch verkehrt die damals verbreitete Beleidigung Preußens als „halbslawische Kaserne“ in ein Kompliment, wenn er behauptet, dass die „germanisch-slawische Blutmischung“ die Grundlage für Preußens militärisch-politischen Erfolg gewesen sei. „Slawe“ und „Germane“ seien eben anders als die „Romanen“ keine „unheldischen Städter“, sondern „ländliche, heldische Menschen“. Der „germanische Preuße“ habe insofern mit den „Slawen“ mehr gemeinsam als mit den „romanisierten“ Süddeutschen und erst recht mit den katholischen Österreichern.⁶⁷

Basierend auf dieser Analyse formuliert Niekisch ein politisches Programm, dessen Kernpunkt ein Bevölkerungsaustausch zwischen Russland und Deutschland bildet. So sei eine Ost-Kolonisation durch die „deutsche Jugend“ durchzuführen, damit diese ihre verschüttete Bindung zur „Scholle“ wiederentdecken könne. Gleichzeitig müsse „slawisches Blut“ in den Süden und Westen Deutschlands „gelenkt“ werden, um diese Regionen von den „romanischen Blutsteilen“ zu „reinigen“. Auf dieser völkischen Basis solle der Grundstein für ein „germanisch-slawisches Imperium von Wladiwostok bis Vlissingen“ gelegt werden. Dieser Machtblock wäre dann „ein Preußen im Weltmaßstab“.⁶⁸

66 Vgl. z. B. Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band, München 1942, S. 742 ff. Hitler befürwortete in *Mein Kampf* ein gegen Russland und Frankreich gerichtetes Bündnis zwischen Deutschland, Italien und England. Niekisch kannte die Ausführungen Hitlers; so widmete er in *Geheimnis des Reichs* Hitlers Weltsicht ein eigenes Kapitel. Vgl. Niekisch, *Das Reich der niederen Dämonen*, S. 40–57.

67 Vgl. Niekisch, *Entscheidung*, S. 34 ff.

68 Vgl. Niekisch, *Entscheidung*, S. 115 ff., 180 ff. Niekischs Hinwendung zu „Preußen“ ist weniger nationalistisch als völkisch-rassistisch. Seine damit korrespondierende Verachtung für Süddeutsche und Österreicher sowie seine spätere Verurteilung des deutschen Nationalismus (vgl. Ernst Niekisch, *Deutsche Daseinsverfehlung*, in: ders., *Politische Schriften*, Köln [u. a.] 1965 [1946], S. 63–146) machen es zumindest zweifelhaft, seine Position als „nationalistisch“ oder „nationalbolschewistisch“ zu beschreiben.

In dieser Weltsicht scheint Russland nur darauf zu warten, dass es von den „Germanen“ (mindestens) als Bündnispartner in Anspruch genommen wird. Ferner vertritt Niekisch die Einschätzung, dass der Bolschewismus über „die Juden“ nach Russland gelangte. Hier kommen für Niekisch allerdings Lenin und Stalin ins Spiel. So heißt es in *Entscheidung*: „Immer deutlicher tritt als Sinn des russischen Ereignisses hervor, dass sich die westlerische Formel mit russischen Urinstinkten vermählte [gemeint ist der Bolschewismus]; sie wurde die wirksamste Waffe, um das Westlertum in Russland zu vernichten. Träger der westlerischen Formel war der Jude [...] am Ende wurde er ausgespien, wie es Trotzki widerfuhr. In einem Fieberprozess von unerhörter Heftigkeit vollzog sich die Selbstreinigung Russlands; die letzten Daseinsreserven und die geheimsten Untergründe mobilisierte der russische Volkskörper gegen das westlerische Gift. [...] Lenin war ein Mischling, halb Slawe, halb Tatare. Er selbst unterdrückte in sich den Slawen und überantwortete sich ganz seinen tatarischen [d. h. zerstörerischen] Instinkten.“⁶⁹

In *Die dritte imperiale Figur* wiederholt Niekisch diesen Gedanken und lässt diesmal den „Kaukasier“ Stalin zu größerer Ehre kommen: „[...] indem aber Lenin fraglos führte, war festgelegt, dass ein slawisch-asiatischer Blickpunkt und Gesichtskreis dem jüdischen den Rang abgelaufen hatte. Nun wurde der ewige Jude von einer überlegeneren Macht eingesetzt und ausgespielt; er selbst hatte das Schicksal, das er bisher barbarischen Kräften zu bereiten pflegte. Als nach Lenins Tod Trotzki noch einmal der Sache des ewigen Juden das verlorene Feld zurückgewinnen wollte, wurde er von Stalin verbannt. [...] Dass es nicht mehr um Profit und Rentabilität, kurzum nicht mehr um kapitalistische Ökonomie ging, sondern dass eine neue Welttendenz zum Durchbruch gekommen war, brachten die Elektrifizierungskampagne und die Fünfjahrespläne zu sichtbarer Anschauung.“⁷⁰

Stalin habe also nicht nur den Bolschewismus „von allen jüdischen Elementen gereinigt“, sondern mit der Adaption der Planidee Russlands auch eine technologische Aufholjagd eingeleitet. Die große Verehrung Niekischs für Stalin ist des

69 Niekisch, *Entscheidung*, S. 138.

70 Niekisch, *Die dritte imperiale Figur*, S. 164.

Weiteren in der Apologie *Stalin* von 1950 belegt.⁷¹ Bedenkt man das Geschichtsbild, das Niekisch im ersten Teil des Buches *Die dritte imperiale Figur* entwickelt, so wird klar, warum Niekisch Stalin als die größte historische Gestalt des 20. Jahrhunderts stilisiert. Nach fast 2000 Jahren meint Niekisch in dem Duo Lenin/Stalin eine Zeitenwende erkannt zu haben. Nicht länger werden die „barbarischen Völker“ vom „Juden“ in ihrer Mitte manipuliert, stattdessen wurde dieser „ausgespien“. Gleiches erhoffte sich Niekisch von den Deutschen. Gegen Ende seines Buches *Entscheidung* ruft Niekisch zu einem Bürgerkrieg, einem „organischen Reinigungsprozess“ auf und fordert eine „Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles Westliche“. Seine vorherigen Ausführungen über den vermeintlichen Sinn der Russischen Revolution machen klar, dass „die Juden“ mitsamt der „bürgerlichen Elite“ mit dem Begriff „alles Westliche“ gemeint sind. Niekisch verkauft diesen Aufruf zum Mord (nicht nur an Juden) als die notwendige und daher legitime „Selbstverteidigung“ der „am Abgrund stehenden“ deutschen Nation. Denn erst die Vertreibung oder Vernichtung des „westlichen Blutes“ schaffe dem „slawischen Blut“ den benötigten Raum, damit es seine Funktion als „Heilserum“ für die „verstädterten“ Deutschen erfüllen könne.⁷²

Mit diesen Ausführungen konnte Niekisch bei den Nationalsozialisten keine Zustimmung ernten.⁷³ Alfred Rosenbergs Kommentar zu Niekisch: „Genauso zu verwerfen wie die schematischen Erklärungen über den ‚westlichen‘ ist nun die Hervorhebung des ‚östlichen Geistes‘, der gegen den westlichen ins Feld geführt wird und zu dem sich eine große Anzahl auch nationalistischer Deutscher bekennt, ohne tiefere Vorstellungen von diesem östlichen Geist zu besitzen. [...] Es ist sogar so weit gekommen, dass ein sich nationalistisch nennender Schriftsteller erklärte,

71 Vgl. Ernst Niekisch, Stalin, in: Taschka, Das Rußlandbild, S. 108–110.

72 Vgl. Niekisch, Entscheidung, S. 154 ff., 162 f., 184. Taschka sieht bei Niekisch keinen „eliminatorischen Antisemitismus“, wobei sie jedoch die oben dargestellten Textstellen über den vermeintlichen „Rassecharakter des Juden“ in der *Dritten imperialen Figur* und der *Europäischen Bilanz* sowie den Aufruf am Ende der *Entscheidung* nicht berücksichtigt. Vgl. Taschka, Das Rußlandbild, S. 55 f.

73 Noch 1931 gab es ein Treffen zwischen Niekisch und Joseph Goebbels, bei dem eine mögliche Zusammenarbeit diskutiert wurde. Dieses Treffen verlief für beide Seiten aber mehr als unbefriedigend. Goebbels' Urteil: „Nein, dieser Mann könnte uns nur belasten. Weg damit!“ Zit. nach: Birgit Rättsch-Langejürgen, Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch, Bonn 1997, S. 215.

Deutschlands Sendung bestehe in der Verbreitung des asiatisch-östlichen Geistes. Selbst wenn Ostpreußen verloren ginge, wäre Deutschlands Mission erfüllt, wenn Asien von Wladiwostok bis zum Rhein⁷⁴ herrsche. Zu derartigen Gedanken kommen Menschen, die mit blutlosen Konstruktionen versuchen, an Lebensfragen des Volkes heranzutreten.“⁷⁵

Niekisch hat seine Position nach der „Machtergreifung“ zwar angepasst, aber erst 1936 revidiert. In *Entscheidung* fordert er genauso wie in *Die dritte imperiale Figur* vom „deutschen Volk“, es den russischen Sowjets gleichzutun (das zweite Mal aber mit mehr Distanz zum „deutschen Volk“). Hierbei projiziert Niekisch seine politischen Wunschvorstellungen auf das exotische Russland. Mit den tagespolitischen Ereignissen hat seine Analyse hingegen kaum etwas zu tun. In Niekischs völkischen Ausführungen über das „rassische Wesen“ Russlands und seiner politischen Führer sucht man denn auch vergeblich nach weiteren Argumenten, abgesehen davon, dass die Juden „ausgespien“ worden seien. Niekisch interpretiert die Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen Staatsführung falsch, wenn er die Entmachtung und Verbannung Trotzki als antijüdisches Fanal interpretiert.⁷⁶ Wesentlich ungewöhnlicher (zumindest bei einem völkischen Autor) ist dagegen Niekischs Behauptung, mit Lenin und Stalin sei eine „neue Welttendenz zum Durchbruch gekommen“. Die These der „weltrevolutionären Aufgabe“ der Sowjetunion vertraten sonst nur Kommunisten.⁷⁷ Niekisch meint mit der „neuen Welttendenz“ aber anders als die Kommunisten nicht die „Befreiung des Proletariats“, sondern die Idee der technokratischen Planung nicht nur der Ökonomie, sondern langfristig aller Lebensbereiche.

74 Rosenberg zitiert an dieser Stelle Niekisch indirekt falsch. Er meint „von Wladiwostok bis Vlissingen“.

75 Rosenberg, *Der Mythos*, S. 643 f.

76 Vgl. Matthias Vetter, *Die letzte „fünfte Kolonne“: Antisemitismus und stalinistische Minderheitenpolitik*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 19 (2011), S. 234–268. Wie Vetter zeigt, ist Niekisch mit seiner Fehleinschätzung nicht allein, so gebe es Hinweise darauf, dass sich die Ansicht, Stalin sei ein radikaler Antisemit gewesen, auch in der NS-Partei bis 1945 gehalten habe. Vgl. Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*, Berlin 1995, S. 348 ff.

77 Z. B. Karl Radek, *Kommunismus und deutsche nationalistische Bewegung*, in: Karl Radek u. a. (Hrsg.) *Schlageter: Kommunismus und nationale Bewegung. Eine Auseinandersetzung*, Berlin 1923, S. 48–60, hier S. 52.

Noch 1931 hatte Niekisch in einem Artikel unter dem Pseudonym „Nikolaus Götz“⁷⁸ über den *Menschenfresser Technik* geklagt. Doch auch hier argumentiert er, dass es wenigstens dem „russischen Volk“ gelungen sei, die „Dämonie der Technik“ (d. h. bei Niekisch die der Technik unterstellte Tendenz zur Ökonomisierung der Welt im Sinne des „ewigen Juden“) für eigene Zwecke zu nutzen: „[Das russische Volk] bemächtigte sich der Technik; die Technik bemächtigte sich nicht seiner. Über dem Mechanisierungsprozess waltete [...] regelnd die Macht eines Organischen, in dem die instinktive Weisheit des biologischen Stoffes des russischen Volkes wirkte [...]. Der Dämon der Technik fühlte sich um seinen Lohn geprellt [...] aus dem Munde katholischer und protestantischer Priester, abendländischer Zivilisationsapostel und wohlbesoldeter Kapitalsagenten ertönt sein abstoßendes Gebell.“⁷⁹

Niekisch hat auf diese Weise versucht, die Sowjetunion als vorbildlichen Verbündeten darzustellen, und z. B. 1932 in einem Artikel für den *Widerstand* von der neuen Leistungsfähigkeit der russischen Ökonomie erneut in hohen Tönen geschwärmt.⁸⁰ Niekisch bezieht sich in diesem Artikel auf Schlagworte („Arbeiterstaat“, „Mobilmachung“), die ihm Ernst Jünger bereitstellte, der 1932 ebenfalls für den *Widerstand* schrieb. Seine Begeisterung über Russland ist somit nicht die Begeisterung eines Kommunisten. Niekisch war denkbar weit entfernt von der Debatte der Kommunisten.⁸¹ Er bezog sich jedoch teilweise auf das gleiche Thema

78 „Nikolaus“ steht m. E. für Niekichs Verehrung von Niccolo Machiavelli, während „Götz“ auf die gleichnamige Figur Goethes verweist. Niekichs Kombination von pro- und antimodernen Ideologieelementen schlägt somit bis in die Wahl seines Pseudonyms durch.

79 „Nikolaus Götz“ [Ernst Niekisch], *Menschenfresser Technik*, in: Uwe Sauer mann (Hrsg.), *Widerstand*, Krefeld 1982 [1931], S. 56–65, hier S. 64 f. Laut Sieferle war es genau diese Aneignung des technischen Fortschrittes für die nationale Sache, die auch die Nationalsozialisten anstrebten. Nicht zufällig seien besonders die beiden profiliertesten Vertreter der Rassentheorie, Hitler und Rosenberg, geradezu technikenthusiastisch gewesen. „Die Technik“ habe für sie nur darauf gewartet, zu einem Instrument der „nordischen Rasse“ zu werden. Vgl. Sieferle, *Die Konservative Revolution*, S. 204 ff.

80 Vgl. Ernst Niekisch, *Betrachtungen zu einer Rußlandreise*, in: Sauer mann (Hrsg.), *Widerstand*, [1932], S. 141–155. Niekisch bezieht sich auf eine Reise, die er als Teil einer Reisegruppe der „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der russischen Planwirtschaft“ (ArPlan) 1932 unternahm.

81 Ebenso Donal O’Sullivan, *Furcht und Faszination. Deutsche und britische Rußlandbilder 1921–1933*, Köln [u. a.], 1996. O’Sullivan zählt Niekisch genauso wie Ernst zu Reventlow, Oswald Spengler und Ernst Jünger zu den „Konservativen Freunden“ Russlands.

(die Person Karl Marx und dessen Werk), was mitunter zu dem Missverständnis geführt hat, dass Niekisch bereits in den 1930er-Jahren ein Kommunist ohne Parteibuch gewesen sei. Es ist richtig, dass Niekisch Marx diskutiert hat und zentrale Punkte wie den Klassenkampfgedanken teilweise übernahm, doch bewertet er den „Juden“ Marx insgesamt als „jüdisch-materialistisch“. Damit meint Niekisch, dass der Marxismus ebenso dem Ökonomischen verhaftet sei wie das liberale Bürgertum. Eine „echte“ revolutionäre Kraft könne demnach von Marx' Schriften nicht ausgehen (eher noch, so Niekisch an anderer Stelle, von Lassalle und dessen Programm des „nationalen Sozialismus“).⁸² Im Gegenteil. Niekisch beschreibt *Das Kapital* als „jüdische Bibel“ der Arbeiterklasse. Marx sei es hiermit gelungen, den progressivsten Teil der Bevölkerung, die Arbeiter, für die Zwecke des „ewigen Juden“ einzuspannen. Der „ewige Jude“ wolle durch die Entblößung eines Teils seiner ökonomischen Machtmethode seine Existenz auch für die Zeit nach dem Kapitalismus sichern.⁸³ Marx, so Niekisch weiter, habe aber hier einen Fehler begangen und zu viele „jüdische Geheimnisse“ preisgegeben. Jeder der nicht von den orthodoxen Marxisten geblendet sei, könne im *Kapital* nachlesen, dass „der Arbeiter“ ein „Doppelgesicht“ trage, er also sowohl eine Kreatur des Ökonomischen wie des Technischen sei. Als Teil der ökonomischen Welt sei der „Arbeiter“ keine revolutionäre Kraft. Der „Arbeiter“ als Teil des Technischen hingegen „trage eine neue Welttendenz in sich“ – dies ist die „Welttendenz“, die Lenin und Stalin für Niekisch verkörpern. Auch diesen Gedanken Niekischs ist ihr völkischer Ursprung anzumerken. In *Die dritte imperiale Figur* schreibt er davon, dass der Arbeiter in der Fabrik mit derselben „Ursprünglichkeit“ und „Natürlichkeit“ lebe wie der Bauer auf dem Land gelebt habe, bevor er „entwurzelt“ wurde. Der Arbeiter ist also für Niekisch der neue Bauer. Das neue Objekt seiner Verherrlichung.⁸⁴

- 82 Vgl. Niekisch, Gedanken über deutsche Politik, S. 181 ff. Pittwald befasst sich eingehend mit dem Verhältnis von Niekisch zu Lassalle (vgl. Pittwald, Ernst Niekisch). Warum Niekisch sich im Fall Lassalles nicht an dessen jüdischer Herkunft gestoßen hat, bleibt sein Geheimnis.
- 83 Niekisch interpretiert auch Marx' Schrift *Zur Judenfrage* als „Trick“. Hier habe der „Jude“ Marx nämlich versucht, das Judentum mit dem kapitalistischen Schacher gleichzusetzen, um den eigentlichen, viel weiter gefassten Charakter des „ewigen Juden“ zu verschleiern.
- 84 Niekisch, Die dritte imperiale Figur, S. 120 ff.

In seiner *Europäischen Bilanz* vertritt Niekisch weiterhin diese Position und verwendet diesmal das Stichwort vom Techniker als „Kosmischen Bauern“. Während der Bauer noch an die „Scholle“ gebunden gewesen sei, vereine der Arbeiter/Techniker die „Ursprünglichkeit“ des Bauern mit einer neuen Tendenz ins Unendliche, d. h. „Kosmische“. Die technokratische Herrschaftsform dieses Arbeiters/Technikers definiert Niekisch als „Bolschewismus“.⁸⁵ Es überrascht wohl nicht, dass Niekisch Marx 1951 nicht als „Juden“ beschimpfte oder Kritik an ihm übte.⁸⁶ Stattdessen lobt er ihn: „Marx ging an den Gesellschaftskörper heran, wie der Techniker an die Natur heranzugehen pflegt; das ist das Große an ihm, wie er wagt, mit dem Blick des Technikers auch auf den Gesellschaftsorganismus zu schauen. Hat man erst die Bewegungsgesetze der Natur erfasst, kann man diese zum Gegenstand menschlicher Beherrschung und planmäßiger Umgestaltung machen. Sollte nicht auch der Gesellschaftskörper verborgene Bewegungsgesetze haben, denen aufzulauern war? Marx' unvergängliche Leistung ist es, die Bewegungsgesetze der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung entschleiert zu haben. In seinem ‚Kapital‘ ist es geschehen. Er hat, wie der Techniker, den Drang zur knappen, kurzen Formel; er weiß, dass er, sobald er die Formel kennt, die Sache in seiner Gewalt hat.“⁸⁷

Darum ging es Niekisch: die Gesellschaft in die Gewalt zu bekommen und sie bürokratisch lenkbar zu machen. Dementsprechend passt es, wenn Niekisch die Bewohner der von ihm entworfenen bolschewistischen Technokratie als „Bienen“ charakterisiert, also als pseudo-individuelle Drohnen.⁸⁸ Diese Darstellung des „Bolschewismus“ traf (gelinde gesagt) auf wenig Zustimmung bei Niekischs zeitgenössischen Lesern.

85 Vgl. Niekisch, *Europäische Bilanz*, S. 294–306.

86 In seinem zensierten Kapitel über „die Juden“ schreibt Niekisch fast bewundernd über das „rückhaltlose Streben der Juden ins Kosmische“, also jene Eigenschaft, die den „Techniker“ auszeichne. Dieses Kompliment wird jedoch durch die folgende Feststellung Niekischs vergiftet, dass das Judentum diesen „Drang ins Unendliche“ nur dazu benutze, um die Weltherrschaft zum eigenen Nutzen zu erlangen, und eben nicht für das allgemeine Wohl. Vgl. BArch N 1280/3e.

87 Niekisch, *Europäische Bilanz*, S. 310.

88 Vgl. ebenda, S. 378. Das repräsentative Tier des „Geldadels“ sei hingegen der Hamster, während sich der „Schwertadel“ stets ein Raubtier (Löwen, Bären, Adler etc.) als Wappentier wähle.

Abschließender Kommentar

Niekischs eingangs erwähnter Widerstand im Dritten Reich wurde durch die Betrachtung seiner antisemitischen Schriften aus den 1930er-Jahren näher erklärt. Doch bliebe die Kontextualisierung von Niekischs Antisemitismus unvollständig, würde man nicht erwähnen, dass Niekisch aufgrund seiner antisemitischen Positionen auch in der DDR Anfeindungen ausgesetzt war. Mit seinem Buch *Europäische Bilanz* hatte er in der DDR ernsthafte Publikationsschwierigkeiten, an deren Ende Otto Grotewohl (dessen Mitarbeiter Niekisch eine Zeit lang gewesen ist) zugunsten Niekischs eingegriffen hat, und all dies trotz der Zensur der explizit antisemitischen Passagen. Der SED-Kulturfunktionär Wilhelm Girnus verfasste laut Rättsch-Langejürgen die einzige öffentliche Reaktion auf Niekischs *Europäische Bilanz*. Girnus habe Niekisch vorgeworfen, ein falsches Bild des Bolschewismus zu zeichnen, und erklärt, dass derartige „antihumanistische Auffassungen“ gegen die Kulturpolitik der DDR verstießen.⁸⁹ Dieser Verriss beleuchtet erneut das grundsätzliche Problem von Niekischs Position, denn mit der bewussten Mischung von gegensätzlichen Ideologieelementen provozierte er Konflikte. In der DDR stieß man sich an den völkischen Elementen in Niekischs Kapitalismuskritik, die nicht nur explizit, sondern auch strukturell antisemitisch ist und mit der Personifikation ökonomischer Zusammenhänge in der Gestalt der „(jüdischen) Geldeliten“ arbeitet. Ob dabei das Judentum explizit angegriffen wird oder nicht, würde fast eine untergeordnete Rolle spielen, wenn Niekisch mit seiner *Europäischen Bilanz* in der Bundesrepublik nicht wesentlich breitere Leserkreise angesprochen hätte als noch 1935 mit seiner *Dritten imperialen Figur*.

Für Sebastian Haffner, wahrscheinlich der prominenteste Verehrer Niekischs, war Niekisch aufgrund seiner Schriften aus den 1930er-Jahren nicht nur der „schärfste Antipode Hitlers“, sondern dank der *Europäischen Bilanz* auch zum „wahren Theoretiker der Weltrevolution“ geworden. Sein historisch-politisches Werk sei eine „thukydideische Leistung“. Es besitze „literarischen Glanz“ und „politische Sprengkraft“. Auch sonst wird Haffner nicht müde, die vermeintlichen

89 Vgl. Rättsch-Langejürgen, Das Prinzip Widerstand, S. 292. Abweichend von der in diesem Artikel vertretenen Position hält Rättsch-Langejürgen Niekisch nicht für einen Antisemiten. So deutet sie Niekischs Ausführungen in der *Dritten imperialen Figur* als „anti-jüdische Klischees, [...] denen die Schärfe des rassistischen Antisemitismus fehle“. Ebenda, S. 226.

charakterlichen Qualitäten des „letzten großen Preußen“ Niekisch zu loben. Lediglich der Ton des früheren Niekisch sei manchmal etwas „steil und schrill“ gewesen.⁹⁰

Während Haffner Niekischs Sprache aus den 1930er-Jahren unangemessen fand, konnte ihm Niekisch die gleichermaßen antisemitische Botschaft in seiner *Europäischen Bilanz* entschieden besser verkaufen. Eine gewisse Ironie liegt darin, dass Niekisch unter dem Druck der DDR-Zensur die explizit antisemitischen Stellen seines Buches streichen musste und es erst dadurch möglich wurde, dass national gesinnte westdeutsche Intellektuelle Niekisch öffentlich und positiv rezipieren konnten.

Radikalere Vertreter der deutschen Rechten konnten freilich weiterhin Niekischs Schriften der Vorkriegszeit lesen und bewundern. Für Armin Mohler war Niekisch eine der herausragendsten Figuren der Konservativen Revolution, dessen Schriften aus den 1920er- und 1930er-Jahren „bedeutsame“ Werke von „präziser Rationalität und politischem Instinkt“ gewesen seien. Dementsprechend erklärte Mohler Niekisch zu seinen wichtigsten literarischen Vorbildern. Niekischs Nachkriegsschriften lehnte Mohler jedoch klar ab, diese charakterisiert er als „vulgärmarxistische“ Werke „ohne Systematik und Rationalität“.⁹¹

Somit ist es der „Vulgärmarxismus“ der *Europäischen Bilanz*, der Mohler veranlasst, die „Niekisch-Legende“ zu kritisieren, und eben nicht der bei Niekisch so zentrale Antisemitismus, den Mohler genauso wie Haffner schlicht unerwähnt ließ. Sowohl Mohler als auch Haffner sind somit zwei Beispiele für die positive, wenn auch etwas eklektische Rezeption von Niekischs politischer Ideologie innerhalb der deutschen Rechten.

90 Vgl. Sebastian Haffner, Ernst Niekisch, in: ders./Wolfgang Venohr, *Preußische Profile*, Berlin 1998 [Königstein/Taunus 1980], S. 284–298. Ursprünglich erschien dieser Artikel 1966 in der Zeitschrift *Konkret*.

91 Vgl. Mohler, *Die Konservative Revolution*, S. 519 ff.

Den Antisemitismus als Juden bekämpfen

Zionistische Antworten auf die Judenfeindschaft in der Weimarer Republik

Eine der von den deutschen Juden zwischen dem späten 19. Jahrhundert und dem Ende der Weimarer Republik am heißesten diskutierten Fragen war diejenige, wie man dem Antisemitismus entgegentreten sollte. Dies war natürlich kein Zufall, sondern hatte mit der enormen Verbreitung und Radikalisierung des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft in diesem Zeitraum zu tun. Gingen die Antworten auf diese Frage bereits unter der liberalen Mehrheit des deutschen Judentums stark auseinander, so wurde die Debatte mit dem Auftreten der zionistischen Bewegung noch einmal deutlich kontroverser. Die Zionisten, insbesondere diejenigen, die zur zweiten, radikaleren Generation gehörten, griffen die „Abwehr“-Strategie des liberalen „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ auf das Heftigste an, deren Kern darin bestand, die antisemitischen Vorurteile mit rationalen Mitteln zu widerlegen und auf der Zugehörigkeit der Juden zur deutschen Nation zu bestehen. „Der sogenannte Kampf gegen den Antisemitismus“, schrieb im Jahr 1915 Kurt Blumenfeld, der spätere Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, „ist in Wahrheit nichts anderes als ein Kampf gegen Semitismus.“ Er basierte nach Ansicht Blumenfelds auf einer vollkommenen Ignoranz gegenüber der Natur des Antisemitismus. „Die Wirklichkeit unserer jüdischen Sonderart“, schrieb er, „ist der wahre Grund des Antisemitismus. Der Antisemitismus ist ein Zeichen dafür, daß wir noch immer eine wirkende Gemeinschaft sind. Unsere Sonderart wird von den anderen empfunden.“¹

1 Maarabi (Kurt Blumenfeld), Antisemitismus, in: Jüdische Rundschau Nr. 30 vom 23. 7. 1915, S. 239–240, Zitat S. 240.

Der Centralverein seinerseits warf den Zionisten vor, die Abwehrbemühungen zu unterminieren und den Antisemitismus zu unterstützen, indem sie auf der Unvereinbarkeit von Deutschtum und Judentum bestanden und erklärten, dass der Antisemitismus eine natürliche, ja sogar verständliche Reaktion auf diese Unvereinbarkeit sei. Sieht man sich das Zitat von Blumenfeld an, und viele ähnliche könnten ihm hinzugefügt werden, dann war dieser Vorwurf nicht allzu weit hergeholt. Die Zionisten waren in der Tat überzeugt, dass der Antisemitismus unabwendbar sei, solange Juden unter Nichtjuden lebten. Viele von ihnen waren der Ansicht, dass sie bestimmte Überzeugungen über das Verhältnis von Juden und Nichtjuden mit den Antisemiten teilten. Allerdings deuten andere Quellen darauf hin, dass die Dinge doch nicht ganz so einfach lagen. So beschrieb beispielsweise der Zionist Felix Rosenblüth den Konflikt mit dem Centralverein ein wenig anders. „Man kann entweder die jüdische Nationalität ableugnen“, schrieb er, „und damit implicite zugeben, daß ihre Existenz den Antisemitismus rechtfertigen würde, – das ist die Methode des Zentralvereins; oder, man kann die Existenz der jüdischen Nationalität zugeben, aber bestreiten, daß sie dem Antisemitismus auch nur den mindesten Anspruch gestattet, – das ist die Methode des Zionismus.“²

Die Aussage Rosenblüths enthält nicht nur ein Argument gegen die Kritik des Centralvereins, das es Wert ist, ernsthaft erwogen zu werden. Es widerspricht auch dem Urteil eines Großteils der Forschung, die, je nach politischer und ideologischer Perspektive, dem Zionismus vorgeworfen hat, den Antisemitismus entweder unterschätzt, ihm gleichgültig gegenübergestanden oder gar mit ihm gemeinsame Sache gemacht zu haben. Obwohl sie zu fast allen Aspekten der deutsch-jüdischen Geschichte gegensätzliche Ansichten vertreten, sind sich beispielsweise Donald Niewyk, der aus einer explizit zionismuskritischen Perspektive schreibt, und Jehuda Reinharz, der dem Zionismus sehr viel positiver gegenübersteht, darin einig, dass die Reaktion des Zionismus auf den Antisemitismus „inadäquat“ (Niewyk) und „alles andere als eindeutig“ (Reinharz) war.³

2 Felix Rosenblüth, Nationaljudentum und Antisemitismus, in: Jüdische Rundschau vom 28. 3. 1913, S. 126–128, Zitat S. 127.

3 Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, New Brunswick 20012, S. 94; Jehuda Reinharz, *The Zionist Response to Antisemitism in Germany*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 30 (1985), S. 105–140, Zitat S. 139.

Ganz ähnliche Aussagen finden sich in fast der gesamten Forschungsliteratur zum Thema.⁴ Im Vergleich zum Centralverein bekämpften die Zionisten den Antisemitismus in der Tat auf einem sehr viel weniger intensiven Niveau. Ein solcher Vergleich ist jedoch nicht vollkommen fair, wenn man bedenkt, dass der Centralverein, im Unterschied zur zionistischen Bewegung, explizit als Abwehrverein gegen den Antisemitismus gegründet worden war.⁵ Er neigt auch dazu, Formen des Kampfes gegen den Antisemitismus zu übersehen, die nicht in das klassische Konzept der „Abwehr“ passen.

In diesem Essay soll dargelegt werden, dass der Kampf gegen den Antisemitismus eine weitaus größere Rolle innerhalb der zionistischen Politik vor allem der Weimarer Zeit, die hier im Mittelpunkt steht, spielte, als dies üblicherweise angenommen wird. Der zionistische Kampf gegen den Antisemitismus war keineswegs eine unzusammenhängende und halbherzige Angelegenheit, sondern wurde von einem in sich konsistenten ideologischen Konzept geleitet. Die Zionisten bestanden darauf, dem Antisemitismus auf der Grundlage eines emphatischen Bekenntnisses zur ethnischen Identität als Juden entgegenzutreten. Anstatt Gleichheit zu beanspruchen, die ihrer Ansicht nach nicht erreicht werden konnte und nicht erreicht werden sollte, wollten die Zionisten den Antisemitismus bekämpfen, indem sie auf Differenz insistierten. Um die Besonderheiten dieser Strategie zu verstehen, ist es hilfreich, auf Konzepte der postkolonialen Kritik zurückzugreifen. Wie zu zeigen

- 4 Um nur einige Beispiele zu nennen: Avraham Barkai, *Zionist and Non-Zionist Reactions to the Rise of the Nazi Party in Germany's September 1930 Elections*, in: *Moreshet* 6 (2009), S. 119–136, hier S. 124 ff.; Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003, S. 85; Peter M. Baldwin, *Zionist and Non-Zionist Jews in the Last Years before the Nazi Regime*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 27 (1982), S. 87–108, hier S. 97. Ausgewogener hingegen Francis R. Nicosia, *Resistance and Self-Defence. Zionism and Antisemitism in Inter-War Germany*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 42 (1997), S. 123–134.
- 5 Vgl. z. B. den Artikel, der die erste Ausgabe der CV-Zeitung *Im deutschen Reich* einleitete: M. M. [Martin Mendelsohn], *Ein Wort zur Einführung*, in: *Im deutschen Reich* 1 (Juli 1895) 1, S. 1–4. Allgemein zum Centralverein und seiner Strategie gegen den Antisemitismus vgl. Avraham Barkai, *„Wehr Dich!“ Der Centralverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C. V.) 1893–1938*, München 2002; Sanford Ragins, *Jewish Responses to anti-Semitism in Germany, 1870–1914. A Study in the History of Ideas*, Cincinnati 1980, S. 45–103; Ismar Schorsch, *Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870–1914*, New York 1972, S. 117–148, S. 179–202.

sein wird, weist sie alle Charakteristiken einer „Identitätspolitik“ auf, wie sie im Kontext des Postkolonialismus vor allem Stuart Hall beschrieb.⁶ Das Ziel dieser Argumentation ist aber keineswegs eine unkritische Rehabilitation der zionistischen Politik gegenüber dem Antisemitismus, sondern der Vorschlag einer neuen Perspektive der Kritik, die die innovativen Elemente dieser Politik anerkennt und gleichzeitig den Blick auf die fundamentalen Probleme einer solchen identitätspolitischen Strategie eröffnet.

Zionistische Abwehr

Auch wenn die Entwicklungen in Palästina sowie interne Angelegenheiten der zionistischen Bewegung den Hauptteil der Berichterstattung in der *Jüdischen Rundschau*, dem offiziellen Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, ausmachten, so waren Berichte und Diskussionen über den Antisemitismus während der Weimarer Zeit dennoch ein konstantes Thema. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs reagierten die Zionisten auf die antisemitische Welle, die das Land überrollte, mit zahlreichen Artikeln in der *Rundschau* und in anderen zionistischen Blättern. Aus den Trümmern des Kaiserreichs waren Hunderte von völkischen Organisationen, paramilitärischen Milizen und nationalistischen Intellektuellenzirkeln entstanden, die den Antisemitismus zum Kern ihrer Ideologie machten, das Land mit einer Flut von Broschüren und Flugblättern überschwemmten und auch vor Gewalttaten nicht zurückschreckten.⁷

- 6 Vgl. v. a. Stuart Hall, *New Ethnicities*, in: Kobena Mercer (Hrsg.), *Black Film, British Cinema*, London 1988, S. 27–31. Außerdem ders., *Politics of Identity*, in: Terence Ranger/Yunas Samad/Ossie Stuart (Hrsg.), *Culture, Identity and Politics. Ethnic Minorities in Britain*, Aldershot 1996, S. 129–135; ders., *Introduction: Who Needs Identity?*, in: Stuart Hall/Paul du Gay (Hrsg.), *Questions of Cultural Identity*, London 1996, S. 1–17. Zu Halls Konzept der Identitätspolitik vgl. Linda Supik, *Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitik*, Bielefeld 2005.
- 7 Zur antisemitischen Welle der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Hecht, *Deutsche Juden*, S. 76–162; Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 23–79, S. 97–110; Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1919–1923*, Hamburg 1970.

Praktisch alle zionistischen Beiträge, die über diese Welle berichteten, argumentierten, dass, auch wenn der Antisemitismus ein unausrottbarer Bestandteil des jüdischen Lebens in der Diaspora war, die Rechte, der Besitz und das Leben der Juden aktiv verteidigt werden müssten. Man wisse zwar, dass „der Antisemitismus der unzertrennlige Begleiter des jüdischen Volkes auf seiner Diasporafahrt ist“, hieß es beispielsweise im Juli 1919 in der *Jüdischen Rundschau*. „Was wir aber in aller Schärfe von der Regierung fordern, ist Schutz für jüdisches Leben und Eigentum, ist energisches Einschreiten, sobald die Strafgesetze verletzt werden.“⁸ Diese Haltung teilten auch viele zionistische Aktivisten an der Basis der Bewegung.⁹ Die Zentrale der Zionistischen Vereinigung in Berlin war im Hinblick auf konkrete Abwehr-Maßnahmen zunächst etwas zurückhaltender, doch im Januar 1923 wies sie die verschiedenen Gliederungen der Organisation an, sich an gemeinsamen jüdischen Abwehraktivitäten zu beteiligen, sofern Juden direkt angegriffen wurden. Zionisten sollten auch in der Öffentlichkeit das Prinzip der jüdischen „Ebenbürtigkeit“ vertreten, selbst bei Versammlungen von Antisemiten.¹⁰ Darüber hinaus sammelte die Zionistische Vereinigung Materialien über den Antisemitismus und plante die Publikation mehrerer Flugschriften zum Thema.¹¹

- 8 Die antisemitische Welle, in: *Jüdische Rundschau* vom 11. 7. 1919, S. 377. Zur Berichterstattung in der *Jüdischen Rundschau* vgl. außerdem z. B. Pogromagitation in Deutschland, in: *Jüdische Rundschau* vom 6. 12. 1918, S. 404–405; F. L. [Fritz Löwenstein], Antisemitismus, in: *Jüdische Rundschau* vom 19. 9. 1919, S. 513; R. W. [Robert Weltsch], Jagd auf Juden, in: *Jüdische Rundschau* vom 24. 2. 1920, S. 99; F. L. [Fritz Löwenstein], Umschau. Die antisemitische Internationale, in: *Jüdische Rundschau* vom 28. 7. 1922, S. 384; F. L. [Fritz Löwenstein], Die antisemitische Gefahr, in: *Jüdische Rundschau* vom 8. 12. 1922, S. 95. Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel stammten wahrscheinlich von den Chefredakteuren Leo Herrmann (bis Mitte 1919) und Robert Weltsch. Zur Berichterstattung der Zionisten in anderen Zeitschriften vgl. z. B. Kr. [Gustav Krojanker], Antisemitismus, in: *Der jüdische Wille* 2 (1919/20) 4/5, S. 173–175; Assad [Heinrich Loewe], Der Rettungsanker, in: *Israelitisches Gemeindeblatt* vom 30. 5. 1919.
- 9 Vgl. z. B. Brief des Zionistischen Gruppenverbands für Bayern und Württemberg an die Zionistische Vereinigung für Deutschland, 14. 7. 1922, Central Zionist Archives (CZA) Jerusalem, L 7/96, Berliner Büro der Zionistischen Organisation.
- 10 Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees, an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 15. 1. 1923, Schocken Archive Jerusalem, 531/241.
- 11 Zionistische Vereinigung für Deutschland, Antisemitismus in Deutschland der Revolutionszeit und seine Bekämpfung, 1919–1920 (Sammlung von Zeitungsausschnitten und

Von Anfang an war offensichtlich, dass sich die meisten zionistischen Aktivitäten gegen den Antisemitismus an ein jüdisches Publikum wendeten. So waren beispielweise die Flugschriften für den Einsatz in der jüdischen Jugendbewegung gedacht. Dies stand in voller Übereinstimmung mit der zionistischen Gesamtstrategie. Dennoch versuchten die Zionisten auch immer wieder, die nichtjüdische Presse dafür zu nutzen und Kontakt mit deutschen Politikern aufzunehmen.¹² Besonders intensiv war die Zusammenarbeit mit dem Leiter des Referats für jüdische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Moritz Sobernheim, dessen Unterstützung die Zionisten vor allem in der Abwehr des gegen die Ostjuden gerichteten Antisemitismus regelmäßig in Anspruch nahmen.¹³ Während des Kapp-Putsches 1920 intervenierten Julius Berger und Felix Rosenblüth außerdem erfolgreich bei Regierungsrat Fritz Rathenau im preußischen Innenministerium, um einen erhöhten Polizeischutz des überwiegend von Ostjuden bewohnten Scheunenviertels zu erreichen.¹⁴

Als im Herbst 1923 der Antisemitismus, und vor allem die antisemitische Gewalt, in Deutschland ein bisher nicht bekanntes Ausmaß erreichte, beteiligten sich die Zionisten wiederum besonders intensiv an der öffentlichen Brandmarkung dieser Entwicklung. Ausgehend von Beuthen in Oberschlesien breitete sich eine Welle von pogromartigen Ausschreitungen gegen Juden in verschiedenen

Flugblättern), CZA Jerusalem, F 4/22; Besprechung über allgemeine zionistische Propaganda, 9. 10. 1922, Schocken Archive Jerusalem, 531/32. Ob die geplanten Flugschriften tatsächlich publiziert wurden, konnte nicht geklärt werden.

- 12 Vgl. Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees, 15. 1. 1923, CZA Jerusalem, L 7/96, Berliner Büro der Zionistischen Organisation; Notizen von Moritz Bileski über Besprechungen mit deutschen Politikern, Januar 1923, ebenda; Notizen von Moritz Bileski über Besprechung mit Walther Rathenau, Februar 1923, ebenda; Protokoll der Sitzung der Arbeitskommission, 3. 4. 1924, Schocken Archive Jerusalem, 531/32. Noch 1931 bemühte sich Kurt Blumenfeld, allerdings vergeblich, Reichskanzler Heinrich Brüning zu einer offiziellen Stellungnahme gegen den Antisemitismus zu bewegen. Vgl. Reinharz, *The Zionist Response*, S. 131.
- 13 Vgl. Francis R. Nicosia, *Jewish Affairs and German Foreign Policy during the Weimar Republic*. Moritz Sobernheim and the Referat für jüdische Angelegenheiten, in: Leo Baeck Institute Year Book 33 (1988), S. 261–283. Sobernheim sympathisierte selbst mit dem Zionismus und setzte sich auch außenpolitisch für dessen Unterstützung ein.
- 14 Vgl. Bericht von Julius Berger, 23. 3. 1920, CZA Jerusalem, Z 3/201, Zionistisches Centralbüro Berlin.

Teilen des Reiches aus, darunter in Nürnberg, Oldenburg und Königsberg. Ihren Höhepunkt erreichte diese Welle am 5. November im Berliner Scheunenviertel, wo ein antisemitischer Mob jüdische Passanten verprügelte und jüdische Geschäfte plünderte.¹⁵ Die *Jüdische Rundschau* berichtete ausgiebig über die Ausschreitungen und sprach nach dem Pogrom von der „Schicksalsstunde des deutschen Judentums“. Damit wollte sie deutlich machen, dass es sich nicht nur um einen durch eine radikale Minderheit betriebenen, einmaligen Rückfall in die Barbarei handelte, sondern die Errungenschaften der Emanzipation und die Position der Juden in Deutschland grundlegend infrage gestellt waren. „Die von Haß verzerrten Gesichter, die auf das Judengespenst stieren“, hieß es in der offiziellen Erklärung auf der Titelseite, „die ungetrübte Einigkeit der Judenfeindschaft, die Zustimmung weitester Kreise der Bevölkerung zu den erbärmlichsten Schandtaten gegen Juden zeigt uns, daß die Juden heute fast vogelfrei geworden sind.“¹⁶ Mit ähnlichem Nachdruck wandte man sich gegen die Internierungen und Ausweisungen von Ostjuden, die in diesen Jahren vor allem von der rechtsgerichteten Regierung in Bayern, aber auch in anderen Teilen des Reichs betrieben wurden.¹⁷

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland widmete eine ganze Sektion ihres Dresdner Delegiertentags im Juni 1923 sowie mehrere Treffen des Landesvorstandes und des Zentralkomitees, ihrer höchsten exekutiven Gremien, im

15 Zur Pogromwelle im Herbst 1923 vgl. Hecht, *Deutsche Juden*, S. 163–186; Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986, S. 327–344.

16 Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums, in: *Jüdische Rundschau* vom 9. 11. 1923, S. 557. Vgl. auch u. a.: y., *Der Pogrom in Beuthen. Spezialbericht der „Jüdischen Rundschau“*, in: *Jüdische Rundschau* vom 12. 10. 1923, S. 517; R. W. [Robert Weltsch], *Rundschau*, in: *Jüdische Rundschau* vom 23. 10. 1923, S. 535 f.; *Antisemitische Exzesse in Deutschland*, in: *Jüdische Rundschau* vom 6. 11. 1923, S. 553; *Die judenfeindlichen Ausschreitungen in Berlin*, in: *Jüdische Rundschau* vom 9. 11. 1923, S. 557 ff.; R. W. [Robert Weltsch], *Die judenfeindliche Welle in Deutschland*, in: *Jüdische Rundschau* vom 20. 11. 1923, S. 561; *Der Antisemitismus in Deutschland und das Ausland*, in: *Jüdische Rundschau*, vom 7. 12. 1923, S. 591.

17 Vgl. z. B. *Judenaustreibung aus Bayern*, in: *Jüdische Rundschau* vom 2. 11. 1923, S. 547 f. Die *Jüdische Rundschau* prangerte auch die Diskriminierung und Misshandlung von Ostjuden in anderen Teilen des Reiches an, vgl. z. B. F. L. [Fritz Löwenstein], *Die Ostjudenverhaftungen*, in: *Jüdische Rundschau* vom 31. 3. 1920, S. 155, Robert Weltsch, *Halb-Barbaren*, in: *Jüdische Rundschau* vom 3. 2. 1920, S. 57.

November und Dezember ausschließlich der Diskussion der verschiedenen antisemitischen Vorfälle des Jahres und möglicher Gegenmaßnahmen.¹⁸ In diesen Besprechungen wurde der Antisemitismus als eine ernsthafte Bedrohung für „die Existenz und die Ehre der Nation“ eingestuft, und es herrschte Konsens darüber, dass die zionistische Organisation dagegen vorgehen müsse. Zwar dürfe nicht die falsche Strategie des Centralvereins übernommen werden, doch müsse man sowohl mit anderen jüdischen Organisationen wie auch mit republikanischen Parteien und Gruppen, die „im Fall eines Sieges der Reaktion nicht weniger zu fürchten haben als die Juden“, über eine Zusammenarbeit sprechen.¹⁹ Mit der Berliner Jüdischen Gemeinde und sogar mit dem Centralverein wurden Verhandlungen geführt, die in der Gründung eines gemeinsamen Komitees zur Koordination von Aktivitäten gegen den Antisemitismus resultierten.²⁰ Nach zionistischen Vorstellungen sollten die Mitglieder des Komitees vor allem öffentliche Propaganda gegen den Antisemitismus organisieren, indem sie beispielsweise an Politiker herantraten und Flugblätter herausbrachten. Letztendlich konnte man sich aber mit dem Centralverein nicht darüber einigen, was die tatsächlichen Aufgaben des Komitees sein sollten, sodass es nach kurzer Zeit wieder aufgelöst wurde, ohne je konkrete Schritte unternommen zu haben. Die Frage, wer für das Scheitern verantwortlich war, wurde zwischen den Zionisten und dem Centralverein heiß diskutiert.

Aus den Quellen ergibt sich der Eindruck, dass der Centralverein mindestens ebenso unwillig war, den eigenen Einfluss auf die politische Ausrichtung des „Abwehrkampfes“ aufzugeben, wie die Zionisten bestrebt waren, solchen Einfluss

18 Der XIX. Delegiertentag. Tagesordnung, in: Jüdische Rundschau vom 22. 6. 1923, S. 309; Protokoll der Sitzung des Landesvorstands, 8. 11. 1923, Schocken Archive Jerusalem, 531/32; 531/241, Rundschreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, 21. 12. 1923, ebenda.

19 Die Vorkonferenz über Bekämpfung des Antisemitismus, in: Jüdische Rundschau vom 6. 7. 1923, S. 340 f.; Protokoll der Sitzung des Landesvorstands, 8. 11. 1923, Schocken Archive Jerusalem, 531/32.

20 Rundschreiben des Landesvorstands an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 22. 10. 1923, CZA Jerusalem, L 7/95, Berliner Büro der Zionistischen Organisation; Rundschreiben des Landesvorstands an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 23. 11. 1923, ebenda.

zu gewinnen.²¹ Anfang 1924 gründeten die Zionisten daraufhin eine eigene Kommission, die das Ziel hatte, politische, propagandistische und auch rechtliche Strategien für den Kampf gegen den Antisemitismus zu entwickeln. Die Kommission diskutierte u. a. Maßnahmen gegen die von Theodor Fritsch unter dem Titel *Die Zionistischen Protokolle* herausgebrachte Neuauflage der berühmten *Protokolle der Weisen von Zion*. Es wurde beschlossen, Strafanzeige zu stellen sowie propagandistische Schritte zu unternehmen.²²

Ein unmittelbares Resultat der Arbeit der Kommission war die Aufgabe der Neutralität gegenüber der Weimarer Parteipolitik. Bisher hatte sich die Zionistische Vereinigung offener Sympathiebekundungen für bestimmte Parteien und Stellungnahmen zu Wahlen enthalten. Im April 1924 wies der Landesvorstand nun die regionalen Gliederungen der Zionistischen Vereinigung an, jüdische Stimmen bei der anstehenden Reichstagswahl gegen die antisemitischen Parteien zu mobilisieren. Dabei handelte es sich um „alle rechtsstehenden reaktionären Parteien“. Darüber hinaus dürfe man auch denjenigen Parteien keine Stimmen geben, „die ihrer Natur nach dazu neigen, mit rechtsstehenden Parteien [...] Bündnisse irgendwelcher Art [...] einzugehen“.²³ Die *Jüdische Rundschau* veröffentlichte Aufrufe in diesem Sinne bei allen weiteren Reichstagswahlen, ebenso wie eine Wahlempfehlung für Hindenburg und gegen Hitler bei den Reichspräsidentenwahlen von 1932.²⁴ Die sozialistisch-zionistische Partei Poale Zion sprach sogar direkte

21 Vgl. zu diesem Vorgang Rundschreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, 23. 11. 1923, Schocken Archive Jerusalem, 531/241. Das Rundschreiben enthält die Abschrift eines ausführlichen Briefwechsels zwischen Vertretern der ZVfD und des CV in dieser Sache.

22 Protokolle der Sitzungen der Arbeitskommission, 27. 3. 1924 und 3. 4. 1924, Schocken Archive Jerusalem, 531/32; 518/18, Protokoll der Sitzungen der Arbeitskommission, 3. 4. 1924, ebenda. Vgl. *Die Zionistischen Protokolle*. Das Programm der internationalen Geheim-Regierung. Aus dem Englischen übersetzt nach dem im Britischen Museum befindlichen Original. Mit einem Vor- und Nachwort von Theodor Fritsch, Leipzig 1924. Wie lange diese Arbeitskommission existierte, lässt sich nicht mehr feststellen.

23 Rundschreiben des Landesvorstands an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 18. 4. 1924, Schocken Archive Jerusalem, 531/241. Vgl. auch A. Z., Wahlmerkzettel, in: *Jüdische Rundschau* vom 29. 4. 1924, S. 245.

24 Zur Krise in Deutschland, in: *Jüdische Rundschau* vom 24. 10. 1924, S. 599; M. W. [Moses Waldmann], Zu den deutschen Parlamentswahlen, in: *Jüdische Rundschau* vom 4. 5. 1928, S. 249 f.; Zum Wahltag, in: *Jüdische Rundschau* vom 11. 3. 1932, S. 95 f.; Zur Wahl vom 31. Juli, in: *Jüdische Rundschau* vom 29. 7. 1932, S. 285; Zur Wahl am 6. November, in:

Wahlempfehlungen für die Sozialdemokraten aus.²⁵ Die Propagandaaktivitäten der Zionisten gegen den Antisemitismus ließen auch während der relativ ruhigen mittleren Jahre der Weimarer Republik kaum nach. Der Bericht des Zentralkomitees an den Breslauer Delegiertentag von 1928 zählte sieben öffentliche Versammlungen zu diesem Thema für die Zeit vom Januar 1927 bis zum Mai 1928.²⁶ Bereits 1926 hatte der Jüdische Verlag eine der ersten wissenschaftlichen Untersuchungen über den Antisemitismus überhaupt veröffentlicht, Fritz Bernsteins *Der Antisemitismus als Gruppenerscheinung*.²⁷ Ein Jahr später erschien zum selben Thema Arnold Zweigs Studie *Caliban oder Politik und Leidenschaft*.²⁸

Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus seit dem Ende der 1920er-Jahre gewann der Kampf gegen den Antisemitismus weiter an Dringlichkeit. Dies

Jüdische Rundschau vom 4. 11. 1932, S. 425. Vgl. auch Hans Klee, Zur Reichstagswahl, in: *Der jüdische Student* 29 (1932) 6/7, S. 181–186. Zu den Wahlen vom September 1930 vgl. ausführlich unten.

- 25 Wahlaufuf von Poale Zion zur Reichstagswahl Mai 1928, CZA Jerusalem, Zionistische Vereinigung für Deutschland, F 4/128; Wahlaufuf von Poale Zion zur Reichstagswahl September 1930, ebenda, F 4/128; Wahlaufuf von Poale Zion zur Reichstagswahl Juli 1932, ebenda.
- 26 Bericht der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und den Delegiertentag in Breslau für die Zeit vom 1. Oktober 1926 bis 31. März 1928, Schocken Archive Jerusalem, 531/4. Auch im lokalen Berliner Veranstaltungskalender der Jüdischen Rundschau finden sich regelmäßig Ankündigungen von Vortragsveranstaltungen über Antisemitismus, vgl. z. B. Berliner Kalender, in: *Jüdische Rundschau* vom 21. 4. 1925, S. 289, Berliner Kalender, in: *Jüdische Rundschau* vom 25. 1. 1927, S. 50. Anlassgemäß war die Frequenz solcher Veranstaltungen im Jahr 1923 deutlich höher, vgl. z. B. Aktionskalender, in: *Jüdische Rundschau* vom 16. 3. 1923, S. 132; Aktionskalender der Z. V. f. D. Nr. 5, in: *Jüdische Rundschau* vom 20. 4. 1923, S. 189; Aktionskalender der Z. V. f. D. Nr. 6, in: *Jüdische Rundschau* vom 5. 6. 1923, S. 271.
- 27 Fritz Bernstein, *Der Antisemitismus als Gruppenerscheinung. Versuch einer Soziologie des Judenhasses*, Berlin 1926.
- 28 Arnold Zweig, *Caliban oder Politik und Leidenschaft. Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften dargetan am Antisemitismus*, Potsdam 1927. Im Unterschied zu Bernsteins Buch war dasjenige Zweigs nicht als wissenschaftliche Studie, sondern als Essay angelegt, bot aber dennoch eine komplexe Theorie des Antisemitismus. Es basierte auf einer Artikelreihe Zweigs in der Zeitschrift *Der Jude* aus den Jahren 1920 und 1921: Arnold Zweig, *Der heutige deutsche Antisemitismus*, in: *Der Jude* 5 (1920/21), S. 65–76, S. 129–139, S. 193–204, S. 264–280, S. 373–388, S. 451–459, S. 557–565, S. 621–633; Arnold Zweig, *Der Antisemitismus und die deutsche Jugend*, in: *Der Jude* 6 (1921/22), S. 137–150.

wurde auch von den Zionisten so empfunden. Verschiedene lokale Gliederungen der Organisation drangen auf eine erneute Zusammenarbeit mit dem Centralverein.²⁹ Diese und weitere Fragen der zionistischen Strategie gegen den Antisemitismus wurden auf einer Serie von Sitzungen der zentralen exekutiven Organe der Zionistischen Vereinigung für Deutschland im Vorfeld der Reichstagswahlen vom September 1930 erörtert. Der überwiegende Tenor war hier, dass man die Abwehrarbeit nicht vollständig dem Centralverein überlassen dürfe und sich vor allem auf die Aufklärungs- und Propagandaarbeit konzentrieren müsse sowie auf die „Weckung des menschlichen Würdegefühls und des persönlichen Protestes der deutschen Juden gegenüber dem Phänomen des Antisemitismus“. Den einzelnen Ortsgruppen und den individuellen Zionisten wurde es freigestellt, ob sie sich an gemeinsamen lokalen Abwehrorganisationen beteiligen wollten.³⁰

Die Zionisten waren sich bewusst, dass es sich bei der Septemberwahl um eine schicksalhafte Wahl handeln würde, ganz besonders für die deutschen Juden. Julius Berger stellte schon im Februar 1930 als das besonders Gefährliche an der Situation in Deutschland fest, dass der Antisemitismus in die Regierungen einzudringen beginne.³¹ Die *Jüdische Rundschau* machte ihre Leser immer wieder drauf aufmerksam, dass die Nationalsozialisten massiv für die Wahlen mobilisierten und sich die meisten bürgerlichen Parteien, bis hin zu der aus der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) hervorgegangenen Staatspartei, aus Rücksicht auf eine mögliche Koalition mit Kritik an deren Antisemitismus auffällig zurückhielten.³² Vor diesem Hintergrund stimmten die Zionisten der Bildung

29 Vgl. Brief von Max Markenreich an Kurt Blumenfeld, 19. 4. 1929, Schocken Archive Jerusalem, 531/61; Protokoll der 49. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 28. 11. 1929, ebenda; Protokoll der 50. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 13. 12. 1929, ebenda.

30 Protokoll der 49. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 28. 11. 1929, Schocken Archive Jerusalem, 531/61; Protokoll der 50. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 13. 12. 1929, ebenda; Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 19. 2. 1930, ebenda; 531/32, Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 23. 2. 1930, ebenda; Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 18. 5. 1931 (hieraus das Zitat), ebenda; Einladung zur Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 4. 9. 1930, ebenda, 531/61.

31 Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 19. 2. 1930, ebenda, 531/61.

32 Vgl. z. B. Die „Staatspartei“, in: *Jüdische Rundschau* vom 1. 8. 1930, S. 397; j. r., Die Kandidatenliste der Staatspartei, in: *Jüdische Rundschau* vom 15. 8. 1930, S. 419; j. r., Die Wahlbewegung, in: *Jüdische Rundschau* vom 26. 8. 1930, S. 441.

eines Reichstagswahlausschusses zu, eines gemeinsamen Komitees mit dem Centralverein, dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der Berliner jüdischen Gemeinde und der Bnei Brith Loge, dessen Ziel es war, Kandidaten im Wahlkampf und danach als Reichstagsabgeordnete zu unterstützen, die sich aktiv gegen den Antisemitismus einsetzten. Dafür sollten unter anderem Spenden gesammelt und Propagandamittel zur Verfügung gestellt werden.³³

Auch dies war wiederum eine äußerst schwierige Zusammenarbeit mit nur sehr begrenztem Erfolg, bei der weder die Zionisten noch die Vertreter des Centralvereins bereit waren, auch nur im Geringsten von ihren Positionen abzuweichen und eigene Gelder für die gemeinsamen Aktionen bereitzustellen. Die Zionisten erklärten unumwunden, dass sie den primären Zweck ihrer Mitarbeit im Ausschuss darin sahen „zu verhindern, dass die Notgemeinschaft, die durch die Reichstagswahlen notwendig wurde, zu einer Verwischung unserer Auffassungen vom Wesen der Judenfrage und zu grundsätzlichen Kompromissen führt“.³⁴ Der Reichstagswahlausschuss löste sich dann auch unmittelbar nach dem 14. September wieder auf.³⁵ Die Zionisten nahmen nun ihre Kritik an der Abwehrstrategie des Centralvereins wieder auf, doch sie zogen sich keineswegs aus dem Kampf gegen den Antisemitismus zurück. Gerade weil sich eine Zusammenarbeit mit dem Centralverein erneut als unmöglich herausgestellt habe und dessen Abwehrkonzept untauglich sei, so stellte der Landesvorstand der Zionistischen Vereinigung für Deutschland bei seiner Sitzung am 12. Oktober fest, müsste der Zionismus nun den Kampf um die Rechte der Juden und die spezifisch jüdischen

33 Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes und die Vorsitzenden der zionistischen Ortsgruppen, 19. 8. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/31. Vgl. auch Reichstagswahlausschuß 1930, in: Jüdische Rundschau vom 22. 8. 1930, S. 431. Die Initiative zu diesem Komitee kam erneut von der Berliner Jüdischen Gemeinde, vgl. Brief des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Berlin an die Zionistische Vereinigung für Deutschland, 27. 7. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 518/18; Siegfried Moses, Bericht über die Besprechung mit dem CV vom 1. August 1930, 4. 8. 1930, ebenda.

34 Reichstagswahlausschuß 1930. Vgl. auch Brief von Siegfried Moses an Kurt Blumenfeld, 29. 7. 1930, Schocken Archive Jerusalem 531/232.

35 Protokoll der 28. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 24. 9. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/61. Der Geschäftsführende Ausschuss beschloss auch, die Ortsgruppen anzuweisen, etwaige lokale Reichstagswahlausschüsse aufzulösen und nicht mehr selbstständig mit dem Centralverein in Kontakt zu treten.

Interessen in Deutschland führen.³⁶ Schon im Februar 1930 hatte die Zionistische Vereinigung ein eigenes Ad-hoc-Komitee gegründet, das im Mai desselben Jahres in eine permanente „Antisemitismus-Kommission“ umgewandelt wurde.³⁷ Aufgabe der Kommission war es, eine grundsätzliche und theoretisch fundierte zionistische Position zum Antisemitismus auszuarbeiten, diese nach außen in geeigneter Form zu vertreten und in konkreten Abwehraktionen auf die Wahrung des zionistischen Standpunkts zu achten.³⁸

Während der letzten Jahre der Weimarer Republik berichtete die *Jüdische Rundschau* ausführlich über die Ausbreitung des Antisemitismus und den Aufstieg des Nationalsozialismus, wobei sie stets betonte, dass es sich dabei um eine existenzielle Bedrohung des jüdischen Lebens in Deutschland handele. „Wie eine Sintflut“, so hieß es dort nach den Septemberwahlen, „bricht eine Welle rücksichtslosester Feindschaft über die deutschen Juden herein“, und in ähnlich dramatischen Worten wurde die weitere Entwicklung kommentiert.³⁹ Nichts in den zionistischen Publikationen oder in den internen zionistischen Dokumenten deutet darauf hin, dass diese Entwicklung von der Mehrheit der deutschen Zionisten auf die leichte Schulter genommen oder ihr mit Fatalismus begegnet worden wäre.

Dieser Überblick über die zionistischen Aktivitäten gegen den Antisemitismus in Deutschland wäre nicht vollständig, würde nicht erwähnt werden, dass sich Zionisten in mehreren Fällen auch an der Organisation militanter Selbstverteidigung

36 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 12. 10. 1930, ebenda, 531/32.

37 Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 19. 2. 1930, ebenda, 531/31; Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes, 23. 5. 1930, ebenda.

38 Vgl. ebenda, Allgemeine Grundlinien für ein Arbeitsprogramm der ZVfD.

39 j. r., 6 400 000 nationalsozialistische Wähler. Niederlage der bürgerlichen Demokratie, in: *Jüdische Rundschau* vom 16. 9. 1930, S. 479. Die *Rundschau* rechnete in demselben Artikel vor, dass nun auf jeden Juden in Deutschland elf erwachsene Nichtjuden kommen, „die einem radikal-antisemitischen Programm zugestimmt haben und bereit sind, mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln die Juden zu schädigen“. Vgl. auch z. B. j. r., Eine Umfrage über die Reichstagswahlen, in: *Jüdische Rundschau* vom 26. 9. 1930, S. 496; Ausschreitungen im Berliner Westen, in: *Jüdische Rundschau* vom 15. 9. 1931, S. 441; Aus dem nationalsozialistischen Lager, in: *Jüdische Rundschau* vom 8. 1. 1932, S. 6; Kritische Tage, in: *Jüdisch Rundschau* vom 31. 5. 1932, S. 203 f.; a. h., Das Ende einer Epoche? Rückwirkungen auf die jüdische Situation, in: *Jüdische Rundschau* vom 26. 7. 1932, S. 281; Zur Lage in Deutschland, in: *Jüdische Rundschau* vom 22. 11. 1932, S. 451; Regierung Hitler, in: *Jüdische Rundschau* vom 31. 1. 1933, S. 41.

beteiligten. Bereits anlässlich des Kapp-Putsches im März 1920 war es in Berlin zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zur Koordination von Selbstschutzmaßnahmen gekommen, an dem sich neben dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dem Kartell-Convent deutscher Studenten jüdischen Glaubens auch das zionistische Kartell jüdischer Verbindungen (KjV) beteiligte. Zwar hielten die Zionisten einen bewaffneten Widerstand für aussichtslos, doch patrouillierten Mitglieder des KjV durch die Straßen Berlins, um Juden vor möglichen antisemitischen Übergriffen zu warnen.⁴⁰ Während der antisemitischen Ausschreitungen und Pogrome von 1923 taten sich dann Gruppen der zionistischen Jugendbewegung erneut mit dem Reichsbund zusammen, diesmal um bewaffnete Abwehreinheiten zu bilden.⁴¹ Aus Beuthen berichtete die *Jüdische Rundschau* nach dem Wüten der antisemitischen Schlägertrupps im Oktober, dass sich „zur Abwehr der physischen Bedrohung eine Selbstwehr gebildet [hat], und jüdische Fäuste werden notfalls dafür sorgen, daß jenen Helden der Appetit zu ihren Taten allmählich vergeht.“⁴² Unter der Führung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten hatten sich auch in verschiedenen anderen Städten des Reiches Selbstschutzbündnisse gebildet, wobei nicht mehr im Einzelnen nachvollziehbar ist, in welchen Fällen Zionisten daran beteiligt waren.⁴³ 1927 formten Mitglieder des zionistischen Sportvereins Bar Kochba, wiederum zusammen mit dem Reichsbund sowie mit dem Boxverein „Maccabi“, den „Jüdischen Abwehrdienst“ in Berlin, der Synagogen schützte und nationalsozialistische Versammlungen beobachtete, um zu verhindern, dass sich daran Ausschreitungen gegen Juden anschlossen. Dazu wurden paramilitärische Übungen in der Umgebung von Berlin abgehalten. Der Abwehrdienst, der vermutlich bis 1932 bestand, intervenierte möglicherweise

40 Vgl. Bericht von Julius Berger, 23. 3. 1920, Maßnahmen zum Schutz der Juden Berlins während des Kapp-Putsches, März 1920, CZA Jerusalem, Alfred Klee Archive, A 142/87/40. Berger berichtete, dass es im KjV auch Stimmen gegeben habe, die sich für die Errichtung eines permanenten jüdischen Bezirkskommandos für den Selbstschutz ausgesprochen hätten.

41 Rundschreiben des Landesvorstands an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute, 23. 11. 1923, CZA Jerusalem, L 7/95, Berliner Büro der Zionistischen Organisation.

42 y., Der Pogrom in Beuthen.

43 Zu den Selbstschutzaktivitäten des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten im Jahr 1923 vgl. ausführlich Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977, S. 49–61.

auch zugunsten der angegriffenen Juden während der Kurfürstendamm-Krawalle in Berlin im September 1931.⁴⁴

Das Ausmaß, die Konstanz und die Vielfalt der geschilderten zionistischen Aktivitäten widersprechen deutlich dem vorherrschenden Bild einer Unterschätzung und Gleichgültigkeit gegenüber dem Antisemitismus der Weimarer Republik. Die Zionisten prangerten nicht nur unermüdlich antisemitische Vorfälle, Strukturen und öffentliche Äußerungen an, sondern beteiligten sich auch direkt an verschiedenen Versuchen der Abwehr des Antisemitismus. Sie waren sich außerdem der Bedrohlichkeit der Entwicklungen des Antisemitismus in Deutschland vollauf bewusst.

Es trifft sicher zu, dass die Zionisten ihre Abwehr-Aktivitäten oft den „eigentlichen“ zionistischen Zielen unterordneten, vor allem demjenigen der Unterstützung und Propaganda der jüdischen Siedlung in Palästina. Aus zionistischer Sicht bestand zwischen beidem jedoch kein Widerspruch. Vielmehr machte der Kampf gegen den Antisemitismus für sie nur im ideologischen Rahmen des Zionismus überhaupt Sinn. Die praktische Abwehr, die im Zentrum der Arbeit des Centralvereins stand, spielte eine wichtige Rolle in der zionistischen Politik der Weimarer Republik, sie war jedoch weit weniger bedeutsam als die ideologische Auseinandersetzung. Während man auf der praktischen Ebene höchstens die Symptome des Antisemitismus punktuell bekämpfen konnte, musste die eigentliche Auseinandersetzung mit ihm weit grundsätzlicher ansetzen und auf einem gänzlich anderen Feld stattfinden. Auch wenn den meisten Juden aus nachvollziehbaren Gründen die praktische Bekämpfung des Antisemitismus damals als vordringlicher erschien, erklärte Robert Weltsch auf der Sitzung des Landesvorstandes im Mai 1930: so „können wir Zionisten gar nichts anderes tun, als diese ganze Frage ideologisch zu behandeln“.⁴⁵ Auf dieser ideologischen Ebene entwickelten die Zionisten dann auch eine eigene, konsistente Strategie gegen den Antisemitismus.

44 Zum Jüdischen Abwehrdienst und zur Beteiligung des Bar Kochba vgl. ebenda, S. 63–67. Die Intervention bei den Kurfürstendamm-Krawallen lässt sich nicht eindeutig belegen, Dunker trägt aber eine Reihe von Indizien dafür zusammen.

45 Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 18. 5. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/32, 25. Vgl. auch Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 19. 2. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/61; Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 23. 2. 1930, Schocken Archiv Jerusalem, 531/32.

Zionistische Interpretation des Antisemitismus

Während der gesamten Weimarer Republik verwandten die deutschen Zionisten viel Energie auf die Analyse der Ursachen des Antisemitismus und auf die Verbreitung ihrer Ansichten in der jüdischen Öffentlichkeit. Einige der grundlegenden Annahmen waren bereits in dem zitierten Artikel Kurt Blumenfelds von 1915 formuliert worden. Zunächst stellte Blumenfeld fest, dass der Antisemitismus keinen rationalen Charakter habe, sondern sein Wesen gerade dadurch gekennzeichnet sei, dass es sich um einen grundlosen Hass handle. Dieser Hass, so behauptete er, war eine unvermeidliche Folge der Diaspora. Zwischen allen Völkern gebe es ein Fremdheitsgefühl, das sich unter gewissen Bedingungen zur Abneigung steigern könne. Überall wo zwei Nationen aneinander grenzten, würde die Verschiedenheit dieser Nationen Spannungen produzieren, ein „Randspannungsgefühl“, wie Blumenfeld es nannte. Normalerweise sei diese Spannung nur an den nationalen Grenzen deutlich ausgeprägt. Im Fall der Juden sei dieser Effekt jedoch allgegenwärtig und daher besonders stark. „Auch der Antisemitismus ist nichts anderes als ein höchst intensives Randspannungsgefühl. Überall bilden die Juden Grenzen, überall berühren sie sich mit anderen, nirgends gibt es einen Ort, wo jüdisches Leben in unberührter Kraft sich entwickelt, wo die Fülle der Leistung entsteht, die auch vom Fremdesten gewürdigt werden kann.“⁴⁶

Das Mantra der Unausweichlichkeit des Antisemitismus in der Diaspora wurde in zahllosen Artikeln, Pamphleten und Vorträgen ständig wiederholt.⁴⁷ Es war dies natürlich vor allem ein wichtiges Argument für das zentrale Ziel des Zionismus, die Emigration nach Palästina, die dann als der einzige Weg präsentiert werden konnte, den Antisemitismus wirklich zu überwinden. Die Vorstellung, dass in der Diaspora dem Antisemitismus nicht zu entkommen sei, war auch ein wesentlicher Grund dafür, dass für die Zionisten die praktische Abwehrarbeit weniger wichtig war als für den Centralverein. Aus zionistischer

46 Maarabi [Kurt Blumenfeld], Antisemitismus, S. 240.

47 Vgl. z. B. Robert Weltsch, Vom Antisemitismus, in: Zionistische Briefe, Dezember 1910, S. 8–12, hier S. 8 f., CZA Jerusalem, Leo Herrmann Archive, A 145/257; Die antisemitische Welle, S. 377; F. L., Zur Situation in Deutschland, in: Jüdische Rundschau vom 6. 2. 1920, S. 63; Kr., Antisemitismus, S. 175; Arnold Zweig, Die Summe, in: Jüdische Rundschau vom 20. 11. 1923, S. 502; Bernstein, Antisemitismus, S. 222 f.

Perspektive folgte diese Unausweichlichkeit jedoch notwendig aus ihrem essentialistischen Konzept der Nation im Allgemeinen und der jüdischen Nation im Besonderen.⁴⁸

Auf der Grundlage dieses zentralen Postulats entwickelten eine Reihe von deutschen Zionisten theoretische Überlegungen zum Wesen und zur Wirkungsweise des Antisemitismus. Blumenfeld selbst zog daraus zunächst den Schluss, dass der Antisemitismus nicht nur die Politik des Zionismus, sondern auch seine fundamentale Grundannahme von der wesensmäßigen Besonderheit des jüdischen Volkes bestätige. In dieser Hinsicht konnte er, ebenso wie viele seiner Gesinnungsgenossen, dem Antisemitismus durchaus etwas Positives abgewinnen.⁴⁹ Darüber hinaus aber kam er zu der Erkenntnis, „daß der Antisemitismus nicht nur ein Mißverständnis, nicht nur eine zufällige, zeitliche Strömung ist“, sondern ein fundamentales Charakteristikum der modernen europäischen Gesellschaft.⁵⁰

Was bei Blumenfeld schon angedeutet war, dass nämlich der Antisemitismus systematisch mit dem Nationalismus verbunden, aber dennoch kein Ausdruck eines normalen nationalen Konflikts sei, wurde wenig später, vermutlich von Salman Rubaschow, in einem Artikel in *Der Jude* noch deutlicher ausgeführt. „Der Jude“, hieß es dort, „wird wohl als Nationalität gefühlt, aber

48 Dieses essentialistische Nationskonzept entstand im Kontext und als Teil des deutschen völkischen Nationalismus insgesamt, unterschied sich von diesem aber dadurch, dass es auch universalistische Elemente enthielt und von einer grundlegend anderen Position innerhalb der deutschen Gesellschaft aus formuliert wurde. Aus der reichhaltigen Literatur zu diesem Thema vgl. u. a. George L. Mosse, *The Influence of the Volkish Idea on German Jewry*, in: ders., *Germans and Jews. The Right, the Left and the Search for a „Third Force“ in Pre-Nazi Germany*, London 1971, S. 77–115; Yfaat Weiss, *Central European Ethno-nationalism and Zionist Binationalism*, in: *Jewish Social Studies* 11 (2004) 1, S. 93–117; Christian Wiese, „Doppelgesichtigkeit des Nationalismus“. Die Ambivalenz zionistischer Identität bei Robert Weltsch und Hans Kohn, in: Andrea Schatz/Christian Wiese (Hrsg.), *Janusfiguren: „Jüdische Heimstätte“, Exil und Nation im deutschen Zionismus*, Berlin 2006, S. 213–252; Stefan Vogt, *Robert Weltsch and the Paradoxes of Anti-Nationalist Nationalism*, in: *Jewish Social Studies* 16 (2010) 3, S. 85–115.

49 Maarabi [Kurt Blumenfeld], *Antisemitismus*, S. 240. Vgl. auch Weltsch, *Vom Antisemitismus*, S. 12; *Deutschland und die Judenfrage*, in: *Jüdische Rundschau* vom 16. 8. 1932, S. 311.

50 Maarabi [Kurt Blumenfeld], *Antisemitismus*, S. 239.

nicht als solche erkannt, denn die Juden als Nation bieten dem Außenstehenden keine festen Umrisse, an die dieser sich halten könnte, es gehen ihnen alle jenen üblichen Merkmale ab, die er von jeher als nationsbildende aufzufassen gewohnt war.⁵¹ Ähnlich argumentierte Erich Cohn 1923 in seinem an die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees der ZVfD sowie an die zionistischen Ortsgruppen und Vertrauensleute gerichteten Rundschreiben. „Der Antisemitismus“, so Cohn, „ist die Reaktion der nichtjüdischen Welt auf die anormale Lage des jüdischen Volkes, das als Volk ohne Land eine Erscheinung darstellt, mit der sich die normalen Völker nicht abfinden können.“⁵² Aus dieser Verbindung der angeblich wesenhaften Besonderheit des jüdischen Volkes mit seiner spezifischen historischen Situation erklärte sich für die Zionisten die Idiosynkrasie der Außenwelt gegenüber den Juden, in der sie den Kern des Antisemitismus sahen.

Von der Beobachtung einer solchen offensichtlich pathologischen Überreaktion gingen auch Arnold Zweigs Überlegungen zum Antisemitismus in seiner Schrift *Caliban oder Politik und Leidenschaft* aus. Für die Deutschen sei „die Judenfrage eine Frage siebenten Ranges, oder sie sollte es sein“, so Zweig. Doch „die Deutschen haben sich mit vehementer Wucht in die Frage nach dem Juden verbissen“.⁵³ Dieses Missverhältnis zwischen Anlass und Reaktion galt es zu erklären. Zweig behandelte den Antisemitismus nicht als Überbleibsel aus voraufklärerischem Denken oder als lediglich empirisch falsches Urteil über Juden, das argumentativ korrigiert werden könnte, sondern als grundlegendes sozialpsychologisches Phänomen. Dieses identifizierte er zunächst als eine „pathische Projektion“,

- 51 S. R., Antisemitismus, in: *Der Jude* 1 (1916/17), S. 61 f., Zitat S. 62. Rubaschow, der später unter dem Namen Salman Shazar dritter Staatspräsident Israels wurde, war zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter des Juden, sodass seine Autorenschaft sehr wahrscheinlich ist.
- 52 Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees, 15. 1. 1923, CZA Jerusalem, L 7/96, Berliner Büro der Zionistischen Organisation.
- 53 Zweig, *Caliban*, S. 9 f. Dass von Zweig damit keine Bagatellisierung des Antisemitismus intendiert war, geht schon allein daraus hervor, dass er einen Großteil seiner publizistischen Tätigkeit in der Weimarer Republik diesem Thema widmete. Zur *Caliban*-Schrift und Zweigs Antisemitismus-Verständnis vgl. David Midgley, „Eine Frage dritten Ranges“. Zur Darstellung des Antisemitismus in Arnold Zweigs *Caliban*, in: Julia Bernhard/Joaachim Schlör (Hrsg.), *Deutscher, Jude, Europäer im 20. Jahrhundert. Arnold Zweig und das Judentum*, Bern 2004, S. 149–162.

wie es Adorno und Horkheimer später nennen sollten. Wer, wie der Antisemit beim Juden, überall Machtstreben sehe, beweise damit nur, dass er selbst von Machtgier pervertiert und besessen sei.⁵⁴ Im deutschen Fall stecke dahinter das Bedürfnis, die Schuld an der Katastrophe des Ersten Weltkriegs abzuwehren, also ein Verdrängungsprozess, der es ermöglichen sollte, die Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlern zu umgehen.

„Das Ergebnis dieser Verdrängung“, fasste Zweig dies in der ursprünglichen Fassung des Texts in der Zeitschrift *Der Jude* zusammen, „ist der Antisemitismus, wie er den Deutschen heute befallen hat – eine psychische Erkrankung, ein Phänomen nationaler Hysterie mit allen seinen Symptomen der Wut, der Blindheit, empörter Reizbarkeit, jähen Ausbruchs, geistiger Unzugänglichkeit und der Übertragung aller krankheitsregender Anlässe auf den Anderen, das Nicht-ich, den Juden: ein Abwehrphänomen, gerichtet gegen Selbstbeichtigung, Geständnis, Einkehr, Umkehr.“⁵⁵

Damit war für Zweig der Antisemitismus allerdings erst als „Symptom“ beschrieben. Die eigentlichen Ursachen lagen tiefer. Entscheidend war dabei, dass es sich beim Antisemitismus nicht um ein individuelles, sondern um Gruppenphänomen handelte, um eine „menschliche Gruppenleidenschaft“, wie der Untertitel es formulierte. Zweig sah bei allen menschlichen Gruppen zwei komplementäre psychologische Mechanismen am Werk. Unabhängig von und häufig sogar entgegen allen vernunftmäßigen Überzeugungen, und letztlich auch von diesen nie völlig ausschaltbar, würden sich die Mitglieder einer Gruppe als „übertrieben gesagt, im Mittelpunkt des Alls“ empfinden. Unter bestimmten Umständen handelten sie „ganz besessen von dieser triebhaften Überzeugung“. Die notwendige komplementäre Erscheinung zu dieser Überhöhung der eigenen Gruppe sei die Abwertung derjenigen, die zu anderen oder zu keiner Gruppe gehörten. Er nannte diese beiden Mechanismen den „Zentralitätsaffekt“ und den „Differenzaffekt“

54 Zweig, Caliban, S. 34. Das Theorem der pathischen Projektion ist ausgearbeitet in Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1988, S. 196–209.

55 Arnold Zweig, *Der heutige deutsche Antisemitismus*. Vier Aufsätze. Teil 1: Antisemitismus als deutsche Angelegenheit, in: *Der Jude* 5 (1920/21), S. 65–76, Zitat S. 69. In der Buchfassung ist dieser Satz durch eine schwächere Formulierung ersetzt, die jedoch die grundlegende These nicht zurücknimmt. Vgl. Zweig, Caliban, S. 26.

und kam so zu der Definition des Antisemitismus als „der ans Auftreten des jüdischen Volkes gebundene Differenzaffect“.⁵⁶

Zweig bestimmte damit die Abgrenzung von den Juden und deren Abwertung als konstitutiven Prozess für die Formierung der antisemitischen Gruppe, die für ihn immer eine nationale Gruppe war. Allerdings definierte er diese Gruppe nicht soziologisch oder kulturell, sondern explizit biologisch: „Ein Individuum sie selbst, ja das biologische Individuum, zu dem sich die Einzelnen verhalten wie Blätter und Blüten zur ganzen Pflanze.“⁵⁷ Damit war auch der Differenzaffect, der den Antisemitismus ausmachte, zu einem biologischen und natürlichen Vorgang geworden. „Erkennen wir endlich den Antisemitismus als biologisches Phänomen“, forderte Zweig seine Leser auf.⁵⁸ Diese Besonderheit des antisemitischen Differenzaffects erklärte sich für ihn einerseits aus der wesenhaften Verschiedenheit des jüdischen Volkes, andererseits aus dessen einzigartiger historischer Situation, überall und ausschließlich in der Fremde zu leben.⁵⁹ So kam Zweig schließlich zu dem Schluss, dass es gerade in Deutschland so etwas wie einen „objektive[n] Anlaß des Antisemitismus“ gebe: „Es sieht fast so aus, als trete er hier mit schicksalhafter Notwendigkeit auf: als müsse überall, wo eine Gruppe selbstbewußt lebt, und eine andere Gruppe ihr Führer liefert, und gar Führer der Opposition und Neuerung, der Differenzaffect wach werden und je nach Volkscharakter und Sachlage gereizt und grollend oder wild und rasend sich äußern.“⁶⁰

Einige der zentralen Thesen Zweigs finden sich in ähnlicher Form auch in Fritz Bernsteins *Der Antisemitismus als Gruppenerscheinung*. Auch er betrachtete den Antisemitismus als ein sozialpsychologisches Phänomen, und auch für ihn war entscheidend, dass es sich dabei um eine „Gruppenfeindschaft“ handelte, deren Objekt nicht einzelne Individuen, sondern das Judentum insgesamt sei. „Überall, wo wir uns berechtigt halten, von einem antisemitischen Vorfall zu sprechen,

56 Ebenda, S. 54 f., S. 77. Zweig ergänzte weiter unten, dass eigentlich „erst der zum wissenschaftlichen System erhobene [antijüdische] Differenzaffect“ als Antisemitismus bezeichnet werden kann und „der pseudowissenschaftlich überbaute, der moderne Antisemitismus der Beitrag der Deutschen zur Geschichte des antijüdischen Affekts ist“. Ebenda, S. 88, S. 94.

57 Ebenda, S. 70.

58 Ebenda, S. 71.

59 Vgl. ebenda, S. 77–78.

60 Ebenda, S. 132–133.

setzen wir eine von vornherein gegen die ganze Gruppe der Juden gerichtete Feindschaft voraus“, erklärte Bernstein, wobei der Antisemitismus keineswegs die einzige Form der Gruppenfeindschaft sei, diese sich vielmehr gegen jegliche nationale, politische, soziale oder religiöse Gruppe richten könne.⁶¹

Auch für Bernstein war hier eine Projektion im Spiel. Demnach werde jegliches Unrecht, ob tatsächlich oder vermeintlich, ob von anderen oder selbst zugefügt, als Hass auf eine andere Gruppe projiziert, die mit dem Unrecht selbst gar nichts zu tun zu haben brauchte und es zumeist auch nicht habe. „Feindschaft ist auf Nebenmenschen projizierter Schmerz“, formulierte Bernstein dies prägnant.⁶² Daraus zog er seine erste zentrale Schlussfolgerung, dass nämlich die tatsächlichen Eigenschaften und Taten der Juden für den Antisemitismus vollkommen unerheblich seien. „Es mußte gezeigt werden“, so Bernstein, „daß es ganz nebensächlich ist, wie wir Juden in Wirklichkeit sind; und daß es nicht einmal wichtig ist, wie wir in Wirklichkeit handeln; daß primäre Abneigungssentiments uns gegenüber vorhanden sind und daß diese den Glauben an unsere Minderwertigkeit geschaffen haben.“⁶³

Fast gleichlautend wie Zweig stellte auch Bernstein fest, dass die Gruppenfeindschaft nach außen mit dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe nach innen verbunden sei. Er war der Ansicht, dass „mit dieser Funktionsteilung, der Äußerung von Freundlichkeitssentiments nach innen und von Unfreundlichkeitssentiments nach außen, Ursache und Zweck der Gruppenbildung im Wesen erschöpfend dargestellt sind“.⁶⁴ Bezogen auf den Antisemitismus bedeutet dies, dass Bernstein, ebenso wie Zweig, in diesem einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt und die Identitätsbildung des antisemitischen Kollektivs erkannte. Dabei wurde auch von Bernstein eine gewisse Natürlichkeit dieser Phänomene unterstellt, wenn er behauptete, dass zwischen „Nachbargruppen gleicher Kategorie“, also etwa zwei

61 Bernstein, *Der Antisemitismus*, S. 25. Zu Bernsteins Studie und ihrer Rezeption vgl. Bernard M. S. van Praag, *Introduction to the Transaction Edition*, in: Peretz F. Bernstein, *The Social Roots of Discrimination*, New Brunswick 2009, S. ix–xxxix; Michael Billig, Henri Tajfel, Peretz Bernstein and the History of *Der Antisemitismus*, in: Christian Tileaga/Jovan Byford (Hrsg.), *Psychology and History. Interdisciplinary Explorations*, Cambridge 2014, S. 223–241.

62 Bernstein, *Der Antisemitismus*, S. 61.

63 Ebenda, S. 47 f.

64 Ebenda, S. 83.

Nationen, immer eine starke Feindschaft bestehe, und dafür sogar den von Blumenfeld übernommenen Begriff der „Randspannung“ gebrauchte.⁶⁵

Dieser Essentialismus zog sich, in unterschiedlicher Ausprägung, durch alle theoretischen Texte der deutschen Zionisten zum Thema Antisemitismus. Man ging davon aus, dass nicht nur die einzelnen Völker und ihr je besonderes Wesen eine quasi-natürliche Tatsache seien, sondern auch die Spannungen oder die Feindschaft zwischen diesen Völkern, sobald sie aufeinandertrafen. Damit wurde unterstellt, dass Anderssein quasi automatisch einen Mechanismus der Abgrenzung, der Abwertung und der Aggression in Gang setzte. Auch der Antisemitismus selbst wurde so zu einer Art natürlicher Reaktion auf das Anderssein der Juden. Dieser Essentialismus entsprang direkt dem von den Zionisten vertretenen völkischen Nationsverständnis. Genau in diesem Punkt konvergierte ihr Denken mit demjenigen der Antisemiten, und es war dies auch die Grundlage für die gemeinsame Vorstellung, dass Deutschtum und Judentum letztlich nicht miteinander vereinbar waren.

Der Essentialismus brachte einige Zionisten auch dazu, hier und da „positive“ Seiten des Antisemitismus zu erkennen. Blumenfeld beispielweise hatte ihm zugutegehalten, dass er die Differenz zwischen Deutschen und Juden herausstreiche und damit auch den Juden vor Augen führe, dass sie ein eigenes Volk seien.⁶⁶ In den internen Dokumenten der Zionistischen Vereinigung für Deutschland wurde dann auch konstatiert, dass sich der Antisemitismus gut als Ausgangspunkt für gegen die „Assimilation“ gerichtete Propaganda eigne.⁶⁷ Robert Weltsch erklärte in seinem Bericht über eine Rundfunkdiskussion zwischen dem Nationalrevolutionär Friedrich Hielscher und dem liberalen Theater- und Filmkritiker Herbert Ihering in der *Jüdischen Rundschau*, es sei ihm „beinahe wohler bei dem Antisemitismus Dr. Hielschers, der dem jüdischen Juden Respekt bezeugt, als bei einem Philosemitismus, der die Ablehnung des Antisemitismus mit dem allmählichen Verschwinden und Verblässen des Judentums begründet“.⁶⁸ Die Zionisten ließen

65 Ebenda, S. 137, S. 163.

66 Maarabi [Kurt Blumenfeld], Antisemitismus, S. 240.

67 Vgl. z. B. Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees, 15. 1. 1923, CZA Jerusalem, L 7/96, Berliner Büro der Zionistischen Organisation; Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 12. 10. 1930, Schocken Archiv Jerusalem, 531/32.

68 Die Juden-Debatte der „Deutschen Rundschau“, in: *Jüdische Rundschau* vom 12. 5. 1931, S. 223 f., Zitat S. 223.

sich dadurch von ihrer grundsätzlichen Verurteilung des Antisemitismus nicht abbringen und kamen auch nie auf die Idee, mit Antisemiten gemeinsame Sache zu machen. Doch sie begaben sich hier auf ein gefährliches Terrain, weil sie dem Antisemitismus eine gewisse Legitimität verschafften, was von einigen Antisemiten durchaus gern in Anspruch genommen wurde.⁶⁹

Paradoxerweise war es aber gerade die mit dem Antisemitismus geteilte essentialistische Grundhaltung, die die Zionisten zu einer Reihe von bemerkenswerten Einsichten in die ideologische Struktur des Antisemitismus brachte. Da auch sie Völker als organische Einheiten betrachteten, war es ihnen eher möglich, die ideologische Radikalität des Antisemitismus zu begreifen, insbesondere die Tatsache, dass sich der antisemitische Angriff nicht gegen einzelne Juden richtete, sondern gegen das Judentum als Ganzes. Für die Zionisten war es plausibel, dass Hass nicht nur zwischen Individuen, sondern auch zwischen Völkern existieren konnte. Aus diesem Grund lag es für sie nahe, den Antisemitismus nicht als individuelle Einstellung, sondern als Gruppenerscheinung zu deuten. Vor allem Zweig und Bernstein kamen so zu einer sozialpsychologischen Erklärung des Antisemitismus, zu einem Zeitpunkt, als die Sozialpsychologie eigentlich noch gar nicht existierte. Dabei wurden Überlegungen formuliert, die später beispielsweise in der Antisemitismustheorie der Frankfurter Schule wieder auftauchten, wie etwa die These der pathischen Projektion. Bernsteins Arbeit nahm außerdem wichtige Aspekte der Theorie sozialer Vorurteile und Stereotypen vorweg, die dann wiederum in der Antisemitismusforschung breit rezipiert wurde.⁷⁰

Auch der sowohl von Bernstein wie von Zweig konstatierte Zusammenhang des Antisemitismus mit dem Nationalismus sowie die ebenfalls von beiden festgestellte Bedeutung der antisemitischen Ideologie für die innere Kohärenz des

69 Das Interesse bestimmter Antisemiten, mit den Zionisten ins Gespräch zu kommen, war nicht zuletzt durch diesen erhofften Legitimitätsgewinn motiviert. Vgl. dazu Stefan Vogt, *Vertraute Feinde. Zionisten und Konservative Revolutionäre in der Weimarer Republik*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 61 (2013), S. 713–732. Allerdings sollte daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass der Antisemitismus auf diesen Legitimitätsgewinn angewiesen war.

70 Vgl. z. B. Henri Tajfel, *Human Groups and Social Categories. Studies in Social Psychology*, Cambridge 1981; Wolfgang Benz, *Antisemitismusforschung als Vorurteilsforschung*, in: ders./Angelika Königseder (Hrsg.), *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin 2002, S. 15–21.

nationalen Kollektivs sind Aspekte, die in der heutigen Antisemitismusforschung zentral sind.⁷¹ Zwar gingen die Zionisten im Unterschied zu dieser davon aus, dass dieses Kollektiv nicht konstruiert war, sondern ein quasi-natürlicher Organismus, doch ließ dies für sie die Notwendigkeit des Zusammenhalts nur noch zentraler erscheinen. Noch bemerkenswerter ist, dass die Zionisten zu dem Ergebnis kamen, dass der Antisemitismus grundsätzlich unabhängig von den Handlungen und den Eigenschaften der Juden ist. Ganz egal, wie „gut“ oder „unverdächtig“ sich die Juden auch verhielten, Antisemiten würden deren Präsenz innerhalb des nationalen Kollektivs als inakzeptabel empfinden. Auch diese Einsicht hat die moderne Antisemitismusforschung vielfach bestätigt.⁷² Da die Zionisten ebenso wie die Antisemiten von der Existenz eines „Wesens“ des Judentums ausgingen, war für sie nachvollziehbar, dass sich der Hass der Antisemiten gegen eben dieses Wesen richtete.

Auf dieser Grundlage argumentierten die Zionisten, nun wiederum in Einklang mit der modernen Forschung, dass sich der Antisemitismus immer gegen die Juden als solche richte und nicht gegen bestimmte jüdische Individuen oder Gruppen wie etwa die sogenannten Ostjuden. „Von ostjüdischen Schiebern abrücken“, schrieb Arnold Zweig anlässlich der antisemitischen Pogrome im Jahr 1923, „aber kann nur derjenige anständige Jude, der nicht merkt, wie sehr er damit von vornherein judenfeindlichen Perspektiven verfallen ist.“⁷³

Zwar war auch die Haltung des liberalen Judentums zu den Ostjuden keinesfalls so eindeutig negativ, wie die zionistische Propaganda dies oft darstellte, und auch vonseiten des Centralvereins oder in der *Allgemeinen Zeitung des Judentums*

71 Vgl. z. B. Peter Alter/Claus-Ekkehard Bärsch/Peter Berghoff (Hrsg.), *Die Konstruktion der Nation gegen die Juden*, München 1999; Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001. Vgl. auch schon Shulamit Volkov, *Antisemitism as a Cultural Code. Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 23 (1978), S. 25–46.

72 Vgl. als zwei relativ beliebige und zugleich repräsentative neuere Beispiele Susan Gniechwitz, *Antisemitismus im Lichte der modernen Vorurteilsforschung. Kognitive Grundlagen latenter Vorurteile gegenüber Juden in Deutschland*, Berlin 2006; Eva-Maria Ziege, *Mythische Kohärenz. Diskursanalyse des völkischen Antisemitismus*, Konstanz 2002. Vgl. auch Holz, *Nationaler Antisemitismus. Als Überblick zum Stand der Antisemitismusforschung* vgl. Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), *Antisemitismusforschung in den Wissenschaften*, Berlin 2004.

73 Zweig, *Ostjuden – und Abwehr?* In: *Jüdische Rundschau* vom 30. 11. 1923, S. 579 f., Zitat S. 580.

wurde der gegen die Ostjuden gerichtete Antisemitismus immer wieder verdammt. Doch ist es unübersehbar, dass sich die Zionisten am konsequentesten gegen die Angriffe auf die Ostjuden stellten, ganz gleich, ob sie von antisemitischen Demagogen oder vom Staat geführt wurden. Schon im Kaiserreich hatten sich die Zionisten mit besonderer Vehemenz gegen die verschiedenen Ausweisungswellen gewandt, und auch der sogenannte Grenzschluss am Ende des Ersten Weltkriegs, also die Sperrung der deutschen Ostgrenze für osteuropäische Juden, wurde von ihnen heftig und vorbehaltlos angeprangert.⁷⁴ In der Weimarer Republik berichtete die *Jüdische Rundschau* laufend über Ausschreitungen und Anfeindungen gegen Ostjuden und machte dabei wiederholt darauf aufmerksam, dass sich diese tatsächlich gegen das Judentum insgesamt richteten.⁷⁵

Die Ambivalenz vieler deutscher Juden, die in den Ostjuden nicht nur notleidende Glaubensgenossen, sondern auch eine Gefahr für den von ihnen selbst erreichten Stand der Integration und Akkulturation erblickten, teilten die Zionisten nicht. Daher finden sich in den zionistischen Äußerungen zu dieser Frage auch keine abwertenden Aussagen über das kulturelle Niveau oder die Integrationsfähigkeit der Ostjuden.⁷⁶ Wie Steven Aschheim gezeigt hat, hatte die positive Haltung

74 Vgl. z. B. Die „Ausweisungsschmach“, in: *Jüdische Rundschau* vom 4. 5. 1906, S. 257 f.; Leo Herrmann, Die chinesische Mauer, in: *Jüdische Rundschau* vom 15. 10. 1915, S. 335 f.; Grenzschluss gegen Juden in Deutschland, in: *Jüdische Rundschau* vom 26. 7. 1918, S. 229; Fritz Mordechai Kaufmann, Grenzsperrung. Ein Kapitel vom Versagen der deutschen Judäologie, in: *Der Jude* 1 (1916/17), S. 13–22. Die Zionisten und insbesondere Julius Berger waren auch federführend an den Versuchen beteiligt, politisch gegen die Grenzsperrung vorzugehen. Vgl. dazu Trude Maurer, Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrung gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 33 (1985), S. 205–230 sowie die von ihr ausgewerteten Quellen im CZA Jerusalem, Z 3/202 und Z 3/203, Zionistisches Centralbüro Berlin.

75 Vgl. z. B. Weltsch, Halb-Barbaren; ders., Jagd auf Juden, in: *Jüdische Rundschau* vom 24. 2. 1920, S. 99; Zweig, Die Summe, S. 501; Alfred Landsberg, Zionismus und Umwelt. Referat von Dr. Alfred Landsberg auf der Zentralkomitee-Sitzung vom 1. Januar 1924, in: *Jüdische Rundschau* vom 4. 1. 1924, S. 4 ff., hier S. 5; Der jüdische Wahlkampf in Berlin, in: *Jüdische Rundschau* vom 21. 11. 1930, S. 612.

76 Vgl. Steven E. Aschheim, *Brothers and Strangers. The East European Jewry in Germany and German Jewish Consciousness, 1800–1923*, Madison 1982, insbes. S. 215–245. Dies trifft in dieser Eindeutigkeit allerdings nur auf die Zionisten der zweiten Generation zu. Als Beispiel für die deutlich ambivalentere Haltung der ersten Generation vgl. Franz Oppenheimer, Stammesbewusstsein und Volksbewusstsein, in: *Die Welt* vom 18. 2. 1910, S. 139–143.

der Zionisten zu den Ostjuden vor allem ideologische Gründe, auch sie wurzelte in der Suche nach einer essentialistischen und identitären Bestimmung des Judentums.⁷⁷ Darüber hinaus hatte sie damit zu tun, dass die Ostjuden in Deutschland ein nicht zu unterschätzendes Unterstützungspotenzial für den Zionismus in den innerjüdischen Auseinandersetzungen darstellten.⁷⁸ Doch in dieser Haltung zeigte sich auch, dass es den Zionisten mit der Abwehr des Antisemitismus durchaus ernst war, dass sie ihn als existenzielle Bedrohung des Judentums sahen und dass sie in der Solidarität aller Juden das einzig brauchbare Mittel dagegen erblickten.

Für die Zionisten war der Antisemitismus also keine belanglose Erscheinung, sondern ein zentraler und unvermeidlicher Bestandteil des jüdischen Lebens in der Diaspora. Er war eine quasi-natürliche Reaktion der nichtjüdischen Welt auf das Anderssein des Judentums und auf dessen gezwungenermaßen abnorme historische Entwicklung, und er war ein wichtiges Element der Selbstdefinition der nichtjüdischen Nationen. Der Antisemitismus war damit ein keinesfalls gutzuheißender, sondern ein zu verurteilender und zu bekämpfender, aber kaum zu beseitigender Bestandteil der europäischen Moderne. Er war nach Ansicht der Zionisten eine Gruppenideologie, die sich ebenso gegen die Juden als Gruppe und damit unterschiedslos gegen alle Juden richtete, und er hatte nichts mit den Eigenschaften oder dem Handeln einzelner Juden zu tun. Der Angriff der Antisemiten, so die zionistische Überzeugung, war von ganz grundsätzlicher Natur, er zielte letztlich auf die Existenz des Judentums.

Dieses Verständnis des Antisemitismus bildete die Basis, von der aus die Zionisten die Abwehrstrategie des Centralvereins angriffen. Natürlich spielten dabei auch die Rivalität zwischen den Organisationen und die grundsätzliche Abneigung der Zionisten gegen alles, was auch nur entfernt wie „Assimilation“ aussah, eine wichtige Rolle. Ihre Kritik am Centralverein war jedoch wesentlich substanzieller als diese Ressentiments. Die Zionisten waren davon überzeugt, dass es sinnlos war, auf der Gleichheit und der nationalen Loyalität der Juden zu insistieren, da es die Antisemiten nicht interessierte, wie „deutsch“ die deutschen Juden sich fühlten, dachten oder handelten. „Die bisherigen Methoden“, erklärte die *Jüdische Rundschau* nach den Septemberwahlen von 1930, „die Gleichberechtigung und Gleichstellung

77 Aschheim, *Brothers and Strangers*, insbes. S. 80–214.

78 Vgl. Maurer, *Ostjuden in Deutschland*, S. 662–668.

der Juden in Deutschland von einer bestimmten Gesinnung abhängig zu machen, die ewigen Beteuerungen deutschvolklichen Wohlverhaltens haben bei den letzten Reichstagswahlen vollständigen Schiffbruch erlitten.“⁷⁹

Schlimmer noch: Eine solche Strategie würde nach Ansicht der Zionisten den Antisemitismus nur verstärken, da er ihm das Argument lieferte, dass die Juden ihre Identität verbargen. „Der Versuch“, so Robert Weltsch in der *Rundschau*, „jede jüdische Eigenart zu leugnen oder zu vertuschen, die absurde Fiktion der völligen Gleichartigkeit der Deutschen und Juden statt des Postulats ihrer Gleichwertigkeit konnte nur eine Wirkung haben: auch den unvoreingenommenen Nichtjuden von der inneren Unaufrichtigkeit und sittlichen Fragwürdigkeit dieses Standpunktes zu überzeugen.“⁸⁰ Dieser Vorwurf war selbstverständlich propagandistisch motiviert und klar überzogen, definierte sich doch gerade der Centralverein als explizit jüdische Abwehrorganisation. Dennoch hatten die Zionisten ihren Finger auf einen wunden Punkt der Strategie des Centralvereins gelegt. Diese Strategie basierte tatsächlich auf der Behauptung einer patriotischen und staatstragenden Gesinnung der Juden und konnte mit jedem beliebigen Gegenbeispiel, sei es ein jüdischer Revolutionär, ein ostjüdischer Wanderarbeiter oder ein jüdischer Gangster, ausgehebelt werden. Und sie akzeptierte implizit, dass ein Abweichen von dieser Gesinnung oder eine angenommene ethnische Differenz ein legitimer Grund für Abwertung und Diskriminierung seien.

Im Zentrum der von den Zionisten entwickelten alternativen Strategie stand die Idee der „Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins“. Dieser Slogan tauchte in den zionistischen Texten immer wieder auf, sowohl in den internen Papieren der Verbandsgliederungen wie auch in den der innerjüdischen Mobilisierung dienenden Zeitschriften und Publikationen.⁸¹ Wenn die Juden selbstbewusster wären, so

79 j. r., Was weiter?, in: *Jüdische Rundschau* vom 19. 9. 1930, S. 485. Vgl. auch Landsberg, *Zionismus und Umwelt*, S. 5 f.; *Grundlinien des Referats der Antisemitismus-Kommission*, 4. 5. 1931, Schocken Archive Jerusalem, 531/66; *Innere Sicherheit*, in: *Jüdische Rundschau* vom 3. 2. 1933, S. 45 f., hier S. 46.

80 Die Bekämpfung des Antisemitismus, in: *Jüdische Rundschau* vom 29. 5. 1923, S. 251 f., Zitat S. 252. Vgl. auch *Die Vorkonferenz*, S. 340.

81 Vgl. z. B. *Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes*, 23. 2. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/32; s. n., *Im Kampf um die Selbstbehauptung*, in: *Jüdische Rundschau* vom 25. 2. 1930, S. 107; *Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes*, 18. 5. 1930; *Thesen „Die Wirtschaftslage der Juden in Deutschland“*, ohne Datum [Mai 1930], Schocken Archive

wurde argumentiert, wären sie weniger verwundbar durch den Antisemitismus. Die Aufgabe des Zionismus war daher die Steigerung des Selbstwertgefühls unter den Juden. Dem sollte die Rückbesinnung auf jüdische Traditionen, auf die jüdische Geschichte und auf die jüdische Religion dienen. Auch die Schaffung einer eigenen jüdischen Jugendbewegung und die körperliche Ertüchtigung in zionistischen Turn- und Sportvereinen dienten, wie es die Programmerkklärungen klar formulierten, der Stärkung des Selbstbewusstseins und dadurch der Abwehr des Antisemitismus.⁸²

Aufgrund der angenommenen Unvermeidbarkeit des Antisemitismus und weil weder rationale Argumente noch ein „gutes Benehmen“ der Juden die Antisemiten davon überzeugen würde, dass sie unrecht hatten, richteten die Zionisten ihre Strategie fast ausschließlich auf die Juden. Siegfried Kanowitz formulierte dies so: „Es kommt für uns nicht auf Aufklärungsarbeit unter Nichtjuden an, sondern wir müssen den Juden die innere Sicherheit gegenüber dem Antisemitismus geben.“⁸³ Ein wesentliches Mittel, um diese innere Sicherheit zu erreichen, war auch die Förderung der Solidarität unter Juden. Um die moralischen, politischen und vor allem ökonomischen Schäden einzudämmen, die der Antisemitismus unter den Juden anrichten konnte, riefen die Zionisten die deutschen Juden dazu auf, gemeinschaftliche Strukturen der jüdischen Selbsthilfe zu schaffen.⁸⁴ Bereits das zionistische Engagement im Hilfswerk für die Ostjuden während und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ist in diesem Zusammenhang zu verstehen. Am Ende der Weimarer Republik versuchten sie, vor allem über die jüdischen Gemeinden und ihre Dachorganisationen jüdische Arbeitslose zu unterstützen,

Jerusalem, 531/31; Protokoll der Sitzung der Antisemitismus-Kommission, 7. 5. 1931, Schocken Archive Jerusalem, 531/66.

- 82 Vgl. Was wir wollen!, in: Jüdische Turnzeitung 1 (1900), S. 1; Leitfaden für die Gründung eines Jüdischen Wanderbundes „Blau-Weiß“, hrsg. v. Jüdischen Wanderbund „Blau-Weiß“, Berlin, November 1913, in: Jehuda Reinharz (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933, Tübingen 1981, S. 114–117.
- 83 Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 19. 2. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/61. Vgl. auch Innere Sicherheit, S. 45 f.
- 84 Vgl. Protokoll der 6. Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 19. 2. 1930, Schocken Archive Jerusalem, 531/61; s. n., Im Kampf um die Selbstbehauptung; Thesen „Die Wirtschaftslage der Juden in Deutschland“, CZA Jerusalem, Kurt Blumenfeld Archive A 222/3-1; Der neue Reichstag und das deutsche Judentum, September 1930; Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes, 12. 10. 1930, Schocken Archiv Jerusalem, 531/32; Grundlinien des Referats der Antisemitismus-Kommission, 4. 5. 1931, Schocken Archive Jerusalem, 531/66.

die von der Wirtschaftskrise und von antisemitisch motivierten Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt gleich doppelt getroffen waren.⁸⁵

Allerdings war die zionistische Strategie gegen den Antisemitismus nicht allein nach innen gerichtet. Wenn die Juden selbstbewusster wären, so lautete die „externe“ Seite des Arguments, dann würden sie in der Lage sein, eine Position der „Ebenbürtigkeit“ zu erreichen. „Unser Kampf gegen den Antisemitismus“, hieß es in einem Rundschreiben des Landesvorstandes vom Januar 1923, „darf sich nicht auf einen Kampf um die staatsbürgerliche Stellung des einzelnen Juden beschränken, sondern muss ein Kampf um die Ebenbürtigkeit des jüdischen Volkes sein.“⁸⁶ Dann müssten die Juden den anderen Nationen nicht mehr als machtlose und diskriminierte Minderheit gegenüberreten, sondern könnten dies auf Augenhöhe tun. Dies würde, so glaubten die Zionisten, schließlich auch dazu führen, dass die nichtjüdische Welt die Juden als Juden akzeptiert. „Die Deutschen müssen ebenso wie die anderen zivilisierten Völker allmählich zu der Stufe kommen, die Sonderart anderer Menschen zu respektieren und zumal in dem jüdischen Falle die geschichtliche Einzigartigkeit dieses notwendigen Zusammenlebens zu begreifen“, schrieb Robert Weltsch nach den Pogromen des Herbst 1923. „Dies setzt aber voraus, daß auch die Juden ihre Augen nicht verbinden, daß sie ihr Judentum nicht als Last mit sich herumschleppen, sondern zu verstehen und zu stärken suchen.“⁸⁷

Das Ziel des Kampfes gegen den Antisemitismus sollte also nicht Integration sein, sondern Anerkennung. Es sollte nicht Gleichheit sein, sondern Gleichwertigkeit. Wenn Integration und Gleichheit Illusionen waren, und noch dazu nicht wünschenswert, dann blieb das Bestehen auf Differenz der einzig realistische Weg, um Diskriminierung und Abwertung zu begegnen und damit den Antisemitismus zu bekämpfen. „Wir haben die Aufgabe zu zeigen“, resümierte Georg Landauer diesen Ansatz in seinem Entwurf der Richtlinien, den er der Antisemitismus-Kommission 1931 unterbreitete, „dass Identifikation von Deutschtum und

85 Vgl. s. n., Im Kampf um die Selbstbehauptung; Aus den Gemeinden. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Jüdische Rundschau vom 28. 2. 1930, S. 115; Georg Kareski, Zum Landesverbandstag, in: Jüdische Rundschau vom 28. 3. 1930, S. 167 f.

86 Rundschreiben an die Mitglieder des Landesvorstandes und des Zentralkomitees, 15. 1. 1923, CZA Jerusalem, L 7/96, Berliner Büro der Zionistischen Organisation. Vgl. auch Landauer, Zionismus und Umwelt.

87 Weltsch, Die jüdenfeindliche Welle.

Judentum keine Realität ist und dass ein Versuch, sie der Umwelt zu suggerieren, eine verfehlte Spekulation ist, dass vielmehr im Gegenteil das moderne Denken von der Existenzberechtigung und Freiheit der Sondergruppen, auch der nationalen, ausgeht und daher der Kampf um Gleichberechtigung unter Anerkennung unseres nationalen Andersseins aussichtsvoller ist.“⁸⁸

Resümee

Die zionistische Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus unterschied sich also deutlich von der Abwehr-Strategie des Centralvereins, sie war jedoch nicht weniger entschieden oder kohärent. Das Grundprinzip dieser Strategie war es, den Antisemitismus nicht als Deutsche zu bekämpfen, sondern als Juden. Aus heutiger Sicht erweist sich diese Strategie als erstaunlich modern. Sie erfüllt alle Kriterien für das, was postkoloniale Theoretiker wie Stuart Hall „identity politics“ genannt haben. In der Form, wie sie in den 1960er- und 1970er-Jahren unter anderem von den antikolonialen Bewegungen sowie von den *black consciousness*-Bewegungen in den USA und in Großbritannien betrieben wurde, zielte sie darauf, dass sich die kolonisierten Anderen, anstatt von der hegemonialen Kultur repräsentiert und dadurch beherrscht zu werden, nunmehr selbst repräsentierten und damit den bisher abwertenden Inhalt dieser Repräsentation positiv umwerteten. Es ging, so Hall, um die „contestation of the marginality, the stereotypical quality and the fetishized nature of images of blacks, by the counter-position of a ‚positive‘ black imagery“.⁸⁹ Auf diese Weise, und in dem die bis dahin Marginalisierten sich als eine einheitliche Gruppe gegen die hegemoniale Kultur selbst konstituierten, konnte versucht werden, die Regeln der Repräsentation selbst zu verändern.

Einem ganz ähnlichen Muster folgte die zionistische Strategie gegen den Antisemitismus in Deutschland. Sie bestand darin, die Identifizierung als Juden anzuerkennen, sie zu einer positiven Zuschreibung umzudefinieren und auf der

88 Grundlinien des Referats der Antisemitismus-Kommission, 4. 5. 1931, Schocken Archive Jerusalem, 531/66. Vgl. Zweig, Die Summe; Die innerdeutsche politische Tätigkeit der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Entwurf von Richtlinien für ein Tätigkeitsprogramm der vor uns liegenden Arbeitsperiode, 6. 10. 1932, Schocken Archive Jerusalem, 531/231.

89 Hall, *New Ethnicities*, S. 27.

Differenz zu den Nichtjuden zu bestehen. Auf dieser Basis sollte dem Antisemitismus auf Augenhöhe begegnet und damit die Grundstruktur der Beziehung zwischen der hegemonialen Gesellschaft und der marginalisierten Gruppe infrage gestellt werden. Das Ziel dieser Strategie war es nicht, den Antisemitismus zu überwinden, sondern es den Juden zu ermöglichen, sich gegen ihn zu wappnen und sie schließlich für den Antisemitismus unangreifbar zu machen. Die Zionisten waren überzeugt, dass dies ein weit wirksamerer Ansatz war als der Versuch, sich in die nichtjüdische Gesellschaft zu integrieren. Auch hier deuten die postkoloniale Theorie und die Erfahrungen der postkolonialen Politik darauf hin, dass sie nicht vollkommen falsch lagen. Jedenfalls sind bis heute weder die rassistischen noch die antisemitischen Widerstände gegen eine Integration von Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaften verschwunden.

Gleichzeitig brachte die zionistische Strategie jedoch eine Reihe neuer Probleme hervor, die alle auch bei anderen Formen der Identitätspolitik zu finden sind. Weil es auf den Prinzipien des Ausschlusses nach außen und der Homogenisierung nach innen basiert, hat das Konzept der Identität immer repressive Effekte. Diese Effekte werden durch die der Identitätspolitik inhärente essentialistische Tendenz noch einmal deutlich verstärkt. Während postkoloniale Theoretiker wie Hall nach Wegen suchen, diese essentialistischen Tendenzen einzudämmen, wurden sie von den Zionisten, ebenso wie von vielen antikolonialen Bewegungen, bewusst gepflegt.⁹⁰ Selbstverständlich besteht ein großer Unterschied zwischen hegemonialen und subalternen Formen der Identitätspolitik, und in der

90 Stuart Hall benutzt das Konzept des „positioning“, um Identität zu de-essentialisieren, Stuart Hall, *Cultural Identity and Diaspora*, in: Jonathan Rutherford (Hrsg.), *Identity. Community, Culture, Difference*, London 1990, S. 222–237; ders., *New Ethnicities*, S. 27 ff. In ähnlicher Weise spricht Gayatri Spivak von einem „strategischen“ Essentialismus. Vgl. Gayatri Chakravorty Spivak, *Other Worlds. Essays in Cultural Politics*, New York 1988, S. 205. Unter Rückgriff auf postmoderne Theorie betonen postkoloniale Autoren generell die Hybridität und die Konstruiertheit von Identität. Allerdings gehen viele weiterhin von einem wesenhaften Kern der Identität aus. Partha Chatterjee beispielsweise besteht auf der Existenz einer „spiritual domain“ der Kolonisierten, in der „essential marks of cultural identity“ zu finden seien. Vgl. Partha Chatterjee, *The Nation and its Fragments. Colonial and Postcolonial Histories*, Princeton 1993, S. 6. In der Passage stellt Chatterjee „essential“ in Anführungszeichen. Aus seiner Argumentation wird jedoch deutlich, dass er dieser Form der Identität ein gewisses Maß an Authentizität und Natürlichkeit zuschreibt.

Auseinandersetzung mit dem deutschen Antisemitismus gehörte die zionistische Identitätspolitik unbedingt zum zweiten Typus. Allerdings zeigt die postkoloniale Theorie auch, dass beide Formen eng miteinander verstrickt sind. Subalterne Identitätspolitik hat gar keine andere Wahl, als Elemente der hegemonialen Formen aufzugreifen.⁹¹

Aus diesem Grund konnten Zionisten ein gewisses Maß an ideologischer Affinität zu bestimmten Aspekten antisemitischen Denkens empfinden. Robert Weltsch, der Chefredakteur der *Jüdischen Rundschau*, schrieb beispielsweise im Jahr 1922 an seinen Freund Hans Kohn: „Den Antisemitismus verstehe ich schon lange sehr gut und muß gestehen, daß ich ihm gefühlsmäßig sehr nahestehe.“⁹² Dies war auch der Hintergrund für die Versuche einiger Zionisten, darunter Weltsch, die „Judenfrage“ mit angeblich moderaten Antisemiten wie Wilhelm Stapel oder Max Hildebert Boehm zu diskutieren.⁹³ Auf der Basis von Identitätspolitik waren die Zionisten also nicht in der Lage, die Ideologie des Antisemitismus kategorisch zurückzuweisen, und dies beeinträchtigte gravierend ihre Fähigkeit, ihn zu bekämpfen. Es erschwerte es auch für die Zionisten, wirksame und dauerhafte Bündnisse mit anderen jüdischen Organisationen einzugehen, die keine identitätspolitische Strategie verfolgten, wobei sich allerdings auch deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit in engen Grenzen hielt. Die Zionisten waren jedoch in der Lage, eine innovative Strategie zur Verteidigung der Juden gegen den Antisemitismus zu entwickeln. Für die deutschen Juden, die der nationalsozialistischen Bedrohung ohne große Unterstützung aus der nichtjüdischen Gesellschaft ausgesetzt waren, war dies möglicherweise eine noch wichtigere Errungenschaft.

91 Klassisch bei Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak?*, in: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hrsg.), *Marxism and the Interpretation of Culture*, Basingstoke 1988, S. 271–313. Vgl. auch Partha Chatterjee, *Nationalist Thought and the Colonial World. A Derrivative Discourse?*, London 1986.

92 Brief von Robert Weltsch an Hans Kohn, 6. 11. 1922, Leo Baeck Institute New York, Kohn-Weltsch-Correspondence, AR 6908/1/4b. Vgl. auch Maarabi [Kurt Blumenfeld], *Antisemitismus*, S. 240; *Die Juden-Debatte der „Deutschen Rundschau“*; Robert Weltsch, *Zur Rundfunk-Diskussion über Antisemitismus*, in: *Jüdische Rundschau* vom 27. 5. 1932, S. 197 f.

93 Vgl. zu diesen Kontakten Vogt, *Vertraute Feinde*.

ANTISEMITISMUS UND HOLOCAUST IN GRIECHENLAND

The Close Ties between Nationalism and Antisemitism

The Hellenization of Salonika, 1917–1948

For 400 years until World War I, Salonika had been one of the most important Jewish metropolises in the world. In 1912, when the Greeks took Salonika from the Turks, they found a flowering Jewish community of 75,000 people, constituting the majority of its population and defining the city's physiognomy. In trying to build a homogeneous nation-state, the Greek government set out to Hellenize the city, which up to that time had a multiethnic character, with Jews being the majority and Muslims constituting the second largest group. In addition, the presence of many Balkan nationalities in the city was a source of anxiety for the Greek government since all its Balkan neighbors coveted Thessaloniki.¹ The impetus for the Hellenization of the city was given in 1923 by the arrival of more than 100,000 Greek orthodox refugees from Asia Minor and the departure of 30,000 Muslims in the "population exchange" agreed upon between Greece and Turkey in the Lausanne Treaty. This huge change in demography, which produced a Greek orthodox majority and reduced the Jewish community to 20% of the population, gave Prime Minister Eleftherios Venizelos the opportunity to undertake decisive measures ensuring Hellenization of the city, while forgoing his earlier promises for equal treatment of the Jews.

1 Rena Molho, *Salonique après 1912: propagandes étrangères et communauté juive*, in: *Révue historique*, CCLXXXVII (1992) 1, pp. 127–140.

Venizelos's Anti-Jewish Measures in the Interwar Period: A License to Antisemitism

The reservations expressed by the Jews towards Venizelos' pro-Jewish policy at the time of the city's annexation (1913)² were confirmed immediately after the Great Fire of August 1917, which left 52,000 out of 75,000 Salonica Jews homeless. Immediately following the disaster, the government took complete control of the reconstruction of the burned-down area under the pretext of "modernization and decontamination" of the city. It promulgated a law expropriating the land in the fire-ravaged area and in return gave the owners, most of them Jewish, non-guaranteed long-term bonds.³ The determination of the government to go ahead with its plan and its absolute refusal to discuss and even meet with the community's representatives revealed the intentions of the Liberal Party, headed by Venizelos. At such an opportune moment the drive to Hellenize the city superseded democratic principles, especially since it concerned Jews, the only minority without a state backing it. Democratic safeguards were sidestepped and Jewish newspapers that protested were systematically censored, while Jews who dared criticize the government's policy were put in jail, as was the case of the secretary of the Maccabi Jewish athletic club, Isaac Alvo.⁴

The reversal of Venizelos' pro-Jewish policy set the ground for the resurgence of popular antisemitism. As a sign of the times, a theatrical comedy presenting a negative stereotype of the Jew enjoyed tremendous success. Nobody raised any protests except for the Jews. It was obvious that the peaceful incorporation of Jews was no longer of primary concern to the state. Under these conditions it was to be expected that the Jews would blackball Venizelos' Liberal Party in the next elections. To avoid this problem, the government enacted a law in November 1920,

- 2 Idem, *The Jewish Community of Thessaloniki and its Incorporation into the Greek State, 1912–1919*, in: *Middle Eastern Studies* 24 (1988), pp. 39–403; idem, *Popular Antisemitism and State Policy in Salonica during the City's Annexation to Greece*, in: *Jewish Social Studies* 50 (Summer-Fall 1988/1993) 3–4, pp. 253–264.
- 3 Idem, *Jewish Working-Class Neighborhoods Established in Salonica Following the 1890 and 1917 Fires*, in: idem, *Salonica and Istanbul: Social, Political and Cultural Aspects of Jewish Life*, Istanbul 2005, pp. 107–126.
- 4 Idem, *La législation anti-juive de Vénizélos entre les deux guerres et comment la République peut venir au secours de l'antisémitisme*, in: Molho, *Salonica and Istanbul*, pp. 229–239.

setting up four separate and segregated voting centers for Jews, ostensibly for their “protection.” However, many Jews abstained from the elections, in protest against the law that flagrantly abolished the secrecy of their vote. Even so, they were later accused of causing the downfall of Venizelos, thus initiating the chain of events that led to the defeat of the Greek army in its expedition to Asia Minor in 1923. The scapegoating of the Jews came up repeatedly in the next few years, especially during electoral campaigns, while the establishment of segregated voting centers henceforth led to their political marginalization.⁵

The promulgation of discriminatory legal measures towards the Jews encouraged an escalation of violent acts of religious, social and political antisemitism. On Easter Sunday, 15 April 1921, a few months after the elections lost by the Liberals, a blood libel accusation, followed by riots, broke out in a Jewish neighborhood. Although the story was proven false by the city’s judicial authorities, these incidents were followed by more violent acts and attacks by uncontrollable crowds in other Jewish neighborhoods, under the tolerance of police officers. Given that such violent incidents had not occurred in Salonica for almost a decade, one cannot avoid associating their resurgence with the encouragement of the consistently anti-Jewish policy of the Liberal government since the fire of 1917. In 1923, in preparation for the elections for the Constitutional Assembly, a new law was passed instituting a segregated electoral college for the Jews, who then represented 35% of the city’s 200,000 inhabitants. The Liberal Party’s press defended the measure on the grounds that “the Israelite element was indifferent and even hostile towards the Greek national interests.” The Communal Council and the other Jewish organizations protested strongly that this measure led to the moral ghettoization of the community and warned that there would be massive abstention if the law were not repealed. Although promises were given for its repeal, the law was nevertheless sustained and, as a consequence, only 51 Jews out of a population of 70,000 went to the “urns.”⁶

5 Ibid.

6 (Unsigned Article), *L'accusation de Meurtre Rituel*, in: *Paix et Droit*, monthly magazine published by the Alliance Israélite Universelle, April 1921, pp. 9–11; (Unsigned Articles), *Le gouvernement et les incidents de vendredi*, in: *L'Indépendant*, Salonika, 20. 4. 1921; *La calomnie du meurtre rituel à l'Assemblée Nationale*, belles paroles du Président du Conseil, in: *ibid.*; Arch. De l'AIU, Grèce, II/C.53, letter by I. NEHAMA on 19 of November 1923.

This incident was exploited by the newspaper *Makedonia* to spread antisemitic libels regarding the alleged anti-patriotism of the Jews, libels that were received favorably by the poor refugees from Asia Minor. The newspaper also founded an antisemitic association, claiming to have received “hundreds of membership applications.”⁷ A number of distinguished Greek townspeople, however, signed a protest and the authorities intervened to force the paper to stop the libels and close the association. Although the government took responsibility for its actions and promised to repeal the electoral law, the situation deteriorated. In May 1924 the Jews were informed that the municipal council was going to institute Sunday as the day of rest for all citizens, irrespective of their religion.⁸ This measure was contrary to the laws of 1912/13 that had been confirmed by a Royal decree in 1923, which guaranteed religious freedom and acknowledged Saturday as the Jewish day of rest. Yet the mandatory Sunday rest law was enacted in July 1924. Responding to strong protests of the Jewish organizations, the Greek representative in Geneva Nikolaos Politis promised to propose the repeal of that law, and in August 1924 Greece signed the Treaty of Sèvres in which it took the commitment of guaranteeing religious freedom of minorities, including the Sabbath rest for the Jews. Nevertheless, the Sunday rest law was not repealed and in May 1925 it came into force, producing an economic hardship for Jews, who now had to stop work for two days a week. This sequence of events brought the painful realization that, on matters that concerned Jews, the government would bend the rules to suit the expediencies of the Christian majority, often doing the exact opposite of what it had initially promised.

In 1928 the Communal Council once again led an intense campaign to end “segregation and discrimination” and demanded the repeal of the electoral law. This campaign was met with a temporary success as the law was actually repealed, but a few months later the segregated electoral college was re-instituted.⁹ In the debates, Venizelos admitted that this law was an anomaly but accused the Jews of being “foreigners and strangers to the Greek civilization,” adding that “time

7 (Unsigned Article), Les élections législatives à Salonique. Tentatives d'agitation antisémite, in: Paix et Droit, January 1924, pp. 8–9.

8 (Unsigned Article), Le repos du dimanche à Salonique, in: Paix et Droit, May 1924, p. 11.

9 (Unsigned Article), Le ministre des affaires étrangères et les Israélites, in: Paix et Droit, January 1928, pp. 10–11.

would provide the test of the authenticity of the patriotic feelings of the Jews in the New Lands, but at present neither they nor the Greeks were mature enough for such an integration.” Clearly, this reactionary attitude would delay even further the maturation of the Greeks, but this was of no concern to the Greek statesman who had finally achieved his goal of turning the Jews into second-class citizens.¹⁰

Although the Jews reacted promptly by establishing an association with the aim of promoting their assimilation into Greek culture, the impending storm broke soon.¹¹ In May 1931, the newspaper *Makedonia*, which had been leading a ten-year antisemitic campaign, falsely accused the representative of the Salonica chapter of the Maccabi athletic club, who had participated in the twenty-fifth anniversary celebrations of his organization in Sofia, in 1930, of instead participating in a political conference of the Comitadjis, the Bulgarian nationalists, whose aim was “the autonomy of Macedonia and its liberation from the Greek yoke.” This false rumor ignited the rage of members of the National Students’ Union, who printed and distributed vehement leaflets encouraging the population to proceed to the systematic isolation of the “traitors.”¹² They also attacked the Maccabi center, destroying all its furniture and equipment and fatally wounding one of its members. In the following days the tension spread throughout the city as members of nationalist organizations took part in fights, beatings and looting of Jewish citizens. These events led to the tragic pogrom of the Campbell neighborhood, carried out by 600 members of the fascist organization “Ethiniki Enosis Ellados” (founded in 1927), known as “the 3 Epsilon,” in which they set this working-class Jewish neighborhood on fire on the night of 29 June 1931. This caused a great upheaval in the community, whose members now felt completely defenseless and unprotected in a hostile environment. Thus, despite the measures of appeasement that Venizelos took by declaring personally that the accusation of the Maccabi duplicity was proven false and by repealing the law on the segregated electoral college in 1933, 10,000 Jews emigrated from Salonica in the period 1932 to 1934,

10 (Unsigned Article), *Le collège électoral juif de Salonique*, in: *Paix et Droit*, December 1928, p. 10.

11 (Unsigned Article), *Une ligue pour l’assimilation*, *Paix et Droit*, December 1928, p. 11.

12 (Unsigned Article), *Ta chthessina thlivera nea ex aformis tis drasseos tis Maccabi* (Yesterday’s Sad Incidents under the Excuse of the Activities of the Maccabi), in: *MakedonikaNea*, Thessaloniki, 24. 6. 1931, pp. 1 and 6.

to settle in Palestine.¹³ By leaving Greece, these emigrants would be among the very few Salonica Jews to survive the *Shoah*. Then as today, the scapegoating of a minority was the gut response to deep feelings of economic and social insecurity. And in Greece, in Germany and throughout Europe this gave rise to the same nationalist hysteria.

The German Occupation

The Jews enjoyed a peaceful interval between 1936 and 1941. During this time, King George had Prime Minister General Ioannis Metaxas impose a dictatorship in Greece. Fearing all opposition, Metaxas closed down most cultural and political associations of the country, including the “3 Epsilon.” This, however, came to an end with World War II and the arrival of the Germans who, after the capitulation of the Greek Army, entered Salonica on 9 April 1941.

Within a week the Jewish newspapers were stopped, communal institutions and Jewish businesses were looted and confiscated, a large number of Jewish buildings were requisitioned and a new antisemitic newspaper – *Nea Evropi* (New Europe) – appeared, proposing a series of anti-Jewish measures. Initially, apart from some interference in the administration of the Jewish community, the Germans rejected the local antisemites’ proposals for prohibiting Jews in Christian shops, dismissing Jewish employees etc.¹⁴ The occupiers intended to wait for a more opportune moment before applying their antisemitic measures.

Initially, Greek officers who had returned from the Albanian front interfered actively to stop the antisemitic troublemakers while praising the patriotism of Jewish soldiers at the front. However, fifteen months later, on 11 July 1942, when

13 (Unsigned Article), Grèce et les élections législatives, in: Paix et Droit, February 1933, pp. 7–8.

14 Jewish Community of Thessaloniki (hereafter JCTh), document 684/11 June 1945, report by the temporary administrative committee, signed by President H. M. Saltiel and the secretary A. Safan; Steven B. Bowman (ed.) (translator Isaak Benmayor), *The Holocaust in Salonika: Eyewitness Accounts*, New York 2002; Alexander Kitroeff, *Documents: The Jews of Greece, 1941–1944: Eyewitness Accounts*, in: *Journal of the Hellenic Diaspora* 12 (Fall 1985) 3, pp. 5–32.

the Jews were ordered to register for forced labor in Eleftherias Square (whose name, ironically, means “Freedom”), no bystanders reacted when the Jews were humiliated and physically abused for eight straight hours during each of the two days that followed. From that day on, a constant avalanche of discriminatory measures fell upon the Jews with increasing force. The Municipal Council changed all Jewish-sounding names of streets in the city. Six thousand Jews were thrown out of their houses, which were confiscated before being given to Christian collaborators. Jews were barred from membership in the city’s associations. They were forced to wear the yellow Star of David. And, subsequently, they were forced to move and be confined in the ghettos created by the Germans by 1 March 1943.¹⁵ Three thousand Jewish men were sent to local forced labor camps escorted by Greek police and supervised by Greek officers. There they faced such terrible treatment that 12% died within a couple of months, while the rest were soon in such bad shape that they were unable to work “productively.” For their release, the German military administration counselor responsible for the city of Thessaloniki, Dr. Max Merten, demanded from the Jewish communal authorities a ransom of 2 billion drachmas, which he soon raised to 3.5 billion. As the Jewish community was unable to gather more than 2/3 of the original amount, Merten threatened to destroy the Jewish cemetery of the city.¹⁶ Finally, the cemetery, which was the oldest Jewish necropolis in Europe, containing 350,000 tombs, some dated earlier than 1493 (just after the expulsion from Spain), was expropriated and destroyed by the municipal authorities in the presence of the General Governor of Macedonia Vassilis Simonides, on 6 December 1942. The tombstones were used as building material for several years after the war.¹⁷ The vast land of the cemetery is now the campus of the Aristotle University of Thessaloniki. In November 2014 the university authorities in cooperation with the Jewish Community of Thessaloniki

15 Rena Molho/Joseph Robert White, “Thessalonike” ch. ‘Occupied Greece,’ in: Geoffrey P. Megargee (ed.), *Encyclopedia of Camps and Ghettoes 1933–1945*, Washington 2012, vol. II, part B, pp. 1844–1848.

16 Bowman (ed.), *The Holocaust in Salonika*, pp. 34–55, 85–87; Rena Molho, *Problems of Incorporating the Holocaust into the Greek Collective Memory*, in: *Journal of Turkish Studies* 40 (Dec. 2013), pp. 301–313.

17 Michael Molho/Joseph Nehama, *In Memoriam. Hommage des victims juives des Nazis en Grèce, Salonika*, first edition 1948, reprinted 1988, pp. 47–55.

inaugurated the long awaited monument of a shattered Menorah commemorating the destruction of the cemetery and pointing to the history of the Jewish community.¹⁸

In February 1943, when it was clear that the deportation of the Jews was imminent (it started on March 15) a committee of Jewish and Christian citizens visited Vasilis Simonidis, the Governor General Macedonia, asking him to act so that the impending deportations would be cancelled. His response has been quoted as: "We want to uproot the thorns of your garden and you protest?" A similar attitude was expressed by Konstantinos Logothetopoulos, the "Quisling" Prime Minister, when he was approached by 150 protesting lawyers and intellectuals in Athens. According to Michael Molho, who wrote a detailed history of that period, Logothetopoulos viewed the deportations as the best solution for the Hellenization of the city and for the accommodation of Greek refugees arriving from Thrace and Bulgaria. In my opinion it is this widespread viewpoint that prompted as many as 12,000 Greeks from the city to collaborate with the German authorities. This collaboration fostered the success of the German operation to exterminate the Jews of Greece, and especially those of Salonica, where Jewish losses reached 96 %. At the end of the war only 10,371 out of 79,950 Greek Jews had survived.¹⁹ Most of the survivors owed their lives to Christian compatriots or to the Greek Resistance, who helped them find hiding places or escape abroad.

Jewish properties were ransacked or seized throughout the country. In Salonica, Merten transferred the Jewish properties that had been requisitioned by the

18 Michael Molho, *El cemeterio Judio de Salonika, verdadero museo epigrafico, historico y arqueologico*, in: *Sefarad IX* (1949), pp. 1–24. From 1925, the moving of the Jewish cemetery was raised repeatedly in Salonika, but the Jewish community and the Municipal government kept postponing the issue because it was a complicated legal and religious matter. In the years 1936 to 1940 when the issue resurfaced more acutely, the Jewish community donated 30,000 square meters and the university assumed to this end the removal of bones to another part of the cemetery, until the community would be able to apply the necessary change in cemetery location dictated by the law. This situation caused an upheaval among a large part of the city's Christian population, and when it resurfaced during 1942, the Germans took it upon themselves to satisfy the wishes of the Christian population.

19 L. S. Stavrianos, *The Jews of Greece*, in: *Journal of Central European Affairs* 8 (1948) 3, pp. 256–269.

Nazis to the Greek Ministry of Economy and Finance.²⁰ The administration of Jewish properties considered as “seized from of the enemies of the nation” was taken over by a special government agency, known by its initials YDIP, established by Dr. Kuhn, the Governor General, in June 1943.²¹ This agency was headed by a German, while its administrative committee was composed of Greek refugees from Thrace and Macedonia. A lot of Greeks took advantage of the chaotic situation regarding the Jewish properties. Not only were Jewish fortunes looted, but even Jewish houses in poor working-class neighborhoods were ransacked in search of “treasures” that the Jews had supposedly buried. This scenario was repeated in the other Jewish communities of Greece, especially in Janina and Corfu.

Liberation

After liberation the Jews faced many disappointments. Upon their return from the death camps, 50 young Jewish survivors were drafted into the army to fight the communists in the Greek Civil War. Also, all who returned in 1945 soon realized that they were not welcome in their hometown, as the new occupants of their homes and stores felt threatened by the return of the lawful owners. Thus most survivors in Salonica, in Janina and in other cities faced a severe housing problem and had to live, if not out in the open, in precarious, refugee-like conditions. Only a few among the survivors were able to retrieve their houses, most of which had been occupied by Greek refugees as well as state services and employees. The Greek government enacted a law on 27 October 1944 on the return of Jewish property to its lawful owners, but out of the 600 claims by survivors only 300 succeeded in getting back their homes. By 1948, only 57 of 2,300 pre-war Jewish shops were returned. This low rate of success was not only due to the intended inefficiency of Greek bureaucracy, but also to the power of Greek collaborators and their connections

20 Rena Molho, *The Jewish Presence in Salonika*, in: *Paratiritis*, Winter 1994, pp. 13–52.

21 *Ibid.*, pp. 246–248. Founded by law 205/29 May, 1943, under the government of Ioannis Rallis (as of 7. 4. 1943), YDIP in Greek stands for “Service for the Management of Jewish Property”; see Alexios Menexiadis, *The Fate of Jewish Fortunes during and after the Occupation*, in: *Proceedings of the Symposium 3–4 April 1998, Etaireia Spoudwn Neoellinikou Politismou ke Genikis Paideias, O Ellinikos Evraismos (Greek Judaism)*, Athens 1999, pp. 293–302.

with the authorities who had often been their accomplices.²² Twelve thousand Greek orthodox citizens, most of them former collaborators who had escaped trial, managed to raise \$ 600,000 to defend their case in court.²³ As a consequence, none of the occupiers of Jewish property was evicted, and even when Jewish ownership was recognized, the illegal occupants did not even pay rent. In addition, the 1946 law by which the state normally takes over any heirless property, giving up its rights to heirless Jewish property in favor of a charitable Jewish foundation, worked to the advantage of collaborators, since its creation was delayed until 1949.²⁴

The ambiguous attitude of the Greek state towards the Jews can be evaluated through the paradoxical developments in Merten's case. Until 1957 Max Merten, who masterminded all anti-Jewish measures during the occupation, was living in Germany as a normal citizen; no war crimes charges had been formulated against him. In April 1957 he arrived in Greece as a tourist to assist as a witness in the trial of one of his old colleagues. He was identified, arrested, tried, convicted and sentenced to 25 years imprisonment, but was released eight months later in a grotesque sequence of events. In fact, a special committee of the Greek parliament composed of thirty members with the power to pass legislation, voted in a new law that gave amnesty to all German war criminals who were serving their sentences in Greece; they had Merten sent back to Germany by special airplane.²⁵

Conclusion

Maybe all of the above can explain the rejection of the Holocaust from Greek collective memory:²⁶ It is in fact because such problems have not yet been officially confronted. More than once, Greece has faced consequences that are onerous for

22 Rena Molho, *La reconstruction de la communauté juive de Salonique après la Shoah*, in: Esther Benbassa, *Salonique: Ville juive, ville ottomane, ville grecque*, Paris 2014, pp. 119–138.

23 Stavrianos, *The Jews of Greece*.

24 Molho, *The Jewish Presence*.

25 Idem, *Provlimata endaxis tis genoctonias sti syllogiki ethniki mnimi: I periptossi tis Thessalonikis* [Problems of Incorporating the Holocaust in the Collective National memory: The Case of Thessaloniki], in: *Politis*, May 2005, pp. 31–39.

26 Rena Molho, *The Holocaust of Greek Jews*, in: *Studies on History and Memory (Greek)*, Athens 2015, pp. 49–73.

both the country and its citizens: For example, the absence of a political representative from Greece at the inauguration of the Auschwitz Memorial justifies those who desecrate Jewish cemeteries in Greek cities.²⁷ Reactionary statements by important personalities such as the famous Greek composer Mikis Theodorakis,²⁸ which have passed unnoticed locally, have nevertheless provoked international clamour, exposing Greece to disdain and putting the Greek state on the defensive. Greek politicians who indiscriminately promote questionable books full of distortions or intentional omissions reveal their criminal indifference.²⁹ Thus, Greek antisemitism and the Holocaust become issues for exploitation and Greeks who are notorious for favouring Nazism – such as Georgios Karatzaferis and Konstantinos A. Plevris – take advantage of these issues in order to falsify the relevant facts unopposed.³⁰ With politicians' support, opportunists and self-appointed "specialists" teach the Holocaust and organize seminars on antisemitism and the Jewish genocide,³¹ carefully managing not to invite Greek specialists who would not comply with the falsification of history for political use.³² While most European archives on relevant issues are accessible to all researchers, in Greece such

27 In Ioannina in 2002 and 2011, in Chania in 2009, in Salonika in 2013 and 2014 etc.

28 In presence of many Greek government officials while presenting his book "Pou na vro tin psychi mou" on 11. 11. 2003 Theodorakis stated that Jews are in the root of all evil.

29 See for example Spyros Kouzinopoulos, Ypothessi Alois Brunner: I ektelessi 50.000 evraion tis Thessaloniki [The case of Alois Brunner] (Greek), Thessaloniki 2005. See book's review by Rena Molho, "Kakos keimena" [Ills and Everythings that is wrong] (Greek), in: Avgi, 29. 3. 2005, p. 21.

30 "A Clarification to Mr. Karatzaferis" (Greek), in: Ta Nea mas, Athens, March 2005, p. 5; el.wikipedia.org/wiki/Konstandinos_Plevris.

31 The First Seminar in Greece for the Teaching of the Holocaust (Greek), Newsletter, 52 (2004/2005), 1–5. T. M. Kalamitsis, Ena pilotiko programma evraikou politismou sti defterovathmia ekpaidefsi [A pilot program of Jewish Civilization in Secondary Education] (Greek), in: Chronika, March–April 2005, p. 33. The History handbook of the 3d Lyceum class in a chapter of the period 1940–1949 makes no mention of the German occupation of Salonika and as a result there is no mention of the Jewish genocide. See V. Skoulatou/N. Dimacopoulou/S. Conti, Modern and Contemporary History (in Greek), for the third class of Lyceum, The National Organisation of School Books Publication by Organismos Ekdoseon Didaktikon Vivlion, Greek9, Athens 1999 (12th publication of 120,000 copies).

32 Such as Frangiski Abatzopoulou, Thanos Lipovatz, Hagen Fleischer, all teaching in various Greek universities.

archives are inaccessible to most.³³ The criticism applied to Greece and the problems that emerge cannot be countered with the selective publication of documents of “Judeophile” content.³⁴ The numerous omissions and conspicuous silence concerning the facts and testimonies on Greek antisemitism, which led to Greek collaboration with the Nazis, should and could be corrected.³⁵ Although their intelligible recording and publication can be hurtful, it is nevertheless of utmost necessity to us all, so that responsibility will be delimited to those Greeks who assisted in the annihilation of the Jews. In our opinion there is no other way to fight the currently rising antisemitism and safeguard moral values.

33 O Ios tis Kyriakis, Archeia sto gypso [Archives in plaster] (Greek), in: Kyriakatiki Eleftherotypia, 8. 7. 2003, pp. 53–55.

34 Photini Constantopoulou/Thanos Veremis (eds.), *The Greek Jews*, Athens 2000.

35 Molho, *The Holocaust of Greek Jews*, pp. 184–195.

Professional Solidarity and the Holocaust

The Case of Thessaloniki

The Holocaust of the European Jews could not have been organized had it not been for the utilization of existing bureaucratic and civil society structures that affected all aspects of daily life under German occupation. The Germans issued the orders but it was not only civil servants, government employees and city clerks but also mayors, heads of the associations and unions, and other local administrators who were tasked with their implementation. Their decisions affected marginalization, expropriation, ghettoization and even aspects of deportation. Furthermore, one can argue that at the top of these structures one finds the local political, economic and intellectual elites.

The relationship between bureaucracy and the Holocaust has been studied at great length specifically in the German case. In his 1961 classic work, Raul Hilberg first described “the machinery of destruction” in the step-by-step process of dehumanizing, isolating and eventually deporting and killing Europe’s Jews.¹ Hilberg also wrote of the “Bureaucracy of Annihilation,” for which the “very mundaneness and ordinariness of these everyday official actions [...] made the destruction process so crass.”² Christopher Browning focused his research on the role of the German Foreign Ministry³ and other government agencies.⁴

- 1 Raul Hilberg, *The Destruction of European Jews*, Chicago 1961, p. 39.
- 2 Idem, “The Bureaucracy of Annihilation,” in: François Furet (ed.), *Unanswered Questions. Nazi Germany and the Genocide of the Jews*, New York 1989, pp. 119–133.
- 3 Christopher Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office: a Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York 1978.
- 4 Christopher Browning, “The Government Experts,” in: Henry Friedlander/Sybil Milton (eds.), *The Holocaust: Ideology, Bureaucracy and Genocide*, Millwood, NY 1980, pp. 183–197.

The trial of Adolf Eichmann in Jerusalem, the chief bureaucrat in charge of the “Final Solution,” is a case in point. “In its judgment the court naturally conceded that such a crime could be committed only by a giant bureaucracy using the resources of government.”⁵

One always needs to keep in mind the pivotal role of Nazi Germany in executing this plan. Yet the Nazis could not have done it on their own. Thus, when researching the Holocaust in greater detail, the roles of local decision-making and bureaucracy become key. Indeed, as Jacques Semelin wrote: “Although Germany was the most populous country in Europe, it did not have adequate personnel to manage the territories that had fallen under its control within just a few months. It was therefore natural for Berlin to seek to depend on the occupied countries’ local structures and especially on their administrative apparatuses.”⁶

While comparing the policies of the Germans in 1940, after they occupied France, Belgium and the Netherlands, Pim Griffioen and Ron Zeller observed that: “Germany did not have adequate personnel or financial resources to administer all the territories directly. To preserve law and order and see to the smooth integration of the national economies into the German war effort, supervisory administrations were established. As much as possible, they left day-to-day matters to the local bureaucracy.”⁷ Hannah Arendt summarized it: “Germany, even in the brightest days of the war, depended upon local good will and cooperation everywhere.”⁸

But it was not just local bureaucracies that facilitated the Nazi plans, including the Holocaust. In the words of Saul Friedlander, a cast of characters sided with them: “Such a collaboration involved national and regional agencies and institutions, auxiliaries of all hues, political support groups, and independent agents, ranging from politicians to civil servants, from intellectuals to police forces and railway administrations, from journalists to industrialists; from youth movements

5 Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem: A Report on the Banality of Evil*, New York 1994, p. 289.

6 Jacques Semelin, *Unarmed against Hitler: Civilian Resistance in Europe, 1939–1943*, Westport, CT 1993, p. 11.

7 Pim Griffioen/Ron Zeller, *Jodenvervolging in Nederland, Frankrijk en België, 1940–1945: Overeenkomsten, verschillen, oorzaken*, Amsterdam 2011, p. 1000.

8 Arendt, *Eichmann*, p. 160.

to peasant leagues, from clergy to universities, from organized to spontaneous killer gangs.”⁹

These local administrators and officials were asked by the Nazis to implement their anti-Jewish orders. In the case of Hungary, Judit Molnár found that “the majority of the officials in Hungary went about solving the ‘Jewish Question’ with initiative, flexibility, and often even with enthusiasm. Some officials waited for orders from above, others acted on their own initiative. In addition to decrees officially issued, oral instructions received over the telephone or at meetings, wanting even the semblance of legality, were immediately executed. As Deputy Mayor of Szeged, Béla Tóth said on May 13, 1944: ‘In the case of the Jews, rather than worrying about the letter of the decrees, we are considering their spirit and their aim, and we adjust the method of execution to this spirit and these aims.’”¹⁰

In addition, the Nazis created state bodies in order to deal specifically with Jewish issues. Tal Bruttman looked into the workings of the French “Jewish Affairs Agency.”¹¹ The Greek “Agency for the Custody of Jewish Properties,” has been studied by Mark Mazower,¹² Stratos Dordanas¹³ and others. The “Jewish Question” was so central for Nazi Germany that all government agencies in different occupied countries had to deal, at one point in time, with its relevant aspects, according to their expertise and jurisdiction. These antisemitic policies also affected other organizations, such as state and private companies, professional associations, educational institutions, sports clubs etc., especially in relation to marginalization measures.

- 9 Saul Friedlander, *The Years of Extermination: Nazi Germany and the Jews, 1939–1945*, New York 2008, p. 76.
- 10 Judit Molnár, “Nazi Perpetrators: Behavior of Hungarian Authorities During the Holocaust,” available at <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsourc/Holocaust/hungholo.html>; looked at 20. 10. 2015.
- 11 Tal Bruttman, *Au bureau des affaires juives : l’administration française et l’application de la législation antisémite (1940–1944)*, Paris 2006.
- 12 Mark Mazower, “The consequences of the Persecution of the Jews for the city of Thessaloniki,” in: Rika Benveniste (ed.), *The Jews of Greece during Occupation*, Thessaloniki 1998 (Greek), pp. 53–61.
- 13 Stratos Dordanas, *Extermination and plunder: Agency for the Custody of Jewish Properties*, in: Giorgos Antoniou/Stratos Dordanas/Nikos Zaikos/Nikos Marantzidis (eds.), *The Holocaust in the Balkans*, Thessaloniki 2011 (Greek), pp. 331–352.

Did these local decision-makers have room to maneuver? Were they aware of the consequences of their actions and thus have any moral or other reservations? Did they add or subtract from the issued orders? Did they inform their fellow Jewish citizens of what was awaiting them? Were they just “following orders” or did they weigh other priorities? Studying the issue of decision-making at the local level can help us shed light on questions that are lost in a broader approach, including any moral or other reservations that could have emerged. Moreover, it will help us elaborate upon the distinction between collaborators and bystanders, a common theme related to the Holocaust, where the limits are often unclear.

In an attempt to explore these topics, a case study will be examined that focuses on the city of Thessaloniki, Greece. On the eve of the deportations, in 1942, Thessaloniki counted 50,000 Jews, approximately twenty percent of the population, making the city a major Jewish center. The community was well integrated within city life, with around fifty percent of its members living in central areas alongside a considerable Christian population,¹⁴ so their plight was known and could be felt by all sectors of the Greek public administration and civil society.

The paper will focus on one aspect of the implementation of the Nazi measures against the Jews of Thessaloniki, namely the order to remove all Jews from the membership of professional associations.¹⁵ Using archives from four professional associations,¹⁶ never before used in Holocaust research, the study will

14 Giannis Karatzoglou, *The Statistics of the Departed*, in: *Thessalonikeon Polis* (June 2002) 8, (Greek), p. 65. The other fifty percent resided in poorer, exclusively Jewish neighborhoods.

15 For a study on how Hungary’s professional associations of Lawyers, Engineers and Doctors implemented antisemitic measures, see Mária Kovács, *Liberal professions and illiberal politics: Hungary from the Habsburgs to the Holocaust*, Washington D. C./New York/Oxford 1994.

16 The Associations discussed are the Journalists Union of Macedonia and Thrace, the Chamber of Commerce and Industry of Thessaloniki, the Lawyers Association of Thessaloniki and the Industrialists Association of Macedonia and Thrace. The author would like to thank the directors and the staff of the Journalists Union, the Chamber of Commerce as well as the archive of Nestor Kavadas for the access and the ability to consult the documents. The archives of the Professionals’ Chamber of Thessaloniki and the Traders Association were also consulted but nothing relevant to the topic of this study could be located.

document how local civil society leaders and decision-makers dealt, in a “rational” and “legal” manner, with the unprecedented process and consequences of marginalization, during a period preceding but also coinciding with the ghettoization and the start of the deportations of the city’s Jewish population.

Authors have already examined the behavior of some of Thessaloniki’s institutions during the Holocaust. Apostolou looked at the press and the provincial administration, while mistakenly alleging that professional associations “had publicly criticized the deportations.”¹⁷ Indeed, in describing the reactions of the professional classes, Mazower spoke of a “deafening silence”¹⁸ while Margaritis said that the general rule in Thessaloniki seemed to have been “silence and ‘neutrality.’”¹⁹ The paper will go beyond this basic description and show how the leadership of these professional associations, comprising the city’s business and social elite, well-connected with the political and intellectual segments and with access to the German authorities, showed a passive and indifferent stance and did not use their “political weight” in support of their Jewish compatriots.

Order to remove Jews from professional associations

On February 6, 1943, Eichmann’s men, SS officers Dieter Wisliceny and Alois Brunner, arrived in Thessaloniki in order to implement the “Final Solution.” One of the measures they took was to order the removal of all Jews from the city’s unions and associations. The order, dated February 25, 1943, was signed by Maximilian (Max) Merten, the German officer in charge of civilian affairs, and sent to the office of the Greek General Governor of Macedonia and the Jewish Community.²⁰

17 Andrew Apostolou, ‘The Exception of Salonika’: Bystanders and Collaborators in Northern Greece, in: *Holocaust and Genocide Studies* 14 (Fall 2000) 2, p. 173.

18 Mark Mazower, *Salonica City of Ghosts: Christians, Muslims and Jews, 1430–1950*, New York 2005, pp. 409–410.

19 Giorgos Margaritis, *Unwanted Compatriots: Data on the Destruction of the Minorities of Greece: Jews and Chams*, Athens 2005 (Greek), p. 110.

20 A copy of the order is provided in Michael Molho/Joseph Nehama, *In Memoriam: Dedication to the memory of the Jewish victims of Nazism in Greece, Thessaloniki 1974* (Greek), p. 169. The original is located in Yad Vashem Archives, folder O.51/328.

Such measures, part of the Nazi antisemitic “handbook,” were aimed at the isolation of the Jewish population and its political, social and economic marginalization, or its “social death.”²¹ For many decades, Jews were at the center of the city’s life, often leading several of its professional associations. A quick glance at the board members in several associations shows many Jewish names. This was also a reflection of the community’s economic influence; although in decline,²² it continued to be significant even during the German occupation and the first mass antisemitic measures of Liberty square on July 11, 1942, when all Jewish males aged 18–45 were gathered to register for forced labor.²³

So much so, that the German Consul in Thessaloniki, Fritz Schönberg, wrote to the German Ambassador in Athens, Günther Altenburg, to complain that: “the Jews of Salonika [Thessaloniki], I can tell you clearly, have remained untouched in their stores and still exert the same influence on the financial life of Greece to this day. It is amazing that even today the Jews of Salonika hold the lion’s share of the import of German goods.” Schönberg attached two lists with German companies trading with Jewish firms in Thessaloniki and went on to explain how “the German economy [...] is helping the local Jews earn millions even now.”²⁴

The community’s legal counsel, Yomtov Yacoel, explained the significance of the measure to delete the Jews from the professional associations, which had “an impact on their essential economic and living conditions,” with “destructive” consequences. Jewish industrialists, small factory owners, merchants and other professionals could neither acquire raw materials and other merchandise nor import them from abroad. Jewish retirees could not receive their pensions and they and

21 Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair: Jewish Life in Nazi Germany*, New York 1998, pp. 232–237.

22 Orly C. Meron, *Jewish Entrepreneurship in Salonica, 1912–1940: An Ethnic Economy in Transition*, Brighton 2011, pp. 211–216.

23 For more on these events and the wider context, see Leon Saltiel, *Dehumanizing the Dead: The Destruction of Thessaloniki’s Jewish Cemetery in the Light of New Sources*, in: *Yad Vashem Studies* 42 (2014) 1, pp. 14–17.

24 Report of German Consul in Thessaloniki to Ambassador in Athens, August 17, 1942, in: Irith Dublon-Knebel, *German Foreign Office Documents on the Holocaust in Greece [1937–1944]*, Tel Aviv 2007, document T28, pp. 103–105. The two lists are reproduced in pp. 250–261.

their families were deprived of medical and pharmaceutical care.²⁵ What Yacoel did not know was that these measures were part of the organized Nazi plan for the further marginalization of the Jewish community, ahead of its deportation to the death camps a few weeks later.

The Nazi-controlled press of the city welcomed these measures:

“Defense Measures

The measure of the expulsion of Jews from the unions, the organizations, the associations, etc. is worthy of every praise. The Jews, who for many centuries betrayed us, robbed us and perpetrated all kinds of dishonesties against our country, do not have a place within Greek organizations.

They are the hurtful, the undesirable, the foreigners who conspire against us, from whom we must be separated by a distance. We have suffered enough. The time has come to recover and process with purpose to the liberating task of the cleansing of our country from the Jewish miasma. The measures taken against the Jews are measures of basic defense, measures that have to be obeyed in all their strictness.”²⁶

The Journalists Union of Macedonia and Thrace

The first group to expel all its Jewish members was the Journalists Union. Already from the first days of the German army’s entry into Thessaloniki, most newspapers were forced to shut down, including all of the numerous Jewish ones. Only two dailies were allowed to be published, *Nea Evropi* [New Europe] in the morning and *Apogevmatini* [Afternoon] in the afternoon, both run by Greek collaborators of the Germans.²⁷ In the summer of 1942, the German propaganda

25 Yomtov Yacoel, *Memoirs 1941–1943*, Thessaloniki 1993 (Greek), pp. 117–118. Yacoel’s diary is also available in English in Steven Bowman (ed.), *The Holocaust in Salonika: Eyewitness Accounts*, New York 2002, pp. 25–122. As the community’s legal counsel, Yacoel played a central role in daily events, and his diary is an invaluable record of the period in question.

26 *Apogevmatini*, March 5, 1943, p. 1.

27 For more background on the collaboration press of Thessaloniki see Alexandra Patrikiou, *A ‘new’ historical period under creation: Types of the public speech of the newspapers Nea*

agency “Propagandastaffel” had been established in Thessaloniki. It confiscated the merchandise of all the Jewish paper stores and printers, which made up the largest share of the market, and managed these paper supplies through an office comprised of Greek journalists.²⁸

Nevertheless, Jews continued to be members of the Journalists Union. This changed on September 8, 1942, when the visiting director of the Press Office of the German Embassy in Athens, Herbert Schwörbel, expressed his “astonishment” that Jews were members of the union. Following this remark, and “ascertaining that the Jewish newspapers will not be republished,” the board unanimously decided to remove the Jewish members from its records, namely Lazar Eliezer, Barouch Schibi, Zak Ventoura and associate member Mendes Matarasso.²⁹

The next reference to Jews in the union’s records is found several months later, in the board meeting of March 14, 1943. President Ryginos, while announcing a scheme of the Journalists Union to provide loans to its members, said that he was being harassed by many, including [Jewish journalist] Barouch Schibi, “who mobilized a lot of people aiming to also receive money.” Board Member Eleftheriadis simply replied that “these gentlemen have been erased based on a decision of the German Occupation Authorities.”³⁰ No other mention of the Jews is recorded in this meeting, which took place one day before the first train full of Jews left for Auschwitz.

It is important to note that the removal of the Jews took place before the enforcement of the Nuremberg Laws in February 1943. In that sense, the

Evropi and Apogevmatini in occupied Thessaloniki and Stratos Dordanas, “The Enemy with the Pen: The trial of the journalists of Nea Evropi and Apogevmatini, in: Educational Foundation of the Union of Journalists of Daily Newspapers of Macedonia-Thrace, National Resistance 1941–1944: The Illegal Press in Northern Greece, Thessaloniki 2009 (Greek), pp. 138–163.

28 Yacoel, *Memoirs*, pp. 97–98.

29 Archive of the Journalists Union of Macedonia and Thrace, Minutes of the Board, Number 22, September 8, 1942. Members present: Sifakas (President), Yiannios, Kosmatopoulos, Ryginos, Ziras, Karageorgopoulos, Eleftheriadis, Koutoupis. The record under Ventoura Zak, founding member of the Journalists Union, concludes without a reference to this decision: “Kidnapped by the Germans during the year 1943 sent to Germany did not return since, erased.”

30 Archive of the Journalists Union of Macedonia and Thrace, Minutes of the Board, Number 39, March 14, 1943.

Thessaloniki Journalists Union showed a harsher stance towards its Jewish members, compared to the other professional associations. One possible explanation is that the only journalists who were employed at the time of the Nazi occupation were those working for the collaborationist, pro-Nazi press. Under those circumstances, Jewish journalists could find the least sympathy among their own peers.

The Chamber of Commerce and Industry of Thessaloniki

A significant part of the 50,000-strong Jewish community was involved in commerce and related activities, comprising thirty eight percent of the city's major merchants in 1938, 234 out of 601.³¹ Since the founding of the Thessaloniki Chamber of Commerce and Industry in 1919, 53 Jews had served in its leadership positions.³² In 1943, there were as many as 2,300 Jewish stores and companies,³³ most of which were members of the Chamber of Commerce.

The Chamber of Commerce, a semi-state legal entity, was the most important professional association in town. At the time, it served important functions such as registering every new company and issuing certificates necessary for trade.³⁴ Through the Chamber's book of minutes, one is able to see how the February 25 order to expel all Jews from its membership was implemented in one of the city's most prominent institutions.

31 Joseph Nehama, *History of the Jews of Thessaloniki*, Thessaloniki 2000, vol. 3 (Greek), p. 1605. The book appeared first in French as Joseph Nehama, *Histoire des Israélites de Salonique*, Thessaloniki 1978.

32 Evaggelia Varela, *The Chamber of Commerce and Industry of Thessaloniki: Chronicle 1919–1994*, Thessaloniki 1994 (Greek), p. 18. For more on the history of the Chamber of Commerce and Industry of Thessaloniki, see Paris Papamichos Chronakis, *The Greek, Jewish, Muslim and Donme Merchants of Thessaloniki 1882–1919: Class and Ethnic Transformations in a Track of Hellenization*, Diss. 2011, University of Crete (Greek), pp. 124–131.

33 Dordanas, *Extermination and Plunder*, p. 337.

34 For more on the responsibilities, see the law establishing the Chamber of Commerce, Law 184 of March 26, 1914, *Government Gazette* 87, March 29, 1914.

At the beginning of the Chamber's executive committee meeting of February 27, 1943,³⁵ chaired by its president, Alexandros Krallis,³⁶ it was brought to the attention of members that the newspaper *Nea Evropi*³⁷ had published that day an announcement by the General Governor of Macedonia saying that, following an order by the German Military Commander, all Jews would cease to be members of unions and associations by February 25, 1943: "The above-mentioned unions, organizations etc., are thus not allowed to include Jews as members from now on and to support their interests."³⁸

The committee immediately decided to cease any services to Jews and remove all Jewish members. The only two clarifications they agreed to ask from the General Governor concerned companies of mixed ownership and Jews of foreign nationalities.³⁹ The Board went on to discuss the other items on its agenda.

From the swiftness and smoothness of the discussion and the ensuing decision, one can deduce that the Nazi order was already known to Board members and that they had discussed its practical implementation prior to the beginning of the meeting, even though it was not sent to them directly through official channels. The four Jewish businessmen who were serving on the Board, Sam Arditti, Albert Arditti, Benico Saltiel and Albert Tsenio, were all removed, as were the Chamber's four Jewish employees, Al. Abravanel, Mari Pessah, Dario Saltiel and Sam Asser.⁴⁰

35 Members present, Alexandros Krallis (President), Ioannis Ioannidis, Al. Anastasiadis and the Director Konstantinos Pimenidis.

36 Alexandros Krallis (1884–1973) was born in Thessaloniki. His family had recently moved there from a northern region. He became a merchant in the pharmaceutical sector and from 1919 served in leadership positions in the Thessaloniki Chamber of Commerce and Industry. (Efrosini Roupa/Evangelos Hekimoglou, Interview of Henry Ford by Vassili Kralli, *Thessalonikeon Polis*, 10. 4. 2003 (Greek), pp. 22–23). After the war he was arrested by the Communist authorities of Thessaloniki on charges of profiteering and black market activity. He wrote the book "Why I Was Accused and Remained in 'Detention' for 17 months," *Thessaloniki 1947* (Greek), in an effort to prove his innocence.

37 The announcement appeared on the last page (p. 4) of *Nea Evropi* that day. It also appeared on the front-page of *Apogevmatini*.

38 *Ibid.*

39 Archive of the Thessaloniki Chamber of Commerce and Industry (EBETH), Minutes of the Executive Committee, Number 96, February 27, 1943, p. 15.

40 Nikos Vourgoutzis, *Merchants in Thermaikos*, Thessaloniki 2003 (Greek), p. 174; Varella, *The Chamber*, p. 18.

At the next meeting of March 4, 1943, the General Governor responded to the clarification request. On the first point, all Jewish companies should be deleted.⁴¹ On the second, the Chamber should request information from the Jewish Community. Krallis asked former board member Tsenio to do so. Following that, the committee decided to delete all Jewish companies from its membership.⁴²

After that, and for several months, the Chamber of Commerce discussed the issue of the appointment of custodians for the companies of the deported Jews.⁴³ Krallis argued that the Chamber would receive the membership fees owed by the Jews for the years 1942–43 during the liquidation of their companies.⁴⁴

It is noteworthy that the Board made its decision to delete the Jewish members quite quickly, and did not raise any legal, procedural or other issue, let alone express any solidarity with or compassion for their Jewish colleagues. Yacoel, the Jewish Community's legal advisor and one of its leaders at the time, lambasted this stance by stating: "The sad symptom in particular was the total absence of collegial solidarity, mainly in the commercial and professional classes. Because, as much as the author is in a position to know, the managements of these organizations did not proceed to any display or action towards the Greek administrative authorities, in support of the deleted Jewish members, the longstanding cooperation with whom should have solidified their links."⁴⁵

Around the same time, in late February or early March 1943, Yacoel and "two prominent members of the Jewish commercial world" met secretly at the home of the president of the "largest and most official of the economic associations of

41 According to a German order of February 17, 1943, signed by SS officer Dieter Wisliceny, a business or a store was described as "Jewish" if one or more of the owners, partners or managers were Jews. Molho/Nemaha, *In Memoriam*, pp. 86–87 (original order in p. 168). Yacoel wrote that a business was Jewish if more than twenty percent was owned by Jews. Yacoel, *Memoirs*, p. 117.

42 Archive of EBETH, Minutes of the Executive Committee, Number 97, March 4, 1943, pp. 17–18.

43 A government body, the Agency for the Custody of Jewish Properties (YDIP), was established to manage the Jewish properties, businesses and homes being deserted by their rightful owners and passed on to "custodians." For more on the fate of Jewish properties of Thessaloniki, see works cited in footnotes 12 and 13.

44 Archive of EBETH, Minutes of the Executive Committee, Number 98, March 10, 1943, p. 25.

45 Yacoel, *Memoirs*, p. 118.

the city, a well-known merchant and businessman, connected closely with many Jewish commercial houses, to the degree that he himself spoke the Judeo-Spanish dialect.⁴⁶ Yacoel most probably referred to Krallis and he provided a first-hand account of the meeting: "During this meeting, the terrible situation of the Jewish element was raised and we asked for his contribution to deal with the situation. With justified surprise, the author discovered the cold and passive stance of this official towards what was stated, and whose only positive expression was to refer the delegation to persons friendly with the Military Commander of Thessaloniki-Aegean, for their intervention."⁴⁷

The decisions of the leadership of the Thessaloniki Chamber of Commerce and Industry were rather swift. But this did not have to be the case. In order to put their reactions in context, three other cases will be examined briefly: one showing how the Chamber dealt with another matter around the same time, one on a public appeal issued by the business associations of Thessaloniki and a last one on actions of the business associations of Athens regarding the plight of the Jews of Thessaloniki.

a) On August 19, 1942, Konstantinos Pimenidis, a senior staff member of the Chamber, presented himself before the executive committee and announced that, by decision of the Ministry of National Economy, he was named director of the institution. The president, Alexandros Krallis, who presumably was not in favor of this appointment, responded that they should wait until the appointment was published in the Government Gazette. Pimenidis objected and said that he was obliged to take over his new position as ordered by the Minister. In conclusion, the committee decided that the appointment would not be finalized until its publication in the Government Gazette and pending an opinion by the legal advisor.⁴⁸

At the next meeting of August 22, 1942, the legal advisor presented his opinion that Pimenidis should take over the position of director, even prior to the publication of the decision in the Government Gazette. With this in mind, the committee agreed with the appointment, to begin the following Monday, August 24, 1942.⁴⁹

46 Ibid.

47 Ibid.

48 Archive of EBETH, Minutes of the Executive Committee, number 57, August 19, 1942, p. 259.

49 Archive of EBETH, Minutes of the Executive Committee, number 58, August 22, 1942, p. 263.

When the Jews were in need of intervention a few months later, Krallis and the committee members could have used the same delaying tactics; but they chose not to and instead proceeded with the implementation of the anti-Jewish measures upon reading them in the morning newspaper.

b) On March 11, 1943, an extraordinary meeting of the Chamber's full board was held, with the participation of the presidents of other business associations. The only topic on the agenda was the appointment of custodians for Jewish companies. During the long discussion that followed, the senior leaders of the Thessaloniki business community took the floor to express their views on the issue.

At the conclusion of the meeting, they did issue a joint statement. However, it was not in support of the Jews about to be deported, but rather against the Communist guerillas, "an issue of probably greater importance" than that of the Jewish properties.⁵⁰ The statement, signed by Alexandros Krallis for the Chamber of Commerce, Dimitrios Hatzopoulos for the Industrialists Association and Alexandros Letsas for the Traders Association, "denounced with indignation the treasonous activities of these mercenary instruments of communist propaganda which forget [...] the urgent need for all to remain united around the idea of the common and only national interest which requires calmness, obedience and respect toward the Public Authorities."⁵¹

The leaders of the main professional associations did come together to make a joint statement on a current issue, unrelated to their functions. Yet they turned a blind eye to the plight of their Jewish colleagues, many of whom were long-time members of said associations.

c) On March 20, 1943, the chairmen of four Athens-based business associations⁵² sent an appeal to the Greek Minister of Finance and of the National Economy Sotirios Gotzamanis, arguing that "we believe it to be our duty not only as Greek fellow-citizens but also as organizations [...] to express our warm sympathy

50 Archive of EBETH, Minutes of the Board, March 11, 1943, pp. 154–164.

51 The full announcement was published as the main headline of *Nea Evropi* on March 14, 1943, a day prior to the departure of the first train full of Jews to Auschwitz.

52 These were Apostolos Pouloupoulos, Chairman of the Commercial and Industrial Chamber of Athens, Ioannis Terzakis, Chairman of the Association of Greek Industrialists and Craft Industrialists, T. Lekatsas, Chairman of the Association of Joint Stock Companies and Dimitrios Vassilopoulos, Chairman of the Commercial Association of Athens.

towards these fellow-citizens.” They went on to propose a plan according to which, instead of being deported, Thessaloniki Jews “should be concentrated and remain on Greek soil in specific centers to be determined by the Occupation Authorities.” They asked Minister Gotzamanis to “favorably accept [this] proposal and duly put it before the Prime Minister.” In such a case, “the cruel expatriation of thousands of Greeks whose very existence may be endangered by the inevitable hardships of displacement will be avoided, while, on the other hand, the objective pursued by the Occupation Authorities is ensured.”⁵³

Unfortunately, such a proposal was not interesting for the Germans and it is unknown whether Gotzamanis pursued it further. Yet the heads of the Athens business associations took a stance on a matter that their Thessaloniki colleagues persistently refused to consider.⁵⁴ They also joined other “eminent Greeks,” spear-headed by Archbishop Damaskinos, in sending two letters to Prime Minister Konstantinos Logothetopoulos on March 23, 1943 and to German Ambassador Günther Altenburg on March 24, 1943, in support of the Jews of Thessaloniki.⁵⁵

Comparing the swift decision of the Chamber of Commerce with the other examples shows that the implementation of the Nazi order was not a one-way street. Efforts could have been made to show some solidarity with their Jewish members, their colleagues and business partners for many decades.

The Lawyers Association of Thessaloniki

The Lawyers Association of Thessaloniki also learned of the Nazi decision to remove the Jews from its membership through the local press, namely *Nea Evrope* of March 3, 1943, which republished the February 25 order. While a book of minutes could not be located to find out the context or reveal a discussion

53 Photini Constantopoulou/Thanos Veremis (eds.), *Documents on the History of the Greek Jews: Records from the Historical Archives of the Ministry of Foreign Affairs*, Athens 1999, pp. 249–250.

54 For the perspective of the Athens Chamber of Commerce and why their efforts were in vain see Athens Chamber of Commerce and Industry, *Chronicle of the Six Years 1941–1947*, Athens 1948, (Greek), p. 80.

55 *Ibid.*, pp. 250–256.

around this subject, the Association sent a letter to the Ministry of Justice in Athens on March 29, 1943 to seek clarifications. The letter, signed by the Association's acting president, Ioannis Tsitsiklis,⁵⁶ inquired: "Following the publication of the announcement by the General Governor in the Thessaloniki local newspaper *Nea Evropi* dated March 3, 1943 [...] we have the honor to request to be informed if by only this announcement should we remove from the membership records of our association the Jewish lawyers or following a specific decree by the Ministry."⁵⁷

A response by the Ministry was not found in the archive, nor was there any follow-up discussion on the issue.⁵⁸ A list of deleted members from association's membership for 1943 indicates twenty-two members, of which the following seventeen were Jewish lawyers: Yomtov Yacoel, Ilias Kamhi, Avraam Koen, Alfredos Koen, Ilias Koen, Lazaros Koen, Simantov Koen, Iosif Krispi, Avraam Levi, Alvertos Masarano, Saoul Moisis, Samouil Nahmia, Ilias Ovidia, Iosif Revah, Alvertos Siaki, Isaak Siaki and Menaem Farantzi. Next to their names is indicated as date of deletion "February 25, 1943" and as the reason "Order of the Military Administration of Thessaloniki-Aegean." Saoul Moisis had also been serving on the board of the association since 1938.⁵⁹ The reason the remaining five non-Jewish members were removed was either due to death or moving to Athens.⁶⁰

The Lawyers Association, unlike the Chamber of Commerce, seems to have used some delaying tactics: They waited twenty days after reading the announcement in the press and then asked for clarifications from the Ministry of Justice, to

56 The Lawyers Association was without a formal head as its previous president, Georgios Seremetis, was appointed Mayor of Thessaloniki at the end of February 1943.

57 Archive of Nestor Kavadas, Thessaloniki Lawyers Association, Protocol number 126, March 29, 1943.

58 The author did not inquire whether the archive of the Greek Ministry of Justice is available and accessible to researchers.

59 Archive of Nestor Kavadas, Thessaloniki Lawyers Association, List of Members of the Board of the Lawyers Association of Thessaloniki since 1938, May 20, 1943. A survey of 1938 had found that fourteen of the city's 345 lawyers were Jews. Nehama, *History*, p. 1605.

60 Archive of Nestor Kavadas, Thessaloniki Lawyers Association, List of Deleted Lawyers from the Associations Records in 1943. In another document, there are some small differences: Koen Lazaros is changed to Koen Rafail, Siaki Alvertos is missing and we find the addition of Moisis Asir [Asher]; still there are seventeen lawyers in total. Archive of Nestor Kavadas, Thessaloniki Lawyers Association, Protocol number 199, June 1, 1943.

gain even more time.⁶¹ Using these procedural means, they were able to delay the implementation of the decision for several weeks, even though eventually they had to comply with the Nazi order. As a well-connected lawyer and prominent Jewish leader, Yacoel may have played a role in this delay although he does not indicate anything in his memoirs. Unfortunately, a clearer picture of the context and the outcomes is missing as further material is not available.⁶²

The Industrialists Association of Macedonia and Thrace

Another important agency in the city was the Industrialists Association of Macedonia and Thrace. Founded in 1914, the Association was active in many areas of economic and industrial development of the region. Three Jews were among its founding members and several had served on its boards.⁶³

The Industrialists Association discussed the issue of the removal of its Jewish members on March 10, 1943. The president, Dimitrios Hatzopoulos, said that for the limited liability companies (S.A., Société Anonyme) this was not an issue since they were considered of Greek nationality as legal entities. However, the legal advisor, Dimitrios Dingas,⁶⁴ argued that members of the Association are physical

- 61 The lawyers of Thessaloniki seem to have made additional efforts to help the Jewish community: 150 lawyers reportedly wrote to the Prime Minister in Athens to propose that the Jews not be deported but rather be moved to an island in the Aegean. Molho & Nehama, *In Memoriam*, p. 139. However a copy of this letter has not been found. In addition, several lawyers and judges took part in a scheme to facilitate adoptions of Jewish children in order to save them from the deportations but the Germans uncovered it and the adoptions were cancelled. See Leon Saltiel, *Efforts to Save Jewish Children during the Occupation: An Unknown Scheme of Illegal Adoptions*, in: *Synchrona Themata* (October–December 2015) 127 (Greek), pp. 75–78.
- 62 In an official letter from the Lawyers Association to the author, he was informed that “the Association does not possess the archives of 1942–1943.”
- 63 For more information, see Evangelos Hekimoglou, *Industrialists Association of Northern Greece: The First 100 Years 1915–2015*, Thessaloniki 2015 (Greek); Paris Papamichos Chronakis, *Merchants of Thessaloniki*, pp. 234–252.
- 64 Dimitrios Dingas was a prominent lawyer and former government minister and during the period of the German occupation he was actively involved in city affairs. General Governor Simonidis was a former trainee of his, while Jewish lawyer Alfredos (Freddy) Koen was

persons, according to its charter. Therefore, Dingas proposed that a letter be sent to all its Jewish members that, according to the decision of the Occupation Authorities, they could not be members of the Association, nor could their companies be represented by Jewish proxies. Thus, the Board decided to “delete Jewish companies in the form of a general partnership (ομόρρυθμες) registered in the Association’s records, and to send a letter to the ones of limited liability, which they asked Mr. Dingas to draft in a legal manner.”

The thirty-four Jewish companies that were deleted that day were: Levi Benou-zilio, Alvo Brothers, Mois Iosif Beza, I. Karasso and Co., Saltiel Angel and Son, Alber Nissim, S. Avagiou and Brothers, Ammir and Mevorah, Bernard Landau, EBEM, Solomon Koen, David Gatenio, EBGY, S. Beraha, Molho Salem, D. Gatenio, I. Sevi, Hassid-Coenca, M. G. Hassid, NAKE, I. Serrero Sons, Beza Brothers, Angel Brothers, P. Coenca and Co., M. Paladino, H. Matia, Leon Angel, M. A. Bensou-san, D. I. Assael, Sabetai Yiouda Sons, L. Beza, A. Geyirman, S. Sarfati and Co., and M. Starodinski.⁶⁵

Based on the available information, one could conclude that while the Association took around ten days to consider the German order, it did not come up with any legal or other obstacles. Rather, the legal advisor used this period to prepare his ruling and the Association decided to delete all of its Jewish members on the day of the discussion.

Conclusion

The study has tried to detail the process through which the Jews were removed from Thessaloniki’s professional associations, as ordered by the SS on February 25, 1943, a few weeks before the deportation to Auschwitz of the near totality of the Jewish population. What is of particular interest is the use of bureaucratic and legal procedures to justify and implement such a measure.

his partner in his law practice. For more see Giorgos Anastasiadis/Evangelos Hekimoglou/Dimitrios G. Dingas (1876–1974): the life and work of the first Macedonian minister, Thessaloniki 2002 (Greek).

65 All the information comes from Hekimoglou, *Industrialists Association*, p. 132. When the author tried to access the archive of said Association, he was told it was “private.”

During this period, there were some mass protests organized by communist youth groups with the participation of regular citizens. These were unrelated to the deportations that were going on and mostly directed against the Bulgarians. However, most of the common people were living under a Nazi climate of fear, terror and hunger. On the other hand, the political, religious and civic leaders of Thessaloniki had the ability to stand up for the rights of Jewish citizens. Indeed, they could hide behind the very institution they represented and try to undermine or even oppose the Nazi plans, acting like a “kind of protective screen against the increasing victimization of the Jews,” in the words of Jacques Semelin.⁶⁶

This, however, was not the pattern in the case of Thessaloniki, but rather the exception. Instead, the Jewish professionals were met with neglect, indifference and—worse—hostility, by their colleagues and partners for many years. This is even more significant if one considers that the heads of these professional associations were distinguished individuals, prominent in their trade and well-connected with the city’s leadership. They had access to government officials and carried a certain political weight.

The silence and passive stance of the professional associations is indeed true for the Thessaloniki Chamber of Commerce and Industry, which counted the greatest number of Jewish members—almost 2,300 Jewish companies—and the Industrialists Association of Macedonia and Thrace, whose thirty-four Jewish companies were deleted rather smoothly ten days after the Nazi order was issued. The Journalists Union removed its four Jewish colleagues very quickly and rather early, whereas the Lawyers Association seems to have tried to use some delaying tactics in support of its seventeen Jewish members.

Some may argue, in an apologetic spirit, that the local decision-makers had no room to maneuver and had to follow the Nazi orders under coercion and threat. With regards to Thessaloniki’s professional associations, studying all the available archival material and post-War testimonies, no evidence of threats could be found. The Thessaloniki Chamber of Commerce could have used the tactics of the Lawyers Association or even the pro-active stance of their Athens counterparts, and displayed solidarity with their Jewish colleagues. It is telling that the business

66 Jacques Semelin, *Unarmed against Hitler: civilian resistance in Europe, 1939–1943*, Westport, CT 1993, p. 141.

community in Athens showed greater compassion and interest in their Thessaloniki Jewish colleagues than did their colleagues from their hometown. Mazower speaks of “different priorities and sentiments of the elites in Greece’s two main cities,”⁶⁷ Athens and Thessaloniki. Overall, one can argue that Athens did more to save the Jews of Thessaloniki than did their native city.

When studying the exploitation of Jewish properties in the Greek city of Yanina, Margaritis remarked that carefully following bureaucratic procedures created a “strong alibi” for the arbitrariness and illegality of the antisemitic measures, creating a “ritual of legitimacy.” These processes created a sense of normalcy, of “business as usual,” when many of the established political, social and moral rules were being torpedoed. This is one aspect of the general climate of neutrality or indifference displayed throughout Nazi-occupied Europe.⁶⁸

The priorities of the Greek elites of Thessaloniki were to keep the existing state structures and their pre-war leadership position,⁶⁹ to keep the menacing Bulgarians out and to complete the city’s “Hellenization.”⁷⁰ The Jews were the only “foreign” element left in the city, which only thirty years before had fallen under the control of Greece. A big part of the city’s Christian population was for many years in “social, commercial and political confrontation” with the Jewish community,⁷¹ as policies were implemented to advance Greek interests, hiding motives of “a nationalist economic discrimination”⁷² or even “antisemitism ‘by other means.’”⁷³

Additionally, the Bulgarian factor heavily influenced the priorities of the Greek authorities and elites of Thessaloniki. The Bulgarians, allies of the Nazis who had already annexed a significant part of Northern Greece, were eyeing control of

67 Mazower, *Salonica*, p. 411.

68 Giorgos Margaritis, *Unwanted Compatriots*, pp. 55–57 and pp. 129–132.

69 Stratos Dordanas/Vaios Kalogrias, “The Capital of the North: Political and Social Powers in Thessaloniki in the 40s, Thessaloniki, Scientific Yearbook of the Thessaloniki History Center of the Municipality of Thessaloniki 7 (2008), p. 363.

70 Mazower, *Salonica*, p. 425. It is telling that Mazower called the third part of his book, which deals with the period 1912–1945, “Making the City Greek.”

71 Bernard Pierron, *Jews and Christians in Modern Greece*, Athens 2004 (Greek), p. 283. The study, based on his Ph. D., was first published in French as *Bernard Pierron, Juifs et chrétiens de la Grèce moderne*, Paris 1996.

72 Meron, *Jewish Entrepreneurship*, p. 216.

73 Apostolou, *Exception*, p. 171.

Thessaloniki, which they had failed to capture during the Balkan Wars. For the local Greeks, the Bulgarians were a bigger threat than the Germans. Several hundred if not thousands of Greeks already had been massacred by the Bulgarians in the regions they controlled, with many more fleeing the area. Mazower concluded: “No senior Greek political figure in [Thessaloniki] was thus prepared to forfeit [German officer Max Merten’s] support and waste valuable political capital by speaking out on behalf of the Jews.”⁷⁴

Thessaloniki lost more than ninety percent of its Jews during the Holocaust. Issues of geography,⁷⁵ timing and culture (such as a Spanish accent) may have played a negative role for the Jews. Still, one can only speculate as to how events would have played out had there been more solidarity from the professional associations, the authorities and the wider public toward the city’s Jews.

74 Mazower, *Salonica*, p. 411.

75 Hilberg characterizes as “geographic fate” the fact that the majority of Greek Jews, those of Thessaloniki, fell under German control. Hilberg, *Destruction*, p. 738.

Holocaust Remembrance in Greece, 1945–2004

The basic aim of this chapter is to examine the impact of global politics, national priorities and local strategies surrounding the problematic incorporation of the Jewish Holocaust into the boundaries of Greek society and collective memory. The German invasion in the spring of 1941 established a regime of triple occupation; for the sizeable Jewish community of 70,000, mainly but not exclusively Sephardic Jews, 56,000 of whom lived in Thessaloniki (Salonika), the occupation posed a distinct threat. Ultimately, the Nazis and their collaborators murdered more than 95% of them. Although Jews had lived in Greece for many hundreds of years and were an integral part of the country's economic, social and cultural life, the enormity of their decimation stands in inverse proportion to the academic research and public attention it has attracted. Despite the growing tendency, internationally, to incorporate the Shoah as a central part of European histories, historiographies and public memories, the connection between national identity, collective memory and the Shoah is rarely acknowledged in spite of its obvious significance.¹ Moreover, a Greek specificity lies in the fact that Greek Jews have never received similar "moral" recognition, nor have they incorporated their experiences into the Greek historical narrative and collective memory.

Two recent case studies signify this ambivalence. In Kavala, a city under Bulgarian occupation during World War II, deportations of Jews took place with striking similarities to those in the German zone; as a result about 1,450 Kavaliote Jews were exterminated in Treblinka. In May 2015, the inauguration of a monument in a central spot in the city was postponed because of strong popular reactions against

1 Pieter Lagrou, *Victims of Genocide and National Memory: Belgium, France and the Netherlands 1945–1965*, in: *Past and Present* 154 (1997) 1, pp. 181–222, here p. 184. The connections between war, genocide and modern identity are highlighted in Omer Bartov's *Mirrors of Destruction, War, Genocide and Modern Identity*, Oxford 2000.

the use of the Star of David on the memorial. The mayor demanded that the Jewish community remove the Star because it “did not meet aesthetic standards.”² On the other hand in April 2014 the mayor of Thessaloniki, Yiannis Boutaris, spoke openly about the shame the city feels about the deportations of its Jews and the silence the city imposed upon these events. He even initiated his second term by wearing the yellow “Jude” star.³ This gesture was only one of many that the city has made in recent years toward its Jewish community. Three commemoration days, three monuments – two of which are new – plus one forthcoming memorial, numerous events and conferences prove that something has changed dramatically regarding the city’s perception of its past.

This public perception of the Holocaust in Greece is characterized by a number of misconceptions: a) ignorance and oblivion of the Jewish presence and role in the country, b) a neutral or even positive interpretation of the consequences of the Jewish absence in social and economic life during the occupation and afterwards, c) unwillingness to recognize the responsibilities of certain individuals and social or ethnic groups in the annihilation of the Greek Jews, d) unwillingness to recognize the Salonika Holocaust as the most important event the city experienced during and after the occupation.

The “unused cakes of soap” are coming back: the years of silence

The extermination of the vast majority of Greek Jews is definitely one of the most traumatic moments in Greek history; however, unlike the Greek Civil War (1946–1949) or the compulsory population exchange of 1922 (still referred to as

- 2 Pavlos Zafiroopoulos, Kavala mayor Tsanaka slammed for disgraceful holocaust memorial decision, in: *The Times of Change*, 17. 5. 2015 [<http://www.thetoc.gr/eng/news/article/kavala-mayor-tsanaka-slammed-for-disgraceful-holocaust-memorial-decision>, looked at 27. 5. 2015].
- 3 Giorgos Christides, Thessaloniki Strives to Revive Its Jewish Past, but Encounters a New Form of anti-Semitism, in: *Haaretz*, 16. 11. 2014 [<http://www.haaretz.com/jewish-world/jewish-world-features/.premium-1.626438>, looked at 4. 5. 2015; Sam Sokol, Thessaloniki mayor sworn in wearing yellow ‘Jude’ star, in: *Jerusalem Post*, 9. 2. 2014 [<http://www.jpost.com/Diaspora/Thessaloniki-mayor-sworn-in-wearing-yellow-Jude-star-374270>, looked at 10. 5. 2015].

the “catastrophe” in Greece), it is barely recollected as such in various social, political and academic accounts. One of the most puzzling if not disturbing moments of this difficult and complex relation between the Holocaust and Greek society was the return of survivors from the camps and of Jews who had been hidden in the mountains. As elsewhere in Europe, urgent matters included the rebuilding of communities, the restitution of communal life and the reclamation of properties looted during the war.⁴

For obvious reasons this one of the most sensitive topics and the postwar Greek state has done little to shed light on this issue. The European experience⁵ stresses the importance of the confiscation of properties in the overall awkwardness of local societies with the return of Jews from the concentration camps⁶ and on the Jewish postwar demands for compensation.⁷ This is how a Jewish journalist describes in 1946 the status of Jewish survivors returning from the camps: “The fashionable phrase in Salonika for a Jew back from deportation is ‘unused cake of soap.’”⁸

The reconstruction of Greece did not seem to favor any special treatment for returning Jews. On the contrary, the existence of pressure groups and interests indicates that the return of the compatriots was often dealt as an extra source of turmoil and social conflict. This issue is connected to the wider process of national homogenization the Second World War imposed on nation-states – a welcomed

4 The most recent book on that matter is Rika Benveniste’s *Aftoi pou Epezisan*, Polis 2014 [Those who survived. Resistance, deportations, return – Salonikan Jews in the 1940s].

5 Avi Beker, *The Plunder of Jewish Property during the Holocaust. Confronting European History*, Palgrave 2001.

6 David Bankier (ed.), *The Jews are Coming Back. The Return of the Jews to their Countries of Origin after WWII*, London 2005. See especially, Frank Caestecker, *The Reintegration of Jewish Survivors into Belgian society, 1943–47*, in: Bankier (ed.), *The Jews are Coming Back*, pp. 72–107; Conny Kristel, *Revolution and Reconstruction. Dutch Jewry after the Holocaust*, in: Bankier (ed.), *The Jews are Coming Back*, pp. 136–147.

7 Martin Dean/Constantin Goschler/ and Philipp Ther (eds.), *Robbery and Restitution, The Conflict over Jewish Property in Europe*, Washington, D. C. 2006.

8 Hal Lehrman, *Greece: Unused Cakes of Soap. The fashionable phrase in Salonika for a Jew back from deportation is “unused cake of soap.”*, in: *Commentary* May 1, 1946 [<https://www.commentarymagazine.com/articles/greece-unused-cakes-of-soap/>; looked at 20. 10. 2015].

innovation in many of these postwar societies.⁹ It is also connected to the lack of any commemorative practice on behalf of the Greek State to honor the memory of Holocaust victims. Moreover, the homecoming of Jews in Greece was often a simple transitional phase of emigrating elsewhere, depending on the social, economic, and political situation they met upon return. Indeed, the 1946 account was quite precise when it mentioned that “like the harassed Greeks they distrust others and themselves; they lacked leadership and the feeling of belonging. They expected a warm homecoming but the government ignored them.”¹⁰

Not long after Greece was liberated, Prime Minister Themistoklis Sophoulis voted for the 808 law (December 1945) forcing former collaborators and tenants of Jewish properties to return these properties to the rightful owners. The tenant response was imminent. They formed an association, with more than 3,000 members, that lobbied against the governmental decisions and protested openly via the press and their political patrons. Many members were refugees fleeing from Eastern Macedonia and in urgent need of housing in Thessaloniki during the occupation. Theoretically, in 1945 this population was able to return home but liberated Greece faced an acute housing shortage. As the abovementioned report calculates, seventeen months after liberation only 5% of confiscated properties had been returned to their rightful owners. The report continues, “One surviving Jew returned to a house his whole family had once filled. Should Greek refugees be piled into the streets? Is a Jew entitled at best to more than one room?”¹¹

The other large group of tenants consisted of people who had had close ties with the German Nazi administration and profited by the Jewish deportations through buying or occupying houses and shops. These hard-core collaborators were under a lot of pressure during the first months after the liberation, for obvious reasons. However, with the return of the majority of survivors, in spring 1945 they were already in a position to negotiate. The escalation of Greek politics to a civil war represented a unique opportunity for these ex-collaborators to form a political force against the perceived communist threat and thus become useful for

9 Pieter Lagrou, *Return to a Vanished World. European Societies and the Remnants of their Jewish Communities, 1945–1947*, in: Bankier (ed.), *The Jews are Coming Back*, pp. 1–24, here p. 5.

10 Lehrman, *Greece*.

11 *Ibid.*

the government; such an opportunity did not exist for the Jewish survivors. Soon the government confused the process by withdrawing the law and acknowledged that the tenants had made a lot of valid arguments.¹² Within this atmosphere it is hardly surprising that the homecoming was a bitter experience for Jewish survivors and they did not seek (or manage) to attract public attention for their experiences. The Jewish communities mourned silently and internally until the establishment of Yom HaShoah in the mid-1950s, which again was more an internal affair than a public commemorative event. Memories of the Holocaust were to remain private for many years to come. As a survivor remembers: “1945 was the year of liberation and I only sought, after our family reunited, to speak out, to inform as many people as I could about this unheard, unholy, unbelievable crime, in cold blood, by educated people. I had become obsessed. I never lost an opportunity wherever I was and I received a question [...]. I was outspoken [...] Soon the expression on their faces changed and they looked at me with big eyes as if I was crazy, with pity and doubt. Their eyes were telling me: Will you please stop?”¹³

The emergence of the Jewish presence in the public sphere remained a stillborn process, as in most western countries during the 1950s and 1960s. Sporadic references to the press made little difference.¹⁴ As Yorgos Ioannou, a famous novelist from Salonika, wrote, “in the first postwar period no one talked about these things. We had our own problems.”¹⁵ Minna Rozen connects this silence with the internal developments of the newly founded state of Israel, where the image of the diasporic Jew was a kind of a shameful story that should not be told because of their alleged

- 12 Rena Molho's article *Μύθοι και πραγματικότητα για την εξόντωση των Εβραίων της Θεσσαλονίκης* [Myths and reality of the extermination of the Jews of Thessaloniki], available at <http://www.cohen.gr/new/articles/judaism/2677-2013-03-06-08-41-08>, looked at 25. 5. 2015.
- 13 Cited in Odette Varon, *H Genoktonia ton Evraion Ellinon kai I apotyposi tis*, in: Nikos Marantzidis/Giorgos Antoniou (eds.), *I Epochi tis Sygchisis. I Dekaeitia tou 1940 kai I Istoriografia*, Athens 2008, p. 300.
- 14 A notable exception is the publication of the “Big Persecution. The annihilation of the Greek Jews,” by the newspaper *Ethnos* in 1955 over 38 consecutive days. The journalist adopts a narrative that resembles pulp fiction and popular novels in order to provide the detailed and in general accurate chronicle of the deportations.
- 15 Cited in Odette Varon, *H Genoktonia ton Evraion Ellinon kai I apotyposi tis*, in: Nikos Marantzidis/Giorgos Antoniou (eds.), *I Epochi tis Sygchisis. I Dekaeitia tou 1940 kai I Istoriografia*, Athens 2008, pp. 289–335.

lack of resistance to Nazi forces.¹⁶ Indeed, this was an important element that inhibited the early accounts of the events, but the general Greek and international frameworks were equally important in this failure to illuminate, until the late 1970s, the Jewish tragedy during the war years. Two significant examples illuminate this lack of empathy and understanding of Greek society towards the Jewish tragedy.

In 1959 a huge political scandal threatened the stability of Konstantinos Karamanlis's government. Max Merten, one of the most pivotal Nazi officers in wartime Thessaloniki, was arrested in Greece and put on trial. The details of this story are well known; Merten orchestrated the looting of Jewish properties and was involved in various tortures of Salonika Jews. He was also instrumental in the destruction of the Jewish cemetery and the ransoms the community was forced to pay in order to exclude its members from forced labor. In short, he was the Greek Eichmann. Finally, despite being condemned to 25 years in prison by a Greek court, he was granted amnesty by the Greek government and was extradited to West Germany. The political scandal was unique since the issue was connected to the alleged dark past of Prime Minister Karamanlis as a collaborator and to the Greek-German relations of that time. What is more interesting in terms of the Holocaust legacy is the fact that, as in the Eichmann trial, Merten's trial included detailed testimony from Jewish witnesses as to the role Merten and his men played in the deportations of the Greek Jews. The newspapers covered the trial with every detail possible and publicized the Jewish suffering in the headlines. Indeed it was the first time that voices from the camps and the appalling details of the economic dimension of the Holocaust were heard. The political dimensions of the case also meant that the Left had an opportunity to stress the suffering of Jews as an extra argument against the government's reluctance and failure to punish Merten in an exemplary manner.

From today's perspective one could only parallel the Merten and Eichmann trials as the starting points for a public discussion on the drama of the Holocaust. This public discussion faded away as soon as the trial was over and failed to produce a culture of remembrance or a wave of memoirs from the Jewish perspective as the Eichmann trial did. It was way too early for Greek society, and the political repercussions overshadowed the Jewish drama. But even today this

16 Minna Rozen, *Jews and Greeks Remember their Past: The Political Career of Tzevi Coretz (1933–1943)*, in: *Jewish Social Studies: History Culture, Society* 12 (2005) 1, pp. 111–166, here pp. 118–119.

infamous case is seen through the perspectives of political scandal and “Jewish treasures,” for example in TV shows dealing with the question of what happened to the looted Jewish gold that Merten stole.

Iakovos Kampanellis, the most successful playwright in Greece, was one of the 25,000 Christian civilian refugees fleeing Greece during the occupation to save their lives. He was caught in Austria in 1943 and sent to Mauthausen, to be liberated by American troops in 1945. In 1965 he published his camp experiences in a book that composer Mikis Theodorakis soon turned into a cycle of four songs named *Mauthausen Cantata*. In 1965 Theodorakis was already one of the most significant composers of Greek music, famous abroad for both his music and his political views. By that time, Greece was in a political turmoil, struggling to overcome the post Civil War political cleavages and discrimination against the Left, where Theodorakis belonged. His 1962 *Ballad of the Dead Brother* signified his turn toward more popular themes, while his 1964 *Axion Esti* was an immense success, proving that despite being defeated in the political level, the Left remained culturally dominant. Despite the somewhat dark instrumentation Mikis chose for the songs, the cycle was a huge artistic success from January 1966 when they first appeared.

Kampanellis’ most famous poem was sung by Maria Farantouri, a young and talented singer who became Theodorakis’ muse for the next two decades. *Asma Asmaton* (the song of the songs, a direct biblical reference) talks about the lost love between the narrator and a Jewish girl:

Oh how beautiful is my beloved one!
She was caressed by her loving mother dear,
And by her brother she was kissed.
No one could ever know how beautiful she used to be
You maidens of Mauthausen,
You maidens of Belsen,
oh have you seen the one I love?
We saw her standing in the frozen courtyard,
upon her white arm was a number,
a yellow star over her heart.¹⁷

17 Jerry Silverman, *The Undying Flame: Ballads and Songs of the Holocaust*, Syracuse 2002.

The second song was about the famous “Stairway of Death” (Todesstiege) in Mauthausen and the solidarity between a Jew and a Greek resistance member in carrying the granite stones. What is impressive in the accounts of this heartbreaking work of Theodorakis is that despite the dozens of newspaper articles covering the concerts, nobody seemed to notice that Kampanellis’ poems were referring to Jewish suffering explicitly. Who were the inmates then, according to the press? As *Avgi*, a pro-communist party newspaper notes, “The crowd left the concert hall literally devastated.”¹⁸ The newspaper also notes that “ex hostages” and members of the resistance organizations were present in the premiere, therefore identifies them as the main figures attached to the camps, as happened for instance in France as well¹⁹; Articles referred to “the Mauthausen detainees,” the “horror of the camps” and the “human bodies” who survived the war, but the terms “Jews” or “Jewish” do not appear at all in the dozens of articles written about the songs.

Theodorakis himself avoided specific references in his numerous interviews; as he said many times, he decided to turn the books into songs instantly since he was “devastated by the drama of the people of the camps.” He also claimed that “Mauthausen is very topical; Hitler had not died, is alive,” trying to stress that such terrible actions are being repeated by other perpetrators. Only the 19-year-old Maria Farantouri had the sensitivity to visit Dachau and reflect on the actual meaning of the poems she was singing. As she admitted after that visit, the meaning of the songs changed entirely for her.²⁰

Despite the partial misreading of the work for a long period, these songs became a trademark of Greek Jewish Holocaust survivors after two major figures of the Left legitimized the survivor’s experiences and produced a public and mainstream artistic work out of them. This was much more recognition of their suffering than Greek Jewry had ever received from the Greek public sphere. Internationally, the *Mauthausen Cantata* was an artistic and political triumph. Theodorakis performed in various commemorative activities throughout Europe and especially in Mauthausen (first in 1988). *Mauthausen Cantata*

18 *Avgi*, 11. 1. 1966.

19 Tal Bruttman, Commemorating what? And when? France and the commemoration of the Holocaust, in: Holocaust Memorial Days. Europe and the Challenges of Commemoration, Milan April 2015.

20 Interview in *Tachydromos*, 17. 9. 1966.

was also performed at the Nobel Prize awards ceremony for Yitzhak Rabin and Yasser Arafat.

Taboos and Memories: The years of Struggle

The extermination of the vast majority of Greek Jews took place in 1943/44 and resulted in one of the highest percentages of exterminations in European countries, varying according to different estimates from 80% to 90%. Nevertheless, these impressive figures do not reveal much, since local specificities proved extremely important. The written accounts of these traumatic events in Greece did not emerge in great numbers, nor did they ever become a collective memory “obsession” as happened in France, for example.

The first accounts of the genocide were in the form of memoirs like “historiographical” accounts from the victims themselves.²¹ However, these early accounts remained isolated until the seventies, since the social and political environment at the time did not favor focusing on such marginal subjects. Despite that fact the seventies saw the emergence of the first samples of personal memoirs in Greek, this trend did not become significant even in the eighties. Therefore, the majority of the more than 30 personal accounts of the genocide published in Greek only came out in the nineties as an indication of the relative delay in Greek scholarship in comparison with other European countries. The few exceptions came from literature and a few significant Greek novelists writing about the lootings and about Jewish history in Greek cities.²²

Despite this delay, memoirs of the period have served as a crucial and unique source of information in all scholarly accounts of the period.²³ The interaction

21 The monumental “In Memoriam” of Michael Molho/Joseph Nehama, *In memoriam. Hommage aux victimes juives des nazis en Grèce*, Jewish Community of Salonika, 1948 and the research of Zak Matarasso, *Ki omos olio tous den pethanan* [Yet, not everyone died]. *I katastrofi ton ellioevraion tis Thessalonikis kata tin germanikan katochin*, Athens 1948.

22 Namely Jorgos Ioannou, Dimitris Hatzis, Vassili Vassilikos and Nikos Bakolas.

23 Christopher Browning in his *Collected Memories, Holocaust History and Postwar testimony*, Madison 2003, pp. 37–59 provides a positivist but thorough critic of the various testimony genres of Holocaust and their methodological limitations that certainly can contribute to a methodological evaluation of the Greek memoirs as well.

between personal memories and scholarly accounts is vital for the interpretation of the interplay between memory and history.²⁴ The various forms of Holocaust representations, as reflected in memoirs and interviews, influenced and determined the questions and priorities on which scholarly research chose to focus. The issues of who was to blame for the disaster that hit the Jewish communities of Greece, the level of antisemitism in the country, and what had happened to the survivors who returned to their homeland, are present in both memoirs and academic works in a complex web of interaction, where silence plays a crucial role. Therefore, as already mentioned for the historiography of the forties in general, the classic distinction between collective memory, scholarly research and politics is blurred.

So what were the exogenous as well as indigenous mechanisms of “oblivion” in Greek society (in the context of the Shoah), in contrast with the construction of broad consensus and publicity regarding other major historical events in Greek society and public memory and in contrast with the attention the Shoah has received in the Western World?

As mentioned, the Greek state imposed silence and amnesia on a series of matters that were considered painful, suspect, dangerous and critical to the nation-state. “Social” silence proved to be an equally important element, especially on the issue of the Jewish genocide. In this respect, the Greek experience of the Shoah appears similar to the experiences of Eastern rather than Western Europe. The impressive and forceful public amnesia, the high level of appropriation of memories, the central role of antisemitism – which did not magically disappear after 1945 – are characteristics that are more than common in Greece and Eastern Europe. In this sense, the post-Cold War historiography revealed a much more complex categorization of the Cold War era, where on issues like the Jewish genocide the frontiers between West and East are confronted with everyday realities and complexities. This post-Cold War production allowed for the rise of a new agenda even within the more established and developed western Jewish historiography, an agenda that Greece follows hesitantly.

24 See also Jeremy D. Popkin, *Holocaust Memories, Historians’ Memoirs. First Person Narrative and the Memory of the Holocaust*, in: *History & Memory* 15 (2003) 1, pp. 49–84.

Collective memory constraints: The political division “obsession”

Many authors have shown how the Civil War that followed the Axis occupation in Greece appropriated the latter’s collective memory.²⁵ The communist defeat and the Cold War established an intense anti-communist governance until 1974, when the seven-year-long right-wing dictatorship collapsed. The legalization of the Communist Party of Greece and the socialist governance of the country for eight consecutive years (1981–1989) marked the political changeover of the period that followed the dictatorship and political events that revived interest in the forties in various ways. This long cleavage created ruptures and differences in the perception of the characteristics of the occupation and over-politicized the memories of the period. While postwar generations grew up with intense anti-communism, post-dictatorship generations were raised with a dominant left-wing model of the Resistance and the Civil War. In both periods, however, political identities were considered the only means of examining individual or group strategies and interpreting the period as a whole. Another similarity between the two paradigms was the adoption of a clear nationalistic perspective; a perspective that transformed all kinds of ethnic, religious, national and social groups into “shadows” of the past that received minimum attention in the public sphere. In a statistical analysis of more than 1,600 memoirs of the period (written from 1945 to 2003), 63.7% reproduced the left-wing rhetoric and perceptions of the period, while 26.8% reproduced the right-wing equivalent. Non-scholarly works written about all kinds of “neutral” subjects (like the Red Cross intervention, minorities in general and of course the Holocaust) represented only 9.5% of the total production, showing the impact of the political split on representations of the period in postwar Greece.²⁶

This cleavage was the outcome of the “long” Civil War that Greek society faced, at least, from 1943 to 1949, with its roots in the early 1920s and its consequences formally ending only in the late 1980s; with the symbolic and actual reconciliation atmosphere that prevailed in Greek politics about the past. This clear-cut social and ideological division polarized memories of the period and focused only on aspects

25 Nikos Marantzidis/Giorgos Antoniou, The Axis Occupation and Civil War Bibliography: Changing Trends in Greek Historiography: 1941–2002, in: *Journal of Peace Research* 41 (2004) 2, pp. 223–231, here p. 224.

26 Greek Civil War Historiography: Towards a New Paradigm?, in: *Columbia Journal of Historiography* 1 (2003) 1, table 9.

of the past that fit into this scheme. Thus, until very recently, the Greek public sphere left little if any room for the emergence of alternate memories of groups such as the Holocaust survivors, or eye-witness accounts of the Jewish genocide.

This approach might seem misleading if not examined alongside the reactions of the Christian population to the Jewish genocide. In a sense, this current “amnesia” is a consistent reaction to the general indifference of the local population, institutions and authorities during the genocide – from local, collaborative, governments to resistance organizations. Many contemporary sources (press, diaries, archives, reports) indicate that the Jewish persecutions seemed unsurprising to local “bystanders.”²⁷ According to Mazower this had to do with other major concerns and priorities of the local authorities.²⁸ In Salonika, for instance, collaborative authorities were absorbed by their “national” campaign against Bulgarian territorial demands; thus they were unwilling to struggle for the survival of the persecuted Jews. This is another dimension in the recent refusal of the city of Kavala to honor the memory of its Jewish community.

Since this is a major issue, the point I want to make here is that one reason for these attitudes was that Jews were not easily located within the national, ideological and social divisions that were already occupying the concerns of all actors involved. For instance, despite the presence of numerous Jewish fighters within its ranks, the resistance movement has not attempted to “exploit” their participation on the level of propaganda. The Resistance saved hundreds of Jews but never made this issue a major concern. Being “invisible” in political terms certainly allowed for Jewish invisibility in physical terms, when the genocide occurred.

Public sphere constraints: politics, nationalism and the emergence of Jewish public presence

As mentioned, Greek public rhetoric about the forties only contained left- or right-wing minded individuals; collaborators or resistance fighters; traitors or patriots; communist partisans or nationalist soldiers, etc. As a result, people or

27 Andrew Apostolou, The exception of Salonika: “Bystanders” and Collaborators in Northern Greece, in: *Holocaust and Genocide Studies* 14 (2000) 2, pp. 165–196, here p. 166.

28 Mark Mazower, Collaboration, The European Framework, in: Ilias Nikolakopoulos/James Michaelides/Hagen Fleischer (eds.), *Ecthos entos ton tixon, opsi tou dosilogismou stin Ellada tis Katochis*, Ellinika Grammata, Athens 2006.

groups that did not fall within these categories, such as the Jewish community, were ignored. However, the political dimension of the memory appropriation of the Shoah lies in multiple layers.²⁹ A first part of this complex issue relates to the issue of collaboration and the postwar reconstruction of the Greek nation-state. The escalation of the civil conflict just after the liberation and the victory of the nationalist side in the Civil War contributed to the amnesty of the thousands of collaborators of Axis forces. Post-Civil War society had to be based on these anti-communist groups to regain stability – and “national” values – that were shaken by the communist threat, as was the case elsewhere of course. Thus, their purification meant that all issues related to their activities during the occupation inevitably were forgiven and forgotten. However, as already seen, some of these collaborators played an active role in the extermination of Jews in 1943 and the confiscation of their properties; in postwar Greece, the collaborators’ actions during the occupation were minor when compared to their contributions in the war on communism.³⁰ As Mazower argues for the postwar punishment of collaborators, “involvement in the persecution of Jews, or gypsies, or other ethnic minorities was not seen as an offence of equivalent gravity as involvement in the persecution of the national group itself.”³¹ When the political situation changed radically in the mid-seventies and a pro-socialist movement came to power in 1981, another problem in the recalling of unpleasant past incidents occurred. Beyond nationalism, which was again integral, the socialists flirted intensively with the emerging Palestinian movement. As a result, the vast majority of left and right intelligentsia in the country did not favor any reference to the Jewish issue as such a reference might insinuate that someone was pro-Israel, a political stance that was completely unacceptable at that time and to a great extent remains so today.

29 Some painful similarities can be found in the Soviet treatment of the Holocaust legacy in Zvi Gitelman (ed.), *Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR*, Bloomington, IN 1998; especially Zvi Gitelman, *Politics and the Historiography of the Holocaust in the Soviet Union*, *ibid.*, pp. 14–42.

30 Jeffrey K. Olick/Daniel Levy, *Collective Memory and Cultural Constraint: Holocaust Myth and Rationality in German Politics*, in: *American Sociological Review* 62 (1997) 6, pp. 921–936.

31 Mazower, *Collaboration*, p. 17.

Three examples are characteristic on that aspect: In the summer of 2006, during protests against Israel's invasion of Lebanon, members of the left-wing, activist, political organization called PAME desecrated the Holocaust monument in Salonika, placing photos of dead Lebanese children and defacing the memorial with red paint.

At the same time, in Drama, members of the Communist Party of Greece held a protest against the war in Lebanon; it ended at the Holocaust monument, on which they placed a Swastika and they made a public statement against Israel. Needless to say, no one was arrested and no protest against this incident took place. This trend of desecrating Jewish monuments is far from new. What is new however, is the tendency of mainstream political parties and organizations to participate in desecration; these are not the usual suspects, i. e. far-right and fascist organizations.³²

Nothing better exemplified the impact of the Palestinian issue on Holocaust commemoration in Greece than the story of the *Mauthausen Cantata* itself. Iakovos Kampanellis, in an interview in a mainstream Greek newspaper *Ta Nea* noted in April 2002 that “the songs that Mikis and I wrote about the suffering of Jews of Mauthausen at that time have no relations whatsoever with the little Hitlers of Israel today. I would really like, if I could, to forbid any use of our songs to their sinful country.”³³ Since the 1990s Mikis Theodorakis himself has become notorious for his anti-Zionist and antisemitic declarations. In 2003 he claimed that “Jews are the root of evil,” while in 2011 he proudly declared himself as an “anti-Zionist and antisemite.” His 2003 declaration brought worldwide disparagement but he followed up by clarifying that “I am totally opposed to Sharon's policy and I have stressed this repeatedly, just as I have repeatedly condemned the role of prominent American Jewish politicians, intellectuals and theorists in the shaping of today's aggressive Bush policy.”³⁴

32 In a recent survey 17% of the Greeks agreed that it is legitimate to desecrate a Holocaust monument in order to protest on behalf of the Palestinian cause, while 65% of the Greeks believe that the State of Israel practices genocide against the Palestinian people equivalent to the magnitude of the Holocaust. Giorgos Antoniou, Elias Dinas, Spyros Kosmidis, Leon Saltiel, *Antisemitism in Greece. 'Evidence from an experiment Survey.'* (forthcoming).

33 *Ta Nea*, 12. 4. 2002.

34 About the 2003 case see <http://news.in.gr/greece/article/?aid=495776> (looked at 20. 10. 2015). About the 2011 case see <https://xyzcontagion.wordpress.com/2011/02/08/mikis-theodorakis-eimai-antisimitis/> (looked at 20. 10. 2015).

This statement made things even worse. Needless to say, his persona as an ambassador of Holocaust memory was seriously damaged, and his popularity among Greek Jews diminished. In reply to the Austrian Parliament on dropping a scheduled performance of the trilogy “Mauthausen” by Theodorakis from the 66th anniversary of the liberation of the Mauthausen extermination camp Theodorakis protested to the Central Board of Jewish Communities in Greece: “Why do you persist in regarding me as an enemy of the Jews? Why do you not like the fact that I am a living symbol of anti-racism, whatever form it takes, including, of course, antisemitism?” And later on he attested that “everything that happens today in the world has to do with the Zionists [...]. American Jews also are behind the world economic crisis that has hit Greece.”³⁵ His declaration was enthusiastically applauded by both extreme right and radical left, showing that the Palestinian issue had built a wide consensus across the Greek political spectrum.³⁶

Disciplinary constraints: National historiography and research priorities

As in most 19th century nation-states, Greek historiography played a crucial role in the establishment of the essence of the nation-state itself. By definition and initial aims, it served, justified, and interpreted the birth of nation-state by shaping its imaginary and real geographical, ethnological and historiographical boundaries.

Moreover, Greece, as every self-respecting 19th century-born nation-state, dealt with minority issues in an ambivalent way. The Second World War brought to an end a long period of desperate and clumsy attempts at national homogenization – a primary target of the Greek state. The long desired mono-culturalism was established through the extermination (Jews), assimilation (Vlachs), evacuation (Chams, Muslims), and oppression (Slav Macedonians) of all kinds of ethnic, religious or national minorities the country had hosted for centuries. Despite the fact

35 Mikis Theodorakis' letter to the Central Board of Jewish Communities in Greece, Print E-mail, Monday, 16 May 2011 [http://www.kis.gr/en/index.php?option=com_content&view=article&id=421:mikis-theodorakis-letter-to-the-central-board-of-jewish-communities-in-greece&catid=12:2009&Itemid=41, looked at 23. 5. 2015].

36 The prestigious radical Left web site www.infowar.gr mentioned in 2014 when Farantouri sang the Cantata in Israel: “Mikis succeeded to give a new life to his work [with his critic on Zionism], Farantouri chose to hand it over to its enemies”.

that levels of involvement and responsibility on behalf of the Greek state varied in each case, these cases were perceived as necessary side effects, or even positive steps in relation to national interests. The Second World War and the subsequent Civil War offered a solution to minority issues once and for all. The silences and awkwardness of the postwar state and its unwillingness to deal with this issue – to examine, remember all of the abovementioned cases – shows how little importance these facts had for the future rebuilding of the nation and the state; they also indicate the opposite: the problem that would arise if minorities were still present and coherent within the postwar reality. The cases of repatriated minority members after the war and their fates and their treatment by the state show this unwillingness in an overt way.³⁷

Not surprisingly, historiography followed similar paths reaffirming the social and national “habitus” of appropriation of memories of minorities. It is impossible to provide a systematic comparison of the historiographies on ethnic and religious minorities and the forties here. But it is important to note that it is no coincidence that the most politicized minority, the Slav Macedonians, enjoyed the most extensive scholarly production, from 1945 to the present. Conversely, minorities like the Jews and the Chams remained in historiographical oblivion for many years.

The political background and experiences of Greece in the 20th century made the adoption and incorporation of international research foci and theoretical trends in social sciences even more problematic and, thus, prohibited (among other paradigmatic “losses”) the incorporation of the Shoah in the historiographical agenda.³⁸ A statistical analysis of scholarly works about the forties (just the monographs and collective volumes) proves that the dominance of history remained unchallenged until 1990: Historical works comprised 80% of the total production in the research production. It was only after the nineties that interdisciplinary approaches started, hesitantly, to become significant in the research on the period and managed to make up 30% of the scholarly production.³⁹

- 37 Joshua Eli Plaut, *Greek Jewry in the twentieth century, 1913–1983: Patterns of Jewish survival in the Greek Provinces before and after the Holocaust*, London/Cranbury, N. J. 1996.
- 38 Spyros Marketos, *Ethnos choris Evraious. Apopseis tis istoriografikis kataskevis tou ellinismou*, in: *Synchrone Themata* 52/53 (1994) 17, pp. 54–56.
- 39 Antoniou/Marantzidis, *A New Paradigm*, table 8.

A major obstacle to the incorporation of the Shoah in the postwar historiography was the Civil War of 1946 to 1949, which confined research to a single nationalistic paradigm that prohibited other approaches. The dictatorship of 1967–1974 simply made things worse in a period where interdisciplinarity in the field of social history and genres like oral history and cultural studies first appeared. Thus, these trends were not imported over time or in any great depth, something that remains obvious today in Greek academia. When the dictatorship collapsed in 1974, the political dimension triumphed over the cultural, for obvious reasons.⁴⁰ Thus a significant number of Greek scholars adopted a traditional Marxist approach to social studies (their counterpart being again the positivist model) that neglected social and cultural approaches and failed to incorporate alternate approaches or marginal subjects, which genocide was considered to be.

As a result, academic research about the forties consisted – until recently – of two main approaches, not always distinct from political conjunctures and implications. Most of these works took the form of traditional historical approaches concentrating on diplomatic or military aspects of the war. The general foci were international relations, foreign intervention, internal political developments and party strategies. Within this academic context, these approaches failed to move beyond the research priorities that the political cleavage imposed on research, although they succeeded in advancing the Civil War research to a high academic level as far as the above-mentioned issues were concerned. The major research questions related to issues of power, legitimacy, political struggle, motivation and violence shaped a matrix of approaches that could not articulate or express concern on subjects or social and ethnic groups that were not directly involved in the highly politicized agenda of research.

The major paradigmatic shift in current trends in Greek historiography came only in the mid-nineties and after the collapse of the Soviet bloc, which drew attention to a) the study of minorities (again in relation to the political crisis over the newly born Republic of Macedonia), b) approaches to gender issues, c) the gradually increasing interest in oral history, d) the “democratization” of Greek

40 David Close, *The Road to Reconciliation? The Greek Civil War and the politics of Memory in the 1980s*, in: Philip Carabott, Thanasis D. Sfikas (eds.), *The Greek Civil War: Essays on a Conflict of Exceptionalism and Silences*, London 2004, pp. 257–260.

academia with the founding of new departments, e) the emergence of grass-roots history as an important genre, f) the gradual increase in post-graduate researchers, in qualitative and quantitative terms and their flow in international universities and institutions. These constitute developments that have not yet contributed to “specialized” themes like the Holocaust in the Greek context, but will certainly prove fertile in the near future, with the incorporation of these marginal subjects into the nation’s collective memory and history.

The major source of contestation so far in the historiography and the public sphere is the question of who is to blame, outside the Nazis, for the tragic fate of Greek Jewry. Why were Jewish people in Greece exterminated at higher rates than people in other European countries (with the exception of Holland)? Why were Danish Jews saved and Greek Jews not? What was the role of the local population, the axis collaborators, the Jewish community itself in this process of extermination? Should Greeks be ashamed of or share responsibility for what happened to their fellow citizens?

The dominant views on the issue of responsibilities were, for years, drawn from Jewish reminiscences. For many reasons Jews chose to interpret their extermination partly as a case of betrayal by Jewish leadership. For many years, a popular interpretation of the Jewish genocide stressed the failure of its leadership, especially Rabbi Koretz in Salonika, to resist the Nazi pressure and to warn the people – if not that they had directly collaborated with Nazis.⁴¹ These views were partly reproduced in the few scholarly works. Minna Rozen rightly notes that this kind of approach has less to do with reality than with the need for a reconstruction of an understandable past and invention of a narrative that explains the inexplicable.⁴²

A very recent trend tends to interpret the extermination of the Greek Jews through the antisemitic sentiments of the Greek population.⁴³ Based on recent

41 Same view in Giorgos Liolios, *Skies tis Polis*, Athens 2008 about the Veroia community.

42 Minna Rozen, *Jews and Greeks Remember their Past: The Political Career of Tzevi Coretz (1933–1943)*, in: *Jewish Social Studies: History Culture, Society* 12 (2005) 1, pp. 111–166, here p. 112. Also see Michael R. Marrus, *Jewish Leaders and the Holocaust*, in: *French Historical Studies* 15 (1987) 2, pp. 316–331.

43 The most dedicated supporter of this view being Andrew Apostolou, in his article cited below and his review *Essay, Mother of Israel, Orphan of History: Writing on Jewish Salonika*, in: *Israel Affairs* 13 (January 2007) 1, pp. 193–204. Jorgos Margaritis, *Anepithimitoi Simpatriotes, Tsamidhes, Evranoi*, Athens 2005, p. 189–190 also followed, more cautiously, this view.

surveys showing devastating results in terms of the perceptions of the Holocaust, this is one of the most important, ongoing questions related to Greek Jews.⁴⁴ However, the reduced significance of a complex web of shifting interactions of national, political, economic and social aspects, boiling it down to a simple and primordial antisemitism, is misleading and ahistorical: A first question is what kind of antisemitism we are talking about, ideological or everyday antisemitism? And to what extent do these categories become blurred in conflict situations? Only by limiting antisemitism in its real magnitude and dimension through separating myth from propaganda and its instrumental dimension to its rhetoric can one return to the impact of this factor on the Jewish genocide. Where antisemitism was present, was the genocide more catastrophic?

Another issue is the role of collaborators in the implementation of the genocide. As in the approach towards collaborators, one should examine the policies of the pro-Nazi government in Athens, its representatives in local authorities and services and the armed collaborative groups that assisted the Nazis in a variety of activities, from looting to executions and interrogations. Although little is known about their actual involvement in all these issues, even the fact that their role has begun to be illuminated is progress in comparison with past approaches, which preferred Manichean schemes of the good Greeks helping their fellow citizens.⁴⁵

Internationally, it took many decades for people to realize that so many “ordinary” people took part (in a literal sense) in the genocide and that their role was much more significant than research had previously assumed.⁴⁶ Even when this happened it took place in Manichean schemes, where the victim could only be a victim and the perpetrator could only be a perpetrator.⁴⁷

44 Rika Benveniste, *Skepseis gia ton elliniko antisimitismo*, in: *Synchrona Themata* 91 (2005), p. 39.

45 Leonid Rein, *Local Collaboration in the Execution of the “Final Solution” in Nazi-Occupied Belorussia*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 20 (Winter 2006) 3, pp. 381–409.

46 David Cesarani/Paul A. Levine (eds.), *‘Bystanders’ to the Holocaust. A Re-Evaluation*, London 2002. Especially, Tony Kushner, “Pissing in the Wind”? The Search for Nuance in the Study of Holocaust Bystanders, in: Cesarani/Levine, *‘Bystanders’*, pp. 57–77.

47 Raul Hilberg in his *‘Incompleteness in Holocaust Historiography’*, in: Jonathan Petropoulos/John Roth (eds.), *Gray Zones, Ambiguity and compromise in the Holocaust and its aftermath*, London 2005, pp. 81–92 provides an account of the problematic aspects of Holocaust historiography to date. Again the complexities of the Holocaust appear in the case

Conclusions: Holocaust Remembrance and Commemoration in Greece

The appearance of an active Jewish intellectual self-reflective attempt in the early nineties was the breakthrough to memoirs and scholarly attempts to address the issue of genocide and the cornerstone of contemporary scholarly attempts.⁴⁸ However, even this refreshing attempt remained confused and largely limited, after a while, to the community's own circles. Also, for obvious reasons, this attempt was relatively cautious in posing sensitive questions concerning the local population's stance towards the genocide. Nowadays, a new wave of public discourse on Jews is developing, if hesitantly; partly as a reflection of the emerging interest of Greek historiography in marginalized research subjects and partly as the elaboration of a more sensitive (and politically correct) public agenda.⁴⁹

In the public sphere, the most characteristic aspect of the approach to Jewish genocide in the current public and scholarly domain is its treatment as a reference in relation to current political and social problems and complications.⁵⁰ Major articles in newspapers apparently commenting on Greek Jews and their extermination end up concentrating on political debates about contemporary genocides (for instance in Milosevic's Yugoslavia)⁵¹, the state policy towards immigration, the American policy in Iraq (by comparing Guantanamo with Auschwitz), and Israel's policy toward Palestine, etc.⁵² This way, the genocide per se remains out of

of Sykia Jews. Some 52 Jews escaped the camps by hiding in the village of Sykia, where the locals fed them for 14 months. After their arrest, it is because of the Nazi armed collaborator units that they were finally saved since they spend few more months into their stronghold Koukos, where they were liberated.

- 48 Odette Varon-Vassar, *Evraiki Istoría kai Mnimi*, Athens 1998; Rika Benveniste (ed.), *Oi Evraioi tis Elladas stin Katochi*, Thessaloniki 1998.
- 49 A monograph by Anna Maria Droumpouki, *Mnimeia tis Lithis*, Athens 2014 deals with World War II monuments in Greece and especially the Holocaust monuments.
- 50 For France and Germany, the brilliant monograph of Peter Carrier, *Holocaust Monuments and National Memory Cultures in France and Germany since 1989. The Origins and Political Function of the Vel d' Hiv in Paris and the Holocaust Monument in Berlin*, New York 2005, treats the same problem.
- 51 Ioannis Armakolas, *Auschwitz never existed?*, in: *Eleftherotypia*, 12. 11. 2005.
- 52 A typical example is the interesting book by Margaritis, *Anepithimitoi Simpatriotes*, which compares the ethnic cleansing of Chams by the resistance forces with the Jewish genocide. The explanation of the writer was that today's Greece treats problems of migrants and wanted to offer a historical example.

the current public agenda, prohibiting any serious debate on the issue and on the problematic and ambivalent elements of the national past; as a result, the complex past of an untold story remains obscured. This, of course, is not a Greek specificity. The establishment of the Shoah as the global moral and historical standard of comparing pain, trauma and disaster made its heritage a disputed domain, in ambivalent and heterogeneous ways.⁵³

Greece, like most 19th-century European nation-states, entered the 20th century in turmoil. Two major historical events have contributed most to the shaping of contemporary Greek society. These were the 1922 Asia Minor disaster and the Civil War of 1946 to 1949. A third decisive moment was the Axis Occupation and its consequences for the Greek State and Nation. Undoubtedly, the most significant consequence of this era was the extermination of 60,000 Greek Jews in 1943/44. Nevertheless, the importance of this event is in converse to the attention it attracted in scholarly research and the public sphere. Hence, a specificity of these Holocaust analogies in Greece lies in the so-called culture of victimhood the Greek society has developed. As the Holocaust internationally became the premium historical analogy it created a hierarchy of victimhood that produces grievance to other victims of atrocities.

A Greek example of such victim competition has to do with the recent and much awaited anti-racist bill. The bill was considered of utmost significance in confronting the threat of the neo-Nazi Golden Dawn Party, thus was welcomed by almost all fractions of the Greek Parliament. Despite the political consensus the bill was withheld twice over a period of two years and was approved only after the lobbying/blackmail of about 35 parliament members was successful in revising article 2. This article referred to the penalizing of Holocaust denial. The 35 parliament members, partly under the pressure of public opinion, managed to include direct references to the penalization of the denial not only of the Holocaust but also of the Genocide of the Christian populations of Asia Minor, a generic category including the Armenians but more significantly the ethnic Greek populations of Asia Minor murdered by Kemal Atatürk. Obviously such a revision meant that a prerequisite to respect Jewish suffering was the simultaneous recognition of

53 This large issue is impossible to be treated here. For the issue of 'Genocide competition' see also Paul Miller, *Contested memories: the Bosnian Genocide in Serb and Muslim minds*, in: *Journal of Genocide Research* 8 (2006) 3, pp. 311–324.

Christian and Greek suffering and the elevation of the latter to the legal and symbolic status of the former. As a result, according to the same recent survey, 70% of Greeks believe that Greek non-Jews suffered worse genocides than Greek Jews.

In 2004, the Greek state followed the international trend of establishing the 27th of January as its day of remembrance of the Jewish genocide. How important this new anniversary is for Greece was revealed some years earlier, in 1995, when the president of the democracy refused to participate in the 50th anniversary commemoration of the liberation of Auschwitz camp because the neighboring Former Yugoslavian Republic of Macedonia was invited as “Macedonia.” After all, the Holocaust was the fourth genocide the Greek Parliament was officially recognizing. It followed the Pontic genocide (1994), the Armenian genocide (1996) and the genocide of the Asia Minor Greeks (1998).

Therefore, the real question is no longer whether there is public discussion on the Greek Jews or not. This cliché is no longer valid or a useful tool of interpretation. The real issues to be discussed are the significance, patterns, characteristics, research and social priorities that define this interest. Moreover, the question is whether this interest is sufficient in establishing a mature and viable community that will fully incorporate the subject of Greek Jewry within modern Greek history.

KONZEPTUELLE ÜBERLEGUNGEN ZUM ANTISEMITISMUS

Zur Figur der Antisemitin

Wird in der Fülle sozialwissenschaftlicher Reflexionen zu Antisemitismus von den Antisemiten (oder dem Antisemiten) gesprochen, spielt das Geschlecht der zu untersuchenden bisher zu wenig eine Rolle.¹ Oftmals stehen automatisch – ohne expliziten Hinweis – männliche Antisemiten im Fokus. Und dennoch gibt es vereinzelt Reflexionen über Frauen als Antisemitinnen und zum Antisemitismus bei Frauen, überwiegend von (feministischen) Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen wie etwa der (Sozial-)Psychologie und Geschichtsforschung.² Im Folgenden werde ich zentrale Überlegungen – seit 1945 in chronologischer Folge – diskutieren. Insbesondere die konträren Perspektiven von Margarete Mitscherlich-Nielsen und Ljiljana Radonić, die beide psychoanalytisch orientiert

- 1 Vgl. Ljiljana Radonić, *Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 2004, S. 8, S. 162; Samuel Salzborn, *Antisemitismustheorien und Gender*, in: Ursula Birsl (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Gender*, Opladen/Farmington Hills 2011, S. 69; Samuel Salzborn, *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt a. M. 2010, S. 333 f.; Beate Küpper/Andreas Zick, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Frauen und Männern*, in: Birsl (Hrsg.), *Rechtsextremismus*, S. 188; vgl. Beate Küpper/Wilhelm Heitmeyer, *Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 108 f.; Birgit Rommelspacher, *Schuldlos – schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen*, Hamburg 1995, S. 10.
- 2 Vgl. exemplarisch: Karin Windaus-Walser, *Gnade der weiblichen Geburt? Zum Umgang der Frauenforschung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus*, in: *Feministische Studien* 6 (1988) 1; Johanna Gehmacher, *Feministische Geschichtsforschung und die Frage nach Antisemitismus von Frauen*, in: Charlotte Kohn-Ley/Ilse Korotin (Hrsg.), *Der feministische „Sündenfall“? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung*, Wien 1994; Rommelspacher, *Schuldlos*; Jessica Jacoby/Gotlinde Magiriba Lwanga, *Was „sie“ schon immer über Antisemitismus wissen wollte, aber nie zu denken wagte*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 27 (1990).

sind, scheinen nach meinem Dafürhalten bedeutsam zu sein. Sie untersuchen, wie der Einzelne zum Antisemiten, die Einzelne zur Antisemitin werden könnte, und haben den Anspruch, vom Individuum ausgehend allgemeinere Aussagen über den gesellschaftlichen Antisemitismus zu treffen.³ Ergänzend finden zwei Beiträge Beachtung, die die Frage aufwerfen, inwiefern Frauen ihren Antisemitismus genauso wie oder doch möglicherweise anders als Männer äußern.

Grundsätzlich soll es darum gehen, die Geschichte der Analyse der „Frau als Antisemitin“ nachzuzeichnen bzw. über die Gründe zu reflektieren, die Frauen jeweils in ihrer geschichtlichen Situation zu Antisemitinnen werden ließen. Analysiert werden soll die Antisemitin im Sinne der Historikerin Johanna Gehmacher, für die das Geschlecht als Analysekategorie bedeutet, der Frage nachzugehen, inwiefern Geschlecht einen Unterschied in Bezug auf konkrete historische Situationen macht.

Der Beginn quantitativ empirischer Forschungen zum Antisemitismus in den USA

Frauen standen bzw. stehen als Antisemitinnen kaum im Fokus der sozialwissenschaftlichen Forschung. Allerdings gibt es eine für die Antisemitismusforschung sehr ungewöhnliche Ausnahme. Im Jahr 1945 erschien eine Voruntersuchung der „Studies in Prejudice“ mit dem Titel „Some Personality Factors in Antisemitism“,⁴ die aus der Feder der Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik

- 3 Obwohl in der psychoanalytischen Theorie das Individuum analysiert wird, kommt es, dem Soziologen Detlev Claussen zufolge, zu Übertragungen auf die gesellschaftliche Ebene, zu Massenpsychologie. Bei diesen Übertragungen fehle die Ebene der gesellschaftlichen Vermittlung. Deswegen könne es streng genommen im Anschluss an die Formulierung des Psychoanalytikers Otto Fenichel, auf die sich Claussen bezieht, nur eine Psychoanalyse des Antisemiten, nicht aber eine des Antisemitismus geben, vgl. Detlev Claussen, *Über Psychoanalyse und Antisemitismus*, in: *Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen* 41 (1987) 1, S. 3 ff.
- 4 Die *Studies in Prejudice* sind das Ergebnis eines 1944 beginnenden Forschungsprozesses über Vorurteile, in dem es um die Erforschung verschiedener ideologischer Versatzstücke wie Ethnozentrismus, Antisemitismus und Nationalismus und deren Zusammenhang ging – ein antidemokratisches Einstellungssyndrom.

und des Psychologen R. Nevitt Sanford stammt und insofern erwähnenswert ist, als die zentralen Erkenntnisse zum Antisemitismus überwiegend durch Untersuchungen bei Frauen zustande kamen: Insgesamt wurden 100 Universitätsstudierende befragt, darunter 76 Frauen. Die zahlenmäßige Ungleichheit hatte damit zu tun, dass es aufgrund des Krieges 1944/45 nur wenige männliche Probanden in den USA gab.⁵ Zunächst ging es bei der Untersuchung um die antisemitische Persönlichkeit, bei der das Geschlecht erst einmal nachrangig war.⁶ Dennoch wurde erstmals über mögliche geschlechtsspezifische Unterschiede in Bezug auf antisemitische Haltungen nachgedacht. Hervorzuheben ist als Besonderes der Studie, dass der Versuch einer Theorie über die antisemitische Persönlichkeit auf der Basis einer hauptsächlich aus Frauen bestehenden Untersuchungsgruppe gewagt wird. Dies wiederum zeigt, dass Frauen als Antisemitinnen durchaus wahrgenommen wurden. Diese Erkenntnis ist in den darauffolgenden Jahren jedoch offenbar in Vergessenheit geraten. Erst 1993, also knapp 50 Jahre nach der Veröffentlichung des Originals, erschien eine deutsche Übersetzung mit dem Titel „Die antisemitische Persönlichkeit. Ein Forschungsbericht“.⁷ Und erst in der Folge des Erscheinens dieser Version wurde in Deutschland an die Forschung der Kriegsjahre angeknüpft.⁸

Exkurs: Der Antisemit und die Antisemitin aus psychoanalytischer Perspektive

Der Antisemitismus taucht in der Perspektive von Mitscherlich-Nielsen und Radonić als eine Über-Ich-Deformation auf.⁹ Sigmund Freud zufolge ist das Über-Ich eine Instanz der Persönlichkeit – neben dem Ich und dem Es – und nimmt

5 Vgl. Else Frenkel-Brunswik/R. Nevitt Sanford, Some Personality factors in Anti-Semitism, in: *The Journal of Psychology* 20 (1945), S. 271, 288.

6 Vgl. ebenda, S. 271.

7 Else Frenkel-Brunswik/R. Nevitt Sanford, Die antisemitische Persönlichkeit. Ein Forschungsbericht, in: Ernst Simmel (Hrsg.), *Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1993.

8 Vgl. Gehmacher, *Feministische Geschichtsforschung*, S. 150.

9 Vgl. Margarete Mitscherlich-Nielsen, Antisemitismus – eine Männerkrankheit?, in: *Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen* 37 (1983) 1, S. 44, S. 51; vgl. Radonić, *Friedfertige Antisemitin?*, S. 7.

die Rolle eines Zensors oder Richters gegenüber dem Ich ein. Das Über-Ich bildet sich durch die Verinnerlichung elterlicher Verbote und Forderungen (und arbeitet unbewusst).¹⁰ Beim Antisemiten würden diese Gebote und Verbote nicht verinnerlicht, sondern es herrschten anerzogene und automatische Verhaltens- und Reaktionsweisen.¹¹ Das Über-Ich kennt daher nur äußere Verbote und Pflichten, die nicht in das Ich aufgenommen werden.¹² Etwas stärker in Bezug auf die Gesellschaft formuliert: Das Über-Ich wird zum Träger der Traditionen und der zeitbeständigen Wertungen, die über die Generationen weitergegeben werden.¹³

Wichtig ist festzuhalten, dass es nicht die einheitliche antisemitische Persönlichkeit gibt. Vielmehr existieren psychische Gemeinsamkeiten unter Antisemiten und Antisemitinnen, die aus ähnlichen Mustern bei der psychischen Reaktionsbildung bestehen, wie zum Beispiel die Ich-Spaltung, die sich durch starke Projektionen zeigt.¹⁴ Die Projektion ist ein Vorgang, bei dem das Subjekt Gefühle, Wünsche, die es verkennt oder in sich ablehnt, aus sich ausschließt wie etwa eigene Triebregungen, Unbewusstes und Verdrängtes. All dies wird in dem Anderen, hier einer Person oder Gruppe, lokalisiert.¹⁵ Antisemiten und Antisemitinnen projizieren

- 10 Jean Laplanche/Jean-Bertrand Pontalis, Über-Ich, in: dies., *Das Vokabular der Psychoanalyse*, Frankfurt a. M. 1996, S. 540 ff.; vgl. Lars Rensmann, *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*, Berlin/Hamburg 1998, S. 42 f.
- 11 Es erscheint zunächst als Widerspruch, dass in psychoanalytischen Perspektiven davon ausgegangen wird, dass Antisemitismus einerseits durch nicht verinnerlichte Gebote und Verbote entsteht und andererseits durch ein starkes Über-Ich, das gerade die elterlichen Verbote verinnerlicht hat. An diesem Punkt wird deutlich, dass den Perspektiven kein ausformulierter Gesellschaftsbegriff zugrunde liegt. Empirisch schließen sich beide Perspektiven nicht aus.
- 12 Vgl. Mitscherlich-Nielsen, *Männerkrankheit?*, S. 45.
- 13 Freud zit. n. Laplanche/Pontalis, *Über-Ich*, S. 542.
- 14 Rolf Pohl, *Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie*, in: Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdoğan (Hrsg.), *Konstellationen des Antisemitismus*, Wiesbaden 2010, S. 42; Béla Grunberger, *Der Antisemit und der Ödipuskomplex*, in: *Psyche. Eine Zeitschrift für psychologische und medizinische Menschenkunde* 14 (1962) 5, S. 256 ff.; Salzborn, *Antisemitismustheorien*, S. 70 f.; Salzborn, *Antisemitismus*, S. 327.
- 15 Laplanche/Pontalis, *Projektion*, in: dies., *Das Vokabular der Psychoanalyse*, S. 399 ff.; Salzborn, *Antisemitismustheorien*, S. 70; Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a. M. 2004, S. 196 ff.

ihre Fehler und uneingestandenene Neigungen auf die verachtete Gruppe. Durch die Neigung zur Projektion kann die Realität nicht adäquat erkannt werden. Die eigenen inneren Ängste werden als äußere Bedrohung wahrgenommen.¹⁶

Antisemitismus als männliches Phänomen bei Mitscherlich-Nielsen

Für die Perspektive, dass Frauen nur aufgrund ihrer Anpassung an männliche Herrschaft Antisemitinnen sind, steht der Aufsatz „Antisemitismus – eine Männerkrankheit?“, den Margarete Mitscherlich-Nielsen 1982 verfasst und 1983 veröffentlicht hat. Mitscherlich-Nielsen stellt zunächst fest, dass Antisemitismus bisher von psychoanalytischen Autoren mit der psychosexuellen Entwicklung des Mannes beschrieben wurde. Ihr Fokus hingegen läge auf geschlechtsspezifischen Differenzen zwischen Männern und Frauen.¹⁷ Die Autorin geht der Frage nach, welche abgewehrten Bedürfnisse und Gefühle Frauen projizieren und verschieben, um Antisemitinnen zu werden.¹⁸ In diesem Zusammenhang versucht Mitscherlich-Nielsen aus psychoanalytischer Perspektive zu begründen, warum Frauen keine genuinen Antisemitinnen sein können. Ihr Denken ist dabei überwiegend durch ein differenztheoretisches Geschlechterverständnis bzw. eine differenzfeministische Perspektive geprägt.¹⁹ Darunter kann im Anschluss an die Soziologin Ilse Lenz die Annahme von grundsätzlichen oder natürlichen Unterschieden zwischen Frauen und Männern verstanden werden. Diese können biologisch, kulturell und historisch bedingt sein.²⁰

Mit Bezug auf Freud und seine Unterscheidung hinsichtlich der psychosexuellen Entwicklung zwischen Mädchen und Jungen entfaltet Mitscherlich-Nielsen ihre These von der Konstitution der antisemitischen Persönlichkeit und verbindet diese mit der Psyche des Mannes. Ausgangspunkt ist dabei der

16 Pohl, *Der antisemitische Wahn*, S. 42 ff., S. 54 ff.

17 Mitscherlich-Nielsen, *Männerkrankheit?*, S. 43 f.

18 Ebenda, S. 47 f., S. 52.

19 Rommelspacher, *Schuldlos*, 134 f.; Salzborn, *Antisemitismustheorien*, S. 76.

20 Ilse Lenz (Hrsg.), *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Ausgewählte Quellen*, Wiesbaden 2008, S. 27 ff.; Barbara Holland-Cunz, *Die alte neue Frauenfrage*, Frankfurt a. M. 2003, S. 124 f.

Kastrationskomplex.²¹ Struktur und Wirkung sind beim Kastrationskomplex – einer Fantasie – je nach Geschlecht unterschiedlich. Der Junge hat eine Kastrationsangst (Angst vor der Zerstörung der eigenen Person), das Mädchen empfindet seine Penislosigkeit als Nachteil und versucht diese zu verleugnen, zu kompensieren und zu reparieren.²² Vielfach wird der Kastrationskomplex nicht mehr auf einer solchen körperlichen Ebene gedacht, sondern auf eine kulturelle Ebene bezogen. Die Kastrationsdrohung hat die Funktion eines Gesetzes: Beim Jungen wirke die Kastrationsdrohung stark, deswegen entstehe ein strenges bzw. starkes Über-Ich. Bei Mädchen sei die Kastrationsangst nicht sehr ausgeprägt, weswegen ein schwaches Über-Ich entstehe.²³

Das Mädchen/die Frau habe aber anstelle der männlichen Kastrationsangst die Angst vor Liebesverlust und könne folglich nicht die Stärke und Unabhängigkeit des Jungen/Mannes erreichen.²⁴ Mitscherlich-Nielsen schreibt:

„Ihn [den Antisemiten] zeichnet vor allem seine Neigung zu groben Projektionen aus, die seine Fähigkeit stört, die Realität adäquat wahrzunehmen. Er ist seinen eigenen Triebbedürfnissen gegenüber unkritisch und blind. [...] Die abgewehrte Analität in Form von Zwängen oder eines moralischen Sadismus ist in unserer Kultur beim Mann ausgeprägter zu finden als bei der Frau. Frauen, so scheint es, können oft Schuldgefühle und eine gewisse Unordnung besser ertragen als Männer. Vor ‚law-and-order‘-Fetischismus behütet sie ihr ‚schwaches‘ Überich. Deswegen neigen sie auch weniger zur Verleugnung und Verdrängung ihrer Gefühle als Männer.“²⁵

Mitscherlich-Nielsen sieht einen tief greifenden Unterschied zwischen der Psyche von Frauen und Männern. Speziell am Über-Ich zeige sich diese Differenz: „Wenn es stimmt, daß Antisemitismus vorwiegend eine Überich-Krankheit ist, so hat sie in der Tat weit mehr mit der typischen Entwicklung des männlichen als mit derjenigen des weiblichen Überichs zu tun. Die um das Geliebtwerden

21 Mitscherlich-Nielsen, Männerkrankheit?, S. 50.

22 Laplanche/Pontalis, Kastrationskomplex, in: dies., Das Vokabular der Psychoanalyse, S. 242 ff.

23 Mitscherlich-Nielsen, Männerkrankheit?, S. 48; Radonić, Friedfertige Antisemitin?, S. 147.

24 Ebenda, S. 49.

25 Ebenda, S. 48 f.

bangende Frau, ihre sich aus diesen Wünschen und Verinnerlichungen aufbauenden Überich-Strukturen prädestinieren sie nicht zum Antisemitismus.“²⁶ Das im Aufsatztitel gesetzte Fragezeichen scheint sich also aufzulösen, wenn konstatiert wird, dass die „Krankheit“ Antisemitismus von Männern ausgeht. Frauen seien zwar nicht gegen diese „Krankheit“ immun, können sich schlimmstenfalls nur „anstecken“. Mitscherlich-Nielsen geht davon aus, dass Frauen dazu neigen, sich den Meinungsbildungen der von Männern beherrschten Gesellschaft anzupassen. Sie würden seit jeher soziale und politische Vorurteile von ihren Vätern, Brüdern und Männern übernehmen.²⁷ Frauen würden – wie alle Schwachen und Unterdrückten einer Gesellschaft – dazu neigen, „sich mit dem Aggressor zu identifizieren, sich seiner Meinung zu unterwerfen und sie zu teilen“.²⁸

Die Autorin hat hier deutsche Frauen der nationalsozialistischen Gesellschaft im Blick, die zur vollständigen Unterwerfung bereit gewesen seien und alles, was von ihnen gefordert worden sei, erfüllt hätten.²⁹ Das Weibliche am Antisemitismus erschöpft sich also in der Anpassung an den Mann und die männliche Herrschaft. Zur Begründung, warum Frauen die Vorurteile übernehmen, schreibt sie „[d]araus läßt sich schließen, daß Frauen weniger aufgrund eigener Ängste, psychischer Konflikte und Projektionen dem Antisemitismus verfallen denn als Folge ihrer Identifikationen mit männlichen Vorurteilen. Diese Neigung, sich anzupassen, hängt wiederum mit ihrer allzu großen Angst vor Liebesverlust zusammen“.³⁰

Spannend ist bei Mitscherlich-Nielsen eine Ambivalenz, die sich beispielsweise in dem Band „Die friedfertige Frau. Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter“ aus dem Jahr 1985 zeigt. In diesem betont sie einerseits, dass Frauen und Männer das gleiche Aggressionspotenzial und auch gleiche Triebbedürfnisse haben. Ihnen werde lediglich ein unterschiedlicher Umgang mit ihren Aggressionen beigebracht. Andererseits missachtet sie die Erkenntnis der gleichen Triebbedürfnisse. Und zwar, wenn sie davon ausgeht, dass Frauen kein Bedürfnis hätten, quasi aus sich heraus unzulässige Triebbedürfnisse auf Sündenböcke zu verschieben.

26 Ebenda, S. 51 f., Schreibweise im Original.

27 Ebenda, S. 49.

28 Ebenda.

29 Ebenda.

30 Ebenda, Schreibweise im Original.

In dem zwei Jahre vor ihrem Tod im Jahr 2010 erschienenen Essayband „Die Radikalität des Alters“ reflektiert Mitscherlich-Nielsen in gleicher Stoßrichtung über männliche und weibliche Werte. Zwar, so stellt sie fest, seien in beiden Geschlechtern von Geburt an die gleichen aggressiven Potenziale vorhanden.³¹ Dennoch wurden von Frauen, so schreibt sie, „über Jahrhunderte und bis heute Gefühls- und Einfühlungsvermögen verlangt. Es wurden Aufopferung und Hingabebereitschaft erwartet, Mütterlichkeit und Liebe für die Schwachen dieser Welt zu zeigen, außer natürlich für solche, die Minderheiten angehören, die von Teilen der Männerwelt zu Sündenböcken gemacht oder zu ‚Feinden‘ erklärt wurden und werden, wie Juden, Asylanten, Ausländer.“³²

Fraglich ist, inwiefern der (angeblich) passive weibliche Antisemitismus bei Mitscherlich-Nielsen in Wirklichkeit eine eigenständige Form des Antisemitismus darstellt und inwiefern es zutreffender sein könnte, statt von einem von Männern abgeleiteten Antisemitismus von einem durch Männlichkeit vermittelten Antisemitismus zu sprechen. Wie im Folgenden gezeigt wird, interpretiert Radonić Mitscherlich-Nielsen jedenfalls ohne Zweifel dergestalt, dass Männer antisemitisch sind, Frauen hingegen nicht.

Exkurs: Die nichtjüdische Frau im Nationalsozialismus

Die Überlegungen von Mitscherlich-Nielsen sind nicht von parallel verlaufenden Diskussionen in der zweiten Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu trennen, bei denen es um die Frage ging, welche Verantwortung nichtjüdische deutsche Frauen im Nationalsozialismus hatten.

Zu diesem Zeitpunkt wurden nichtjüdische deutsche Frauen oftmals – wie beispielsweise von der Historikerin Gisela Bock – einseitig als Opfer des Nationalsozialismus angesehen.³³ Die Politikwissenschaftlerin Barbara Holland-Cunz

31 Margarete Mitscherlich, *Die Radikalität des Alters: Einsichten einer Psychoanalytikerin*, Frankfurt a. M. 2010, S. 79.

32 Ebenda, S. 120.

33 Gisela Bock schrieb über die nationalsozialistische Bevölkerungs- bzw. Geburtenpolitik, insbesondere Zwangssterilisationen an Frauen und Männern. Dabei sieht sie Frauen als erste Opfer des nationalsozialistischen Massenmordes an. Sie will gegen die Behauptung

macht darauf aufmerksam, dass bis in die 1980er-Jahre hinein die zweite Frauenbewegung fast durchgängig „den einfachen historischen Mythos“ vertrat, „dass der Nationalsozialismus als ausgeprägtes Patriarchat durch Frauenunterdrückung gekennzeichnet“³⁴ gewesen und wesentlich ohne Frauenbeteiligung ausgekommen sei.³⁵ Wobei – ohne diese Kritik schmälern zu wollen – ergänzt werden sollte, dass zu diesem Zeitpunkt die Forschungen zur Rolle von Frauen im Nationalsozialismus zumindest in Deutschland noch nicht weit fortgeschritten waren.³⁶

Ende der 1980er-Jahre kamen die ersten feministischen Kritiken auf, die den Antisemitismus von Frauen als diskursive Leerstelle verstanden. Sie warfen der zweiten Frauenbewegung vor, ihren eigenen Antisemitismus nicht zu thematisieren, und diagnostizierten der Frauenbewegung, dass diese eine Beteiligung von Frauen am Holocaust verdränge und dadurch Schuldabwehr betreibe.³⁷ Viele Frauen der zweiten Frauenbewegung hätten sich mit der Geschichte von nicht-jüdischen Frauen im Nationalsozialismus identifiziert, nichtjüdische deutsche Täterinnen seien Identifikationsfiguren gewesen, hingegen keine nichtjüdischen Widerstandskämpferinnen.³⁸ Zudem wurde die Blindheit gegenüber deutschen Jüdinnen und Juden kritisiert. Diese hänge mit der kulturellen Zugehörigkeit der

ansprechen, dass die nationalsozialistische Politik aus Pronatalismus und Mutterkult bestanden habe, siehe: Gisela Bock, Gleichheit und Differenz in der nationalsozialistischen Rassenpolitik, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 19 (1993) 3, S. 281, 288.

34 Holland-Cunz, *Frauenfrage*, S. 87.

35 Siehe auch Antje Harms, *Antisemitismus: Ein blinder Fleck in der Frauen- und Geschlechterforschung*, in: *Freiburger FrauenStudien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauenforschung* 18 (2006), S. 319 ff.

36 Als erste, wichtige Forschungen können folgende drei Studien genannt werden (deutschsprachig): Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), *Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus*, Nördlingen 1987; Karin Windaus-Walser, *Gnade der weiblichen Geburt? Zum Umgang der Frauenforschung mit Nationalsozialismus und Antisemitismus*, in: *Feministische Studien* 6 (1988) 1; Lerke Gravenhorst/Carmen Tatschmurat (Hrsg.), *Töchterfragen. NS-Frauentgeschichte*, Freiburg i. Br. 1990.

37 Windaus-Walser, *Gnade der weiblichen Geburt?*, S. 102.

38 Ebenda, S. 103; Lerke Gravenhorst, *Nehmen wir Nationalsozialismus und Auschwitz ausreichend als unser negatives Eigentum in Anspruch?*, in: dies./Tatschmurat (Hrsg.), *Töchterfragen*, S. 32 ff.; Gudrun Brockhaus, *Opfer, Täterin, Mitbeteiligte. Zur Diskussion um die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus*, in: Gravenhorst/Tatschmurat (Hrsg.), *Töchterfragen*, S. 110 f.

Frauen der zweiten Frauenbewegung zur Täter- und Täterinnen-Nation zusammen.³⁹ Frauen hätten ihre Aufmerksamkeit und das Interesse nicht auf jüdische Opfer des Nationalsozialismus gerichtet, weil sonst das Mitgefühl mit den Täterinnen ins Wanken geraten wäre. Brüche mit Müttern und Großmüttern, die der nationalsozialistischen Tätergeneration zuzurechnen waren, konnten dadurch nicht zutage treten.⁴⁰

Antisemitismus als männliches und weibliches Phänomen

An diese feministischen Kritiken schließt nun die Politikwissenschaftlerin Ljiljana Radonić in ihrem Werk „Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus“ von 2004 an.⁴¹ Auch sie stellt sich die Frage, ob geschlechterspezifische Aspekte beim Antisemitismus auszumachen sind, und untersucht, ebenso wie Mitscherlich-Nielsen auf der Grundlage der Psychoanalyse, das Verhältnis von Frauen zum Antisemitismus. Sie kommt allerdings zu einem fundamental entgegengesetzten Ergebnis: Radonić wirft Mitscherlich-Nielsen vor, den Nationalsozialismus zu verharmlosen bzw. die negative Verantwortung von Frauen im Nationalsozialismus reingewaschen und zu einem Opfermythos beigetragen zu haben.⁴²

Radonić geht davon aus, dass sowohl Frauen als auch Männer ein schwaches Über-Ich haben können. Damit verwirft sie die Identifikationen von Frau gleich schwaches Über-Ich (nicht antisemitisch) und Mann gleich starkes Über-Ich (antisemitisch).⁴³ Ihr Ausgangspunkt ist ebenfalls Freud, wobei sie einzelne Aspekte seiner psychoanalytischen Theorie, etwa die Begriffe Kastrationsangst

39 Jacoby/Lwanga, Antisemitismus, S. 98.

40 Rommelspacher, Schuldlos, S. 86 ff., S. 92 f., S. 112, S. 116.

41 In einer aktuellen Veröffentlichung zu der Thematik schlägt Radonić einen Bogen von Mitscherlich-Nielsen bis hin zu Judith Butlers Antizionismus, vgl. Ljiljana Radonić, „Deutsche Therapie ist irgendwie universell“. Die friedfertige Antisemitin und ihre queer-feministischen Nachfolgerinnen, in: *Jungle World* 21 (2014). In komprimierter Form veröffentlichte sie ihre Thesen auch in dem Artikel Deutscher Feminismus und Antisemitismus, in: <http://www.xs43.net/bagrupowi/texte/dt.fem.as.html> (ohne Jahr) (17. 12. 2014).

42 Radonić, *Friedfertige Antisemitin?*, S. 87 ff.

43 Ebenda, S. 151.

und Penisneid, modifiziert, indem sie diese in einem symbolischen Sinn versteht. Dadurch macht sie Gemeinsamkeiten in den Entwicklungen des Über-Ichs von Mädchen und Jungen deutlich. Radonić schreibt, dass Jungen und Mädchen beide den andersgeschlechtlichen Elternteil lieben und sich vor dem gleichgeschlechtlichen fürchten, da sie „von diesem in ihrer sexuellen Erfüllung gehindert“ werden.⁴⁴ Sie versteht unter Kastrationsangst (im symbolischen Sinn) die „Einschränkung sexueller Strebungen durch den/die mächtige[n] Rivalen/in“ und nicht die „Angst vor dem tatsächlichen Abschneiden des Genitals“.⁴⁵

Durch die Übermacht des und die Bedrohung durch den andersgeschlechtlichen Konkurrenten bzw. die andersgeschlechtliche Konkurrentin werden die Kinder gezwungen, die Autorität des Vaters und der Mutter aus Selbstschutz zu verinnerlichen und sich mit ihm/ihr zu identifizieren.⁴⁶ Dabei ist die Macht der Väter als Autorität nicht zwangsläufig stärker als die Macht der Mütter, andere Autoritäten wie Schule und Freundeskreis haben ebenfalls eine große Bedeutung.⁴⁷ Unter Penisneid versteht Radonić in einem symbolischen Sinn den Neid auf die größere Freiheit und Macht von Männern, wobei die Macht durch den Penis/Phallus symbolisiert wird. Frauen beneiden, was Männlichkeit an gesellschaftlichen Vorteilen mit sich bringt.⁴⁸

Wie Mitscherlich-Nielsen behauptet Radonić, dass keine geschlechtsspezifisch verschiedenen Triebe existieren. Es gebe nur anerzogene Unterschiede in der Art, mit den Trieben umzugehen. Schon in der analen Phase werden Jungen im Allgemeinen Aggressionsausbrüche eher zugestanden als Mädchen. Von diesen erwartet man schon zu jenem Zeitpunkt, dass sie ihre aggressiven Tendenzen einschränken und zunehmend nach innen wenden.⁴⁹ Anders formuliert: Durch die geschlechtsspezifische Sozialisation wird begünstigt, dass dem Mann nach wie vor Aggression, Selbstbehauptung und Gefühlsabwehr offen zustehen. Der Frau hingegen wird von der Gesellschaft unverändert, so Radonić, die Rolle der sich Anpassenden, Gefühlvollen und Dienenden zugewiesen. Das bedeutet, dass

44 Ebenda, S. 44.

45 Ebenda, S. 151.

46 Ebenda.

47 Ebenda, S. 45.

48 Ebenda, S. 43.

49 Ebenda, S. 42, S. 150.

Frauen aufgrund ihrer Rolle Aggressionen weniger zugestanden werden und bei Frauen die Triebunterdrückung größer ist als beim Mann. Radonić zufolge ziehen Frauen wie Männer einen psychischen Gewinn aus der antisemitischen Projektion, wenngleich dieser eben abhängig vom Geschlecht differiere.⁵⁰

Ihr Ausgangspunkt ist die Voruntersuchung der „Studies in Prejudice“, in der Frenkel-Brunswik/Sanford als wichtigen geschlechtsspezifischen Unterschied zwischen den antisemitischen Persönlichkeitsstrukturen folgenden Umstand feststellten: „Die antisemitischen Mädchen zeigen eine konventionelle weibliche Fassade und sind dahinter voll von Aggression. Der antisemitische Mann versteht sich als männlich, aggressiv und hartgesotten; dahinter liegt aber der Wunsch nach Passivität und Abhängigkeit.“⁵¹ Im Anschluss an diesen Befund geht Radonić davon aus, dass sich der Antisemitismus bei Frauen anders äußert. Sie bemerkt, dass geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen, was die Regungen anbetrifft, die der eigenen Geschlechterrolle als nicht entsprechend empfunden werden. Es scheint also ein beiden Geschlechtern gemeinsamer Rollenkonflikt ausschlaggebend zu sein.⁵² Wobei sowohl die Entstehung weiblicher Rollenbilder als auch damit zusammenhängende psychische Konflikte von Bedeutung sind: „Da den Männern Aggressionen im Allgemeinen eher zugestanden werden, verschieben und projizieren sie ‚nur‘ die gegen eigene Autoritäten gerichteten auf negative Autoritäten wie ‚die Juden‘, während sie einen Teil ihrer Aggressionen sowieso ungehindert an Schwächeren auslassen können. Verdrängt werden müssen aber auch all jene Regungen, die als ‚unmännlich‘ empfunden werden: Das Bedürfnis nach Passivität, Abhängigkeit, die Angst vor Liebesverlust, Verletzbarkeit etc.“⁵³ Und weiter schreibt sie: „Frauen hingegen werden Aggressionen im Allgemeinen kaum zugestanden, umso befreiender ist es dann, sie an gesellschaftlich als solchen anerkannten Out-Groups auszulassen.“⁵⁴

50 Ebenda, S. 48 ff., S. 148 ff., S. 163.

51 Frenkel-Brunswik/Sanford, Die antisemitische Persönlichkeit, S. 144.

52 Radonić, friedfertige Antisemitin?, S. 19 ff.; Renate Göllner, Die friedfertige Antisemitin? Ein Buch von Ljiljana Radonic, in: Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur des Exils und des Widerstands (2005) 1/2, S. 85.

53 Ebenda, S. 158.

54 Ebenda.

Das bedeutet, Männer verdrängen außer den Hassgefühlen gegenüber Autoritäten auch vermeintlich unmännliche Wünsche. Frauen hingegen müssen jegliche Aggressionsäußerungen gegenüber der In-Group, der Gesellschaft in der sie leben, verdrängen. Denn „[a]uch an Schwächeren dürfen Aggressionen aufgrund des Klischees der weiblichen Fürsorglichkeit nicht ausgelassen werden. Im größeren Maße als Männer erfahren Frauen sich als ohnmächtig und erhalten Entlastung in dem Hass auf den erlaubten Schuldigen. [...] Auch kommt zu der alltäglichen narzisstischen Kränkung, der alle Individuen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind, bei Frauen noch die Schlechterstellung im Vergleich zu Männern hinzu. Antisemitismus und Rassismus sind Möglichkeiten der psychischen Entlastung, die trotz der weiblichen Rolle zur Abfuhr bedrängender Regungen und Ohnmachtsgefühle verwendet werden können“.⁵⁵

Radonićs Theorie kann als wichtige Wiederbelebung der Idee von geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Artikulationsform des Antisemitismus (basierend auf den Überlegungen von Frenkel-Brunswik/Sanford) verstanden werden. Allerdings fallen ihre Ausführungen zum weiblichen autoritären Charakter und zu geschlechtsspezifischen Rollenkonflikten bisweilen knapp aus. Sie zeigt beispielsweise nicht auf, ob und wie sich die stärker unterdrückten Aggressionen von Frauen auf antisemitische Ressentiments inhaltlich niederschlagen bzw. wie das Verhältnis zwischen den vergeschlechtlichten Ausdrucksformen von antisemitischen Ressentiments beschrieben werden könnte. Wie zeigt sich und worin genau besteht der Unterschied in der antisemitischen Artikulation von Männern und Frauen?⁵⁶

An diese Fragen knüpfen zwei Beiträge an, die im Jahr 2011 erschienen sind. In ihnen werden geschlechtsspezifische Ausformungen von antisemitischen Äußerungen behandelt, es geht also um vom Geschlecht abhängige unterschiedliche Artikulationsvarianten des Antisemitismus. Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn bestimmt in seinem Aufsatz „Antisemitismustheorien und Gender“ aus theoretischer Perspektive das Verhältnis von Antisemitismus und dem sozialen Geschlecht der Akteure und Akteurinnen skizzenhaft. Seine geschlechtersensible

55 Ebenda, S. 163.

56 Für weitere Kritik an Radonić siehe Andrea Geier, Erhellende Rückblicke. Positionen, Entwicklungen und Probleme der Antisemitismusforschung vom 11. 4. 2005, in: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=8039 (14. 1. 2015).

Skizze setzt im Prinzip bei Sigmund Freud und Talcott Parsons an, die beide davon ausgingen, dass sich die antisemitische Fantasie psychologisch betrachtet im Wechselverhältnis von Kastrationsangst und Kastrationsdepression artikuliere. Soziologisch betrachtet äußere sich ferner die antisemitische Fantasie „als Angst vor Verlust von Anerkennung, Liebe oder Status bzw. als Reaktion auf genau diesen Verlust“.⁵⁷ Die Angst vor dem Verlust von Anerkennung führe eher zu aggressivem, die Reaktion auf genau diesen Verlust eher zu defensivem Ausagieren der unbewältigten Konflikte, einer Depression.⁵⁸ In genau diesem Wechselverhältnis von Kastrationsangst und Kastrationsdepression – verstanden in einem symbolischen Sinne – liegen nun, Salzborn zufolge, Perspektiven für eine Reflexion zum Geschlecht der antisemitischen Akteure und Akteurinnen.⁵⁹

Beispielhaft belegt Salzborn die theoretischen Überlegungen durch Sekundäranalysen von quantitativen Erhebungen zu Antisemitismus aus dem „Jahrbuch der öffentlichen Meinung“ von Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann.⁶⁰ Er analysiert die Zustimmungswerte je nach Geschlecht zu antisemitischen Aussagen und folgert daraus: Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft bei Frauen ein depressives Moment unverkennbar sei und eine deutlichere Faszination gegenüber Juden in weiblichen Fantasien mitschwingt (eine identifizierende Abwehr), artikuliere sich in männlichen antisemitischen Zuschreibungen deutlicher Aggressivität und damit verbunden eine drohende Gewaltförmigkeit des Denkens.⁶¹

In jüngsten Studien stechen Salzborn zufolge Differenzen zwischen den Einstellungen von Frauen und Männern im Hinblick auf israelbezogenen Antisemitismus hervor. Zustimmungen von Frauen zu dieser Ausdrucksform des Antisemitismus seien zum Teil höher, als Beispiel nennt er die Zustimmungswerte zu der Aussage: „Das, was die Israelis mit den Palästinensern machen, ist auch nichts anderes, als die Nazis mit den Juden gemacht haben.“⁶² Daraus schließt Salzborn: „Offenbar haben Frauen dabei ein präziseres Gespür dafür, welche Formen von Antisemitismus in

57 Salzborn, Antisemitismustheorien, S. 75.

58 Ebenda.

59 Ebenda, S. 76.

60 Seit 1976 erscheinen die Studien unter dem Titel Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie.

61 Salzborn, Antisemitismustheorien, S. 78 f.

62 Ebenda, S. 79.

der bundesdeutschen Öffentlichkeit sanktionsgefährdet sind: Antiisraelische Positionen bilden in den deutschen Medien den *mainstream*, so dass Kritik bei gegen Israel gerichtetem Antisemitismus in weit geringerem Maße zu erwarten ist als bei allen anderen Formen des Antisemitismus. Erstaunlich ist aber, dass mit Blick auf die Positionierung der Frauen die depressiven Züge, die zuvor noch ausgesprochen bedeutsam waren, hier offenbar geringer werden, allerdings wie gesagt in einem Feld, das gesellschaftlich wenig bis gar nicht sanktionsgefährdet ist.⁶³ Diesen Umstand, dass Frauen ihren Antisemitismus deutlich aggressiver artikulieren, deutet er als „weibliche Rebellion“.⁶⁴ Die Kastrationsangst in antisemitischen Projektionen von Frauen steige an, dem zugrunde liege möglicherweise ein Wandel von Rollenbildern. Ausgehend von den traditionellen weiblichen Rollenbildern nähern sich Frauen, Salzborn zufolge, dem männlichen Hegemonialtyp an.

Etwas unklar bleibt aus meiner Perspektive, worin in der aufgeführten Aussage die spezifisch weibliche Aggressivität liegt. Denkbar wäre doch auch, dass sich in der Zustimmung zu der Aussage: „Das, was die Israelis mit den Palästinensern machen, ist auch nichts anderes, als die Nazis mit den Juden gemacht haben“, vielmehr eine falsch verstandene Mitmenschlichkeit von Frauen mit den „schwachen Palästinensern“ ausdrücken könnte. Mit der hohen Zustimmung entsprächen die befragten Frauen ihrer zugeschriebenen Geschlechterrolle bzw. dem Weiblichkeitsbild „mitfühlende Frau“. In dieser Logik käme es, im Gegensatz zu Salzborns Interpretation, zu keinem Ausbrechen aus und keinem Bruch mit der Geschlechterrolle, sondern zu einer erneuten Festschreibung.

Wichtig ist, dass Salzborn Radonićs These, in der männlich gleich aggressiver und weiblich gleich weniger aggressiv miteinander verknüpft werden, weiterentwickelt und präzisiert, weil er sie historisch rückbindet. Er koppelt wie Radonić Aggressionen in der Nachkriegszeit an das männliche Rollenbild, zumindest zu Beginn der untersuchten zeitlichen Entwicklung. Dabei bezieht er jedoch eine zeitliche Ebene ein, indem er Veränderungen bzw. Entwicklungen hin zu mehr Aggressivität in Äußerungen von Frauen reflektiert.

Auch die Sozialpsychologin Beate Küpper und der Sozialpsychologe Andreas Zick untersuchen quantitativ-empirische Umfragen zu Antisemitismus. Sie

63 Ebenda, S. 79 f., Herv. im Original.

64 Ebenda, S. 80.

beleuchten diese auf Differenzen zwischen dem Zustimmungsverhalten von Frauen und Männern. Ihre Basis ist das Datenmaterial der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeits-Studien über einen Zeitraum von mehreren Jahren, die unter der Leitung des Soziologen Wilhelm Heitmeyer zwischen 2002 und 2010 jährlich erhoben wurden. Es handelt sich um eine telefonisch durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage, die zwischen 2000 und 3000 Personen umfasste.⁶⁵ Gegenstand der Befragung sind Feindschaften gegenüber einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, zu diesen zählen unter anderem Muslime, Obdachlose, Juden, Homosexuelle und Frauen. Antisemitismus wird in den Studien unter anderem über die Items „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“, „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“ und „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“, gemessen. Weitere Items wurden unregelmäßig erhoben, etwa „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“.⁶⁶

In ihrer Analyse unterscheiden Küpper/Zick zwischen offenen und subtilen Vorurteilen. Sie rechnen das Item „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“, der antisemitischen Kritik an Israel zu, die wiederum als subtil angesehen wird.⁶⁷ Ein subtiles Vorurteil oder, konkret, subtiler Antisemitismus verberge sich u. a. in der Vermutung unüberbrückbarer, großer kultureller Differenzen und der Verwehrung positiver Gefühle (doppelte Bewertungs-Standards der israelischen Politik).⁶⁸

Mit Bezug auf Geschlecht messen sie dieser Unterscheidung in offene und subtile Vorurteile eine besondere Rolle bei: „Die Zustimmung zu aggressiver und offener Abwertung scheint der stereotypen weiblichen Geschlechterrolle und einem femininen (expressiven) geschlechtsbezogenen Selbstkonzept zu widersprechen. Es liegt daher nahe anzunehmen, dass Frauen im Vergleich zu Männern

65 Andreas Zick/Beate Küpper, Antisemitismus in Deutschland und Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 31 (2007), S. 15; vgl. Küpper/Zick, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, S. 194 f.

66 Zick/Küpper, *Antisemitismus in Deutschland*, S. 12, S. 17; Küpper/Zick, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, S. 194 f.

67 Küpper/Zick, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, S. 199; Zick/Küpper, *Antisemitismus in Deutschland*, S. 17.

68 Küpper/Zick, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, S. 190.

zwar weniger zu offenen Vorurteilen neigen, dies aber nicht für subtil kommunizierte Vorurteile gilt.⁶⁹ Sie gehen davon aus, dass Männer offenem Antisemitismus stärker zustimmen, Frauen hingegen stärker subtilen Formen wie der antisemitischen Israelkritik.⁷⁰

Meines Erachtens wird an dieser Perspektive auch ein Grundproblem deutlich, dass sich nämlich geschlechtersensibles Nachdenken wiederum in Geschlechterstereotypen verfangen kann. Denn der Aussage, dass Frauen primär subtilen und Männer eher offenen Vorurteilen zustimmen, liegt wiederum eine geschlechterstereotype Vorstellung von Männern als offen aggressiv und Frauen als zurückhaltend, überlegt und weniger aggressiv zugrunde. Zudem stellt sich die Frage, ob die genannte Ausformung des Vorurteils überhaupt als subtil bezeichnet werden kann. Denn zu bejahen, etwas gegen Juden zu haben, ist in meiner Perspektive offener Antisemitismus und kein subtil formulierter.

Fazit und Ausblick

Es existieren einzelne, weitgehend unabhängige Reflexionsansätze zu Frauen als Antisemitinnen und einem Antisemitismus von Frauen, die oftmals Bezüge zur Psychoanalyse aufweisen. Sie ziehen verschiedene Erklärungsebenen heran, wie etwa im feministischen Differenzansatz eine „besondere Weiblichkeit“, eine bei den Geschlechtern gemeinsame Persönlichkeitsstruktur und gemeinsame Triebe sowie gesellschaftliche Geschlechterbilder und Rollenkonflikte.

Deutlich wird, dass die Figur der Antisemitin als analytische Kategorie erst entstehen musste und sich noch im Entstehen befindet. Bei Mitscherlich-Nielsen stehen die Antisemitin und ein weiblicher Antisemitismus in engem Zusammenhang mit der Unterwerfung unter den Mann und männliche Herrschaft. Ihr Erklärungsangebot wurde zumindest in der Antisemitismusforschung verworfen, es diene und diene der negativen Abgrenzung. Das gilt sowohl für Antisemitismusforscher und -forscherinnen, die auch eine psychoanalytische Perspektive

69 Ebenda.

70 Ebenda, S. 199 f. Küpper/Zick weisen darauf hin, dass die in der Studie befragten Frauen im Schnitt niedriger gebildet und etwas älter waren als die Vergleichsgruppe der Männer. Dies führe jedoch zu keinen signifikanten Unterschieden.

integrieren – wie beispielsweise Detlev Claussen,⁷¹ Samuel Salzborn und Ljiljana Radonić –, als auch für solche, die sie verwerfen. So schreibt etwa der Historiker Peter Pulzer in seinem 2004 wieder aufgelegten Buch „Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich“ allzu voreilig, dass sich der psychoanalytische Ansatz als Forschungsperspektive in der Antisemitismusforschung insgesamt als unergiebig erwiesen habe, weil er pathologisiere, und führt als Beispiel den Ansatz von Mitscherlich-Nielsen an.⁷²

Bei Radonić existiert die Antisemitin genauso wie der Antisemit, deren Vorhandensein stellt eine Selbstverständlichkeit dar. Wobei es interessant ist, dass sich Radonić auf die gleichen Geschlechtscharaktere wie Mitscherlich-Nielsen bezieht, nämlich Frauen im Nationalsozialismus, und dennoch zu einem sehr differenten Ergebnis kommt. Sie schreibt jedoch auch in einer Zeit, in der Reflexionen zu Geschlecht maßgeblich durch das Paradigma des Konstruktionscharakters geprägt sind, was ihre allzu scharfe Kritik an Mitscherlich-Nielsen erklärt. Doch auch Radonić fand keinen festen Platz in der Antisemitismusforschung und wird insgesamt wenig rezipiert, vielleicht auch, weil sie etwas Offensichtliches geäußert hat, nämlich dass Männer wie Frauen antisemitisch sein können.

Die Fragestellungen der hier diskutierten Autoren und Autorinnen bleiben brisant, wenn man verstehen möchte, warum die großen Anlässe der letzten Jahre, die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft dazu geführt haben, dass über Antisemitismus⁷³ in der breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft gestritten wurde, ausschließlich von Männern hervorgerufen wurden. In Erinnerung gerufen seien etwa die Äußerungen von Martin Walser (1998), Jürgen W. Möllemann (2002), Martin Hohmann (2003), Günter Grass (2012) und

71 Claussen, *Psychoanalyse und Antisemitismus*, S. 1 ff.

72 Peter Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*, Göttingen 2004, S. 12 f. Die Originalausgabe des Buches erschien 1964 in englischer und 1966 in deutscher Sprache. Auch die Kunsthistorikerin Elke Frietsch und die Soziologin Christina Herkommer verwerfen den Ansatz von Mitscherlich-Nielsen, da diese für eine veraltete Perspektive innerhalb der feministischen Theoriebildung stehe und an dem Opferstatus „der Frau“ festhalte, vgl. Elke Frietsch/Christina Herkommer, *Nationalsozialismus und Geschlecht. Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, „Rasse“ und Sexualität im „Dritten Reich“* und nach 1945, Bielefeld 2009, S. 28.

73 Es ging präziser um die Frage, inwiefern die jeweiligen Äußerungen antisemitische waren und aus welchen Gründen dies bejaht oder verneint werden kann.

Jakob Augstein (2013).⁷⁴ Eine Ausnahme sind die Ausführungen der Linkspartei-Parlamentarierinnen Inge Höger und Annette Groth rund um die Free-Gaza-Flottille 2010 wie den Nahostkonflikt. Doch warum sind Beispiele für Äußerungen antisemitischer Ressentiments von Frauen schwerer zu finden? Was erzeugt diese Schwierigkeit? Ist es das Fehlen von wissenschaftlichen Analysen, was die Wahrnehmung der Wirklichkeit verzerrt, oder gibt es tatsächlich weniger Frauen, die sich in der breiten Öffentlichkeit antisemitisch äußern?

Die Ansätze zu einem Antisemitismus von Frauen aus den 2000er-Jahren von Salzborn und Küpper/Zick, die auf geschlechtsspezifische Artikulationsformen abheben, könnten darüber Aufschluss geben. Sie beinhalten etwa die These, dass ein weiblicher Antisemitismus zunächst weniger aggressiv gewesen sei und erst gegenwärtig durch die Veränderung von Geschlechterrollen aggressiv werde, oder aber, dass ein weiblicher Antisemitismus vorsichtiger und vager formuliert werde. Gerade im Anschluss an diese Erkenntnisse ist die Frage spannend, inwiefern Frauen – wenn sich traditionelle Rollenbilder verändern und gar aufheben – gegenwärtig und zukünftig eine größere Palette an antisemitischen Artikulationsformen zur Verfügung steht; oder allgemeiner gefragt, welche Auswirkungen eine Transformation des Rollenbildes auf geschlechtsspezifische Artikulationsformen hat.

Künftige Forschungen sollten sich von der Fokussierung auf Frauen im Nationalsozialismus lösen und sich neuen Perspektiven zuwenden. Sie sollten sich mit gegenwärtigen Geschlechtscharakteren beschäftigen und beispielsweise Frauen aus unterschiedlichen politischen Parteien und Gruppen, sozialen oder auch religiösen Kontexten untersuchen. Wobei die Zugehörigkeit zur Gruppe der Frauen nicht bedeuten kann, dass Differenzen unterschiedlichster Art (in Bezug auf eine

74 Zu den einzelnen Ereignissen ist zahlreiche Literatur erschienen. Zu nennen wären etwa: Matthias N. Lorenz, „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“: Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser, Stuttgart 2005; Teresa Nentwig/Franz Walter, Die FDP und der latente Antisemitismus der Mitte, in: Dana Ionescu/Samuel Salzborn, Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014; Julia Kopp/Tobias Neef, Ausprägungen des Antisemitismus in der CDU, in: dies., Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014; Monika Schwarz-Friesel, „Dieser Text bedient moderne antisemitische Klischees“, in: Deutschlandradio Kultur vom 10. 4. 2012; Lukas Betzler/Manuel Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein, Baden-Baden 2015.

kulturelle, geografische, soziale und politische Herkunft) zwischen Frauen aufgehoben sind. Durch die Verschiebung der Perspektive auf einen anderen zeitlichen wie gesellschaftlichen Rahmen gelangen andere Untersuchungsobjekte ins Blickfeld. So wäre z. B. zu fragen, auf welche Art und Weise Jüdinnen und Juden oder der Staat Israel von Frauen in konkreten politischen Diskursen dargestellt werden und inwiefern die Art und Weise der Darstellung auf vergeschlechtlichtes antisemitisches Denken verweist. Die Herausforderung beim geschlechtssensiblen Nachdenken ist es, nicht in geschlechtliche Naturalisierungen zu verfallen und dennoch (partiell) verallgemeinerbare Aussagen zu treffen.

Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik

Kriterien zur Differenzierung und Einordnung von Positionen im Nahostkonflikt

Eine Zuspitzung des Nahostkonflikts hat im Hinblick auf seine Deutung nicht nur in Deutschland häufig eine Eskalation der Emotionen zur Folge. Hierbei lässt sich seit geraumer Zeit ein wiederkehrendes Muster ausmachen: Das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die palästinensische Seite löst Ablehnung und Empörung aus. Schnell sind Begriffe wie „Kriegsverbrechen“ oder „Völkermord“ bei der Hand. Mitunter gehen damit auch historische Gleichsetzungen, nicht selten mit dem Nationalsozialismus, einher. Emotionalität und Pauschalität finden sich aber auch auf der anderen Seite: Antisemitismus gilt dort als eigentliches und wahres Motiv der Israelkritik. In dieser Sicht spricht allein schon die Formulierung – es gebe ja keine Frankreich- oder Italienkritik – für Judenfeindschaft. Alte Hassbilder artikulierten sich im neuen Gewand des Antizionismus. Dann endet die aufgeregte, polarisierte und stereotype Auseinandersetzung ebenso schnell wie sie begonnen hat, um beim nächsten Anlass in ähnlicher Form neu aufzukommen.

Auf der Strecke bleiben Erkenntnis- und Unterscheidungsvermögen, was angesichts der Bedeutung des Themas zu kritisieren ist. Diese „Debatten-Unkultur“ wird hier zum Anlass für eine differenzierte und systematische Betrachtung des Themas genommen. Denn um eine Definition der relevanten Begriffe oder eine Untersuchung der präsentierten Positionen kümmern sich beide Seiten in der Regel nicht. So bedarf es doch einer Antwort auf die Frage: Wann ist von einer antisemitischen, wann von einer nicht-antisemitischen Kommentierung der israelischen Politik zu sprechen? Beides gibt es, doch worin bestehen die jeweiligen

Unterschiede? Mit welchen Kriterien lassen sich Einordnungen vornehmen? Und: Muss jede nicht-antisemitische Kritik an Israels Vorgehen automatisch eine berechtigte Position sein? Die vorliegende Abhandlung plädiert für eine idealtypische Differenzierung zwischen einem antizionistischen Antisemitismus, einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit und einer menschenrechtlichen Israelkritik.¹

Zunächst bedarf es einer formalen und inhaltlichen Definition von Antisemitismus sowie einer Erörterung der häufig als trennscharfe Kriterien dargestellten Zuschreibungen „Dämonisierung“, „Delegitimation“ und „Doppel-Standards“. Dem folgt eine abstrakte und theoretische Kennzeichnung der Positionen „Antizionistischer Antisemitismus“, „Antiimperialistische Israelfeindlichkeit“ und „Menschenrechtliche Israelkritik“. Zur Erläuterung anhand von konkreten Argumentationsmustern geht es dann um die Einschätzung von Gleichsetzungen und Vergleichen mit dem Nationalsozialismus und von Boykottforderungen gegenüber Israel in unterschiedlicher Deutung. Dem schließen sich Erörterungen anhand von konkreten Akteuren wie den Islamisten oder der Linken an. Am Ende sollen weitere Fallbeispiele wie das 2012 publizierte Gedicht von Günter Grass „Was gesagt werden muss“ sowie Briefe an jüdische Organisationen und die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung hinsichtlich der Zuordnung zu den drei genannten Positionen im Zentrum des Interesses stehen.

Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden

„Antisemitismus“ dient hier als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zuschreibung negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu recht-

1 Erstmals entwickelte der Autor diese Unterscheidung in einem Kommentar für eine Tageszeitung, vgl. Armin Pfahl-Traugher, Kritik ist nicht gleich Kritik, in: Die Tageszeitung vom 16. Juli 2012. Die Emotionalität und Polarität der Debatte dokumentierten manche Leserreaktionen, die im Internet eingestellt wurden. Dabei reichten die Behauptungen von der Immunisierung vor jeglicher Kritik an Israel bis zur relativierenden Verharmlosung des Antisemitismus gegenüber Israel.

fertigen.² „Semiten“ sind eine Sprachfamilie (Akkadisch, Arabisch, Aramäisch, Kanaanäisch etc.), und insofern ist der Begriff für das konkret Gemeinte inhaltlich falsch oder zumindest ungenau.³ Denn „Antisemitismus“ gilt als Synonym für „Judenfeindschaft“. Insofern können durchaus auch Semiten als Angehörige der semitischen Sprachfamilie, wie etwa Araber, Antisemiten im Sinne von Judenfeinden sein.

Vereinfachter lässt sich formulieren: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden als Juden.⁴

Demnach geht es beim Gebrauch des Begriffs nicht darum, jede Kritik an einzelnen Juden, jüdischen Organisationen, der jüdischen Religion oder gar am Staat Israel mit dieser Etikettierung zu belegen. Vielmehr soll mit der Begriffsverwendung die eigentliche Motivation damit verbundener Auffassungen und Handlungen erfasst werden: die Abneigung und Feindschaft gegen das angebliche oder tatsächliche „Jüdische“. Dafür mag hier zum besseren Verständnis folgendes Beispiel dienen: Der Fernseh-Journalist Michel Friedman gilt als Feind- und Hassbild vieler rechtsextremistischer Antisemiten, die mitunter sogar seinen Tod forderten. Indes muss nicht jede Kritik an dem früheren hochrangigen Funktionsträger jüdischer Organisationen auch antisemitisch motiviert sein. Die ihm gelegentlich attestierte Arroganz beim Umgang mit Diskussions- oder Interviewpartnern führte mitunter zu Kritik an Friedman, die nichts mit seiner jüdischen Religionszugehörigkeit zu tun hatte.

- 2 Armin Pfahl-Traugber, *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Berlin 2002, S. 9. Die Definition wurde auch vom Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags übernommen, vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus*, Berlin 2012, S. 10.
- 3 Der Begriff „Antisemitismus“ kam erstmals als positiv gemeinte Selbstbezeichnung einer Gruppe von politisch aktiven deutschen Judenfeinden Ende der 1860er-Jahre auf. Man wollte sich damit ein seriöses und wissenschaftliches Image geben. Vgl. Thomas Nipperdey/Reinhard Rürup, *Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs*, in: Reinhard Rürup, *Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 95–114.
- 4 Brian Klug, *The collective Jew: Israel and the new antisemitism*, in: Christiana von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), *„Das ‚bewegliche Vorurteil‘“*. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 221–239, hier S. 224.

Es gibt aber noch eine formale und nicht nur eine inhaltliche Komponente beim Antisemitismus: Dieser steht als Judenfeindschaft für ein Feindbild, das Dualismen und Emotionen, Pauschalisierungen und Wirklichkeitsverleugnungen aufweist. Kritik steht demgegenüber im aufklärerischen Sinne für Prüfbarkeit und Rationalität, Realitätsbezug und Selbstreflexion. Daher suspendiert Antisemitismus eigentlich Kritik.⁵ Und insofern kann es im engeren Sinne auch keine antisemitische Israelkritik geben.⁶ Beim Antisemitismus kommen entsprechend der vorgenommenen Definition somit notwendigerweise formale und inhaltliche Aspekte zusammen. Daher macht auch die gelegentlich auszumachende Auffassung von einem „strukturellen Antisemitismus“,⁷ der lediglich Dualismen konstatiert, aber keine Judenfeindschaft nachweist, keinen inhaltlichen Sinn. Zwar ist dem Antisemitismus auch ein Bild von „gut“ und „böse“ eigen, aber nicht jedes Denken in diesen formalen Kategorien muss immer auch inhaltlich judenfeindlich geprägt sein.

Dämonisierung, Delegitimation und Doppel-Standards – trennscharfe Kriterien?

Um eine antisemitische Israelfeindlichkeit von einer nicht-antisemitischen Israelkritik unterscheiden zu können, finden häufig die drei „D“s Anwendung: Gemeint sind „Dämonisierung“, „Delegitimation“ und „Doppel-Standards“. Diese drei Begriffe, so die Vertreter des „3-D-Tests“, sollen dazu dienen, eine Aussage im Zusammenhang mit Israel auf ihren judenfeindlichen Inhalt zu prüfen.⁸

- 5 Darauf macht Samuel Salzborn aufmerksam, vgl. Samuel Salzborn, *Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung*, in: ders., *Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie*, Baden-Baden 2014, S. 103–115, hier S. 105–108.
- 6 Daher muss der Autor auch eine Korrektur an einer früheren Differenzierung und Wortwahl vornehmen, vgl. Armin Pfahl-Traugber, *Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung*, in: *Aufklärung und Kritik* 14 (2007) 1, S. 49–58.
- 7 Thomas Haury, *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*, Hamburg 2002, S. 157 ff. und 284–287.
- 8 Vgl. als prägende und systematische Darstellung zu dieser Differenzierung: Natan Shransky, *Antisemitismus in 3-D*, in: haGalil.com vom 5. März 2004, <http://www.hagalil.com>

Doch handelt es sich dabei um trennscharfe Kriterien? Und was meinen die Begriffe?

Mit „Dämonisierung“ etwa ist ein Bild von einem Betrachtungsobjekt gemeint, das als Inkarnation des Bösen und Negativen gilt. In der Tat lassen sich in der Debatte über den Nahostkonflikt immer wieder Auffassungen ausmachen, die Israel als den allein schuldigen Akteur für die Auseinandersetzungen diffamieren. Dabei handelt es sich um eine einseitige und pauschalisierende Deutung, die aber nicht immer Ausdruck von Antisemitismus sein muss. Auch ein dogmatischer und unreflektierter Antiimperialismus kann deren Basis sein.

„Delegitimation“ bezieht sich auf die Frage der Rechtmäßigkeit der Existenz des Staates Israel, die von nicht wenigen seiner politischen Feinde im Nahostkonflikt in Abrede gestellt wird. Das Existenzrecht des 1948 gegründeten Staates soll damit bestritten werden. Letztendlich hätte dessen Suspendierung die Aufhebung von Rechtsstatus und Sicherheit seiner überwiegend jüdischen Bürger zur Folge, womit zumindest objektiv eine antisemitische Wirkung verbunden wäre. Anders verhält es sich, wenn nicht der Staat Israel in seiner ursprünglichen Konstellation gemeint ist. Bezogen auf die Kontrolle über die besetzten Gebiete lässt sich mit guten völkerrechtlichen Gründen inhaltliche Kritik formulieren, die eben nichts mit einer antisemitischen Motivation zu tun hat. Gleiches gilt, wenn das Selbstverständnis Israels als „jüdischem Staat“ aus säkularer Perspektive im Sinne einer rigorosen Trennung von Politik und Religion kritische Kommentare auslöst. Sie richten sich nicht gegen das Judentum an sich, sondern gegen dessen politischen Status.

Wenn von „Doppel-Standards“ die Rede ist, dann meint dies eine Kritik im Namen von Menschen- und Völkerrecht am Agieren der israelischen Armee gegen die Palästinenser, die nicht auch in gleicher Weise das Verhalten anderer Staaten gegenüber Minderheiten problematisiert. Hier stellt sich aber zunächst ein rein praktisches Problem: Man kann schwerlich bei jedem Einwand gegen die

com/antisemitismus/europa/sharansky.htm (27. 10. 2015). Auch andere Autoren nutzten ähnliche oder identische Kriterien, vgl. u. a. Wolfgang Benz, *Wie viel Israelkritik ist erlaubt?*, in: ders., *Was ist Antisemitismus?*, München 2004, S. 200–208; Philipp Gessler, *Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität*, Freiburg 2004, S. 14 f.; Andrei S. Markowits, *Amerika, dich hasst sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa*, Hamburg 2004, S. 197 f.; Wolfgang Neugebauer, *Israelkritik – Antisemitismus: Versuch einer Abgrenzung*, in: *Zukunft*, Nr. 11 vom November 2003, S. 12–17.

israelische Politik stets auch Kritik an ähnlichen Praktiken in Afrika oder Asien formulieren. Darüber hinaus wäre eine Deutung im Sinne einer antisemitischen Motivation nicht wirklich zwingend: Das Schweigen gegenüber anderen menschen- und völkerrechtlich bedenklichen Praktiken von anderen Akteuren – etwa auch den Palästinensern – stünde sicherlich für Doppelmoral und Einseitigkeiten. Diese können, müssen aber nicht judenfeindlich motiviert sein. Es mag sich ebenso um den Ausdruck von besonders hohen – möglicherweise wirklichkeitsfremden – Ansprüchen an die einzige Demokratie und den einzigen Rechtsstaat in der Region handeln.

Position I: Antizionistischer Antisemitismus

Die drei „Ds“ erweisen sich also bei genauer Betrachtung keineswegs als so trennscharf, wie sie zunächst erscheinen mögen. Mit welchen Kriterien lässt sich dann aber der Antisemitismus in Diskursen zum Nahostkonflikt erkennen? Die Suche nach einer Antwort auf diese Frage führt wieder zurück zur Definition: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden als Juden. Einschlägige Einstellungen und Handlungen weisen eine jahrhundertelange Tradition auf.⁹ Folgende idealtypische Differenzierungen lassen sich vornehmen: ein religiöser („Gottesmord“-Vorwurf), sozialer („Wucher“-Vorwurf), kultureller („Dekadenz“-Vorwurf), nationaler („Illoyalitäts“-Vorwurf) und rassistischer („Minderwertigkeits“-Vorwurf) Antisemitismus. Für die Gegenwart kommen der sekundäre („Schuldabwehr“-Denken) und der antizionistische (gegen Israel gerichtete) Antisemitismus hinzu.¹⁰

Was ist aber mit eben diesem antizionistischen Antisemitismus im Sinne der vorgenommenen Definition gemeint? Die Begriffsbestimmung setzt eine kurze

- 9 Vgl. aus der Fülle einschlägiger Literatur u. a.: Werner Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus*, München 2002; Léon Poliakov, *Geschichte des Antisemitismus*, Bde. 1 bis 8, Worms 1977 bis Frankfurt a. M. 1988; Julius H. Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus. Vorurteile und Mythen*, München 1995; Robert S. Wistrich, *A Lethal Obsession: Anti-Semitism from Antiquity to the Global Jihad*, New York 2010.
- 10 Die damit einhergehende Typologie entwickelte der Autor u. a. in: Armin Pfahl-Traugber, *Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* vom 30. 7. 2007, S. 4–11; ders., *Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden*, in: *Der Bürger im Staat* 63 (2013) 4, S. 252–261.

Erläuterung zum Terminus „Zionismus“ voraus. Darunter verstand man vor 1948 eine Sammelbezeichnung für Bestrebungen innerhalb des Judentums, die die Etablierung eines eigenen Staates der Juden propagierten. Mit der Gründung Israels ist dieses Ziel erreicht worden. Demnach macht die Bezeichnung „Antizionismus“ gegenwärtig inhaltlich Sinn, um damit bestimmte Einstellungen und Handlungen gegen die Legitimationsgrundlage dieses Staates zu erfassen. Dies kann in einem engeren Sinne in dem Absprechen der Rechtmäßigkeit und in einem weiteren Sinne in der Diffamierung seines Grundverständnisses geschehen. Bildet dabei eine negative Einstellung gegenüber Juden als Juden die konstitutive Basis für einschlägige Meinungsäußerungen und Praktiken, so ist hier von einem antizionistischen Antisemitismus und nicht nur von bloßer Israelfeindschaft zu sprechen.

Diese abstrakte Definition soll an einigen Beispielen kurz erläutert werden: Als typisch für diese Form der Judenfeindschaft darf die anti-israelische und pro-palästinensische Ausrichtung des Rechtsextremismus gelten, kann dieser doch so seine antisemitische Grundposition im Lichte von Positionen zum Nahostkonflikt artikulieren.¹¹ Aber auch Sprechchöre wie „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, wie sie im Sommer 2014 von arabischstämmigen Demonstranten bei Protesten gegen die israelische Offensive im Gazastreifen gerufen wurden, stehen für Antisemitismus und nicht für Israelkritik.¹² Die Parole macht pauschal jeden Juden auf der Welt für die kritisierten Entwicklungen im Nahostkonflikt verantwortlich. Das Gleiche gilt etwa für Anschläge oder

- 11 Rainer Erb/Michael Kohlstruck, Die Funktion von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung, in: Stephan Braun u. a. (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 419–439; Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Rechtsextremismus. Externe und interne Funktionen, formale und ideologische Varianten, in: Helmut Fünfsinn/ders. (Hrsg.), Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus, Brühl 2011, S. 135–150.
- 12 Vgl. u. a. Sabine am Orde, Antisemitismus blüht in fast jedem Jugendclub, in: taz vom 25. 2. 2009; Lydia Harder, Gerappter Judenhass und Auschwitzboycott, in: FAZ vom 24. 2. 2009. Die referierten Erkenntnisse deuteten bereits spätere Vorkommnisse an, vgl. u. a. Antisemitismus auf Pro-Gaza-Demos: „Nazimörder Israel“, in: taz vom 20. 7. 2014, <http://www.taz.de/!5037234/> (27. 10. 2015); Demonstrationen in Berlin: Polizei untersucht antisemitische Sprechchöre, in: Berliner Zeitung vom 21. 7. 2014, <http://www.berlinerzeitung.de/berlin/demonstrationen-in-berlin-polizei-untersucht-antisemitische-sprechchoere,10809148,27903226.html> (27. 10. 2015).

Übergriffe, die auf jüdische Einrichtungen, Gemeindeg Häuser oder Synagogen im Namen einer vorgeblichen Solidarität mit den Palästinensern verübt werden.¹³ Auch hierbei konstruieren die Täter objektiv das antisemitische Bild von einem „Weltfeind Jude“.

Position 2: Antiimperialistische Israelfeindlichkeit

Eine andere Deutung des Nahostkonflikts soll hier als antiimperialistische Israelfeindlichkeit beschrieben werden. Feindlichkeit meint zunächst eine grundlegende Ablehnung und negative Bewertung des Staates, der dann auch allein und pauschal als Hauptverantwortlicher für die Probleme in der Region gesehen wird. In dieser Frontstellung bestehen grundlegende Gemeinsamkeiten zum antizionistischen Antisemitismus. Indessen lassen sich bezüglich der Grundlagen für die Einschätzung bedeutende Unterschiede ausmachen: Hier erklären sich die Aversionen gegen Israel eben nicht durch einen Antisemitismus, der im Sinne von beabsichtigter Diffamierung gegen Juden als Juden gerichtet ist.

Die Motive für die Einstellung liegen vielmehr in anderen Positionen: Hierzu gehört eine antiimperialistische Grundhaltung, die in Israel einen aggressiven Machtfaktor sieht, der die Palästinenser unterdrücken will. Die Vertreter solcher Vorstellungen positionieren sich dann mit behauptetem Idealismus auf der Seite der „Schwachen“ gegen die „Starken“.

Die antiimperialistische Israelfeindlichkeit unterscheidet sich dabei nicht nur einerseits von der Position des antizionistischen Antisemitismus durch das Fehlen von Judenfeindschaft, sondern auch andererseits vom Standpunkt der menschenrechtlichen Israelkritik durch die Einseitigkeit der Stellungnahme. Diese besteht darin, dass der Kontext des Nahostkonflikts stark oder völlig ignoriert wird: So erscheint Israel als alleiniger Akteur, der nicht in einem Interaktionsprozess mit anderen Mächten steht. Das objektive Sicherheitsinteresse des Staates blendet

13 Vgl. etwa Wolfgang Kraushaar, *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005, wobei es sich aber für den Bereich des Linksextremismus in Deutschland eher um eine Ausnahme handelt, vgl. zur Einordnung: Armin Pfahl-Traughber, *Antisemitismus und Linksextremismus. Eine Analyse zur Israel- und Kapitalismuskritik im öffentlichen Diskurs*, in: Fünfsinn/ders. (Hrsg.), *Extremismus und Terrorismus*, S. 151–169.

diese Perspektive aus. Demnach fließen auch weder die erklärte noch die faktische Bedrohung Israels in die Deutung ein, was angesichts der offenen Aufforderung nicht nur der islamistischen Feinde zu einer Zerschlagung des Staates als unverstänlich gelten darf. In der antiimperialistischen Sicht erscheint Israel lediglich als Aggressor, dessen Gegner werden als Opfer dargestellt. Brutale Gewalthandlungen wie Selbstmordanschläge gelten dann mitunter als bedauerliche, aber verständliche Akte des Widerstands.

Derartige Auffassungen findet man mitunter auch in den Publikationen bekannter Intellektueller und Wissenschaftler, die selbst aus jüdischen Familien stammen und als politisch eher links gelten. Exemplarisch dafür stehen Judith Butler, Noam Chomsky oder Norman Finkelstein.¹⁴ Die Erstgenannte meinte gar, die Hamas und die Hizbollah stünden auf der richtigen Seite im Kampf gegen den Imperialismus. Diese Auffassung trug Butler den Vorwurf des Antisemitismus ein.¹⁵ Indessen erklärt sich ihre Einstellung nicht durch eine Feindschaft gegen Juden als Juden, sondern durch einen dualistischen und nihilistischen Antiimperialismus. Mit der letztgenannten Position ist eine Haltung gemeint, die den menschenrechtsfeindlichen und reaktionären Charakter der angeblichen Mitstreiter im Kampf gegen den Imperialismus objektiv für marginal hält. Diese Einstellung ist auch in Deutschland nicht wenigen Angehörigen der politischen Linken eigen, demonstrieren sie doch gelegentlich zusammen mit extremistischen Islamisten und Nationalisten gegen Israel.¹⁶

14 Vgl. Judith Butler, Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznajder (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M. 2004, S. 60–92; Noam Chomsky, Offene Wunde Nahost. Israel, Palästina und die US-Politik, Hamburg 2002; Norman Finkelstein, Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Mythos und Realität, München 2002.

15 Vgl. u. a. Judith Butler, „Diese Antisemitismus-Vorwürfe sind verleumderisch und haltlos“, in: Zeit Online vom 30. 8. 2012, <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2012-08/judith-butler-kritik-israel-antwort> (27. 10. 2015); Stephan J. Kramer, So werden Israels Todfeind legitimiert, in: Frankfurter Rundschau vom 6. 9. 2012, <http://www.fr-online.de/kultur/adorno-preis-fuer-judith-butler-so-werden-israels-todfeinde-legitimiert,1472786,17188958.html> (27. 10. 2015).

16 Bislang wurde diese Kooperation in der Extremismus- wie der Islamismusforschung mit Ausnahme kursorischer Erwähnungen ignoriert.

Position 3: Menschenrechtliche Israelkritik

Schließlich soll die Auffassung von einer menschenrechtlichen Israelkritik hinsichtlich ihrer Besonderheiten skizziert werden. Zunächst bedarf es dabei einer Erläuterung der Formulierung „Israelkritik“, weil schon in der Wortwahl hin und wieder eine latente Feindschaft gegen den Staat gesehen wird. Die Argumentation weist darauf hin, dass nicht von einer Frankreich- oder Italienkritik gesprochen werde, wenn Kritik an deren Regierungspolitik geübt wird. Dies mag so zunächst einmal zutreffend sein. Indessen könnte man einwenden, die Formulierung „Israelkritik“ sei insofern passend, wenn man davon ausgeht, dass sich diese Kritik gegen einen breiten innergesellschaftlichen und parteienübergreifenden Konsens zu außenpolitischen Fragen richtet. Dies würde die Rede von Israel- oder USA-Kritik erlauben, ohne damit pauschal eine Diffamierung oder Herabwürdigung aller Bürger des jeweiligen Landes im Sinne einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu verbinden.

Worin bestehen nun die Differenzen der menschenrechtlichen Israelkritik gegenüber den vorgenannten Positionen eines antizionistischen Antisemitismus und einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit? Bezogen auf die erstgenannte Kategorie des Vergleichs geht es um die konstitutive Grundlage der Argumentation, die eben in dem Bekenntnis zu universellen Menschenrechten und nicht in der Feindschaft gegen Juden als Juden besteht. Dazu gehört auch das Recht auf sicheres Leben und körperliche Unversehrtheit, das sowohl den Israelis wie den Palästinensern eingeräumt werden soll. Hieraus ergibt sich ebenso der Unterschied zur antiimperialistischen Israelfeindlichkeit, die angesichts der Hervorhebung einer propagierten Solidarität mit den angeblich Schwächeren unsensibel gegenüber der Bedrohung der Bürger des israelischen Staates ist. Darüber hinaus grenzt sich eine solche Auffassung auch von dessen fanatischen und gewaltorientierten islamistischen Gegnern wie etwa der Hamas oder der Hizbollah ab.

Der menschenrechtlichen Israelkritik sind aber auch die folgenden formalen und nicht nur die genannten inhaltlichen Besonderheiten eigen: Die geschilderte Denkweise nimmt keine einseitige und pauschale Schuldzuschreibung hinsichtlich der Motive und Ursachen des Nahostkonfliktes vor. Gerade die aufklärerische Komponente des damit einhergehenden Denkens sorgt für Differenzierung, die sowohl die Angemessenheit mancher Interessen und Positionen von beiden

Konfliktparteien konstatiert wie daraus dann ein Plädoyer für die von ihnen vorzunehmenden Kompromisse und Zugeständnisse ableitet. Hierbei können auf Basis einer menschen- und völkerrechtlichen Grundauffassung mitunter auch deutlich kritische Positionen in Richtung der israelischen Politik formuliert werden. Indessen sollte eine solche Auffassung den Kontext von antisemitischen Einstellungen in Bevölkerung und Öffentlichkeit beachten und diese Einwände so formulieren, dass sie deutlich *nicht* als judenfeindliche Auffassungen wahrzunehmen sind.

Fallbeispiele

Einschätzung von Gleichsetzungen und Vergleichen mit dem Nationalsozialismus

Wie können im Lichte der vorstehenden Differenzierung von Positionen die immer wieder vorkommenden Gleichsetzungen und Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus¹⁷ eingeschätzt werden? Dabei bedarf es zunächst der Unterscheidung von zwei unterschiedlichen Ebenen: der Angemessenheit bezüglich der historischen Dimension der Ereignisse sowie der Deutung hinsichtlich der Frage nach antisemitischen Motiven. Angesichts des qualitativen und quantitativen Ausmaßes der Morde an den Juden im Zweiten Weltkrieg kann eine behauptete Gemeinsamkeit mit dem Vorgehen Israels gegenüber den Palästinensern weder im Detail noch in Gänze sachliche Angemessenheit beanspruchen. Die postulierte Gleichsetzung, die letztendlich den in den Formulierungen nur bekundeten Vergleichen zugrunde liegt, ignoriert die historische und sachliche Dimension der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, womit diese zumindest objektiv relativiert und verharmlost wird.

Welche Auffassungen sprechen nun für die Deutung derartiger Gleichsetzungen als antisemitisch motiviert, wie dies etwa gelegentlich bei der Durchführung von empirischen Untersuchungen in Form von entsprechenden Items geschieht?¹⁸

17 Auch hierzu mangelt es in der sozialwissenschaftlichen Forschung an einschlägigen Studien, was angesichts der inflationären Nutzung derartiger Anspielungen in öffentlichen Diskursen zu den unterschiedlichsten Themen mehr als nur bedauerlich ist.

18 Vgl. z. B. Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, *Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 144–165, hier S. 151 f.

Da die Nationalsozialisten gemeinhin als Inkarnation des Bösen verstanden werden, erfolge hier eine Gleichsetzung mit den Israelis mit gleichlautender moralischer und politischer Abwertung. Die damit verbundenen Auffassungen liefen außerdem darauf hinaus, dass hiermit eine Art Opfer-Täter-Umkehr einhergehe. So würden die Juden als frühere Opfer und die Israelis als heutige Täter erscheinen. Dadurch komme es zu einer scheinbaren Entlastung der moralischen Schuld im Kontext des Holocaust, werde eine solche doch angesichts des Umgangs mit den Palästinensern als den angeblichen Juden der Gegenwart eben dem jüdischen Staat zugeschrieben. Dies laufe im Sinne des sekundären Antisemitismus einer „Schuldabwehr“ auf eine neue Form der Judenfeindschaft hinaus.

Derartige Absichten lassen sich mitunter durchaus belegen, was sowohl empirische Daten zur Akzeptanz solcher Einstellungen wie der öffentliche Diskurs von sich gemäßigter gebenden Rechtsextremisten zeigen. Indes kann, muss aber nicht hinter allen derartigen Gleichsetzungen eine solche Motivation stehen, was mit der inflationären Nutzung von Vergleichen mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Da dieser mit inhaltlicher Berechtigung als Platzhalter für eine menschenverachtende Ideologie und Praxis steht, nutzen die unterschiedlichsten Akteure solche Gleichsetzungen. Wenn etwa Tierschutzorganisationen behaupten, für Hühner und Schweine sei jeder Tag ein Holocaust, so geht es diesen subjektiv nicht um eine Verharmlosung des Nationalsozialismus. Vielmehr soll die Empörung über Massentierhaltung angesprochen werden. Insofern können derartige Gleichsetzungen bei aller historischen Unangemessenheit auch nicht pauschal als Ausdruck von Antisemitismus oder der Verharmlosung des Nationalsozialismus gelten. Es bedarf der Prüfung des Einzelfalls.

Boycottforderungen gegenüber Israel in unterschiedlicher Deutung

Dies gilt auch für die Deutung von Boycott-Forderungen gegenüber Israel,¹⁹ die im Lichte der oben formulierten Frage nach einer möglichen antisemitischen Absicht unterschiedlich interpretiert werden können. Auch hier geraten in der Debatte nicht selten die Ebenen durcheinander: Die Frage von Angemessenheit und Wirkung einer derartigen Protestform ist nicht identisch mit der Frage nach

19 Vgl. u. a. Europäer quälen Israel mit Boycott, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16. 2. 2014; Gil Yaron, Boycott, in: ebenda.

der potenziellen judenfeindlichen Motivation eines solchen Vorgehens. Ansatzpunkt für die Einschätzung sind Gleichsetzungen mit der Boykott-Politik der Nationalsozialisten zu Beginn ihrer politischen Herrschaft: Bekanntlich standen SA-Männer vor Geschäften von jüdischen Besitzern, um Käufer abzuhalten, und dies mit Schildern, auf denen die Parole „Kauft nicht bei Juden“ stand, propagierten.

Eine pauschale Identifizierung von aktuellen Boykott-Forderungen gegenüber Israel mit diesem historischen antisemitischen Agieren ignoriert zunächst einmal die politischen Gegebenheiten heute. Eine solche Protestform kann sehr wohl antisemitisch motiviert sein, zumindest wenn sie sich gegen den jüdischen Staat als jüdischen Staat richtet. Demgemäß bedarf es auch hier einer genauen Betrachtung und Untersuchung der jeweiligen Akteure der Boykott-Forderungen, die sowohl auf der Basis eines antizionistischen Antisemitismus wie einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit formuliert werden können. Meist stehen Islamisten für die erstgenannte und Linke für die letztgenannte Position. Ihr jeweiliges Plädoyer für eine Boykott-Politik arbeitet dabei gelegentlich mit einer Erinnerung an die Proteste gegen das Apartheid-System in Südafrika, wo auf einer rassistischen Basis jeweils Schwarze und Weiße unterschiedlich bewertet wurden. Gleichwohl ist bei aller gesellschaftlicher Benachteiligung von nicht-jüdischen Staatsbürgern in Israel eine Gleichsetzung mit einem „Rasse-Staat“ nicht angebracht, besteht dort doch weder ein nur annäherndes Ausmaß an Diskriminierung noch ein solches System von Unrechtsstaatlichkeit.

In Israel selbst stellt sich die auf einer ganz anderen Ebene liegende Frage nach der Angemessenheit von Boykott-Forderungen gegenüber dem Land, nämlich ob damit gegen menschen- und völkerrechtlich bedenkliche Praktiken der dortigen Regierung protestiert werden soll. So breit mitunter der gesellschaftliche Konsens für derartige Handlungen sein mag, so existieren in Israel sehr wohl differenzierte und oppositionelle Tendenzen. Das Ausmaß des damit einhergehenden Pluralismus unterscheidet denn auch über die vorstehenden Ausführungen hinaus das gegenwärtige Israel vom historischen Südafrika. Eine pauschale Boykott-Politik, wie man sie etwa an bestimmten Hochschulen westlicher Länder gegenüber entsprechenden Hochschulen in Israel fordert, dürfte gerade die Verbindungen zu den kritischen Segmenten in dem Land kappen. Statt durch Kontakt und Kooperation derartige Tendenzen zu stärken, würde

eine auch kollektivistisch angelegte Boykott-Politik²⁰ gegen Israel gerade zu einer Aufhebung oder Diskreditierung von Kritik mit antipluralistischen Folgen im Land selbst führen.

Islamisten als Repräsentanten eines antizionistischen Antisemitismus

Islamisten standen und stehen häufig direkt oder indirekt als Beispiel für eine Position im Sinne eines antizionistischen Antisemitismus. Darunter ist hier eine Sammelbezeichnung für politische Bestrebungen zu verstehen, die die Etablierung einer politischen Ordnung angeblich im Namen des Islam mit antidemokratischer und antipluralistischer Ausrichtung bezwecken. Ihr war bereits vor der Gründung des Staates Israel eine antisemitische Dimension eigen, sie erfuhr durch den Nahostkonflikt lediglich eine Verstärkung. Der als einflussreicher „Chefideologe“ der Muslimbruderschaft geltende Sayyid Qutb sprach etwa bereits zu Beginn der 1950er-Jahre von einem angeblich seit der Frühgeschichte des Islam bestehenden jahrhundertelangen Kampf der Juden gegen die Muslime, der durch Israel seinem Höhepunkt entgegengehe.²¹

Ganz deutlich formulierten auch andere radikal islamistische Protagonisten ihre Positionen nicht gegen „die Israelis“ oder „die Zionisten“, sondern gegen „die Juden“ mit antisemitischen Grundpositionen und existenziellen Vernichtungsforderungen. Ein Musterbeispiel dafür kann in der Charta der Hamas aus ihrer Gründerzeit gesehen werden: Bereits zu Beginn des Textes ist die Rede von einem gefährlichen und langen Kampf gegen die Juden, der die Hingabe von allen Muslimen nötig mache. Danach findet man Auszüge aus theologischen Schriften des Islam, die den korrupten, kriegstreiberischen und verderblichen Charakter der Juden unter Beweis stellen sollen. Somit nimmt auch die Hamas-Charta eine

20 Da diese jeden Juden in Israel unabhängig von seiner politischen Position und seinem sozialen Status treffe, so Samuel Salzborn, müsse hier von einer antisemitischen Position gesprochen werden, vgl. Salzborn, *Israelkritik oder Antisemitismus?*, S. 114. Jedoch ist dies allgemein ein Effekt der Boykott-Politik gegenüber einem anderen Staat. Derartige Maßnahmen sind aber nicht per se mit der Abwertung aller Bürger verbunden. So trafen die Boykotte von Südafrika während der Apartheid auch die Schwarzen, denen man damit eigentlich in ihrem Befreiungskampf helfen wollte.

21 Eine englischsprachige Übersetzung des Aufsatzes findet sich in: Robert L. Nettler, *Past Trials and Present Tribulations: A Muslim Fundamentalist's View of the Jews*, Oxford 1987, S. 72–89.

Verknüpfung von Aussagen aus der Entstehungszeit des Islam mit der Situation in der Gegenwart vor. Und schließlich propagiert der Text eine antisemitische Verschwörungsideologie, gelten die Juden doch als geheime Mächte hinter Kriegen, Revolutionen und Wirtschaftskrisen. Selbst auf die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“ beruft man sich in aller Offenheit.²²

Und schließlich machen auch Erklärungen und Handlungen von Al-Qaida deutlich, dass es hier nicht nur um eine Feindschaft gegen Israel, sondern gegen alle Juden geht. Exemplarisch dafür stehen die gescheiterten Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf 2002, die Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Casablanca 2003 oder die Gewaltaktionen gegen zwei Synagogen in Istanbul im selben Jahr. Osama bin Laden hatte bereits 1994 erklärt, dass der jüdische Feind der Aggressor, der Verderber der Religion und der Welt sei. 2001 sprach er im Sinne von Konspirationsvorstellungen davon, dass es eine lange Kette der jüdischen Verschwörung für einen Vernichtungskrieg gegen den Islam gebe.²³ Und Mohammed Atta hatte vor den Anschlägen vom 11. September 2001 in seinem persönlichen und politischen Umfeld immer wieder über eine Verschwörung des Weltjudentums im Kontext der Konflikte in Afghanistan, Bosnien und im Kosovo geredet. Die Juden seien für ihn die reichen Strippenzieher in der Finanzwelt, der Medien und der Politik.²⁴

Linke als Repräsentanten einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit

Lässt sich ein solcher antizionistischer Antisemitismus auch in der Kommentierung des Nahostkonflikts durch die politische Linke ausmachen? Betrachtet man die inhaltlichen Positionierungen spätestens seit Ende der 1960er-Jahre, so kann für dieses politische Lager (mit Ausnahme der SPD) mehrheitlich eine

22 Die Charta der Hamas in vollständiger deutscher Übersetzung findet sich in: Helga Baumgarten, *Hamas: Der politische Islam in Palästina*, München 2006, S. 207–226. Zur ausführlichen Analyse des darin enthaltenen Antisemitismus und Antizionismus vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Antisemitismus und Antizionismus in der Charta der „Hamas“*. Eine Textanalyse aus ideengeschichtlicher und menschenrechtlicher Perspektive, in: *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* (2010/2011), Erster Halbband, S. 197–210.

23 Vgl. Marwan Abou-Taam/Ruth Bigalke (Hrsg.), *Die Reden des Osama bin Laden*, München 2006, S. 35 f., S. 115.

24 Vgl. Klaus Brinbäumer u. a., *Attas Armee*, in: *Der Spiegel* vom 2. 9. 2002, S. 110–123, hier S. 117.

antiisraelische und pro-palästinensische Grundauffassung mit unterschiedlich hohen Intensitätsprägungen konstatiert werden.²⁵ In der Gesamtschau stellt sich aber die Frage, welcher der drei oben genannten idealtypischen Positionen die dabei deutlich werdende Frontstellung entspricht. Aufgrund der Komplexität der politischen Linken soll sich die auf diese Frage bezogene Erörterung hier nur mit der Partei „Die Linke“ beschäftigen. Gibt es dort eine Feindschaft gegen Israel im Sinne einer Feindschaft gegen Juden als Juden? Eine derartige Auffassung legte ein Aufsatz der beiden Politikwissenschaftler Samuel Salzborn und Sebastian Voigt nahe, wonach sich die Partei seit 2010 affirmativ zum Antisemitismus positioniert habe.²⁶

Hier sollen nur zwei der dort erwähnten Auffassungen und Handlungen dargestellt und kommentiert werden.²⁷ Bereits im Sommer 2010 beteiligten sich drei ehemalige bzw. gegenwärtige Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ an der „Gaza-Flottille“, die mit Hilfslieferungen an die Palästinenser die Blockade des Küstenstreifens durch die israelische Armee auf dem Seeweg brechen wollte. Schon beim Auslaufen der Schiffe in Istanbul habe es antisemitische Gesänge gegeben, während der Fahrt sei der Ruf „Tod den Juden“ laut geworden, ein Aktivist habe der später anrückenden Marine „Geht zurück nach Auschwitz“ entgegen geschrien. Da dies jeweils in arabischer bzw. türkischer Sprache geschah, gaben die Abgeordneten vor, dies angesichts der Sprachbarriere nicht notwendigerweise verstanden zu haben. Ihre fehlende Distanzierung würde sich daher nicht durch Antisemitismus oder Zustimmung erklären. Gleichwohl wäre ihre im Namen des

- 25 Vgl. u. a. Martin Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1994; Peter Nowak, *Kurze Geschichte der Antisemitismusdebatte in der deutschen Linken*, Münster 2013; Armin Pfahl-Traugber, *Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus*, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2011, S. 143–161; Peter Ullrich, *Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik in Antisemitismus und Erinnerungsdiskurs*, Göttingen 2013.
- 26 Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, *Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit*, in: Salzborn, *Antisemitismus*, S. 164–182.
- 27 Vgl. ausführlicher: Armin Pfahl-Traugber, *Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in der Partei „Die Linke“*. Eine kritische Prüfung einschlägiger Vorwürfe, in: bpb vom 28. 7. 2011, <http://www.bpb.de/53060/antisemitismus-und-die-linke?p=all> (27. 10. 2015).

Antiimperialismus erfolgte Beteiligung an einer antiisraelischen Propagandaaktion von Islamisten mehr als nur kritikwürdig.

Besondere Empörung hatten andere Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ zuvor dadurch erregt, dass sie nach einer Rede des israelischen Präsidenten im Bundestag diesem nicht wie alle anderen Abgeordneten stehend Beifall zollten. Shimon Peres hatte am 27. Januar 2010 anlässlich des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Parlament gesprochen. Dazu erklärte die Abgeordnete der Linken Sahra Wagenknecht später: Zum Gedenken an die Opfer des Holocaust habe sie sich von ihrem Platz erhoben. Dass sie nach der Rede von Peres sitzen geblieben sei, erkläre sich dadurch, dass sie einem Staatsmann, der für „Krieg mitverantwortlich“²⁸ sei, keinen solchen Respekt zollen wollte. Kann dieses Verhalten als Ausdruck einer antisemitischen Einstellung gelten? Eine solche Deutung müsste von der Auffassung ausgehen, dass die drei Abgeordneten Peres den Beifall verweigerten, weil er von ihnen in erster Linie als Jude wahrgenommen wurde. Dies jedoch ist kaum anzunehmen. Zweifelsfrei aber haben die drei Abgeordneten Peres den Beifall verweigert, weil sie ihn damit für die israelische Politik gegenüber den Palästinensern strafen wollten. Auch wenn man der Argumentation von Wagenknecht folgen will und Antiimperialismus als entscheidendes Motiv unterstellt, bleibt wiederum die symbolische Bedeutung des Kontexts des Holocaust-Gedenktages, die eine solche Handlung mehr als nur fragwürdig erscheinen lässt.

Grass' Gedicht als Ausdruck nicht-antisemitischer Israelfeindlichkeit

In dem politischen Gedicht „Was gesagt werden muss“, das der Schriftsteller Günter Grass 2012 in drei europäischen Tageszeitungen veröffentlichte, sprach der Literaturnobelpreisträger davon, dass Israel mit dem behaupteten „Recht auf den Erstschlag“ mit Atomwaffen „das von einem Maulhelden unterjochte und zum organisierten Jubel gelenkte iranische Volk auslöschen könnte“. Er selbst habe lange zu der Gefahr geschwiegen, die da laute: „Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden.“ Der Grund dafür sei das Wissen darum, dass „das

28 Sahra Wagenknecht, Erklärung zur Rede des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres im Bundestag am 27. Januar 2010 vom 1. 2. 2010, <http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/829.erklaerung-zur-rede-des-israelischen-staatspraesidenten-shimon-peres-im-bundestag-am-27-januar-2010.html> (26. 10. 2015).

Verdikt ‚Antisemitismus‘ [...] geläufig“ sei. Indessen dürfte aus Deutschland, das „von ureigenen Verbrechen, die ohne Vergleich sind, Mal um Mal eingeholt und zur Rede gestellt wird“, keine Lieferung eines weiteren U-Bootes mit Sprengköpfen an Israel erfolgen.²⁹ Nach der erstmaligen Publikation des Gedichts kam es zu einer öffentlichen Debatte mit ablehnenden und zustimmenden Positionen, wobei auch der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wurde.

Eine differenzierte Einschätzung des Gedichts muss zunächst die Frage der Beurteilung der israelischen Außenpolitik gesondert von der Frage nach der Existenz einer jüdenfeindlichen Motivation behandeln. In der Gesamtschau³⁰ nahmen die meisten Kommentatoren denn auch zu beiden Sachverhalten unterschiedliche Bewertungen vor. Dominierend war die Kritik an Grass' Auffassung, wonach Israel einen Atomschlag auf den Iran zu dessen Vernichtung vorbereite: Hier erklärte der Schriftsteller einen Aggressor zum Opfer und ein Opfer zum Aggressor, hatte doch der seinerzeitige iranische Ministerpräsident Mahmud Ahmadinedschad zur Vernichtung Israels und nicht der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zur Vernichtung Irans aufgerufen. Auch wenn sich Grass mit der Formulierung „Maulhelden“ von Ahmadinedschad distanziert hatte, nahm er eine einseitige und pauschalisierende Position ein, die nicht im Iran, sondern in Israel eine Gefahr für den Weltfrieden sah. Dies brachte ihm Lob von Islamisten und Rechtsextremisten ein.

Doch nicht jede Akklamation von antisemitischer Seite für eine Israel-Kritik belegt auch deren antisemitische Motivation, würden doch ansonsten oberflächliche Gemeinsamkeiten zu inhaltlichen Gleichsetzungen führen. Denn aus dem Text von Grass' Gedicht lassen sich keine jüdenfeindlichen Einstellungen ableiten, wenngleich dies einige Kommentatoren dem Schriftsteller unterstellten.³¹

29 Das Gedicht erschien am 4. April in „El País“, „La Repubblica“ und „Süddeutsche Zeitung“. Vgl. den Original-Text: Was gesagt werden muss. Grass' Gedicht im Wortlaut, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. 4. 2012, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gedicht-zum-konflikt-zwischen-israel-und-iran-was-gesagt-werden-muss-1.1325809> (26. 10. 2015).

30 Eine ausführliche Darstellung mit einschlägigen Zitaten zur Kontroverse findet sich auf der Wikipedia-Seite zu dem Gedicht, vgl. „Was gesagt werden muss“, https://de.wikipedia.org/wiki/Was_gesagt_werden_muss (26. 10. 2015).

31 Exemplarisch dafür steht Henryk M. Broder, Günter Grass – Nicht ganz dicht, aber ein Dichter, in: Die Welt vom 4. 4. 2012, <http://www.welt.de/kultur/literarischewelt/>

Differenziert äußerte sich seinerzeit der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der in Grass' Text ein „ekelhaftes Gedicht“ sah. Sein übriges Werk jedoch enthalte keine antisemitischen Klischees: „Im Gegenteil. Ich fand die jüdischen Figuren in der *Blechtrommel* zum Beispiel sehr gut.“ Der Iran wolle Israel vernichten, und Grass postuliere das Gegenteil. Zwar sei der Schriftsteller kein Antisemit, es gebe aber eine große Anzahl von Bürgern mit antisemitischen Neigungen: „Und Grass drückt das aus.“³²

Antizionistischer Antisemitismus in Schreiben an jüdische Organisationen

Eine Anzahl von Bürgern mit antisemitischen Neigungen bedient sich antizionistischer Positionen, um entweder ihre Judenfeindschaft mit einem aktuellen Bezug oder in indirekter Form zum Ausdruck zu bringen. Davon zeugen einschlägige Briefe, Karten und E-Mails, die regelmäßig bei der Botschaft des Staates Israel und dem Zentralrat der Juden in Deutschland eingehen. Ein Forscherteam um Monika Schwarz-Friesel und Jehuda Reinharz analysierte diese Einsendungen, um so die „Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“ auch und gerade in Form des „Anti-Israelismus als moderne Formvariante des Verbal-Antisemitismus“³³ zu untersuchen. Die dokumentierten Beispiele veranschaulichen den antizionistischen Antisemitismus, wofür als besonders aggressives Beispiel die Aussage steht: „Hallo ihr bluttriefende Judenschweine! Ich bestreite ein Existenzrecht Israels und ein Lebensrecht der jüdischen Pestilenz.“³⁴ Derart offensichtliche Statements sollen hier aber keine nähere Aufmerksamkeit finden.

Analytisch interessanter sind Aussagen zur israelischen Politik, die mit Inhalten des klassischen Antisemitismus wie etwa der religiösen Judenfeindlichkeit einhergehen. Exemplarisch dafür stehen Statements wie „Ihr Juden koennt es

article106152894/Guenter-Grass-Nicht-ganz-dicht-aber-ein-Dichter.html (26. 10. 2015), wo sich aber keine inhaltliche Begründung für die formulierten Einschätzungen findet.

32 Es ist ein ekelhaftes Gedicht. Ein Gespräch mit Marcel Reich-Ranicki, aus erzwungenem Anlass, in: FAZ vom 8. 4. 2012, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/das-israel-gedicht-von-grass/marcel-reich-ranicki-ueber-grass-es-ist-ein-ekelhaftes-gedicht-11710933.html> (26. 10. 2015).

33 Vgl. Monika Schwarz-Friesel/Jehuda Reinharz, *Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert*, Berlin 2013, S. 194–250.

34 Ebenda, S. 223 (Anm. 46). Die Schreibweise in dem Zitat entspricht dem Original.

nicht lassen. Kuemmert Euch um Eure eigenen Schandtaten [...]. Euer Staat ist eine Missgeburt [...]. Schaut das ihr mit euren Nachbarn zurecht kommt. Aber ihr fühlt Euch ja als das auserlesene Volk.“ Andere Verfasser schrieben: „Es geht mittlerweile über alles hinaus, was man von zivilisierten Menschen erwarten kann. Das ist nicht mehr Notwehr, das ist blutrünstige, alttestamentarische Rache [...].“ Oder: „Das ist beschämend für den Staat Israel, der [...] wie ein hochgerüstetes Monster agiert [...] das heutige Israel ist im Blutschlamm des Alten Testaments stecken geblieben.“³⁵ In diesen Aussagen findet man nicht nur eine Gleichsetzung von Israel und Juden. Das Agieren des Staates wird auch ganz im Sinne des religiösen Antisemitismus auf den angeblichen „Rachegeist“ oder „Rachegott“ des Judentums zurückgeführt.

Neben derartigen Kombinationen des antizionistischen Antisemitismus mit der traditionellen Judenfeindschaft gibt es auch solche mit neueren Varianten, wozu der sekundäre Antisemitismus der „Schuldabwehr“ gehört. Auch hierzu ein Beispiel aus den untersuchten Einsendungen: „Ich verachte jeden in eurer Gemeinde, der den Israelischen Terror in Palästina unterstützt. Das was Ihr (und ich meine damit das demokratisch wählende Volk) veranstaltet, ist mindestens genau so verwerflich wie der Holocaust. Ich verachte jeden, der unter diesen Umständen auch nur noch ein einziges Denkmal für die Opfer des Holocaust verlangt.“³⁶ Zwar mag die Gleichsetzung des israelischen Umgangs mit den Palästinensern mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden zunächst nur für geringe historische Bildung sprechen. Da hier aber die Erinnerung an den Holocaust, die inhaltlich nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun hat, im Lichte aktueller Ereignisse kritisiert wird, läuft die Aussage auf einen Einklang von antizionistischem und sekundärem Antisemitismus hinaus.³⁷

35 Ebenda, S. 214 (Anm. 24), S. 219 (Anm. 35), S. 220 (Anm. 40). Die Schreibweise in den Zitaten entspricht dem Original.

36 Ebenda, S. 215 (Anm. 30). Die Schreibweise in dem Zitat entspricht dem Original.

37 Die Arbeit von Schwarz-Friesel und Reinharz differenziert zwischen „Israel-Kritik“ und „Anti-Israelismus“ als zwei verschiedenen Sprachhandlungen (vgl. ebenda, S. 194–209), berücksichtigt dabei aber nicht, dass es einen antisemitisch und einen nicht-antisemitisch motivierten „Anti-Israelismus“ geben kann.

Antisemitismus und Israel-Bilder in Umfrage-Items

Die von Schwarz-Friesel und ihrem Team untersuchten Einsendungen, die auch von Bildungsbürgern und nicht nur von Neonazis stammen, machen judenfeindliche Positionen deutlich. Deren qualitative Auswertung sagt allerdings nichts über die quantitative Verbreitung aus. Darüber informieren seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung zur Akzeptanz antisemitischer Einstellungen.³⁸ Hierzu liefern u. a. zwei Meinungsumfragen einschlägige Daten, die seit Beginn der 2000er-Jahre regelmäßig erhoben wurden. Zunächst sei der Blick auf die Ergebnisse der im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zweijährlich durchgeführten Studien zu rechtsextremistischen Einstellungen, danach auf die jährlichen Untersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung gerichtet. Die daran formulierte Kritik an der Trennschärfe einiger Einstellungsstatements soll hier nicht thematisiert werden, da im Folgenden die jeweiligen Items gesonderte Aufmerksamkeit finden.

Bei den Fragen nach rechtsextremistischen Einstellungen arbeiteten die Sozialwissenschaftler mit drei Aussagen, die Abneigungen und Vorurteile gegen Juden im Sinne des traditionellen Antisemitismus messen sollten. Dabei nutzten sie sehr deutliche Items mit folgenden Gesamtzustimmungen (Summe der Voten für „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“) für 2010: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“: 17,2 Prozent, „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“: 14,7 Prozent und „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“: 14,9 Prozent. Demnach besteht ein manifestes antisemitisches Einstellungspotenzial von um die 15 Prozent. Darüber hinaus verdient Beachtung, dass die Rubrik „stimme teils zu, teils nicht zu“ mit jeweils 24,9, 21,8 und 24 Prozent ebenfalls hohe Zustimmungswerte erhielt. Dabei handelt es sich um Personen, die sich nicht dezidiert von antisemitischen Aussagen distanzieren.³⁹

38 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989*, Opladen 1989; Pfahl-Traughber, *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, S. 135–138; Juliane Wetzel, *Erscheinungsformen und Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland und Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* vom 7. 7. 2014, S. 24–31.

39 Vgl. Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kiess/Elmar Brähler, *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Berlin 2010, S. 73 f.

Bei den Umfragen zur Akzeptanz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit⁴⁰ bedienten sich die Sozialforscher 2010 eines ähnlichen Einstellungsstatements, aber auch zweier Items mit Israel-Bezug. Bei der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ stimmten 16,5 Prozent der Befragten „eher zu“ und „voll und ganz zu“, was ungefähr dem Wert der erstgenannten Untersuchung entspricht. Darüber hinaus erhob man als Ausdruck eines „israelbezogenen Antisemitismus“ mit dem Einstellungsstatement „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ mit 38,4 Prozent und als Form einer „NS-vergleichenden Israelkritik“ mit dem Item „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ mit 57,3 Prozent jeweilige Gesamtzustimmungen.⁴¹ Da aber der erstgenannte und der letztgenannte Wert weit auseinander liegen, kann die Angemessenheit und Trennschärfe des „Vernichtungskrieg“-Statements auch und gerade zur Erfassung eines antizionistischen Antisemitismus kritisiert werden.⁴²

Schlusswort und Zusammenfassung

Der Blick auf die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung hat noch einmal die Notwendigkeit der Differenzierung der drei Auffassungen „antizionistischer Antisemitismus“, „antiimperialistische Israelfeindlichkeit“ und „menschenrechtliche Israelkritik“ verdeutlicht. Dabei handelt es sich um eine idealtypische Unterscheidung, die keineswegs Grauzonen, Schnittmengen und Übergänge leugnet. So können die zuletzt erwähnten fast 60 Prozent der Befragten, die Israel einen „Vernichtungskrieg“ gegen die Palästinenser zuschreiben, sowohl den Anhängern der Auffassung von einem antizionistischen Antisemitismus wie den Anhängern

40 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folgen 1–10*, Frankfurt a. M./Berlin 2002–2012. Vgl. hinsichtlich eines europäischen Vergleichs auch: Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann, *Die Abwertung der anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*, Berlin 2011.

41 Daten nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Antisemitismus in Deutschland*, S. 55.

42 Diese Aussage bejaht indessen nicht, dass bezogen auf den mitunter menschen- und völkerrechtlich kritikwürdigen Umgang der israelischen Politik mit den Palästinensern von einem „Vernichtungskrieg“ gesprochen werden kann. Der Begriff meint die beabsichtigte und geplante Tötung von Menschen in einer bestimmten Region mittels eines militärischen Vorgehens. Hiervon kann bezogen auf Israel nicht die Rede sein.

der Auffassung einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit zugeschrieben werden. Es käme bei der Einteilung bzw. Zuordnung darauf an, die jeweilige Motivation für die Nutzung des „Vernichtungskriegs“-Vorwurfs zu kennen. Antisemitisch scheint sie bei einem Drittel bzw. der Hälfte zu sein. Die jeweils anderen weisen keine dezidiert antisemitischen Grundpositionen auf.

Gleichwohl macht das Fehlen einer judenfeindlichen Einstellung bei den Anhängern einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit deren Position nicht zu einer unproblematischen Haltung: Eine derart einseitige und pauschale Deutung des Nahostkonflikts liefert einerseits der antisemitischen Seite objektiv inhaltlichen Stoff, um sich öffentlich im Licht scheinbar legitimer Kritik an der israelischen Politik zu rechtfertigen. Angesichts der Existenz eines nicht zu unterschätzenden antisemitischen Einstellungspotenzials in der Bevölkerung sollten daher einschlägige Positionen zum Nahostkonflikt klare Distanzierungen gegenüber möglichen Vereinnahmungen enthalten. Und andererseits führt das Bild von Israel als Hauptverantwortlichem für den Nahostkonflikt zu einer stereotypen und verzerrten Wahrnehmung, womit auch die problematischen Positionen seiner regionalen Feinde aus dem Blick kommen. Im Namen der Menschenrechte und des Völkerrechts lässt es sich schwerlich zusammen mit fanatischen Islamisten und Nationalisten demonstrieren.

Die kritische Auseinandersetzung mit Auffassungen einer antiimperialistischen Israelfeindlichkeit sollte in diesem Sinne in einem öffentlichen Diskurs auch mit Argumenten und nicht mit Zuschreibungen geführt werden. Gleiches gilt nicht für die Position eines antizionistischen Antisemitismus, die sich angesichts der darin enthaltenen Hassbilder gegen jüdische Individuen von jeder inhaltlichen Kontroverse verabschiedet hat. Auch aus dieser Perspektive bedarf es einer Differenzierung der Auffassungen von einem „antizionistischen Antisemitismus“, einer „antiimperialistischen Israelfeindlichkeit“ und einer „menschenrechtlichen Israelkritik“. Sie befreit zudem eine kontroverse Debatte von der „Rhetorik des Verdachts“,⁴³ wonach für die eine Seite Kritik an Israel nur als Vorwand für den Antisemitismus und für die andere Seite der Antisemitismusvorwurf zur Diffamierung der Israelkritik diene. Mit dieser Forderung bekennt man sich indes zu einer Position, die zwischen den extremen Polen der Kontroverse möglicherweise zerrieben wird.

43 So die Formulierung von: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznajder, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus?*, S. 7–18, hier S. 9.

ANTISEMITISMUS IN RECHTSEXTREMEN MEDIEN

Verschörung, Apokalypse, Systemzerfall

Antisemitische Szenarien in rechtsextremen Medien während der Finanzkrise 2007

Zahlreiche empirische Beispiele, historische wie aktuelle, belegen einen Zusammenhang von antisemitischen Denkmustern und einer spezifischen Wahrnehmung der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, die vor allem auf die Geld- und Finanzsphäre abhebt.¹ Seit den Überlegungen von Moishe Postone in seinem viel beachteten Aufsatz *Die Logik des Antisemitismus*, der später auch unter dem Titel *Nationalsozialismus und Antisemitismus* in erweiterter Form nachgedruckt wurde,² ist dieser Zusammenhang Ausgangspunkt für zahlreiche Debatten geworden, die vor allem in der theoretischen Antisemitismusforschung geführt wurden.³

Postone hat Antisemitismus aus einer politökonomischen Perspektive interpretiert und ist davon ausgegangen, dass die Wertform der modernen Gesellschaft und die aus ihr resultierende Ausdifferenzierung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert auf der einen sowie die Warenfetischisierung auf der anderen Seite

- 1 Die Autorinnen und Autoren danken dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (APABIZ) für die Unterstützung bei der Materialrecherche und Werner Bergmann, Stefanie Schüler-Springorum und Marc Schwietring für inhaltliche und methodische Anregungen.
- 2 Moishe Postone, *Die Logik des Antisemitismus*, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 36 (1982) 403, S. 13–25, hier S. 13 ff.; ders., *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch*, in: Dan Diner (Hrsg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a. M. 1988, S. 242 ff.
- 3 Vgl. im Überblick: Samuel Salzborn, *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 157 ff.

ursächlich sind für eine im Antisemitismus vollzogene Verknüpfung dieser ökonomischen Sphären mit einem konkretistischen Weltbild, in dem Abstraktes in manichäischer Weise assoziiert wird mit dem Judentum. Seinen argumentativen Ausdruck findet diese theoretische Erkenntnis in den zahlreichen Varianten und Variationen des antisemitischen Stereotyps einer Differenzierung in ein angeblich „schaffendes“ und ein angeblich „raffendes“ Kapital.

Im antisemitischen Weltbild wird dabei hinter der ökonomischen Struktur die Existenz anonymer Mächte vermutet und nach konkret identifizierbaren Menschen gefahndet, die für ökonomische Prozesse verantwortlich gemacht werden können: Der Banker, der Millionen „verzockt“, der auf Geldblasen setzende Börsenspekulant oder der entlassene Vorstandsvorsitzende mit Millionenabfindungen werden so zum personifizierten Feindbild, an dem sich Wut abreagiert, wobei entscheidend ist, dass hier nicht eine juristische, sondern eine moralische Verantwortung in den Mittelpunkt gerückt wird, bei der die Personalisierung zwar das Individuum nennt, aber im Prozess der Personalisierung auf ein (explizit genanntes oder nur angedeutetes) Kollektiv referiert. Personalisierung und Moralisierung appellieren an ein Gesellschaftsverständnis, das abstrakte Strukturen nicht begreift, dafür aber konkrete Menschen in die Verantwortung für ein System nehmen möchte, das zugleich als anonym und unfassbar verklärt wird.

Im Antisemitismus wird dabei, so schon Postones Argument, eine Differenz zwischen Abstraktem und Konkretem konstruiert, wobei das Abstrakte in der kapitalistischen Gesellschaft verteufelt wird: das Geld, die Aktien, der „künstliche“ Profit, das Finanzkapital. Hingegen wird das Konkrete glorifiziert: die „ehrliche“ und „nützliche“ Arbeit, die „natürliche“ Grundversorgung, das Industriekapital. Die antisemitische Denklöge meint, die Probleme in den Griff bekommen zu können, wenn der verteufelte Teil des Kapitalismus angegriffen wird – und fühlt sich dabei einer anonymen, unheimlichen und scheinbar omnipotenten Macht ausgesetzt. Um diese doch fassbar zu machen, wird sie personalisiert und als moralisch verwerflich attackiert. In der antisemitischen Fantasie wird die Sphäre des Abstrakten dabei mit „den Juden“ identifiziert. Denn Antisemiten glauben, dass gerade Juden diejenigen sind, die Profit aus Kapitalismus und Finanzkrise schlagen – weil sie für den Antisemiten all das verkörpern, was er selbst nicht versteht und wovor er sich fürchtet: das abstrakte Gesetz, den Verstand, die Individualität, die Freiheit, kurzum – die Moderne.

Umgekehrt folgt aus der öffentlichen Diskreditierung von Antisemitismus im politischen Diskurs der Bundesrepublik und einer – wenngleich auch in jüngerer Vergangenheit zunehmend „erodierenden“ – Kommunikationsschranke eine Limitierung der öffentlichen Sagbarkeit von Antisemitismus,⁴ die mit seiner semantischen Chiffrierung antisemitischer Stereotype einhergeht: Antisemitische Bilder funktionieren in einem bestimmten Kontext auch dann als (strukturell) antisemitisch, wenn Jüdinnen und Juden gar nicht explizit oder nur in einem „andeutenden Stil indirekter Aussagen“⁵ benannt werden – einerseits aufgrund ihrer strukturellen Denkklogik⁶ und ihrer Funktion als „kultureller Code“ (Volkov),⁷ andererseits weil ihr Sinngehalt auf eine unbewusste und überindividuelle Dimension der sprachlichen Symbolisierung in der antisemitischen Gemeinschaft (als all jenen, die sich dieser verbunden fühlen) verweist.

Ein solches, kollektives Symbol steht im Spannungsfeld zwischen individuellem und universellem Symbol und umfasst im Unterschied zu jenen bestimmte kulturell-historische Kontexte, die innerhalb eines Sinnkollektivs überindividuelle Bedeutung erlangen. Auf diese Weise werden die kollektiven Symbolisierungen zu sozialen Deutungsmustern, die innerhalb eines kulturellen Kontextes weitgehend geteilt werden, sodass in antisemitischen Vorstellungen Jüdinnen und Juden nicht explizit genannt werden müssen, um diese Argumentationsfiguren von den Rezipienten trotzdem antisemitisch zu lesen und zu deuten, gerade in Bezug auf die oben genannten Aspekte der Moderne, die von Antisemiten mit Jüdinnen und Juden assoziiert werden und die als „antimoderne

- 4 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (1986) 2, S. 223–246, hier S. 223 ff.; Werner Bergmann/Wilhelm Heitmeyer, Communicating Antisemitism. Are the „Boundaries of the Speakable“ Shifting?, in: Tel Aviv Yearbook of German History 33 (2005), S. 70–89, hier S. 70 ff.
- 5 Juliane Wetzel/Christina Herkommer, Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse der Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden 1998–2001, Berlin 2002, S. 17, http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/_archivextern/antisemitismus_gemeinsam_entgegenreten/studie_zum_antisemitismus_der_npd.pdf (30. 9. 2015).
- 6 Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee.
- 7 Shulamit Volkov, Antisemitism as a Cultural Code. Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany, in: Leo Baeck Institute Year Book XXIII (1978), S. 25–45, hier S. 25 ff.

Weltanschauung [...] in der Existenz der Juden die Ursache aller Probleme sieht“.⁸ Ist dieser Zusammenhang historisch gut belegt und auch theoretisch-konzeptionell intensiv diskutiert, wurde der Frage nach der konkreten, gegenwartsbezogenen Artikulation des Antisemitismus mit Blick auf Einlassungen zu ökonomischen Fragen bislang relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt – zumal mit Blick auf dasjenige politische Spektrum, das sich in Nachfolge des nationalsozialistischen Antisemitismus (und damit dem Entstehungskontext von Postones Theorie) gerade als empirischer Gegenstand anbietet: der Rechtsextremismus. Überhaupt wird der Gegenstand Antisemitismus in der Rechtsextremismusforschung vergleichsweise wenig intensiv untersucht, was vor allem damit zu tun haben dürfte, dass es aus wissenschaftlicher Perspektive intuitiv einleuchtend ist, dass Rechtsextremisten antisemitische Einstellungen haben, sodass ihre spezifische Erforschung weniger in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt, als dies etwa bei linkem Antisemitismus oder bei Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft der Fall ist.

Diese Feststellung war Anlass für ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur gefördertes Projekt im Rahmen der FoLL (Forschungsorientiertes Lehren und Lernen)-Förderlinie an der Georg-August-Universität Göttingen, um anhand eines Beispiels aus der jüngeren Vergangenheit die empirische Dimension des Themas in den Blick zu nehmen und in explorativer Weise zu zeigen, welche argumentativen Facetten sich im Antisemitismus des rechtsextremen Spektrums zeigen, wenn es explizit um die Befassung mit einem Thema geht, bei dem antisemitische Artikulationen aufgrund der skizzierten theoretischen Erkenntnisse zu erwarten sind. Der hierfür ausgewählte, konkrete Debattenanlass war die im Sommer 2007 beginnende internationale Finanzkrise, bei der davon ausgegangen wurde, dass das Thema in jedem Fall in der rechtsextremen Szene zur Artikulation von Antisemitismus geführt hat. Um dieser These nachzugehen, wurden rechtsextreme Periodika der zweiten Hälfte des Jahres 2007 systematisch ausgewertet und hermeneutisch-vergleichend analysiert.

8 Werner Bergmann, Was heißt Antisemitismus? Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37945/antisemitismus?p=all> (30. 9. 2015).

Hierfür wurden exemplarisch drei rechtsextreme Medien herangezogen, die in ihrer Auswahl dadurch begründet sind, dass sie im Wesentlichen die drei großen Strömungen des bundesdeutschen Rechtstextremismus abbilden: das Parteienspektrum, die (mit Blick auf den Nationalsozialismus) traditionalistische Szene und die sogenannte Neue (intellektuelle) Rechte.⁹ Ihren Ausgangspunkt hat diese Spaltung im Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969 (die NPD war vorher in mehrere Landtage eingezogen), aus dem die rechtsextreme Szene in der Folgezeit drei Konsequenzen zog: erstens die Fortsetzung der parteipolitischen Bemühungen, zweitens – da eine der beiden Kritiken an der NPD aus Neonazikreisen war, sie sei zu legalistisch gewesen – die Abwendung von parlamentarischen Bestrebungen zugunsten aggressiver und auch militanter Agitationen und Aktionen und drittens – da die andere Kritik an der NPD aus der Szene genau umgekehrt darin bestand, die Partei für zu wenig intellektuell zu halten – der Versuch, durch intellektuelle Einflussnahme eine „kulturelle Hegemonie“¹⁰ zu erringen. Jedes dieser drei Spektren war mit jeweils einem Medium in der Analyse vertreten, die – zum Zeitpunkt der beginnenden Finanzkrise 2007 – für maßgebliche Organe im rechten Spektrum gehalten wurden: Für das Parteienspektrum wurde die NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* (erscheint monatlich) gewählt, für das traditionalistische Spektrum die *Nation & Europa* (erschien monatlich, inzwischen eingestellt) und für das intellektuelle Spektrum die *Junge Freiheit* (erscheint wöchentlich).

Nation & Europa: Die Wirtschaftskrise als antisemitische Verschwörungsfantasie

Die zunehmende politische, gesellschaftliche und ökonomische Komplexität der international vernetzten und interagierenden Welt führt bei vielen Akteurinnen und Akteuren zu einer Asymmetrie in der Möglichkeit, die strukturellen und systemischen Zusammenhänge zu erfassen. Einfacher gesagt: Es wird zunehmend

9 Siehe zur Einordnung Samuel Salzborn, *Rechtstextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, 2. erw. Aufl., Baden-Baden 2015.

10 Hier handelt es sich um den von der „Neuen Rechten“ bei Gramsci entlehnten Begriff, der sich erstmals 1972 bei der – noch stark NPD-nahen – „Aktion Neue Rechte“ fand und Anleihen bei den Strategien der französischen Nouvelle Droite nahm.

schwieriger, internationale politische und ökonomische Prozesse zu verstehen. Durch die weltweite Vernetzung und Interaktion nehmen zunächst lokal verursachte Ereignisse globale Ausmaße an, wie nicht zuletzt die Wirtschaftskrise im Jahr 2007 gezeigt hat. Der Mensch hat durch die modernen Massenmedien Zugriff auf eine schier unendliche Menge an Informationen, diese sind jedoch kaum mehr zu systematisieren, geschweige denn zu überblicken. Um sich in der Welt zurechtzufinden und komplexe Ereignisse begreifbar zu machen, erfolgt auch in der politischen Sphäre zunehmend wieder ein Rückgriff auf einfache Erklärungsmuster, wie er in ökonomischen Krisensituationen regelmäßig zu beobachten ist.

„Cui bono?“ und „Wer steckt dahinter?“ sind die Fragen, die gestellt werden und mit deren Hilfe aus der Masse an Informationen mit einem extrem vereinfachten und letztlich einfältigen Muster die vermeintlich wichtigen herausgefiltert werden. Unverständliche Entwicklungen können damit begreifbar gemacht und vermeintlich Schuldige benannt werden; die unverstandene Abstraktheit sozialer und ökonomischer Beziehungen wird so zu konkretisieren versucht, statt sie zu reflektieren.¹¹ Die Welt wird wieder verständlich – zumindest dem Anschein nach. Dass dies kaum dem tatsächlichen Geschehen gerecht werden kann, ist zweitrangig; die Hauptsache ist, es gibt Antworten.

Auch die rechtsextreme Monatszeitschrift *Nation & Europa* (NE), 1951 von dem ehemaligen Militärschriftsteller und Offizier der Waffen-SS Arthur Erhardt zunächst unter dem Titel *Nation Europa* gegründet und bis zu ihrer Einstellung im Jahr 2009 das einflussreichste Organ des traditionalistischen, NS-orientierten Flügels im bundesdeutschen Rechtsextremismus, verfährt in ihren Versuchen, über die Wirtschaftskrise im Jahr 2007 und andere Ereignisse zu berichten, nach diesem Prinzip, das im Fall der NE nicht nur implizit, sondern über weitere Strecken explizit antisemitisch ausformuliert wird.

An diesem Beispiel lässt sich zeigen, wie ein Erklärungsmuster für verschiedene Ereignisse erhalten kann und durch diese Bestätigung erhält. Das Monatsmagazin fungiert hierbei als Filter und Webstuhl gleichermaßen. In einem ersten Schritt werden entsprechende Informationen herausgesucht. In einem weiteren

11 Tobias Jaecker, Antisemitische Verschwörungstheorien nach dem 11. September. Neue Varianten eines alten Deutungsmusters, Münster 2004; Daniel Pipes, Conspiracy. How the paranoid style flourishes and where it comes from, New York 1997; Wolfgang Wippermann, Agenten des Bösen. Verschwörungstheorien von Luther bis heute, Berlin 2007.

werden diese zu einem Erklärungsmuster verwoben und dem Leser als solche präsentiert. Dass dies auch ausgabenübergreifend funktioniert, zeigt eine vergleichende Analyse der Artikel *König der Wallstreet*¹² und *Von innen verrottet*.¹³

In dem Beitrag *König der Wallstreet* von Detlev Rose wird deutlich, welche Erklärungsmuster durch die Verknüpfung von Personen und Organisationen entstehen.¹⁴ Der Artikel behandelt vordergründig Leben und Aufstieg des Investmentbankers Stephen A. Schwarzman. So werden zu Beginn des Artikels, neben dem prunkvollen Zuhause Schwarzmans, auch eine Party und deren Gäste beschrieben. Dort sollen laut Rose unter anderem die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice, der ehemalige Bürgermeister von New York Michael Bloomberg und andere Personen aus Politik, Wirtschaft und Unterhaltung geladen gewesen sein. Rose zitiert zusätzlich den Unternehmer Leonard Lauder mit den Worten „Wir lieben Stephen. Er ist für uns alle der Vorzeigejunge.“ In einem Nebensatz wird auf den Bruder Ronald Lauder verwiesen, der gerade erst zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses „gekürt“ worden sei, die Party jedoch allem Anschein nach nicht besucht hat.¹⁵ Rose erreicht mit diesen Andeutungen, zwischen der Party, namhaften Gästen aus Politik und Wirtschaft sowie einer Organisation zur Interessenwahrung von Jüdinnen und Juden einen nebulösen, weil lediglich assoziativ vorgetragenen Zusammenhang herzustellen.

Den Anspielungen wird noch eine weitere hinzugefügt. Rose weist beiläufig darauf hin, dass Schwarzman Sohn eines „jüdischen Kurzwarenhändlers“ sei. Somit wird Schwarzman mit dem Attribut jüdisch belegt und eine Verbindung zum vorherig angesprochenen Jüdischen Weltkongress aufgebaut – und auch die implizite Referenz auf das von Heinrich von Treitschke 1879 formulierte Stereotyp der „hosenverkaufenden Jünglinge“, mit dem er die jüdischen Zuwanderer aus Osteuropa belegte, zeigt die tiefe Verankerung der Argumentation im antisemitischen Imaginarium.¹⁶

12 Detlev Rose, *König der Wallstreet*, in: *Nation & Europa* (im Folgenden: NE) (2007) 7/8, S. 41 ff.

13 Bernhard Radtke, *Von innen verrottet*, in: NE (2007) 10, S. 36 ff.

14 Rose, *König der Wallstreet*, in: NE (2007) 7/8, S. 41 ff.

15 Ebenda, S. 41.

16 Vgl. Alexandra Kurth/Samuel Salzborn, *Antislawismus und Antisemitismus. Politisch-psychologische Reflexionen über das Stereotyp des Ostjuden*, in: Edmund Dmitrów/Tobias

Aber diese Verbindungen reichen noch nicht. Schwarzman, der in Yale studiert hat, sei nämlich Mitglied in der berühmten Studentenverbindung „Skull & Bones“, die Rose als „Geheimgesellschaft“ vorstellt.¹⁷ Rose behauptet weiter, dass Schwarzman „einer der ersten und engagiertesten Geldgeber von George W. Bush“ gewesen sei. Dieser wiederum ist laut Rose ein „Skull & Bones Bruder“ Schwarzmans.¹⁸ Somit entsteht zwischen „Skull & Bones“, Bush und Schwarzman eine lediglich durch Assoziationen und Anspielungen hergestellte Verbindung. Diese kann noch weiter ausgebaut werden. Rose verweist im Folgenden auf den Council of Foreign Relations. Bei diesem handelt es sich um einen Think Tank, der sich insbesondere mit Außenpolitik auseinandersetzt. Rose jedoch betrachtet den Rat als „kapitalistisches Absprachegremium“,¹⁹ an dem auch Schwarzman beteiligt sei. In welcher Form, wird jedoch nicht benannt und insofern den Fantasien der Lesenden überlassen. Schwarzman wird im Artikel als Dreh- und Angelpunkt insinuiert. Über ihn werden die Organisationen „Skull & Bones“ mit dem Council of Foreign Relations und dieser wiederum mit dem Präsidenten George W. Bush verbunden und damit eine gegenseitige Beeinflussung unterstellt.

Im Artikel Von innen verrottet aus der Oktober-Ausgabe 2007 der NE wird das zuvor gesponnene Netz aus „Skull & Bones“ und Council of Foreign Relations aufgegriffen und fortgesetzt. Im August 2007 brach bei Reparaturarbeiten in Bundesstaat Mississippi eine Brücke zusammen, bei dem Unglück kamen mindestens sieben Menschen ums Leben.²⁰ Das Ereignis zog eine Debatte über den Zustand der amerikanischen Infrastruktur nach sich. Entsprechend frohlockte die NE mit der Aussage, die USA sei „von innen verrottet“, und fragte sich, ob sie bald untergehen würde wie einst Rom.²¹ Der Autor Bernhard Radtke zitiert zu Beginn seines Artikels die Aussage eines Mitarbeiters des Council of Foreign Relations mit den

Weger (Hrsg.), Deutschland östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn, Frankfurt a. M. 2009, S. 309–324, hier S. 309 ff.

17 Rose, König der Wallstreet, in: NE (2007) 7/8, S. 42.

18 Ebenda, S. 43.

19 Ebenda.

20 DPA, Unglück in Minneapolis: Mississippi-Brücke stürzt ein – viele Tote und Verletzte, in: Spiegel Online, 2. 8. 2007, <http://www.spiegel.de/panorama/unglueck-in-minneapolis-mississippi-bruecke-stuerzt-ein-viele-tote-und-verletzte-a-497735.html> (28. 5. 2015).

21 Radtke, „Von innen verrottet“, in: NE (2007) 10, S. 36 ff.

Worten: „Wir sind die Supermacht, die von innen verrottet.“²² Das erscheint ungewöhnlich, da sich der Rat auf außenpolitische Themen konzentriert. Den Council of Foreign Relations, nun einmal im Artikel erwähnt, nutzt Radtke im Folgenden, um darauf hinzuweisen, dass der Think Tank „Spitzenpositionen in Regierung und Verwaltung mit ausgesuchten Personal versorgt“.²³ Für Radtke ist es also eine Tatsache, dass die Posten in der Politik durch außenstehende Akteure besetzt werden. Folgt man dieser Logik, so muss der Staat fremdgesteuert sein. Im vorherigen Artikel wurde die Brücke vom Council of Foreign Relations zu dem als jüdisch etikettierten Investmentbanker Schwarzman geschlagen. Es lassen sich bereits an dieser Stelle Parallelen zu antisemitischen Verschwörungstheorien erkennen, doch Radtke wird noch deutlicher. Er lässt den Rechtsextremisten Richard Melisch zitierend die Hintergründe erklären, dass die USA „alles in ihrer Macht Stehende unternehmen [werden], um in der kurzen Zeitspanne, die sie noch zur Verfügung haben, ihre Welteroberungsstrategie voranzutreiben“.²⁴

Aus den beiden Artikeln lässt sich folgendes Erklärungsmuster erkennen: Die Amerikaner wollen die Welt beherrschen. Dafür bedienen sie sich der Strategien, die der Council of Foreign Relations ausarbeitet. Um an Personal für ihre Ziele zu kommen, bedienen sie sich neben dem Think Tank der Studentenverbindung „Skull & Bones“. Hinter dem Council of Foreign Relations, und damit hinter den Plänen zur Weltherrschaft, stehen mehrheitlich reiche Juden wie Schwarzman. Damit lassen sich zwei Dinge zeigen. Zum einem ist zu erkennen, dass die NE klassische Stereotype aus dem Denkkarsenal antisemitischer Verschwörungstheorien bedient, die dem Muster der Fantasie einer „jüdischen Weltverschwörung“ folgen. Zum anderen wird deutlich, dass es in den Artikeln gar nicht um Schwarzman oder um die amerikanische Infrastruktur geht, sondern vielmehr stets um eine antisemitische Verschwörungstheorie.

Insgesamt bettet die NE diese antisemitischen Verschwörungsfantasien in ein weltpolitisches Szenario der Apokalypse und des drohenden Unterganges ein, Wirtschaftsgutachten seien „nur noch Wunsch-Prognosen“,²⁵ das „dicke Ende“

22 Ebenda, S. 36.

23 Ebenda.

24 Richard Melisch, zit. n. ebenda, S. 37 f.

25 mü, Nur noch Wunsch-Prognosen?, in: NE (2007) 6, S. 35.

käme ökonomisch erst noch,²⁶ Schuld daran seien „offene Grenzen, weltweiter Freihandel und immer mehr Liberalisierung“. ²⁷ Die Idee eines wirtschaftlichen Aufschwungs sei eine „Fata Morgana“, ²⁸ die von der NE als „Fakten“ unterstellten Deutungen der Wirtschaftskrise würden jedoch medial verschwiegen, dazu gebe es „im Fernsehen keine Abendnachrichten und in den Zeitungen keine Schlagzeilen“. ²⁹ Da die NE sich jedoch – wie alle untersuchten rechtsextremen Medien – immer wieder der extrapolierten Fachexpertise verschiedener Wirtschaftsmagazine bedient und diese insbesondere zum Aufbau des Surrogats eines eigenen Sachverständigen zitiert, handelt es sich bei dieser das Verschwörungsmuster ergänzenden Unterstellung um eine allein schon aus der Hermeneutik des untersuchten Materials widersprüchliche These, die zeigt, dass man in der NE Verschwörungsfantasien nicht glaubt, obwohl, sondern weil sie falsch sind – zumal eine rein sachlich-deskriptive Ebene in allen NE-Artikeln zum Thema gänzlich fehlt.

Die Stoßrichtung der NE wird jedoch, getreu ihrer NS-Gründungstradition, argumentativ auch offen und explizit antisemitisch, wenn etwa unterstellt wird, dass jüdische Organisationen die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten „auf Kurs“ bringen und über ein weitverzweigtes Netz an Interessenvertretungsorganisationen faktisch steuern würden. ³⁰ Der Council of Foreign Relations wird dann schnell zu einer „Art inoffiziellen Nebenregierung“, ³¹ die „jüdischen Befindlichkeiten“ mutieren zur Grundlage für das Argument einer neokonservativen Politik, die „ohne Wenn und Aber eine US-Weltherrschaft anstrebt“. ³²

In einem Leitartikel versteigt sich NE-Urgestein Harald Neubauer zu der Fantasie, dass die deutsche Politik „inbrünstig der Globalisierung“ diene und für jeden „fremden ‚Investor‘“ den „roten Teppich“ ausrolle³³ – die Betonung von

26 Bernhard Retka, Trugbild „Aufschwung“, in: NE (2007) 7/8, S. 14.

27 mü, Zollbetrug und Markenpiraterie, in: NE (2007) 6, S. 41.

28 Retka, Trugbild „Aufschwung“, in: NE (2007) 7/8, S. 14.

29 Ebenda, S. 17.

30 Bernhard Radtke, Was folgt nach Bush?, in: NE (2007) 11/12, S. 10.

31 Ebenda, S. 11.

32 Ebenda, S. 10 f.

33 Harald Neubauer, Der feine Unterschied, in: NE (2007) 9, S. 3.

Neubauer liegt hier freilich auf der Unterstellung der Fremdheit und des Scheincharakters der Investitionen, wenn sie nicht im nationalen Kontext generiert werden, was auch eine argumentative Brücke zu einem Beitrag ein NE-Heft später schlägt, in dem „Heimatgefühl und Familienehre“ als „italienisches Erfolgsrezept“ gegen die Globalisierung verkauft, also die „gewachsenen Wirtschaftsstrukturen“ gegen die „Heuschrecken“ in Stellung gebracht werden und damit die NS-Unterscheidung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital weitergedacht wird.³⁴ Neubauer wiederum, der auch die „Heuschrecken“-Metapher gebraucht, freilich nicht, ohne sie als aus dem „Giftschrank politischer Unkorrektheit“ zu etikettieren und sich damit doppelt zu inszenieren – als Held, der es trotzdem wagt, sich aus diesem (frei erfundenen) Giftschrank zu bedienen, und als Feigling, der sich aus strafrechtlichen Gründen dies nur traut, wenn er sich präventiv gegen nicht erhobene Kritik absichert (durch Bezugnahme auf Franz Müntefering) –, skizziert den „US-Spekulanten“ (auch hier wieder angelehnt an ein Titelbild der IG-Metall-Zeitschrift)³⁵ mit „Nadelstreifenanzug, güldenem Raffzahn und Krummnase“.³⁶ Daran schließt Neubauer unmittelbar den Gedanken an, dass in Deutschland die Kritik an „Chinesen oder Russen“ „zum Glück [...] noch unter die Meinungsfreiheit“ falle – und lässt dabei raunend offen, welche Kritik denn in Deutschland nicht unter die Meinungsfreiheit fallen könnte. Strafrechtlich betrachtet ist im Kontext der NE nur der Schluss möglich, dass es sich um eine Anspielung auf StGB 130 (Volksverhetzung) handeln muss, weil dies die einzige strafrechtliche Ausnahmeregelung ist, die sich zwar nicht auf eine Meinung, sondern das Leugnen von Fakten bezieht, allerdings in der rechtsextremen Szene gerne so interpretiert wird, dass nicht nur die wahrheitswidrige Leugnung der Shoah unter Strafe gestellt ist, sondern damit jede Äußerung von Antisemitismus verboten wäre.

34 mü, Heimatgefühl und Familienehre, in: NE (2007) 10, S. 39.

35 Titelbild der IG-Metall-Zeitschrift „metall“ 5/2005, https://www.igmetall.de/0007931_metall_0505_302315e972d62631ffba7f1ce9befbac56691f38.pdf (19. 10. 2015).

36 Neubauer, Der feine Unterschied, in: NE (2007) 9, S. 3.

Deutsche Stimme: Antisemitismus als Element völkisch-apokalyptischer Krisendeutung

Die *Deutsche Stimme* (im Folgenden: DS) erscheint seit 1976 als Parteiorgan der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Chefredakteur während des hier betrachteten Zeitraums war Holger Apfel. Die Zeitung, die als „Zielgruppenorgan“ bezeichnet wird, hatte 2008 eine Auflage von 10 000 Stück. Sie richtet sich „nicht an die Bewegung als Ganze, sondern an spezifische Teile der Szene“. ³⁷ Obwohl es sich um ein Parteiorgan handelt, wird sie nicht nur an Mitglieder der NPD ausgeliefert, sondern auch im Zeitschriftenhandel vertrieben, wobei die Auflagenhöhe von der NPD bisweilen deutlich höher beziffert wird. ³⁸

In jeder der untersuchten Ausgaben der DS werden der Staat Israel, jüdische Einzelpersonen, jüdische Organisationen oder der Holocaust thematisiert. Keiner dieser Artikel kommt ohne antisemitische Stereotype, Konstruktionen und Argumentationen aus, viel eher finden sich diese in offenen und aggressiven Formulierungen und Bildern. Dabei ist auffällig, dass unabhängig davon, ob das antisemitische Ressentiment offensiv zum Ausdruck gebracht wird, in den Texten eine Art antisemitische Grammatik sichtbar wird, die teilweise auch durch das Arrangement der Artikel erzeugt wird, was an die Analyse von drei Periodika der NPD auf Landesebene anschließt, die Juliane Wetzel und Christina Herkommer 2002 durchgeführt haben: Hier war allerdings noch stärker von „Andeutungen, Anspielungen, Kontextualisierungen oder in einer anderen indirekten Form“ von Antisemitismus die Rede, ³⁹ die sich in der *Deutschen Stimme* zwar auch findet, aber eben in dem hier vorgenommenen Untersuchungszeitraum auch mit explizitem und offensivem Antisemitismus.

Dominant ist das antisemitische, verschwörungstheoretisch aufgeladene Motiv, dass Juden oder der Staat Israel einen übermäßigen Einfluss auf andere Staaten, hier insbesondere auf Deutschland und die bundesrepublikanische Politik ausübten. Diesem Ressentiment liegt eine übersteigerte Macht- und

37 Claudia Globisch, *Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland*, Wiesbaden 2013, S. 167, S. 171.

38 Vgl. Juliane Wetzel, *Deutsche Stimme (seit 1976)*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 6: Publikationen, Berlin 2013, S. 134 ff.

39 Wetzel/Herkommer, *Zum Antisemitismus der NPD*, S. 23.

Herrschaftsfantasie zugrunde, die auf Juden und Israel projiziert wird. Im Zentrum steht in den hier zugrunde liegenden Ausgaben insbesondere der Zentralrat der Juden in Deutschland und dessen damalige Präsidentin Charlotte Knobloch. Der Zentralrat wird als „[m]ächtiger Gegner“⁴⁰ oder auch, wie noch 2011 vom sächsischen NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel, als ein sich als „bundesrepublikanische Nebenregierung gebärdender ‚Rat‘“⁴¹ bezeichnet. Angela Merkel etwa sei „in der Tat als unerschütterliche Fürsprecherin des Staates Israel und der Belange der Juden in der BRD bekannt“.⁴² Einzelne öffentliche Personen und Funktionsträger des rechtskonservativen Lagers wie Eva Herman oder Günther Oettinger hätten „im Visier des Zentralrats der Juden“ gestanden,⁴³ kurz bevor sie schließlich diesem zum „Opfer“⁴⁴ fielen. Der ehemalige Regierungsdirektor Josef Schüsselburner, dem vorgeworfen wurde, in rechtsextremen Organen veröffentlicht zu haben, sei „auf Zuruf [...] des Zentralrats der Juden vom Dienst suspendiert“⁴⁵ worden. Dies wird zum „Ziel eines beruflichen Vernichtungsversuchs“⁴⁶ verklärt – und damit zugleich die Rolle von einstigen Opfern und Tätern verkehrt. Diese Macht- und Herrschaftsfantasien einer jüdischen „Zwangs“-Instanz werden signifikant in dem verwandten Vokabular zum Ausdruck gebracht: Die „deutsche Justiz“⁴⁷ etwa „beugt“⁴⁸ sich so diesem Einfluss und „knickt ein“,⁴⁹ der NDR, stellvertretend für die deutschen Medien, „ging [...] in die Knie“.⁵⁰ Auch die Politik, etwa die Geschichtspolitik, werde vom Zentralrat der Juden „bestimmt“.⁵¹

40 Wilfried Klauß, Das „Ashkan- und Eva-Prinzip“. Deutsche Jagdszenen 2007 – Mächtiger Gegner: Auch Eva Herman ist im Visier des Zentralrats der Juden, in: Deutsche Stimme (DS) (2007) 11, S. 28.

41 Zit. nach Patrick Gensing, Antisemitismus in der NPD, in: Dana Ionescu/Samuel Salzborn (Hrsg.), Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014, S. 287.

42 O. V., Zentralrat ehrt Merkel, in: DS (2007) 12, S. 1.

43 Klauß, Das „Ashkan- und Eva-Prinzip“, in: DS (2007) 11, S. 28.

44 Karl Richter, Bravo, Eva Herman! ... und wieder ein etabliertes Opfer des etablierten Meinungskartells, in: DS (2007) 10, S. 27.

45 Arne Schimmer, Jagd auf einen Regierungsdirektor, in: DS (2007) 11, S. 5.

46 Ebenda.

47 O. V., Greenpeace verbieten?, in: DS (2007) 10, S. 2.

48 Ebenda.

49 Ebenda.

50 Richter, Bravo Eva Herman!, in: DS (2007) 10, S. 27.

51 Thomas Salomon, Distanzierungstango, in: DS (2007) 6/7, S. 28.

Werden mit und in diesen Konstruktionen erst vermeintliche Belege für das Stereotyp produziert und somit das antisemitische Ressentiment rationalisiert, konstant aktualisiert und im Bewusstsein aufrechterhalten, erhält es im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit tages- und gesellschaftspolitischen Themen Relevanz und Wirkmächtigkeit, sodass schließlich auch ausdrücklich eine Frage zur Diskussion gestellt wird: „Aber sind die Juden zu mächtig oder nicht?“⁵²

Indem immer wieder die Rollen von einstigen Opfern und deutschen Tätern umgekehrt werden, sind auch Formen von sekundärem Antisemitismus, der sich aus dem von Adorno und anderen Mitarbeitern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung skizzierten Schuld-Abwehr-Zusammenhang speist,⁵³ Teil der antisemitischen Inhalte der DS. In einigen Artikeln findet eine Relativierung bis hin zur angedeuteten Leugnung der Shoah statt, so herrsche ein „strafrechtlich verfügte[r] Zwang, an den Holocaust zu glauben“,⁵⁴ wobei von „vielen Holocaust-Versionen“⁵⁵ gesprochen wird und es weiter heißt: „Und nur der Glaube allein konnte früher auch keine Berge versetzen.“⁵⁶ Hinzu kommen antisemitische Inhalte mit religiösen Bezügen. Auch das Prinzip der „Fremdheit und Andersartigkeit“⁵⁷ ist Bestandteil des Ressentiments gegenüber Juden, die in einigen Artikeln die Negation des Nationalen symbolisieren.⁵⁸ Dies sollte auch in der Auswertung der Artikel zum Wirtschafts- und Finanzwesen Berücksichtigung finden, da die völkisch aufgeladenen Konzepte von „Nation“⁵⁹ und „Volk“⁶⁰ darin jeweils wichtige Strukturprinzipien darstellen.⁶¹

52 Carlos Dufour, Friedmannfragen, in: DS (2007) 8, S. 21.

53 Theodor W. Adorno, Schuld und Abwehr, in: ders., Gesammelte Schriften Band 9.2. Soziologische Schriften II. Zweite Hälfte, Frankfurt a. M. 1975.

54 Klaus Scholl, Spanien kippt „Holocaust-Leugnungsgesetz“. Deutschland verfolgt weiter Andersdenkende, in: DS (2007) 12, S. 11.

55 Ebenda.

56 Ebenda.

57 Ruth Wodak et al., „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt a. M. 1990, S. 349.

58 Vgl. dazu bspw. Roland Bau, Angriff auf die Nationalsprachen. Vor 120 Jahren entstand die Kunstsprache „Esperanto“ als Waffe der Internationalisten, in: DS (2007) 9, S. 17.

59 Fritz Fischer, Nationale Töne von links. Über Jürgen Elsässers „Angriff der Heuschrecken“, in: DS (2007) 6/7, S. 16.

60 Ebenda.

61 Vgl. dazu. Roland Bau, Angriff auf die Nationalsprachen, in: DS (2007) 9, S. 17.

In diesem Sinne lassen sich unterschiedliche Formen des Antisemitismus in den Ausgaben der DS ausmachen. So deutlich sich diese zum Teil manifestieren, ist dies in den Artikeln zum Wirtschafts- und Finanzwesen jedoch überwiegend nicht so. Stattdessen sind es vor allem die vielfältigen Kombinationen sowie die scheinbar unbegrenzte Integrierbarkeit antisemitischer Inhalte in verschiedenste Themenkomplexe, wodurch das antisemitische Ressentiment in der DS als integraler Bestandteil des rechten Weltbildes sichtbar wird. Greifbar wird dies etwa an Stellen, die ohne Antisemitismus keinen immanenten Sinn ergeben würden: Als Moment der Diffamierung reicht der Verweis auf den jüdischen Hintergrund einer Person. So wird in einem Artikel, der sich gegen die amerikanische White-Power-Bewegung wendet, auf den jüdischen Hintergrund eines ihrer Begründer als vermeintliches Argument gegen die Bewegung verwandt, diese sei „aus kommerziellen Gründen organisiert“⁶² und habe „von ihren Ursprüngen nichts mit dem deutschen Volk zu tun“.⁶³

Indem dem Begriff des „Juden“⁶⁴ an dieser Stelle keine Ausführungen hinzugefügt werden, aus dem Kontext aber die negative Besetzung hervorgeht, kann davon ausgegangen werden, dass der Rezipient diese negative Konnotation teilen kann. Antisemitismus muss also – bedenkt man den offensiven Umgang in qualitativer wie quantitativer Hinsicht in der DS – als integraler Bestandteil des Rezipienten- und Autoren-Milieus gedacht werden.

Im wirtschaftlichen Kontext sind die internationale Finanzwirtschaft und ihre Akteure das zentrale Feindbild der DS. Bankern, Managern und Fonds wird unterstellt, dass sie nur auf „kurzfristig[e] Gewinne“⁶⁵ aus seien. Ihre Vertreter werden als „Heuschrecken“,⁶⁶ „Finanzjongleure“,⁶⁷ „Fondshaie“⁶⁸ und „Finanz-

62 Safet Babic, Abstraktion überwinden! Soziologische und mediale Deutungsversuche des modernen Nationalismus, in: DS (2007) 10, S. 9.

63 Ebenda.

64 Ebenda.

65 Patrick Wieschke, „Heuschrecken“-Schutz ist notwendig, in: DS (2007) 12, S. 7.

66 Safet Babic, Heuschrecken als Segen?, in: DS (2007) 6/7, S. 10; Karl Richter, Hausgemachte „Heuschrecken“-Plage, in: DS (2007) 11, S. 23; Patrick Wieschke, „Heuschrecken“-Schutz ist notwendig, in: DS (2007) 12, S. 7.

67 Vgl. Lutz Dessau, Bei finanziellen Transaktionen stets zu Diensten, in: DS (2007) 6/7, S. 10.

68 Richter, Hausgemachte, in: DS (2007) 11, S. 23.

und Politikquistadoren⁶⁹ bezeichnet. Zur Durchsetzung ihrer Ziele seien den Finanzunternehmen alle Mittel recht. „Heuschrecken“ würden „Angriffe“ auf die deutsche Wirtschaft begehen und „zuschlagen“,⁷⁰ um an ihren Gewinn zu kommen. Der aggressive Charakter, der den Finanzunternehmen zugeschrieben wird, zeigt sich auch im Vokabular: Sie würden „liquidieren“,⁷¹ „vernichten“,⁷² „über Leichen gehen“. ⁷³ Opfer seien „Arbeitsplätze“,⁷⁴ „gewachsene Unternehmensstrukturen“⁷⁵ und „der kleine Mann“.⁷⁶ Den Vertretern des Finanzwesens werden ein bewusst verbrecherisches Vorgehen und eine verantwortungslose, egoistische und dadurch moralisch diskreditierte Risikobereitschaft („jonglieren“) vorgeworfen. Wirtschaftliches Handeln erscheint als ein „gnadenlose[r] globale[r] Konkurrenzkampf“,⁷⁷ der mit gewalttätigen Mitteln zwischen konkreten Akteuren geführt wird, wobei das Finanzwesen durch den Verweis auf „undurchschaubare Finanzblasen“ abstrakt bleibt.

Die Komplexität der internationalen Wirtschaft wird reduziert auf das Handeln einzelner Akteure, die durch ihr hemmungsloses Vorgehen für die negativen Auswirkungen abstrakter Prozesse verantwortlich sein sollen, sodass die Schuld bei den Managern und Fonds gesucht wird, denen das „derzeit herrschende politische, insbesondere finanzpolitische System“⁷⁸ nützt.

Die Akteure des Finanzwesens werden als fremd, ausländisch und zumeist amerikanisch beschrieben. Ihr vermeintlich rücksichtsloses Vorgehen sei darauf zurückzuführen, dass der „bröckelnde Machterhalt der US-Eliten“ gesichert werden soll und „die schnellstmögliche Etablierung von beherrschenden US-Wirtschaftsstrukturen in Europa forciert [würde], wozu Hedge-Fonds unerlässlich“ seien.⁷⁹ „Verteidiger der ‚Heuschrecken‘“ würden sich als „Profiteure des Status

69 Vgl. Per Lennart Aae, Bank am Abgrund, in: DS (2007) 10, S. 10.

70 Wieschke, „Heuschrecken“-Schutz, in: DS (2007) 12, S. 7.

71 Ebenda.

72 Babic, Heuschrecken, in: DS (2007) 6/7, S. 10.

73 Richter, Hausgemachte, in: DS (2007) 11, S. 23.

74 Ebenda.

75 Babic, Heuschrecken, in: DS (2007) 6/7, S. 10.

76 Arne Schimmer, Größte Bankenkrise seit 1931?, in: DS (2007) 9, S. 1f.

77 Dessau, Bei finanziellen Transaktionen, in: DS (2007) 6/7, S. 10.

78 Aae, Bank am Abgrund, in: DS (2007) 10, S. 10.

79 Babic, Heuschrecken, in: DS (2007) 6/7, S. 10.

quo“ und als „Handlanger US-amerikanischer Interessen“ erweisen.⁸⁰ Den USA wird eine Allmacht zugeschrieben, durch die sie Deutschland und Europa kontrollieren würden. Dabei ist das Feindbild „USA“ konkret und abstrakt zugleich: konkret, weil die Wirtschaftsstrukturen als „US-amerikanisch“ bezeichnet werden, abstrakt, weil dieses Etikett vollkommen unspezifisch eingesetzt wird. So ist von „US-Investmentfonds“,⁸¹ der „US-Ostküste“⁸² und „US-Eliten“ die Rede, die „US-Wirtschaftsstrukturen“ und eine „US-Hegemonie“ durchsetzen würden. Die globale Wirtschaft wird nicht als ambivalentes gesellschaftliches Verhältnis gesehen, sondern aufgespalten in „deutsche“ und „US-amerikanische“ Akteure, wobei Erstere nur gewinnen und Letztere nur verlieren und unterdrückt werden. Wirtschaftliches Handeln wird damit zu einer ontologisch-naturhaften Charaktereigenschaft.

Dies geht einher mit der Unterteilung in „schaffende“ und „raffende“ Akteure. So wird von „asozialer Raffgier für immense Aktiengewinne“⁸³ oder vom „Treiben [...] private[r] ausländische[r] Finanzganoven, die nur rafften und nichts schaffen“,⁸⁴ geschrieben. Dazu wird Kritik geübt an „Zinserträge[n] aus internationalen Finanzgeschäften“, die der deutschen Wirtschaft „keinen realen Gewinn“ verschaffen würden, sondern nur „der internationalen Hochfinanz und deren Herrschaft über die Volkswirtschaften“ nützten.⁸⁵ Dadurch käme eine „Entkoppelung des Geld- und Kapitalkreislaufs – und damit der Banken – von der raumgebundenen Wirtschaft“ zustande, die letztlich zum „Ende aller demokratischen Freiheiten“ führe.⁸⁶

Diese Ausführungen machen die genuin nationalsozialistische und antisemitische Sichtweise der DS auf wirtschaftliche Zusammenhänge deutlich. Die ökonomische Totalität wird aufgespalten in eine Sphäre, die vermeintlich wirkliche Werte schafft, und eine, die nur der Bereicherung fremder Finanzunternehmen dient. Die Autoren zeichnen das Bild einer deutschen Wirtschaft, die von außen

80 Ebenda.

81 Wieschke, „Heuschrecken“-Schutz, in: DS (2007) 12, S. 7.

82 Babic, Heuschrecken, in: DS (2007) 6/7, S. 10.

83 Ebenda.

84 Jürgen Gansel, Schmusekritik am Nachtwächterstaat, in: DS (2007) 9, S. 23.

85 Aae, Bank am Abgrund, in: DS (2007) 10, S. 10.

86 Ebenda.

durch amerikanische Akteure angegriffen wird und sich dadurch von den Interessen der Bevölkerung entfernt. Dieses „US-amerikanische“ Wirtschaftssystem sei „völlig unnütze“ und „sogar schädlich“⁸⁷ und widerspreche dem „deutschen“ Wesen. So wird die Vorstellung einer wirtschaftlichen Ordnung geschaffen, die frei ist von den Ambivalenzen des kapitalistischen Systems und in der es eine Gemeinschaft von Bevölkerung, Banken und Unternehmen gibt. Diese Vorstellung ist jedoch nichts anderes als die NS-Fantasie der Volksgemeinschaft. Es ist der Wunsch nach einer homogenen Gemeinschaft, die jedoch nur möglich ist durch die radikale Exklusion des Fremden, für die „aus bestimmten historischen Gründen bis heute ‚der‘ Jude“ steht.⁸⁸ In der DS wird das Fremde durch die Finanzwelt symbolisiert. Alle negativen Eigenschaften und Entwicklungen der modernen Gesellschaft können damit von der deutschen Wir-Gruppe abgespalten und auf die amerikanische Fremdgruppe übertragen werden.

Die Analyse der Artikel aus der DS zeigt, dass sich die Autoren in wirtschaftlichen Fragen eindeutiger antisemitischer Denkmuster bedienen. Die Konstitution ihrer wahnhaft-paranoiden Weltanschauung, die sich von der Finanzwirtschaft beherrscht und bedroht fühlt, kommt dabei durch die Verbindung mehrerer Aspekte zustande: Das zentrale Feindbild der Finanzwirtschaft wird ergänzt durch die Konstruktion „US-amerikanischer“ Charaktereigenschaften, denen manichäisch eine „deutsche“ Wirtschaftsordnung gegenübergestellt wird, in der die Ambivalenzen des modernen Kapitalismus aufgehoben scheinen.

Junge Freiheit: Die Wirtschaftskrise als Vorbote des Systemzerfalls

Die *Junge Freiheit* (im Folgenden: JF) wurde 1986 vom damaligen Schüler Dieter Stein, der zu diesem Zeitpunkt Mitglied bei der Freiheitlichen Jugend Deutschlands, der Jugendorganisation einer Abspaltung der Republikaner, der sog. Freiheitlichen Volkspartei war, in Freiburg im Breisgau gegründet. Stein ist seither Chefredakteur der JF und auch Geschäftsführer des 1990 gegründeten Junge

87 Ebenda.

88 Rolf Pohl, Antisemitismus und Schlussstrichmentalität heute, in: Joachim Perels (Hrsg.), *Auschwitz in der deutschen Geschichte*, Hannover 2010.

Freiheit Verlags. Die JF erscheint seit 1993 wöchentlich und hatte im untersuchten Zeitraum eine Auflage von ca. 14 000 Exemplaren (nach eigenen Angaben). Das Beispiel der JF zeigt anschaulich einige Denkmuster in der neurechten Strömung auf. So herrscht in den Artikeln zur Finanzkrise ein gewisser Fatalismus vor, der stets auf einen – unterstellten – bevorstehenden Zerfall des Systems, wie es im Moment besteht, hinausläuft. Doch vieles bleibt dabei ungesagt, wird nur implizit angesprochen.

Dabei ist das Vorgehen in den Artikeln oft ähnlich. Nach einer polemischen Einführung wird recht breit vermeintlicher Sachverstand und Fachwissen zur Materie ausgebreitet, der häufig durch komplizierte Zahlenspiele oder das Berufen auf Theorien und Erklärungsansätze von mal mehr, mal weniger anerkannten Wirtschaftswissenschaftlern verdeutlicht werden soll. Diese Ausführungen sind häufig gespickt mit wirtschaftlichen Fachtermini, die den Lesenden kaum alle bekannt sein können. Als Schlussfolgerung wird den Lesenden dann der drohende Zerfall der Wirtschaftsordnung und des herrschenden Systems bspw. durch die kurz bevorstehende Inflation nahegelegt. Die präsentierten Lösungen liegen stets im Wiederherstellen des Vergangenen.

Auffällig ist, dass die Artikel nur oberflächlich einen analytischen Charakter haben, in vielen Fällen jedoch schlichte Meinungsbeiträge sind. Dies wird unterstrichen, indem sich fatalistischer, teilweise fast schon endzeitlicher Terminologie bedient wird. So findet sich in den Artikeln häufig eine plakative und vereinfachende Bildsprache. Es wird von der „schwelenden Finanzkrise“⁸⁹ gesprochen oder der Vergleich zwischen Krise und einem bevorstehenden Unwetter gezogen. Hier wird ebenfalls klar darauf hingewiesen, dass „die zwischenzeitlich auftretenden Klein- und Großkrisen nur die dem finalen Orkan vorausgehenden Sturmböen“⁹⁰ seien und bislang nur „Blitze aus fernen Gewitterfronten“⁹¹ ankämen. Darüber hinaus werden Begrifflichkeiten aus Mythen übernommen. So hebe „die Preisinflation ihr Medusenhaupt“.⁹² In der Mythologie wird Medusa der Kopf abgeschlagen, die Annahme liegt nahe, dass das Abtrennen des Kopfes der Finanzkrise auch die Inflation stoppen würde.

89 Bruno Bandulet, Schwelende Finanzkrise, in: JF (2007) 35, S. 2.

90 Roland Baader, Falsches Geld und echte Krisen, in: JF (2007) 45, S. 9.

91 Wilhelm Hankel, Alarmierendes Versagen, in: JF (2007) 34, S. 9.

92 Baader, Falsches Geld und echte Krisen, S. 9.

Ebenso häufig wird eine Brücke zum sogenannten Schwarzen Freitag 1929 geschlagen und eine Inflation als realistisches Szenario dargestellt.⁹³ Auch die europäische Rettungspolitik wird in diesen drohenden Systemverfall eingebunden. Die Zentralbanker würden mit „mathematischer Gewissheit ihrem Untergang entgegen[segeln]“,⁹⁴ denn die Geschehnisse in der zweiten Jahreshälfte 2007 seien lediglich „die Sturmböen vor dem finalen Orkan“.⁹⁵ Hier wird zum einen deutlich, dass die Kritik personalisiert auf „die Zentralbanker“ bezogen wird, denen somit eine persönliche Schuld an den krisenhaften Vorgängen gegeben wird. Zum anderen werden die Geschehnisse ontologisch und als unausweichlich dargestellt, da sie von einer scheinbar höheren Macht gelenkt würden. Dieser Argumentationsstrang scheint anschlussfähig an Behauptungen über eine angebliche jüdische Weltverschwörung, die strukturell im Hintergrund wirke und Vorgänge beeinflusse oder lenke.

Die geäußerte Kritik am System und sein baldiger Kollaps werden in vielen Artikeln auf das Handeln von konkreten Einzelpersonen oder kleineren Personengruppen zurückgeführt. In nahezu allen Texten findet sich eine Schuldzuweisung an „die Banken“ oder „den Finanzsektor“. In manchen Artikeln wird auch noch einen Schritt weitergegangen. Nicht die Banken als Institutionen seien schuld am Ausbruch der Krise, sondern die Banker persönlich.⁹⁶ Ihnen werden Eigenschaften wie Gier, Skrupellosigkeit oder Raubtierinstinkte unterstellt, die es brauche, um an der Börse Erfolg zu haben.⁹⁷ Darüber würden alle Werte und Moral verloren gehen, nur die Bereicherung würde im Vordergrund stehen. Ebenfalls wird über die Politik der US-Notenbank Federal Reserve System (Fed) ausschließlich personalisiert, in Gestalt ihrer für die Zeit der Wirtschaftskrise ab 2007 relevanten Vorsitzenden Alan Greenspan und Ben Bernanke berichtet.⁹⁸ Dies scheint besonders auffällig vor dem Hintergrund, dass beide aus jüdischen Familien stammen und über das europäische Pendant zur Fed, die Europäische Zentralbank (EZB), stets als Institution und nicht in personalisierter Form ihres Vorsitzenden berichtet wird.

93 Wilhelm Hankel, Eine Alibi-Veranstaltung, in: JF (2007) 34, S. 9.

94 Baader, Falsches Geld und echte Krisen, S. 9.

95 Ebenda.

96 Hankel, Alarmierendes Versagen, S. 9.

97 Hans-Jürgen Hofrath, Schlachtfeld von Bulle und Bär, in: JF (2007) 36, S. 15.

98 Jens Jessen, Amtliche Fälscher, in: JF (2007) 41, S. 11.

Dennoch wird in vielen Artikeln auf die Handlungsunfähigkeit oder gar das Versagen der EZB eingegangen. Diese sei nicht in der Lage, adäquat auf die Auswirkungen der Krise zu reagieren, da sie mit 18 Mitgliedsländern zu viele Interessen gleichzeitig bedienen müsse.⁹⁹ Dabei klingt immer wieder nicht nur Kritik an der EZB, sondern auch an der Währungsunion und der EU allgemein an.¹⁰⁰ Als positiver Gegenentwurf werden oft eine Re-Nationalisierung der Geld- und Wirtschaftspolitik sowie die Bundesbank genannt, die als nationale Notenbank als stabile und erfahrene Institution dargestellt wird, an deren Qualifikation es in der aktuellen Krise mangle, da sie durch die europäischen Verträge entmachtet worden sei.¹⁰¹ So könne „man die europäischen Völker nicht dem Diktat eines Brüsseler Politbüros ausliefern“,¹⁰² dies stehe der Demokratie in den nationalen Parlamenten entgegen. Die europäische Idee wird als „Lebenslüge“¹⁰³ der Politik gekennzeichnet und abgelehnt. Um dies zu belegen, werden auch europafeindliche Zitate von anerkannten Politikern wie bspw. Nicolas Sarkozy eingebaut.¹⁰⁴ Die EU sei schuld daran, dass „in Deutschland Binnenwirtschaft, Mittelstand und Infrastruktur verkümmern“.¹⁰⁵ Außerdem finden sich Aussagen, die den Euro als „Teuro“¹⁰⁶ beschreiben, über den „frühere Schwachwährungsländer“¹⁰⁷ von Deutschland mitfinanziert würden. Diese könnten nun „unbeschwert und fortgesetzt inflationieren“.¹⁰⁸ Daraus ergibt sich ein positiver Bezug auf Deutschland und seine vorgebliche Stabilität in Abgrenzung nicht nur zu den anderen Euro-Ländern, sondern auch zum Finanzkapital, das als unstet wahrgenommen wird und dadurch Instabilität voranzutreiben scheint.

Tritt Antiamerikanismus in der JF hingegen nur selten offen zutage, so ist Amerika doch in vielen Artikeln negativer Bezugspunkt. Dort sei der Kapitalismus besonders entfesselt, die Regeln seien besonders locker und der Finanzkapitalismus

99 Hankel, Alarmierendes Versagen, S. 9.

100 Bruno Bandulet, Der Euro zeigt erste Risse, in: JF (2007) 43, S. 2.

101 Wilhelm Hankel, Fels in der Brandung, in: JF (2007) 40, S. 11.

102 Wilhelm Hankel, Der europäische Bundesstaat ist tot, in: JF (2007) 28, S. 18.

103 Ebenda, S. 18.

104 N. N, Sarkozy hält den Euro für klar überbewertet, in: JF (2007) 28, S. 8.

105 N. N., Euro und Inflation, in: JF (2007) 42, S. 30.

106 Ebenda.

107 Ebenda.

108 Ebenda.

habe dort seinen Ursprung und stehe im Gegensatz zum deutschen Modell der schaffenden Wirtschaft.¹⁰⁹ Herausgestellt wird immer wieder, dass Amerika als „Weltregime“ bzw. „Weltstaat“¹¹⁰ die Schuld an der Krise trage. Die amerikanische Politik und die ansässigen Banken seien verantwortlich sowie alleinige Auslöser der Finanzkrise. Häufig wird außerdem auf den angeblichen Zerfall Amerikas eingegangen. Der amerikanische Staat habe sich vom größten Gläubiger- zum größten Schuldenstaat gewandelt.¹¹¹ Der Dollar wird in diesem Zusammenhang als weltweites Problem inszeniert und bspw. mit „immer wertloseren Papierschnipseln“¹¹² verglichen. Amerika wird vorgeworfen, sich durch den Wertverfall der eigenen Währung auf Kosten von Europa und Asien selbst zu entschulden.¹¹³ So ist diesbezüglich auch von der „aufgestellten Dollarfalle“¹¹⁴ die Rede.

Daran schließen Darstellungen an, die die Finanzkrise und ihre Folgen als unausweichlich und deterministisch beschreiben. Mehrfach wird darauf hingewiesen, dass das Platzen der Blase am amerikanischen Immobilienmarkt vorhersehbar war und die politisch Verantwortlichen die Augen vor dieser unausweichlichen Krise verschlossen.¹¹⁵ Immer wieder wird gefordert, dass die „privaten Insolvenzen nicht zu Lasten des Steuerzahlers“¹¹⁶ gehen dürften. Der kleine Mann sei der Leidtragende. Dies wird noch betont durch das wiederholte Verweisen auf die „soziale Schieflage zwischen Armen und Reichen“¹¹⁷ sowie den Vorschlag, das Steuersystem so zu gestalten, dass den Reichen mehr weggenommen wird als den Armen.¹¹⁸

Um hierfür Schuldige ausmachen zu können, werden auch immer wieder verschwörungstheoretische Verflechtungen zwischen einzelnen Akteuren der Finanzkrise angedeutet. Auch die Medien und die „Bankenlobby“¹¹⁹ werden als

109 Karl Heinzen, Abschottung, in: JF (2007) 30, S. 13.

110 N.N., Internationale Ordnung des Westens in Auflösung, in: JF (2007) 31/32, S. 20.

111 Patrick J. Buchanan, Amerika ist pleite, in: JF (2007) 35, S. 9.

112 Jens Jessen, Dollar, Export und Spartansburg, in: JF (2007) 50, S. 9.

113 Ebenda.

114 Ebenda.

115 Bandulet, Schwelende Finanzkrise, S. 2.

116 Wolfgang Philipp, Fast wie ein Schneeballsystem, in: JF (2007) 36, S. 9.

117 Jens Jessen, Verlust an Glaubwürdigkeit, in: JF (2007) 44, S. 9.

118 N. N., Manager werden für ihre Arbeit überbezahlt, in: JF (2007) 46, S. 11.

119 Wilhelm Hankel, Zwang zur Verstaatlichung, in: JF (2007) 42, S. 14.

Mittäter der Finanzkrise angeklagt. Außerdem wird auf „ökonomische Eliten des Landes“¹²⁰ verwiesen, die den „Wirklichkeitsboden unter den Füßen“¹²¹ verloren hätten. Es wird also davon ausgegangen, dass eine nicht näher beschriebene „ökonomische Elite“¹²² Teil der Finanzkrise ist.

Die Finanzkrise wird außerdem mit der Seuche BSE verglichen, doch sei sie heimtückischer, da es für sie, anders als für BSE oder die Maul- und Klauenseuche, keine Kontrollmechanismen gebe. Die Banker würden sich selbst kontrollieren und das Risiko somit zwangsläufig unterschätzen.¹²³ In dieses naturalisierende Argumentationsmuster passt auch die Aussage, der Dollar sei krank und der Euro bei Weitem nicht gesund.¹²⁴ An solcherlei Naturalisierungen schließen sich Tiervergleiche an, vor allem mit Ungeziefer. Hervorzuheben ist dabei die Bezeichnung Heuschrecke, die in etlichen Artikeln der JF synonym für Hedgefonds verwendet wird. So wird die Metapher, die bereits im NS-Propagandafilm „Jud Süß“ Erwähnung fand, teilweise sogar als Erklärung für die Lesenden in Klammern für weniger allgemein geläufige Finanzunternehmen wie Private-Equity-Fonds verwendet.¹²⁵

Der Ursprung dieser Zuschreibung liegt klar in antisemitischen Ressentiments. „Das Finanzkapital“ wird als wandernd, unstet, schwer fassbar und schier unersättlich wahrgenommen. Dabei erfüllt die Zuschreibung als „Heuschrecke“ zwei wesentliche Funktionen. Zum einen wird damit eine abstrakte Bedrohung formuliert, wie sie von möglicherweise sogar Krankheiten übertragenden Tieren tatsächlich ausgehen kann, in diesem Fall aber von den abstrakteren Vorgängen im Kapitalismus herrühren soll. Zum anderen wird diese abstrakte Bedrohung aber auch konkret kontrollierbar. Denn Insekten kann man töten, die vermeintliche Bedrohung eliminieren und somit die Kontrolle zurückerlangen.¹²⁶ Hier scheint der Vernichtungsgedanke eines völkisch-rassistischen Antisemitismus genuin ausgedrückt.

120 Eckhard Fuhr, Zitate, in: JF (2007) 51, S. 2.

121 Ebenda.

122 Ebenda.

123 Hankel, Alarmierendes Versagen, S. 9.

124 Bandulet, Der Euro zeigt erste Risse, S. 2.

125 O. V., US-Ratingagentur warnt vor „Heuschrecken“, in: JF (2007) 30, S. 9.

126 Samuel Salzborn, Symbole kollektiver Eindeutigkeit. Zum antisemitischen Gehalt von Ungeziefer-Metaphern, in: ders., Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie, Baden-Baden 2014, S. 118 ff.

Die Metapher der Heuschrecke dient häufig dazu, das Finanzkapital, das seinen Ausdruck in Banken und Hedgefonds findet, der produzierenden Realwirtschaft gegenüberzustellen. Durch die Produktion der Realwirtschaft würde nämlich der Wohlstand gemehrt, nicht „mit dem bloßen Hin- und Herschieben von Geld“. ¹²⁷ Das produzierende Gewerbe wird dabei stets positiv konnotiert. Als Beispiel wird dann zumeist auf den Mittelstand rekurriert und die Rückkehr zu einem nicht näher definierten „deutschen Produktionsregime“ ¹²⁸ gefordert. Auch wird der Finanzwirtschaft vorgeworfen, sich auf Kosten der Realwirtschaft zu bereichern und sich, obwohl die Banken bisher ihr eigenes Süppchen an der Börse gekocht hätten, durch Ausnutzen der Ängste anderer retten zu lassen. ¹²⁹

Resümee

Alle drei für die vergleichende Analyse gewählten Printmedien decken unterschiedliche Segmente im Rechtsextremismus ab, wobei alle drei mit Blick auf die Berichterstattung zur 2007 beginnenden Finanzkrise durchgehend darum bemüht sind, elaboriertes Expertenwissen zu suggerieren und sich als explizit sachkompetent in Wirtschafts- und Finanzfragen zu inszenieren. Diese Strategie besteht vor allem darin, in hoher Dichte auf einschlägige Wirtschaftsmagazine und/oder prominente wirtschaftswissenschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Akteure zu verweisen und damit die in vielen Fragen wirtschaftlich wenig ausgeprägte Sachkompetenz durch eine überzeichnete Selbstüberhöhung zu kaschieren. Ebenfalls verbindendes Moment zwischen den analysierten Medien ist eine Tendenz zur metaphorischen Naturalisierung, die oft verbunden wird mit Tiermetaphern, insbesondere solchen, die einerseits mit Machtassoziationen verbunden oder die andererseits mit aggressiv-räuberischen und unkontrollierbaren Attributen versehen werden, wobei die Metapher der „Heuschrecke“ omnipräsent ist.

127 Bandulet, *Schwelende Finanzkrise*, S. 2.

128 Ebenda.

129 Hankel, *Zwang zur Verstaatlichung*, S. 14.

Zwischen den drei Medien zu differenzieren sind die Leitbilder, an denen sich die gesamte Berichterstattung zur Finanzkrise orientiert: Während alle drei Medien von einer generell negativen und fatalistischen Vorstellung des Zerfalls und Untergangs getragen sind, verdichten sich diese Momente in der DS zum zentralen Motiv einer apokalyptischen Vorstellung. Die DS unterscheidet sich von den beiden anderen Medien in dieser Hinsicht dadurch, dass die Krisenwahrnehmung in eine volksgemeinschaftliche und aggressiv-kämpferische Vision mündet, die sich gegen das bestehende System richtet und – im Unterschied etwa zur JF, die eine deutlich ausgeprägte Tendenz zu einem weinerlichen Rebellentum entwickelt – nicht diffus an Werten oder an in die Vergangenheit projizierten Utopien anknüpft, sondern an der Notwendigkeit der Überwindung des bestehenden Systems, um ein völkisches Gemeinwesen zu etablieren. Der Antisemitismus der DS wird offen und teilweise auch sehr aggressiv artikuliert, auffallend ist dabei allerdings, dass in Artikeln, die sich auf Wirtschafts- und Finanzwesen beziehen, antisemitische Stereotype weniger direkt artikuliert werden als in Artikeln, die im selben Zeitraum jüdische Organisationen oder Personen thematisieren.

Im Unterschied hierzu ist die Berichterstattung der NE vom zentralen Leitmotiv der Verschwörung getragen, das zwar auch fatalistische Momente in sich trägt, allerdings vor allem auf sehr explizit ausformulierte antisemitische Fantasien rekurriert, die mit einem aggressiven Antiamerikanismus verbunden werden. Die NE zeichnet in ihren Verschwörungsfantasien kein konkretes Bild einer rechtsextremen Vision, sondern beschränkt sich auf apodiktische Formeln, die stilistisch oft ein erhebliches Maß an Redundanzen aufweisen, die einerseits den intellektuellen Selbstanspruch der Zeitschrift konkretisieren, zugleich aber auch zeigen, dass ein Großteil dieses Anspruchs faktisch rein phraseologischer Natur ist. Im Vergleich mit den beiden anderen Medien inszeniert sich NE als eingeweiht und wissend, als ein Organ, das die eigentlich als undurchschaubar unterstellten antisemitischen Verschwörungsmuster dennoch zu erkennen und zu benennen in der Lage ist. Hier kommt an manchen Stellen eine latente Überheblichkeit der NE gegenüber anderen rechtsextremen Akteuren zum Tragen.

Die JF ist dasjenige der drei Medien, in dem der Antisemitismus nicht in einer expliziten Form artikuliert wird, jedoch in Form spezifischer Argumentationsfiguren und Metaphern festzustellen ist. Ein ebenfalls markanter Unterschied der JF ist überdies, dass mit Blick auf die Finanzkrise das konkrete Feindbild trotz eines

ausgeprägten Antiamerikanismus nicht primär Amerika, sondern Europa ist und entlang dieser Konstellation das Leitbild des Systemzerfalls entwickelt wird, also die generelle Unterstellung der Erosion von Demokratie und Parlamentarismus das Zentrum der Argumentation bildet. Unter utopischer Verklärung der finanzpolitischen Vergangenheit in Zeiten vor der europäischen Integration und vor der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung wird ein Kollaps des Euros heraufbeschworen und die Unfähigkeit und Ineffizienz europäischer Institutionen im Vergleich zu den bundesdeutschen suggeriert. Unter Verweis auf vor allem wirtschaftspolitische Konstellationen in der Weimarer Republik wird der offenbar gleichermaßen erwartete wie ersehnte Systemzerfall zum gebetsmühlenartig wiederholten Mantra des intellektuellen Bezugs zu Denkmustern der Konservativen Revolution, die sich – im Unterschied zur Selbstwahrnehmung im Kontext der JF – allerdings gerade dadurch auszeichnen, dass ihre in wirtschaftspolitischen Fragen mangelhafte Kompetenz durch eine umso resolutere Zerfallsrhetorik kompensiert wird. Die unterschiedlichen Varianten der Krisendeutung im rechten Spektrum, die sowohl durch expliziten Antisemitismus wie durch strukturell antisemitische Argumentationen charakterisiert sind, bieten insofern semantische Folien, die nicht nur für den konkreten Beginn der jüngsten Finanzkrise abrufbar sind, sondern auch darüber hinaus in ihren strukturellen Mustern fortwirken.

Die Autorinnen und Autoren

GIORGOS ANTONIOU, Dr., Historiker, Studium an der Aristoteles Universität Thessaloniki (BA und MA). 2007 Promotion in Geschichte und Kulturwissenschaften am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Zurzeit lehrt er an der Fakultät für Politikwissenschaften und Recht der Democritus Universität Thrakien und Europäische Geschichte an der Universität Patras. 2005–2007 Fellow an der Fondation pour la Mémoire de la Shoah in Paris, 2007/2008 Gastwissenschaftler an der Yale University und 2008/2009 an der Universität Zypern. Forschungsschwerpunkte: Erbe und Erinnerung in Post-Konflikt-Gesellschaften; Holocaust in Griechenland; Erinnerungsnarrative; Bürgerkriege und Genozide. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. *The Holocaust in Greece and its Legacy* (2011); *The Holocaust in the Balkans* (zusammen mit Stratos Dordanas, Nikos Marantzidis and Nikos Zaikos; 2011).

RUBEN BÖGEHOLZ, geb. 1991, studiert Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

STEFAN EISEN, geb. 1987, studiert Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen.

SEBASTIAN ELSBACH, geb. 1988 in Berlin. Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in Frankfurt (Oder), Chemnitz, Łódź (Polen) und Jena. Er arbeitet derzeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena an einer Dissertation zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die von der Gerda-Henkel-Stiftung mit einem Promotionsstipendium unterstützt wird.

THOMAS GRÄFE, geb. 1976, Studium der Geschichte, Anglistik und Sozialwissenschaften in Bielefeld und Brighton. Seit 2007 Studienrat und Historiker. Mitarbeit an der „Sächsischen Biografie“ und am „Handbuch des Antisemitismus“. Veröffentlichungen zur Nationalismus- und Antisemitismusforschung, u. a. „Antisemitismus in Gesellschaft und Karikatur des Kaiserreichs“ (2005), „Antisemitismus in Deutschland 1815–1918“ (2010), „Bismarck-Mythos und Politik“ (2014).

REGINA GRUNDMANN, Professorin für Judaistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zu ihren Hauptforschungsbieten gehören das rabbinische Judentum und die jüdische Kulturgeschichte sowie Phänomene des Kultur- und Traditionstransfers im Judentum. Sie ist Principal Investigator im Exzellenzcluster „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“ und Projektleiterin im SFB 1150 „Kulturen des Entscheidens“.

SILKE HANSMANN, geb. 1988, studiert Geschlechterforschung und Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen.

BJÖRN HOFMEISTER, Dr. phil., Studium der Geschichts- und Politikwissenschaft und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, der University of Sussex und der Duke University. Promotion in Modern European History an der Georgetown University zu „Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League 1914–1939“ (Druck in Vorbereitung); wissenschaftlicher Mitarbeiter am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin im von der DFG geförderten Projekt „Heinrich Claß. Politische Erinnerungen des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes 1915–1933/36“.

DANA IONESCU, M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen. 2006–2012 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und des öffentlichen Rechts (Magister) in Gießen und Tel Aviv. Forschungsinteressen: Antisemitismusforschung und Feministische Theorie. Veröffentlichung: Antisemitismus in deutschen Parteien (mit Samuel Salzborn), in: Dana Ionescu/Samuel Salzborn (Hrsg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden 2014.

MANFRED JEHL, Historiker in Berlin, Veröffentlichungen zur bayerischen und fränkischen Landesgeschichte, Geschichte der Juden in Preußen, als freischaffender Historiker Verfasser zahlreicher populärer Darstellungen zur mittelalterlichen und neueren Geschichte.

JULIA KOPP, geb. 1986, studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Georg-August-Universität in Göttingen und arbeitet am Institut für Demokratieforschung.

GERALD LAMPRECHT, Dr. phil, Assoz. Prof., Historiker, ist Leiter des Centrums für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz. Forschungsschwerpunkte: Jüdische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Geschichte des Antisemitismus, NS-Herrschaftssystem, nationalsozialistischer Vermögensentzug, Geschichte der Verfolgung von Jüdinnen und Juden. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer – Täter – Gegner (zusammen mit Heimo Halbrainer; 2015); Helmut Spielmann, Shanghai – Eine Jugend im Exil (2015); Erinnern an den Ersten Weltkrieg aus jüdischer Perspektive 1914–1938, in: *zeitgeschichte* 41 (Juli/August 2014) 4, S. 242–266.

RENA MOLHO, Dr., Historikerin, hat jahrzehntelang zu Juden in der ottomani-schen Zeit und in Griechenland geforscht und gelehrt. 2000 wurde sie mit dem Preis der Athener Akademie ausgezeichnet, erhielt 2010 den Ordre des Palmes Académiques, die höchste französische Auszeichnung im Bildungswesen, sowie 2015 den Alberto Benveniste Forschungspreis. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter: *Salonica–Istanbul: Social, Political and Cultural Aspects of Jewish Life* (2005); *Jewish Sites in Thessaloniki: Brief History and Guide* (2009); *The Memoirs of Dr. Meir Yoel: An Autobiographical Source on Social Change in Salonika at the Turn of the 20th Century* (2011).

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER, geb. 1963, Prof. Dr. phil, Politikwissenschaftler und Soziologe, lehrt hauptamtlich an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl mit den Arbeitsschwerpunkten Politischer Extremismus und Politische Ideengeschichte und ist Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Seit 2008 gibt er das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ heraus. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: *Antisemitismus in der deutschen Geschichte* (2001); *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik* (2006; 4. Auflage); *Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme* (2014).

LEON SALTIEL, arbeitet derzeit an seiner Dissertation an der Fakultät für Balkan-, Slawistik- und Orientstudien der University of Macedonia in Thessaloniki. Mit-hilfe von Quellenstudien in lokalen und ausländischen Archiven erforscht er die Reaktionen unterschiedlicher Akteure auf die antijüdischen Maßnahmen und schließlich die Deportationen der Juden Thessalonikis. 2013/14 kuratierte er die

Ausstellung „Salonique, épicentre de la destruction des Juifs de Grèce“ im Mémorial de la Shoah in Paris. Jüngste Veröffentlichung: „Dehumanizing the Dead: The Destruction of Thessaloniki's Jewish Cemetery in light of new sources“, in: *Yad Vashem Studies* 42 (2014) 1.

SAMUEL SALZBORN, geb. 1977, Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen.

BENJAMIN SÖCHTIG, geb. 1990, studiert Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen.

STEFAN VOGT, Dr. phil., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Buber-Professur für Jüdische Religionsphilosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt a. M. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die deutsch-jüdische Geschichte, die Geschichte des Nationalismus und die Geschichte des Kolonialismus. Er ist der Autor von „Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie“ (2006) und wurde mit einer Arbeit über „Zionismus und Nationalismus in Deutschland“ habilitiert.